

# Tätigkeitsbericht

Staatsrat

—

2014



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Chancellerie d'Etat CHA**  
**Staatskanzlei SK**

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>6</b>
<b>2</b>	<b>Die Freiburger Wirtschaft und ihr konjunkturelles Umfeld</b>	<b>6</b>
<b>3</b>	<b>Stand der im Regierungsprogramm angekündigten Arbeiten</b>	<b>7</b>
<b>3.1</b>	<b>Herausforderung 1: Ausbau unserer Infrastrukturen, um das starke Bevölkerungswachstum zu bewältigen</b>	<b>7</b>
3.1.1	Anpassung der Raumplanung an das Bevölkerungswachstum	7
3.1.2	Verdichtung des Freiburger Angebots an öffentlichem Verkehr	7
3.1.3	Modernisierung der Strasseninfrastruktur	8
3.1.4	Weiterführung der grossen Strassenbaustellen	8
3.1.5	Umsetzung der Strategie für die 4000-Watt-Gesellschaft	8
3.1.6	Verbesserung des Schutzes der natürlichen Ressourcen und der Lebensgrundlagen	9
3.1.7	Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 1	10
<b>3.2</b>	<b>Herausforderung 2: Entwicklung einer Bildungspolitik, die Jugendliche und Erwachsene bei der Eingliederung unterstützt</b>	<b>10</b>
3.2.1	Revision der gesetzlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen der obligatorischen Schule und der Sekundarstufe 2	10
3.2.2	Umsetzung des kantonalen Konzepts für den Sprachenunterricht	11
3.2.3	Ausbau und Strukturierung des Studiengangs der Lehrerinnen- und Lehrerbildung	12
3.2.4	Positionierung der Hochschulen (HS)	12
3.2.5	Stärkung des Forschungsstandorts	13
3.2.6	Förderung der Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bildungsbedarf in die Regelschule	13
3.2.7	Erleichterung der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten	14
3.2.8	Förderung des Erwerbs und Erhalts von Grundkompetenzen für Erwachsene	14
3.2.9	Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 2	14
<b>3.3</b>	<b>Herausforderung 3: Unterstützung von Innovation und Technologietransfer zur Förderung eines qualitativen Wachstums</b>	<b>14</b>
3.3.1	Sicherung des beruflichen Nachwuchses	14
3.3.2	Förderung von Unternehmensgründungen	15
3.3.3	Schaffung eines Technologie- und Innovationsparks (blueFACTORY)	15
3.3.4	Förderung des Wachstums der Freiburger Unternehmen und der Ansiedlung neuer Unternehmen	15
3.3.5	Verwirklichung des Umsetzungsprogramms zur Regionalpolitik	16
3.3.6	Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung	16
3.3.7	Positionierung Freiburgs als zentraler Akteur der Schweizer Lebensmittelbranche	16

3.3.8	Konkretisierung der Vision 2030 des Freiburger Tourismusverbands	17
3.3.9	Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 3	17
<b>3.4</b>	<b>Herausforderung 4: Festigung des sozialen Zusammenhalts und der Lebensqualität vor dem Hintergrund eines starken Wachstums</b>	<b>17</b>
3.4.1	Anpassung des Pflegeangebots an die gesellschaftlichen Herausforderungen	17
3.4.2	Bewahrung und Förderung der Gesundheit bei der Freiburger Bevölkerung	17
3.4.3	Konkretisierung des Projekts Senior+	18
3.4.4	Integration von behinderten Personen und Bekämpfung der Armut	18
3.4.5	Konsolidierung der strategischen Linien der Familienpolitik	18
3.4.6	Ausarbeitung eines umfassenden Konzepts zur Integration der Migrantinnen und Migranten	18
3.4.7	Förderung des Zusammenlebens der Religionsgemeinschaften	19
3.4.8	Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 4	19
<b>3.5</b>	<b>Herausforderung 5: Anpassung der Sicherheitspolitik und der Justiz an die gesellschaftliche Entwicklung</b>	<b>19</b>
3.5.1	Reorganisation der Justiz unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Entwicklung	19
3.5.2	Anpassung der Haftstrukturen an die Entwicklung der Bedürfnisse	20
3.5.3	Umsetzung der neuen Politik zur Bekämpfung der Kriminalität	20
3.5.4	Verbesserung der Führungsinstrumente des Bevölkerungsschutzes	20
3.5.5	Organisation der Lebensmittelsicherheit vom Stall bis auf den Tisch	20
3.5.6	Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 5	21
<b>3.6</b>	<b>Herausforderung 6: Pflege der freiburgischen Identität und Optimierung der Institutionen</b>	<b>21</b>
3.6.1	Festigung unserer Bestimmung als «Brückenkanton»	21
3.6.2	Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts und einer Partnerschaft für die Förderung des Images von Freiburg	21
3.6.3	Förderung unserer Kulturpolitik und unserer Traditionen	21
3.6.4	Förderung des Sports als Element der freiburgischen Identität	22
3.6.5	Förderung der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften	22
3.6.6	Stärkung der Stellung der Gemeinden als erste Ebene der kantonalen Einrichtungen	22
3.6.7	Verbesserung der Funktionsweise der territorialen Strukturen	23
3.6.8	Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Leitung der öffentlichen Einrichtungen	23
3.6.9	Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 6	23
<b>3.7</b>	<b>Herausforderung 7: Sicherstellung des Gleichgewichts der Kantonsfinanzen und weitere Modernisierung der Public Governance</b>	<b>23</b>
3.7.1	Sicherstellung des Gleichgewichts der Kantonsfinanzen	23
3.7.2	Entwicklung des E-Governments als Dienstleistungs-Instrument (e-FR)	24
3.7.3	Weiterführung einer proaktiven Personalpolitik	24
3.7.4	Entwicklung und Anwendung des Konzepts von Ombudsstellen in der Verwaltung	24
3.7.5	Verbesserung des Verwaltungsbetriebs mit Hilfe der Informatik	25

---

3.7.6	Umsetzung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung beim Staat Freiburg	25
3.7.7	Verwaltung der Immobilien des Staates Freiburg	25
3.7.8	Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 7	26
<b>4</b>	<b>Staatsratsjahr</b>	<b>26</b>
<b>4.1</b>	<b>Sitzungen</b>	<b>26</b>
<b>4.2</b>	<b>Arbeitstreffen</b>	<b>26</b>
<b>4.3</b>	<b>Besuche und Empfänge</b>	<b>26</b>
<b>5</b>	<b>Aussenbeziehungen</b>	<b>27</b>
<b>5.1</b>	<b>Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)</b>	<b>28</b>
<b>5.2</b>	<b>ch Stiftung</b>	<b>28</b>
<b>5.3</b>	<b>Direktorenkonferenzen</b>	<b>28</b>
<b>5.4</b>	<b>Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)</b>	<b>30</b>
<b>5.5</b>	<b>Bilaterale Treffen zwischen Regierungen</b>	<b>30</b>
<b>5.6</b>	<b>Beziehungen zu den Freiburger National- und Ständeräten und zu den Bundesbehörden</b>	<b>31</b>
<b>5.7</b>	<b>Vernehmlassungen des Bundes</b>	<b>31</b>
<b>6</b>	<b>Finanzielle und personelle Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2014 gefassten Beschlüsse</b>	<b>31</b>
<b>6.1</b>	<b>Investitionsrechnung</b>	<b>31</b>
<b>6.2</b>	<b>Erfolgsrechnung</b>	<b>32</b>
<b>6.3</b>	<b>Gesetzes- und Dekretsentwürfe, die im Jahr 2014 geprüft wurden (mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)</b>	<b>32</b>
<b>7</b>	<b>Personalbestand</b>	<b>35</b>
<b>8</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>36</b>

---

---

# 1 Einleitung

---

In Artikel 109 der Verfassung des Kantons Freiburg vom 16. Mai 2004 wird bestimmt, dass der Staatsrat dem Grossen Rat jedes Jahr über seine Tätigkeit und den Stand der Umsetzung des Regierungsprogramms für die Legislaturperiode Auskunft gibt.

Der Tätigkeitsbericht über das Jahr 2014 folgt dem Modell der Berichte seit dem Jahr 2007 und berücksichtigt beide Elemente, über die dem Grossen Rat Auskunft erteilt werden muss. Er besteht aus zwei Teilen: Im ersten wird über die Tätigkeit des Staatsrats berichtet, und nach einer kurzen Übersicht über das konjunkturelle Umfeld im Berichtsjahr wird über die Umsetzung der sieben Herausforderungen des Regierungsprogramms für die Legislaturperiode informiert. Im zweiten werden nach einem gemeinsamen Raster die Tätigkeiten der Direktionen und der Staatskanzlei dargestellt; dazu kommt ein Sonderdruck über die Aussenbeziehungen (insgesamt 10 Dokumente). Die Änderungen bei der Art der Ausgabe, die für das Jahr 2013 erstmals zur Anwendung kamen, vermochten zu überzeugen. Die Bemühungen, die Tätigkeitsberichte zu kürzen und so einem Ersuchen der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission nachzukommen, wurden fortgesetzt. Zum zweiten Mal werden die Dokumente vollständig bei den Direktionen und der Staatskanzlei erarbeitet; dazu wird ein neues Grafikmodell verwendet, dank dem die klassischen Büroinformatikwerkzeuge benützt werden können. Die vollständige Version des Berichts des Staatsrats wird nicht mehr gedruckt. Nur eine kleine Zahl Exemplare wird zuhänden des Grossen Rates gedruckt. Alle Dokumente stehen auf den Websites des Staatsrats und der Direktionen zur Verfügung.

## 2 Die Freiburger Wirtschaft und ihr konjunkturelles Umfeld

---

Obwohl geopolitische Spannungen die internationale Konjunktur negativ beeinflussten, hat sich die Freiburger Wirtschaft 2014 nicht verschlechtert und die Stimmung für 2015 war vorwiegend optimistisch, bevor die Wechselkursschwankungen vom Januar 2015 diesem Optimismus einen Dämpfer aufsetzten.

Das insgesamt bereits schwache Weltwirtschaftswachstum von 2013 hat im Verlauf des ersten Semesters 2014 weiter abgenommen. Je nach beobachteten Regionen oder Ländern war dieses Wachstum jedoch sehr unterschiedlich. Unter den Industrieländern erlebten die USA und Grossbritannien wieder einen kräftigen Wachstumsrhythmus, während die Eurozone grosse Mühe hatte, sich zu erholen. Unter den Schwellen- und Entwicklungsländern litten China und die lateinamerikanischen Staaten unter schwacher Binnennachfrage während geopolitische Spannungen die Wirtschaftslage in Russland und im Mittleren Osten belastet haben. Angesichts dieser Umstände wurden die wirtschaftlichen Wachstumsaussichten vielerorts erneut nach unten revidiert. Im Oktober bezifferte der Internationale Währungsfonds (IWF) das Weltwirtschaftswachstum für 2014 auf 3,3 % und für 2015 auf 3,8 %. Der für nächstes Jahr erwartete Aufschwung bleibt jedoch ausserordentlich ungewiss angesichts der geopolitischen Spannungen.

Seit dem Sommer entwickelte sich das schweizerische Wirtschaftswachstum schleppender, ohne jedoch zusammenzubrechen. Anzeichen der Abschwächung waren zunächst auf den Exportmärkten festzustellen, die Mühe haben, sich zu erholen. Andererseits hat auch die Binnennachfrage, deren Robustheit die konjunkturelle Entwicklung lange unterstützt hat, an Dynamik verloren. Der im Oktober deutlich schwächere Geschäftslageindikator der KOF belegt diese Verschlechterung der Lage und die Unternehmen sind ebenfalls weit zurückhaltender, was den künftigen Geschäftsverlauf betrifft. Auch wenn sich die meisten Experten einig sind, dass diese Erschöpfungsanzeichen bloss vorübergehender Natur sind, so sind die Wachstumsaussichten dennoch systematisch nach unten korrigiert worden: Für 2014 rechnen die Wirtschaftsinstitute mit einer Zunahme des BIP von 1,4 % (BAK, CS) bis 1,8 % (Seco).

---

Angesichts der Risikofaktoren, die die Weltwirtschaft, insbesondere aber auch die Lage in Europa belasten, beträgt die Wachstumsspanne für 2015 zwischen 1,4 % (UBS) und 2,4 % (Seco). Diese Zahlen, die Ende 2014 herausgegeben wurden, werden im Laufe des Jahres 2015 aufgrund der plötzlichen Frankenstärke, die erhebliche Auswirkungen auf die industriellen Exporte haben könnte, gewiss nochmals nach unten korrigiert.

Die Konjunkturlage im Kanton Freiburg hat sich durch das gesamte Berichtsjahr hindurch nicht verschlechtert. In der von der KOF im Oktober durchgeführten Umfrage fällt höchstens auf, dass sich die Unternehmen hinsichtlich der Besserungsaussichten ihres Geschäftsgangs verhaltener geben als im Juli. Dennoch gibt es einige Unterschiede: während sich im grafischen Gewerbe die Lage verbessert hat, geben in der Maschinen- und Fahrzeugindustrie nicht nur der Geschäftsgang, sondern auch die Aussichten für den künftigen Bestellungseingang Grund zur Sorge. Da man mit steigenden Bestellungen bei den Lieferanten rechnet, sollte sich die Geschäftslage im Einzelhandel bessern. Auf dem Arbeitsmarkt ist die Lage stabil geblieben. Im Jahresdurchschnitt lag die Arbeitslosenquote bei 2,9 %. Laut neuesten Prognosen des Instituts Créa (November 2014) ist Optimismus angesagt, denn das BIP-Wachstum sollte im Kanton Freiburg im Jahr 2014 real 2,1 % erreichen und sich somit über dem Landesdurchschnitt befinden.

Quelle : Amt für Statistik (StatA)

## 3 Stand der im Regierungsprogramm angekündigten Arbeiten

---

### 3.1 Herausforderung 1: Ausbau unserer Infrastrukturen, um das starke Bevölkerungswachstum zu bewältigen

#### 3.1.1 Anpassung der Raumplanung an das Bevölkerungswachstum

Die Arbeiten für die Anpassung des Raumplanungs- und Baugesetzes (RPBG) an das teilrevidierte Raumplanungsgesetz des Bundes (RPG) – dazu gehört auch die Einführung einer Mehrwertabgabe auf kantonaler Ebene – wurden fortgeführt. Die Arbeiten für die Gesamtrevision des kantonalen Richtplans haben begonnen; sie werden voraussichtlich bis 2019 (Genehmigung durch den Bundesrat) dauern.

Die Gesamtrevision des Sachplans der strategischen Sektoren und der Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung ist abgeschlossen. Es wurde ein Geoportal aufgeschaltet, das Auskunft gibt über die Grundstücke, die für Unternehmensansiedlungen zur Verfügung stehen.

#### 3.1.2 Verdichtung des Freiburger Angebots an öffentlichem Verkehr

Im Dezember 2014 erfolgte ein grosser Ausbauschritt für die RER Fribourg | Freiburg mit der Inbetriebnahme der neuen Haltestelle Fribourg/Freiburg Poya und der Einführung des Halbstundentakts auf den Regionallinien Fribourg/Freiburg–Yverdon-les-Bains, Fribourg/Freiburg–Romont sowie Murten/Morat–Kerzers. Daneben wurde auch das Busangebot in der Broye komplett umgestaltet und deutlich verbessert.

Der Ausbau der RER Fribourg | Freiburg wird mit der Einführung des Halbstundentakts auf den Linien Fribourg/Freiburg–Murten/Morat, Bulle–Gruyères und Bulle–Palézieux weitergehen. Des Weiteren wird die RE-Linie (Bern-)Fribourg/Freiburg–Romont–Bulle bis Broc Fabrique verlängert werden. Diese Verbesserungen, die in Etappen bis 2020 verwirklicht werden, setzen bedeutende Anpassungen bei der Bahninfrastruktur voraus.

Im Rahmen des Ausbaus 2030 des strategischen Entwicklungsprogramms (STEP) hat der Kanton Freiburg dem Bund 16 regionale Angebotskonzepte übermittelt und ein Schlüsselprojekt definiert: die Einführung des Viertelstundentakts auf den Linien der Agglomeration Freiburg.

---

### 3.1.3 Modernisierung der Strasseninfrastruktur

Die Strasseninfrastrukturen wurden weiter verbessert: Die Bauarbeiten bei den Knoten Chrüz in Tafers, Fin-de-Jentes in Cressier und Sâles in Vaulruz wie auch die Arbeiten für die Anpassung des Lichtraumprofils der SBB-Unterführung in Cottens an die einschlägigen Normen wurden 2014 abgeschlossen. Die Brücke über die Glane in Autigny wurde ersetzt. Die Arbeiten für die Ortsdurchfahrt von Jaun haben begonnen. Die Schranken für die Fussgänger beim Bahnübergang in Givisiez wurden angepasst; parallel dazu wurden die Studien für den Bau einer Brücke fortgeführt, um den Bahnübergang aufheben zu können.

### 3.1.4 Weiterführung der grossen Strassenbaustellen

Die Poyabrücke wurde planmässig am 12. Oktober 2014 dem Verkehr übergeben. Das Poyaprojekt gehört zu den bedeutenden Strassenprojekten des Kantons und war entsprechend über Jahrzehnte im kantonalen Richtplan eingetragen – wie zuvor die Autobahnen A1 und A12 sowie die Umfahrungsstrasse von Bulle H189.

Die Verbindung Romont–Vaulruz gehört zu den prioritären Strassenprojekten des Kantons. Die Arbeiten liegen im Zeitplan und sollten 2015 abgeschlossen werden können.

### 3.1.5 Umsetzung der Strategie für die 4000-Watt-Gesellschaft

Mit der Änderung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000, die am 1. August 2013 in Kraft trat, wurden in diesem Bereich mehrere Massnahmen getroffen; dazu gehört namentlich, dass neu ein Gebäudeenergieausweis für Neubauten und für alle Bauten, die Gegenstand einer Veräusserung sind, verlangt wird. Auch die Umsetzung des neuen Artikels 18a des Energiegesetzes wurde in Angriff genommen. Konkret wurde die Liste der Grossverbraucher erstellt und es wurden Informationsveranstaltungen in den Bezirken organisiert, um das Konzept und die Vereinbarungsvorlagen vorzustellen. Eine Änderung des Energiereglements vom 5. März 2001 wurde in die Vernehmlassung gegeben; nach der Berücksichtigung der von den Vernehmlassungsadressaten formulierten Bemerkungen sollte die Änderung Anfang 2015 in Kraft gesetzt werden können.

Die Förderprogramme für eine rationelle Energienutzung und den vermehrten Einsatz erneuerbarer Energien wurden fortgeführt und entfalten nach wie vor ihre Wirkung. Zudem wurden die 2012 und 2013 begonnenen Studien – namentlich zur Aktualisierung des Windkraftkonzepts, zur Nutzung der Geothermie und zur Abwärmenutzung – weiterverfolgt; die ersten Resultate sind bekannt. Am 1. Januar 2014 wurde im Sinne von Artikel 6 Abs. 5 des Energiegesetzes damit begonnen, die staatlichen Gebäude mit Strom zu versorgen, das das Label Naturemade Star trägt.

Im Oktober 2013 begann eine breitangelegte Sensibilisierungskampagne, mit dem Ziel, den Stromverbrauch im Kanton zu stabilisieren und langfristig zu senken. Diese Kampagne wird bis Ende 2015 andauern. In diesem Rahmen wurden 2014 verschiedene Aktionen durchgeführt und insbesondere die OFF-Challenge lanciert, mit der erreicht werden soll, dass der Stromverbrauch im Kanton Freiburg zwischen Juni 2014 und Juni 2015 nicht zunimmt. Das Weiterbildungsprogramm Energie-FR, das 2013 mit den ersten Kursen startete, wurde ausgebaut. Mehrere der im Jahr 2014 abgehaltenen Kurse kannten einen grossen Erfolg. Das Programm wird bis Ende 2015 weitergeführt.

Der Staat beteiligte sich zudem aktiv an interkantonalen Diskussionen – insbesondere an den Diskussionen für die Revision der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE), deren endgültige Version im Januar 2015 von der Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK) verabschiedet werden dürfte – sowie an den Diskussionen auf Bundesebene zur Energiestrategie.

Nicht zuletzt darf auch erwähnt werden, dass der WWF in seinem Ende 2014 publizierten Rating der kantonalen Energiepolitik den Kanton Freiburg ganz oben unter den Vorreitern platziert.

---

### 3.1.6 Verbesserung des Schutzes der natürlichen Ressourcen und der Lebensgrundlagen

2014 trat das kantonale Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz (NatG) und sein Ausführungsreglement (NatR) in Kraft. Das neu geschaffene Amt für Natur und Landschaft unternahm eine bedeutende Sensibilisierungsarbeit und präsentierte verschiedene Umsetzungshilfen für die Gemeinden und interessierten Kreise. In Bezug auf die Landwirtschaft kann festgehalten werden, dass nun zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) im Kanton Teil eines Projekts für die Vernetzung von Biodiversitätsförderflächen (früher ökologische Ausgleichsflächen genannt) sind. Auf dem gesamten Kantonsgebiet gibt es Projekte, die Anrecht auf Landschaftsqualitätsbeiträge geben. Zudem steht nun die Mehrheit der Magerwiesen und weiden von nationaler Bedeutung unter Vertrag.

Das kantonale Gewässergesetz, das am 1. Januar 2011 in Kraft trat, sieht eine gesamtheitliche Gewässerbewirtschaftung auf regionaler Ebene vor. Hierfür müssen Einzugsgebiete – d. h. harmonische hydrografische Einheiten, die auf einer geeigneten Ebene die Bewirtschaftung aller Gewässer einer Region erlauben – gebildet werden, innerhalb derer sich die Gemeinden zusammenschliessen. In seiner Sitzung vom 15. Dezember 2014 legte der Staatsrat nach einer breiten Vernehmlassung die Einzugsgebiete fest. Die Gemeinden haben bis Ende 2016 Zeit, sich entsprechend zu organisieren. Die kantonale Planung wird innerhalb derselben Frist verwirklicht werden müssen.

Das Reglement über belastete Standorte (AltlastR), das seit dem 1. Juli 2013 in Kraft ist, regelt die Erhebung der kantonalen Abgabe auf die Ablagerung von Abfällen. Er konkretisiert die Massnahmen zur Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten und deren Subventionierung. 2014 wurden insgesamt 17 Gesuche für Kantonsbeiträge nach AltlastG eingereicht: 12 für Ablagerungsstandorte und 5 für Schiessanlagen. Bei diesen Gesuchen geht es um Untersuchungs-, Überwachungs- oder Sanierungsmassnahmen. Bei 2 belasteten Standorten muss der Staat den Kostenanteil von zahlungsunfähigen Verursachern übernehmen. Für 3 belastete Standorte hat er die Kosten der Voruntersuchungen vorgeschossen. Ende 2014 waren 1132 belastete Standorte im Kataster der belasteten Standorte des Kantons Freiburg eingetragen.

Die vorbereitenden Massnahmen für die Sanierung der ehemaligen Deponie La Pila wurden 2014 abgeschlossen. Die vorbereitenden Massnahmen treten in die Umsetzungsphase, die bis zur eigentlichen Sanierung der Deponie andauern wird. Im Sommer 2014 wurde ein Entwurf des Aktionsplans für die noch erforderlichen Zusatzuntersuchungen bei der Deponie und in der Saane ausgearbeitet und den interessierten Personen unterbreitet.

In Bezug auf die Luftqualität gilt: Die kritischen Schadstoffe sind weiterhin Stickstoffdioxid, Ozon und der Feinstaub. Für diese Stoffe werden die Grenzwerte regelmässig überschritten. Zur Ammoniakkonzentration, die seit 2006 gemessen wird, ist zu sagen, dass die Höchstwerte für den Schutz der empfindlichen Vegetation vor direkten und chronischen Auswirkungen ebenfalls überschritten wurden.

Die Frist für die Vollendung der Strassenlärmsanierung wurde im Bundesrecht auf den 31. März 2018 angesetzt. Die entsprechenden Arbeiten, die 2008 begannen, werden in den letzten Jahren, in denen der Bund noch Beiträge entrichten wird, verstärkt werden. Im Rahmen der LSV bzw. der zweiten Programmvereinbarung (2012–2015), die Massnahmen für rund 26 Millionen Franken vorsieht, wird der Bund Beiträge von insgesamt 8 Millionen Franken auszahlen.

Das Friammon-Projekt zur Verminderung der Ammoniakemissionen wurde weitergeführt und erleichterte namentlich den Erwerb von Schleppschlauchverteilern. Im Bereich des Hofdünger-Managements im Winter arbeiten die betroffenen staatlichen Dienststellen zusammen; sie beraten die Landwirtinnen und Landwirte und informieren regelmässig über die Bedingungen für das Ausbringen des Düngers.

Aus den Analysen der Proben, die an den 250 Standorten genommen wurden, geht hervor, dass die Landwirtschaftsflächen des Kantons Freiburg über alles gesehen in einem guten Zustand sind und dass der Gehalt an organischer Substanz stabil ist. Die Analysen, die zwischen 2011 und 2014 durchgeführt wurden, zeigen jedoch, dass zahlreiche Böden in den historischen Quartieren der Stadt Freiburg mit Schwermetallen belastet sind.



Zum Schutz der wildlebenden Säugetiere und Vögel während der Winterperiode und der Aufzuchtzeit wurde die Wildruhezone La Berra geschaffen. Die Schaffung dieser Wildruhezone ist eine der Ausgleichsmassnahmen im Zusammenhang mit der Konzession für die neue «Kombibahn La Berra» und ist ein Pilotprojekt des Kantons.

Seit 2012 läuft die sechste Beobachtungsperiode des Freiburgischen Bodenbeobachtungsnetzes (FRIBO). In Übereinstimmung mit der Jahresplanung wurden 2014 Proben bei 50 Standorten genommen. Die nächste Veröffentlichung der Ergebnisse ist zum Abschluss dieser sechsten Periode, d. h. im Jahr 2017, geplant. Für die Kontrolle der Böden im städtischen Raum wurden an 10 Standorten des urbanen Bodenbeobachtungsnetzes und an 13 Standorten in der Stadt Freiburg der Schwermetallgehalt sowie die Belastung durch organische Mikroverunreinigungen analysiert.

In Bezug auf die Erosionen hat das Landwirtschaftliche Institut Grangeneuve (LIG) private Grundeigentümer und Gemeinden, die Erosionsschäden zu beklagen hatten, beraten und in diesem Zusammenhang auch Expertisen vorgenommen. Als Resultat der Beratungen wurden 4 Mehrjahrespläne zur Erosionsbekämpfung mit 4 Landwirten abgeschlossen. Am vom LIG organisierten Weiterbildungskurs über die Erosionsbekämpfung im Bio-Kartoffelbau nahmen 17 Personen teil.

### 3.1.7 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 1

Gegenstand	Stand Ende 2014
Gesetz über die Ausgleichsleistungen für raumplanerische Massnahmen (neu)	Vorentwurf in Vernehmlassung
Gesetz über den Untergrund (neu)	Definitiver Vorentwurf in Vorbereitung
Strassengesetz (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
Verkehrsgesetz: > Teilrevision > Totalrevision	> Definitiver Vorentwurf in Vorbereitung > Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die Wasserkraft (neu)	Arbeiten noch nicht begonnen
Energiegesetz (Teilrevision)	Gesetz vom 15.05.2013

## 3.2 Herausforderung 2: Entwicklung einer Bildungspolitik, die Jugendliche und Erwachsene bei der Eingliederung unterstützt

### 3.2.1 Revision der gesetzlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen der obligatorischen Schule und der Sekundarstufe 2

Am 18. Dezember 2012 überwies der Staatsrat dem Grossen Rat den Entwurf für das Gesetz über die obligatorische Schule und die dazugehörige Botschaft. Nachdem die parlamentarische Kommission die Gesetzesvorlage an 18 Sitzungen zwischen dem 7. März und dem 14. Oktober 2013 sowie am 5. Mai 2014 beraten hatte, folgten in den Sessionen von Februar, Mai, Juni und September 2014 die Debatten im Plenum des Grossen Rates. Am 9. September 2014 nahm der Grosse Rat das Gesetz an. Am 24. Oktober wurde ein Referendumsbegehren eingereicht, das jedoch nicht zustande kam, da bis zum Ablauf der Frist am 5. Januar 2015 nur 4016 der erforderlichen 6000 Unterschriften gesammelt worden waren. Daneben fanden im Zusammenhang mit den Arbeiten zum Ausführungsreglement (RSchG) drei Gespräche am Runden Tisch mit den Partnern der Schule statt. Für besondere Themen wurden Arbeitsgruppen gebildet.

Das Gesetz über den Mittelschulunterricht wird überarbeitet. Die Partner der S2 (Vertreter von Eltern, Schuldirektionen und Lehrkräften) wurden angehört und konnten sich zu den Themen äussern, die sie behandeln haben möchten. Die vorbereitende Studie ist inzwischen abgeschlossen und ein erster Vorentwurf wird erarbeitet.

Nach den drei Neubauten konnte das Kollegium Gambach zu Schuljahresbeginn 2014/15 nun auch das renovierte ehemalige Gebäude in Betrieb nehmen. Die Einweihung des gesamten neuen Kollegiums fand am 26. und 27. September 2014 statt. Die geplanten Ausbauarbeiten am Kollegium des Südens begannen am 14. April 2014. Bis zum Beginn des nächsten Schuljahres sollten sie abgeschlossen und die neuen Räume bezugsfertig sein. Am 10. September 2014 hat der Staatsrat, gemeinsam mit dem Kanton Waadt, dem Kauf einer Parzelle für das interkantonale Gymnasium der Broye zugestimmt. Dies wird den Ausbau der am Limit ihrer Aufnahmekapazität angelangten Schule

---

ermöglichen. Darüber hinaus wird der Staatsrat dem Grossen Rat demnächst ein Gesuch für einen Studienkredit unterbreiten, um die Sanierung und Erweiterung des Kollegiums Heilig Kreuz in Freiburg vorzubereiten.

Die verschiedenen Etappen des Schuljahres von der Einschreibung der Schülerinnen und Schüler bis zum Drucken der Abschlusszeugnisse konnten im Schuljahr 2013/14 erstmals mit dem neuen EDV-Programm realisiert werden, das im Rahmen des Projekts zur Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme (Projekt HAE) eingerichtet worden ist. Es sind zwar noch Anpassungen nötig, doch sollte der weitere Verlauf dieses Grossprojekts nun ruhiger vorangehen.

Zudem sind Arbeiten in Gang, um den Informatikdienst für die Schulen der S2 (CME) zu verbessern, der mit der Zentralisierung des Unterhalts der Informatiksysteme der kantonalen Schulen betraut ist.

### 3.2.2 Umsetzung des kantonalen Konzepts für den Sprachenunterricht

Der Grosse Rat hat das Konzept im Herbst 2010 genehmigt, so dass daraufhin die Umsetzung beginnen konnte. Dieses Konzept sieht drei Stossrichtungen vor und beinhaltet neun Vorschläge. Vier davon beinhalten eine Intensivierung bestehender Massnahmen und Ausrichtungen, in den fünf weiteren werden Neuerungen vorgeschlagen: Frühe Sensibilisierung der Kinder für das Sprachenlernen, Englischunterricht ab dem 5. Primarschuljahr, systematische Verwendung des Sprachenportfolios, Unterrichtssequenzen in der Partnersprache sowie Bildung bilingualer Klassen, dies vorerst an der OS. Bei der Beratung des Entwurfs für das neue Schulgesetz fügte der Grosse Rat eine neue Anforderung hinzu: Es sollen auch besondere Massnahmen zur Förderung des zweisprachigen Unterrichts bereits vom ersten Schuljahr an vorgesehen werden.

Für das Schuljahr 2014/15 liegen die Schwerpunkte auf der allgemeinen Einführung des Englischunterrichts in der 8H (6. Primarklassen), auf der verstärkten Förderung der Projekte zur intensiven Integration von Deutsch an acht französischsprachigen Orientierungsschulen, darunter ein Zusammenarbeitsprojekt der beiden Sprachabteilungen an der OS Murten, und die weitere Einführung der neuen Lehrmethode für Französisch in Deutschfreiburg, dieses Jahr in den 2. OS-Klassen. Für den deutschsprachige Kantonsteil erfolgen diese Massnahmen im Rahmen des Projekts «Passepartout – Fremdsprachen an der Volksschule», das in sechs Sprachgrenzkantonen (BL, BS, SO, BE, FR, VS) durchgeführt wird. Seit Beginn dieses Schuljahres bieten sechs französischsprachige Orientierungsschulen in der 11H (3. OS-Klassen) Italienisch als Wahlfach an. Im Zusammenhang mit dem 4. Vorschlag des Konzepts, der sich mit dem Thema «Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund aufnehmen und informieren» befasst, sind Dokumentarfilme entstanden, welche die Schule, den schulischen Unterricht und das Bildungssystem im Kanton Freiburg präsentieren: Denn Familien, die sich neu im Kanton niederlassen, haben oft Mühe, Informationen über die Schule, das Erziehungs- und Bildungswesen zu erhalten. Als eines der Hindernisse erweist sich dabei die Sprache. Daher ist es wichtig, über ein gut gestaltetes und aktuelles Kommunikationsmittel zu verfügen, um die Familien möglichst gut informieren zu können. Zudem ist dieses auch ein praktisches Hilfsmittel für die Fachleute im Schul- und Bildungswesen, die Gemeinden sowie die Vereine. So wurde in Partnerschaft mit der Pädagogischen Hochschule (HEP-PH FR) ein Projekt zur Produktion einer Dokumentarfilmreihe lanciert. Der erste Film mit dem Titel «Allgemeine Informationen» steht nun auf der Website der EKSD bereit. Die Informationen sind in mehreren Sprachen verfügbar; der erste Dokumentarfilm wurde in der Originalfassung in Französisch erstellt und in Deutsch, Albanisch, Englisch, Spanisch, Portugiesisch und Tigrinya übersetzt.

Auf der allgemeinbildenden Sekundarstufe 2 findet das zu Beginn des Schuljahres 2014/15 eingeführte Konzept für die zweisprachige Ausbildung im Gymnasium («zweisprachige Klasse Plus» und «Sensibilisierungsfach») grossen Anklang: 36 % der Schülerinnen und Schüler im 1. Gymnasialjahr nutzen im Schuljahr 2014/15 eines der zweisprachigen Ausbildungsangebote. Insgesamt absolvieren in diesem Schuljahr 24 % der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten eine zweisprachige Ausbildung (gegenüber 17 % im 2013/14). An der Fachmittelschule Freiburg (FMSF) lief das erste Jahr mit einem zweisprachigen Angebot (seit Schuljahr 2013/14 verfügbar) reibungslos ab. Zudem steht die Schule kurz vor Abschluss einer Partnerschaft mit einem internationalen Unternehmen, die es ermöglichen soll, mindestens einen Teil des einjährigen Praktikums, das von den Schülerinnen und Schülern in der Vollzeit-Handelsmittelschule verlangt wird, im Ausland zu absolvieren.

---

Seit dem Erwerb des sprachlichen Unterrichtsprogramms «Campus Tell-Me-More» im Jahr 2011 können die Schülerinnen und Schüler der berufs- und allgemeinbildenden Sekundarstufe 2 sowie ihre Lehrkräfte Erfahrungen mit dem computergestützten Sprachenunterricht sammeln. Die für 2011 und 2012 gesetzten Ziele wurden mit 2717 abgegebenen Lizenzen im Schuljahr 2011/12 und 5680 im Schuljahr 2012/13 erreicht. Obschon im dritten Versuchsjahr die angestrebte Nutzung sämtlicher Lizenzen fast erreicht wurde, muss man einräumen, dass die Erwartungen hinsichtlich des persönlichen Engagements der Schülerinnen und Schüler nicht erfüllt wurden. Daher wurde dem Staatsrat vorgeschlagen, dieses Projekt nicht weiterzuführen. Die im Voranschlag 2014 vorgesehenen Beträge für die Weiterführung dieses Projekts wurden daher im Zuge der Struktur- und Sparmassnahmen gestrichen.

Da es nicht genügend Anmeldungen gab, konnte die Kaufmännische Berufsfachschule seit 2013/14 keine zweisprachige Klasse für die kaufmännische Berufsmaturität eröffnen. Das Angebot soll jedoch im Schuljahr 2016/17 weitergeführt werden.

Im Frühjahr 2013 hat sich das Amt für Berufsbildung an den Vorbereitungen für die Durchführung eines innovativen Projekts des Vereins «Hauptstadtregion Schweiz (HSR-CH)» beteiligt: Bei diesem Projekt wird für die Lernenden aus den Kantons- und Gemeindeverwaltungen der Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Wallis ein Sprachaustausch organisiert.

### 3.2.3 Ausbau und Strukturierung des Studiengangs der Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung trägt mit seiner Arbeit dazu bei, die Schülerinnen und Schüler der Maturitäts- und Fachmittelschulen über den Lehrerberuf zu informieren. Die Präsentation des Berufs der Lehrperson für den Kindergarten und die Primarschule gehört zum Programm Job-Info.

Die Präsentation des Lehrerberufs fand am 4. Februar 2013 statt: 85 Personen nahmen an der französischsprachigen und 31 Personen an der deutschsprachigen Präsentation teil.

Die verschiedenen Massnahmen der pädagogischen Hochschule in Freiburg (HEP-PH FR) zur Förderung des Lehrerberufs zeigen Wirkung: So ist die Zahl der für den Bachelor für die Vorschul- und Primarstufe eingeschriebenen Personen von 354 im Jahr 2011 auf 444 im Jahr 2014 gestiegen. Dieser starke Anstieg hatte leider zur Folge, dass eine Zulassungsbeschränkung eingeführt werden musste, um eine gute Ausbildung zu gewährleisten.

Darüber hinaus wurde der Stundenplan so angepasst, dass die Studierenden zwei freie Nachmittage haben, um Stellvertretungen in den Schulen zu übernehmen. Die Studie, in der die Möglichkeit zur Einrichtung einer berufsbegleitenden Ausbildung für Quereinsteiger geprüft wird, und die Umsetzung des neuen Studiengangs sind immer noch in Gang. In der gesamten Westschweiz wurde hingegen die Möglichkeit zur «Aufnahme sur Dossier» sowie die Validierung von Bildungsleistungen und Erfahrung eingeführt.

Der neue Entwurf für das PHG befand sich bis 31. Oktober in der Vernehmlassung. Aufgrund der Ergebnisse dieser Vernehmlassung wurde eine Gesamtrevision beschlossen. Der neue Gesetzesentwurf soll zu Beginn des Jahres 2015 dem Staatsrat vorgelegt werden.

Nebst den bestehenden gemeinsamen Ausbildungsblöcken (Universität Freiburg/HEP-PH FR) wurde eine zusätzlicher Studiengang für Bildnerisches Gestalten eingeführt; ein weiterer im Studienbereich Musik wird geprüft.

### 3.2.4 Positionierung der Hochschulen (HS)

Der Kanton Freiburg ist der Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat) beigetreten; somit können die nach dem HFKG vorgesehenen Organe geschaffen werden und Freiburg erhält einen Sitz in der Plenarversammlung der Hochschulen und ebenso im Hochschulrat. Dank der vom Grossen Rat am 27. Juni 2014 angenommenen Änderung des Gesetzes über die Universität kann sich die Universität in diesem neuen Umfeld besser positionieren, was wichtig ist, da sich der Konkurrenzkampf der verschiedenen Hochschulen verschärfen wird. Das geänderte Universitätsgesetz wird am 1. Januar 2015 in Kraft treten, ebenso wie das neue Gesetz über die HES-SO//FR, das der Grosse Rat am 15. Mai 2014 verabschiedet hat. Die aus vier Hochschulen bestehende HES-SO//FR erhält mit diesem neuen Gesetz die Stellung einer autonomen öffentlich-rechtlichen Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit und wird damit besser in der Lage sein, in der Fachhochschule Westschweiz HES-SO eine wichtige Rolle zu erfüllen. Damit wird auch die Stellung unseres Kantons in dieser

---

interkantonalen Hochschule, deren Partner er ist, gestärkt. Die ersten Arbeiten zur Umsetzung dieses Gesetzes haben bereits begonnen, insbesondere zur Wahl des Repräsentativrats des Personals und der Studierenden der HESSO//FR.

Die verschiedenen Bauvorhaben machen ebenfalls Fortschritte. Das Stimmvolk hat den Verpflichtungskredit für das künftige Gebäude der FHF-SA und HfG-FR am Standort des ehemaligen Zeughauses gutgeheissen. Der neue Sitz des Adolphe-Merkle-Instituts (AMI) wurde eröffnet und konnte an einem Tag der offenen Tür besichtigt werden. Der Gewinner des Architekturwettbewerbs für das Gebäude auf dem Gelände des Thierryturms (Tour Henri) wurde ermittelt. Für den Campus der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät genehmigte der Grosse Rat den Kredit für den Bau eines temporären Modulgebäudes und der Totalunternehmerauftrag wurde vergeben.

### 3.2.5 Stärkung des Forschungsstandorts

Die Freiburger Hochschulen stärken ihre Position in der nationalen und internationalen Forschungslandschaft durch Zusammenarbeit, Publikationen, Auszeichnungen sowie Forschungs- und Aufwertungsprojekten, von denen viele mit kompetitiven Drittmitteln finanziert. So hat zum Beispiel die Hochschule für Gesundheit Freiburg im Juli 2014 einen mit fast 100 000 Franken dotierten Preis der Stiftung Leenaards erhalten, und zwar für ein Forschungsprojekt, mit dem ein Pilotprogramm zur Prävention von chronischem Stress bei pflegenden Angehörigen von zu Hause lebenden Menschen mit Demenz evaluiert werden soll.

Die Beteiligung der Freiburger Hochschulen am Innovationspark BlueFactory nimmt konkrete Formen an: Der Grosse Rat hat verschiedene Finanzhilfen für das Forschungszentrum Smart Living Lab (SLL), die Aktiengesellschaft SICHH (Swiss Integrative Center for Human Health) und das Dienstleistungszentrum Innosquare genehmigt. Das Projekt SLL ist am 9. Oktober 2014 gestartet. Es umfasst die Errichtung einer ständigen Antenne der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne in Freiburg (EPFL Fribourg) und ein Forschungsprojekt in der Gebäudetechnologie der Zukunft in Zusammenarbeit mit der HEIA-FR und der Universität Freiburg. Das Zentrum SICHH hat seine Aktivitäten ebenfalls aufgenommen, allerdings bisher beschränkt auf das Project Management Center, bis die Räume bereitstehen und die Ausrüstungen eingerichtet werden können. Innosquare wird Unternehmen Kompetenzen, die insbesondere die HEIA-FR auf dem Gebiet der angewandten Forschung und der Entwicklung zu bieten hat, zur Verfügung stellen. Mittel- und langfristig werden die Entwicklung dieser Plattformen und die sehr enge Zusammenarbeit mit der Antenne der EPFL positive Auswirkungen auf die Freiburger Wirtschaft haben.

Die Bildung eines Cluster FoodTech im Rahmen der Hauptstadtregion Schweiz ist ein neues Projekt, das eine enge Zusammenarbeit unter Partnern bedingt. Dieses Cluster unter der Federführung der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg versteht sich als Zusammenschluss von Akteuren rund um ein gemeinsames Thema. Diese setzen auf einem bestimmten geografischen Raum partnerschaftlich für gemeinsame, innovative Projekte im Bereich der Produktion und Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe ein und nutzen dabei Synergien. Unter der Aufsicht der Hauptstadtregion Schweiz und dank der Federführung des Wirtschafts- und Technologiezentrums des Kantons Freiburg (WTZ-FR) erhielt das Projekt eine finanzielle Unterstützung des SECO für die Stelle des Clustermanagers. Diese Stelle wurde Ende 2014 ausgeschrieben. Zudem wurden Unternehmen angesprochen, die sich an der Lancierung des Cluster interessiert zeigten. Die Governance, Planung und Kommunikationsplanung des Projekts sind erstellt.

### 3.2.6 Förderung der Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bildungsbedarf in die Regelschule

Entsprechend der Integrationsstrategie, die seit dem Inkrafttreten des ersten Integrationskonzepts aus dem Jahr 1999 an den Freiburger Schulen eingeführt wurde, hat die EKSD ihre Bemühungen zur Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bildungsbedarf in den Klassen der Regelschule fortgesetzt. Diese Strategie wird künftig durch den Beitritt des Kantons zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik bestärkt (seit 2010). 2014 wurden 523 Schülerinnen und Schüler mit besonderem Bildungsbedarf in einer Regelklasse der obligatorischen Schule integrativ geschult. Damit der Kanton bald ein neues Gesetz über den Sonderschulunterricht erhält, wurde der Entwurf für das kantonale Sonderpädagogikkonzept, zu dem von August bis Dezember 2012 eine Vernehmlassung lief, im Jahr 2014 anhand der Vorgaben des Staatsrats gründlich überarbeitet. Das überarbeitete Konzept, intern von den Ämtern der EKSD geprüft, wurde am 26. November 2014 der

Steuergruppe präsentiert. Sobald es vom Staatsrat genehmigt ist, kann das kantonale Konzept schrittweise eingeführt werden. Gemäss dem Grundsatz einer Schule für alle werden integrative Lösungen bevorzugt, wobei die Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes oder des Jugendlichen sowie das schulische Umfeld und die Schulorganisation berücksichtigt werden und zudem der Grundsatz der Verhältnismässigkeit gewahrt wird.

### 3.2.7 Erleichterung der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten

Die von der Universität Freiburg durchgeführte Evaluation der Umsetzung des Case Management wurde im Dezember 2013 abgeschlossen. Auf der Grundlage der sich daraus ergebenden Vorschläge konnte die Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung Massnahmen erarbeiten, die der Staatsrat im Juni 2014 genehmigt hat. Eine der Massnahmen besteht darin, das Case Management in die Plattform Jugendliche zu integrieren. Dies soll im Laufe des Jahres 2015 erfolgen. Ferner hat man die Universität Freiburg beauftragt, die Übergangslösungen zu analysieren und mögliche Alternativen zu prüfen. Mitte 2015 soll ein Bericht erscheinen.

### 3.2.8 Förderung des Erwerbs und Erhalts von Grundkompetenzen für Erwachsene

Das Projekt zur Vergabe eines Bildungsgutscheins für weniger gut qualifizierte Personen wurde im Rahmen der strukturellen Massnahmen aus Spargründen eingestellt. Die Kommission für Erwachsenenbildung überlegt sich derzeit, mit welchen anderen Massnahmen die Grundkompetenzen von Erwachsenen erweitert werden könnten. Die Bundesversammlung hat am 20. Juni 2014 das Bundesgesetz über die Weiterbildung angenommen. Dieses räumt dem Bund die Möglichkeit ein, den Kantonen gezielt Beiträge für Massnahmen zum Erwerb und Erhalt von Grundkompetenzen Erwachsener auszurichten.

Das Informations- und Beratungsportal zur Anerkennung von Bildungsleistungen wurde im französischsprachigen Kantonsteil mit zusätzlichen Stellenprozenten (20 %) verstärkt. In Deutschfreiburg ist dieses Portal bereits in Betrieb und die Kompetenzenbilanzen werden in Zusammenarbeit mit den deutschsprachigen Kantonen, die solche anbieten, erstellt.

### 3.2.9 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 2

Gegenstand	Stand Ende 2014
Gesetz über die obligatorische Schule (Totalrevision)	Gesetz vom 09.09.2014
Gesetzliche Grundlagen für die Sonderpädagogik (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Gesetz über den Mittelschulunterricht (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die pädagogische Hochschule (Teilrevision)	Definitiver Vorentwurf in Vorbereitung
Gesetz über die Universität (Teilrevision)	Gesetz vom 27.06.2014
Gesetz über die Erwachsenenbildung (Teilrevision)	Hängige Arbeiten
Gesetz über die HES-SO//FR (neu)	Gesetz vom 15.05.2014

## 3.3 Herausforderung 3: Unterstützung von Innovation und Technologietransfer zur Förderung eines qualitativen Wachstums

### 3.3.1 Sicherung des beruflichen Nachwuchses

Das Jahr 2014 stand im Zeichen des zehnjährigen Jubiläums des Bundesgesetzes über die Berufsbildung. In diesem Rahmen haben sowohl der Bund und die Kantone als auch die Arbeitgeberverbände zahlreiche Veranstaltungen organisiert. Diese Veranstaltungsreihe fand im September ihren Höhepunkt mit der Organisation der ersten Schweizer Berufsmeisterschaften in Bern unter der Bezeichnung SwissSkills 2014. Unter den rund 1000 jungen Wettkämpferinnen und Wettkämpfern haben sechs Freiburgerinnen und Freiburg (von insgesamt 38 Freiburger Teilnehmenden) eine Medaille gewonnen. Diverse Aktionen wurden in diesem Zusammenhang gestartet, um die Veranstaltung bekannt zu machen, die ausgezeichneten Kenntnisse unserer jungen Berufsleute hervorzuheben und auf die Stärken des dualen Berufsbildungssystems hinzuweisen.

Am 14. Mai 2014 fand der interkantonale Tag der Berufsbildung statt. Diese Veranstaltung ist inzwischen im Kanton und auch in der ganzen Schweiz sehr bekannt. Sie findet in den meisten Kantonen statt. An diesem Tag haben 20 Unternehmen 40 freie Lehrstellen in 21 verschiedenen Berufen gemeldet.



---

### 3.3.2 Förderung von Unternehmensgründungen

Die Gründung neuer Unternehmen ist ein wichtiger Faktor, damit unsere Wirtschaft leistungsfähig bleibt und sich weiterentwickelt. Der Staat setzt Mittel ein, damit über kantonale und interkantonale Programme die Gründung neuer Unternehmen gefördert werden kann. Die verschiedenen Massnahmen können in vier Bereiche eingeteilt werden:

- > Finanzierungshilfe für Unternehmen (Eigen- oder Fremdkapital)
- > Finanzierung von F&E-Projekten
- > Investitionshilfe für Unternehmen
- > Coaching-Massnahmen

Wird die Entstehung dieser Massnahmen betrachtet, so zeigt sich, dass diverse Massnahmen aufgrund von Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen und strukturiert wurden (neue Regionalpolitik, Plan zur Stützung der Wirtschaft usw.). Es gilt nun, aus den Massnahmen ein in Bezug auf ihren Auftrag und ihre Finanzierung kohärentes Paket zu schnüren, dies namentlich anlässlich der Verlegung verschiedener Programme auf das blueFACTORY-Gelände, wo sie sich zusammenfinden werden.

### 3.3.3 Schaffung eines Technologie- und Innovationsparks (blueFACTORY)

2014 war ein entscheidendes Jahr, in dem die Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg (WIF) an mehreren wichtigen Projekten beteiligt war:

- > Gründung der Firma BFFSA - Bluefactory Fribourg-Freiburg SA (12. Februar 2014) mit der Stadt und dem Staat Freiburg als Aktionäre und Errichtung eines Verwaltungsrats, der sich hauptsächlich aus Industrievertretern zusammensetzt. Verfahren für die Auswahl und Ernennung eines Direktors, der seine Stelle am 1. Dezember angetreten hat. Ende der interimistischen Leitung der Firma durch die WIF auf Ende 2014.
- > Unterzeichnung des Zusammenarbeitsvertrags (21. März 2014) zwischen dem Staat Freiburg und der ETH Lausanne zur Gründung einer ETH-Zweigstelle in Freiburg.
- > Entscheid des Grossen Rats (15. Mai 2014) über die Finanzierung der Technologieplattformen SLL (Smart Living Lab) und SICHH (Swiss Integrative Center for Human Health).
- > Entscheid des Grossen Rats (15. Dezember 2014) über die Finanzierung der Technologieplattformen Innosquare und BCC (Biofactory Competence Center).

Ende 2014 schloss die WIF ihren Auftrag zur Schaffung der Firma BFFSA ab. Sie beteiligt sich aber weiterhin an der Entwicklung der Technologieplattformen. Sie wird namentlich mit diesen Plattformen zusammenarbeiten, um neue Kontakte mit der Industrie zu knüpfen und über die Plattformen neue Investitionen im Kanton Freiburg und auf dem blueFACTORY-Gelände zu fördern.

### 3.3.4 Förderung des Wachstums der Freiburger Unternehmen und der Ansiedlung neuer Unternehmen

Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons ist auf zwei Ebenen angesiedelt:

- > Auf internationaler Ebene wird sie bestimmt durch die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im Vergleich zu konkurrierenden Ländern: Auch wenn unser Land über eine hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit verfügt, so steht dieser Vorteil unter starkem Druck und lässt langsam nach, insbesondere aufgrund des Drucks der OECD und Europas auf unsere Steuerpolitik und aufgrund der Frankenstärke.
- > Auf nationaler Ebene wird die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons mit jener anderer Schweizer Regionen verglichen: Auch wenn wir in den vergangenen Jahren einige Erfolge verzeichnen konnten, so hat sich die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Freiburg gegenüber anderen Schweizer Kantonen nicht verbessert (Besteuerung, verfügbare Flächen usw.).

Die Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren generell verschlechtert, dies insbesondere seit der Bonny-Beschluss 2010 ausser Kraft gesetzt wurde. Dieser hatte es bestimmten Unternehmen ermöglicht, von vorteilhaften Steuerbedingungen auf Bundesebene zu profitieren, wenn sie sich im Kanton Freiburg niederliessen. Ohne diesen wichtigen Anreiz hat unser Kanton Mühe, sich aus der Masse zu heben, und verzeichnet ungenügende Resultate bei der Ansiedlung von bedeutenden ausländischen Unternehmen. Diese mangelnde Wettbewerbsfähigkeit

---

zeigt sich noch deutlicher an den durchgezogenen Resultaten unseres Kantons innerhalb der Organisation für gemeinsame Wirtschaftsförderung im Ausland GGBa.

Mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Freiburger Wirtschaft sicherzustellen und zu verbessern, hat der Staatsrat 2014 angekündigt, dass ab 2019 der effektive globale Steuersatz von juristischen Personen auf 13,72 % (im kantonalen Durchschnitt) herabgesetzt werden soll.

### 3.3.5 Verwirklichung des Umsetzungsprogramms zur Regionalpolitik

Für die zweite Phase verfügt die neue Regionalpolitik (NRP) über ein Budget von 29,5 Millionen Franken. Das NRP-Umsetzungsprogramm für die Jahre 2012-2015 stützt sich auf das Gesetz über die Wirtschaftsförderung und unterscheidet drei Aktionsbereiche: einen kantonalen, einen interkantonalen und einen grenzüberschreitenden Aktionsbereich. Im Jahr 2014 wurden 19 Projekte über einen Betrag von 17,9 Millionen Franken genehmigt. Im Bereich der kantonalen Strategie hat die NRP 2014 das bioFactory Competence Center (BCC) unterstützt. Dieses landesweit einzigartige Bildungszentrum ist der biotechnologischen Produktion gewidmet und wird in Form einer «Schulungsfabrik» im Innovationsquartier blueFACTORY errichtet.

### 3.3.6 Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung

Die Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung ist ein vorrangiges Ziel der kantonalen Wirtschaftspolitik. Während das Pro-Kopf-Einkommen des Kantons Freiburg seit vielen Jahren eines der tiefsten der Schweiz ist und das starke Bevölkerungswachstum unseren Kanton in eine Schlafzone zu verwandeln droht, ist es wichtiger denn je, in unserem Kanton die Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung zu fördern. Der Technologietransfer spielt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle, denn auf diese Weise können neue Produkte geschaffen werden. Seit mehreren Jahren verfügen die verschiedenen akademischen Institutionen Freiburgs über eine Technologietransferstrategie. Ausserdem wurden verschiedene Instrumente zur Förderung von Unternehmensgründungen und zur Unterstützung von innovativen Unternehmen entwickelt. Diese Politik nimmt mit der Umsetzung des blueFACTORY-Projekts, dem Aushängeschild des Kantons Freiburg gegenüber möglichen externen Partnern, konkrete Gestalt an und sollte dazu beitragen, dass sich Unternehmen mit hoher Wertschöpfung für eine Niederlassung im Kanton entscheiden werden.

### 3.3.7 Positionierung Freiburgs als zentraler Akteur der Schweizer Lebensmittelbranche

Im Rahmen des Umzugs der Landwirtschaftlichen Forschungsanstalt ALP-Liebefeld nach Posieux haben die ILFD und das Bundesamt für Landwirtschaft der Agroscope Liebefeld-Posieux (ALP-Haras) und dem Landwirtschaftlichen Institut des Kantons Freiburg (LIG) die Planung des Standorts Grangeneuve (des aktuellen Standorts der ALP-Haras und des LIG) in Auftrag gegeben. Mit dieser Planung wird bezweckt, mittel- und langfristig ein nationales und internationales Kompetenzzentrum zu entwickeln, das die gesamte Kette der Lebensmittelproduktion abdeckt. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Verlegung von 170 Mitarbeitenden vom Standort Liebefeld.

Nachdem der Grosse Rat im Jahr 2013 einen Planungskredit von 4,2 Millionen Franken für den Bau eines oder mehrerer Gebäude für den Umzug der ALP von Bern-Liebefeld nach Posieux genehmigt hatte, wurde ein Architekturwettbewerb lanciert. Die Auswahl der Projekte fand im Februar 2014 statt. Gestützt auf das Siegerprojekt «AOC» wurden das Detailprojekt und das Dekret für den Grossen Rat ausgearbeitet und im Januar 2015 dem Staatsrat vorgelegt. Der Grosse Rat wird im März 2015 darüber entscheiden. Die Arbeit wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt und dem Bundesamt für Bauten und Logistik realisiert.

Der Ernährungscampus ALP-LIG (vgl.3.2.5 «Stärkung des Forschungsstandorts») wird der Kern und der Motor des Clusters FoodTech sein.

### 3.3.8 Konkretisierung der Vision 2030 des Freiburger Tourismusverbands

Ziel der Vision 2030 ist die «Entwicklung eines Tourismus, der vorrangig auf die Nutzung des Natur- und Kulturerbes des Kantons Freiburg und die typischen Merkmale seiner geografischen Regionen ausgerichtet ist». Die strategischen Ziele der Legislaturperiode 2012–2016 beruhen auf drei Schwerpunkten:

- > Sensibilisierung der Bevölkerung und der Leistungserbringer;
- > Verbesserung des Freiburger Tourismusangebots;
- > Interregionale und interkantonale Integration des Angebots.

Zu den sichtbarsten Aktionen, die 2014 durchgeführt wurden, gehören folgende:

- > die Organisation zweier Treffen im Rahmen des Netzwerks PROtourism, an denen einmal über 80 und einmal über 180 Freiburger Tourismusfachleute teilgenommen haben;
- > die Errichtung des Freiburger Tourismusobservatoriums;
- > die weitere Ausarbeitung von überregionalen Pauschalangeboten durch die Abteilung Incoming Services des Freiburger Tourismusverbands (FTV);
- > die koordinierte Erarbeitung eines Inventars der strategischen Tourismusinfrastrukturen des Kantons und eine Prospektion der Anlagen, die in Umsetzung der Vision 2030 auf regionaler Ebene realisiert werden sollen.

Daneben hat der FTV ganz im Sinne seines Auftrags, das natürliche und kulturelle Erbe des Kantons Freiburg touristisch zu nutzen, und unter Beachtung seines Leitbilds im Jahr 2014 verschiedene besondere Projekte unterstützt (Freiburger Spezialitäten, Wanderchilbi des Freiburgerlands usw.). Ausserdem hat er einen neuen Coach des Qualitätslabels QQ von Schweiz Tourismus ausgebildet.

### 3.3.9 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 3

Gegenstand	Stand Ende 2014
Gesetz über den Tourismus (Teilrevision)	Vorentwurf in Ausarbeitung

## 3.4 Herausforderung 4: Festigung des sozialen Zusammenhalts und der Lebensqualität vor dem Hintergrund eines starken Wachstums

### 3.4.1 Anpassung des Pflegeangebots an die gesellschaftlichen Herausforderungen

Die beiden kantonalen Pflegeetze haben ihre Einrichtungen weiter den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst. Im Rahmen seiner Strategie 2013–2022 hat das freiburger spital (HFR) seine Leistungen an den Standorten Tafers und Freiburg verstärkt. Ausserdem hat es die Palliativpflege nach Châtel-St-Denis in die Villa St-François verlagert, ganz nah beim Kantonsspital. Während die Ausbauarbeiten in Merlach voranschreiten, bereitet das HFR den Bau eines neuen Radiologiegebäudes in Riaz vor.

Das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) hat sein Zentrum für psychische Gesundheit in Bulle in neuen Räumlichkeiten untergebracht, die auch wie eine Tagesklinik funktionieren. Es hat die notwendigen Umbauarbeiten für die nächste deutschsprachige Psychiatrieabteilung in Villars-sur-Glâne lanciert. Im Herbst hat das FNPG in Freiburg sein neues kantonales Zentrum für Abhängigkeitserkrankungen eröffnet, das Patientinnen und Patienten mit Abhängigkeitserkrankungen in all ihren Formen betreut.

### 3.4.2 Bewahrung und Förderung der Gesundheit bei der Freiburger Bevölkerung

Der kantonale Plan für Gesundheitsförderung und Prävention wird durch zahlreiche Massnahmen umgesetzt; diese betreffen Ernährung, körperliche Betätigung, Tabakkonsum, Alkohol und psychische Gesundheit. In diesen Bereichen arbeitet der Staat insbesondere basierend auf Leistungsaufträgen mit vielen spezialisierten Organisationen zusammen. Das kantonale Konzept für Gesundheit in der Schule hat weitere Projekte ausgelöst, während die Überlegungen zur Reform der schulärztlichen Betreuung weitergeführt werden.

Im Rahmen der Palliativpflege wurde ein kantonales Konzept erarbeitet, das auf die Valorisierung der bestehenden Leistungen und die Förderung neuer Projekte abzielt, insbesondere im Bereich Ausbildung der Fachpersonen und Unterstützung von pflegenden Angehörigen.



### 3.4.3 Konkretisierung des Projekts Senior+

Das Projekt Senior+ hat mit der Vernehmlassung, bei der die Entwürfe insgesamt positiv aufgenommen wurden, einen wichtigen Schritt getan. Drei Gesetzesvorentwürfe erhalten damit den letzten Schliff, damit sie dem Grossen Rat vorgelegt werden können: Gesetz über die Seniorinnen und Senioren, Gesetz über die sozialmedizinischen Leistungen und Gesetz über die Pauschalentschädigung. Zudem wurde ein Massnahmenplan erstellt. Gemäss Kantonsverfassung ist sein Ziel die Autonomie, Mitwirkung und Lebensqualität der älteren Menschen. Es geht nicht darum, das Bild des älteren Menschen mit demjenigen einer gebrechlichen Person zu verknüpfen, sondern die Kompetenzen und Ressourcen der älteren Generationen zur Geltung zu bringen.

### 3.4.4 Integration von behinderten Personen und Bekämpfung der Armut

Im Laufe des Jahres 2014 wurden ein Vorentwurf für ein Gesetz für Menschen mit Behinderung und ein Vorentwurf für ein Gesetz zu den Sondereinrichtungen und professionellen Pflegefamilien fertiggestellt, sowie die Leitlinien der Politik im Bereich Behinderung. Diese Entwürfe werden im Frühling 2015 in die Vernehmlassung geschickt. Sie stehen im Zusammenhang mit der NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen) und der Umsetzung der Kantonsverfassung, die den Staat und die Gemeinden mit der Förderung der Unabhängigkeit sowie der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Behinderung beauftragt.

Auch die Arbeiten am ersten regelmässigen Sozialbericht über die Armut gingen weiter. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Ämtern wurde wichtige Grundlagenarbeit geleistet, auf die man sich bei weiteren Ausgaben stützen kann. Der erste Bericht über die Armut wird 2015 vorgestellt.

### 3.4.5 Konsolidierung der strategischen Linien der Familienpolitik

Die Vorbereitung eines Gesetzesentwurfs zur Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien in bescheidenen Verhältnissen wurde fortgeführt, mit einem Vergleich der in den anderen Kantonen bekannten Systeme. Die Vereinbarkeit von Familienleben und Berufstätigkeit wird seit 2012 durch die Beteiligung des Staates und der Arbeitgeber an der Finanzierung der ausserfamiliären Betreuungseinrichtungen verbessert. Zudem war sie Thema mehrerer Aktionen und Debatten des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen im Rahmen seines 20. Geburtstags. Die Verantwortlichen des Plans für die Gleichstellung von Frau und Mann innerhalb der Kantonsverwaltung (PGKV) haben die Kaderpersonen aller Direktionen getroffen, um eine Liste der zu planenden Massnahmen zu erstellen. Basierend auf all diesen Vorbereitungsarbeiten konnte sich der PGKV im Laufe des Jahres entwickeln. Schliesslich wurden im Rahmen des Programms «Bildungslandschaften Schweiz», das darauf abzielt, die Chancen von Kindern und Jugendlichen im Bereich Ausbildung und persönliche Entwicklung zu verbessern, vier Freiburger Projekte ausgewählt.

### 3.4.6 Ausarbeitung eines umfassenden Konzepts zur Integration der Migrantinnen und Migranten

2014 verzeichnete der Kanton Freiburg mehr als 300 000 Einwohnerinnen und Einwohner: Migrantinnen und Migranten aus nahen und fernen Kulturen und Neuzugezogene aus anderen Kantonen machen einen gewichtigen Teil dieses Bevölkerungswachstums aus, das auch in den nächsten Jahren anhalten soll. Die gute Integration der Neuankömmlinge ist ein prioritäres Ziel des Staatsrats, der den sozialen Zusammenhalt des Kantons erhalten und verstärken will.

Das Jahr 2014 war das Jahr der Umsetzung des Kantonalen Integrationsprogramms 2014–2017 (KIP), das im Rahmen der neuen Bundespolitik realisiert wird. Der erste der drei Pfeiler des KIP ist Information und Beratung. 2014 hat die Fachstelle für die Integration der MigrantInnen und für Rassismusprävention ihre Arbeit bei den Gemeinden intensiviert, denn sie sind bei Aufnahme und Empfang die ersten Ansprechpartner. Eine Informatikplattform zuhanden der Freiburger Gemeinden wurde entwickelt, um den Empfang von Neuzugezogenen zu verbessern und dynamischer zu gestalten. Die Broschüre «Der Kanton Freiburg heisst Sie willkommen» wurde vollständig überarbeitet und wird nun in sieben Sprachen übersetzt.

Die Bildung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt bilden die zweite Achse der Integrationspolitik. 2014 wurden 28 Projekte aus dem Bereich Sprachkurse und Integration sowie Massnahmen der vorschulischen Förderung unterstützt.

Für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wurde ein Leitfaden mit guten Verfahrenspraktiken verfasst, um die Integration innerhalb der Unternehmen zu fördern. Der dritte Pfeiler ist schliesslich der Verständigung und der gesellschaftlichen Integration gewidmet; dafür wurde von der SJD, der GSD und Caritas eine Vereinbarung unterzeichnet, um die Dienstleistungen der Vermittlungsstelle für interkulturelle Übersetzung «se comprendre» zu entwickeln. Im Bereich Zusammenleben ist die Stadt Freiburg die siebte Gemeinde, die dem Projekt «Gemeinsam in der Gemeinde» beigetreten ist. Über 50 % der Migrantinnen und Migranten im Kanton Freiburg leben in diesen sieben Gemeinden.

### 3.4.7 Förderung des Zusammenlebens der Religionsgemeinschaften

Im Februar 2014 hat eine Delegation des Staatsrats die muslimischen und orthodoxen Gemeinschaften des Kantons getroffen, um den Dialog und den religiösen Frieden zu fördern; dabei wurden die guten Beziehungen zu den Kirchen und den auf dem Kantonsgebiet anerkannten Gemeinschaften aufrechterhalten. Nach diesen Treffen hat die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft mehrere Prozesse lanciert: Konsultation verschiedener Gemeinden zur Untersuchung der Möglichkeit für die Schaffung eines muslimischen Grabfeldes auf einem Friedhof, Konsultation der mit Seelsorgefragen beauftragten Kommission zum Platz von muslimischen Ansprechpersonen in den Staatsanstalten u. Ä. Seit 2006 besteht zwischen dem Staat und der römisch-katholischen sowie der evangelisch-reformierten Kirche eine Vereinbarung über die Ausübung der Seelsorge in den staatlichen Anstalten; der Staatsrat hat entschieden, diese Vereinbarung für weitere fünf Jahre weiterzuführen.

### 3.4.8 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 4

Gegenstand	Stand Ende 2014
Gesetz über die Notfallerversorgung (neu)	Entwurf aufgegeben
Gesetz über den Beitritt zur Vereinbarung Waadt–Freiburg über das Interkantonale Spital der Broye (neu)	Gesetz vom 10.10.2013
Gesundheitsgesetz (Teilrevision)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die Schulzahnpflege und -prophylaxe (Totalrevision)	Gesetz vom 19.12.2014
Gesetz über die Betagten (neu)	Definitiver Vorentwurf in Vorbereitung
Gesetz über Menschen mit Behinderung (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Sozialhilfegesetz (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die Unterhaltsbeiträge (neu)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die Ergänzungsleistungen für Familien (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Totalrevision)	Hängige Arbeiten

## 3.5 Herausforderung 5: Anpassung der Sicherheitspolitik und der Justiz an die gesellschaftliche Entwicklung

### 3.5.1 Reorganisation der Justiz unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Entwicklung

Am 19. Dezember 2014 verabschiedete der Grosse Rat den Entwurf zur Änderung des Justizgesetzes und anderer Gesetze. Die Revision war seit Inkrafttreten des Justizgesetzes im Jahr 2011 geplant, um die Mängel zu beheben, die sich in den ersten Anwendungsjahren zeigen würden. Sie verschafft den Gerichtsbehörden in erster Linie eine grössere Flexibilität und organisatorische Reaktionsfähigkeit, namentlich durch die Einführung der Funktion der Wanderrichterinnen und Wanderrichter und die Erweiterung der Kompetenzen des Justizrats.

Zudem wurden Massnahmen zur Verstärkung der Friedensgerichte getroffen, die aufgrund der neuen Gesetzgebung im Kindes- und Erwachsenenschutz einen erheblichen Arbeitsanfall zu bewältigen haben.

---

### 3.5.2 Anpassung der Haftstrukturen an die Entwicklung der Bedürfnisse

Die Sicherheits- und Justizdirektion hat eine Vollzugsplanung bis ins Jahr 2025 in Angriff genommen. Dieses Grossprojekt soll mehrere Ziele erfüllen. Zunächst ist eine verbesserte Handhabung der verschiedenen Strafvollzugstypen (vorzeitiger Strafvollzug, lange und kurze Strafen usw.) durch infrastrukturelle und organisatorische Anpassungen und neue Bauten in den Anstalten von Bellechasse (AB) geplant. Weiter soll der Kanton, ebenfalls am Standort der AB, eine Therapiestation für Gefangene erhalten, die zu einer Massnahme verurteilt wurden. Schliesslich soll es möglich werden, Personen in Untersuchungshaft in Fällen mit Kollusionsgefahr an verschiedenen Standorten unterzubringen, namentlich auf der Grundlage eines Abkommens mit dem Kanton Neuenburg über die gemeinsame Nutzung von Untersuchungshaftplätzen.

### 3.5.3 Umsetzung der neuen Politik zur Bekämpfung der Kriminalität

Die Umsetzung der Kriminalpolitik, die der Staatsanwalt und der Staatsrat 2012 für drei Jahre beschlossen haben, wurde 2014 weitergeführt. Bekämpft werden sollten in erster Linie die Gewalt, die Bandenkriminalität und der Betäubungsmittelhandel sowie das Rasen, die Schwarzarbeit und ungesittetes Verhalten. Am Ende des dritten Jahres ist die Bilanz sehr positiv. Das Ziel wurde in drei Bereichen erreicht: Bei der Bekämpfung der Gewalt gegen Beamtinnen und Beamte haben die Bestrafungen zugenommen, bei der Bekämpfung des Hooliganismus besteht nun ein Polizeidispositiv und als Massnahme gegen Raser wurde das Gesetz verschärft. Eine neue Version der Kriminalpolitik für den Zeitraum 2015–2016 ist in Arbeit.

### 3.5.4 Verbesserung der Führungsinstrumente des Bevölkerungsschutzes

Nach den Einsatzplänen für erhöhte Radioaktivität (Mühleberg), Pandemie, Stromversorgungsunterbrüche und Vogelgrippe hat der Kanton Freiburg 2014 sein Arsenal erweitert und Einsatzpläne für Hochwasser und Tierseuchen verabschiedet, die unter der Leitung des kantonalen Führungsorgans (KFO) erstellt wurden. Die Einsatzpläne haben zum Ziel, die für die Ereignisführung erforderlichen Elemente für das KFO bereitzustellen, die Auswirkungen einzudämmen, die Massnahmen und Mittel für die Bewältigung dieser Szenarien festzulegen und den Bedarf an Personal- und Materialressourcen zu bestimmen.

Das 2013 lancierte Projekt «ECALEX», mit dem eine Gesamtrevision des Gesetzes über die Versicherung der Gebäude gegen Brand und andere Schäden und des Gesetzes betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden angestrebt wird, lief 2014 weiter. Der Vorentwurf wird 2015 fertiggestellt.

### 3.5.5 Organisation der Lebensmittelsicherheit vom Stall bis auf den Tisch

Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW) hat seine Reorganisation zur Optimierung der Arbeitsprozesse vom Stall bis auf den Tisch weitergeführt. Im Hinblick auf den gemeinsamen Bezug des neuen EVA-Gebäudes im Jahr 2015 (ehemaliges Gebäude des Autobahnamts, das sich zurzeit im Umbau befindet) hat das LSVW die verschiedenen Aufgaben des Amtes neu gruppiert. Im Dezember hat die ILFD zum Abschluss dieser Neuordnung einen Entwurf des Ausführungsreglements zum Gesetz über die Lebensmittelsicherheit (LMSR) in Vernehmlassung gegeben, mit dem die Bundesgesetzgebung im Bereich Lebensmittelsicherheit und das kantonale Gesetz von 2007 umgesetzt werden sollen. Dieser Erlass wird zudem als Rahmen für die Festlegung der Organisation des LSVW in Sachen Lebensmittelsicherheit dienen.

Im Jahr 2013 hat das LSVW 800 Grundkontrollen auf Bauernhöfen (Tiergesundheit, Tierschutz, Tierarzneimittel und Primärproduktion in einer einzigen Kontrolle) und 1200 Inspektionen von lebensmittelherstellenden Betrieben durchgeführt. Bei Mängeln wurden Korrekturmassnahmen angeordnet. Schliesslich konnte das LSVW die Einführung des neuen Informatiksystems LIMSOPHY abschliessen, mit dem in allen Westschweizer Kantonen die Kontrolldaten (Inspektionen, Proben, Analysen) verwaltet werden und das eine Harmonisierung der Inspektions- und Analysepraxis in der gesamten Westschweiz erlaubt. Weitere Informationen dazu finden Sie auf der neuen Website des Amtes: [www.fr.ch/lsvw](http://www.fr.ch/lsvw).

### 3.5.6 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 5

Gegenstand	Stand Ende 2014
Gesetz über die Anstalten von Bellechasse (Totalrevision)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Gesetz über den Zivilschutz (Teilrevision)	Gesetz vom 06.12.2012
Gesetz über die Feuerpolizei (Totalrevision)	Vorentwurf in Ausarbeitung
Gesetz über die Versicherung der Gebäude gegen Brand (Totalrevision)	Vorentwurf in Ausarbeitung

## 3.6 Herausforderung 6: Pflege der freiburgischen Identität und Optimierung der Institutionen

### 3.6.1 Festigung unserer Bestimmung als «Brückenkanton»

Im Verlaufe des Jahres 2014 hat der Staat Freiburg durch seine Präsenz in der Konferenz der Kantonsregierungen, der Westschweizer Regierungskonferenz und im Vorstand der ch Stiftung und der Hauptstadregion Schweiz zur Festigung seiner Bestimmung als «Brückenkanton» beigetragen. Der Staat ist darin durch den Volkswirtschaftsdirektor vertreten, dem der Staatsrat 2011 die Verantwortung für die politische Koordination der Aussenbeziehungen übertragen hat. Dieses Engagement hat dazu beigetragen, die Positionierung unseres Kantons in der interkantonalen Zusammenarbeit zu stärken. Der Staatsrat hat ausserdem die Regierungen der drei Nachbarkantone und der Walliser Exekutive getroffen. Gewisse für den Kanton äusserst wichtige Bundesdossiers, insbesondere der Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen 2016-2019 und die dritte Unternehmenssteuerreform (USR III), erforderten eine intensive Zusammenarbeit zwischen dem Staatsrat und den Freiburger National- und Ständeräten. Der Staatsrat hat eine Taskforce eingesetzt, um zu untersuchen, welche Auswirkungen die Annahme der Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» durch das Schweizer Stimmvolk am 9. Februar 2014 hat, und um die Interessen unseres Kantons bei deren Umsetzung geltend zu machen. Die Regierung hat im Übrigen eine Standortbestimmung zur Strategie der Aussenbeziehungen vorgenommen, um daraus einen Aktionsplan für die Jahre 2015 und 2016 herauszuarbeiten.

### 3.6.2 Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts und einer Partnerschaft für die Förderung des Images von Freiburg

Die öffentlich-private Partnerschaft ist Ende 2013 mit der Gründung des Vereins Fribourgissima Image Freiburg (12 Partner und der Staat Freiburg) konkretisiert worden. Sein Ziel ist die Verbesserung des Rufs von Freiburg. Die Botschaften werden hauptsächlich über eine Website ([www.freiburg.ch](http://www.freiburg.ch)) und die Social Media (Facebook, Twitter, Instagram, LinkedIn, Google+, YouTube) verbreitet. Die digitale Kommunikationsstrategie ermöglicht es, das Publikum durch die Konzentration der Mittel auf den Inhalt gezielt zu erreichen. Die ersten Fördermassnahmen fanden im Rahmen des Internationalen Filmfestivals Freiburg statt. Anlässlich der Einweihung der Poyabrücke waren 5 Filme, die auf den «Freiburg-Effekt» des Brückenkantons verweisen, der Personen einander näher bringt, die ansonsten nicht die gleichen Interessen verfolgen, ein durchschlagender Erfolg auf der Leinwand und wurden in verschiedenen Medien behandelt. Im Verlaufe des Jahres sind Filmportraits von 4 Mitwirkenden des Musikspiels Ponteio auf den sozialen Netzwerken veröffentlicht und sehr gut aufgenommen worden. Weitere Aktionen haben es ermöglicht, Veranstaltungen wie FriWEEK, das 125-Jahr-Jubiläum der UniFR, die grosse Bénichon in Bulle, den Murtenlauf oder das Nikolausfest bekannt zu machen.

### 3.6.3 Förderung unserer Kulturpolitik und unserer Traditionen

Es sind acht Mehrjahres-Schaffensbeiträge erteilt worden. Das Inventar der lebendigen Traditionen im Kanton, das über 60 Traditionen enthält, wurde online gestellt und wird in Zusammenarbeit mit den Traditionsträgern aktualisiert werden. Der Gesetzesvorentwurf über die Archivierung und das Staatsarchiv wurde in die Vernehmlassung gegeben; der Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat 2015 unterbreitet. Die Planungsarbeiten im Hinblick auf den Ausbau der Kantons- und Universitätsbibliothek wurden fortgeführt und der Studienkredit wurde am 25. Juni 2014 vom Grossen Rat gewährt. Der Architekturwettbewerb im Hinblick auf den Umzug des Naturhistorischen Museums auf das Gelände des ehemaligen Zeughauses in Freiburg ist aus finanziellen Gründen ins Jahr 2016 verschoben worden. Der Staat Freiburg hat im Übrigen seine kulturelle Zusammenarbeit mit der Region Elsass verstärkt.

### 3.6.4 Förderung des Sports als Element der freiburgischen Identität

Der Entwurf des kantonalen Sportkonzepts hat Gestalt angenommen und wird 2015 eingehend vom Staatsrat geprüft. Die Subventionierung der Schwimmbäder im Kanton war Gegenstand einer Vernehmlassung und ein Gegenentwurf zur Initiative Kantonales Schwimmbad konnte dem Grossen Rat unterbreitet werden. Ein kantonaler Lehrplan für den Schwimmunterricht auf der Grundlage der Lehrpläne (Westschweizer Lehrplan und LP21) wird derzeit ausgearbeitet. Die Information der Gemeinden zu den Möglichkeiten des fakultativen Schulsports ist immer wichtiger und die Umsetzung des Konzepts der Qualitätskontrolle im Turnunterricht wird derzeit in mehreren Klassen als Pilotprojekt in Form einer pädagogischen Unterstützung geführt. Die Anstrengungen zur Wiederaufwertung des Lagers in Schwarzsee werden fortgeführt und konkretisieren sich. Das eidgenössische Schwing- und Älplerfest 2016 wird ein herausragendes Ereignis für den Kanton; die Behörden arbeiten intensiv mit den Organisatoren zusammen. Die Entwicklung des Programms Sports-Arts-Formation (SAF) wird fortgeführt und ein neues Bildungszentrum im Bereich Ski wird ab dem nächsten Schulbeginn entstehen.

### 3.6.5 Förderung der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften

Da die Zweisprachigkeit ein grosser Vorteil des Kantons ist, setzt der Staatsrat seine Anstrengungen fort, die Kompetenzen der Bevölkerung und der Mitarbeitenden des Staates in der Partnersprache zu verbessern. 2014 wurden Sprachenateliers für das Personal und die Lernenden der verschiedenen Staatsstellen angeboten. Der Kurs «Zweisprachigkeit und Sprachenvielfalt besser verstehen, respektieren und fördern» für die Kantonsverwaltung wurde zum zweiten Mal angeboten. Im Rahmen der Förderung der Mehrsprachigkeit und der vom Bundesamt für Kultur gewährten Finanzhilfen gemäss der Sprachenverordnung wurde dem Kanton ein Gesamtbetrag von 420 000 Franken ausbezahlt. Die Staatskanzlei konnte ihre Terminologearbeiten erweitern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staates Übersetzungen aus dem Deutschen ins Französische anbieten. Die Bundeshilfe trägt ebenfalls zum Kantonalen Konzept für den Sprachenunterricht bei, dessen Entwicklung und Umsetzung unter 3.2.2 (Herausforderung Nr. 2) näher ausgeführt sind.

Zudem hat der Staatsrat dem Grossen Rat den Gesetzesentwurf über den Tag der Zweisprachigkeit unterbreitet, der aus einer Volksmotion des Jugendrats hervorgegangen ist. Der Tag der Zweisprachigkeit, der einen symbolischen Charakter hat, wird als Präsentationsplattform für die von Verwaltungen, Vereinen und Privaten unternommenen Aktionen zur Weiterentwicklung der Zweisprachigkeit und Förderung des zweisprachigen Images des Kantons Freiburg dienen.

### 3.6.6 Stärkung der Stellung der Gemeinden als erste Ebene der kantonalen Einrichtungen

2014 gingen die Arbeiten zur Entflechtung der Aufgaben zwischen Staat und Gemeinden mit der Prüfung von Pilotgebieten in eine neue Phase. Damit soll eine Methode ausgearbeitet werden, die auf alle Gebiete übertragen werden kann, die entflechtet werden sollen. Mit dem Projekt werden folgende Ziele verfolgt:

- > Zuweisung der Kompetenz an diejenige Stufe (Staat oder Gemeinde), die sie am besten erfüllen kann.
- > Einräumen des grösstmöglichen Spielraums an die Gemeinden für Entscheide mit örtlicher Tragweite (in den Grenzen der kommunalen Finanzautonomie).
- > Suche nach der Aufgabenteilung, die der Bevölkerung die profitabelsten Dienstleistungen bietet, namentlich in Bezug auf das Preis-Leistungs-Verhältnis.

Drei Projekte für Gemeindezusammenschlüsse sind von den betroffenen Stimmbürgern angenommen worden, womit insgesamt 14 Gemeinden zusammengeschlossen werden. Diese Fusionen treten am 1. Januar 2016 in Kraft. Die Kantonsverwaltung hat zudem zahlreiche Projekte technisch und beratend unterstützt, die derzeit ausgearbeitet werden. Am 31. Dezember 2014 waren 67 Gemeinden in Fusionsprojekte involviert, die unterschiedlich weit fortgeschritten sind. Der Grosse Rat hat im Übrigen eine Änderung des Gesetzes über die Gemeinden verabschiedet, die es ermöglicht, die Gesamterneuerungswahlen in Gemeinden zu verschieben, wenn diese sich in dem Jahr, das auf diese Wahlen folgt, zusammenschliessen.



### 3.6.7 Verbesserung der Funktionsweise der territorialen Strukturen

Der Grosse Rat hat im September 2014 den Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte angenommen, in dem die Wahlkreise definiert werden. Diese Änderung führt den Begriff der Gruppierung der Wahlkreise bei den Grossratswahlen ein. Sie folgt damit mehreren kantonalen und eidgenössischen Gerichtsentscheiden, die das natürliche Quorum im Glane- und im Greyerzbezirk als zu hoch anprangerten.

2014 wurde ausserdem eine grundlegende Neugestaltung des Amtes für Zivilstandswesen und Einbürgerungen beschlossen, im Hinblick auf die Bildung des Amtes für institutionelle Angelegenheiten, Einbürgerungen und Zivilstandswesen (IAEZA) am 1. April 2015. Die neue Leitung des IAEZA wurde damit beauftragt, bis Ende 2015 einen Entwurf für eine Neuorganisation des Zivilstandswesens vorzulegen. Es geht darum, die Strukturen an die demografische Entwicklung und den technischen Fortschritt anzupassen, und gleichzeitig bürgernahe und effiziente Dienstleistungen zu erhalten.

### 3.6.8 Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Leitung der öffentlichen Einrichtungen

Im Bericht Nr. 267 an den Grossen Rat zum Postulat Nr. 2054.09 Moritz Boschung/Alex Glardon über die Public Corporate Governance hielt der Staatsrat fest, dass kein neues Recht auf Stufe Verfassung oder Gesetz eingeführt werden müsse, das die verschiedenen Aspekte der Corporate Governance (Staatsvertretung, Verwaltung seiner Beteiligungen, Management und Controlling) klar regeln würde. Er hob jedoch hervor, dass solche Regeln Gegenstand von Regierungsrichtlinien sein könnten.

Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der ILFD und der FinV hat im Verlaufe des Jahres 2014 eine Arbeitsgrundlage in Form eines Verordnungsentwurfs über die Public Governance ausgearbeitet. Darauf wurde eine erweiterte Arbeitsgruppe gebildet. Diese Arbeitsgruppe mit Vertretern der am meisten von der Public Governance betroffenen Direktionen wird im Verlaufe des Jahres 2015 zusammentreten, um den Verordnungsentwurf fertigzustellen.

### 3.6.9 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 6

Gegenstand	Stand Ende 2014
Gesetz über die Archivierung und das Staatsarchiv (neu)	Definitiver Vorentwurf in Vorbereitung
Gesetz über die Oberamtmänner (Totalrevision)	Vorabklärungen im Gang
Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte (Teilrevision)	Gesetze vom 11.09.2014 und 07.10.2014
Gesetz zur Änderung der Aufgabenteilung zwischen Staat und Gemeinden (neu)	Vorabklärungen im Gang

## 3.7 Herausforderung 7: Sicherstellung des Gleichgewichts der Kantonsfinanzen und weitere Modernisierung der Public Governance

### 3.7.1 Sicherstellung des Gleichgewichts der Kantonsfinanzen

Der Staatsrat legte im September 2013 ein Struktur- und Sparmassnahmenprogramm vor, um wie angekündigt das sich im Finanzplan abzeichnende kumulierte Defizit der Periode 2014-2016 abzubauen. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen lässt sich der Finanzhaushalt des Staates 2015 um 137,8 Millionen Franken und 2016 um 165,9 Millionen Franken entlasten. Obwohl bei der Bedarfsabklärung sehr strenge Massstäbe angelegt wurden, ging dies nicht auf Kosten des staatlichen Leistungsangebots; der Staat wird seine diesbezügliche Verantwortung weiter wahrnehmen, insbesondere im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen. Schliesslich konnte unter Einhaltung der verfassungsrechtlichen Vorgaben ein ausgeglichener Voranschlagsentwurf 2015 verabschiedet werden. Bei der Aktualisierung des Finanzplans für die Jahre 2015-2018 hat sich allerdings gezeigt, dass sich die Finanzlage des Kantons in naher Zukunft erheblich verschlechtern wird. Diese Aktualisierung hat insbesondere das Hauptproblem offenbart, das darin besteht, dass die Einnahmentwicklung dauerhaft rückläufig ist, so dass auch immer mehr die notwendigen Mittel für die Finanzierung der staatlichen Leistungen fehlen. Der Finanzplan bestätigt ausserdem, dass das Defizit der Erfolgsrechnung strukturell bedingt ist. Dadurch, dass gewisse Massnahmen des Struktur- und Sparmassnahmenprogramms 2013 Ende 2016 auslaufen und der Haushalt von Gesetzes wegen ausgeglichen sein muss, werden einige Projekte in Frage gestellt, allfällige Gesetzesanpassungen vorgenommen und mehrere noch nicht umgesetzte Vorschläge aus dem Sanierungsplan vertieft werden müssen. Es werden dann auch neue Massnahmen

---

geprüft. Ausserdem wird man sich zu gegebener Zeit auch überlegen müssen, ob gewisse 2016 auslaufende Massnahmen verlängert werden sollten.

### 3.7.2 Entwicklung des E-Governments als Dienstleistungs-Instrument (e-FR)

In den letzten Jahren wurden bei den Informationsplattformen sowohl in technischer Hinsicht als auch bei den Anwendungen gezielt die Grundlagen für die Zukunft des E-Government beim Staat Freiburg geschaffen und entwickelt. Für diese Plattformen gelten entsprechende Sicherheits- und Datenschutzanforderungen. So wurden 2014 weitere Konsolidierungs- und Unterhaltsarbeiten durchgeführt, um den Bedürfnissen der Kunden gerecht zu werden. Im Berichtsjahr wurden in Zusammenarbeit mit den direkt betroffenen Verwaltungseinheiten auch neue Leistungen bereitgestellt, so etwa die neue Software FriTax, mit der die Steuerpflichtigen ihre Steuererklärung elektronisch mit einer sicheren Verschlüsselung über die zentralen IT-Infrastrukturen des ITA einreichen können. Dies erspart den Einschätzerinnen und Einschätzern der Kantonalen Steuerverwaltung (KSTV) die umständliche Handhabung der Dossiers in Papierform, und die Steuererklärungen lassen sich durch die Datenübernahme mit dem Steuerveranlagungstool schneller bearbeiten. Zusätzlich können die Steuerpflichtigen auch die Abgabefrist für ihre Steuererklärung elektronisch verlängern.

Zusammen mit dem BRPA und dem GIS-Kompetenzzentrum ist auf dem Geoportal eine Internetlösung mit Zugriffsberechtigung für die Kiesgrubenbetreiber aufgeschaltet worden. Dort können diese die Daten der obligatorischen Jahreskontrolle erfassen und übermitteln.

Im Dezember 2014 verabschiedete der Staatsrat eine E-Government-Strategie, um die Projekte, mit denen die administrativen Abläufe erleichtert und optimiert werden sollen, systematisch und prioritär zu verwalten. Die E-Government-Strategie beinhaltet die Verbesserung der Verfahren zwischen den Zielgruppen (Unternehmen und Bevölkerung) und den öffentlichen Behörden, aber auch zwischen den Behörden und in der Verwaltung. Ihr Ziel: den Mitteleinsatz koordinieren und priorisieren, um alle oder einen Teil der administrativen Abläufe automatisieren zu können und dank einem breiteren Online-Dienstleistungsangebot eine grössere Verfügbarkeit der Verwaltung zu garantieren. Mit der Umsetzung soll 2015 mit der Anstellung der/des Verantwortlichen des Sekretariats für E-Government begonnen werden. Übrigens ist auch ein neues Handbuch über die Grundsätze für die Entwicklung von Web-Applikationen herausgegeben worden.

### 3.7.3 Weiterführung einer proaktiven Personalpolitik

Die Informatisierung der Personaladministration wird fortgeführt. Das Personalamt hat seine HR-Access-Plattform auf eine neue Version des gleichen Produkts migriert. Mit dieser neuen Version sind die Informatisierung gewisser HR-Prozesse und die Einführung von Workflow und Self-Service in Übereinstimmung mit dem Regierungsprogramm möglich. Im Berichtsjahr wurde die HR-Access-Anwendung Zeitwirtschaft und Aktivitätenmanagement (GTA) in den Piloteinheiten POA und ITA eingeführt; sie soll dann anschliessend in weiteren Verwaltungsdienststellen zum Einsatz gebracht werden. Das Personalamt setzt in den Dienststellen und Anstalten auch die Einführung des digitalen Rekrutierungsverfahrens mit der Möglichkeit der Online-Bewerbung fort und arbeitete 2014 auch an einem Pflichtenheft für die Informatisierung der Verwaltungsabläufe in der Personaladministration weiter (Projekt EPD «Elektronisches Personaldossier»). Gleichzeitig wurden zusammen mit dem ITA die Möglichkeiten zur Integration einer elektronischen Dokumentenverwaltung in HR Access entsprechend den Bedürfnissen des EPD-Projekts geprüft.

### 3.7.4 Entwicklung und Anwendung des Konzepts von Ombudsstellen in der Verwaltung

Artikel 119 der Verfassung des Kantons Freiburg sieht vor, dass der Staatsrat eine unabhängige Ombudsstelle für Verwaltungsangelegenheiten einrichtet, um Konflikte zwischen Behörden und Betroffenen zu regeln bzw. zu verhindern. Am 4. November 2014 verabschiedete der Staatsrat einen Gesetzes- und Botschaftsentwurf zum Ombudsgesetz und überwies es an den Grosse Rat. Der Grosse Rat wird sich Anfang 2015 mit dieser Vorlage befassen.

---

### 3.7.5 Verbesserung des Verwaltungsbetriebs mit Hilfe der Informatik

Unter Mitwirkung der Staatskanzlei wurde am 1. Oktober 2014 das neue Intranetportal aufgeschaltet. Für die Mitarbeitenden wurde damit der Zugriff auf die Informationen und ihr Austausch sowie der Zugang auf die IT-Anwendungen des Staates Freiburg einfacher.

Die Softwarelösung für eine «papierlose Regierung» war ab 3. September 2013 für die Abwicklung der Geschäfte des Staatsrats in Betrieb genommen worden und wurde im Berichtsjahr weiter implementiert. Gegenwärtig sind die Mitarbeitenden des ITA und des Sekretariats des Grossen Rates mit der Aufschaltung des Informationssystems des Parlaments beschäftigt, das ab Mitte 2015 einsatzbereit sein sollte.

Der Zugriff auf das Personenregister, das mehr als 1600 berechtigten Personen der Kantonsverwaltung über ein leistungsfähiges und sicheres Berechtigungssystem die Abfrage von Einwohnerdaten ermöglicht, wird weiteren Verwaltungseinheiten ermöglicht. Diese Plattform wird automatisch mit den Daten aus den Verwaltungssystemen der Gemeinderegister gespeisen.

### 3.7.6 Umsetzung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung beim Staat Freiburg

Die Umsetzung der *Strategie Nachhaltige Entwicklung* ist Sache derjenigen Personen, die in den einzelnen Direktionen für die diesbezüglichen Massnahmen verantwortlich sind. Sie werden dabei von der Verantwortlichen der Fachstelle Nachhaltige Entwicklung unterstützt. Diese Umsetzungsarbeiten werden von einem strategischen Steuerungsausschuss und einer Konsultativkommission «Nachhaltige Entwicklung» begleitet, die zwei-beziehungsweise einmal im Jahr zusammengekommen sind. Diese beiden Gremien haben auch einmal im Herbst im Rahmen eines Brainstorming nach neuen Ideen für Massnahmen gesucht, die 2015 entwickelt werden sollen. Von den 25 Strategiemassnahmen sind im Berichtsjahr 20 umgesetzt worden, 15 mit und fünf ohne Finanzierung. Von den 15 finanzierten Massnahmen sind zwei abgeschlossen. Der Staatsrat hat nach zweieinhalb Jahren Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung Bilanz gezogen und beschlossen, vier Massnahmen anzupassen und drei aufzugeben.

Zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung bei den Gemeinden hat der Staat Freiburg in Zusammenarbeit mit dem Freiburger Gemeindeverband ein Portfolio der Aktionen im Bereich Nachhaltige Entwicklung für die Gemeinden erstellt. Dieses Dokument ist auf dem Internet aufgeschaltet und enthält rund 60 ganz konkrete nachhaltige Aktionen, an denen sich die Verantwortlichen der Gemeinden orientieren können. Es sollen auch jährlich Seminare mit den Gemeinden zum vermehrtem Erfahrungsaustausch stattfinden. Das erste Seminar fand im November 2013 statt, weitere sind ab 2015 vorgesehen. Das Portfolio ist im März 2014 an der Oberamt männerkonferenz vorgestellt worden, und den Gemeinden ist im April 2014 eine PowerPoint-Vorlage zu diesem Thema zur Verfügung gestellt worden. Das Portfolio ist im Herbst 2014 erstmals aktualisiert worden.

### 3.7.7 Verwaltung der Immobilien des Staates Freiburg

Der Staat Freiburg will die Verwaltungsflüsse in Zusammenhang mit den Tätigkeiten des Hochbauamts optimieren. Zu diesem Zweck werden eine Neuorganisation des Amtes sowie die Bereitstellung eines zentralen IT-Tools wie RE-FX (Tool für das Immobilienmanagement) zur Optimierung der Betriebsabläufe geprüft. In diesem Rahmen führte die Firma neo technologies eine Bedarfsstudie durch, die die betroffenen Fachbereiche miteinbezog (Sektoren Vermietung und Buchhaltung; Finanzdienst und Amt für Informatik), und analysierte die vorhandenen Werkzeuge. Es wurden auch Workshops zu folgenden Themen durchgeführt: Liegenschaftsverwaltung, Definition der Referenzdaten der Gebäude, Gebäudeunterhalt, Assetmanagement, Buchhaltung, Finanzfluss oder auch anderen Indikatoren für die Kontrolle des Geschäftsablaufs. Ziel dieser Workshops war es, die schon abgedeckten und noch abzudeckenden Geschäftsprozesse zu ermitteln, festzustellen, welche Werkzeuge gegenwärtig verwendet werden, und die Umsetzungsprioritäten festzulegen. Dies alles wurde in einem Bericht zusammengefasst, anhand dessen der Staat Freiburg über die Realisierung eines solchen Projekts entscheiden konnte.

Die Arbeitsgruppe klärte auch ab, ob dieses Programm für weitere Fachstellen von Nutzen sein könnte, was zur Folge hatte, dass deren spezifische Bedürfnisse berücksichtigt und das Pflichtenheft für die Ausschreibung angepasst werden mussten, nachdem Ende 2014 Aufträge an darauf spezialisierte Unternehmen vergeben worden sind. Mit der Programmierung dürfte im Juni 2015 begonnen werden.



### 3.7.8 Gesetzgebungsprojekte zur Herausforderung 7

Gegenstand	Stand Ende 2014
Gesetz über die Ombudsstelle in der Verwaltung (neu)	Entwurf dem Grossen Rat überwiesen
Personalgesetz (Teilrevision)	Arbeiten noch nicht begonnen

## 4 Staatsratsjahr

### 4.1 Sitzungen

Der Staatsrat wurde 2014 von Beat Vonlanthen (Vizepräsidium: Erwin Jutzet) präsiert und hielt 56 Sitzungen ab, davon waren vier der Prüfung des Voranschlags des Staates Freiburg für das Jahr 2015, fünf der Wettbewerbsfähigkeit und der Attraktivität des Raumkapitals des Kantons Freiburg und der Unternehmensbesteuerung und acht der Nachführung des Finanzplans 2016 – 2018 gewidmet. Um seine Präsenz in den Regionen zu markieren, hielt der Staatsrat je eine Sitzung im Vivisbach-, im Broye- und im Greyerzbezirk ab; nach diesen Sitzungen traf er Vertreter dieser Bezirke, um Probleme, die ihrer Region am Herzen liegen, zu erörtern. Er erliess rund 1341 Beschlüsse (50 Sitzungen und 1132 Beschlüsse 2013). Er erliess 48 neue Reglemente und Verordnungen und 36 Teilrevisionen von bestehenden Reglementen und Verordnungen (2013: 76 und 27). Er überwies 16 Gesetzesentwürfe (2013: 14), 17 Dekretentwürfe (2013: 22) und 23 Berichte (2013: 21) an den Grossen Rat.

### 4.2 Arbeitstreffen

An der traditionellen Arbeitssitzung mit dem Gemeinderat der Stadt Freiburg konnte namentlich der Stand bei den Projekten des Zusammenschlusses von Gross-Freiburg, der Entwicklung des Quartiers St. Leonhard – Poya und des Burgquartiers sowie der Stand der blueFACTROY-Projekte diskutiert werden. Die Sitzung mit dem Vorstand des Freiburger Gemeindeverbands bot Gelegenheit, um die Strukturmassnahmen, die Mobilität, die Raumplanung, die Schule, den Betrieb der Friedensgerichte und die Umsetzung der Änderung des Gesetzes über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen (WSG) zu diskutieren. In der Arbeitssitzung mit der Oberamtmännern, die dieses Jahr im Greyerzbezirk stattfand, wurden zahlreiche aktuelle gemeinsame Themen behandelt, namentlich die Weiterführung der Umsetzung des Gesetzes über die Förderung der Gemeindezusammenschlüsse und die Voraussetzungen für eine Aufwertung der Arbeiten im Rahmen dieses Gesetzes auf regionaler und auf kantonaler Ebene. Die Oberamtmänner nahmen auch die Gelegenheit wahr, um über die regionalen Entwicklungsstrategien Bilanz zu ziehen und die Problematik der Rindertuberkulose zu prüfen.

Wie jedes Jahr lud die Regierung höhere Kader der Kantonsverwaltung zu einer Informationssitzung und zum Gedankenaustausch ein; sie fand am 24. September 2014 an der Pädagogischen Hochschule statt und wurde mit einer geführten Besichtigung der Poyabrücke kurz vor der Eröffnung für den Verkehr aufgelockert. Dieses Jahr hat der Staatsrat seinen traditionellen Besuch von Freiburger Unternehmen im Saanebezirk, genauer in Gross-Freiburg, durchgeführt; er zeigt so, dass er ständig um die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Kantons bemüht ist.

### 4.3 Besuche und Empfänge

Wie gewohnt überbrachte die Regierung den Vertretern der gesetzgebenden und der richterlichen Gewalt sowie den Vertretern der Kirchen ihre Neujahrswünsche. Der Staatsrat nahm an den traditionellen weltlichen und kirchlichen Feiern und Veranstaltungen teil, die jedes Jahr Glanzpunkte seiner Tätigkeit sind. Er hat zahlreiche Einladungen von Freiburger und schweizerischen Institutionen angenommen. Er empfing das Büro des Grossen Rates für die Legislaturperiode 2012 – 2016 im Weingut Les Faverges. Im Rahmen des freundeidgenössischen Austauschs wurde der Staatsrat von der Schaffhauser Regierung empfangen und hatte seinerseits die Regierung von Zug zu Gast. Dann

---

traf er die Direktion der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne bei der Unterzeichnung der Zusammenarbeitsvereinbarung mit dieser Hochschule im Rahmen des BlueFactory-Projekts Smart Living Lab.

Er wurde zur Bischofsweihe von Mgr Alain de Raemy, Weihbischof von Lausanne, Genf und Freiburg eingeladen. Er nahm auch an der Air 14 in Payerne sowie an den Eröffnungen der 2. Etappe der RER Fribourg|Fribourg und der SBB-Haltestelle «Fribourg/Freiburg Poya» teil.

Die Regierung nahm an den Veranstaltungen teil, die im Rahmen der 28. Ausgabe des Internationalen Filmfestivals Freiburg, der 40. Ausgabe des Folkloretreffens Freiburg und des 100. Geburtstags des Freiburger Grenadierkorps organisiert wurden. Sie organisierte auch Abende für Öffentlichkeitsarbeit am Rand der Heimspiele des HC Fribourg-Gottéron an den Playoffs der Meisterschaft 2013/14 der Nationalliga A im Eishockey.

Der Staatsrat war an den 200-Jahr-Feiern des Beitritts der Kantone Genf und Neuenburg zur Eidgenossenschaft, an der Erinnerungsfeier für den «Frieden von Baden 1714» sowie an den Feiern, die zu Ehren der Präsidenten der Eidgenössischen Kammern und des Bundes in ihrem Kanton organisiert wurden (Stéphane Rossini, Nationalrat [VS], Claude Héche, Ständerat [JU], und Simonetta Sommaruga, Bundesrat [BE]). Eine Regierungsdelegation nahm auch an einer Informationsreise der Westschweizer Regierungskonferenz nach Brüssel teil.

Die Regierung empfing in Freiburg das Europäische Forum für amtliche Veröffentlichungen und die Konferenz der Übersetzungsdienste europäischer Staaten und in Gruyères eine Delegation des georgischen Parlaments.

Sie hat die ehemaligen Mitglieder der Regierung und den alt Vizekanzler mit ihren Ehegatten zu einem gemütlichen Beisammensein getroffen. Sie hat Daniel Berset, Staatsschatzverwalter, und Charles-Henri Lang, Kantonsarchitekt, verabschiedet. Am Rande der Eröffnung des Adolphe Merkle Instituts, zu der sie eingeladen war, empfing sie Simone Merkle. Sie nahm auch an den Eröffnungen der Poyabrücke und des neuen Gebäudes des Kollegiums Gambach teil. Sie traf die Direktionen der Freiburger Verkehrsbetriebe und von Groupe E SA.

Sie empfing den Botschafter der Ukraine in der Schweiz, der vom Generalkonsul in Freiburg begleitet wurde. Bei den Murten Classics empfing die Regierung die Freiburg nahe stehenden hohen Beamten und den Botschafter der Vereinigten Staaten in der Schweiz. Ein Empfang zu Ehren von Jean-Luc Baechler wurde nach seiner Wahl zum Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts organisiert.

Der Staatsrat hat 18 Freiburgerinnen und Freiburgern beim Eintritt in ihr 100. Lebensjahr die Ehre erwiesen.

## 5 Aussenbeziehungen

---

2011 wurde die politische Verantwortung für die Koordination der Aussenbeziehungen vom Staatsratspräsidium auf den Volkswirtschaftsdirektor übertragen. Konkret vertrat der Volkswirtschaftsdirektor den Staatsrat im Büro und in der Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), im Rat der ch Stiftung und bei der Westschweizer Regierungskonferenz.

Die Regierung hat auch die Situation der Strategie der Aussenbeziehungen untersucht, um einen Aktionsplan für die Jahre 2015 und 2016 auszuarbeiten. Er hat folgende Schwerpunkte:

- > Freiburg will aktiv die Rolle des Brückenkantons zwischen der Westschweiz und dem Rest der Schweiz spielen.
- > Freiburg wirkt aktiv an der KdK und an den nationalen Konferenzen mit, um einen Beitrag zu einem lebendigen und ausgewogenen Föderalismus zu leisten.
- > Freiburg leistet einen grossen Beitrag zur Existenz und zur Vitalität der Hauptstadtregion Schweiz, vierte Metropolitanregion in der Schweiz, und engagiert sich mit den übrigen Partnerkantonen für konkrete Projekte.
- > Freiburg vertieft seine Beziehungen zu den Nachbarkantonen, aber auch zu anderen interessierten Regionen weiter.
- > Freiburg gibt sich Mühe, um seine Kompetenzen und Werte national und international vermehrt zu betonen.

---

## 5.1 Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen hielt 2014 vier Plenarversammlungen und eine ausserordentliche Plenarversammlung ab.

2014 wurden die Arbeiten bei der KdK stark von der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar geprägt. Die ersten Etappen der Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmungen über die Immigration wurden von der KdK und von den Fachdirektorenkonferenzen, die das Thema hauptsächlich betrifft, begleitet. Die Kantone sind in Arbeits- und Expertengruppen, die mit den Arbeiten zur Umsetzung (Konzept und Gesetzesentwurf zur Umsetzung, flankierende Massnahmen) beauftragt sind, vertreten. An den vier Begegnungen der KdK mit dem Bundesrat im Jahr 2014 im Rahmen des «Europadialogs» wurde hauptsächlich dieses Dossier diskutiert.

In der Aussenpolitik haben die Kantonsregierungen dem Bund ihre gemeinsame Haltung in folgenden Dossiers bekanntgegeben:

- > Verhandlungsmandat für eine Anpassung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU (FZA)
- > Mandate des Bundesrats für die Einführung eines automatischen Informationsaustauschs bei den Steuern mit der EU, den Vereinigten Staaten und weiteren Drittstaaten
- > Verhandlungsmandat für den Abschluss eines Abkommens mit der EU über die Mitwirkung der Schweiz an der Prümer Zusammenarbeit

Der Steuerdialog zwischen dem Bund und der EU sowie die laufenden Verhandlungen im Elektrizitätsbereich und bei den institutionellen Fragen wurden von der KdK ebenfalls behandelt.

In der Innenpolitik waren abgesehen von den Arbeiten für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative die Reform der Unternehmensbesteuerung und der Wirksamkeitsbericht des Finanzausgleichs die wichtigsten Dossiers. Die Kantonsregierungen gaben ihre gemeinsame Haltung in diesen Dossiers bekannt.

Die vierte Nationale Föderalismuskonferenz fand am 27. und 28. November 2014 in Solothurn statt und vereinigte Vertreter aller Staatsebenen und der Wissenschaft, um eine Bilanz über den Zustand des Schweizer Föderalismus zu ziehen.

## 5.2 ch Stiftung

Die Stiftung wurde von den 26 Kantonen gegründet, die alle im Stiftungsrat vertreten sind. Die Stiftung spielt eine wesentliche Rolle bei der Koordination unter den Mitgliedern, fördert den Föderalismus und sorgt für die Erhaltung der Vielfalt der Sprachen und Kulturen in der Schweiz. Sie führt ebenfalls das Sekretariat der KdK und das Haus der Kantone in Bern, das die Sekretariate mehrerer interkantonalen Konferenzen beherbergt. Der Volkswirtschaftsdirektor ist Mitglied des Stiftungsrats. Er ist ebenfalls Mitglied des Leitungsausschusses, der zweimal im Jahr zusammentritt.

2014 erschien der erste mehrjährige Bericht zum Föderalismusmonitoring; dieser wurde aufgrund von jährlichen Umfragen, die von 2011 bis 2013 bei den Kantonen, beim Bund und bei Experten durchgeführt wurden, von der ch Stiftung ausgearbeitet.

Nach der Annahme der Initiative «gegen Masseneinwanderung» verlor die Schweiz ihren Status als Teilnehmerland beim Mobilitätsprogramm *Erasmus+* der EU. Die ch Stiftung ist beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation eine Übergangslösung, die vom Bundesrat für die *Erasmus-*Austausche geschaffen wurde, umzusetzen.

## 5.3 Direktorenkonferenzen

Der Staatsrat engagiert sich in den Strukturen, aber auch in den Tätigkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen. So wirken alle Mitglieder des Staatsrats in den Direktorenkonferenzen auf Landesebene mit. Der Volkswirtschaftsdirektor übt den Vorsitz der Konferenz Kantonaler Energiedirektoren aus. Der Staatsrat ist auch stark bei Regionalkonferenzen, namentlich in der Westschweiz, engagiert. Der Sicherheits- und Justizdirektor ist Vizepräsident der Lateinischen Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren. Jede Direktion informiert in ihrem Bericht über die laufenden interkantonalen Tätigkeiten in ihrem Zuständigkeitsbereich.

Zurzeit werden in diesen Direktorenkonferenzen 7 interkantonale Vereinbarungen ausgearbeitet und verhandelt oder den Kantonsparlamenten zur Genehmigung unterbreitet; sie gelten grösstenteils für das ganze Land.

**Interkantonale Vereinbarungen, die ausgearbeitet, verhandelt oder den Kantonsparlamenten zur Genehmigung unterbreitet werden (Stand am 31.12.2014)**

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betreffende Direktorenkonferenz	Stand am 31.12.14
1A	Interkantonales Konkordat über die Hochschulen	2015	Alle Kantone	EKSD/VWD	Schweizerische Universitätskonferenz (SUK); Schweizerischer Fachhochschulrat (SFHR); EDK	Beitritt des Kantons FR am 01.01.2015. Am 01.01.2015 in Kraft getreten.
1B	Interkantonale Hochschulvereinbarung	wahrscheinlich 2017	Alle Schweizer Kantone	EKSD/VWD	EDK	In der Diskussionsphase (in Verbindung mit den finanziellen Bestimmungen des HFKG <sup>1</sup> )
2	Änderung des Konkordats zur Schaffung von Massnahmen gegen die Gewalt an Sportveranstaltungen	Inkrafttreten für jeden Kanton, sobald er den Änderungen beitrifft	Alle Kantone	SJD	KKJPD	Beitritt des Kantons FR am 12.12.2013. Inkrafttreten für den Kanton FR am 01.04.2014  Ausführungsverordnungen (SGF 551.61 und 559.72) sind am 01.05.2014 in Kraft getreten
3	Vereinbarung vom 5. Oktober 2012 zur Revision des Konkordats über die Sicherheitsunternehmen	01.04.2014	FR, GE, JU, NE, VD, VS	SJD	CLDJP	Beitritt des Kantons FR am 12.12.2013. Inkrafttreten für alle Kantone am 01.04.2014
4	Interkantonaler Vertrag über die Organisation und den Betrieb der Seepolizei auf dem Neuenburgersee	15.08.2014	FR, VD, NE	SJD	Keine Konferenz	Vereinbarung ist in Kraft getreten
5	Konkordat vom 22. Mai 1978 über die Ausübung und die Beaufsichtigung der Jagd zwischen den Kantonen Freiburg, Waadt und Neuenburg	01.09.2015	FR, VD, NE	ILFD	Konferenz der Jagddirektorinnen und -direktoren (JDK)	Gesuch an die ILFD, bei den Kantonen VD und NE eine Eingabe zu machen, um die täglichen Zeiten, während derer die Wildschweinjagd offen ist, zu ändern
6	Revision der Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen	Unbekannt	Alle Kantone	RUBD	BPUK	Antwort des SR auf die Vernehmlassung zur Revision

<sup>1</sup> HFKG: Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich

---

## 5.4 Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)

Der Vorstand der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) ist 2014 viermal zusammengetreten. Der Volkswirtschaftsdirektor blieb bis Ende März 2014 Präsident der WRK. Dann wurde der Vorsitz vom Kanton Neuenburg übernommen. Das Arbeitsprogramm für den Zeitraum 2014/15 legt drei hauptsächliche Arbeitsschwerpunkte, die sich in sechs Abschnitte gliedern, fest:

1. Behauptung der Westschweiz im schweizerischen und europäischen Rahmen
  - > Aufwertung der WRK als Kraft zur Positionierung der Westschweizer Kantone auf nationaler Ebene
  - > Europapolitik: Förderung der Interessen und Positionen der Westschweizer Kantone
2. Verhältnis WRK-Fachkonferenzen der Westschweiz (CSSO)
  - > Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den CSSO und der WRK
  - > Identifikation der Themen, die auf eidgenössische Ebene gebracht werden müssen
3. Interne Ziele für die Entwicklung der Westschweiz
  - > Innerer Zusammenhang der verschiedenen Räume der Westschweiz
  - > Interne Governance der WRK

Bei der Förderung der Interessen der Westschweiz hat sich die WRK Sorgen zur Entwicklung von einigen Bundesangelegenheiten gemacht, insbesondere die Unterschiede bei der Vergabe von Bestellungen des Bundes, der Unterricht einer Landessprache als erste Fremdsprache und die Folgen der Annahme der Initiative «Gegen Masseneinwanderung». Die WRK hat also ihre Haltung und ihre Erwartungen angesichts des Ausschlusses der Schweiz aus den europäischen Programmen Erasmus+ und Horizon 2020, beim Erlernen einer Landessprache in der Primarschule bekanntgegeben, Stellung gegen die Ecopop-Initiative genommen und zusammen mit dem Bundesamt für Bau und Logistik die Massnahmen, die dieses ergriffen hat, um die Unterschiede zwischen den Sprachregionen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Bestellungen des Bundes zu vermindern, vorgestellt.

Über die Stellungnahmen zuhanden der Mitglieder des Bundesparlaments und im Rahmen eines Treffens mit den Ständeräten der Westschweiz setzten sich die Mitglieder der WRK ein, um ihre Interessen geltend zu machen und die Debatten und Entscheide in Angelegenheiten, die für die Region besonders wichtig sind, zu beeinflussen.

Eine Delegation der WRK begab sich am 9. Mai 2014 nach Stuttgart zu einem offiziellen Besuch bei den Behörden von Baden-Württemberg. Es handelte sich um einen ersten Kontakt mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen den beteiligten Kantonen und diesem Land, zu dem es äusserst bedeutende wirtschaftliche Verbindungen gibt, zu entwickeln.

## 5.5 Bilaterale Treffen zwischen Regierungen

Die Zusammenarbeit zwischen Regierungen auf bilateraler Ebene wird durch regelmässige Treffen mit den Regierungen der Nachbarkantone Bern, Neuenburg und Waadt gekennzeichnet. Das zweite Jahr hintereinander fand auch ein Arbeitstreffen mit dem Staatsrat des Kantons Wallis statt.

Bei den Diskussionen mit dem Regierungsrat des Kantons Bern ging es vor allem um die Erfahrungen, welche die beiden Kantonsexekutiven bei der Ausarbeitung von Sparprogrammen gemacht haben, sowie um den Wirksamkeitsbericht des Finanzausgleichs und um gemeinsame Projekte im Rahmen der Hauptstadtregion Schweiz.

Bei der Begegnung vom 27. August 2014 mit der Regierung des Kantons Wallis wurden Themen, an denen beide Kantone ein Interesse haben, angeschnitten, dazu gehören etwa der nationale Innovationspark, der Finanzausgleich, das Gesetz über die Zweitwohnungen und die Energie- und Verkehrspolitik. Es wurden auch mehrere Projekte zur Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheit, der Untersuchungshaft, der Administrativhaft sowie bei der Suche nach geeigneten Lösungen für die zweisprachigen Kantone geprüft.

Am Treffen vom 12. November 2014 mit dem Neuenburger Staatsrat konnten die beiden Regierungen den Stand der Situation bei zahlreichen laufenden Projekten, wie der Zusammenarbeit bei der Grundausbildung der Polizei und die

---

Aufteilung der Untersuchungshaftplätze, festhalten und sich über die Bundesangelegenheiten, bei denen die beiden Kantone gemeinsame Interessen haben, unterhalten.

Am 25. November 2014 hatten die Regierungen von Waadt und von Freiburg die Gelegenheit, über mehrere Vorzeigeprojekte der Zusammenarbeit zwischen den beiden Kantonen und über Bundesangelegenheiten, bei denen sie gemeinsam vorgehen wollen, zu diskutieren. Die Erweiterung des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye, der öffentliche Verkehr in der Broye, der nationale Innovationspark, die Schwierigkeiten bei der Ausführung des Raumplanungsgesetzes sowie die Zusammenarbeit bei der Organisation des Schwing- und Älplerfests 2016 in Estavayer-le-Lac wurden angesprochen.

## **5.6 Beziehungen zu den Freiburger National- und Ständeräten und zu den Bundesbehörden**

An den vier Begegnungen des Staatsrats mit den Freiburger National- und Ständeräten, die im Verlauf des Jahres 2014 organisiert wurden, konnten vordringliche Angelegenheiten für den Kanton, namentlich die Reform der Unternehmensbesteuerung, der Wirksamkeitsbericht des Finanzausgleichs, die Beteiligung von Freiburg am nationalen Innovationspark und die Ansiedlung des Zivildienstes des Bundes in Schwarzsee, geprüft werden.

## **5.7 Vernehmlassungen des Bundes**

Der Staatsrat hat auf über 110 Vernehmlassungsverfahren des Parlaments und des Bundesrats, der eidgenössischen Departemente und der Bundesämter, der Konferenz der Kantonsregierungen und verschiedener Konferenzen kantonaler Departementsvorsteher geantwortet. Eine vollständige Liste der Vernehmlassungen, an denen sich der Kanton 2014 beteiligt hat, befindet sich im Sonderdruck über die Aussenbeziehungen des Kantons und auf der Website des Staates unter der Adresse:

[http://www.fr.ch/ce/de/pub/bundesvernehmlassungen/archiv/2014/chronologische\\_einreihung\\_2014.htm](http://www.fr.ch/ce/de/pub/bundesvernehmlassungen/archiv/2014/chronologische_einreihung_2014.htm).

# **6 Finanzielle und personelle Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2014 gefassten Beschlüsse**

---

(Art. 198, Abs. 3 des Grossratsgesetzes vom 6. September 2006)

Im Laufe des Jahres 2014 hat sich der Grosse Rat zu 13 Gesetzesentwürfen und 16 Dekretsentwürfen geäussert. Rund 48 % der im Grossen Rat beratenen und gutgeheissenen Erlasse, nämlich 8 Gesetze und 6 Dekrete, haben keine oder nur sehr geringfügige Auswirkungen in finanzieller Hinsicht.

Mit Vorbehalten aufgrund der Schwierigkeiten, die zum Teil einmaligen, zum Teil sich wiederholenden finanziellen Auswirkungen sowohl auf die Erfolgsrechnung als auch auf die Investitionsrechnung zusammenzuzählen, können die finanziellen und personellen Auswirkungen der anderen Gesetzes- und Dekretsentwürfe wie folgt zusammengefasst werden.

## **6.1 Investitionsrechnung**

Hier hat der Grosse Rat im vergangenen Jahr sieben Verpflichtungskredite gesprochen, die insgesamt einem Investitions- oder Investitionsbeitragsvolumen von 85 213 000 Franken entsprechen. Die vier grössten Geschäfte waren ein Verpflichtungskredit für den Umbau des Lagers Schwarzsee (27 730 000 Franken), eine Finanzhilfe für das Projekt Smart Living Lab und die Errichtung einer Zweigstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne im Innovationsquartier blueFACTORY (26 176 000 Franken), ein Verpflichtungskredit für den Bau eines temporären Modulgebäudes für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg (12 470 000 Franken) sowie ein Verpflichtungskredit für die Subventionierung von Orientierungsschulbauten (11 137 000 Franken). Dazu kommen noch zwei Dekrete über die Gewährung rückzahlbarer Darlehen, das eine an



die künftige BioFactory Competence Center SA in einem Betrag von 600 000 Franken und das andere an die Aktiengesellschaft Swiss Integrative Center for Human Health in einem Betrag von 3 000 000 Franken. In letzterem Fall übernimmt der Staat auch noch eine Bürgschaft von 9 000 000 Franken.

## 6.2 Erfolgsrechnung

Die signifikanten Auswirkungen von fünf Gesetzen und einem Dekret auf die Erfolgsrechnung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- > Das Gesetz über die obligatorische Schule zieht aufgrund neuer Leistungen in den ersten fünf Jahren Mehrkosten von rund 14,4 Millionen Franken für den Staat nach sich. Zudem führt die Änderung der Aufwandfinanzierung zu einer Kostenüberwälzung von 46,9 Millionen Franken von den Gemeinden auf den Kanton. Es war eine Kompensation über eine Verschiebung der Steuerbelastung vorgesehen.
- > Die Änderung des Gesetzes über die Pensionskasse des Staatspersonals (neuer Finanzierungsplan) sieht höhere Beitragssätze vor, die für den Arbeitgeber Staat brutto mit geschätzten 19,7 Millionen Franken zu Buche schlagen.
- > Die Netto-Personalausgaben dürften aufgrund der Schaffung neuer Stellen im Rahmen des Voranschlags 2015 um 5,2 Millionen Franken zunehmen (etwas über 79 zusätzliche Stellen).
- > Das Gesetz über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg hat Mehrkosten beim Personal (+ 23,77 VZÄ) und den Infrastrukturen von jährlich insgesamt 3,76 Millionen Franken zur Folge.
- > Verschiedene neue Gesetzesbestimmungen führen zu einer Aufwandsenkung um 0,5 Millionen Franken.

2014 haben die Änderungen, die der Grosse Rat an Entwürfen des Staatsrats vorgenommen hat, in einem Fall die eingeplanten finanziellen Auswirkungen für den Staat in die Höhe getrieben. Es handelt sich dabei um zwei Punkte im Schulgesetz. So hat der Grosse Rat beschlossen, dass die Lehrmittelkosten im Umfang von etwas mehr als 29,9 Millionen Franken ausschliesslich zu Lasten des Staates gehen und es ausserdem keine Kompensation durch eine Steuerbelastungsverschiebung gibt.

## 6.3 Gesetzes- und Dekretsentwürfe, die im Jahr 2014 geprüft wurden (mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

				<b>Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats</b>		
				<i>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe</i>		
Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	personell	finanziell	
				Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D	über einen Verpflichtungskredit für den Bau eines temporären Modulgebäudes für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg	2013-EKSD-22	EKSD	18.02.14		Nettoaussgaben zulasten des Staates: + 12 470 000 Fr.
D	über die Einbürgerungen	2014-ILFD-6	ILFD	20.02.14		Keine finanziellen Auswirkungen.
D	über die kompensierten Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2013	2013-FIND-86	FIND	20.02.14		Keine finanziellen Auswirkungen.
G	zur Änderung des Gesetzes über die Fischerei (Einzahlung der Kosten nach einer nachteiligen Einwirkung auf Gewässer)	2013-ILFD-60	ILFD	28.03.14		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen.
D	über die Einbürgerungen	2014-ILFD-47	ILFD	14.05.14		Keine finanziellen Auswirkungen.

					<b>Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats</b>		
					<i>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe</i>		
Gesetzesentwurf / Dekretentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	personell		finanziell	
				Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken	
D	zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2013	2013-FIND-27	FIND	14.05.14		Keine finanziellen Auswirkungen.	
G	über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (HES-SO//FRG)	2013-VWD-7	VWD	15.05.14	+ 23,77 VZÄ	Jährliche Mehrkosten (Personal und Infrastrukturkosten) +3 760 000 Fr.	
D	über eine Finanzhilfe an die Aktiengesellschaft Swiss Integrative Center for Human Health	2014-EKSD-32	EKSD	15.05.14			Ausgaben: + 3 000 000 Fr. in Form eines rückzahlbaren Darlehens. Der Staat übernimmt zudem eine Bürgschaft von 9 000 000 Fr. für die SICHH AG.
D	über einen Verpflichtungskredit für den Umbau des Lagers Schwarzsee zur Ansiedlung des Ausbildungszentrums des Zivildienstes und für Schulen sowie Sport- und Freizeitvereine	2013-SJD-57	SJD	15.05.14			Ausgaben: + 27 730 000 in Fr.
D	über eine Finanzhilfe für das Projekt Smart Living Lab (SLL) und die Errichtung einer Zweigstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (ETHL Freiburg) im Innovationsquartier blueFACTORY	2014-VWD-22	VWD	15.05.14			Ausgaben: + 26 176 000 in Fr.
D	über die Gewährung eines Studienkredits für den Aus- und Umbau der Kantons- und Universitätsbibliothek Freiburg	2014-EKSD-34	EKSD	25.06.14			Ausgaben: + 4 000 000 in Fr.
G	zur Änderung des Gesetzes über die Universität	2013-EKSD-18	EKSD	27.06.14	+ 10 VZÄ	Jährliche Kosten für dieses zusätzliche Personal: 1 200 000 in Fr.	
G	über die obligatorische Schule (Schulgesetz, SchG)	41 (2013-EKSD-10)	EKSD	09.09.14		Mehrkosten der Gesetzesänderung für die ersten 5 Jahre: 14 431 000 Fr. für den Kanton und 6 582 000 Fr. für die Gemeinden. Geänderte Finanzierung der Kosten: Überwälzung von 46 901 000 Fr. von den Gemeinden auf den Kanton von 2015 bis 2018. Kompensation durch eine Steuerbelastungsverschiebung. GR: Übernahme der Lehrmittel zu Lasten des Staates: + 29 914 000 Fr. und keine Steuerbelastungsverschiebung.	



				<b>Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats</b> GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe			
Gesetzesentwurf / Dekretentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	personell	finanziell		
				Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken	
G	über den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)	2014-EKSD-48	EKSD	10.09.14		Mit dem Beitritt zum Konkordat dürfte sich die Beteiligung des Kantons an der Finanzierung der gemeinsamen Organe um rund 40 000 Fr. verringern.	
D	über den Erwerb einer Parzelle für das Interkantonale Gymnasium der Region Broye in Payerne, gemeinsam und zu gleichen Teilen mit dem Kanton Waadt	2014-EKSD-49	EKSD	10.09.14			Ausgaben: + 1 700 000 Fr.
G	zur Änderung der Gesetzgebung im Bereich politische Rechte (Wahlkreisverbund)	2013-ILFD-73	ILFD	11.09.14		Die Vorlage wird die Anschaffung oder Anpassung von Software sowie technischen Support erforderlich machen und Mehrarbeit verursachen. Keine personellen Auswirkungen.	
D	über die Einbürgerungen	2014-ILFD-106	ILFD	11.09.14		Keine finanziellen Auswirkungen.	
D	über Beiträge an den Bau, den Umbau und die Erweiterung von Orientierungsschulen im Jahr 2014 und in den folgenden Jahren	2014-RUBD-29	RUBD	12.09.14			Ausgaben: + 11 137 000 Fr.
G	zur Änderung der Gesetzgebung im Bereich politische Rechte (verschiedene Anpassungen)	2013-ILFD-73	ILFD	07.10.14		Keine finanziellen Auswirkungen.	
G	zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern	2014-FIND-73	FIND	19.11.14		Die finanziellen Auswirkungen der Vorlage dürften insgesamt minim sein. Es ist aber mit einem geringeren administrativen Aufwand zu rechnen.	
G	über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2015	2014-FIND-76	FIND	19.11.14		Keine finanziellen Auswirkungen, da die Steuerfüsse 2015 bei 100 % belassen werden	
D	zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2015	2013-FIND-45	FIND	19.11.14	+ 79,48 VZÄ (neue und zusätzliche Stellen)	Neue und zusätzliche Stellen: Bruttoaufwand: + 8 403 350 Fr. Nettoaufwand: + 5 224 770 Fr.	
G	zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinden (Verschiebung der Gesamtenerneuerungswahlen bei einer Fusion)	2014-ILFD-105	ILFD	20.11.14		Die finanziellen und personellen Auswirkungen für den Staat sind unwesentlich.	
G	zur Änderung des Gesetzes über die Pensionskasse des Staatspersonals (neuer Finanzierungsplan)	2014-FIND-39	FIND	21.11.14		Für den Staat als Arbeitgeber wird sich die Erhöhung des Betragssatzes finanziell schätzungsweise mit 19 700 000 Fr. zu Buche schlagen	
D	über die Einbürgerungen	2014-ILFD-142	ILFD	17.12.14		Keine finanziellen Auswirkungen.	

					<b>Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats</b>		
					<i>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe</i>		
Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	personell	finanziell		
				Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Erfolgsrechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken	
D	über eine Finanzhilfe für die künftige BioFactory Competence Center SA	2014-VWD-50	VWD	18.12.14			Ausgaben: + 600 000 Fr. in Form eines rückzahlbaren Darlehens.
D	über einen Verpflichtungskredit für den künftigen Verein Innosquare	2014-VWD-52	VWD	18.12.14			Ausgaben: + 2 000 000 Fr. (Gewährung einer Finanzhilfe à fonds perdu für den Zeitraum 2015-2019).
G	zur Änderung des Justizgesetzes und anderer Gesetze	2014-SJD-70	SJD	19.12.14		Diese Vorlage ist in finanzieller und personeller Hinsicht relativ neutral.	
G	über die Schulzahnmedizin (SZMG)	2013-GSD-70	GSD	19.12.14	Reduktion des Personalbestands um 2,49 VZÄ	Das Gesetz wird zu einer Senkung des Betriebsdefizits um rund 500 000 Fr. führen und gewisse Investitionen erfordern.	

## 7 Personalbestand

Behörden – Direktionen Kostenstellen	Rechnung 2014 VZÄ	Rechnung 2013 VZÄ	Differenz VZÄ
<b>Behörden und Direktionen</b>	<b>8'089.98</b>	<b>7'991.05</b>	<b>98.93</b>
Gesetzgebende Behörde	6.59	6,53	0.06
Richterliche Behörde	293.19	290,05	3.14
Vollziehende Behörde	7,00	6,97	0.03
STAATSKANZLEI	38.44	39,52	-1.08
Direktion für Erziehung, Kultur und Sport	4'726.10	4'666.63	59.47
Sicherheits- und Justizdirektion	898.89	890,27	8.62
Direktion der Institutionen, der Land- und Forstwirtschaft	441.36	438,98	2.38
Volkswirtschaftsdirektion	720.43	706.21	14.22
Direktion für Gesundheit und Soziales	165.03	165,00	0.03
Finanzdirektion	397.00	392,66	4.34
Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion	395.95	388,23	7.72
<b>Sektoren</b>	<b>8'089.98</b>	<b>7'991.05</b>	<b>98.93</b>
Zentralverwaltung	2'622.56	2'591.31	31.25
Unterrichtswesen	5'119.39	5'051.15	68.24
Spitalwesen	15.36	14,54	0.82
Besondere Sektoren und Anstalten des Staates	332.67	334,05	-1.38

---

## 8 Parlamentarische Vorstösse

---

Seit 2013 werden die parlamentarischen Vorstösse im Tätigkeitsbericht nicht mehr abschliessend aufgelistet. Die ausführlichen Informationen und der Stand der Behandlung aller parlamentarischen Vorstösse können auf der Website des Grossen Rates (<http://www.fr.ch/gc/de/pub/vorstoesse.htm>) eingesehen werden.

### Motionen, Postulate, Aufträge und Volksmotionen

	Dem Staatsrat überwiesen	Vom Grossen Rat angenommen	Vom Grossen Rat abgelehnt	Von den Verfasserinnen und Verfassern zurückgezogen	In Behandlung
Motionen	22 (17*)	10 (2*)	6 (2*)	4	16 (13*)
Postulate	13 (15*)	15 (1*)	1 (1*)	---	10 (13*)
Aufträge	10 (2*)	3	2	2 (1*)	4 (1*)
Volksmotion	9 (5*)	5	4 (1*)	---	4 (4*)

### Anfragen

Der Staatsrat nahm 90 (92\*) Anfragen von Grossrätinnen und Grossräten entgegen.

Informationen stehen unter folgender Internetadresse zur Verfügung:

<http://www.fr.ch/gc/de/pub/vorstoesse/anfragen.htm>.

\*: Zahlen 2013

# Tätigkeitsbericht

Direktion für Erziehung,  
Kultur und Sport

—

2014



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Direction de l'instruction publique, de la culture et du sport DICS**  
**Direktion für Erziehung, Kultur und Sport EKSD**

# Inhalt

---

<b>1</b>	<b>Direktion und Generalsekretariat</b>	<b>11</b>
<b>1.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>11</b>
1.1.1	Allgemeines	11
1.1.2	Besondere Ereignisse	11
<b>1.2</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit (interkantonale Beziehungen auf Direktionsebene)</b>	<b>13</b>
1.2.1	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)	13
1.2.2	Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin (CIIP)	13
1.2.3	Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK) und Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK)	14
1.2.4	Zentrale Verwaltung der interkantonalen Schulgeldabkommen in Zusammenhang mit dem ausserkantonalen Schulbesuch	14
<b>1.3</b>	<b>Streitsachen im Schulwesen</b>	<b>14</b>
<b>1.4</b>	<b>Schülertransporte</b>	<b>14</b>
<b>1.5</b>	<b>Gesetzgebung</b>	<b>15</b>
1.5.1	Gesetze und Dekrete	15
1.5.2	Verordnungen und Reglemente	15
<b>2</b>	<b>Amt für Ressourcen (RA)</b>	<b>16</b>
<b>2.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>16</b>
2.1.1	Personal	16
2.1.2	Aufteilung der Kosten der obligatorischen Schule	17
<b>3</b>	<b>Ämter für obligatorischen Unterricht</b>	<b>17</b>
<b>3.1</b>	<b>Allgemeines</b>	<b>17</b>
3.1.1	Gemeinsame Themen der beiden Kantonsteile	17
3.1.2	Französischsprachiger Kantonsteil	18
3.1.3	Deutschfreiburg	18
3.1.4	Sonderpädagogik	19
3.1.5	Schülerzahlen	20
<b>3.2</b>	<b>Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil</b>	<b>21</b>
3.2.1	Allgemeines	21
3.2.2	Klasseneröffnungen und -schliessungen	21
3.2.3	Schülerzahlen im Kindergarten	21
<b>3.3</b>	<b>Kindergarten Deutschfreiburg</b>	<b>21</b>
3.3.1	Allgemeines	21

3.3.2	Klasseneröffnungen und -schliessungen	22
3.3.3	Schülerzahlen im Kindergarten	22
<b>3.4</b>	<b>Primarschule, französischsprachiger Kantonsteil</b>	<b>22</b>
3.4.1	Allgemeines	22
3.4.2	Klasseneröffnungen und -schliessungen	22
3.4.3	Schülerzahlen in der Primarschule	22
<b>3.5</b>	<b>Primarschule Deutschfreiburg</b>	<b>23</b>
3.5.1	Allgemeines	23
3.5.2	Klasseneröffnungen und -schliessungen	23
3.5.3	Schülerzahlen in der Primarschule	23
<b>3.6</b>	<b>Orientierungsschule, französischsprachiger Kantonsteil</b>	<b>23</b>
3.6.1	Allgemeines	23
3.6.2	Klasseneröffnungen und -schliessungen	24
3.6.3	Klassen- und Schülerzahlen nach OS	24
<b>3.7</b>	<b>Orientierungsschule Deutschfreiburg</b>	<b>24</b>
3.7.1	Allgemeines	24
3.7.2	Klasseneröffnungen und -schliessungen	24
3.7.3	Klassen- und Schülerzahlen nach OS	25
<b>3.8</b>	<b>Sonderpädagogik</b>	<b>25</b>
3.8.1	Allgemeines	25
3.8.2	Statistik zur Sonderpädagogik	25
3.8.3	Schuldienste: Schulpsychologie, Logopädie und Psychomotorik	26
<b>3.9</b>	<b>Schüleraustausch</b>	<b>27</b>
3.9.1	12. partnersprachliches Schuljahr (ZPS)	27
3.9.2	Schüler- und Klassenaustausche (SAKA)	27
3.9.3	Ferien-Einzel-Austausch (FEA-EIV-SIV)	28
3.9.4	ch Stiftung	28
3.9.5	HSR–CH (Hauptstadtregion Schweiz)	28
<b>4</b>	<b>Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2 (S2)</b>	<b>29</b>
<b>4.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>29</b>
4.1.1	Schülerzahlen	29
4.1.2	Unterricht	29
4.1.3	Konferenzen und Kommissionen	30
4.1.4	Schuldienste	30
4.1.5	Weiterbildung der Lehrpersonen	31
4.1.6	Interkantonale Zusammenarbeit	31
4.1.7	Infrastrukturen	31

4.1.8	Gesetzgebung	31
<b>4.2</b>	<b>Kollegium St. Michael</b>	<b>31</b>
4.2.1	Die Schule in Kürze	31
4.2.2	Schülerinnen und Schüler	32
4.2.3	Allgemeiner Schulbetrieb	32
<b>4.3</b>	<b>Kollegium Heilig Kreuz</b>	<b>33</b>
4.3.1	Die Schule in Kürze	33
4.3.2	Schülerinnen und Schüler	33
4.3.3	Allgemeiner Schulbetrieb	33
<b>4.4</b>	<b>Kollegium Gambach</b>	<b>34</b>
4.4.1	Die Schule in Kürze	34
4.4.2	Schülerinnen und Schüler	34
4.4.3	Allgemeiner Schulbetrieb	34
<b>4.5</b>	<b>Kollegium des Südens</b>	<b>35</b>
4.5.1	Die Schule in Kürze	35
4.5.2	Schülerinnen und Schüler	35
4.5.3	Allgemeiner Schulbetrieb	36
<b>4.6</b>	<b>Fachmittelschule Freiburg - FMSF</b>	<b>36</b>
4.6.1	Die Schule in Kürze	36
4.6.2	Schülerinnen und Schüler	37
4.6.3	Allgemeiner Schulbetrieb	37
<b>4.7</b>	<b>Interkantonales Gymnasium der Region Broye</b>	<b>38</b>
4.7.1	Die Schule in Kürze	38
4.7.2	Schülerinnen und Schüler	38
4.7.3	Allgemeiner Schulbetrieb	39
<b>4.8</b>	<b>Fachstelle fri-tic</b>	<b>39</b>
4.8.1	Wechsel der Fachstelle fri-tic von der Pädagogischen Hochschule zum Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2	39
4.8.2	Tätigkeit	39
<b>5</b>	<b>Amt für Universitätsfragen (UFA)</b>	<b>40</b>
<b>5.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>40</b>
5.1.1	Universität	40
5.1.2	Lehrerinnen- und Lehrerbildung	40
5.1.3	Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit, Soziales und Musik	41
<b>5.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>41</b>
5.2.1	Hochschulraum Schweiz	41
5.2.2	Universität	41

5.2.3	Lehrerinnen- und Lehrerbildung	41
5.2.4	Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit, Soziales und Musik	42
<b>6</b>	<b>Universität (Uni)</b>	<b>42</b>
<b>6.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>42</b>
6.1.1	Studierende	42
6.1.2	Zentrale Organe	43
6.1.3	Lehrkörper	43
6.1.4	Studienorganisation	43
<b>6.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>43</b>
<b>7</b>	<b>Pädagogische Hochschule (PH)</b>	<b>44</b>
<b>7.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>44</b>
7.1.1	Grundausbildung	44
7.1.2	Mittel und Lehrmaterialien	44
7.1.3	Weiterbildung	45
7.1.4	Forschung	45
7.1.5	Fachstelle fri-tic	46
<b>8</b>	<b>Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR)</b>	<b>46</b>
<b>8.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>46</b>
8.1.1	Ausbildungsgänge	46
8.1.2	Weiterbildung und Dienstleistungen	46
8.1.3	Angewandte Forschung und Entwicklung (aF&E)	47
8.1.4	Nationale und internationale Beziehungen	47
<b>9</b>	<b>Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA)</b>	<b>47</b>
<b>9.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>47</b>
9.1.1	Grundausbildung	47
9.1.2	Weitere Aufgaben der Fachhochschule	47
9.1.3	Direktionsrat	48
<b>10</b>	<b>Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung (BEA)</b>	<b>48</b>
<b>10.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>48</b>
10.1.1	Berufswahlvorbereitung	48
10.1.2	Schul- und Berufsinformation	48
10.1.3	Berufsinformationszentren	49
10.1.4	Einzelberatung	49
10.1.5	Erwachsenenberatung	49
10.1.6	Schul- und Berufswahl von Jugendlichen	49
10.1.7	Besondere Ereignisse	49



---

<b>10.2</b>	<b>Erwachsenenbildung</b>	<b>50</b>
10.2.1	Kommission für Erwachsenenbildung	50
10.2.2	Volkshochschule	50
10.2.3	Verein Lesen und Schreiben	50
10.2.4	Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne	50
10.2.5	Validierung von Bildungsleistungen	50
<b>11</b>	<b>Amt für Ausbildungsbeiträge (ABBA)</b>	<b>50</b>
<b>11.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>50</b>
11.1.1	Kommission für Ausbildungsbeiträge	50
11.1.2	Kantonale Stipendien	51
11.1.3	Studiendarlehen	51
11.1.4	Bundesbeiträge	51
<b>12</b>	<b>Amt für Sport (SpA)</b>	<b>51</b>
<b>12.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>51</b>
12.1.1	Kommission für Sport und Sporterziehung	51
12.1.2	Sporterziehung	52
12.1.3	Jugend+Sport (J+S)	53
12.1.4	Loterie Romande-Sport (LoRo-Sport)	53
12.1.5	Kantonales Inventar der Sportanlagen	54
12.1.6	Besondere Ereignisse	54
<b>13</b>	<b>Amt für Kultur KA</b>	<b>54</b>
<b>13.1</b>	<b>Kommissionen</b>	<b>54</b>
13.1.1	Kommission für die Verwaltung des kantonalen Kulturfonds	54
13.1.2	Kommission für kulturelle Angelegenheiten	54
<b>13.2</b>	<b>Kulturförderbeiträge</b>	<b>54</b>
13.2.1	Statistik	54
13.2.2	Mehrjahres-Schaffensbeiträge	55
13.2.3	Schaffensbeiträge	55
13.2.4	Ausserordentliche Beiträge und Beiträge zur Förderung der Dezentralisierung	55
13.2.5	Ordentliche Beiträge	56
13.2.6	Beiträge der Loterie Romande	56
13.2.7	Förderung des zeitgenössischen Musikschaffens	56
13.2.8	Kulturpreis des Staates	56
13.2.9	Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg	56
13.2.10	Fonds Pierre und Renée Glasson	56
13.2.11	Zusammenarbeit	57

---

13.2.12	Künstlerateliers im Ausland	57
13.2.13	Kultur und Schule	57
13.2.14	Immaterielles Kulturerbe	57
<b>13.3</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>57</b>
<b>13.4</b>	<b>Beaufsichtigung und Koordination der kulturellen Institutionen</b>	<b>58</b>
<b>13.5</b>	<b>Staatsarchiv Freiburg (StAF)</b>	<b>58</b>
13.5.1	Gesetzesgrundlagen und Ressourcen	58
13.5.2	Tätigkeit	58
<b>13.6</b>	<b>Kantons- und Universitätsbibliothek</b>	<b>60</b>
13.6.1	Kommission	60
13.6.2	Direktion und Stabsfunktionen	60
13.6.3	Abteilung Freiburger Sammlungen und kulturelle Aktivitäten	61
13.6.4	Abteilung Handschriften, Inkunabeln und Archive	62
13.6.5	Abteilung Informationstechnologien	63
13.6.6	Erwerbungsabteilung	63
13.6.7	Katalogisierungsabteilung	63
13.6.8	Benutzungsabteilung	64
13.6.9	Logistikabteilung	64
13.6.10	Dezentrale Bibliotheken an der Universität	64
<b>13.7</b>	<b>Konservatorium</b>	<b>64</b>
13.7.1	Kommission	64
13.7.2	Tätigkeit	65
<b>13.8</b>	<b>Museum für Kunst und Geschichte</b>	<b>67</b>
13.8.1	Kommission	67
13.8.2	Personal	67
13.8.3	Tätigkeit	67
13.8.4	Interne Organisation	69
13.8.5	Besondere Ereignisse	69
<b>13.9</b>	<b>Naturhistorisches Museum</b>	<b>69</b>
13.9.1	Kommission	69
13.9.2	Personal	69
13.9.3	Gebäude und Ausstattung	69
13.9.4	Museumsbesuche	70
13.9.5	Medienberichterstattung	70
13.9.6	Wissensvermittlung	70
13.9.7	Sammlungsmanagement und Wissenschaft	70
13.9.8	Kompetenzzentrum	71

<b>13.10 Schloss Greyerz</b>	<b>71</b>
13.10.1 Stiftungsrat	71
13.10.2 Tätigkeit	71
<b>13.11 Vitrocentre Romont, Schweizerisches Forschungszentrum für Glasmalerei und Glaskunst</b>	<b>72</b>
13.11.1 Stiftungsrat	72
13.11.2 Tätigkeit	72
<b>13.12 Espace Jean Tinguely – Niki de Saint Phalle</b>	<b>73</b>
13.12.1 Stiftungsrat	73
13.12.2 Ausstellungen und Veranstaltungen	73
<b>13.13 Römisches Museum Vallon</b>	<b>73</b>
13.13.1 Stiftungsrat	73
13.13.2 Ausstellungen und Veranstaltungen	73
<b>14 Amt für Archäologie (AAFR)</b>	<b>74</b>
<b>14.1 Tätigkeit</b>	<b>74</b>
14.1.1 Archäologische Interventionen: Ausgrabungen, Bauuntersuchungen, Bauüberwachungen, Sondierungen und Prospektion	74
14.1.2 Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter (KGS) und dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)	75
<b>14.2 Auswertungen und Publikationen</b>	<b>75</b>
14.2.1 Weitere Artikel	76
14.2.2 Büro der Grafiker und Zeichner, Fotografie und Infografik	76
<b>14.3 Konservierung und Restaurierung</b>	<b>76</b>
14.3.1 Tätigkeit des Konservierungs- und Restaurierungslabors (LCR)	76
14.3.2 Sammlungen	77
<b>14.4 Archivierung</b>	<b>77</b>
<b>14.5 Besondere Anlässe</b>	<b>77</b>
14.5.1 Vermittlung, Veranstaltungen, Ausstellungen und anderes	77
14.5.2 Vorträge und Kurse	78
<b>15 Amt für Kulturgüter</b>	<b>78</b>
<b>15.1 Tätigkeit</b>	<b>78</b>
15.1.1 Verzeichnis der Kulturgüter	78
15.1.2 Unterschutzstellung im Rahmen der Ortsplanungsrevisionen	78
15.1.3 Behandlung der Baubewilligungsgesuche	79
15.1.4 Baubegleitung und Behandlung der Subventionsgesuche	79
15.1.5 Bauberatung und Expertisen	79
15.1.6 Dokumentation der Kulturgüter	79
15.1.7 Publikations- und Öffentlichkeitsarbeit	80
15.1.8 Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten und im Krisenfall	80

---

15.1.9	Kunstdenkmäler der Schweiz	80
15.1.10	Kommissionen	80
<b>15.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>80</b>
<b>16</b>	<b>Personalbestand</b>	<b>81</b>

---

---

# 1 Direktion und Generalsekretariat

---

Staatsrat, Direktor: Jean-Pierre Siggen

Generalsekretär: Michel Perriard

## 1.1 Tätigkeit

### 1.1.1 Allgemeines

Die Direktion legt anhand der in der entsprechenden Gesetzgebung definierten Aufträge die Ziele der Verwaltungseinheiten fest, die der EKSD unterstellt oder ihr zugewiesen sind. Über ihre Ämter leitet sie den Vollzug der Massnahmen, kontrolliert deren Ergebnisse und greift allenfalls korrigierend ein. Der Direktor für Erziehung, Kultur und Sport trifft sich regelmässig mit den Vorsteherinnen und Vorstehern der Verwaltungseinheiten, um Grundsatzfragen zu besprechen und darauf zu achten, dass die Dossiers nachgeführt und bearbeitet werden.

Das Generalsekretariat erfüllt Stabsdienstaufgaben für den Direktor der EKSD und leistet daneben den Verwaltungseinheiten der EKSD Unterstützung in Form von Beratung, Bereitstellen schriftlicher Unterlagen und Vorentwürfen für Gesetze und Reglemente, Hilfe bei der Buchführung, Übersetzungsarbeiten, Organisation von oder Teilnahme an Projekten sowie Referaten zu verschiedenen Themen. Im Jahr 2014 war das Generalsekretariat zudem intensiv beschäftigt mit der Gesamtrevision des Gesetzes über die obligatorische Schule, mit der Arbeit am Struktur- und Sparmassnahmenplan des Staates im Bildungswesen, mit der Aktualisierung der Nutzung von Informationstechnologien im Unterricht sowie mit den Feierlichkeiten anlässlich des 250. Geburtstags von Pater Girard im Jahr 2015. Daneben arbeitete die EKSD mit anderen Direktionen zusammen; zu nennen ist hier insbesondere die Mitarbeit in der Informatikkommission des Kantons, in der Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen, in der Arbeitsgruppe zum E-Government, an der Aufgabenentflechtung zwischen Staat und Gemeinden sowie an der nachhaltigen Entwicklung.

### 1.1.2 Besondere Ereignisse

Mehrere Ereignisse des Jahres 2014, die das Generalsekretariat und die Direktion betrafen, verdienen eine besondere Erwähnung:

#### 1.1.2.1 Gesamtrevision des Schulgesetzes

Am 18. Dezember 2012 überwies der Staatsrat dem Grossen Rat den Entwurf für das Gesetz über die obligatorische Schule und die dazugehörige Botschaft. Nachdem die parlamentarische Kommission die Gesetzesvorlage an 17 Sitzungen zwischen dem 7. März und dem 14. Oktober 2013 beraten hatte, folgten in den Sessionen von Februar, Mai, Juni und September 2014 die Debatten im Plenum des Grossen Rates. Am 9. September 2014 nahm der Grosse Rat das Gesetz an. Ein am 24. Oktober eingereichtes Referendumsbegehren kam nicht zustande (4016 gesammelte Unterschriften bis zum Ablauf der Frist am 5. Januar 2015).

Parallel dazu fanden im Rahmen der Arbeiten zum Ausführungsreglement (RSchG) 3 Gespräche am Runden Tisch mit den Partnern der Schule statt. Für besondere Themen wurden Arbeitsgruppen gebildet.

#### 1.1.2.2 Analyse der Stellenentwicklung im Unterrichtswesen und Bestandsaufnahme von Massnahmen zur Eindämmung des Stellenanstiegs

Während der Arbeiten am Finanzplan und am Regierungsprogramm 2012-2016 stellte der Staatsrat fest, dass die Personalbestände weiterhin stetig steigen, dies trotz der ständigen Bemühungen zur Eindämmung der Stellenzunahme im Bildungsbereich. Eine entscheidende Rolle spielt dabei das Bevölkerungswachstum.

Mit Beschluss vom 29. Januar 2013 erteilte der Staatsrat dem zuständigen Direktionen, also der EKSD, der ILFD und der VWD den Auftrag, die Zunahme der Stellenzahl im gesamten Unterrichtswesen zu untersuchen und mögliche

---

Massnahmen vorzuschlagen, um diesen Stellenanstieg zu bremsen. Der Schlussbericht wurde ihm am 28. Oktober 2013 vorgelegt.

Vom 19. Februar bis 20. April 2014 gab der Staatsrat einen Bericht mit 14 Vorschlägen für Massnahmen zur Eindämmung des Stellenanstiegs im Bildungswesen in die Vernehmlassung. Zudem führte er Gespräche mit der Föderation der Personalverbände der Staatsangestellten des Kantons Freiburg (FEDE). Die FEDE organisierte am 9. April 2014 eine öffentliche Kundgebung, an der rund 1500 bis 2000 Personen auf die Strasse gingen und gegen die vorgeschlagenen Massnahmen protestierten. Nach Ablauf der Vernehmlassung wurden 251 Stellungnahmen entgegengenommen und bei der Auswertung berücksichtigt. Der Staatsrat wurde am 30. Juni über die Vernehmlassungsergebnisse informiert und besprach diese an einer ersten Sitzung. Eine zweite Sitzung folgte am 25. November; ein weiteres Treffen mit der FEDE ist zu Beginn des Jahres 2015 geplant.

### 1.1.2.3 Sonderpädagogikkonzept

Nach der im Jahr 2012 durchgeführten Vernehmlassung erteilte der Staatsrat am 7. Oktober 2013 der EKSD den Auftrag, den Entwurf in einigen Bereichen zu überarbeiten. Das Amt für Sonderpädagogik, die Ämter für Unterricht und das Generalsekretariat der EKSD machten sich an die Überarbeitung und unterbreiteten dem Direktor der EKSD schliesslich eine neue Fassung, den dieser am 26. November 2014 der Steuergruppe zur Diskussion vorlegte. Die definitive Fassung soll dem Staatsrat in den ersten Monaten des Jahres 2015 unterbreitet werden.

### 1.1.2.4 Die Ergebnisse der PISA-Studie 2012 bestätigen die Resultate aus den Jahren 2000, 2003, 2006 und 2009

PISA ist eine internationale Schulleistungsstudie, die im Auftrag der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) durchgeführt wird und Vergleichsdaten zur Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme der an der Erhebung teilnehmenden Länder liefert. Die internationalen Ergebnisse erlauben es, die Schweiz mit den anderen Ländern zu vergleichen. Die Leistungen der jungen Schweizerinnen und Schweizer in den drei getesteten Bereichen Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften sind mehr als zufriedenstellend. Denn die Schweizer Ergebnisse liegen durchwegs über dem Durchschnitt der OECD-Länder. Die Westschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz CIIP (Conférence des directeurs cantonaux de l'instruction publique de Suisse romande et du Tessin) liess eine Zusatzuntersuchung zu dieser Studie durchführen, dank der die Ergebnisse der Westschweizer Kantone untereinander verglichen werden können.

Allgemein bestätigen die Freiburger Resultate der PISA-Studie 2012 die Erkenntnisse aus den früheren Erhebungen: Mit ihren hervorragenden Ergebnissen in den drei Bereichen platzieren sich die Freiburger Schülerinnen und Schüler unter den besten der Westschweiz und sogar der gesamten Schweiz. Ferner stellt man fest, dass die Ergebnisse eine relativ geringe Streuung aufweisen. Denn in den drei untersuchten Bereichen weisen die Freiburger Schülerinnen und Schüler vergleichsweise geringe Leistungsunterschiede auf. Zudem kann das Freiburger Schulwesen mit einem Anteil von 34 % resilienten Schülerinnen und Schülern – solchen aus sozioökonomisch benachteiligten Milieus, die höhere Ergebnisse erzielen als aufgrund ihres sozioökonomischen Hintergrunds erwartet werden könnte – als leistungsfähig und eher egalitär erachtet werden.

Die Fachleute des Instituts für pädagogische Forschung und Dokumentation (IRDP), die den Bericht «PISA 2012: Kompetenzen der Westschweizer Jugendlichen» verfasst haben, weisen darauf hin, dass die Freiburger Schülerinnen und Schüler das Schulklima häufig besser einschätzen als die übrigen Westschweizer Jugendlichen. Dies lasse auf einen Zusammenhang zwischen den kantonalen Leistungen und dem Schulklima schliessen. Auch bei der Bewertung der Unterstützung durch die Lehrperson äussern sich die leistungsschwächsten Schülerinnen und Schüler häufig sehr positiv über die Hilfe, die sie erhalten. Und die Freiburger Schülerinnen und Schüler aus den weniger anspruchsvollen Abteilungen bewerten die Unterstützung durch die Lehrperson ebenfalls als gut bis sehr gut. Diese Resultate bilden einen Ansporn, die bisher unternommenen Bemühungen weiterzuführen und den bisher eingeschlagenen Weg in der kantonalen Bildungspolitik weiterzuverfolgen. Die EKSD dankt dem Lehrkörper sowie allen Beteiligten, die sich täglich in den Schulen und für das Bildungswesen einsetzen und mit ihrer Arbeit die wichtigsten Stützen des Freiburger Erfolgs sind.

### 1.1.2.5 Sprachenunterricht an der obligatorischen Schule

In mehreren Zentral- und Ostschweizer Kantonen, in denen als erste Fremdsprache Englisch und als zweite Französisch unterrichtet wird, gab es im Laufe des Jahres Bestrebungen, den Französischunterricht auf die Sekundarstufe 1 (Orientierungsschule) zu verschieben. Dies obschon sich alle Kantone im Jahr 2004 darauf geeinigt hatten, ab der 5. Primarklasse (7. HarmoS-Schuljahr) mit dem Unterricht der zweiten Fremdsprache zu beginnen. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und die Regionalkonferenzen suchten nach Lösungen und sprachen sich klar für die Beibehaltung der 2004 beschlossenen Grundsätze aus. In diesem manchmal spannungsgeladenen Umfeld appellierte die EKSD daran, den Sprachenunterricht in der Primarschule beizubehalten. Die EKSD hat täglich mit dem Reichtum der beiden Kulturen und Sprachen zu tun und arbeitet mit einem Konzept für den Sprachenunterricht, das der Grosse Rat am 7. Oktober 2010 angenommen hat; sie will sich weiterhin für dieses Ziel engagieren. Diese Stellungnahmen der EKSD wurden vom Grossen Rat gestützt; die Resolution Nr. 2014-GC-142 vom 12. September 2014 «Für einen nationalen Zusammenhalt» ist ganz im Sinne der Bestrebungen, die der Kanton in den schweizerischen und regionalen Konferenzen sowie in seinen regelmässigen Kontakten mit den Bund unternimmt.

### 1.1.2.6 Weitere besondere Ereignisse in Kürze

In der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 hat das Freiburger Stimmvolk den Verpflichtungskredit für den Bau eines neuen Gebäudes für die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit und die Hochschule für Gesundheit Freiburg gutgeheissen. Im Bereich der Bauten sind zudem zwei Eröffnungen zu vermelden: Das neugestaltete Kollegium Gambach wurde am 26. September und die Räume des Institut Adolphe Merkle (AMI) in der ehemaligen Klinik Garcia wurden am 28. November feierlich eröffnet.

Weitere erwähnenswerte Ereignisse werden in den Abschnitten der betreffenden Ämter behandelt.

## 1.2 Interkantonale Zusammenarbeit (interkantonale Beziehungen auf Direktionsebene)

Die EKSD nimmt an den interkantonalen Konferenzen in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport teil. Kooperationsbereiche, die nur eine Unterrichtsstufe oder ein Amt betreffen (Interkantonales Gymnasium der Region Broye, interkantonale Universitätsvereinbarung, Schweizerische Universitätskonferenz, Universitätskonferenz der Westschweiz CUSO), werden in den Abschnitten der betreffenden Ämter behandelt. Ausführlicher erläutert werden die drei nachfolgenden Konferenzen, da diese eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit betreffen:

### 1.2.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Im Jahr 2014 behandelte die EDK an drei ordentlichen Plenarversammlungen unter anderem folgende Themen und Projekte: Fremdsprachenunterricht in der obligatorischen Schule, Programm zum nationalen Lehrerinnen- und Lehreraustausch zwischen den Sprachregionen der Schweiz, Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen, Tätigkeitsprogramm der EDK. Für nähere Einzelheiten sei auf den Jahresbericht und die Webseite der Konferenz verwiesen.

Der Direktor der EKSD ist Mitglied der Plenarversammlung. Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers des Direktors der EKSD für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Mitglied der Konferenz und präsidiert die Kommission der Departementssekretäre.

### 1.2.2 Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin (CIIP)

Im Jahr 2014 behandelte die CIIP an vier Versammlungen unter anderem folgende Themen und Projekte: Fremdsprachenunterricht in der obligatorischen Schule, Aufgaben und Leistungen des Instituts für Forschung und Dokumentation IRDP (Institut de recherche et de documentation pédagogique) und des Westschweizer Bibliotheksverbundes RERO, Westschweizer Lehrmittel. Für nähere Einzelheiten sei auf den Jahresbericht und die Webseite der Konferenz verwiesen.

Der Direktor der EKSD ist Mitglied der Plenarversammlung der CIIP. Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Geschäfte des Direktors der EKSD für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Mitglied der Konferenz der Generalsekretäre und präsidiert zudem die Verwaltungskommission der CIIP.

---

### 1.2.3 Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK) und Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK)

Im Laufe des Jahres 2011 delegierte die NW EDK, ebenso wie die übrigen deutschsprachigen Regionalkonferenzen der EDK, einen grossen Teil ihrer Aufgaben an die neue D-EDK, insbesondere die Arbeiten in Zusammenhang mit der Vereinheitlichung der Lehrpläne (konkret geht es um den Lehrplan 21), die Koordination der Lehrmittel und die Entwicklung von Vergleichsprüfungen und Beurteilungsinstrumenten. Diese Neuregelung hat sich bewährt. Die NW EDK befasste sich mit regionalspezifischen Themen, insbesondere mit dem Regionalen Schulabkommen (RSA). Für nähere Einzelheiten sei auf den Jahresbericht und die Webseite der Konferenz verwiesen.

Der Direktor der EKSD ist Mitglied der Plenarversammlung der NW EDK und der D-EDK. Der Generalsekretär der EKSD ist Mitglied der Departementssekretärenkonferenz der D-EDK, wohingegen der Vorsteher des DOA Einsitz in die Plenarversammlung der NW EDK nimmt.

### 1.2.4 Zentrale Verwaltung der interkantonalen Schulgeldabkommen in Zusammenhang mit dem ausserkantonalen Schulbesuch

Im Rahmen des Regionalen Schulabkommens über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden und Ausrichtung von Beiträgen (RSA 2009), das für die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Jura, Luzern, Solothurn, Wallis und Zürich gilt, zahlte der Kanton Freiburg im Berichtsjahr Schulgelder in Höhe von insgesamt 2 148 644 (2 300 845) Franken für 138 (155) Schülerinnen und Schüler, die in anderen Kantonen zur Schule gehen.

Gleichzeitig erhielt der Kanton für die Aufnahme von 121 (113) ausserkantonalen Schülerinnen und Schülern (Kindergarten, Primarschule, Orientierungsschule und Sekundarstufe 2, allgemeinbildende Richtung) 1 795 870 (1 417 530) Franken. Diese Einkünfte wurden unter dem Staat und den Gemeinden, die Schülerinnen und Schüler aus anderen Kantonen aufnehmen, aufgeteilt, wie dies in der Botschaft an den Grossen Rat zum RSA 2009 vorgesehen ist.

Im Rahmen der übrigen Finanzierungs- und Freizügigkeitsvereinbarungen besuchten im akademischen Studienjahr 2013/14 464 (443) Studierende aus Freiburg eine höhere Fachschule – die entsprechenden Kosten beliefen sich auf 4 863 840 (4 580 836) Franken – und 728 (683) weitere eine Fachhochschule (ausserhalb der Fachhochschule Westschweiz) – Kosten: 11 916 025 (10 388 669) Franken.

1355 (1382) Schülerinnen und Schüler absolvieren ihre Berufsbildung in einem anderen Kanton, 103 (227) davon in Lehrwerkstätten. Die damit verbundenen Kosten betragen insgesamt rund 12 393 270 (12 268 500) Franken.

## 1.3 Streitsachen im Schulwesen

Bei der EKSD sind im Jahr 2014 61 (92) Beschwerden eingegangen (Beschwerden gegen Entscheide von Schulinspektorinnen und Schulinspektoren, Schuldirektorinnen und Schuldirektoren oder Maturitätsprüfungskommissionen, für welche die Direktion als übergeordnete Beschwerdebehörde fungiert): 51 (73) betrafen den französischsprachigen und 10 (19) den deutschsprachigen Unterricht. Davon wurden 2 (4) als unzulässig und 11 (10) als gegenstandslos erklärt (Rückzug der Beschwerde oder neuer Entscheid), 43 (64) wurden abgewiesen und 5 (6) sind noch hängig.

Im Personalwesen wurden 2 (1) Beschwerden gegen einen Entscheid der Direktion eingereicht. Diese Beschwerden sind noch hängig.

Die weiteren Streitsachen betreffen Entscheide in den Bereichen Kultur und Sport.

## 1.4 Schülertransporte

Alle Voranschläge für Schülertransporte im Schuljahr 2014/15 wurden überprüft und genehmigt. Dabei musste jede Erhöhung gegenüber dem Vorjahr begründet werden.

Die von den Transportunternehmen und den Gemeinden vorgelegten Rechnungen des Jahres 2013/14 wurden geprüft und ausstehende Restbeträge beglichen. Insgesamt belaufen sich die Kosten im Jahr 2014 beim Kindergarten auf rund 733 581 (708 853) Franken, bei der Primarschule auf 6 943 765 (6 698 902) Franken und bei der Orientierungsschule auf 1 529 866 (1 449 374) Franken.



---

## 1.5 Gesetzgebung

### 1.5.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 18. Februar 2014 über einen Verpflichtungskredit für den Bau eines temporären Modulgebäudes für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg.

Dekret vom 15. Mai 2014 über eine Finanzhilfe an die Aktiengesellschaft Swiss Integrative Center for Human Health.

Gesetz vom 15. Mai 2014 über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (HES-SO//FRG).

Dekret vom 25. Juni 2014 über die Gewährung eines Studienkredits für den Aus- und Umbau der Kantons- und Universitätsbibliothek Freiburg.

Gesetz vom 27. Juni 2014 zur Änderung des Gesetzes über die Universität.

Gesetz vom 9. September 2014 über die obligatorische Schule (Schulgesetz, SchG).

Gesetz vom 10. September 2014 über den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat).

Dekret vom 10. September 2014 über den Erwerb einer Parzelle für das Interkantonale Gymnasium der Region Broye in Payerne, gemeinsam und zu gleichen Teilen mit dem Kanton Waadt.

### 1.5.2 Verordnungen und Reglemente

Verordnung vom 21. Januar 2014 über Zulassungsbeschränkungen 2014/15 für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung in der französischsprachigen Abteilung der Sekundarstufe II.

Verordnung vom 11. März 2014 zur Änderung der Verordnung über die Einschreibe- und Studiengebühren für die Bachelorausbildung und die Zusatzmodule an der Hochschule für Gesundheit Freiburg.

Verordnung vom 24. März 2014 über die Aufnahmekapazität und den Eignungstest für die Studiengänge der Human- und Zahnmedizin an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2014/15.

Verordnung vom 30. Juni 2014 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (Unterricht der Sekundarstufe I und beruflicher Unterricht).

Verordnung vom 30. September 2014 zur Änderung der Reglemente von mehreren kulturellen Institutionen des Staates.

Verordnung vom 4. November 2014 über die Beschränkung der Studienplätze 2015/16 für den Studiengang des Bachelor of Science in Sport- und Bewegungswissenschaften an der Universität Freiburg.

Verordnung vom 10. Dezember 2014 über die Zulassung ausländischer Kandidatinnen und Kandidaten zum Medizinstudium an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2015/16.

## 2 Amt für Ressourcen (RA)

Amtsvorsteherin: Christine Vionnet Caverzasio

### 2.1 Tätigkeit

#### 2.1.1 Personal

##### 2.1.1.1 Lehrpersonen nach Stufe

	Anzahl Personen		Vollzeitstellen VZÄ	
Kindergarten	603	(594)	389	(384)
Primarschule	2116	(2062)	1408	(1374)
Orientierungsschule (OS)	1307	(1281)	921	(913)
Sekundarstufe 2	580	(590)	420	(420)
Pädagogische Hochschule	86	(89)	52	(56)
Hochschule für Gesundheit	62	(54)	46	(46)
Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit	51	(50)	32	(29)
<b>Total</b>	<b>4805</b>	<b>(4720)</b>	<b>3268</b>	<b>(3222)</b>

##### 2.1.1.2 Lehrpersonen nach Sprache und Geschlecht

	französischsprachig		deutschsprachig		% Frauen
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Kindergarten	6	427	2	168	98,7 %
Primarschule	217	1325	71	503	86,4 %
Orientierungsschule (OS)	385	569	148	205	59,2 %
Sekundarstufe 2	221	177	87	95	46,9 %

##### 2.1.1.3 Beschäftigungssituation

Ende Schuljahr 2013/14 erfolgten auf Kindergartenstufe 28 (16) Rücktritte, davon 8 (6) Rücktritte aus Altersgründen, auf Primarschulstufe 93 (93), davon 33 (33) aus Altersgründen, auf Sekundarstufe 1 (OS) 49 (52), davon 25 (19) aus Altersgründen, und auf der Sekundarstufe 2 traten 13 (11) Lehrpersonen zurück, davon 7 (7) aus Altersgründen.

Für den Kindergarten und die Primarschule wurden über 256 (290) Unterrichtsstellen ausgeschrieben, davon 102 (148) mit Vollpensum. Alle Stellen konnten besetzt werden, doch gingen im Berichtsjahr erneut weniger Bewerbungen von diplomierten Lehrpersonen ein und gelegentlich musste eine Stelle mehrmals ausgeschrieben werden. Rund 10 Personen in Ausbildung wurden in Teilzeit angestellt. Zudem bleibt es schwierig, ausgebildetes Lehrpersonal für Stellvertretungen oder für den Stützunterricht zu finden.

Für die Orientierungsschule wurden 56 (48) Stellen ausgeschrieben, davon 13 (9) mit Vollpensum. Auch hier bleibt es schwierig, diplomierte Lehrkräfte zu finden, vor allem im französischsprachigen Kantonsteil für den Fremdsprachenunterricht. Die Orientierungsschulen konnten mehrere Lehrpersonen mit Diplom für die höhere Sekundarstufe anstellen. Zudem wurden mit Studierenden, die ihre pädagogische Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben, befristete Anstellungsverträge abgeschlossen.

Auf Sekundarstufe 2 wurden 8 (14) Stellen ausgeschrieben, davon 2 (4) mit Vollpensum. Die Neuestellten besitzen entweder das erforderliche Diplom oder werden ihre Lehrbefähigung bald erlangen.

Zum Schuljahresbeginn 2014/15 wurden über 1300 (1200) Arbeitsverträge erstellt, sei es für Neuanstellungen oder für Änderungen des Arbeitsverhältnisses: 285 (227) unbefristete sowie 367 (269) befristete neue Arbeitsverträge, 257 (235) Anstellungsverlängerungen, 84 (70) Stellenwechsel und 309 (218) Verträge infolge einer Änderung des Beschäftigungsgrads.

---

### 2.1.2 Aufteilung der Kosten der obligatorischen Schule

Das vom ITA entwickelte neue Programm (DCOM-Anwendung) für die Automatisierung dieser Kostenaufteilung funktioniert gut. Die Gemeinden können via Internet auf die Daten zugreifen.

## 3 Ämter für obligatorischen Unterricht

---

Vorsteher des Amtes für französischsprachigen obligatorischen Unterricht (FOA): Hugo Stern

Vorsteher des Amtes für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA): Andreas Maag

Vorsteherin/Vorsteher des Amtes für Sonderpädagogik (SoA): Fouzia Rossier bis zum 31.08.2014 und Herbert Wicht ab dem 01.09.2014

### 3.1 Allgemeines

#### 3.1.1 Gemeinsame Themen der beiden Kantonsteile

Die beiden Ämter für obligatorischen Unterricht haben sich mit verschiedenen übergreifenden Themen gemeinsam befasst:

- > Entwurf des Gesetzes über die obligatorische Schule: Die Ämter nahmen an den Sitzungen der parlamentarischen Kommission teil, die mit der Prüfung des Gesetzesentwurfs befasst war (siehe 1. Kapitel Direktion und Generalsekretariat).
- > Sprachenunterricht: Die Umsetzung des allgemeinen Sprachenkonzepts, das der Grosse Rat im Herbst 2010 genehmigt hat, wird weitergeführt. Die Orientierungsschulen von La Tour-de-Trême, Bulle, La Veveysse, Saane West Murten, Péroilles, Marly und Jolimont führen die ersten Erprobungen mit zweisprachigen Unterrichtssequenzen fort und konsolidieren diese.  
Dank dem Förderprogramm Sport-Kunst-Ausbildung SKA können Nachwuchstalente im Sport oder in künstlerischen Bereichen von Anpassungen oder Entlastungen im Stundenplan sowie von besonderen Unterstützungsmassnahmen profitieren. Dazu wurde ein Gesuchsverfahren mit entsprechenden Kriterien aufgestellt und im Sportgesetz sowie im dazugehörigen Sportreglement (SportR) verankert. Für das Schuljahr 2014/15 hat das Amt 521 (517) Gesuche erhalten und 411 (427) angenommen, davon 229 (227) für den Status SKA, 145 (161) als Nachwuchshoffnungen und 37 (39) für ausserkantonale Angebote. Von diesen Gesuchen entfielen 35 (36) auf Künstlerinnen und Künstler in den Bereichen Tanz und Musik. Auf der Sekundarstufe 1 (OS) kamen 177 (211) Schülerinnen und Schüler in den Genuss von Fördermassnahmen und auf der Sekundarstufe 2 waren es 145 (156).
- > Die drei Aktionsbereiche des Massnahmenpakets, die schulinternen Massnahmen, die Mobile Einheit und die Relaisklassen, wurden auch in diesem Berichtsjahr stark in Anspruch genommen. Die Mobile Einheit behandelte 139 (191) neue Fälle, 60 davon betrafen die Orientierungsschule und 79 die Primarschule. Mehr als die Hälfte der Arbeit der mobilen Einheit besteht aus Beratung und Unterstützung; 40 % der Zeit nehmen sozialpädagogische Einzelgespräche und Beratungsgespräche in Anspruch. Der kleine verbleibende Teil der Arbeitszeit wird in Projekte und in die Weiterbildung investiert. In den beiden Relaisklassen in Freiburg und jener in Bulle wurden 29 (31) Schülerinnen und Schüler betreut. 15 von ihnen konnten anschliessend wieder in die Schule integriert werden; für 11 Schülerinnen und Schüler wurde eine andere Lösung gefunden, 3 bleiben weiterhin in der Relaisklasse.
- > Schulung fremdsprachiger Kinder – Forum KBIKMM – «Empfang und Information der Migrantenschülerinnen und -schüler und ihrer Eltern»: Am Forumstreffen nahmen im Mai über 300 Personen teil – Verantwortliche der Freiburger Schule, Dozierende, Kommissionsmitglieder und andere Fachleute im Bereich der Migration. Cristina Allemann-Ghionda, Professorin für Vergleichende Erziehungswissenschaft an der Universität zu Köln (D) mit Schwerpunkt in interkultureller Bildung und Lehrerinnen- und Lehrerbildung, hielt einen Vortrag zu diesem

- 
- Thema. Ein World Café bot Gelegenheit, sich auszutauschen und Vorschläge zu erarbeiten, wie sich der Empfang von Migrantenschülerinnen und Migrantenschülern im Freiburger Schulsystem verbessern liesse.
- > Dokumentarfilme zur Schule und zum Erziehungs- und Bildungswesen im Kanton Freiburg: Familien, die sich neu im Kanton niederlassen, haben oft Mühe, Informationen über die Schule, das Erziehungs- und Bildungswesen zu erhalten. Als eines der Hindernisse erweist sich dabei die Sprache. Daher ist es wichtig, über ein aktuelles, zeitgemässes Kommunikationsmittel zu verfügen, um die Familien möglichst gut informieren zu können. Zudem ist dieses auch ein praktisches Hilfsmittel für die Fachleute im Schul- und Bildungswesen, die Gemeinden sowie die Vereine. So wurde in Partnerschaft mit der Pädagogischen Hochschule (HEP-PH FR) ein Projekt zur Produktion von Dokumentarfilmen lanciert. Der erste Film mit dem Titel «Allgemeine Informationen» steht nun auf der Webseite des Amtes für obligatorischen Unterricht bereit. Die Informationen sind in mehreren Sprachen verfügbar; der erste Dokumentarfilm wurde in der Originalfassung in Französisch erstellt und in Deutsch, Albanisch, Englisch, Spanisch, Portugiesisch und Tigrinya übersetzt.

Die beiden Ämter für obligatorischen Unterricht werden jeweils unterstützt durch eine Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren sowie eine Konferenz der OS-Direktorinnen und OS-Direktoren. Diese insgesamt vier Konferenzen übernehmen in jeder Sprachregion sowie innerhalb jedes Kantonsteils wichtige Koordinationsarbeiten und bringen ihr Fachwissen in zahlreichen Bereichen ein.

### 3.1.2 Französischsprachiger Kantonsteil

Im Jahr 2014 wurden – zusätzlich zu den obgenannten – vorrangig folgende Themen und Dossiers behandelt:

- > Kaderbildung (Schulinspektorat, OS-Direktion, Schulleitung von Primarschulen): Das Konsortium «FORDIF» der vier Westschweizer Hochschulen organisiert im Auftrag der CIIP die verschiedenen Teile dieser Kaderbildung. Für das Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht haben im Jahr 2014 10 Personen den Zertifikats- (CAS) oder den Diplomlehrgang (DAS) zum Verwalten und Leiten von Bildungsinstitutionen absolviert; sie werden am 30. Januar 2015 am Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung (IDHEAP) ihr Diplom erhalten.
- > Westschweizer Lehrplan (PER): Die letzte Etappe der schrittweisen Einführung des Westschweizer Lehrplans ist seit dem Beginn des Schuljahres 2014/15 abgeschlossen. Der neu auch im 8. HarmoS-Schuljahr eingeführte Lehrplan dient somit als Referenz für den Unterricht während der gesamten obligatorischen Schule. Ergänzend dazu werden neue Lehrmittel der CIIP eingeführt.
- > Schulmediation: Für 2013-2015 wurde ein neuer Ausbildungsgang organisiert, um die Nachfrage seitens der Schulen zu decken. An diesem nehmen Lehrpersonen aus den verschiedenen Schulstufen teil: OS (7), Gymnasien (4) und Berufsbildung (6).
- > Zusammenkünfte mit den Berufsverbänden: Die Verantwortlichen des Amtes trafen sich mehrmals mit den Vorständen der «Société Pédagogique Fribourgeoise Francophone» (SPFF) und der «Association des Maîtres du Cycle d'Orientation Francophone» (AMCOFF). An diesen Treffen konnten die Lehrpersonen ihre Anliegen vorbringen.
- > Klassenführung: Nachdem das Schulinspektorat einen entsprechenden Bedarf festgestellt hatte, fand am 25. August 2014 für sämtliche Lehrpersonen des 1. und 2. Zyklus (1<sup>H</sup> bis 8<sup>H</sup>) ein Vortrag von Nancy Gaudreau zur Klassenführung statt. Die Lehrerinnen und Lehrer begannen somit das Schuljahr mit neuen Denkanstössen und Handlungsempfehlungen, basierend auf einem theoretischen Konzept mit konkreten Beispielen. Die Klassenführung wird auch bei den Lehrpersonen des 3. Zyklus (9<sup>H</sup> bis 11<sup>H</sup>) thematisiert werden.

### 3.1.3 Deutschfreiburg

Das Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA) befasste sich schwerpunktmässig mit folgenden Themen:

- > Weiterführung der Umsetzung des Qualitätskonzepts «Gemeinsam eine qualitätsvolle Schule gestalten». Als Konsequenz der ersten externen Evaluation der Orientierungsschulen wird das Thema der Differenzierung im Unterricht zum zentralen Entwicklungsschwerpunkt erklärt. Dazu erhielten alle Lehrpersonen zu Beginn des Schuljahres 2014-2015 die Broschüre «Differenziertes Arbeiten mit Texten im Unterricht». Die Broschüre soll

---

Anregungen vermitteln, wie der Heterogenität in den Klassen und dem Spannungsverhältnis zwischen dem gemeinsam Notwendigen und dem individuell Möglichen Rechnung getragen werden kann ([http://www.fr.ch/doa/de/pub/aktuelle\\_schulentwicklungsproj/allgemeines\\_qualitaetskonzept.htm](http://www.fr.ch/doa/de/pub/aktuelle_schulentwicklungsproj/allgemeines_qualitaetskonzept.htm)).

- > Lehrplan 21: Die Konferenz der Erziehungsdirektorinnen und -direktoren der 21 Deutschschweizer Kantone (D-EDK) übergab am 31. Oktober 2014 den Lehrplan 21 den Kantonen zur Einführung. Die Verantwortung für die Einführung des Lehrplans 21 obliegt den Kantonen. Für die deutschsprachigen Schulen des Kantons Freiburg wurde die Steuergruppe Unterricht 1-11 vom DOA als Teil der EKSD mit der Planung des Einführungsprojekts beauftragt. Sie erfüllt ihre Aufgabe in Zusammenarbeit mit den Fachgremien des DOA und der Weiterbildungsstelle der PH FR. Der Lehrplan 21 wird im Kanton Freiburg zu Beginn des Schuljahres 2018/19 in Kraft treten. Die Einführung erfolgt in allen Zyklen und in allen Schuljahren gleichzeitig und wird sich über mehrere Jahre erstrecken. Sollten zu diesem Zeitpunkt in einzelnen Fächern die geeigneten Lehrmittel noch nicht zur Verfügung stehen, gilt für sie der LP 21 später. Der Lehrplan 21 beschreibt, was Schülerinnen und Schüler am Ende von Unterrichtszyklen in fachlicher, personaler, sozialer und methodischer Hinsicht können. Der systematische Aufbau von Kompetenzen über die drei Zyklen der obligatorischen Schulzeit sowie die Beschreibung fächerübergreifender Themen und überfachlicher Kompetenzen sind die wesentlichen Merkmale des neuen Lehrplans 21. Dabei werden die Grundansprüche, wo möglich auf dem Hintergrund der nationalen Bildungsziele, ausgewiesen und zyklusübergreifend dargestellt ([http://www.fr.ch/doa/de/pub/aktuelle\\_schulentwicklungsproj/lehrplan\\_21.htm](http://www.fr.ch/doa/de/pub/aktuelle_schulentwicklungsproj/lehrplan_21.htm)).
- > Projekt «Passepartout»: Seit 2006 setzen die sechs Grenzkantone Bern, Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Solothurn sowie die deutschsprachigen Teile des Wallis und von Freiburg im Rahmen eines gemeinsamen Projektes die Sprachenstrategie der EDK von 2004 um: Französisch (1. Fremdsprache) ab der 3. Klasse (5<sup>H</sup>), Englisch (2. Fremdsprache) ab der 5. Klasse (7<sup>H</sup>). Die Zusammenarbeit erstreckt sich auch auf die Entwicklung neuer Lehrmittel, die Weiterbildung der Lehrkräfte, die Lehrpläne und die Studententafel. Das neue Lehrmittel «Mille Feuilles» im Französisch ist auf der Primarschulstufe eingeführt (3.-6. Klasse oder 5<sup>H</sup>-8<sup>H</sup>). Auf der Orientierungsstufe wird mit dem Lehrmittel «Clin d'oeil» in der 7. Klasse (9<sup>H</sup>) und 8. Klasse (10<sup>H</sup>) unterrichtet. Das Englischlehrmittel für die 5. und 6. Klasse PS (7 und 8<sup>H</sup>) heisst «New World 1» und «New World 2». In der 9<sup>H</sup> und 10<sup>H</sup> (1. und 2. OS) wird mit «New World 3» und «New World 4» unterrichtet. Eine erste Evaluation zum Erreichen der Grundkompetenzen nach Einführung der neuen Lehrmittel erfolgt im Jahr 2017 im Fach Französisch in den 6. Klassen (8<sup>H</sup>). Der Abschluss des Gesamtprojekts ist auf Sommer 2018 festgelegt ([http://www.fr.ch/doa/de/pub/aktuelle\\_schulentwicklungsproj/passepartout.htm](http://www.fr.ch/doa/de/pub/aktuelle_schulentwicklungsproj/passepartout.htm)).

### 3.1.4 Sonderpädagogik

Das Amt für Sonderpädagogik (SoA) befasste sich vorrangig mit folgenden Schwerpunktthemen:

- > Sonderpädagogikkonzept: Im Anschluss an die Vernehmlassung wurde der Entwurf fertiggestellt und die überarbeitete Fassung anschliessend den Mitgliedern der Steuergruppe präsentiert.
- > Standardisiertes Abklärungsverfahren: Konsolidierung der Arbeiten der unabhängigen Abklärungsstelle bei der Anwendung des Verfahrens im Rahmen der Analyse sämtlicher Anträge für verstärkte sonderpädagogische Massnahmen.
- > Finanzanalyse der Institutionen (Investitionen, Betreuungsquote, Weiterbildung, Transporte) im Hinblick auf die Erarbeitung von Leistungsverträgen; Weiterführung dieser Arbeiten mit einem zusätzlichen Mandat zur Analyse des institutionellen Angebots, um mögliche Einsparungen in Zusammenhang mit den Struktur- und Sparmassnahmen zu finden;
- > Erarbeiten eines Entwurfs für eine Regelung des «Nachteilsausgleichs» an der obligatorischen Schule und auf der Sekundarstufe 2 zur Umsetzung des Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz);
- > Zusammenarbeit mit den Partnern der Schule.

### 3.1.5 Schülerzahlen

#### 3.1.5.1 Kindergarten

	Französischsprachiger Kantonsteil		Deutschfreiburg		Total	
	2013/14	2014/15	2013/14	2014/15	2013/14	2014/15
Kinder im 1. Kindergartenjahr - 1 <sup>H</sup>	2561	2673	805	791	3366	3464
Kinder im 2. Kindergartenjahr - 2 <sup>H</sup>	2718	2661	796	864	3514	3525
Kinder insgesamt (1 <sup>H</sup> -2 <sup>H</sup> )	5279	5334	1601	1655	6880	6989
Anzahl Klassen	281,5	287	87,75	88,40	369,25	375,40
<b>Durchschnitt pro Klasse</b>	<b>18,75</b>	<b>18,58</b>	<b>18,25</b>	<b>18,72</b>	<b>18,63</b>	<b>18,61</b>

Im französischsprachigen Kantonsteil erhöhte sich die Zahl der Klassen um 5,5 (2013/14: +42,5) und die Schülerzahl um 55 (+864). In Deutschfreiburg stieg die Zahl der Klassen um 0,65 (+8,55) und diejenige der Kinder um 54 (+147). Insgesamt ergibt dies einen Zuwachs – bei den Klassen um 6,15 (+51,05) und bei den Schülerinnen und Schülern um 109 (+1011).

#### 3.1.5.2 Primarschule

	Französischsprachiger Kantonsteil		Deutschfreiburg		Total	
	2013/14	2014/15	2013/14	2014/15	2013/14	2014/15
Schüler/-innen im 3. Jahr - 3 <sup>H</sup>	2696	2778	744	752	3440	3570
Schüler/-innen im 4. Jahr - 4 <sup>H</sup>	2652	2742	718	747	3370	3489
Schüler/-innen im 5. Jahr - 5 <sup>H</sup>	2615	2616	791	722	3406	3338
Schüler/-innen im 6. Jahr - 6 <sup>H</sup>	2663	2686	800	783	3463	3469
Schüler/-innen im 7. Jahr - 7 <sup>H</sup>	2497	2649	770	807	3267	3456
Schüler/-innen im 8. Jahr - 8 <sup>H</sup>	2542	2517	761	760	3303	3277
Schüler/-innen insgesamt (3 <sup>H</sup> -8 <sup>H</sup> )	15 665	15 988	4584	4571	20 249	20 559
Anzahl Klassen	806,75	819,75	244,1	244,45	1050,85	1064,20
<b>Durchschnitt pro Klasse</b>	<b>19,42</b>	<b>19,50</b>	<b>18,78</b>	<b>18,69</b>	<b>19,27</b>	<b>19,31</b>

Im französischsprachigen Kantonsteil erhöhte sich die Zahl der Klassen um 13 (2013/14: +12,75) und die Schülerzahl um 323 (+328). In Deutschfreiburg stieg die Zahl der Klassen um 0,35 (-2,2), diejenige der Schülerinnen und Schülern sank hingegen um 13 (+58). Insgesamt ergibt das einen Zuwachs – bei den Klassen um 13,35 (+10,55) und bei den Schüler/-innen um 310 (+270). Ergänzend dazu ist noch der Schülerbestand der Kleinklassen zu erwähnen: 178 (224) Schüler/-innen besuchen 24 (26) Kleinklassen, davon befinden sich 131 (173) Schüler/-innen in 18 (20) französischsprachigen Klassen und 46 (51) in 6 (6) deutschsprachigen Klassen.

#### 3.1.5.3 Orientierungsschule

	Französischsprachiger Kantonsteil		Deutschfreiburg		Total	
	2013/14	2014/15	2013/14	2014/15	2013/14	2014/15
Schüler/-innen im 9. Jahr - 9 <sup>H</sup>	2722	2760	875	804	3597	3564
Schüler/-innen im 10. Jahr - 10 <sup>H</sup>	2823	2850	831	857	3654	3707
Schüler/-innen im 11. Jahr - 11 <sup>H</sup>	2822	2817	870	908	3752	3725
Schüler/-innen insgesamt (9 <sup>H</sup> -11 <sup>H</sup> )	8427	8427	2576	2569	11 003	10 996
Anzahl Klassen	405,5	411,5	146	143	551,5	554,5
<b>Durchschnitt pro Klasse</b>	<b>20,78</b>	<b>20,47</b>	<b>17,64</b>	<b>17,96</b>	<b>19,95</b>	<b>19,75</b>

Im französischsprachigen Kantonsteil erhöhte sich die Zahl der Klassen um 6 (2013/14: +8), wohingegen die Schülerzahl stabil blieb. Dies erklärt sich dadurch, dass an der OS die Gesamtzahl der Klassen nicht von der



gesamten Schülerzahl abhängt, sondern vielmehr von der Anzahl Schülerinnen und Schüler je Klassentyp und Stufe in jeder OS. In Deutschfreiburg sank die Zahl der Klassen um 3 (-3) und diejenige der Schüler/-innen um 7 (-25). Insgesamt ergibt dies einen Zuwachs – bei den Klassen um 3 (+5) und bei den Schüler/-innen um 7 (+88).

## 3.2 Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil

### 3.2.1 Allgemeines

Die zuständigen Schulinspektorinnen und Schulinspektoren erlaubten den Eltern von 131 Kindern (56 Mädchen und 75 Knaben) einen Aufschub des Eintritts in den Kindergarten (1<sup>H</sup>).

Mit dem Lehrmittel EOLE wird das Interesse der Kinder an Sprachen angeregt. Denn damit entdecken die jungen Schülerinnen und Schüler die Sprachen, die in der Klasse und in anderen Ländern gesprochen werden. Sie hören einfache Wörter in verschiedenen Sprachen und sprechen sie nach (Guten Tag, Danke, Auf Wiedersehen) und üben Reime und Lieder.

### 3.2.2 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Zu Schuljahresbeginn 2014/15 zählen die 8 Schulkreise des französischsprachigen Kantonsteils von Freiburg 287 Kindergartenklassen (2013/14: 281,5). Die Kinder verteilen sich wie folgt: 2673 (2561) im 1. Kindergartenjahr (1<sup>H</sup>) und 2661 (2718) im 2. (2<sup>H</sup>), bei insgesamt 5334 (5279) Kindern. Es mussten 13 Klassen eröffnet und 7,5 geschlossen werden. Insgesamt ist eine Zunahme um 5,5 (+42,5) Klassen zu verzeichnen.

### 3.2.3 Schülerzahlen im Kindergarten

	2013/14		2014/15	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Saane–Land	80,5	1518	81,00	1516
Stadt Freiburg	30	573	30	566
Broye	37,25	723	41,25	742
Glane	31	565	31	605
Greyerz	60,75	1136	64,75	1199
See	16	292	15	277
Vivisbach	26	472	24	429
<b>Total</b>	<b>281,5</b>	<b>5279</b>	<b>287</b>	<b>5334</b>

## 3.3 Kindergarten Deutschfreiburg

### 3.3.1 Allgemeines

Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, dass sich der Zweijahreskindergarten bereits gut etabliert hat. Das frühere Eintrittsalter vom 31. Juli (HarmoS) veranlasst hingegen immer noch eine stattliche Anzahl Eltern, den Eintritt in den Kindergarten um ein Jahr aufzuschieben. In einzelnen Schulkreisen wird der Wunsch geäußert, die Lektionenzahl im 1. Kindergarten zu erhöhen, damit die Klasse vermehrt altersgemischt geführt werden könnte. Im Hinblick auf das neue Ausführungsreglement und die Einführung des Lehrplans 21 könnte darauf reagiert werden.

In 26 (29) Schulkreisen wurde zur besseren Eingliederung fremdsprachiger Kinder ein Zusatzunterricht «Deutsch für Fremdsprachige» angeboten. Im Schuljahr 2014/15 können 393 (389) Kinder des 1. und 2. Kindergartenjahres von diesem Angebot profitieren.

Die Eltern von 70 (63) Kindern wünschten, den Eintritt in den Zweijahreskindergarten um ein Jahr aufzuschieben. Dies betrifft 8,13 % (7,25 %) der Kinder, die im Jahr 2014 ins Schulalter kamen.

Für die Lehrpersonen der Kindergärten und der Unterstufe (1. Zyklus HarmoS) ist der Weiterbildungsschwerpunkt im Bereich «Kinder als Naturforscher» offiziell abgeschlossen.



Alle Lehrpersonen haben mindestens vier, manche bis zu zwölf Kurse besucht. Die Rückmeldungen zeigen, dass sich die Form von Wahl-/Pflichtangeboten in der Weiterbildung bewährt hat, da die Lehrpersonen damit Kurse bedürfnisorientiert auswählen konnten.

### 3.3.2 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Zu Schuljahresbeginn 2014/15 haben sämtliche Schulkreise den Zweijahreskindergarten eingeführt. Die vier Schulkreise von Deutschfreiburg zählen 88,4 (87,75) Kindergartenklassen. Die Kinder verteilen sich wie folgt: 791 (805) im 1. Kindergartenjahr und 864 (796) im 2., bei insgesamt 1655 (1601) Kindern. Es mussten 2,65 Klassen eröffnet und 1,15 geschlossen werden: Insgesamt ist eine Zunahme um 1,5 (+2,65) Klassen zu verzeichnen.

### 3.3.3 Schülerzahlen im Kindergarten

	2013/14		2014/15	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
See	27,75	472	24,70	490
Freiburg	11	210	11,50	210
Greyerz	1	17	1	17
Sense	48	902	51,20	938
<b>Total</b>	<b>87,75</b>	<b>1601</b>	<b>88,40</b>	<b>1655</b>

## 3.4 Primarschule, französischsprachiger Kantonsteil

### 3.4.1 Allgemeines

Die schrittweise Einführung des neuen Westschweizer Lehrplans PER ist seit Beginn des Schuljahres 2014/15, wo er auch im 8. HarmoS-Schuljahr (8<sup>H</sup>) eingeführt wurde, abgeschlossen; der Westschweizer Lehrplan dient nunmehr als Referenz für den Unterricht während der gesamten obligatorischen Schule. Seine Einführung wird mit neuen Lehrmitteln der CIIP ergänzt. Zu Schuljahresbeginn 2014 werden folgende Lehrmittel eingeführt: «L'île aux Mots 8<sup>H</sup>» (Französisch), «More ! 8<sup>H</sup>» (Englisch), «Guide d'enseignement géographie-histoire-sciences 3<sup>H</sup>-4<sup>H</sup>», «Habiter 5<sup>H</sup>» (Geografie), «L'Atelier de l'Histoire» (Geschichte 5<sup>H</sup>). Ein weiteres Lehrmittel wird derzeit erprobt und soll zu Beginn des nächsten Schuljahres eingeführt werden: das Deutschlehrmittel «Der Grüne Max 5<sup>H</sup>». Für die Primarschule werden zur Einführung dieser Lehrmittel verschiedene Unterstützungsmassnahmen und Kurse angeboten.

### 3.4.2 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Zu Schuljahresbeginn 2014/15 zählen die 8 Schulkreise des französischsprachigen Kantonsteils von Freiburg 819,75 Primarklassen (2013/14: 806,75). Insgesamt besuchen 15 988 (15 665) Schülerinnen und Schüler die Primarschule. Es mussten 21 Klassen eröffnet und 8 geschlossen werden. Insgesamt ist eine Zunahme um 13 (+12,75) Klassen zu verzeichnen.

### 3.4.3 Schülerzahlen in der Primarschule

	2013/14		2014/15	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Saane-Land	236	4580	240	4676
Stadt Freiburg	82	1448	83	1493
Broye	109,5	2191	112,50	2200
Glane	88	1726	90	1733
Greyerz	173	3425	173	3494
See	46,25	886	48,25	909
Vivisbach	72	1409	73	1483
<b>Total</b>	<b>806,75</b>	<b>15 665</b>	<b>819,75</b>	<b>15 988</b>

## 3.5 Primarschule Deutschfreiburg

### 3.5.1 Allgemeines

Im kantonalen Projekt «Passepartout – Fremdsprachen an der Volksschule» konnte in diesem Schuljahr eine weitere bedeutende Umsetzungsphase realisiert werden. Neu werden in der 6. Primarklasse (8<sup>H</sup>) zwei Lektionen Englisch unterrichtet. Dieser Unterricht basiert auf einer methodisch-didaktischen Neuausrichtung, welche die Förderung der Mehrsprachigkeit ins Zentrum stellt; dies soll zur besseren Verständigung und Toleranz beitragen. Die Lehrpersonen, die seit Herbst 2014 in einer 6. Primarklasse (8<sup>H</sup>) Französisch und Englisch unterrichten, absolvieren praxisbegleitend eine umfangreiche Weiterbildung in Mehrsprachigkeitsdidaktik. Es werden Verbindungen zwischen den Sprachen hergestellt und die Sensibilisierung und die Reflexion über Sprachen und Kulturen gefördert. Die Lehrpersonen werden befähigt, mit den neuen Lehr- und Lernmaterialien zu arbeiten und das erneuerte Verständnis des Sprachenlernens umzusetzen.

Die Lehrpersonen, die schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen sowie die Schulleiterinnen und Schulleiter der Primarschule wurden vom DOA mehrfach zu zahlreichen obligatorischen Kursen aufgeboten:

Weiterbildungsmodulare für Berufs- und Wiedereinsteiger/-innen; Weiterführung des Projekts «Purzelbaum im Kindergarten»; ein Weiterbildungszyklus über zwei Jahre für die Lehrpersonen des Kindergartens und der Unterstufe zum Thema «Kinder als Naturforscher»; Einsteige- und Weiterbildungskurse für Lehrpersonen, die Deutsch für fremdsprachige Kinder unterrichten; Leseförderung im Tandem; Weiterbildung für Klassenlehrpersonen und schulische Heilpädagogen/-innen in Klassen mit integrierten behinderten Kindern; Einführung in das neue Französischlehrmittel «Mille feuilles» für die 6. Primarklasse (8<sup>H</sup>); Einführung in das neue Englischlehrmittel «New World» für die 6. Primarklasse (8<sup>H</sup>); Netzwerktagung zum Thema «Kinderschutzmassnahmen in der digitalen Welt»; Einführung in das Verwaltungsprogramm «PRIMEO»; Angebote der Abteilung Weiterbildung der HEP-PH Freiburg für die Lehrpersonen des Kindergartens sowie der Primarschule in den Bereichen: Team und Führung, Schule und Gesellschaft, Medien sowie Informations- und Kommunikationstechnologien, Natur und Mathematik, Kultur und Geschichte, Gestalten und Musik, Bewegungen- und Sporterziehung.

### 3.5.2 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Zu Schuljahresbeginn 2014/15 zählen die 4 Schulkreise von Deutschfreiburg 244,45 (244,10) Primarklassen. Insgesamt besuchen 4571 (4406) Schülerinnen und Schüler die Primarschule. Es mussten 2,05 Klassen eröffnet und 6,7 geschlossen werden. Insgesamt ist eine Verringerung um 4,3 (+2,05) Klassen zu verzeichnen.

### 3.5.3 Schülerzahlen in der Primarschule

	2013/14		2014/15	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
See	76,8	1446	77,80	1437
Freiburg	28,7	524	29,15	542
Greyerz	3	48	3,00	47
Sense	135,6	2566	134,50	2545
<b>Total</b>	<b>244,1</b>	<b>4584</b>	<b>244,45</b>	<b>4571</b>

## 3.6 Orientierungsschule, französischsprachiger Kantonsteil

### 3.6.1 Allgemeines

Seit Schuljahresbeginn 2013 richten sich alle OS nach dem Westschweizer Lehrplan PER. Seine Einführung wird mit neuen Lehrmitteln der CIIP ergänzt. So wird im Jahr 2014 das Lehrmittel «Planète musique» eingeführt (Musik 9–11<sup>H</sup>). Das neue Englischlehrmittel «English in Mind 9<sup>H</sup>» wird an der OS der Region Murten erprobt und soll ab dem nächsten Schuljahresbeginn überall eingesetzt werden. Für die OS werden zur Einführung dieser Lehrmittel verschiedene Unterstützungsmassnahmen und Kurse angeboten, um die Lehrpersonen bei der konkreten Arbeit mit dem neuen Lehrplan zu unterstützen, vor allem beim Einbezug überfachlicher Kompetenzen sowie der allgemeinen Bildung im Fachunterricht. Besonders hervorzuheben ist die Schulung zu den «Lernstrategien» für die Lehrpersonen

der allgemeinbildenden Fächer. Die ersten Schülerinnen und Schüler, die in ihren drei OS-Jahren nach dem Westschweizer Lehrplan PER unterrichtet wurden, sind nun in die Schulen der Sekundarschule 2 (S2) übergetreten. Um den Übertritt von der obligatorischen Schule zur nachobligatorischen Ausbildung gut zu koordinieren, präsentierten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amts für französischsprachigen obligatorischen Unterricht den Westschweizer Lehrplan PER den Lehrpersonen der Kollegien sowie der Fach- und Handelsmittelschulen.

### 3.6.2 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Zu Schuljahresbeginn 2014/15 zählen die 13 Orientierungsschulen des französischsprachigen Kantonsteils von Freiburg 411,5 Klassen (2013/14: 405,5). Insgesamt besuchen 8427 (8427) Schülerinnen und Schüler die OS. Es mussten 9 Klassen eröffnet und 3 geschlossen werden. Insgesamt ist eine Zunahme um 6 (+8) Klassen zu verzeichnen.

### 3.6.3 Klassen- und Schülerzahlen nach OS

	2013/14		2014/15	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Belluard	35	730	36	726
Bulle	43	921	45	959
Domdidier	21	442	22	478
Estavayer	34	735	36	760
Gibloux	20	392	19	374
Glane	40	854	41	885
Jolimont	39	783	40	804
La Tour/Jaun	47	945	46	920
Marly	28	583	29	568
Murten	11	203	10	183
Pérolles	27	536	27	534
Saane West	27,5	588	27,5	548
Vivisbach	33	715	33	688
<b>Total</b>	<b>405,5</b>	<b>8427</b>	<b>411,5</b>	<b>8427</b>

## 3.7 Orientierungsschule Deutschfreiburg

### 3.7.1 Allgemeines

Die verbindliche Weiterbildung in der ersten Woche der Sommerferien wurde abgeschlossen. Die Auswertung der Ergebnisse führte zur Entscheidung, Unterrichtsentwicklungsvorhaben in Zukunft dezentral anzugehen. Aus den Ergebnissen der externen Evaluation ging hervor, dass als erstes der neuen Themen zur Unterrichtsentwicklung eine differenziertere Unterstützung der Schülerinnen und Schüler behandelt wird. Ein entsprechender Projektplan für die Jahre 2014 und 2015 wurde ausgearbeitet. Dieser wird nun umgesetzt.

Im Rahmen des Projekts «Passepartout» besuchten die Lehrpersonen für Fremdsprachen eine Einführung in die neue Didaktik der Mehrsprachigkeit. Diese Weiterbildung befähigt die betreffenden Lehrerinnen und Lehrer, mit den neuen Lehrmitteln «Clin d'oeil» und «New World» professionell umzugehen.

Die zweiten (10<sup>H</sup>) und dritten (11<sup>H</sup>) OS-Klassen führten in den Fächern Mathematik und Englisch Vergleichsarbeiten (Orientierungsarbeiten) durch. Grundlage für diese Arbeiten waren fachspezifische Referenzrahmen, welche die zu einem bestimmten Zeitpunkt erwarteten Schülerkompetenzen in jeder Leistungsgruppe festlegen.

### 3.7.2 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Zu Schuljahresbeginn 2014/15 zählen die 8 Orientierungsschulen von Deutschfreiburg 143 (146) Klassen. Insgesamt besuchen 2569 (2576) Schülerinnen und Schüler die OS. Es musste eine Klasse eröffnet werden, hingegen wurden 4 geschlossen. Insgesamt hat sich die Zahl der Klassen somit um 3 (-4) verringert.

### 3.7.3 Klassen- und Schülerzahlen nach OS

	2013/14		2014/15	
	Anzahl Klassen	Schülerzahl	Anzahl Klassen	Schülerzahl
Stadt Freiburg (dt)	18	328	17	318
Düdingen	23	417	20	396
Plaffeien	20	346	20	348
Tafers	19	357	20	367
Wünnewil	18	301	18	304
Gurmels	10	179	10	168
Kerzers	17	268	17	286
Murten	21	380	21	382
<b>Total</b>	<b>146</b>	<b>2576</b>	<b>143</b>	<b>2569</b>

## 3.8 Sonderpädagogik

### 3.8.1 Allgemeines

Das Amt erstellte ein überarbeitetes Sonderpädagogikkonzept und beendete damit die Arbeiten im Zusammenhang mit der Reform des Sonderschulunterrichts. Das überarbeitete Konzept wurde am 26. November 2014 der Steuergruppe präsentiert. Die endgültige Fassung soll zu Beginn des Jahres 2015 dem Staatsrat vorgelegt werden.

Im Berichtsjahr widmete sich das Amt den Arbeiten im Zusammenhang mit seinen Aufgaben: Abklärung, Gewährung und Prüfung von verstärkten sonderpädagogischen Massnahmen; dazu pflegte es eine enge Zusammenarbeit mit den Partnern der Schule.

### 3.8.2 Statistik zur Sonderpädagogik

#### 3.8.2.1 Personal der Freiburger Sonderschulen

	VZÄ 2013	VZÄ 2014	Entwicklung der VZÄ
Direktion und Administration	23,25	23,27	0,02
Abwärtsdienst, Technik und Unterhalt	37,32	37,84	0,52
Lehrpersonen, inkl. pädagogische Verantwortliche	201,86	200,40	-1,46
Lehrpersonen der Integrationsdienste ID, inkl. pädagogische Verantwortliche	61,43	64,72	3,29
Lehrpersonen des Frühberatungsdienstes FBD, inkl. pädagogische Verantwortliche	21,19	21,25	0,06
Logopäden/-innen	35,02	34,52	-0,50
Psychologen/-innen	12,02	12,09	0,07
Psychomotoriktherapeuten/-innen	10,67	10,18	-0,49
Erzieher/-innen	49,97	49,43	-0,54
<b>Total</b>	<b>452,73</b>	<b>453,70</b>	<b>0,97</b>
Praktikanten und Lernende	75,14	77,62	2,48
<b>Total</b>	<b>528,00</b>	<b>531,50</b>	<b>3,50</b>

#### 3.8.2.2 Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen in den Freiburger Sonderschulen

	2013/14			2014/15			2013/14			2014/15		
	FR	FR	Änderung	DE	DE	Änderung	Total	Total	Änderung	Total	Total	
Schülerzahl	793	786	-7	138	139	1	931	925	-6	931	925	
Anzahl Klassen	115	113	-2	19	20	1	134	133	-1	134	133	
<b>Durchschnitt pro Klasse</b>	<b>6,90</b>	<b>6,96</b>		<b>7,26</b>	<b>6,95</b>		<b>6,95</b>	<b>6,95</b>		<b>6,95</b>	<b>6,95</b>	

### 3.8.2.3 Entwicklung der «ausserkantonal» betreuten Schülerinnen und Schüler: Freiburger Kinder, die in Einrichtungen ausserhalb Freiburgs untergebracht sind

	2013/14			2014/15			Änderung
	FR	DE	Total	FR	DE	Total	
Schülerzahl	17	23	40	19	17	36	-4

### 3.8.2.4 Entwicklung der «ausserkantonal» betreuten Schülerinnen und Schüler: Kinder aus anderen Kantonen, die Sonderschulen im Kanton Freiburg besuchen:

	2013/14			2014/15			Änderung
	FR	DE	Total	FR	DE	Total	
Schülerzahl	39	1	40	38	1	39	-1

### 3.8.2.5 Integration von Schülerinnen und Schülern in die Regelklasse

	2013		2014		Änderung	
	FR	DE	FR	DE	FR	DE
Geistige Behinderung	239	68	241	64	2	-4
Verschiedene Behinderungen ohne geistige Behinderung	95	69	112	67	17	-2
Sehschwächen	9	13	18	22	9	9
Hörschwächen	20	11	23	12	3	1
Total FR/DE	363	161	394	165	31	4
<b>Total</b>		524		559		35

Schülerinnen und Schüler mit einer geistigen Behinderung werden von den Integrationsdiensten in Romont (für Französischsprachige) und vom Schulheim Les Buissonnets (für Deutschsprachige) betreut.

Schülerinnen und Schüler mit verschiedenen Behinderungen erhalten die vom SoA eingerichteten Integrationshilfen. Betroffen sind davon Kinder mit Autismus und mit körperlichen Behinderungen.

Die französischsprachigen sehbehinderten Schülerinnen und Schüler werden von Sonderschullehrpersonen des «Centre pour handicapés de la vue» (CPHV) in Lausanne betreut. In Deutschfreiburg werden diese Schülerinnen und Schüler von den Sonderschullehrpersonen der Stiftung für blinde und sehbehinderte Kinder und Jugendliche in Zollikofen betreut.

Das Institut St. Joseph sorgt für die pädagogische Unterstützung der französischsprachigen Schülerinnen und Schüler mit einer Hörbeeinträchtigung. In Deutschfreiburg betreuen die Sonderschullehrpersonen des Pädagogischen Zentrums für Hören und Sprache in Münchenbuchsee die hörbeeinträchtigten Schülerinnen und Schüler.

### 3.8.2.6 Frühberatungsdienst FBD

Der Frühberatungsdienst engagiert sich für Kinder im Vorschulalter. Er betreut derzeit rund 400 Kinder.

## 3.8.3 Schuldienste: Schulpsychologie, Logopädie und Psychomotorik

### 3.8.3.1 Personal der Schuldienste

	VZÄ 2013	VZÄ 2014	Entwicklung der VZÄ
Logopäden/-innen	57,534	61,530	3,996
Psychologen/-innen	33,241	34,260	1,019
Psychomotoriktherapeuten/-innen	15,003	15,730	0,727
<b>Total</b>	<b>105,75</b>	<b>111,50</b>	<b>5,75</b>

### 3.8.3.2 Verteilung der von den Schuldiensten betreuten Schülerinnen und Schülern nach Schulstufe

	Logopädie						Psychologie						Psychomotorik					
	2012/13			2013/14			2012/13			2013/14			2012/13			2013/14		
	FR	DE	Total	FR	DE	Total	FR	DE	Total	FR	DE	Total	FR	DE	Total	FR	DE	Total
Vorschule	5	24	29	4	16	20	5	1	6	6	10	16	2	0	2	13	1	14
Kindergarten	470	389	859	456	373	829	238	193	431	231	190	421	156	47	203	164	66	230
Primarschule	1649	827	2476	1689	826	2515	1594	588	2182	1561	573	2134	454	115	569	505	110	615
Kleinklasse	125	54	179	106	35	141	95	15	110	119	39	158	14	0	14	12	0	12
CO	136	38	174	138	38	176	437	124	561	402	105	507	22	1	23	26	4	30
<b>Total</b>	<b>2385</b>	<b>1332</b>	<b>3717</b>	<b>2393</b>	<b>1288</b>	<b>3681</b>	<b>2369</b>	<b>921</b>	<b>3290</b>	<b>2319</b>	<b>917</b>	<b>3236</b>	<b>648</b>	<b>163</b>	<b>811</b>	<b>720</b>	<b>181</b>	<b>901</b>

## 3.9 Schüleraustausch

### 3.9.1 12. partnersprachliches Schuljahr (ZPS)

Nach der HarmoS-Zählung wird das zehnte partnersprachliche Schuljahr neu in «zwölftes partnersprachliches Schuljahr» umbenannt. Dies bedeutet, dass das letzte obligatorische Schuljahr in der anderen Sprachgemeinschaft wiederholt wird. Im Berichtsjahr wurden 182 (180) Schülerinnen und Schüler vermittelt (in der Schweiz). Das Verhältnis von Deutschsprachigen 50 (60) und Französischsprachigen 132 (120) bleibt weiterhin unausgeglichen. Die Zuteilung ist daher organisatorisch weiterhin schwierig. 28 (34) Schülerinnen und Schüler wählten einen gegenseitigen Austausch (Variante 2). 54 (61) Schülerinnen und Schüler wählten die Variante 1 (tägliche Heimkehr), wohingegen 100 (85) Schülerinnen und Schüler in einer Gastfamilie unterkamen (Variante 3). Der Mangel an Gastfamilien für die Schülerinnen und Schüler stellt immer noch ein Problem dar. Es braucht eine kantonale oder schweizerische Struktur, um für dieses Problem eine Lösung zu finden.

(Französischsprachiger Kantonsteil = FRF, Deutschfreiburg = FRD)

	Schülerzahl - 2013/14	Schülerzahl - 2014/15
FRF-> Tessin	0	0
FRF-> Deutschschweiz	83	89
FRF-> FRD	37	43
FRD -> Romandie	23	18
DCH-> Romandie	37	32
Mädchen insgesamt	109	101
Knaben insgesamt	71	81
<b>Total</b>	<b>180</b>	<b>182</b>

Die Versuchsphase für ein 12. partnersprachliches Schuljahr in einem anspruchsvolleren Klassentyp beginnt im Schuljahr 2014/15. Diese Möglichkeit steht nur für Freiburger Schülerinnen und Schüler im Kanton Freiburg offen. Schülerinnen und Schüler der allgemeinen Sekundarklassen und der Realklassen, die ihre Schulzeit mit einem 12. partnersprachlichen Schuljahr in einer anspruchsvolleren Klasse verlängern möchten, müssen die gleichen Voraussetzungen erfüllen wie die Schülerinnen und Schülern, die das 11. Schuljahr (11<sup>H</sup>) in einem anspruchsvolleren Klassentyp an ihrer Schule wiederholen möchten. Zudem müssen die Schülerinnen und Schüler gute Kenntnisse (B<sup>2</sup>) in der Partnersprache aufweisen oder zweisprachig sein. Die Aufnahmebedingungen sind klar festgelegt und werden unter anderem auf dem entsprechenden Anmeldeformular aufgelistet.

### 3.9.2 Schüler- und Klassenaustausche (SAKA)

Im Schuljahr 2013/14 erfasste die Koordinationsstelle gesamthaft für den ganzen Kanton 1545 gemeldete Austausche von Schüler/-innen und Klassen, alle Schulstufen und Austauschformen zusammengenommen.

Schüleraustausche (französischsprachiger Kantonsteil = FRF, Deutschfreiburg = FRD)

Schülerzahlen 2013/14	FRF	FRD	CH	Ausland
Kindergarten (KA - Klassenaustausche) (O Klassen)	0	0	0	0
Primarstufe (KA) (8 Klassen + 7 Klassen)	144	119	0	0
Sekundarstufe 1 (KA) (27 Klassen + 5 Klassen)	656	85	0	0
Sekundarstufe 1 (OS) (2. OS generalisiert)	0	0	0	0
Sekundarstufe 2 (KA) (12 Klassen + 5 Klassen)	249	63	0	0
Einseitiger Empfang auswärtiger Klassen (nicht aus FR) (EKA)	1	0	0	0
Einzel-Sprachaustausch S2 (ESA)	58	2	0	0
12. partnersprachliches Schuljahr (ZPS)	120	23	37	0
12. partnersprachliches Schuljahr im anspruchsvolleren Typ (FR-ZPS)	0	0	0	0
Ferien-Einzel-Austausch (FEA-EIV-SIV)	24	1	0	0
<b>Total 2013/14</b>	<b>1252</b>	<b>293</b>	<b>37</b>	<b>0</b>

### 3.9.3 Ferien-Einzel-Austausch (FEA-EIV-SIV)

2013/14 nahmen 239 Schüler/-innen aus 26 Kantonen an diesem Austauschprogramm teil. 25 deutsch- und französischsprachige Schülerinnen und Schüler stammten aus dem Kanton FR (2012/13: 52).

Für den Kanton Freiburg:

Schüleraustausche	Schülerzahlen 2013/14
Schweiz (26 Kantone)	239
französischsprachiger Kantonsteil FRF -> Tessin	0
französischsprachiger Kantonsteil FRF -> Deutschschweiz	24
Deutschfreiburg FRD -> Romandie	1

Das von der ch Stiftung in Solothurn entwickelte Anmeldesystem via Internet funktioniert gut. Bei den Anmeldungen und Vermittlungen ist hingegen ein Rückgang zu verzeichnen.

### 3.9.4 ch Stiftung

Die kantonalen Austauschverantwortlichen (KAV) standen erneut in engem Kontakt mit der ch Stiftung, insbesondere zur Verteilung von Dokumentationsmaterial über Sprachaustausche und Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene. Die Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 hatte eine starke Bremswirkung auf die europäischen Austauschprogramme. Die ch Stiftung sucht nach verschiedenen Lösungen.

### 3.9.5 HSR-CH (Hauptstadtregion Schweiz)

Zurzeit ist auf Ebene der Schulklassen zwischen dem Kanton Bern und dem Kanton Freiburg ein Versuchsprojekt in Gang. Mehrere Klassen der obligatorischen Schule aus beiden Kantonen nehmen im 2014/15 an diesem Versuchsprojekt teil.



## 4 Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2 (S2)

Amtsvorsteher: François Piccand

### 4.1 Tätigkeit

#### 4.1.1 Schülerzahlen

Der Schülerbestand an den kantonalen Schulen der Sekundarstufe 2 präsentierte sich zu Beginn des Schuljahres 2014/15 wie folgt:

Sprache	Knaben		Mädchen		Total	
	2013/14	2014/15	2013/14	2014/15	2013/14	2014/15
F	1653	1716	2546	2717	4199 (76,3 %)	4433 (78,4 %)
D	485	478	822	743	1307 (23,7 %)	1221 (21,6 %)
<b>Total</b>	<b>2138 (38,8 %)</b>	<b>2194 (38,8 %)</b>	<b>3368 (61,2 %)</b>	<b>3460 (61,2 %)</b>	<b>5506 (100 %)</b>	<b>5654 (100 %)</b>

Die Zunahme um 148 Personen im Vergleich zum Schuljahr 2013/14 ist hauptsächlich auf eine Zunahme der Schülerzahl an den Fachmittelschulen und die verlängerte Ausbildung (von 3 auf 4 Jahre) an den Handelsschulen zurückzuführen.

#### 4.1.2 Unterricht

##### 4.1.2.1 Gymnasiale Maturität

Dieser Bildungsgang wird in den vier kantonalen Kollegien und im GYB angeboten.

Damit nach der gymnasialen Ausbildung langfristig ein prüfungsfreier Übertritt an die Universität garantiert werden kann, gab die EDK im März 2012 grünes Licht für die Realisierung von Projekten in Zusammenhang mit der gymnasialen Matura. Die Ergebnisse aus diesen Arbeiten werden Auswirkungen auf die Inhalte der kantonalen gymnasialen Studienpläne haben, insbesondere durch die Festlegung der verlangten fachlichen Grundkompetenzen (in der 1. Sprache und in Mathematik) für das universitäre Studium.

##### 4.1.2.2 Fachmittelschule

Dieser Bildungsgang wird an der Fachmittelschule Freiburg (FMSF), am Kollegium des Südens und am GYB angeboten. Abgeschlossen wird diese Schule nach drei Jahren mit einem Fachmittelschulabschluss im Bereich Gesundheit oder im sozialpädagogischen Bereich. Nach dem Erwerb des Fachmittelschulabschlusses kann eine gesamtschweizerisch anerkannte Fachmaturität angestrebt werden. Diese ermöglicht die Zulassung zur Fachhochschule für Gesundheit oder für Soziale Arbeit und zur Pädagogischen Hochschule.

##### 4.1.2.3 Vollzeit-Handelsmittelschule

Diese Ausbildung wird an den Kollegien Gambach und des Südens sowie am GYB angeboten. Das BBT hat die Reform «Zukunft der Handelsmittelschulen» eingeleitet, um die berufliche Praxis an den Vollzeit-Handelsmittelschulen zu fördern. Die Schulen stellen dann nach Abschluss einen eidgenössischen Fähigkeitsausweis (EFA) als Kauffrau/Kaufmann und einen kaufmännischen Berufsmaturitätsausweis (KBM) aus. Seit Schuljahresbeginn 2011 ist die Reform im Kanton Freiburg gültig. Die ersten Ausweise (EFA und KBM) werden 2015 ausgehändigt.

##### 4.1.2.4 Passerelle Berufsmaturität – universitäre Hochschulen

Die Vorbereitungskurse der Passerelle Berufsmaturität – universitäre Hochschulen werden am Kollegium St. Michael in Französisch und Deutsch angeboten. Die einjährige Weiterbildung soll den Inhaberinnen und Inhabern einer eidgenössischen Berufsmaturität die notwendigen Kompetenzen vermitteln, damit sie ein Hochschulstudium absolvieren können.

---

#### 4.1.2.5 Zweisprachige Angebote

Die verschiedenen Immersionsangebote werden von insgesamt 618 Schülerinnen und Schüler genutzt. Sie verteilen sich auf 28 zweisprachige Klassen, nutzen aber auch die übrigen Angebote mit totaler oder teilweiser Immersion. 2014 wurden 141 eidgenössisch anerkannte Maturitätsausweise mit dem Vermerk «zweisprachig» ausgestellt.

Das neue Konzept für die zweisprachige gymnasiale Bildung («Zweisprachige Klasse plus» und «Sensibilisierungsfach», mehr Informationen siehe [www.fr.ch/s2](http://www.fr.ch/s2)), eingeführt seit Schulbeginn 2014/15, ist auf reges Interesse gestossen: 36 % der Schülerinnen und Schüler im 1. Gymnasialjahr nutzen im Schuljahr 2014/15 eines der zweisprachigen Ausbildungsangebote. Insgesamt absolvieren in diesem Schuljahr 24 % der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten eine zweisprachige Ausbildung, gegenüber 17 % im 2013/14.

#### 4.1.3 Konferenzen und Kommissionen

##### 4.1.3.1 Rektorenkonferenz der kantonalen Kollegien

Diese Konferenz vereinigt die Rektorin und Rektoren der Kollegien sowie die Direktoren der FMSF und des GYB.

##### 4.1.3.2 Schulkommissionen

Jede Schulkommission führte während des Schuljahres in der Regel zwei Sitzungen durch und erörterte dabei unter anderem die Budgetvoranschläge, die Aufnahmekapazitäten und die Ausstattung der Schulzimmer.

##### 4.1.3.3 Informatik

Die Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen, der auch der Amtsvorsteher angehört, übermittelt der Finanzdirektion die analysierten Budgetvoranschläge

Das Amt ist am Projekt HAE (Projekt zur Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme) beteiligt; das entsprechende Dekret wurde am 20. März 2012 vom Grossen Rat angenommen. Der Amtsvorsteher vertritt die EKSD in der Projektleitung. Er wirkt ebenfalls an der Einführung eines zentralen Informatikdienstes für die Schulen der S2 (CME) mit und arbeitet dazu mit dem ITA zusammen.

##### 4.1.3.4 Prüfungen

Die kantonale Prüfungskommission ist nunmehr zuständig für alle Abschlüsse an den Schulen der Sekundarstufe 2: also für den Maturitätsausweis, die Zusatzprüfung (Passerelle), das Handelsdiplom und die KBM, den Fachmittelschulabschluss sowie die Fachmaturität. Sie sorgte dafür, dass die erforderlichen Voraussetzungen für einen reibungslosen Ablauf der Prüfungssession 2014 geschaffen wurden. Der Präsident der Prüfungskommission des GYB half bei diesen Arbeiten mit.

##### 4.1.3.5 Schüleraustausch

Die Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle für Sprachaustausch ermöglicht den gegenseitigen Austausch von Informationen sowie eine allfällige Anpassung der Bedingungen für die Schülerinnen und Schüler und deren Eltern. Es fanden zudem mehrere Treffen mit der *ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit* statt, um das Angebot der Austauschprogramme für die Freiburger Schülerinnen und Schüler zu erweitern.

#### 4.1.4 Schuldienste

##### 4.1.4.1 Psychologischer Beratungsdienst

Der Psychologische Beratungsdienst (CPS2) setzte seine Tätigkeit im Rahmen der gegebenen Strukturen und Modalitäten fort. Einzelne Fälle wurden wegen der langen Behandlungsdauer an private Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten weitergeleitet.

##### 4.1.4.2 Mediationsdienst

Die Mediationsdienste der Schulen werden rege genutzt. Die Ausbildung neuer Mediatorinnen und Mediatoren wird in Zusammenarbeit mit dem Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht (FOA) und dem Amt für Berufsbildung (BBA) organisiert.

#### 4.1.5 Weiterbildung der Lehrpersonen

Für Kurse und Seminare, die mehrheitlich von der Schweizerischen Weiterbildungszentrale, vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, von der Universität Freiburg sowie intern von jeder Schule angeboten wurden, gab es zahlreiche Anmeldungen. Der Bereich Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule organisierte mehrere Abholkurse.

#### 4.1.6 Interkantonale Zusammenarbeit

Im Rahmen der allgemeinen Schulkoordination nimmt der Vorsteher des S2 regelmässig an den interkantonalen Zusammenkünften der entsprechenden Ämter der Westschweizer Kantone und des Tessins (CIIP) teil. Er ist zudem Mitglied der Schweizerischen Mittelschulämterkonferenz (SMAK), die der EDK untersteht. Die Zusammenarbeit betrifft vor allem die Qualitätskontrolle der Schulen, die Evaluation der Gymnasialbildung, die Sprachenpolitik sowie die Reform der Handels- und Fachmittelschulen.

#### 4.1.7 Infrastrukturen

In seiner Antwort auf das Postulat von Grossrat Denis Grandjean zur «Schaffung eines interkantonalen Gymnasiums Waadt–Freiburg in Palézieux-Gare» gab der Staatsrat an, dass mit einem Entscheid zum Süden des Kantons noch abgewartet werden müsse (siehe Ausführungen unten zum Kollegium des Südens und zum interkantonalen Gymnasium der Broye). Für den Saanebezirk wird ab 2020 ein Bevölkerungswachstum erwartet; dies stützt die Notwendigkeit, das Kollegium Heilig Kreuz in Freiburg zu renovieren und auszubauen (ein Gesuch für einen Studienkredit wird demnächst beim Staatsrat eingereicht). Die von diesem Postulat veranlasste Studie wird richtungsweisend sein für die Planung der Schulbauten der S2, die sich in Zukunft auf die Städte Freiburg und Bulle konzentrieren wird.

Nach den drei Neubauten konnte das Kollegium Gambach zu Schulbeginn 2014/15 auch das renovierte ehemalige Gebäude in Betrieb nehmen. Die Einweihung fand am 26. und 27. September 2014 statt.

Die geplanten Erweiterungsarbeiten am Kollegium des Südens begannen am 14. April 2014. Bis zum nächsten Schuljahr sollten sie abgeschlossen sein; dann können die neuen Räume bezogen werden.

Am 10. September 2014 hat der Staatsrat, gemeinsam mit dem Kanton Waadt, dem Kauf einer Parzelle für das interkantonale Gymnasium der Broye zugestimmt. Dies wird den Ausbau der am Limit ihrer Aufnahmekapazität angelangten Schule ermöglichen.

#### 4.1.8 Gesetzgebung

Das Gesetz über den Mittelschulunterricht wird überarbeitet. Die Partner der S2 wurden angehört und konnten sich zu den Themen äussern, die sie behandelt haben möchten. Die vorbereitende Studie ist abgeschlossen. Ein erster Vorentwurf ist in Bearbeitung.

### 4.2 Kollegium St. Michael

#### 4.2.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge:	gymnasiale Maturität (alle Wahlfächer), Passerelle; zweisprachige Schule
Schülerbestand:	Total 1161
Lehrpersonen:	139 Lehrpersonen (104,25 Vollpensen)
Rektor:	Matthias Wider
Adresse:	Petrus-Kanisius-Gasse 10, Freiburg

## 4.2.2 Schülerinnen und Schüler

### 4.2.2.1 Schülerzahlen

	Schülerinnen und Schüler		Klassen	
	2013/14	2014/15	2013/14	2014/15
Gymnasium, frz. Abteilung	626	570	29	25
Gymnasium, dt. Abteilung	341	319	16	15
Zweisprachige Klassen	200	227	9	10
Passerelle, frz. Klassen	39	33	2	2
Passerelle, dt. Klassen	9	12	1	1
<b>Total</b>	<b>1215</b>	<b>1161</b>	<b>57</b>	<b>53</b>

### 4.2.2.2 Ausbildungsabschlüsse

306 Kandidatinnen und Kandidaten haben sich zu den Prüfungen angemeldet (168 französisch- und 75 deutschsprachige, 63 zweisprachige). 11 Prüfungen wurden als nicht bestanden bewertet, 10 in der französisch-, 1 in der deutschsprachigen Abteilung und 0 bei den zweisprachigen Klassen. Es wurden also 295 Maturitätsdiplome ausgestellt.

42 Kandidatinnen und Kandidaten präsentierten sich an der Ergänzungsprüfung der Passerelle, davon bestanden 30 die Prüfung und 12 bestanden sie nicht.

## 4.2.3 Allgemeiner Schulbetrieb

### 4.2.3.1 Lehrkörper

Eine Lehrperson konnte für 3 Lektionen angestellt werden. Fünf Lehrpersonen gingen in den Ruhestand und zehn weitere verliessen das Kollegium am Ende des Schuljahres.

### 4.2.3.2 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

(Nähere Angaben dazu im Schulbulletin.)

Verschiedene Theater- und Opernbesuche. Schultheater: «Metamorphosen» von M. Zimmermann (Regie: Robb Correll) und «Boulevard du Mélodrame» von J. Pineiro (Regie: Anne Dumas). Filme und Vorträge. Politische Bildung.

Tag der Kultur am 10. Mai 2014.

Unter der Leitung des Dirigenten Philippe Savoy trat der Chor des Kollegiums an verschiedenen öffentlichen Konzerten auf und nahm am 9. europäischen Festival der Jugendchöre in Basel teil. Er gab ausserdem zwei Weihnachtskonzerte und sang an der Mitternachtsmesse.

Die Blasmusik des Kollegiums feierte ihren 175. Geburtstag. Unter der Leitung ihres Dirigenten Pierre-Etienne Sagnol gab die Fanfare zusammen mit der Landwehr ein Galakonzert.

An der St. Nikolaus-Feier nahmen die Blasmusik und der Chor an der Radiosendung «Kiosque à musiques» und am Umzug teil.

### 4.2.3.3 Schüleraustausch

Im Schuljahr 2014/15 verbringen 34 Schülerinnen und Schüler ein Jahr im Ausland (USA, Deutschland, Österreich, Südamerika, Deutschschweiz). Das Kollegium hat seinerseits 9 ausländische Gaststudierende aufgenommen.

Zwei Schüler der 2. Klassen verbrachten zwei Wochen am Zürcher Gymnasium Stadelhofen; im Gegenzug ging ihr Zürcher Schulkollege zwei Wochen im Kollegium St. Michael zur Schule.

Austauschprojekte gab es mit Schulen aus Freiburg im Breisgau, Amstelveen (NL) und Amsterdam. Zwei Klassen haben regelmässigen Mailkontakt mit anderen Schulen und werden Ende Schuljahr ein Treffen organisieren.

#### 4.2.3.4 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Die Schülerinnen und Schüler des Ergänzungsfachs «Histoire – Sciences politiques» nahmen an den SUNESCO-Tagen teil. Zum ersten Mal führten sämtliche 1., 2. und 3. Klassen des Kollegiums eine Studienwoche durch und hatten dabei Gelegenheit, ein spezielles Thema vertieft und fächerübergreifend zu behandeln.

36 Schülerinnen und Schüler profitieren vom Tandem-Angebot. Das Kollegium führt in diesem Schuljahr 10 zweisprachige Klassen, eine im 1., drei im 2., 3. und im 4. Jahr. Der Besuch der zweisprachigen Klassen führt zur «zweisprachigen Maturität» nach MAR-Anforderungen.

Es gibt ausserdem drei Klassen-Tandems (1., 3. und 4. Klasse). Einmal im Monat treffen sich die Schülerinnen und Schüler dieser Klassen im Rahmen des Sprachunterrichts (schriftliche und mündliche Aktivitäten abwechselnd in der einen oder anderen Sprache).

### 4.3 Kollegium Heilig Kreuz

#### 4.3.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität; zweisprachige Schule  
Schülerbestand: Total 866  
Lehrpersonen: 119 Lehrpersonen (81,76 Vollpensen)  
Rektorin: Christiane Castella Schwarzen  
Adresse: Rue Antoine-de-Saint-Exupéry 4, Freiburg

#### 4.3.2 Schülerinnen und Schüler

##### 4.3.2.1 Schülerzahlen

	Schülerinnen und Schüler		Klassen	
	2013/14	2014/15	2013/14	2014/15
Gymnasium, frz. Abteilung	486	462	22	20
Gymnasium, dt. Abteilung	293	257	14	13
Zweisprachige Klassen	125	147	6	7
<b>Total</b>	<b>904</b>	<b>866</b>	<b>42</b>	<b>40</b>

##### 4.3.2.2 Ausbildungsabschlüsse

2014 bestanden 195 Kandidatinnen und Kandidaten ihre gymnasiale Maturität.

#### 4.3.3 Allgemeiner Schulbetrieb

##### 4.3.3.1 Lehrkörper

Zwei Lehrpersonen wurden neu in Teilzeit eingestellt und 6 Lehrpersonen haben die Schule verlassen, sei es um in den Ruhestand einzutreten oder aus anderen Gründen.

##### 4.3.3.2 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

(Nähere Angaben im Schulbulletin und auf der Webseite der Schule <http://www.cscfr.ch/yoo/> – Rubrik Archive).

Theateraufführungen, Oper, Konzert, Kino, Literarisches Café. Diverse Besuche (Unternehmen, Ausstellungen, Begegnungen) sowie mehrtägige Ausflüge für diverse Projekte, unter anderem während der thematischen Tage der 3. Klassen. Politische Bildung und Debatten.

Überarbeitung des Konzepts für die Themen- und Sporttage sowie die Aktivitäten, die im Rahmen des Schwerpunktfachs stattfinden.

Teilnahme am Projekt ZIG (Zeitung im Gymnasium), an der SUNESCO, an den Wirtschaftswochen, am Projekt YES (Young Enterprise Switzerland).

### 4.3.3.3 Schüleraustausch

13 Gastschülerinnen und Gastschüler aus: USA, Italien, Costa Rica, Chile, Kanada, Japan, China, Brasilien, Australien und Deutschland.

21 Schülerinnen und Schüler im längeren Austausch (6 bis 12 Monate) in: USA, Argentinien, Deutschland, Kanada, Kuba, Irland und Deutschschweiz.

Kurzzeitiger Austausch (3 bis 5 Wochen) mit verschiedenen Gymnasien der Schweiz (Stadelhofen, Locarno, Porrentruy), in Deutschland (Bamberg, Freiburg-in-Breisgau), mit Punta Arenas (Chile), Nova Friburgo (Brasilien). Kultureller Aufenthalt in China.

### 4.3.3.4 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Sieben zweisprachige Klassen. Neue Abteilung *Bilingue plus* im ersten Jahr.

46 Schülerinnen und Schüler, 14 deutsch- und 32 französischsprachige, erhielten den Maturaausweis mit dem Vermerk «zweisprachige Matura».

Fünf französischsprachige Schülerinnen und Schüler besuchten den Unterricht in der deutschen Abteilung. Mehrere Schülerinnen und Schüler besuchten das Schwerpunktfach oder das Ergänzungsfach in der Partnersprache.

Einzel- und Klassentandems (Immersionsunterricht).

## 4.4 Kollegium Gambach

### 4.4.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: Gymnasiale Matura (Moderne Sprachen, Biologie und Chemie, Wirtschaft und Recht), Handelsmittelschule mit integriertem Berufsmaturitätsabschluss (3+1); zweisprachiger Schulbetrieb.

Schülerbestand: Total 832, 38 Klassen

Lehrkörper: 107 Lehrpersonen (69,7 Vollpensen)

Rektor: Pierre Marti

Adresse: Weck-Reynold-Allee 9, Freiburg

### 4.4.2 Schülerinnen und Schüler

#### 4.4.2.1 Schülerzahlen

	Schülerinnen und Schüler		Klassen	
	2013/14	2014/15	2013/14	2014/15
Gymnasium, frz. Abteilung	345	369	17	17
Gymnasium, dt. Abteilung	226	207	11	10
Zweisprachige Klassen	–	32	–	2
Handelsschule frz. – KBM	128	156	6	6
Handelsmittelschule - KBM (dt.)	60	68	3	3
<b>Total</b>	<b>759</b>	<b>832</b>	<b>37</b>	<b>38</b>

#### 4.4.2.2 Ausbildungsabschlüsse

Gymnasiale Maturität: 106 von 111 Kandidatinnen und Kandidaten haben bestanden.

Kaufmännische Berufsmaturitätsausweise: 8 von 9 Kandidatinnen und Kandidaten haben bestanden (altes System).

### 4.4.3 Allgemeiner Schulbetrieb

#### 4.4.3.1 Lehrkörper

Acht Lehrpersonen wurden neu in Teilzeit eingestellt. Ende des Schuljahres 2013/14 haben vier Lehrpersonen die Schule verlassen.

#### 4.4.3.2 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

(Nähere Angaben dazu im Schulbulletin.)

Verschiedene Theatervorführungen, Filme (FIFF), Vorträge und Konzerte (Jugendorchester), Besichtigungen und Studienausflüge (Ausstellungen, Betriebsbesuche, Austausch). Teilnahme an den WINS-Praktika der Universität Freiburg.

Drei aufeinanderfolgende Polysport-, Skisport- und Thementage sowie verschiedene Wettkämpfe und Turniere.

#### 4.4.3.3 Schüleraustausch

Verschiedene Schülerinnen und Schüler im Austauschjahr bzw. Austauschsemester.

Mit dem Liceum Ogolnoksztalcace in Nowy Targ (Polen) wurde ein einwöchiger Schüleraustausch durchgeführt.

#### 4.4.3.4 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

2011 haben die ersten Schülerinnen und Schüler die reformierte Handelsmittelschule begonnen. Sie haben einen Lehrvertrag unterzeichnet und werden gemäss den neuen Lehrplänen unterrichtet. Diese wurden gemeinsam mit der HMS Bulle erarbeitet und aufeinander abgestimmt. Derzeit absolvieren sie ihr im Herbst 2014 begonnenes einjähriges Praktikum. 2015 werden die ersten Fähigkeitszeugnisse und Berufsmaturitätsausweise nach der neuen Regelung abgegeben.

Eröffnung von zwei zweisprachigen Klassen des ersten Gymnasialjahres zum Schuljahresbeginn 2014/15 (neue Regelung).

Zweisprachiger Ausbildungsgang (Teilimmersion): Besuch von Kursen in der jeweils anderen Abteilung.

Einzel- und Klassentandems (Immersionunterricht).

### 4.5 Kollegium des Südens

#### 4.5.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: Gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer), Vollzeit-Handelsschule mit kaufmännischer Berufsmaturität (System 3+1), Fachmittelschule, Fachmaturität (FM-Päd, FM-Ges, FM-Soz)

Schülerbestand: Total 1196  
Lehrpersonen: 135 Lehrpersonen (98,28 Vollpensen)  
Rektor: François Genoud  
Adresse: Rue de Dardens 79, Bulle

#### 4.5.2 Schülerinnen und Schüler

##### 4.5.2.1 Schülerzahlen

	Schülerinnen und Schüler		Klassen	
	2013/14	2014/15	2013/14	2014/15
Gymnasium	684	708	33	34
Handelsschule – KBM	85	124	6	6
Abteilung Fachmittelschule	261	299	13	14
FM – Päd	17	18	1	1
FM – Ges	25	35	0	0
FM – Soz	13	12	0	0
<b>Total</b>	<b>1085</b>	<b>1196</b>	<b>53</b>	<b>55</b>

##### 4.5.2.2 Ausbildungsabschlüsse

Gymnasiale Maturität: 2014 haben 132 von 138 Kandidatinnen und Kandidaten das Examen bestanden.

Handelsdiplom (Abschlussprüfungen für die schulische Ausbildung): 22 von 25 Kandidatinnen und Kandidaten haben das Examen bestanden.



---

Kaufmännische Berufsmaturität: Alle 10 Kandidatinnen und Kandidaten haben die Berufsmaturität bestanden (altes System).

Fachmittelschulabschluss: 63 von 67 Kandidatinnen und Kandidaten haben das Diplom erhalten.

Fachmaturität: 40 von 46 Kandidatinnen und Kandidaten haben das Diplom erhalten.

### 4.5.3 Allgemeiner Schulbetrieb

#### 4.5.3.1 Lehrkörper

Acht Lehrpersonen wurden neu eingestellt, die meisten für weniger als 10 Wochenstunden. Vier Lehrpersonen traten in den Ruhestand.

#### 4.5.3.2 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

Die verschiedenen Veranstaltungen des Kollegiums sind in den «*Annales 2013-2014*» (Journal du Collège du Sud) sowie auf der Internetseite verzeichnet: <http://www.collegedusud.ch>.

#### 4.5.3.3 Schüleraustausch

Im Schuljahr 2013/14 haben sich 23 Schülerinnen und Schüler an einem Austausch beteiligt. 5 von ihnen wählten einen Jahresaufenthalt (Deutschland, USA, Australien, Kanada und Neuseeland), 10 einen 3- bis 6-monatigen Aufenthalt und 8 einen Kurzaufenthalt an der Kantonsschule Rychenberg in Winterthur, der Partnerschule des Kollegiums des Südens. Weitere Austausche mit Deutschschweizer Kantonsschulen (KS Wil SG, KS Rychenberg, Gymnasium Köniz-Lebermatt, Gymnasium Oberwil BL) oder deutschen Schulen (St. Ursula-Schule, Stiftung Tirschenreuth-Bayern) können auf Wunsch der Schülerinnen und Schüler individuell organisiert werden.

Das Kollegium des Südens nahm im Berichtsjahr seinerseits 15 Gaststudierende auf, davon 5 für die Dauer eines Jahres und 10 für einen kürzeren Aufenthalt. Die meisten Gaststudierenden waren durch den Rotary-Club und die Organisationen AFS und YFU vermittelt worden.

#### 4.5.3.4 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Zu Schulbeginn 2014 besuchten 212 Schülerinnen und Schüler das zweisprachige Programm. In Deutsch werden folgende Fächer unterrichtet: Einführung in Wirtschaft und Recht, Biologie, Physik, Geschichte und Mathematik. Wer dieses Programm absolviert, erhält am Schluss die zweisprachige Maturität nach MAR-Anforderungen.

## 4.6 Fachmittelschule Freiburg - FMSF

### 4.6.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: Fachmittelschule (Bereiche Gesundheit und Soziales-Pädagogik), Fachmaturität (FMGE, FMFA, FMSA); zweisprachiger Schulbetrieb.

Schülerbestand: Total 1018  
Lehrpersonen: 102 Lehrpersonen (73,64 Vollpensen)  
Direktor: Claude Vauthey  
Adresse: Moléson-Allee 17, Freiburg

## 4.6.2 Schülerinnen und Schüler

### 4.6.2.1 Schülerzahlen

		Schülerinnen und Schüler		Klassen	
		2013/14	2014/15	2013/14	2014/15
Französischsprachige Abteilung	1. Jahr	209	244	9	10
	2. Jahr	180	194	8	8
	3. Jahr	183	176	8	8
	4. Jahr FM-BP <sup>1)</sup>	63	74	3	3
	4. Jahr FM-GE <sup>2)</sup>	77	83	0	0
	4. Jahr FM-SO <sup>3)</sup>	49	43	0	0
Deutschsprachige Abteilung	1. Jahr	63	48	3	2
	2. Jahr	61	60	3	3
	3. Jahr	36	61	2	3
	4. Jahr FM-PA <sup>1)</sup>	19	14	1	1
	4. Jahr FM-GE <sup>2)</sup>	19	11	0	0
	4. Jahr FM-SA <sup>3)</sup>	11	10	0	0
<b>Total</b>		<b>970</b>	<b>1018</b>	<b>37</b>	<b>38</b>

<sup>1)</sup> Fachmaturität Pädagogik, Schüler/innen unter Verantwortung der FMSF, Kurse an der Schule.

<sup>2)</sup> Fachmaturität Gesundheit, Schüler/innen unter Verantwortung der FMSF, Kurse an der HfG-FR.

<sup>3)</sup> Fachmaturität Soziale Arbeit, Schüler/innen unter Verantwortung der FMSF, Praktika in Institutionen

Die Fachmittelschule Freiburg (FMSF) führte im Schuljahr 2013/14 die zweisprachige Abteilung ein. Die Lektionen in Mathematik, Anatomie (Menschenkunde) und Geschichte werden von bestimmten Klassen gemeinsam besucht.

### 4.6.2.2 Ausbildungsabschlüsse

Fachmittelschule: in der französischsprachigen Abteilung haben 169 von insgesamt 175 Kandidatinnen und Kandidaten den Ausweis erhalten; in der deutschsprachigen Abteilung haben alle 35 Kandidatinnen und Kandidaten den Ausweis erhalten.

Fachmaturitätsausweis im Bereich Pädagogik: in der französischen Abteilung haben 15 von insgesamt 51 Kandidatinnen und Kandidaten bestanden; in der deutschsprachigen Abteilung haben 13 von 18 Kandidatinnen und Kandidaten den Ausweis erhalten.

Fachmaturitätsausweis im Bereich Soziale Arbeit: in der französischsprachigen Abteilung haben 42 von 48 Kandidatinnen und Kandidaten den Ausweis erhalten; in der deutschsprachigen Abteilung haben alle 11 Kandidatinnen und Kandidaten den Ausweis erhalten.

Fachmaturitätsausweis im Bereich Gesundheit: in der französischsprachigen Abteilung haben 54 von 72 Kandidatinnen und Kandidaten den Ausweis erhalten und in der deutschsprachigen Abteilung 18 von 19.

## 4.6.3 Allgemeiner Schulbetrieb

### 4.6.3.1 Lehrkörper

Sieben Lehrpersonen wurden neu angestellt, davon zwei für mindestens 12 Wochenstunden; vier Lehrpersonen haben die Schule am Ende des Schuljahres verlassen.

### 4.6.3.2 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

(Nähere Angaben dazu im Schulbulletin.)

Diverse Filme, Vorträge, Konzerte und Theaterveranstaltungen.

Besichtigungen und Ausflüge (Museum, Ausstellungen, Naturwanderungen...)

Verschiedene Anlässe in Zusammenhang mit der Seelsorge: Besuche von Heimen und Gesundheitszentren im Rahmen der Adventsaktion, Besinnungstage auf dem Simplon.

Volleyball-Turnier, Spiele zwischen Lehrpersonen und Schülern, Collégiades, Skilager und Sporttage.

#### 4.6.3.3 Schüleraustausch

Am Programm «Tandem» beteiligten sich 28 Schülerinnen und Schüler, 17 französisch- und 11 deutschsprachige, aufgeteilt in 6 Gruppen.

Eine 1. französischsprachige Klasse hatte einen internen Austausch und gemeinsamen zweisprachigen Unterricht mit einer 2. deutschsprachigen Klasse, ebenso eine 3. französischsprachige Klasse mit einer 4. deutschsprachigen Klasse.

Eine 1. und eine 2. französischsprachige Klasse beteiligten sich an zwei Sprachaustauschen (Briefwechsel, SMS, Facebook und Begegnungen) mit der KDMS Schaffhausen und der FMS am Seeland Gymnasium Biel.

Für die deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler des 3. Jahres mit der Option «English Conversation» wurde eine 5-tägige Studienreise nach Schottland organisiert.

30 Schülerinnen und Schüler absolvierten einem externen Sprachaustausch von 3 Wochen bis zu einem Jahr in verschiedenen Ländern in Europa und Amerika. Die Schule hat ihrerseits 2 Austauschstudierende aus Deutschland und aus Südamerika sowie 2 Schülerinnen der FMS Sursee aufgenommen.

### 4.7 Interkantonales Gymnasium der Region Broye

#### 4.7.1 Die Schule in Kürze

Die Besonderheit des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye besteht darin, dass es sowohl Schülerinnen und Schüler aus der Freiburger Broye wie auch aus der Waadtländer Broye aufnimmt.

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer), Vollzeit-Handelsschule mit Berufsmaturität nach Erwerb des EFZ (3+1), Fachmittelschule, Fachmaturität

Schülerbestand: Total 1059  
 Lehrpersonen: 110 Lehrpersonen (82,2 Vollpensen)  
 Direktor: Thierry Maire  
 Adresse: Rue du Gymnase 1, Payerne

#### 4.7.2 Schülerinnen und Schüler

##### 4.7.2.1 Schülerzahlen

	2013/14		2014/15		Klassen	
	FR	VD	FR	VD	2013/14	2014/15
1. Jahr Maturität	115	17	97	20	6	5
2. Jahr Maturität	102	87	108	102	8	9
3. Jahr Maturität	99	77	107	74	7	7
4. Jahr Maturität	88	58	88	69	7	7
1. Jahr FMS (*)	58	59	57	72	6	6
2. Jahr FMS (*)	42	56	50	51	4	4
3. Jahr FMS (*)	39	40	38	55	4	4
Kaufmännische Berufsmaturität	7	15	10	8	1	1
Fachmaturität	23	32	26	27	3	3
<b>Total</b>	<b>573</b>	<b>441</b>	<b>581</b>	<b>478</b>	<b>46</b>	<b>46</b>

(\*) FMS = Fachmittelschule (Bereiche Gesundheit und Soziales-Pädagogik) und Handelsschule.

62,7 % der Schülerinnen und Schüler sind Frauen.

#### 4.7.2.2 Ausbildungsabschlüsse

Gymnasiale Maturität: 2014 haben 142 von 144 Kandidatinnen und Kandidaten bestanden.

Fachmittelschulabschluss: 74 von 78 Kandidatinnen und Kandidaten haben bestanden.

Kaufmännische Berufsmaturität: Alle 40 Kandidatinnen und Kandidaten haben bestanden.

Fachmaturität: 41 von 52 Kandidatinnen und Kandidaten haben ihr Zeugnis erhalten.

#### 4.7.3 Allgemeiner Schulbetrieb

##### 4.7.3.1 Interkantonale Organe

- > Der Aufsichtsrat des GYB ist für die Oberaufsicht der Schule und einen guten Schulbetrieb verantwortlich. Im Jahr 2014 hatte die Waadtländer Staatsrätin Anne-Catherin Lyon das Präsidium inne.
- > Die interparlamentarische Aufsichtskommission besteht aus sieben Waadtländer und sieben Freiburger Grossratsmitgliedern. Im Jahr 2014 wurde sie vom Freiburger Grossrat Elian Collaud präsiert.
- > Die beratende Kommission setzt sich zusammen aus Vertretern der lokalen Behörden, Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern sowie Lehrpersonen.

##### 4.7.3.2 Lehrkörper

Die Zahl der angestellten Lehrpersonen und die Verwaltungsstellen blieben praktisch unverändert.

##### 4.7.3.3 Besondere Ereignisse und Anlässe

Das *Yearbook* des GYB berichtet unter anderem über die traditionellen kulturellen Anlässe und Ereignisse während des Schuljahres.

##### 4.7.3.4 Zweisprachigkeit

Zum Schuljahresbeginn 2014 zählte die zweisprachige Abteilung 171 Schülerinnen und Schüler (Maturitätsschule: 159, Handels- und Fachmittelschule: 12).

### 4.8 Fachstelle fri-tic

#### 4.8.1 Wechsel der Fachstelle fri-tic von der Pädagogischen Hochschule zum Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2

Die EKSD hat eine Aktualisierung der kantonalen Strategie zur Integration der ICT (Informations- und Kommunikationstechnologien) und Medien in den Unterricht eingeleitet, damit das Globalkonzept fri-tic (2001) den heutigen Anforderungen und Bedürfnissen angepasst werden kann.

Um den Herausforderungen gerecht zu werden, die sich durch die Integration der Medien und ICT in den Unterricht auf allen Schulstufen stellen, beschloss der Staatsrat, die Fachstelle fri-tic ab dem 1. August 2014 neu dem Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2 zu unterstellen. Für eine koordinierte Leitung zwischen den Unterrichtsämtern wurde ein Führungsgremium gebildet. Dieses setzt sich zusammen aus den Amtsvorsteherinnen und Amtsvorstehern der EKSD, dem Amtsvorsteher der Berufsbildung, Mitgliedern des Amtes für Informatik und Telekommunikation, einer Vertreterin des Generalsekretariats der EKSD und dem Verantwortlichen der Fachstelle fri-tic.

#### 4.8.2 Tätigkeit

Die Fachstelle fri-tic erweiterte ihre Dokumentation und ihr Beratungsangebot, um die Freiburger Schulen bei der Auswahl ihrer IT-Ausstattung (Computer, Beamer, interaktive Wandtafeln) zu begleiten. Das Augenmerk richtet sich dabei auf pädagogische Ziele, insbesondere bei den Sonderschulen. Sie organisierte zu diesem Thema eine Informationsveranstaltung für die Schulverantwortlichen und nahm an über 50 Treffen mit Schulen und Gemeindebehörden teil. Zudem hat sie Rahmenverträge für den Kauf von Software ausgehandelt, was die Verwaltungsarbeit der Schulen vereinfacht und Einsparungen ermöglicht.

Die Veröffentlichung von Referenzdokumenten für den Unterricht auf der kantonalen Plattform «Friportal» geht weiter voran. Diese Internetplattform enthält mehr als 800 digitale Ressourcen. Die Fachstelle fri-tic hat gemeinsam

---

mit den Unterrichtsämtern der EKSD und dem Dokumentationszentrum HEP-PH FR an der Aufbereitung und Veröffentlichung der digitalen Ressourcen mitgewirkt.

Die Fachstelle fri-tic beteiligte sich an der Erstellung der Broschüre «ICT an den Schulen», die im Rahmen des Nationalen Programms «Jugend und Medien» vom Bundesamt für Sozialversicherungen herausgegeben wurde.

Sie hat Fortbildungen zum Einsatz interaktiver Lösungen im schulischen Kontext organisiert und durchgeführt, Ebenso diejenigen im Bereich ICT für die Studierenden des Heilpädagogischen Instituts der Universität Freiburg.

Das Tool der Fachstelle fri-tic für die Aufschaltung von Webseiten wird von mehr als 40 französisch- und deutschsprachigen Schulen kostenlos genutzt.

Die Fachstelle fri-tic hat ihre Teilnahme an der Präventionskampagne zu den Gefahren der Internetnutzung in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und der EKSD fortgesetzt. Seit 2003 betreibt und gewährleistet sie den Support für den offiziellen Mailserver educanet2 sowie für das kantonale, mehr als 250 Schulgebäude umfassende und von Swisscom gesponserte Pädagogiknetzwerk.

## 5 Amt für Universitätsfragen (UFA)

---

Amtsvorsteherin: Barbara Vauthey Widmer

### 5.1 Tätigkeit

#### 5.1.1 Universität

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK), in welcher der Direktor der EKSD Einsitz nimmt, hielt vier Sitzungen ab; im Anschluss daran folgte jeweils eine gemeinsame Sitzung mit dem Schweizerischen Fachhochschulrat (FHR). Zweimal fasste sie Beschlüsse auf dem Zirkularweg. Die Jahrestagung der SUK, an der Vertreterinnen und Vertreter aller für die Hochschulen zuständigen Bundesstellen und interkantonalen Gremien teilnahmen, fand am 30. und 31. Januar in Genf statt. Sie befasste sich mit Diskussionen zu den Massive Open Online Courses (MOOCs, offene Plattformen mit Online-Kursen) und mit den politischen Leitlinien der Hochschulen für die künftigen Akkreditierungsrichtlinien nach dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz HFKG. Die verschiedenen übrigen Themen zur Einführung des HFKG wurden an den gemeinsamen Sitzungen der SUK und des FHR besprochen. Die Vorsteherin des Amtes für Universitätsfragen ist Mitglied der Konferenz der Dienstchefs der SUK, der Arbeitsgruppe zur Finanzierung der Hochschulen des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) sowie der Arbeitsgruppe Hochschulbereich der EDK.

Der Rat der Stiftung für Forschung und Entwicklung der Mehrsprachigkeit, präsiert vom Direktor der EKSD, traf sich zweimal, um die Rechnung und den Voranschlag des Instituts für Mehrsprachigkeit zu genehmigen sowie zwei neue Mitglieder zu wählen. Im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) vom 20. Februar 1997 erhielt der Kanton Freiburg im Jahr 2014 63 825 926 Franken für die an der Universität Freiburg immatrikulierten ausserkantonalen Studierenden und bezahlte seinerseits 21 923 300 Franken für Freiburger Studierende an anderen Schweizer Universitäten. Unter dem Strich hat der Kanton damit 41 902 626 Franken (2013: 39 244 417 Franken) eingenommen.

#### 5.1.2 Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Die PH-Kommission traf sich zweimal, um den Voranschlag, den Finanzplan und die Strategie 2015–2018, die Jahresrechnung der Hochschule sowie den neuen Entwurf zur Gesamtrevision des Gesetzes über die PH zu beraten. Die Kommission wird Grossrat Raoul Girard präsiert.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin ist Mitglied der interfakultären Kommission für die universitäre Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Diese Kommission befasste sich mit der Revision des Studienreglements zum Lehrdiplom für

---

Maturitätsschulen (LDM) und dem dazugehörigen Ausführungsreglement. Gestützt auf die Auswertung des Auswahlverfahrens schlug die Kommission zudem wiederum vor, eine Verordnung über Zulassungsbeschränkungen zum Lehrdiplom für die Maturitätsschulen LDM zu erlassen.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin nimmt an den Sitzungen der von der EKSD organisierten Konferenz der Amtsvorsteher für Unterricht teil.

### 5.1.3 Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit, Soziales und Musik

Da der Volkswirtschaftsdirektor den Freiburger Sitz im Regierungsausschuss der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) übernimmt, die EKSD jedoch für die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA) und die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) zuständig ist, bereiten die beiden Direktionen die Sitzungen des Regierungsausschusses gemeinsam vor. Auch werden die Freiburger Hochschulen für Ausbildungsgänge in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Musik im Leitungsausschuss der HES-SO/FH Westschweiz durch den Generaldirektor der Freiburger Hochschule für Technik und Wirtschaft (FHF-TW) vertreten; die beiden Direktionen (EKSD und VWD) und die Freiburger Fachhochschulen sowie der Generaldirektor der FHF-TW und das UFA pflegen daher eine enge Zusammenarbeit.

Der Direktor der EKSD und die Mitarbeiterinnen des Amtes standen zudem regelmässig in Kontakt mit der Direktorin der HfG-FR und dem Direktor der FHF-SA und unterstützten diese bei der administrativen Leitung ihrer Schulen, namentlich in finanziellen, personellen und juristischen Belangen. Nach einer Mitteilung des Schweizerischen Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) veranlasste der Direktor der EKSD bei der HfG-FR eine interne Untersuchung. Diese Untersuchung wurde vom UFA gemeinsam mit dem Amt für Ressourcen durchgeführt und erlaubte es, sich ein Bild von der Situation zu verschaffen und der Direktion der Hochschule vorrangige Massnahmen zu empfehlen.

## 5.2 Besondere Ereignisse

### 5.2.1 Hochschulraum Schweiz

Am 10. September 2014 nahm der Grosse Rat das Gesetz über den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat) an. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2015 in Kraft. Denn nachdem nun genügend Kantone dem Konkordat beigetreten sind, wird dieses am 1. Januar 2015 in Kraft treten, ebenso wie das HFKG, womit die Koordination des gesamten Hochschulbereichs durch Bund und Kantone – so wie sie die Bundesverfassung in Artikel 63a vorsieht – realisiert werden kann. Die konstituierende Sitzung der Schweizerischen Hochschulkonferenz wird im Februar 2015 stattfinden.

### 5.2.2 Universität

Der Grosse Rat hat am 27. Juni 2014 das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Universität angenommen. Damit dieses am 1. Januar 2015 in Kraft treten kann, mussten einige Vorbereitungen getroffen werden, da gewisse Zuständigkeiten von der EKSD an die Universität übergehen. Zudem genehmigte der Grosse Rat am 18. Februar 2014 einen Verpflichtungskredit für den Bau eines temporären Modulgebäudes, um damit den dringendsten Platzbedarf der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät zu decken. Es wurde eine beschränkte Baukommission gebildet, in der die Amtsvorsteherin das Vizepräsidium innehat.

Im Rahmen der Förderung von Technologieplattformen für das Projekt blueFactory genehmigte der Grosse Rat am 15. Mai 2014 eine Finanzhilfe an die *Swiss Integrative Center for Human Health* (SICHH SA), eine von der Universität gegründete nicht gewinnorientierten Aktiengesellschaft. Das Amt beteiligte sich auch an der Erarbeitung des Berichts über die Entwicklung des blueFACTORY-Projekts und der Technologieplattformen sowie über ihre Rolle in der Innovationspolitik und ihre Wechselwirkung mit der Hochschulpolitik, den der Staatsrat zuhanden des Grossen Rats erstellen liess.

### 5.2.3 Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Die geplante Teilrevision des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule (PHG) entwickelte sich nach den Ergebnissen der Vernehmlassung zu einer Gesamtrevision. Die Arbeiten an der neuen Gesetzesvorlage sind

inzwischen abgeschlossen. Der Gesetzesentwurf soll zu Beginn des Jahres 2015 dem Staatsrat vorgelegt werden. Das Amt arbeitet daneben weiterhin an den gesetzlichen Grundlagen zur Ausführungsgesetzgebung.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin beteiligt sich in Zusammenarbeit mit der HEP-PH FR und dem Konservatorium am Aufbau eines Studienbereichs «Musik» für das Lehrdiplom für die Sekundarstufe 1 an der Universität.

#### 5.2.4 Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit, Soziales und Musik

Da das Gesetz über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (HES-SO//FRG) nach der Annahme durch den Grossen Rat am 1. Januar 2015 in Kraft treten wird, galt es, Vorbereitungen für die Übergabe der Dossiers von der EKSD zur VWD und die künftige Zusammenarbeit zu treffen.

In der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 hat das Stimmvolk dem Kredit für den Bau eines neuen Gebäudes für die FHF-SA und die HfG-FR am Standort des ehemaligen Zeughauses in Freiburg mit grosser Mehrheit zugestimmt. Es wurde eine Baukommission eingesetzt, an der das UFA bis Ende 2014 beteiligt ist.

Am 30. Januar erteilte der Bund der Fachhochschule Westschweiz HES-SO die Genehmigung zur Eröffnung eines Studiengangs in Osteopathie an der HfG-FR; die ersten Studierenden haben den neuen Bachelorstudiengang im Herbst begonnen.

## 6 Universität (Uni)

Das amtierende Rektorat besteht aus Herrn Guido Vergauwen (Rektor), Frau Alexandra Rumo-Jungo, und den Herren Thomas Hunkeler, Titus Jenny und Jacques Pasquier.

### 6.1 Tätigkeit

#### 6.1.1 Studierende

		Herbst 2012		Herbst 2013		Herbst 2014	
Total		9916	100,0 %	10 164	100,0 %	10 248	100,0 %
<b>a)</b>	<b>Studierende nach Herkunft</b>						
	Freiburg	2366	23,9 %	2418	23,8 %	2463	24,03 %
	Andere Kantone	5796	58,5 %	6011	59,1 %	6026	58,80 %
	Ausland	1754	17,7 %	1736	17,1 %	1759	17,16 %
<b>b)</b>	<b>Studierende nach Fakultät</b>						
	Theologie	329	3,3 %	338	3,3 %	342	3,34 %
	Rechtswissenschaft	1580	15,9 %	1633	16,1 %	1655	16,15 %
	Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	1811	18,3 %	1830	18,0 %	1829	17,85 %
	Philosoph. Fakultät	4239	42,8 %	4368	43,0 %	4357	42,52 %
	Math. Naturw. a) Naturwissensch.	1540	15,5 %	1597	15,7 %	1692	15,51 %
	<b>b) Medizin</b>	<b>417</b>	<b>4,2 %</b>	<b>399</b>	<b>3,9 %</b>	<b>373</b>	<b>3,64 %</b>

Aus der Analyse der Entwicklung der Studierendenzahlen ergeben sich folgende Feststellungen:

- Die Gesamtzahl der Studierenden hat um 0,83% zugenommen, dies entspricht 84 Personen.
- Nach Herkunft der Studierenden hat die Anzahl der Freiburger oder im Kanton Freiburg wohnhaften Studierenden um 1,86 % zugenommen, diejenige der Studierenden, die aus einem anderen Schweizer Kanton stammen, um 0,23 % und die Anzahl ausländischer Studierender um 1,44 %.
- Gerechnet nach Fakultäten kann man eine leichte Zunahme der Studierenden von 1,18 % in der Theologie, 1,35 % in den Rechtswissenschaften und 3,46 % in der Mathematik-Naturwissenschaftlichen Fakultät sowie eine leichte



---

Abnahme von 0,05 % in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, von 0,23 % in der Philosophischen Fakultät und 6,52 % in der Medizin feststellen.

- d) Die Gesamtzahl der neu eingeschriebenen Studierenden sich im Vergleich zum Bericht des Jahres 2013 leicht um 1,16 % verringert und betrifft in erster Linie Studierende aus anderen Kantonen (-7,09 %). Dagegen kann man eine Erhöhung um 10,24 % der Anzahl der Neueinschreibungen von Freiburger Studierenden und von 9,12 % der vor dem Studium im Ausland wohnhaften Studierenden feststellen.
- e) Auf Seite der Fakultäten ergibt sich folgendes Bild: 41 Neueinschreibungen in der Theologie (-4,56 %), 329 in den Rechtswissenschaften (-7,58 %), 371 in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (-3,64 %), 793 in der Philosophischen Fakultät (-15 %) und 505 in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, einschliesslich der Medizin (+7,22 %).
- f) Die Studentinnen machen 58,27 % der Gesamtzahl der Studierenden sowie 63,71 % der Neueinschreibungen aus. Im Herbst 2014 beträgt der Anteil der Studentinnen unter den neueingeschriebenen Studierenden in allen Fakultäten mehr als 50 %. Ausnahme bildet die Theologie (19,51 %). Der Anteil der Neueinschreibungen in den Rechtswissenschaften belief sich auf 64,74 %, in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften auf 52,02 %, in der Philosophischen auf 76,17 % und in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät auf 55,64 %. Bei den Neueinschreibungen in der Medizin, innerhalb der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, sind die Frauen mit einem Anteil von 64,13 % ebenfalls in der Mehrzahl.
- g) Bei den Personen, die Weiterbildungskurse besuchten, hat sich die Anzahl derjenigen, die sich in ein Programm mit mindestens 60 ECTS-Kreditpunkten eingeschrieben haben, von 202 im Jahr 2013 auf 178 im Jahr 2014 verringert.

### 6.1.2 Zentrale Organe

Der Senat der Universität hat sich zu vier ordentliche Sitzungen und einer Reflexionssitzung getroffen. Er hat insbesondere das künftige Rektorat für die Jahre 2015-2019 gewählt. Die Reflexionssitzung am 22. Mai war unter anderem der Revision des Universitätsgesetzes und der Universitätsstatuten gewidmet.

Der Hochschulrat, beratendes Organ des Staatsrates, versammelte sich zu vier Sitzungen.

### 6.1.3 Lehrkörper

17 ordentliche und assoziierte Professuren wurden für folgende Fakultäten geschaffen: 1 in der Theologischen Fakultät, 2 in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 10 in der Philosophischen und 4 in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Es handelt sich um 5 Frauen und 12 Männer. Zusätzlich wurden 2 assoziierte Professuren zu ordentlichen umgewandelt: 1 in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen und 1 in der Philosophischen Fakultät. Das Durchschnittsalter der Professorinnen und Professoren beträgt 50 Jahre und 4,3 Monate; 47 Jahre und 3,6 Monate bei den assoziierten und 52 Jahre und 8,5 Monate bei den ordentlichen Professorinnen und Professoren.

### 6.1.4 Studienorganisation

Der Staatsrat hat vier Verordnungen verabschiedet: Die erste betrifft die Aufnahmekapazität und den Eignungstest für die Studiengänge der Human- und Zahnmedizin an der Universität Freiburg für 2014/15, die zweite beschränkt die Zulassung 2014/15 für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung in der französischsprachigen Abteilung der Sekundarstufe II, die dritte Verordnung beschränkt die Studienplätze 2015/16 für den Studiengang des Bachelor of Science in Sport- und Bewegungswissenschaften an der Universität Freiburg und die vierte betrifft die Zulassung ausländischer Kandidatinnen und Kandidaten zum Medizinstudium an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2015/16.

Die EKSD hat einer Statutenänderung, drei neuen Statuten, drei neuen Studienreglementen und drei Änderungen von Reglementen zugestimmt.

## 6.2 Besondere Ereignisse

Im Jahr 2014 feierte die Universität ihr 125-jähriges Jubiläum. Das Jubiläumsprogramm umfasste zahlreiche Veranstaltungen an der Universität, in der Stadt und im Kanton Freiburg sowie in der ganzen Schweiz. Daneben

---

haben weitere Ereignisse das Jahr markiert, zum Beispiel die Wahl des Bundes der Universität Freiburg für die Eröffnung eines Zentrums für Islam und Gesellschaft, der Beginn des Programms «Quali+», die Eröffnung des «Smart Living Lab» und des «Swiss Integrative Center for Human» im Rahmen der blueFACTORY sowie die Eröffnungsfeier der neuen Gebäude für das Adolphe Merkle Institut am 28. November 2014.

Zahlreiche Mitglieder der Professorenschaft und andere Angehörige der Universitätsgemeinschaft wurden durch Preise und Auszeichnungen für ihre Forschung, Publikationen und wissenschaftlichen Aktivitäten geehrt. Die Tätigkeiten der Universität sind im Jahresbericht in Kurzform festgehalten und können unter folgender Internet-Adresse eingesehen werden: [www.unifr.ch/rectorat/de/documents/activites/](http://www.unifr.ch/rectorat/de/documents/activites/)

## 7 Pädagogische Hochschule (PH)

---

Rektorin: Pascale Marro

### 7.1 Tätigkeit

#### 7.1.1 Grundausbildung

Aktuell zählt die Grundausbildung der HEP-PH FR 529 Studierende in folgenden Fachbereichen:

- > Ausbildung Vorschulstufe und Primarschule: 444 Studierende (301 im französischsprachigen Bereich, 80 im deutschsprachigen Bereich und 63 im Bereich «Zweisprachiges Diplom»). 107 Studierende kommen aus anderen Schweizer Kantonen und 35 aus dem Ausland (hauptsächlich Luxemburg).
- > Ausbildung LDS I (Lehrdiplom für die Sekundarstufe 1) im Rahmen der besonderen Vereinbarung mit der Universität Freiburg: 85 Studierende (41 im Fachbereich Hauswirtschaft, 17 im Fachbereich Bildnerisches Gestalten und 27 im Fachbereich Technisches Gestalten).

Am 13. November fand in der Aula Magna der Universität Freiburg die Übergabe der Diplome und Abschlusszertifikate statt. 128 Lehrdiplome für die Vorschul- und Primarstufe mit dem akademischen Grad «Bachelor of Arts in Pre-primary and Primary Education» wurden abgegeben: 76 französischsprachige, 35 deutschsprachige und 17 zweisprachige Diplome. Ausserdem wurden 2 LDS-1-Zertifikate für die Zusatzausbildung Hauswirtschaft und 21 Zertifikate für die Zusatzausbildung Praktikumsleitung und Unterricht coaching verliehen.

Das Studienjahr 2013/2014 ist das zweite nach dem neuen Studienplan, mit dem die Verbindungen mit der beruflichen Bildung (Praktika) verstärkt werden und der Aufbau einer gemeinsamen Studienkultur für den Primarschulunterricht gefördert wird.

#### 7.1.2 Mittel und Lehrmaterialien

Die Dokumentationszentren haben ihre Bemühungen im Bereich elektronischer Lehrmaterialien fortgesetzt. Die pädagogischen Schriftenreihen wurden um ein Abonnement des *Schroedel aktuell* für die deutschsprachige Sekundarstufe 1 und 2 ergänzt. Im Bereich Wissenschaft haben die Dokumentationszentren damit begonnen, Forschungsbeiträge in RERO DOC, der digitalen Bibliothek des Bibliotheksverbunds RERO, zu katalogisieren. Damit beteiligt sich die PH stark an der Open-Access-Bewegung.

Die Dokumentationszentren haben ihre Zusammenarbeit mit den Schulbibliotheken verstärkt. Ziel ist, den Schulen gemeinsam hochwertige und stimmige Serviceleistungen anbieten zu können. So wurde in den deutschsprachigen Schulbibliotheken mit den Medienkisten *Bibliofreaks* ein neues Konzept zur Förderung des Fremdspracherwerbs eingeführt. Im Rahmen der Anpassung der Sammlungen an die Anforderungen des neuen Westschweizer Lehrplans wurden ebenfalls mehrere Projekte ins Leben gerufen, beispielsweise die Zusammenstellung von Lesekoffern mit Bezug zu den Zielsetzungen im Französischunterricht.

Im Bereich Eigenproduktionen ist insbesondere auf die bei den Editions Sympaphonie erschienene Kinderliedersammlung «Chantons le 1er mai!» sowie auf den von der EKSD in sieben Sprachen produzierten und im Multimedia-Atelier entstandenen Film «Allgemeine Informationen über die obligatorische Schule» hinzuweisen.

Zahlen und Fakten zu Ausleihe und Katalog (exkl. elektronischer Lehrmaterialien):

	Centre de documentation	Dokumentationszentrum	Multimedia-Atelier
Stand des Katalogs	56 900	30 700	210
Katalogisierung	2700	2350*	23
Ausleihen	71 200	46 500	1900
<b>Aktive Leserinnen und Leser</b>	<b>2650</b>		

\* inkl. neu katalogisierter Zeitschriften (850 Exemplare)

### 7.1.3 Weiterbildung

Konkretisierung des Konzepts und Einführung der Weiterbildung *Point-virgule* als Gegenstück zum Intensivkurs. Dieses Angebot ist eine unterstützende Massnahme für Lehrpersonen. Weitere Informationen unter <http://www.hepfr.ch/formation-point-virgule>.

Einführung des dritten und letzten Kursabschnitts «Fachdidaktik Englisch» mit dem Ziel, dem Mangel an Lehrpersonen mit Ausbildung in Englisch entgegenzuwirken. Derzeit nehmen 148 Personen an diesen Kursen teil, die über das ganze Jahr verteilt stattfinden.

Die Abteilung Weiterbildung beteiligt sich weiterhin am Projekt «Unterrichtsführung». Mehrere schulinterne Kurse wurden angeboten. Weitere spezielle Angebote sind im Laufe des Jahres hinzugekommen. Über 2000 Lehrpersonen nahmen an der Eröffnungskonferenz mit Nancy Gaudreau teil.

Insgesamt gab es 4106 Anmeldungen verteilt auf 354 Schulungsangebote. 99 Kurse fanden aufgrund mangelnder Teilnehmerzahl nicht statt. Hinzu kommt die Teilnahme an schulinternen und obligatorischen Weiterbildungen (nicht im System registriert). Nachstehend eine Übersicht über die durchgeführten Weiterbildungen im Vergleich zu den angebotenen Weiterbildungen.

#### Statistische Erhebung 2014:

Programmierte Kurse	von 278 Weiterbildungen fanden 184 statt; 2175 Teilnehmende
A-la-carte-Kurse	von 47 Weiterbildungen fanden 43 statt; 545 Teilnehmende
Schulinterne Kurse	von 61 Weiterbildungen wurden 60 akzeptiert; 564 Teilnehmende (Zahlen nicht vollständig)
Berufseinführung	von 17 Weiterbildungen fanden 17 statt; 215 Teilnehmende, obligatorisch im ersten Berufsjahr
Obligatorische Kurse	50 Weiterbildungen; 607 Teilnehmende (Zahlen nicht vollständig)
Zusatzausbildungen	CAS Médiation scolaire, Lehrgang 2013–2015 läuft, 18 Teilnehmende CAS und DAS PIRACEF, 1 kantonal gültiges Zertifikat, 1 Diplom

### 7.1.4 Forschung

Anknüpfend an die Forschungsarbeiten zur Integration von Informations- und Kommunikationstechnologien ICT in den Unterricht wurden im französischsprachigen Teil der Forschungsabteilung mehrere Projekte ins Leben gerufen. Die Chance einer Partnerschaft mit der Musikhochschule Lausanne wurde wahrgenommen und ein Subventionsantrag (100 000 Franken für einen Zeitraum von zwei Jahren) zum Thema Nutzung von «E-Portfolios» beim strategischen Fonds der HES-SO beantragt. Mehrere wichtige Beiträge stehen kurz vor dem Abschluss, darunter ein Kapitel (zur Veröffentlichung in *International Teacher Education: Promising Pedagogies*), mit dem die Valorisierungsphase der seit 2006 laufenden Forschung zum Thema Informations- und Kommunikationstechnologien beendet wird. Überdies hat die HEP-PH FR das erste schweizerische musikpädagogische Forschungskolloquium ins Leben gerufen. Der französischsprachige Teil der Abteilung erbringt weiterhin Dienstleistungen für das Interkantonale Gymnasium der Region Broye und ist als Partner an mehreren interinstitutionellen Projekten beteiligt (berufliche Eingliederung).

---

Der deutschsprachige Teil der Abteilung erhielt Ende 2013 einen beträchtlichen Nationalfondsbeitrag (415 000 Franken). Damit soll über drei Jahre hinweg eine Studie zu Kindern mit Leseschwierigkeiten durchgeführt werden. Dabei werden Eltern und Lesecoaches miteinbezogen und arbeiten Hand in Hand mit den Schulen und den Forschenden. Eingeleitet wurde das Projekt im Frühjahr 2014 mit dem Kolloquium «Interventionen zur Leseförderung: Diagnose, Training und Effekte». Die Untersuchungen im Rahmen des Projekts Rallye konnten abgeschlossen werden. 30 Klassen haben daran teilgenommen, die Lehrpersonen wurden in die Methode eingeführt. Die Hauptphase des Projekts *Mentoring* ist beendet. Bei dieser Studie geht es darum, wie die Inhalte der Weiterbildung in den Unterricht eingebracht werden können. Gemeinsam mit den Universitäten Bamberg, Kassel und Zürich hat sich die deutschsprachige Forschungsabteilung erneut für ein Projekt zum Thema «Praktische Lehrer/-innenbildung» beworben.

#### 7.1.5 Fachstelle fri-tic

Seit dem 1. August 2014 gehört die Fachstelle fri-tic zum Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2 (S2). Diesbezügliche Informationen sind nunmehr dem Bericht über die S2 zu entnehmen (siehe Kap. 4.8).

## 8 Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR)

---

Direktorin: Susanna Weyermann-Etter

### 8.1 Tätigkeit

Die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) bietet Studiengänge in zwei Sprachen auf Bachelorstufe in den Bereichen Pflege und Osteopathie an. Sie führt zudem Tätigkeiten in der angewandten Forschung und Weiterbildung aus und offeriert eine Palette von Dienstleistungen in verschiedenen Fachbereichen.

In den vergangenen Monaten hat sich die HfG-FR auf die gesetzlichen Änderungen vorbereitet, die am 1. Januar 2015 in Kraft treten werden. Dazu gehören ein neues Bundesgesetz (HFKG); die Ausführungsbestimmungen zur Vereinbarung der HES-SO sowie ein neues kantonales Gesetz über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (HES-SO//FRG), das zahlreiche Änderungen mit sich bringt.

#### 8.1.1 Ausbildungsgänge

Zwei wichtige Projekte wurden abgeschlossen und erweitern das Angebot der Grundausbildung an der HfG-FR. Zum einen handelt es sich um einen zweisprachigen Bachelor-Studiengang in Osteopathie, der in der Schweiz einzigartig ist, und zum andern um einen berufsbegleitenden Bachelor-Studiengang in Pflege. Zu Beginn des Studienjahres zählte die Hochschule 595 (499) Personen in Ausbildung: 342 im Bachelor HES-SO in Pflege, 30 im Bachelor HES-SO in Osteopathie; 144 in der Fachmaturität Gesundheit sowie 79 in den Zusatzmodulen. Im Dezember konnten 89 neue Pflegefachpersonen den Bachelor of Science HES-SO in Pflege entgegennehmen.

#### 8.1.2 Weiterbildung und Dienstleistungen

Die HfG-FR hat ihr Weiterbildungsangebot mit zwei neuen Zertifikatslehrgängen CAS HES-SO erweitert: Einen französischsprachigen (*Gestion de la douleur*) und einen deutschsprachigen Lehrgang (Pflege, Qualität und Beratung). Hinzu kommt ausserdem ein neuer deutschsprachiger Studiengang DAS HES-SO (Pferdegestützte Therapie). Im laufenden Jahr haben mehr als 250 Fachkräfte aus dem Gesundheitsbereich eine Weiterbildung oder ein Nachdiplomstudium an der HfG-FR absolviert. 60 Gesundheitsfachleute schlossen einen Zertifikatslehrgang (CAS) in Psychogeriatric, Kardiologiepflege und Diabetespflege ab.

Die HfG-FR erhielt rund vierzig Aufträge von Ausbildungsinstitutionen und Institutionen, die im Pflegebereich tätig sind. Die Reihe der themenspezifischen Konferenzen zum elektronischen Patientendossier wurde erfolgreich weitergeführt.

---

### 8.1.3 Angewandte Forschung und Entwicklung (aF&E)

Die HfG-FR hat ihre Forschungsaktivitäten verstärkt auf die psychische Gesundheit älterer Menschen, die von Pflegefachleuten organisierte Pflege bei chronischen Erkrankungen, die Onkologiepflege und ab 2015 die Osteopathie konzentriert, um damit Verbesserungen in Praxis und Lehre herbeizuführen. Diese Ausrichtung ermöglicht es ihr, in ihrer Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort eine Schlüsselrolle einzunehmen. Indem sie den Schwerpunkt auf evidenzbasierte Praktiken legt, fördert sie zudem die nachhaltige Entwicklung des Gesundheitssystems.

### 8.1.4 Nationale und internationale Beziehungen

Dank ihrem Lehrkörper ist die Hochschule für Gesundheit Freiburg regelmässig an Kongressen und Kolloquien von nationaler und internationaler Tragweite vertreten, dies insbesondere im Bereich der Forschung. Der wissenschaftliche und akademische Austausch, vor allem mit Europa, konnte dank der Übergangslösung des Bundes weitergeführt werden.

Genauere Informationen sind auf der Webseite [www.heds-fr.ch](http://www.heds-fr.ch) oder im Tätigkeitsbericht zu finden, den die HfG-FR jeweils im Frühling publiziert.

## 9 Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA)

---

Direktor: Jean-Christophe Bourquin

### 9.1 Tätigkeit

Die FHF-SA bietet ein Bachelorstudium in Sozialer Arbeit mit Vertiefung in Sozialarbeit und Sozialpädagogik an.

#### 9.1.1 Grundausbildung

Am 15. Oktober studierten an der Fachhochschule, sämtliche Bildungsgänge zusammengenommen, insgesamt 487 Personen, davon 377 Frauen (77,4 %) und 110 Männer (22,6 %). 375 Studierende absolvieren ein Vollzeitstudium (77,00 %), 98 ein berufsbegleitendes Studium (20,12 %) und 14 ein Teilzeitstudium (2,88 %).

Zu Studienbeginn konnten 105 Studierende neu in die Ausbildung aufgenommen werden. Damit ist die maximale Aufnahmekapazität der Fachhochschule erreicht; diese bemisst sich anhand der Plätze in den praktischen Ausbildungsmodulen, der Zahl der Dozierenden und der Grösse der derzeit zur Verfügung stehenden Räume.

An den Diplomfeiern vom 22. Januar und 8. Oktober 2014 erhielten 122 Personen ihr Bachelordiplom (101 Abschlüsse mit der Vertiefungsrichtung «Sozialpädagogik» und 21 mit der Vertiefungsrichtung «Sozialarbeit»). Zwei Bachelorarbeiten wurden ausgezeichnet: Die eine erhielt an der Diplomfeier vom 20. Januar 2014 einen Preis von AvenirSocial und die andere an der Diplomfeier vom 8. Oktober 2014 einen Preis des Vereins Trait d'Union.

Die FHF-SA ist zudem an einem Masterstudiengang beteiligt, der vom Bereich Soziale Arbeit der Fachhochschule Westschweiz angeboten wird.

#### 9.1.2 Weitere Aufgaben der Fachhochschule

Wie es dem Fachhochschulgesetz entspricht, ist die FHF-SA auch in der Weiterbildung und der angewandten Forschung tätig und erbringt verschiedene Dienstleistungen in folgenden Kompetenzbereichen: Praxis im Berufsfeld Gesundheit und Soziales, Behinderungen und behinderte Personen, soziale und berufliche Eingliederung, Erhaltung und Förderung der Lebensqualität, Prävention von Gewalt und selbstzerstörerischem Verhalten. Diese Aufgaben machen rund ein Fünftel der gesamten Tätigkeit der Fachhochschule aus.

Die Abteilung Weiterbildung organisierte 22 Fortbildungskurse von 1 bis 4 Tagen Dauer für 240 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie 8 Weiterbildungskurse in Institutionen für 230 Personen. Sie beteiligte sich zudem an den

---

sieben Nachdiplomausbildungen (CAS, DAS, MAS), die im Fachbereich Soziale Arbeit der Fachhochschule Westschweiz HES-SO angeboten werden. Mit den damit erzielten Einkünften konnten die direkten und indirekten Kosten, die sich aus diesen Tätigkeiten ergeben, gedeckt werden.

Die Abteilung Dienstleistung erhielt 16 Aufträge und erzielte damit Einkünfte in Höhe von insgesamt 313 885 Franken.

Die Abteilung Forschung und Entwicklung erhielt Beiträge in Höhe von insgesamt 547 487 Franken für drei Forschungsprojekte.

### 9.1.3 Direktionsrat

Der Direktionsrat hielt drei Sitzungen ab. Er genehmigte die Jahresrechnung 2013 und wurde über die Entwicklung des Voranschlags 2014 auf dem Laufenden gehalten. Er nahm Stellung zur Ernennung von zwei Abteilungsleitern in der Grundausbildung und wurde über interne Wechsel an der Fachhochschule informiert. Er beteiligte sich an der Umsetzung des Gesetzes über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg an der FHF-SA und nahm Kenntnis davon, dass der Direktionsrat am 31. Dezember 2014 aufgelöst und durch einen Fachrat ersetzt wird. Daneben verfolgte er den geplanten Neubau an der Zeughausstrasse und die Entwicklung von anderen Dossiers.

## 10 Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung (BEA)

---

Amtsvorsteher: Marc Chassot

### 10.1 Tätigkeit

#### 10.1.1 Berufswahlvorbereitung

Die Berufswahlvorbereitung durch Berufsberaterinnen und Berufsberater oder dafür ausgebildete Lehrpersonen erfolgt vorwiegend im Unterricht.

Im französischsprachigen Kantonsteil wird jeweils der Berufswahlvorbereitungsordner «Une vie, des directions» an alle Schülerinnen und Schüler der zweiten OS-Klassen abgegeben. Dieser Ordner existiert nur in französischer Sprache.

#### 10.1.2 Schul- und Berufsinformation

Die Information über Berufe und Bildungsgänge erfolgt durch Unterlagen in unterschiedlicher Form sowie über kantonale und nationale Internetseiten. Im Bereich der Information wird zudem eine enge Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Dienstleistungszentrum Berufsbildung / Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung gepflegt. Der Kanton beteiligt sich mit 119 551 Franken am Betrieb dieses Dienstleistungszentrums. Das Amt sorgt für die Aktualisierung der Informationen auf dem Internetportal [www.berufsberatung.ch](http://www.berufsberatung.ch) oder im Dokumentationsmaterial, das allen Berufsberatungsstellen zur Verfügung gestellt wird. Diese interkantonale Zusammenarbeit erlaubt eine Kostenoptimierung.

14 049 (14 556) Dossiers oder Dokumente wurden ausgeliehen.

Anhand der Ergebnisse einer Umfrage, die jeden Sommer bei den Unternehmen und Verwaltungen durchgeführt wird, veröffentlicht das Amt jeweils eine Liste offener Lehrstellen. Im Jahr 2014 umfasste diese Liste 2009 (1925) Lehrstellen. Lehrstellen können das ganze Jahr über an- oder abgemeldet werden. Daneben führte das Amt im Frühjahr und Sommer zwei Umfragen per E-Mail sowie eine telefonische Nachbefragung durch, um die Lehrstellenliste im Internet jeweils auf den aktuellen Stand zu halten.



Für die Schülerinnen und Schüler der Orientierungsschulen und ihre Eltern wurde eine Neuauflage der Broschüre «Nach der OS - Deutschsprachige Bildungsangebote im Kanton Freiburg» herausgegeben.

### 10.1.3 Berufsinformationszentren

Die Berufsinformationszentren bieten die Möglichkeit, Informationsmaterial über Berufe und Ausbildungsgänge frei einzusehen. Im gesamten Kanton zählte man insgesamt 27 143 (26 026) Besucherinnen und Besucher, von denen sich 12 977 (13 135) in einem persönlichen Informationsgespräch informieren liessen.

### 10.1.4 Einzelberatung

Die nachfolgenden Zahlen beziehen sich auf die gesamte Beratertätigkeit in diesem Berichtsjahr, also die Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen:

- > Insgesamt wurden 6624 (6551) Personen beraten.
- > 11 727 (11 342) Beratungsgespräche wurden geführt, 385 mehr als im Vorjahr.
- > Die erwachsenen Ratsuchenden (20 Jahre und älter) machen mit 1712 (1986) Personen 25,8 % der gesamten Beratungen aus.

Auf der Internetseite des Amtes sind die Statistiken der Dienstleistungen in den vergangenen zehn Jahren aufgeführt.

### 10.1.5 Erwachsenenberatung

80 (70) registrierte Arbeitsuchende kamen zu einem Beratungsgespräch, das insbesondere im Rahmen der Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung und dem Amt für den Arbeitsmarkt angeboten wird.

### 10.1.6 Schul- und Berufswahl von Jugendlichen

Im Jahr 2014 beendeten 3624 (3558) Schülerinnen und Schüler die Orientierungsschule; sie haben sich für folgende Schul- und Berufsrichtungen entschieden:

Gewählte Richtung in %:	2014			2013
	Männer	Frauen	Total	Total
Lehre, Grundausbildung	53,8	28,4	41,0	43,1
Schulen der Sekundarstufe 2	28,9	46,4	37,7	34,5
Andere Schulen	2,1	2,8	2,4	2,7
Erwerbsarbeit	0,0	0,0	0,0	0,0
10. bzw. 12. partnersprachliches Schuljahr	3,3	3,2	3,3	3,8
Übergangslösung oder unbekannte Lösung	7,2	13,5	9,1	9,3
Vorbereitungs- oder Integrationskurse	4,7	5,7	6,5	6,6

1487 (1533) Personen oder 41,0 % (43,2) der Jugendlichen entschieden sich für eine Lehre. Insgesamt hat sich der Anteil der Jugendlichen, die nach der Schule eine Lehre begannen, um 2,2 % verringert, wobei viele Jugendliche ein Jahr oder zwei Jahre später eine Lehre beginnen.

Eine Analyse des Lehrstellenmarktes zeigt, dass die Zahl der Stellen in einigen Sektoren wie im Bau- oder im Gastgewerbe ausreichend ist. Bei den Dienstleistungsberufen oder im Sektor Gesundheit und Soziales ist das Angebot an freien Lehrstellen hingegen weiterhin geringer als die Zahl der Lehrstellensuchenden. Jugendliche mit guten schulischen Leistungen finden in der Regel eine Lehrstelle; wer hingegen schulisch schwach ist oder einen Migrationshintergrund aufweist, muss mit mehr Schwierigkeiten rechnen.

### 10.1.7 Besondere Ereignisse

#### 10.1.7.1 Hilfe für Jugendliche in Schwierigkeiten

Die Berufsberatung des Kantons Freiburg widmet Jugendlichen, denen der Einstieg ins Berufsleben grössere Schwierigkeiten bereitet, besondere Aufmerksamkeit. Im Rahmen eines vom Bund finanzierten Projekts wurde ein Unterstützungsprogramm für Jugendliche in Schwierigkeiten eingeführt, das sogenannte «Case Management



---

Berufsbildung». Dabei werden OS-Schülerinnen und OS-Schüler, die am Ende der obligatorischen Schulpflicht mit Eingliederungsschwierigkeiten konfrontiert sein könnten, gezielt unterstützt und intensiv begleitet.

Bis Anfang September wurden zudem Jugendliche betreut, die bis dahin keine Lehrstelle gefunden hatten. Mit der Aktion «Last Minute» kann den ganzen Sommer über eine Anlaufstelle betrieben werden. 228 Jugendliche nutzten dieses Angebot; insgesamt wurden bei dieser Aktion 106 Gespräche geführt.

## 10.2 Erwachsenenbildung

### 10.2.1 Kommission für Erwachsenenbildung

Die Kommission für Erwachsenenbildung hielt vier Sitzungen ab, an denen sie die Subventionsgesuche prüfte und der EKSD entsprechende Empfehlungen abgab.

24 060 (31 690) Franken wurden für erneuerbare oder ausserordentliche Subventionen verwendet.

### 10.2.2 Volkshochschule

Im Jahr 2013/14 besuchten 3610 (3759) Personen Kurse der Volkshochschule, insgesamt zählte man 51 633 (52 855441 448) «Teilnehmerstunden» für insgesamt 441 (448) angebotene Kurse.

Ein Leistungsvertrag zwischen dem Staat Freiburg und der Volkshochschule des Kantons Freiburg legt die Leistungen fest, die von der Volkshochschule erwartet werden, sowie die Finanzmittel, die der Staat zur Verfügung stellt. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 153 000 Franken.

### 10.2.3 Verein Lesen und Schreiben

Gestützt auf einen Leistungsvertrag mit dem Verein Lesen und Schreiben wurde diesem ein Beitrag von 15 000 Franken für sein Engagement gegen den Illettrismus gewährt.

### 10.2.4 Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne

Dank einer Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne gelten für Freiburger Kantonsangehörige die gleichen Zulassungsbedingungen wie für Waadtländer Schülerinnen und Schüler.

Die Bildungsgänge in deutscher Sprache werden in der interkantonalen Vereinbarung der Nordwestschweiz über die gegenseitige Aufnahme von Schülerinnen und Schülern geregelt (s. Abschnitt «Direktion und Generalsekretariat»).

### 10.2.5 Validierung von Bildungsleistungen

Das Amt fungiert als Anlauf- und Beratungsstelle für die Validierung von Bildungsleistungen. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung wurde für die Berufe Logistiker/in und Fachfrau/Fachmann Betreuung ein Qualifikationsverfahren zur Validierung von Bildungsleistungen eingeführt. Insgesamt 34 Personen haben eine Kompetenzenbilanz erstellen lassen, die den ersten Schritt zur Validierung der Bildungsleistungen darstellt.

## 11 Amt für Ausbildungsbeiträge (ABBA)

---

Amtsvorsteher: Pierre Pillonel

### 11.1 Tätigkeit

#### 11.1.1 Kommission für Ausbildungsbeiträge

Die Kommission trat zu einer Plenarsitzung und sieben Unterkommissionssitzungen zusammen. Dabei behandelte sie 28 Einsprachen und 8 besondere Fälle. Drei Beschwerden gegen Entscheide der Kommission wurden ans Kantonsgericht weitergezogen. Dieses lehnte alle drei ab.

Die Kommission genehmigte zudem die internen Richtlinien des Amtes gestützt auf die im Ausbildungsjahr 2013/14 gemachten Erfahrungen.

### 11.1.2 Kantonale Stipendien

Die Zahlen des Jahres 2013/14 verzeichnen einen leichten Rückgang gegenüber 2012/13, liegen aber im Durchschnitt der vergangenen Jahre:

Ausbildungsjahr	Gesuche	Begünstigte	Abgelehnte Gesuche	
			Total	Ablehnungsquote
2011/12	3372	1806	1566	46,44 %
2012/13	3462	1813	1649	47,63 %
2013/14	3289	1764	1525	46,36 %

Die nachfolgend aufgeführten Beträge entsprechen den im Kalenderjahr 2014 ausbezahlten Beträgen. Sie verteilen sich wie folgt auf die vom Bundesamt für Statistik (BFS) vorgegebenen neun Ausbildungskategorien:

Ausbildungskategorien	Anzahl	Beträge in Fr.
<b>Sekundarstufe 2:</b>		
Gymnasiale Maturitätsschulen	327	1 203 559
Andere Mittelschulen	273	1 015 639
Vollzeitberufsschulen	178	825 295
Berufslehren und Anlehren	625	2 993 220
Nach Berufslehre erworbene Berufsmaturitäten	109	347 445
<b>Tertiärstufe:</b>		
Höhere (nicht universitäre) Berufsbildung	43	273 673
Fachhochschulen	276	1 792 556
Universitäten und Eidgenössische Technische Hochschulen	351	2 576 261
Weiterbildung	1	9 000
<b>Total</b>	<b>2183</b>	<b>11 036 648</b>

### 11.1.3 Studiendarlehen

Im Kalenderjahr wurden 73 (71) Gesuche geprüft; davon wurden 66 (61) genehmigt. Insgesamt wurden Studiendarlehen im Umfang von 472 520 (493 680) Franken gewährt, wobei gemäss Budget 500 000 (500 000) Franken veranschlagt waren. Demgegenüber wurden im Jahr 2014 388 666 (390 191) Franken zurückbezahlt; im Voranschlag waren für die Rückzahlung von Darlehen 450 000 (450 000) Franken veranschlagt worden.

### 11.1.4 Bundesbeiträge

Der vom Bund bereitgestellte Kredit wird nach Massgabe der Bevölkerungsgrösse auf die Kantone aufgeteilt. Freiburg wird voraussichtlich rund 920 000 Franken erhalten.

## 12 Amt für Sport (SpA)

Amtsvorsteher: Benoît Gisler

### 12.1 Tätigkeit

#### 12.1.1 Kommission für Sport und Sporterziehung

2014 hielt die von Yvan Girard präsierte Kommission drei Plenar- und eine Untergruppensitzung ab:  
Die Kommission

- > prüfte die Entwürfe für die Verordnungen des Kantons und des Bundes im Bereich des Sports und nahm dazu Stellung;
- > unterbreitete dem Staatsrat Vorschläge für die Vergabe des Sportpreises des Staates;
- > beschloss die Vergabe von zwei Förderpreisen, den einen an die 18-jährige Mélanie Nippel aus Kerzers (Synchronschwimmen), den andern an den 19-jährigen Rémi Bonnet aus Charmey (Skitourenrennen);
- > sprach sich für die Schaffung eines regionalen Ausbildungszentrums für den Skisport in Bulle aus
- > und behandelte die laufenden Geschäfte in ihrem Zuständigkeitsbereich.

## 12.1.2 Sporterziehung

Sport und Sporterziehung werden auf allen Stufen der obligatorischen Schule und an den Schulen der Sekundarstufe 2 unterrichtet. Das Jahr 2014 war geprägt von folgenden Hauptaktivitäten:

### 12.1.2.1 Fortbildung der Lehrpersonen

#### **Obligatorische Fortbildung:**

Über 504 (346) Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen absolvierten einen Basiskurs Plus Pool oder einen der zahlreichen Kurse zur Erneuerung des Rettungsschwimmbrevets und erfüllten damit die jeweils alle zwei Jahre fällige Fortbildungspflicht.

#### **Fakultative Fortbildung:**

Das Interesse der Lehrkräfte an der Fortbildung zeigt sich daran, dass der Grossteil der angebotenen Kurse durchgeführt werden konnte; das Kursangebot wird zudem stetig ausgebaut. Die auf Antrag organisierten Kurse verzeichneten eine starke Nachfrage; insgesamt 526 Personen nutzten dieses Angebot und konnten dabei von den Fachkenntnissen der Ausbilderinnen und Ausbilder in verschiedenen Fächern profitieren.

### 12.1.2.2 Sicherheit im Schulsportunterricht

Zur «Sicherheit im Schulsportunterricht» wurde für Lehrpersonen der französischsprachigen Klassen des 1. Zyklus im Rahmen der Weiterbildung ein Vertiefungskurs durchgeführt.

### 12.1.2.3 Freiwilliger Schulsport

Das Angebot an freiwilligen Schulsportkursen findet Anklang, denn dank den auf allen Schulstufen angebotenen Kursen konnten rund 4500 (3900) Schülerinnen und Schülern eine zusätzliche Wochenstunde Sportunterricht besuchen.

### 12.1.2.4 Schülerturniere

Die Primarschülerinnen und Primarschüler konnten sich 2014 in folgenden Sportarten messen: Ski und Snowboard, Orientierungslauf, Basketball und Fussball.

Zahlreiche Klassen der Orientierungsschulen beteiligten sich im Berichtsjahr an kantonalen Turnieren: Basketball (11<sup>H</sup>), Unihockey (9<sup>H</sup>), Eishockey (10 und 11<sup>H</sup>), Handball (10<sup>H</sup>), Fussball (9 bis 11<sup>H</sup>), Orientierungslauf (9 bis 11<sup>H</sup>), Volleyball (10 und 11<sup>H</sup>) sowie Badminton (10<sup>H</sup>).

Auf der Sekundarstufe 2 beteiligten sich die Schülerinnen und Schüler in grosser Zahl an der GiantXTour, an den «Collégiades», an den Westschweizer Meisterschaften der Mittelschulen sowie an nationalen Meisterschaften.

### 12.1.2.5 Schweizerische Schulsporttage

An den schweizerischen Schulsporttagen in der Region Sarnen im Kanton Obwalden war der Kanton Freiburg mit 17 (24) Teams aus den Orientierungsschulen vertreten; diese traten in 9 (9) von 11 angebotenen Sportdisziplinen an. Dreimal standen die Freiburgerinnen und Freiburger auf dem Podium: Basketball Mädchen 1. Platz, Beachvolley Mixed 2. Platz und Unihockey Mädchen 3. Platz.

---

### 12.1.2.6 Nachwuchsförderung

Die Förderung junger Freiburger Sporttalente erfolgt in Form von Beratung, Stundenplan-Anpassungen, finanzieller Unterstützung (LoRo-Sport und/oder kantonaler Sportfonds) sowie Koordination mit den Schulbehörden und Sportverbänden.

Dank der tatkräftigen und professionellen Unterstützung der Sportverbände konnten die bestehenden Projekte mit neuen ergänzt werden. 2014 haben rund 411 (427) junge talentierte Sportler/-innen oder Kunstschaffende von Stundenplan-Anpassungen profitiert, damit sie ihre sportliche oder künstlerische Laufbahn mit der schulischen Ausbildung vereinbaren können.

Nach Basketball, Hockey, Volleyball und Fussball wird ab dem kommenden Schuljahresbeginn in Bulle auch ein regionales Ausbildungszentrum für den Skisport zur Verfügung stehen. Die Voraussetzungen dazu wurden mit einer Vereinbarung mit dem Westschweizer Regionalverband Ski-Romand im November 2014 geschaffen.

### 12.1.3 Jugend+Sport (J+S)

Im Jahr 2014 verzeichnete das Kursangebot J+S-Kids für Kinder von 5 bis 10 Jahren eine stabile Entwicklung. Mit diesem Programm fanden im Berichtsjahr 18 (16) Ausbildungstage und 6 (6) Weiterbildungstage statt. Die Kurse für Kinder erfreuen sich steigender Beliebtheit, was deutlich belegt, dass das Programm Anklang findet.

#### 12.1.3.1 Tätigkeit und Fortbildung der Experten

171 (185) Expertinnen und Experten waren an der Aus- und Weiterbildung der J+S-Leiterinnen und -Leiter beteiligt. 49 (33) von ihnen nahmen am kantonalen Ski-Zentralkurs in Zermatt teil.

#### 12.1.3.2 Aus- und Weiterbildung der Leiterinnen und Leiter

519 (513) Leiterinnen und Leiter wurden in 18 (18) kantonalen Leiterkursen ausgebildet. 1278 (1210) Leiterinnen und Leiter nahmen an 40 (39) Fortbildungskursen teil. Ein (3) J+S-Coach-Kurs musste mangels Anmeldungen abgesagt werden.

#### 12.1.3.3 Von J+S Freiburg organisierte Lager

Das Kletter- und Bergsteigerlager im Soldatenhaus (Chalet du Soldat) am Fusse der Gastlosen wurde mit 22 (28) Jugendlichen durchgeführt. An den zwei Schwimmsport-/Polysport-Lagern in Tenero beteiligten sich insgesamt 144 (150) Jugendliche. Das Kanu-Lager in La Roche zählte 25 (26) Teilnehmende. Am zweiten Tageslager Schwimmen in Murten nahmen 33 (29) Kinder von 8 bis 12 Jahren teil; dieser Anlass war somit erneut sehr erfolgreich.

#### 12.1.3.4 J+S-Kurse und -Lager (10- bis 20-Jährige) organisiert durch Vereine und Schulen

An diesen Kursen und Lagern nahmen 33 939 (30 550) Jugendliche in 51 Sportarten teil. Für diese Aktivitäten entschädigte der Bund die J+S-Leiterinnen und -Leiter, die J+S-Coaches, ihre Vereine und Gruppierungen mit 2 893 582 (2 365 898) Franken.

#### 12.1.3.5 J+S-Kurse Kids (5- bis 10-Jährige) organisiert durch Vereine und Schulen

An diesen Kursen, bei denen Kinder nach dem J+S-Kids-Programm polysportiv gefördert werden, nahmen 4183 (4486) Kinder teil. Für diese Aktivitäten entschädigte der Bund die J+S-Leiterinnen und -Leiter, die J+S-Coaches, ihre Vereine und Gruppierungen mit 257 302 (223 999) Franken.

### 12.1.4 Loterie Romande-Sport (LoRo-Sport)

Die Kantonale Kommission der Loterie Romande für den Sport (LoRo-Sport) hat einen grossen Teil ihrer Richtlinien überarbeitet und ihre Organisation an die neue Struktur angepasst.

Der Kantonsanteil am Gewinn von Loterie-Romande-Sport betrug im Jahr 2014 2 747 426 (2 710 647) Franken.

Die genaue Aufteilung der Beträge kann über die Internetseite des Amtes unter der Adresse [www.fr.ch/sspo/fr/pub/sport\\_loterie\\_romande.htm](http://www.fr.ch/sspo/fr/pub/sport_loterie_romande.htm) heruntergeladen werden. Sie kann auch direkt über die Webseite der Loterie Romande in ihrem Jahresbericht eingesehen werden ([www.loro.ch/fr/chiffres-cles](http://www.loro.ch/fr/chiffres-cles)).

72 (79) Verbände, Vereine oder Institutionen, Mitglieder des Freiburger Verbands für Sport FVS, erhielten einen Unterstützungsbeitrag für ihren ordentlichen Sportbetrieb, und zwar auf der Basis der Mitgliedererhebung 2013, die bis 2015 gültig bleibt.

### 12.1.5 Kantonales Inventar der Sportanlagen

Auf der Internetseite des Amtes ist ein Inventar der Sportanlagen des Kantons Freiburg aufgeschaltet ([www.sportfr.ch](http://www.sportfr.ch)). Dank den Informationen der Gemeinden oder Sportvereine wird es regelmässig nachgeführt.

### 12.1.6 Besondere Ereignisse

Anlässlich der Nacht des Freiburger Sportpreises vom 19. Dezember konnte Pierre Marro, der sich stark für die Freiburger Leichtathletik eingesetzt hat und über die Kantonsgrenzen hinaus bekannt ist, den Sportpreis des Kantons in Empfang nehmen. Ausserdem wurden an diesem Anlass auch die beiden in Kap. 2.1 erwähnten Förderpreise übergeben.

Im Kanton sind zahlreiche Bauprojekte für Sportanlagen in Planung (Schwimmbäder, Eishallen, Sporthallen und Sportzentren) und das Amt arbeitet eng mit den verschiedenen Partnern zusammen, um für eine gute Verteilung dieser Sporteinrichtungen zu sorgen.

## 13 Amt für Kultur KA

Amtsvorsteher: Philippe Trinchan

### 13.1 Kommissionen

#### 13.1.1 Kommission für die Verwaltung des kantonalen Kulturfonds

Die Kommission prüft die Fonds, aus denen sich der kantonale Kulturfonds zusammensetzt, sowie die ihr unterbreiteten Vorschläge für die Verwendung der Fondsmittel. Sie hat sich zu einer Sitzung getroffen.

#### 13.1.2 Kommission für kulturelle Angelegenheiten

Die Kommission tagte fünfmal und nahm Stellung zu 186 (187) Beitragsgesuchen, die beim Amt eingegangen sind. Sie schlug dem Staatsrat die Vergabe von acht Mehrjahres-Schaffensbeiträgen für die Jahre 2015 bis 2017 vor. Mit diesen Beiträgen werden Tätigkeiten von Gruppen professioneller Kulturschaffender und Kulturträger in den Bereichen Tanz, Theater und Musik und von Kulturanbietern gefördert, um damit professionelle, originelle Kulturangebote zu schaffen. Sie genehmigte die jährliche Ausschreibung eines Mobilitätsstipendiums für das Kunstschaffen. Zudem schlug die Kommission dem Staatsrat den Preisträger für den Kulturpreis des Kantons Freiburg vor.

### 13.2 Kulturförderbeiträge

Zur Förderung kultureller Ausdrucksformen (Theater, Literatur, Musik, Film, bildende Kunst, Tanz), anderer Formen der Kulturanimation sowie kultureller Kooperationsprojekte standen dem Amt für Kultur insgesamt 3 950 000 Franken zur Verfügung.

#### 13.2.1 Statistik

85 % (83) der gewährten Beiträge waren für die Förderung des Kulturschaffens bestimmt und 15 % (17) gingen an kulturelle Veranstaltungen folgender Ausdrucksformen:

Ausdrucksformen	2014	2013
Theater	38,2 %	41,4 %
Festivals / kulturelle Anlässe	13,8 %	15,8 %

Ausdrucksformen	2014	2013
Musik	22,8 %	21,0 %
Tanz	13,6 %	11,2 %
Bildende Kunst	7,2 %	7,4 %
Literatur / Publikationen	2,0 %	0,9 %
Film/Video	2,4 %	2,3 %

Das Internetportal des Amtes ([www.fribourg-culture.ch](http://www.fribourg-culture.ch)) verzeichnete über 44 000 (38 000) Besuche.

### 13.2.2 Mehrjahres-Schaffensbeiträge

Folgende Gruppen von Kulturschaffenden erhielten im Rahmen der Mehrjahres-Schaffensbeiträge (Zeitraum 2012–2014) insgesamt 1 975 000 Franken: Théâtre des Osses / Centre dramatique fribourgeois (Givisiez), Compagnie de danse DA MOTUS! (Givisiez), Compagnie de danse Fabienne Berger (Promasens), Ensemble Orlando Fribourg, Freiburger Oper, Kunsthalle Fri-Art, Belluard Bollwerk International und die Stiftung Equilibre und Nuithonie. Dank dem Förderinstrument «Freiburger RésiDanse» konnten Produktionen folgender drei Freiburger Tanztruppen aufgeführt werden: Compagnie DA MOTUS, Compagnie Noireclaire und Tanztheater Karin Jost.

### 13.2.3 Schaffensbeiträge

Die EKSD gewährte folgenden Kulturschaffenden und kulturellen Institutionen einmalige Schaffensbeiträge in Höhe von insgesamt 1 107 000 Franken:

#### 13.2.3.1 Musik, Gesang, Rock, Jazz:

Freiburger Kammerorchester, Festival Geistlicher Musik, Opéra des Champs Bulle, Chœur des XVI, Opéra Louise, Ensemble vocal De Musica, Compagnie de l'Orchestre Animé, Chœur Arsis, Concerts de la Semaine Sainte, Stadt- und Universitätsorchester, Divertimento Vocale, Sympaphonie Editions, Ensemble vocal La Rose des Vents Romont, Chœur Anonymos Ecuwillens, CantaSense Düdingen, Collegium Vocale Seeland, Ensemble vocal Utopie, Denis Beuret, Quintette Eole Bulle, Association Nouvelles Créations Semsales, L'Echo des Roches La Roche, Association romande de soutien aux chorales d'enfants et de jeunes, Maîtrise L'Annonciade Romont, Camerata Variabile, Sylvain Tissot, René Perler, La Chanson de Fribourg.

#### 13.2.3.2 Literatur / Publikationen

Till Schaap Edition, Paulusverlag, Editions Slatkine, Editions Cabédita, Editions de l'Hèbe, Offizin Verlag GmbH Zürich, Editions Faim de Siècle, Editions Tsar Vevey, Werd & Weber Verlag AG, Editions Alphil.

#### 13.2.3.3 Tanz

Compagnie Drift, Danse Créations.

#### 13.2.3.4 Theater

Talman Ensemble, Le Magnifique Théâtre, Le Guignol à Roulettes, Roz & Coz Theatre Company, Collectif Ouverture, Opus 89, Compagnie Boréale, Compagnie Koenig, Compagnie Les Débrouillarts.

#### 13.2.3.5 Film, Video

Fondation romande pour le cinéma, Calypso Film AG.

#### 13.2.3.6 Bildende Kunst / Fotografie:

Jérôme Berbier, Sandro Godel, Chi-Long Trieu, Gaël Sapin, Musée Gutenberg, Association Wallriss, Pierre-Yves Massot, Karin Kurzmeyer, Association Charlatan, Romano P. Riedo, Hans Schöpfer, Jean-Michel Robert.

### 13.2.4 Ausserordentliche Beiträge und Beiträge zur Förderung der Dezentralisierung

Mit ausserordentlichen Beiträgen oder Defizitgarantien in Höhe von insgesamt 444 000 Franken hat die EKSD folgende Veranstaltungen und Organisationen unterstützt:

---

EclatsConcerts Fribourg, Association des concerts de Corpataux-Magnedens, Société des concerts de la ville de Bulle, Association des amis de l'orgue du Collège St-Michel, Nacht der Museen Freiburg, Académie d'orgue de Fribourg, Buch- und Papiermesse (Greyerz), FriScènes (Freiburg), Ludimania'K (Estavayer-le-Lac), Association Guitare et Luth (Greyerz), Cantorama (Jaun), Association Rencontres Guitares (Bulle), Association ADMA (Freiburg), Sangeet Swiss (Pont-la-Ville), Groupe Cortez (Vuadens), Rencontres théâtrales de Bulle, 20 Heures de Musique Romont, Swing in the Wind (Estavayer-le-Lac), BédéMania Belfaux/Corminboeuf, Art Forum Glâne (Rue), Fribourg Piano Association, Guitare Passion (Freiburg), Prix interrégional des jeunes auteurs PIJA (Charmey), Triennale Altitudes (Bulle), Orchestre des Jeunes de la Suisse romande, Association des Amis de La Planche (Freiburg), Laure Betris (Freiburg), Association Roadmovie, ktv-atp Association Artistes-Théâtre-Promotion, Manuel Oberholzer (Freiburg), Arnaud Francelet (Murten), Association Crapouille (Freiburg), Kunos Circus Theater (Prez-vers-Noréaz), Benoît Gisler (Freiburg), Al Comet (Marly).

### 13.2.5 Ordentliche Beiträge

Die EKSD unterstützte 30 im Kanton tätige Kulturvereine und kulturelle Gruppierungen sowie interkantonale Institutionen mit insgesamt 158 000 Franken.

### 13.2.6 Beiträge der Loterie Romande

In Absprache mit dem Staatsrat gewährte die kantonale Kommission der Loterie Romande folgenden Veranstaltungen und Kulturstätten Unterstützungsbeiträge in Höhe von insgesamt 3 175 000 Franken: Bad Bonn (Düdingen), Belluard Bollwerk International (Freiburg), Centre culturel Ebullition (Bulle), Estivale Openair (Estavayer-le-Lac), Festival Les Georges (Freiburg), Internationales Jazzfestival von Freiburg, Internationales Filmfestival Freiburg, Festival Geistlicher Musik (Freiburg), Fri-Art (Freiburg), Les Francomanias de Bulle, Fondation du Théâtre des Osses (Givisiez), Fri-Son (Freiburg), La Spirale (Freiburg), Le Bilboquet (Freiburg), Les Concerts de l'Avent (Villars-sur-Glâne), Murten Classics, Musica Virtuosa-Festival du Lied (Freiburg), Nouveau Monde (Freiburg), Freiburger Oper, Internationales Folkloretreffen Freiburg, Konzertgesellschaft Freiburg.

Ferner unterstützte die Kommission, ebenfalls mit Zustimmung des Staatsrats, die Saisonprogramme folgender kultureller Einrichtungen mit insgesamt 1 038 000 Franken: Bicubic (Romont), Gastspielhaus Equilibre (Freiburg), Espace Nuithonie (Villars-sur-Glâne), CO2 (La Tour-de-Trême), Podium (Düdingen), Univers@lle (Châtel-St-Denis), La Tuffière (Corpataux-Magnedens).

### 13.2.7 Förderung des zeitgenössischen Musikschaffens

15 Gastaufenthaltstage wurden gewährt, und zwar an folgende Kulturlokale: Bad Bonn (für den Gastaufenthalt von Toronaut und Grand Atlas Mondial), Nouveau Monde (Sébastien Peiry), Ebullition (Primasch) und Fri-Son (The Burden Remains), damit die Bands oder Musikschaffenden ihre Auftritte vorbereiten können.

### 13.2.8 Kulturpreis des Staates

Der Kulturpreis des Staates Freiburg wird alle zwei Jahre vergeben. Im 2014 zeichnete der Staatsrat, auf Vorschlag der Kommission für kulturelle Angelegenheiten, die Tanzcompagnie Da Motus! in Givisiez aus. Der Preis in Höhe von 15 000 Franken wurde am 10. Dezember an einer öffentlichen Veranstaltung in Freiburg übergeben.

### 13.2.9 Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg

Die neunte «Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg» wurde vom Neuenburger Fotografen Marc Renaud realisiert. In seiner Arbeit mit dem Titel «Spitaldossier» zeichnete der Fotograf das Porträt des Freiburger Spitals (HFR) im Kontext der Spitalreformen. Seine Arbeit wurde in einer Ausstellung in der Kantons- und Universitätsbibliothek und in einem Katalog präsentiert.

### 13.2.10 Fonds Pierre und Renée Glasson

Der Violoncellist Zoltàn Despond aus Grandvillard hat das mit 10 000 Franken dotierte Stipendium aus dem Fonds Pierre und Renée Glasson erhalten, um seine Masterstudien an der an der Zürcher Hochschule der Künste zu finanzieren. Zoltàn Despond wurde nach einer Anhörung durch die Fachjury aus drei Kandidaturen ausgewählt.



---

### 13.2.11 Zusammenarbeit

Das Amt beteiligte sich wiederum an den Arbeiten der CORODIS (Commission romande de diffusion des spectacles) sowie des Vereins «Label+Théâtre romand». Es unterstützte die Tätigkeit der «Fondation romande pour le cinéma» (Cineforum), der «Fondation romande pour la chanson et les musiques actuelles» (FCMA), des «Réseau Danse Suisse» (RESO) sowie der «Association romande des techniciens du spectacle» (ARTOS). Zudem nahm es an den Arbeiten von nationalen und westschweizerischen Kulturkonferenzen teil.

Dank der Vereinbarung über kulturelle Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Freiburg und der Region Elsass konnte dieses Jahr Tartine Reverdy (Dangolsheim) im Theater L'Arbanel (Treyvaux) auftreten. Der Stiftung Equilibre und Nuithonie wurde ein Schaffensbeitrag für den Gastaufenthalt der Tanzcompagnie Act2 aus Mülhausen gewährt. Das Théâtre des Osses reiste nach Colmar, um am Theater «Comédie de l'Est» eine Produktion anzusehen, die in Freiburg gezeigt werden könnte. Rund 15 Verantwortliche von Aufführungssälen und Theatergruppen aus den beiden Regionen nahmen an einem kulturellen Austauschtreffen teil.

Das Amt unterstützte die Tätigkeit und den Betrieb der Casa Suiça in Nova Friburgo (Brasilien), dies entsprechend der Verpflichtungen, die der Staatsrat im Jahr 2010 eingegangen ist. Ein ausserordentlicher Beitrag von 8000 Franken diente zur Unterstützung eines Schüleraustausches zwischen dem Kollegium Heilig Kreuz in Freiburg und den Schülerinnen und Schülern von Alliance Française in Nova Friburgo.

Der Amtsvorsteher vertritt den Staat Freiburg im Stiftungsrat der Hochschule für Theater der Westschweiz sowie im Stiftungsrat der Haute Ecole de Musique (HEMU) Vaud/Valais/Fribourg.

### 13.2.12 Künstlerateliers im Ausland

Der Fotograf Pierre-Yves Massot aus Freiburg weilte im ersten Halbjahr 2014 im Künstleratelier «Im Wedding» in Berlin. Auf Vorschlag der Expertenjury wurde das Künstleratelier «Jean Tinguely» in der Cité des Arts in Paris für sechs Monate dem bildenden Künstler Gaël Sapin aus Lully zur Verfügung gestellt. Der Grafikdesigner Chi-Long Trieu aus Marly konnte im zweiten Halbjahr das Künstleratelier «The Toy Factory» in New York nutzen.

### 13.2.13 Kultur und Schule

Unter dem Label «Kultur und Schule» unterstützte das Amt 29 (20) Schulaufführungen von Freiburger Kulturschaffenden. Ausserdem gewährte das Amt acht Museen und Ausstellungsstätten des Kantons sowie dem Festival BédéMania in Belfaux/Corminboeuf finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Workshops und Führungen für die Klassen der obligatorischen Schule.

Insgesamt belief sich der für das Programm «Kultur und Schule» gewährte Beitrag auf 123 398 Franken; hinzu kommt noch ein Betrag von 85 000 Franken aus dem Lotteriegeldfonds zur Unterstützung der pädagogischen Angebote am Internationalen Filmfestival Freiburg.

### 13.2.14 Immaterielles Kulturerbe

Das kantonale Inventar, dessen wissenschaftliche Leitung der Staatsrat dem Greyerzer Museum anvertraut hat, wird in Zusammenarbeit mit den Trägern der Traditionen aktualisiert. Die im April auf dem Internetportal des Staates aufgeschaltete Internetseite zu den lebendigen Traditionen im Kanton Freiburg präsentiert 46 von rund 70 Traditionen, die im kantonalen Inventar erfasst sind. In acht Monaten wurde diese Seite von über 9200 Personen konsultiert.

## 13.3 Besondere Ereignisse

Als Ersatz für die Künstlerresidenz «The Toy Factory» in New York hat die EKSD ein neues Förderinstrument für das professionelle Kunstschaffen eingeführt; ein Mobilitätsstipendium für das Kunstschaffen. Dieses Stipendium dient zur Unterstützung professioneller Kunstschaffender aus Freiburg, die ein Schaffensprojekt realisieren möchten, für das ein drei- bis sechsmonatiger Aufenthalt ausserhalb ihrer Sprachregion oder im Ausland nötig ist.

Der Kanton Freiburg und die Region Elsass haben am 18. Oktober die Vereinbarung über die kulturelle Zusammenarbeit, die sie erstmals 2008 abgeschlossen haben, für drei weitere Jahre verlängert. Die neue

---

Vereinbarung verstärkt die Unterstützungsangebote und schliesst künftig auch die gestaltende Kunst und die zeitgenössische Musik mit ein.

### 13.4 Beaufsichtigung und Koordination der kulturellen Institutionen

Der Amtsvorsteher hielt mit den Verantwortlichen der kulturellen Institutionen rund dreissig Koordinationsitzungen ab. Er beaufsichtigte die Erstellung des Voranschlags und der Rechnung sämtlicher Institutionen und nahm an den jeweiligen Kommissionssitzungen (Arbeitsgruppen und Gesamtkommission) der Institutionen teil. Zudem war er auch an den Versammlungen von rund zehn Stiftungsräten anwesend, die mit der Führung von durch Dritte gegründete kulturelle Institutionen in Freiburg oder in der Westschweiz betraut sind.

Der Amtsvorsteher ist Mitglied der Baukommission zur Erweiterung der Kantons- und Universitätsbibliothek, der Kommission zur Erarbeitung des Gesetzes über die Archivierung und das Staatsarchiv (ArchG) sowie der Task Force, die nach dem angekündigten Austritt des Kantons Waadt Überlegungen zur Zukunft des Westschweizer Bibliotheksverbunds RERO anstellen soll.

### 13.5 Staatsarchiv Freiburg (StAF)

Staatsarchivar: Alexandre Dafflon

#### 13.5.1 Gesetzesgrundlagen und Ressourcen

##### 13.5.1.1 Vorentwurf eines Gesetzes über die Archivierung und das Staatsarchiv

Der Staatsrat hat den Vorentwurf eines Gesetzes über die Archivierung und das Staatsarchiv in Vernehmlassung gegeben (4. April). Es trafen 99 Stellungnahmen ein. Aus ihnen geht hervor, dass hinsichtlich der Archivierung in der kantonalen Verwaltung grosse Erwartungen bestehen und die Nützlichkeit eines allgemeinen Gesetzes in diesem Bereich unbestritten ist. Einige Artikel des Gesetzesentwurfs und Teile der begleitenden Botschaft wurden anhand der bei der Vernehmlassung vorgebrachten Bemerkungen überarbeitet.

##### 13.5.1.2 Personal

Das StAF verfügt über einen Personalbestand von 6 Vollzeitstellen, bei einem Archivbestand von 14,5 Laufkilometern und von jährlichen Abgaben von 350-400 Laufmetern. Bei der Konservierung und der Inwertsetzung der Bestände des Mittelalters und des Ancien Regimes wie auch beim Records Management und bei der elektronischen Datenverwaltung (zwei Herausforderungen, die eng mit der Annahme des Gesetzes über die Archivierung verbunden sind), machen sich dringende Bedürfnisse bemerkbar.

##### 13.5.1.3 Gebäude und Ausstattung

Zehn Jahre nach dem Umzug des StAF an die Zeughausstrasse 17 sind die Depots von Freiburg und Bulle praktisch gefüllt. Ein Provisorium im ehemaligen Depot der Groupe E an der Adresse Daillettes 6, das seit Ende 2014 zur Verfügung steht, dient als Übergangslösung. Angesichts dieses sich immer wieder stellenden Problems hat das StAF einen erhöhten Raumbedarf, insbesondere um die jährlichen Lieferungen des Verwaltung aufzunehmen, deren Umfang jedes Jahr zunimmt. Im Rahmen des Ausbaus der Kantons- und Universitätsbibliothek wird eine «interinstitutionelle kantonale Lagerung» (SIC) geprüft. Ausserdem müssen die aktuellen Räume an die Anforderungen hinsichtlich Aufbewahrung und Konsultation angepasst werden.

#### 13.5.2 Tätigkeit

##### 13.5.2.1 Archivkommission

Die Kommission des Konservatoriums tagte zweimal. Sie wurde über den Budgetvoranschlag 2015 und die Revision des Finanzplans 2015-2018 informiert, ebenso über die vorbereitenden Arbeiten zum Records Management und zur elektronischen Datenverwaltung. Sie erhielt ferner Informationen zum Vorentwurf für das Gesetz über die Archivierung und das Staatsarchiv und hat dessen Jahresbericht zur Kenntnis genommen.

##### 13.5.2.2 Informatik und neue Technologien

Das Modul *Query Sync Tool* wurde auf der Datenbank des StAF installiert. Es erlaubt die regelmässige Aktualisierung der Informationen. Die Digitalisierung und Mikroverfilmung von grossen Dokumentationsbeständen

---

wird fortgesetzt: topographische Pläne der Gemeinden, Katasterpläne des 19. Jahrhunderts (nach Gemeinden), Register der Häftlinge des Bestandes der Anstalten von Bellechasse usw. Der Bestand der Kaiser- und Königsurkunden wurde komplett fotografiert.

Nach der Erarbeitung der Empfehlungen über die digitale Archivierung (*Recommandations en matière d'archivage numérique* - REDREC), in Zusammenarbeit mit dem ITA, arbeiten das StAF und das ITA an der Erstellung eines Rasters, das es erlaubt, die analoge und digitale Dokumentation eines Amtes zu überprüfen und Lösungen für die elektronische Verwaltung der Dokumente anzubieten (Mandat AUDoc). Dieses Projekt wird 2015 fortgesetzt und durch eine Reflexion zu den Modellen der digitalen Archivierung vervollständigt. Seit 2014 erlaubt es die provisorische Lösung für die Langzeitarchivierung von elektronischen Dokumenten ARCUN dem Staatsarchiv, seine eigenen digitalen Daten und Dokumente zu sichern.

### 13.5.2.3 Beziehungen zu archivbildenden Stellen

37 (36) Dienste der Verwaltung wurden besucht (83 Besuche und Sitzungen). Auch 31 (25) andere Institutionen liessen sich durch das StAF beraten (38 Besuche und Sitzungen).

### 13.5.2.4 Zuwachs der Archivbestände und der Bibliothek

2014 erhielt das StAF 405,30 (375,91) Laufmeter, davon 372,28 (334,83) Laufmeter von den Dienststellen des Staates und 33,02 (41,08) Laufmeter von anderen Körperschaft oder Privaten. Eine neue Aufstellung der aufbewahrten Bestände ergibt ein Total von 14,5 Laufmetern. Das StAF hat zudem Originaldokumente erworben und seine Bibliothek um 375 Titel bereichert.

### 13.5.2.5 Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten

Das StAF hat die Inventare von 17 Archivbeständen erstellt und abgeschlossen, darunter der Bestand der Kaiser- und Königsurkunden (1219-1697) und der Bestand Roger de Diesbach (1979-2007). Unter den wichtigen laufenden Arbeiten (15 Bestände) sind die Klassierung und das Inventar der Bestände der Anstalten Bellechasse, des Tiefbauamtes, des Militärdepartements, des Gerichts des Saanebezirks, der Pläne der Kathedrale St. Nikolaus (Gebäudedienst). Ein vom SJD bezahlter Mitarbeiter hat für das Kantonsgericht sowie für die Gerichte des Saane- und des Greyerzbezirks gearbeitet.

### 13.5.2.6 Konservierungsmassnahmen, Restaurierung, Mikroverfilmung

13 Stücke des Bestands der Kaiser- und Königsurkunden (1289-1439) wurden restauriert, ebenso wie 7 weitere Stücke, davon ein Register des Häftlinge der Zwangsanstalt (1916-1928) und ein Band geometrischer Pläne der Gemeinde Montbovon (1801-1805). 219 Bände (Urbare von Bulle und Châtel-Saint-Denis – Vorfahren des Grundbuchs, Pfarreiregister) wurden mikroverfilmt.

### 13.5.2.7 Dienstleistungen, Führungen, Ausstellungen

9821 (8729) Dokumente wurden von 634 (640) Benutzern konsultiert, was 2173 (2282) Tagessätzen entspricht. Das StAF übermittelte 602 (478) Dossiers an die Gerichte und Dienststellen der Verwaltung. Auf Anfrage von 36 Personen, die vor 1981 Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen wurden, wurden ebenso viele Nachforschungen angestellt. Das StAF hat 154 Studierende und Lehrkräfte für Arbeitssitzungen empfangen. Zudem hat es 12 Führungen für 277 Personen durchgeführt und mehrere Dokumente für Ausstellungen in Freiburg, Genf und Freiburg im Breisgau ausgeliehen.

### 13.5.2.8 Wissenschaftliche Arbeiten und Publikationen

Mit Unterstützung des Rechtsquellenstiftung des Schweizerischen Juristenvereins und des Schweizerischen Nationalfonds für wissenschaftliche Forschung werden zwei Projekte durchgeführt: die Herausgabe des ersten Freiburger Notariatsregisters, des *Registrum Lombardorum* (1356-1359) und das Projekt «Freiburg und die Reformation». Das StAF hat mehrere Studientagungen mitorganisiert: ein Kurs der *Société d'Histoire du Canton de Fribourg* (Gesellschaft für Geschichte des Kantons Freiburg) mit dem Titel «Parcours de vie» (12. Februar bis 10. April, 112 Teilnehmende), eine Tagung über den Sonderbund in Freiburg (21. Juni, 50 Teilnehmende) und eine anderthalbtägige Tagung über die Gerichtsarchive (3.-4. Oktober, 65 Teilnehmende). Die Mitarbeiterinnen und

---

Mitarbeiter des StAF hielten zahlreiche Vorträge und veröffentlichten Werke und Artikel in verschiedenen Zeitschriften und Publikationen. Zusammen mit dem Kapitel von St. Nikolaus gab das StAF ein zweisprachiges Buch heraus: Joseph Leisibach, *Les antiphonaires de Saint-Nicolas / Die Antiphonare von Sankt Nikolaus in Freiburg, Fribourg*, 2014, 103 S. (Abb.). Es bereitet eine *Geschichte des Staatsarchivs Freiburg* vor, die Ende 2015 erscheinen soll, und nimmt in Zusammenarbeit mit der Universität Freiburg und der *Société d'Histoire du Canton de Fribourg* an der Herausgabe des Tagebuchs von Jean de Montenach (1766-1842) teil, der die Schweiz 1815 auf dem Wienerkongress vertrat.

Die Zusammenarbeit mit den Universitäten ist wichtig: mit dem *Séminaire d'Histoire Médiévale* der Universität Lausanne, mit den Universitäten Bern und Lausanne, dies im Rahmen des *Master of advanced studies in archival, library and information*, sowie mit dem Institut für schweizerische Zeitgeschichte der Universität Freiburg. An diesen Universitäten geben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des StAF Kurse.

Für weitere Informationen siehe die Webseite des StAF ([www.fr.ch/aef](http://www.fr.ch/aef)).

## 13.6 Kantons- und Universitätsbibliothek

Direktor: Martin Good

### 13.6.1 Kommission

In den beiden Sitzungen sah die Kommission die Jahresrechnung 2013 ein und nahm zum Voranschlag 2015 positiv Stellung. Die wichtigsten behandelten Themen betrafen: das Aus- und Umbauprojekt der KUB, die Entwicklung des Westschweizer Bibliotheksverbunds (RERO), das Digitalisierungsprojekt der Freiburger Presse, der Vorentwurf für das Gesetz über die Archivierung und das Staatsarchiv sowie den unentgeltlichen E-Book-Zugang für alle. Die Kommissionsmitglieder zeigten sich erfreut über die Qualität und Vielfalt des der Freiburger Öffentlichkeit angebotenen Kulturprogramms.

### 13.6.2 Direktion und Stabsfunktionen

Die KUB verfügt über einen Personalbestand von 49,46 Vollzeitstellen (wie 2013), die sich auf 64 Personen verteilen. Zudem beschäftigt sie ca. 45 Personen mit befristeten Anstellungsverträgen (drittfinanzierte Anstellungen, Stundenlohnbezüger, Zivildienstleistende, Personen aus Beschäftigungsprogrammen, Praktikanten, Lernende).

Wichtigste behandelte Dossiers:

- > Ausbau- und Umbauprojekt der KUB, insbesondere Durchführung der Detailstudie, die auch Überlegungen zur Schaffung eines interinstitutionellen kantonalen Depots umfasst;
- > Freiburger Vertretung im «Conseil stratégique RERO» (Bildung einer bibliothekstechnischen Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Szenarios für RERO 2017, da der Kanton Waadt seinen Rückzug aus RERO auf Ende 2016 angekündigt hat; vollständige Erneuerung der RERO-Direktion);
- > Freiburger Vertretung in der Konferenz der Universitätsbibliotheken der Schweiz «KUB» (insbesondere Zulässigkeit des Artikelversands aus Sicht des Urheberrechts; Lancierung des Projekts «Swiss Library Services Platform SLSP»);
- > Freiburger Vertretung in der Schweizerischen Konferenz der Kantonsbibliotheken (Lancierung eines Projekts für die Publikation historischer Postkarten im Internet);
- > Bewältigung der Folgen des Konkurses der Agentur Swets, welche die ausländischen Zeitschriften für die KUB verwaltete, um vor allem zu verhindern, dass es 2015 zu einem Unterbruch in der Versorgung der Universität mit wissenschaftlicher Information kommt;
- > Digitalisierung der Freiburger Zeitungen (insbesondere Vorbereitung der Vereinbarungen mit den Verlagen, der Nationalbibliothek und dem Verein für die Konservierung, Digitalisierung und Zugänglichkeit der Freiburger Zeitungen);
- > Mitarbeit beim «Certificat de formation continue en gestion de documentation et de bibliothèque», das von der Weiterbildungsstelle der Universität Freiburg angeboten wird.

---

### 13.6.2.1 Gebäude, Einrichtungen, Hausdienst, Sicherheit für Personen und Sachen

Unter Leitung des Hochbauamts wurden neben den üblichen Unterhaltsarbeiten mehrere Projekte verwirklicht, darunter folgende: Gebäudethermografie zur Vorbereitung von Energiesparmassnahmen, Renovierung des Fussbodens im Lesesaal für die Sondersammlungen, Erneuerung der Fenster der Buchbinder- und Ausrüstungswerkstätten, Schutzmassnahmen (Lüftung, Alarm usw.) für die audiovisuellen Bestände Freiburgs, umfassende Unterhaltsarbeiten an den Flach- und Schrägdächern, Montage mobiler Gestelle im Kulturgüterschutzraum für die historischen audiovisuellen Bestände.

### 13.6.2.2 Berufsausbildung

Die KUB betreute 6 Lernende in Information und Dokumentation (2 schlossen ihre Ausbildung im Sommer ab, 2 neue haben ihre Lehre begonnen), 2 Lernende in Mediamatik (1 schloss seine Ausbildung im Sommer ab), 2 Fachhochschul-Praktikanten (12 Monate) und 1 Post-Master-Praktikant (6 Monate).

### 13.6.2.3 Koordination mit der Universität

Die Koordinationsgruppe behandelte insbesondere folgende Themen: Aus- und Umbau der KUB, Erweiterung von Miséricorde, Verwendung des Kredits für die Projekte der Koordinationsgruppe, Folgen des Konkurses des Zeitschriftenlieferanten Swets, Zukunft Freiburgs im RERO nach der Kündigung des Abkommens durch den Kanton Waadt, Projekt für eine «Swiss Library Service Plattform» auf Landesebene.

### 13.6.2.4 Koordination mit den assoziierten Bibliotheken

Die Koordination betreute insgesamt 17 assoziierte Bibliotheken. In Bulle wurde eine neue Dokumentationseinheit, Lec'Tour, die Schulbibliothek von La Tour-de-Trême, in das Netz integriert. Zum ersten Mal wurden die Benutzer der Bibliotheken der HfG-FR und der FHF-SA automatisch im Bibliotheksverwaltungssystem von RERO eingeschrieben.

### 13.6.2.5 Koordination mit der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken (ABF-VFB)

Für die Bibliotheken des Kantons wurde eine neue Ansprechperson angestellt. Die ABF-VFB befasste sich hauptsächlich mit der Erarbeitung eines «Leitbilds der Freiburger Bibliotheken», das den Bibliotheken des Kantons gemeinsame Aufgaben, Werte und Visionen geben soll. Der Beitrag der *Loterie romande* an die öffentlichen Bibliotheken in Freiburg belief sich 2014 auf 135 568 Franken, die vollumfänglich an diese Bibliotheken verteilt wurden.

### 13.6.2.6 Ausbau-, Umbau- und Renovierungsprojekt des Gebäudes

Am 25. Juni 2014 bewilligte der Grosse Rat einen Studienkredit in Höhe von 4 Millionen Franken. So konnte die Detailstudie des Projekts mit der Einsetzung einer zunächst vom Vorsteher des Amts für Kultur und dann vom Kantonsarchitekten geleiteten Steuerungsgruppe beginnen.

### 13.6.2.7 Digitalisierung der Freiburger Zeitungen

Wichtigste Arbeitsbereiche: Restrukturierung der bestehenden Daten (insbesondere Zeichenerkennung), Suche nach finanziellen Mitteln und Regelung der Rechte mit den Verlagen.

## 13.6.3 Abteilung Freiburger Sammlungen und kulturelle Aktivitäten

### 13.6.3.1 Ankäufe

3822 Freiburger Druckschriften gelangten durch Pflichtabgabe, Ankauf oder Schenkung in die Sammlung der KUB. Sie sammelte 1718 Freiburger Zeitschriften als Pflichtabgabe, darunter 69 neue Titel, und 311 Dokumente grauer Literatur. Die Bildsammlung wurde durch 809 Plakate, 9 Landkarten, 50 Abzüge der Ausstellung «Spitaldossier» von Marc Renaud, 280 alte Fotografien und den Postkartenfonds von Gilbert Fleury (4000 Stücke) erweitert. Im Bereich Ton und Video erwarb die KUB 265 Audio- und 36 Videodokumente; zudem speicherte sie 190 den Kanton betreffende audiovisuelle Aufnahmen. An einer Übergabefeier erhielt sie am 9. Mai das umfangreiche Archiv des Théâtre des Osses als Schenkung.



---

### 13.6.3.2 Bearbeitung, Katalogisierung, Digitalisierung

Im Rahmen der Katalogisierung der alten Druckschriften wurden 876 Bände erfasst. Für die Freiburger Bibliografie wurden 2035 neue Einträge erstellt. Zusätzlich zur jährlichen Bearbeitung von 120 Plakaten wurde die Digitalisierung des Fonds Léo und Micheline Hilber und der Fonds Prosper Paul Macherel, Alice Reymond und Jean-Pierre Anderegg weitergeführt. 1428 Audio- oder Videodokumente wurden digitalisiert. Die Ton- und die Videoregie wurden während 1282 Stunden genutzt.

Das Team der Buchbinder- und Konservierungswerkstatt war – neben seinen gewohnten Aufgaben wie Bindearbeiten, Reparaturen und Restaurierungen, Anfertigung von Schachteln, Aufbau von Ausstellungen – mit der Reprografie und Verwaltung der Mikrofilme befasst (nähere Einzelheiten siehe BCU Info 72). Mehrere Freiburger Zeitschriften und Bücher wurden in Zusammenarbeit mit «retro.seals.ch» und «e-rara.ch» digitalisiert und online gestellt, darunter das «Bulletin de la Société Fribourgeoise des Sciences Naturelles» und die «Freiburger Hefte für Archäologie».

### 13.6.3.3 Benutzung

750 Bilddokumente aus den Archiven wurden von kantonalen Dienststellen, Medien, Verlagen, Gemeinden, Unternehmen, Kulturstiftungen und Privatpersonen genutzt.

### 13.6.3.4 Kulturelle Veranstaltungen

Ausstellungen: «Vivian Maier» im Rahmen des FIFF (29.03.–10.05.14), «Pro Fribourg» (13.06.–30.08.), «Warum Meienberg? Pourquoi Meienberg?» (12.09.–15.11.) und «Fotografische Ermittlung 2014: Spitaldossier von Marc Renaud» (27.11.14–28.02.15).

Publikationen: Urs Haenni/Silvia Zehnder-Jörg, «Reportagen aus Freiburg – Erinnerungen an Niklaus Meienberg (1940 – 1993)»; Société d'histoire du Canton de Fribourg, «Chronique fribourgeoise 2013»; «BCU Info No 71»; Marc Renaud «Spitaldossier – Fotografische Ermittlung 2014».

Die Diskussionen, Lesungen, Vorträge und Führungen, weitere Veranstaltungen und das Filmprogramm sind in der Zeitschrift BCU Info aufgeführt.

## 13.6.4 Abteilung Handschriften, Inkunabeln und Archive

### 13.6.4.1 Bemerkenswerte Erwerbungen

Drei handschriftliche Partituren von Abbé Bovet (1879–1951): «Le lutin du chalet des Rêbes», «Au chemin de la vie» und «La polka des armaillis»; Nachlass von Prof. Harald Fricke (1949–2012); 6 liturgische Handschriften des 19. Jahrhunderts aus der Pfarrei Sâles; Marie-Claire Dewarrat, «Les torts et paradoxes de Monsieur Pierroton». Ms., maschinenschriftliche Fassungen und Editionsossier.

### 13.6.4.2 Erschliessungen

Inventarisierung: Fonds des Théâtre des Osses; Fonds Ghislain de Diesbach; Fotografien sakraler Goldschmiedearbeiten von Max de Techtermann (1845–1925); Vor-Inventar der Freiburger Karten und Pläne; Katalogisierung der Inkunabeln.

### 13.6.4.3 Wichtige Koproduktionen und andere Aktivitäten

Franco Cajani (Hg.), *Lettere di Achille Ratti (1880–1922)*, Bd. 4, 2013 (mehrere Briefe); «Concert médiéval autour de la Vie de Saint Guillaume», Reportage von «La Télé», 21.03.2014 (über das Ms. L ); L 315); Aufschalten von 104 gedruckten Plänen der Stadt Freiburg aus dem 19. bis 21. Jahrhundert (Zusammenarbeit mit dem Seminar von Patrick Minder und dem Katasterdienst der Stadt Freiburg): [www.ville-fr-cartes-historiques.ch](http://www.ville-fr-cartes-historiques.ch).

Benutzung des Lesesaals für die Sondersammlungen: 2582 (2439) Dokumente wurden eingesehen, darunter 762 (788) Handschriften, und 749 (777) Besuche verzeichnet.

### 13.6.5 Abteilung Informationstechnologien

Wichtigste Projekte:

- > Intensive Mitarbeit in der Arbeitsgruppe «Bibliothéconomie - RERO 2017» nach der Ankündigung des Kantons Waadt, sich Ende 2016 aus RERO zurückzuziehen, und Zusammenarbeit mit den wichtigsten Schweizer Hochschulbibliotheken für die Entwicklung des Projekts SLSP («Swiss Library Services Platform»);
- > Aufschalten einer alphabetischen Liste der E-Books und Verbesserung des Verzeichnisses der elektronischen Zeitschriften;
- > Erarbeiten von Verfahren für den Erwerb, die Erschliessung und den Zugang zu akademischen E-Books;
- > Transfer der Benutzerdaten auf die Plattform für das Herunterladen der E-Books;
- > Mitarbeit an einer Vorstudie für die Einrichtung eines Streaming-Servers (Multimedia-Plattform);
- > Erstellen eines provisorischen Archivierungssystems auf Magnetband-Kassetten.

### 13.6.6 Erwerbungsabteilung

#### 13.6.6.1 Statistik

Dokumente	2014	2013
Ankäufe aus dem Budget der Zentrale	17 611	17 538
Ankäufe aus dem Budget der Universität	18 508	18 753
Ankäufe aus Sonderkrediten	1 308	979
Schenkungen, Pflichtabgaben, Tauschexemplare, Deposita	15 410	10 945
Zeitschriften: neue Abonnemente	101	130
Zeitschriften: Sonderhefte	411	422
<b>Total</b>	<b>53 349</b>	<b>48 767</b>
<b>Zeitschriften</b>		
Abonnierte Papierzeitschriften (Titel)	5 050	5 038
Elektronische Zeitschriften (Titel)	15 757	15 136
Nachgewiesene unentgeltliche elektronische Zeitschriften (Titel)	47 178	43 208
Datenbanken (CD-ROMs und online)	400	398

Die Verwaltung der Zeitschriften auf Papier umfasste 22 220 Faszikel.

#### 13.6.6.2 Erwerb elektronischer Angebote

Die KUB setzte ihre Mitarbeit im Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken fort, das sich eine koordinierte Versorgung der Schweizer Hochschulen mit elektronischer Information zu günstigen finanziellen Bedingungen zum Ziel gesetzt hat. Die meisten der auf dem Campus und im KUB-Gebäude online verfügbaren 15 757 Zeitschriften sind über das Konsortium abonniert. Zudem erwarb die KUB folgende E-Books: Oxford Scholarship Online Philosophy 2014–2015, Blackwell Reference online 2013–2014 und die Loeb Classical Library. Ferner wurden Verträge abgeschlossen mit den Datenbanken World Press Trends, Philpapers, Emerald Management xtra und OpenEdition Freemium.

#### 13.6.7 Katalogisierungsabteilung

Formalkatalogisierung: Die KUB bearbeitete 63 459 (209 852) Dokumente, die sich wie folgt verteilen: Neukatalogisierung 45 861 (187 645); Rekatalogisierung 12 507 (16 407); verschiedene 5091 (5800). Von den assoziierten Bibliotheken wurden 24 286 (27 500) Dokumente bearbeitet.

Sachkatalogisierung: 23 064 (21 728) Bände wurden von der KUB bearbeitet, 14 455 (14 478) von einer anderen Bibliothek; 27 965 (178 403) nicht erschliessbare Bände; 2392 (2866) Leitaufnahmen.

Beitrag der von der Universität angestellten Bibliothekarinnen und Bibliothekare: 27 % (10 %) für die Formal- und 35 % (40 %) für die Sachkatalogisierung. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Westschweizer Bibliotheksverbund (RERO) wurden 48 % (77 %) der Formal- bzw. 39 % (40 %) der Sachkatalogisierung für die



---

Bände der KUB bereits von anderen Partnern geleistet, wenn man nicht erschliessbare Titel und Leitaufnahmen ausschliesst.

Der Katalog der KUB umfasst 1 909 223 (1 853 065) Aufnahmen, denen 2 664 993 (2 581 405) Bände entsprechen.

Rekatalogisierung: 8013 Bände (11 179) in der Zentrale und 4494 Bände (5228) in der Universität. Von 1985 bis 2014 wurden 988 058 Bände rekatalogisiert, davon im Berichtsjahr 12 507 (16 407).

### 13.6.8 Benutzungsabteilung

#### 13.6.8.1 Ausleihe und andere Dienstleistungen

210 380 (224 054) Dokumente wurden durch die Ausleihe der KUB-Zentrale ausgeliehen, davon 72 173 (81 191) durch die Mediathek. 3047 (2814) Dokumente wurden in den Lesesaal ausgeliehen. Im Rahmen des interbibliothekarischen Leihverkehrs bestellte die KUB 8662 (9375) Dokumente und Fotokopien im In- und Ausland. Umgekehrt lieferte sie 10 036 (10 153) Dokumente und Fotokopien aus ihrem eigenen Bestand an Bibliotheken im In- und Ausland.

Die KUB bearbeitete 333 (371) Bestellungen von Kopien Freiburger Zeitungen. Sie gewährte 5130 (4992) WLAN-Zugänge für ihr nichtuniversitäres Publikum.

#### 13.6.8.2 Nutzung der elektronischen Angebote

Bei den über das Konsortium abonnierten Zeitschriften wurden mehr als 350 000 (300 000) Artikel in 40 (42) Zeitschriftenpaketen heruntergeladen. In den 400 (400) von der KUB abonnierten Datenbanken (inkl. wissenschaftliche E-Books) wurden mehr als 370 000 (350 000) Recherchen vorgenommen.

Am 1. Juni lancierte die KUB in Zusammenarbeit mit den Gemeindebibliotheken des Kantons das Pilotprojekt FReBOOKS für die Ausleihe von E-Books an alle. Seither wurden 4301 E-Books ausgeliehen.

#### 13.6.8.3 Benutzerschulung

Die KUB-Zentrale veranstaltete 41 (41) Führungen und Kurse für Bibliotheksbenutzung und Dokumentensuche, an denen insgesamt 418 (505) Personen teilnahmen. Das ins Studium integrierte Programm wurde von mehr als 900 (853) Studierenden genutzt.

### 13.6.9 Logistikabteilung

Die Abteilung beteiligte sich an den Überlegungen zur Schaffung eines interinstitutionellen kantonalen Depots, vor allem an der Abschätzung des Bedarfs. In den Magazinen setzte sie die operationelle Phase des Projekts «Organisation et gestion des masses documentaires – OGMD» (vgl. 4.2.1.8) fort und schloss insbesondere die Neuklassierung der Grossformate des Depots der alten Druckschriften ab. Die Ausrüstung der Dokumente umfasste: 68 653 (72 905) etikettierte Bände; 20 701 (20 290) mit Magnetstreifen versehene Bände; 125 000 (227 000) mit RFID-Chips versehene Bände; zwischen 2011 und 2014 wurden 685 000 Bände mit einem Chip ausgerüstet. 4637 (4450) Pakete wurden versandt.

### 13.6.10 Dezentrale Bibliotheken an der Universität

Die Gruppe Constellation (Verantwortliche der Bibliotheken an der Universität) legte für die Jahre 2014–2016 fünf Ziele fest: Konsolidierung der Funktionsweise von Constellation, Mitarbeit bei der Suche nach einem gemeinsamen Platz der Bibliotheken im Organigramm der Universität, Mitwirkung bei Entscheidungen zur Reorganisation der Bibliotheken, Entwicklung einer koordinierten Ankaufspolitik, dynamische Präsenz der Bibliotheken auf der neuen Webseite der Universität.

## 13.7 Konservatorium

Direktor: Giancarlo Gerosa

### 13.7.1 Kommission

Die Kommission des Konservatoriums tagte zweimal. Sie genehmigte die Jahresrechnung 2013 und fällte einen positiven Vorentscheid für den Voranschlag 2015. Daneben behandelte sie folgende Themen: dezentrale

---

Unterrichtsorte, Zusammenarbeit mit der HEMU-Musikhochschule Lausanne Standort Freiburg, Schuljahresbeginn 2014/15.

## 13.7.2 Tätigkeit

### 13.7.2.1 Einteilung nach Unterrichtsfächern

Die Angaben stammen aus der Statistik vom Oktober 2014.

#### Schauspiel

Abteilungsleiter: Yann Pugin; Schülerzahl: 39; Aufteilung nach Stufen: Einführungskurs I, II, III 10; Mittelstufe 9, Sekundarstufe 10, Amateurzertifikat 5; Vorstudienzertifikat 5; Anzahl Lehrpersonen: 10; Unterrichtsort: Freiburg.

#### Holzblasinstrumente

Abteilungsleiter: Christophe Rody; Anzahl Kurse 800: Blockflöte 162, Querflöte 290, Klarinette 143, Saxophon 146, Oboe 37, Fagott 14; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 487, Mittelstufe 199, Sekundarstufe 79; Amateurzertifikat 27, Vorstudienzertifikat 4; Anzahl Lehrpersonen: Blockflöte 12, Querflöte 11, Klarinette 6, Saxophon 5, Oboe 1, Fagott 1; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und 24 Aussenstellen in 7 Bezirken.

#### Gesang

Abteilungsleiter: Nicolas Pernet; Anzahl Kurse 170; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 79, Mittelstufe 35, Sekundarstufe 27; Amateurzertifikat 19, Vorstudienzertifikat 2; Anzahl Lehrpersonen: 9; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und Murten.

#### Streichinstrumente

Abteilungsleiter: Pierre-Bernard Sudan; Anzahl Kurse 450: Geige 321, Cello 101, Bratsche 16, Kontrabass 10; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 257, Mittelstufe 99, Sekundarstufe 59; Amateurzertifikat 27, Vorstudienzertifikat 2; Anzahl Lehrpersonen: Geige 15, Cello 4, Bratsche 3, Kontrabass 1; Unterrichtsorte: Geige (Freiburg, Bulle und 7 Aussenstellen in 7 Bezirken); Bratsche (Freiburg und Bulle); Cello (Bulle, Freiburg, Murten, Wünnewil); Kontrabass (Freiburg und Bulle).

#### Blechblasinstrumente

Abteilungsleiter: Laurent Carrel; Anzahl Kurse 600: Trompete 383, Euphonium 79, Althorn 57, Tuba 8, Horn 28, Posaune 44; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 321, Mittelstufe 168, Sekundarstufe 87; Amateurzertifikat 21, Vorstudienzertifikat 3; Anzahl Lehrpersonen: Trompete 15, Tuba und Euphonium 3, Horn 2, Posaune 1; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und 40 Aussenstellen in 7 Bezirken..

#### Tanz

Abteilungsleiterin: Corinne Held; Schülerzahl: 90; Aufteilung nach Stufen: Amateurzertifikat 62; Vorstudienzertifikat 28; Anzahl Lehrpersonen: 5 (zusätzlich 7 Lehrgangleiter); Unterrichtsort: Freiburg.

#### Gitarre

Abteilungsleiterin: Jacqueline Sudan; Anzahl Kurse 390; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 280, Mittelstufe 98, Sekundarstufe 23; Amateurzertifikat 12; Anzahl Lehrpersonen: 13; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und 16 Aussenstellen in 7 Bezirken..

#### Jazz

Abteilungsleiter: Christophe Tiberghien; Anzahl Kurse 400: Klavier 128, Gitarre 94, Schlagzeug 106, Keyboard, Synthesizer und Musikinformatik 15, Gesang 23, Bassgitarre und Kontrabass 15; Klarinette und Saxophon 15; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 262, Mittelstufe 80, Sekundarstufe 32; Amateurzertifikat 8; Vorstudienzertifikat 2; Anzahl Lehrpersonen: 17; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.

## Klavier

Abteilungsleiter: Olivier Lattion; Anzahl Kurse 1330; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 804, Mittelstufe 292, Sekundarstufe 133, Amateurzertifikat 53; Vorstudienzertifikat 0; Anzahl Lehrpersonen: 48; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und 30 Aussenstellen in 7 Bezirken.

## Andere Fächer

- > Akkordeon: Anzahl Kurse 34; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 17, Mittelstufe 10, Sekundarstufe 6; Amateurzertifikat: 1; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.
- > Cembalo: Anzahl Kurse 4; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 2; Sekundarstufe 2; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.
- > Musiklehre und Gehörbildung: Grundausbildung und Amateurkurse: Anzahl besuchte Kurse 90; Aufteilung nach Stufen: Stufe I: 7; Stufe II: 26; Stufe III: 18; Stufe IV: 31; berufsvorbereitende Ausbildung: Anzahl besuchte Kurse 10, Aufteilung nach Stufen: Stufe I: 3; Stufe II: 7; Anzahl Lehrpersonen: 4; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.
- > Chorleitung: Amateurzertifikatsstufe, Anzahl besuchte Kurse: 7; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.
- > Blasmusikleitung: berufsvorbereitende Ausbildung, Schülerzahl 10; Anzahl Lehrpersonen: 2; Unterrichtsort: Freiburg.
- > Musikalische Früherziehung: Schülerzahl 196; Aufteilung nach Unterrichtsfach: Musikalische Früherziehung 82, Rhythmik Jaques Dalcroze 60, Orff-Methode 54; Anzahl Lehrpersonen: 3; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.
- > Tasteninstrument Improvisation: Anzahl Kurse 14; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 9, Mittelstufe 3, Sekundarstufe 1, Amateurzertifikat 1; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.
- > Orgel: Anzahl Kurse 11; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 6, Mittelstufe 4, Amateurzertifikat 1; Anzahl Lehrpersonen: 3; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.
- > Klassisches Schlagzeug: Anzahl Kurse 78; Aufteilung nach Stufen: Unterstufe 50, Mittelstufe 15, Sekundarstufe 11; Amateurzertifikat: 1; Anzahl Lehrpersonen: 2; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.

### 13.7.2.2 Prüfungen

Im Schuljahr 2013/14 wurden 1108 Prüfungen in 3 Fachgebieten abgelegt (Musik, Schauspiel und Tanz). Musik: 981 Prüfungen, davon 36 Schlussprüfungen (26 Amateurzertifikat und 10 Vorstudienzertifikat); Schauspiel: 61 Prüfungen, davon 7 Schlussprüfungen (2 Amateurzertifikat und 5 Vorstudienzertifikat); Tanz: 66 Prüfungen (ohne Schlussprüfung).

### Schulabschlüsse (Amateurzertifikat, AZ, und Vorstudienzertifikat, VZ)

Akkordeon (1 AZ); Schauspiel (4 VZ, 2 AZ); Schlagzeug (1 VZ); Gesang (1VZ, 2 AZ); Klarinette (2 AZ); Blasmusikleitung (1 VZ); Chorleitung (1 AZ); Blockflöte (1 VZ, 2 AZ); Querflöte (1 AZ); Oboe (1 AZ); Klavier (1 VZ, 2 AZ); Jazzklavier (1 VZ, 1 AZ); Saxophon (2 AZ); Posaune (1 AZ); Trompete (3 VZ); Tuba (1 AZ); Geige (1 VZ, 2 AZ).

### 13.7.2.3 Lehrpersonen

Im Schuljahr 2013/14 erteilten die 190 Lehrpersonen (112,13 Vollzeitstellen) im Durchschnitt wöchentlichen 2800 Unterrichtsstunden. Das Konservatorium wird im Rahmen des Schwerpunktfachs Musik auch von Studierenden der Kollegien besucht (Kollegium Sankt Michael, Kollegium Heilig Kreuz und Kollegium des Südens). Die Lehrpersonen der Musikschule erteilten zudem unter anderem den Studierenden des Konservatoriums Lausanne-Standort Freiburg sämtliche Kurse im Zweitinstrument und im Hauptfach für den Studiengang Schulmusik. Das Konservatorium arbeitet ausserdem mit der Universität Freiburg zusammen (Institut für Musikwissenschaft), indem es Studierenden der Universität ermöglicht, unentgeltlich am Unterricht in Gehörbildung und Musiklehre teilzunehmen. Das Konservatorium bietet den Studierenden der Lehrerinnen- und Lehrerbildung für die Sekundarstufe 2 (Lehrdiplom Maturitätsschulen) ebenfalls Kurse in Chorleitung an.

---

#### 13.7.2.4 Kulturelle und pädagogische Aktivitäten

Zu den kulturellen Aktivitäten des Konservatoriums gehören die zahlreichen Vortragsübungen (300 im Schuljahr 2013/14) und die Konzerte. Dieses Jahr war besonders reich an pädagogisch motivierten Veranstaltungen und Fortbildungskursen. Im Rahmen von über 40 solcher Anlässe wurde den Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften Gelegenheit gegeben, ihre Fähigkeiten zu verbessern.

#### 13.7.2.5 Information und Kommunikation

Das Bulletin des Konservatoriums wird zweimal pro Jahr mit je 5200 Exemplaren herausgegeben. Im Dezember erhielten die Freiburger Gemeinden zudem ein Dokument, in dem Organisation und Betriebsablauf des Konservatoriums vorgestellt werden.

### 13.8 Museum für Kunst und Geschichte

Direktorin: Verena Villiger Steinauer

#### 13.8.1 Kommission

Die Kommission trat zweimal zusammen. Sie prüfte die Jahresrechnung 2013 und nahm positiv zum Voranschlag 2015 Stellung.

#### 13.8.2 Personal

Der Personalbestand des MAHF blieb 2014 stabil und umfasste wie bisher 14,75 Vollzeitstellen. Zivildienstleistende und wissenschaftliche Assistenten ergänzten das Personal für die Vorbereitung von Ausstellungen und die Neuinventarisierung der Sammlung. Universitätsstudierende absolvierten museologische Praktika.

#### 13.8.3 Tätigkeit

##### 13.8.3.1 Wechselausstellungen und Dauerausstellung

Dress Code. Kleidung in Freiburger Sammlungen (08.11.13-02.03.14) / Le pinceau, le taureau, la femme – Picasso und die Grafik (01.05-17.08.) / Sandro Godel – Jenseits des Scheins (23.05-13.07.) / Marcello, Adèle d'Affry (1836–1879), eine Künstlerin zwischen Hof und Bohème (07.11.14-22.02.15).

Die erwähnten Ausstellungen, die Dauerausstellung und die Veranstaltungen wurden vom 1. Januar bis 31. Dezember von insgesamt 12 238 (12 744) Personen besucht, darunter 187 (189) Schulklassen mit 3271 (2838) Schülerinnen und Schülern; in der Museumsnacht kamen 1477 (1750) Personen ins Museum. Tagesdurchschnitt: 40 (41) Besucherinnen und Besucher.

##### 13.8.3.2 Führungen

Insgesamt fanden 98 (128) Führungen durch die Dauerausstellung und die Wechselausstellungen statt (inkl. «Die sieben Wunder des MAHF»). Im Rahmen von «Die sieben Wunder des MAHF» lädt das Museum an drei Sonntagen im Jahr zur (Wieder-)Entdeckung seiner Meisterwerke ein.

##### 13.8.3.3 Vorträge und Konzerte

Insgesamt wurden 35 (28) Vorträge gehalten (inkl. «Entdeckungen am Dienstag»). Die «Entdeckungen am Dienstag» bestehen in der monatlichen Vorstellung eines Werkes der Museumssammlung am frühen Abend. Für das Publikum wurden zehn Vorträge von Fachleuten mit anschließender Diskussion organisiert. Im Lapidarium waren 8 (10) Konzerte von verschiedenen Musikformationen zu hören.

##### 13.8.3.4 Neue Depots

Das künftige Zentraldepot für die MAHF-Sammlung wird derzeit in den Daillettes eingerichtet. Die vom Bauamt geleiteten Arbeiten werden von den Museumsrestauratoren begleitet.

##### 13.8.3.5 Wissenschaftliche Tätigkeit und Publikationen

Folgende Publikationen veröffentlichte das MAHF unter Leitung oder mit Beteiligung seiner Mitarbeitenden: Marcello-Adèle d'Affry (1836–1879), Duchesse de Castiglione Colonna (F, D, I); Künstlerheft: Sandro Godel –

---

Jenseits des Scheins. Am 26. und 27. November fand ein Kolloquium über «Marcello» statt. Sechs neue «Museumsblätter» (kurze Werkmonografien) sind erschienen. Von den Mitarbeitenden des MAHF wurden 19 Artikel über die Sammlung verfasst und in verschiedenen Zeitschriften publiziert.

### 13.8.3.6 Webseite

Die Webseite des MAHF und des Espace Jean Tinguely – Niki de Saint Phalle verzeichnete 389 911 (481 632) Besuche (durchschnittlich 1110 pro Tag). Sie ermöglicht unter anderem, eine ständig wachsende Zahl von Werken aus der Sammlung, derzeit 2978 (2015) Werke, zu konsultieren.

### 13.8.3.7 Schenkungen und Ankäufe

Vollständige Liste auf folgender Webseite:

[http://www.fr.ch/mahf/de/pub/museum\\_fuer\\_kunst/sammlung/neuerwerbungen.htm](http://www.fr.ch/mahf/de/pub/museum_fuer_kunst/sammlung/neuerwerbungen.htm)

#### Schenkungen

Malerei: Redemptoristen-Patres: Unbekannt, Hl. Antonius von Liguori, vor der Hl. Familie betend, um 1828, Öl auf Leinwand.

Plastik: Robert Chappuis: Schwäbische Werkstatt (Ulm), Jesuskind, 1510–1515, Holz gefasst.

Druck- und Grafikwerke: Iso und Verena Baumer: Kopie nach «Das geistliche deutsche Kartenspiel» von Andreas Strobl, 1691, handgeschriebenes Blatt mit französischer Übersetzung, erste Hälfte 19. Jh., Feder, braune Tinte und Aquarell auf Papier. Louis und Marie-Thérèse Hayoz: Matthäus Merian der Ältere, Freyburg in Uechtlandt, Mitte 17. Jh., Kupferstich. Diesselben: Marcel Hayoz, Düdingen am Bach, 1987, Farblithografie. Hermann Schöpfer: Josef Friedrich Leopold, 15 Tafeln über die Passion Christi nach Antoine Dieu, um 1700, Kupferstich.

Kunsth Handwerk: Géza Teleki-Cuénod: Fragment einer Fahne, 3. Viertel des 5. Jh., Seide; Fragment einer Fahne mit Wappen d'Affry, um 1800, Seide.

#### Übergaben

Malerei: FIND, Steueramt: Ernest Riesemey, Birkenallee, um 1954, Öl auf Holzplatte.

Plastik: Ankaufsfonds des Staats: Hans Schöpfer, Hommage an die Poyabrücke 8, 2014, Eisen, Blattgold; Ders.: Hommage an die Poyabrücke 9, 2014, Eisen, Blattgold.

#### Deposita

Plastik: Eidgenossenschaft: Werkstatt des Meisters der grossen Nasen (1502/03–1508), Madonna mit Kind und Engeln, um 1505, Holz mit Resten der Fassung.

#### Ankäufe

Malerei: François Bonnet, Inneres von St. Nikolaus, um 1876, Öl auf Karton. Unbekannt, Bildnis Rudella, 1642, Öl auf Leinwand. Unbekannt, Bürglen, Kapelle und Kreuzigungsgruppe von Westen, 1800–1810, Öl auf Leinwand. Hans Fries, Madonna mit Kind und hl. Joseph, um 1505, ölhaltiges Bindemittel auf Lindenholz. Sandro Godel, Ohne Titel, 2013, Tusche und Pigmente auf Japanpapier auf Leinwand. Unbekannt, Bildnis Pater Gregor Girard, um 1805, Miniatur auf Elfenbein. Unbekannt, Bildnis Nicolas Thumbé, 1642, Öl auf Leinwand.

Plastik: Werkstatt Hans Roditzer, Madonna mit Kind, 1515, Lindenholz gefasst.

Druck- und Grafikwerke: François Bonnet, Aigroz-Turm in Freiburg, 1860–1894, Bleistift auf Papier. Oscar Cattani, Zwei Wettbewerbsentwürfe für die Dekoration des Chors der Kirche St. Peter in Freiburg, 1931, Tempera auf Papier. David Herrliberger, Der Herzog von Burgund nach den Niederlagen von Grandson und Murten, 1740, Kupferstich. Ders., Der junge Herzog Maximilian Sforza erhält 1512 die Schlüssel von Mailand aus den Händen der Eidgenossen, 1743, Kupferstich. Ders., Empfang der Murtner durch König Ludwig XI. von Frankreich, 1740-1750, Kupferstich. Ders., Murtenschlacht, 1751, Kupferstich. Alexis Nicolas Pérignon, Ansicht von Freiburg, um 1770, Kupferstich mit zeitgenössischer Kolorierung. Johann Jacob Thurneysen, Bildnis François Joseph Fégyely, 1676, Kupferstich. Friedrich Wagner, Vaulruz, Zeichnung, Vorlage für das Buch «Ansichten von Burgen», 1840, Bleistift auf Papier.

---

Kunsth Handwerk: Aloys Kerber, Agnus Dei mit Kette, um 1840, Silber. Weisser Kaschmirschal, letztes Drittel 19. Jh., Wolle.

#### 13.8.3.8 Kulturvermittlung

Der Kunstvermittlungsdienst hat die Aufgabe, einen Dialog zwischen Publikum und Werken in Gang zu bringen. Er erarbeitet und entwickelt Konzepte, Dokumente und Kreativworkshops, die dazu beitragen, das Museum auf andere Art und Weise zu erleben. Er erstellt pädagogische Unterlagen. Er empfängt Gruppen (Kinder, Erwachsene, Schulklassen) und bietet ihnen Workshops und Animationen um die Dauer- und Sonderausstellungen an. Er veranstaltet Workshops zu einzelnen Veranstaltungen.

Der Kulturvermittlungsdienst organisierte 162 Workshops/Animationen, 83 im MAHF und 79 im Espace Tinguely – Niki de Saint Phalle für ca. 2560 Personen. Die 162 Workshops wurden von 150 Kindergruppen (darunter 112 Klassen der obligatorischen Schulen) und 12 Erwachsenengruppen besucht.

Zudem veranstaltete er 5 Workshops/Animationen zu besonderen Anlässen: Museumsnacht (2), Tinguely-Tag (1), Fest des Burgquartiers (2).

#### 13.8.3.9 Konservierungs- und Restaurierungsabteilung

Die Konservierungs- und Restaurierungsabteilung sorgte für die regelmässige Kontrolle der klimatischen Bedingungen in den verschiedenen Depots und den Räumen der Dauer- und Sonderausstellungen. Sie verfasste Zustandsprotokolle und nahm Eingangs- und Ausgangskontrollen beim Auf- und Abbau der 5 Sonderausstellungen im MAHF und im Espace vor. In diesem Rahmen und für externe Leihgaben führte sie Unterhaltsarbeiten sowie konservatorische und restauratorische Massnahmen an 27 Werken der Sammlung durch. Sie beteiligte sich an den Veranstaltungen im Rahmen der Museumsnacht. Die Abteilung setzte die Planungsarbeiten für die neuen Depoträume der Museumssammlung (Daillettes) fort, indem sie den mit deren Einrichtung verbundenen Auflagen und Kosten eine vertiefte Studie widmete. Die Abteilung empfing zwei Restaurierungsstudentinnen für ein Ausbildungspraktikum. Sie führte ihre Beratungstätigkeit für interne und externe Anfragen mit der Erstellung von Gutachten und technischen Beratungen fort.

#### 13.8.4 Interne Organisation

Der Direktionsrat führte 11, die Personalkonferenz 2 Sitzungen durch.

#### 13.8.5 Besondere Ereignisse

Das MAHF beteiligte sich am 24. Mai an der Museumsnacht sowie am 13. und 14. September an den Tagen des Denkmals (freier Eintritt).

### 13.9 Naturhistorisches Museum

Direktor: André Fasel vom 1. Januar bis 31. Mai 2014; Peter Wandeler vom 1. Juli bis 31. Dezember 2014

#### 13.9.1 Kommission

2014 nahm die Kommission die Jahresrechnung 2013 zur Kenntnis und prüfte den Budgetvoranschlag 2015. Zudem beschäftigte sie sich vor allem mit der Tierpflegestation und dem Umzug des Naturhistorischen Museums (NHM). Weiter hat sie der Anschaffung eines Mondmeteoriten über dem Museumsfonds zugestimmt.

#### 13.9.2 Personal

Der Personalbestand des MAHF blieb unverändert bei 9,7 Vollzeitstellen und einer Praktikumsstelle. Aushilfspersonal, Praktikanten und Zivildienstleistende ergänzten die verfügbaren Personalressourcen.

#### 13.9.3 Gebäude und Ausstattung

Die dem NHM zur Verfügung stehenden Räume am Chemin du Musée 6 haben ihre Kapazitätsgrenze erreicht. Der Planungskredit für den Umzug des NHM auf das Gelände des Zeughauses von Freiburg ist im Finanzplan 2016-18 eingetragen. Mehrere Zwischenfälle in den externen Sammlungsräumen wurden geklärt: Ausfall des Luftbefeuchters, Probleme mit der Alarmübermittlung, Wasserschaden, Insektenbefall (vgl. auch 13.9.7.1).



### 13.9.4 Museumsbesuche

Die Besucherzahlen des NHM blieben mit 66 714 (70 874) Besucherinnen und Besuchern, davon 10 171 (8044) Schülerinnen und Schüler, auf hohem Niveau. Der Tagesdurchschnitt lag bei 185 Personen, der Jahresmittelwert der letzten 5 Jahre bei 58 800 Personen.

### 13.9.5 Medienberichterstattung

Über die Ausstellungen und Aktivitäten des NHM wurden in 197 Presseartikeln sowie mehreren Radio- und Fernsehproduktionen berichtet. Die Internetseite des NHM zählte 191 062 Besuche (Tagesmittelwert: 523).

### 13.9.6 Wissensvermittlung

#### 13.9.6.1 Sonder- und Dauerausstellungen

«Meteoriten» (22.02. - 31.08.) - «Küken» (22.03. - 27.04.) - «100% Wolle» (14.06.2014 - 25.01.2015) – «Immer dem Sommer nach» (11.10.2014 – 01.03.2015). Bei der Dauerausstellung gab es keine grösseren Änderungen.

#### 13.9.6.2 Kulturvermittlung

Die Kulturvermittlung bietet einem breiten Publikum einen alternativen Zugang zur Kultur. Rund 7000 Personen profitierten von vielfältigen Angeboten, was mehr als 10 % der Gesamtbesucherzahl entspricht.

Für die Schulen organisierte das NHM folgendes pädagogisches Angebot:

- > Ausleihdienst für präparierte Tiere und Objekte: 161 (225) ausgeliehene Objekte an 77 (98) Lehrpersonen.
- > Koffer zum Thema DNS-Analyse: zwei (1) Koffer wurden 7x (8x) an Schulen (Sekundarstufe 2) für 15 (15) Wochen ausgeliehen.
- > Pädagogische Unterlagen: drei (2) neue Dokumentationen wurden erarbeitet.
- > Ateliers: drei (4) neue Ateliers wurden entwickelt. Unter dem Label «Kultur & Schule» bot das NHM total 11 (10) verschiedene Ateliers an, die von 3604 (2206) Schülerinnen und Schülern aus 197 (130) Klassen besucht wurden.

Für 1237 (1053) Kinder wurden 115 (95) Aktivitäten organisiert, um sie an naturnahe Themen heranzuführen; dies im Rahmen von Exkursionen, Bastelateliers sowie des Ferienpasses.

Für Erwachsene wurden 25 (11) Führungen, 18 (38) Vorträge und Filmvorführungen, 3 (3) Forschungsateliers, eine (7) Exkursion und 3 (0) weitere Anlässe im Zusammenhang mit Sonderausstellungen durchgeführt. Total profitierten 4228 Personen von diesen Aktivitäten, davon alleine 1779 während der Museumsnacht.

### 13.9.7 Sammlungsmanagement und Wissenschaft

#### 13.9.7.1 Sammlungen

Die wissenschaftlichen Sammlungen wurden durch gezielte Anschaffungen sowie Schenkungen erweitert: 2014 vermachten 306 (301) Personen dem NHM 439 (432) Tiere oder andere Objekte.

Die Inventarisierung der wissenschaftlichen Sammlungen des NHM wurde auch 2014 weitergeführt.

	Gesamtzahl Objekte (Schätzung)	Anzahl Objekte im Jahr 2014 inventarisiert	Anzahl Objekte im Jahr 2013 inventarisiert
Erdwissenschaften	32 000	165	308
Zoologie	105 200	183	122
Botanik	60 000	500	748
Mykologie	2 600	2	82
Total	199 800	843	1 260

Die Sanierung der Herbarien, die 2013 einen Wasserschaden erlitten hatten, wurde fortgesetzt. Ein Drittel der Sammlung ist bereits saniert, die weiteren Arbeiten folgen 2015 und 2016.



---

Bei den externen wissenschaftlichen Sammlungen wurde ein Insektenbefall festgestellt. Befallen waren insbesondere die Pilzsammlung (Verlust von 30 Proben) und das Gebälke des Gebäudes. Mehrere Desinfektionen wurden durchgeführt und es wurde ein Monitoring für Schadinsekten eingerichtet.

### 13.9.7.2 Wissenschaftliche Projekte und Publikationen

Das NHM verfolgte im Jahr 2014 10 wissenschaftliche Projekte: 2 zoologische (Rotmilan und Mauersegler) und 8 (4) botanische (u.a. bedrohte Pflanzen, Algen, Flora des Tertiärs und endemischen Pflanzen am Atlantik).

Die 2001 begonnene Studie über Zugverhalten und Jugenddispersion von Rotmilanen wurde am 31. Dezember 2014 beendet. Dabei ging es darum, die räumliche und zeitliche Migration zu untersuchen, die Überwinterungsplätze zu beschreiben und die Geburtsortstreue von Jungvögeln zu beobachten.

In Zusammenarbeit mit der Akademie der Naturwissenschaften der Republik von Aserbaidschan erstellte das NHM die botanische Ausstellung «Green treasure of Azerbaijan». Diese wurde am 2. Mai 2014 in Baku im Beisein des Schweizer Botschafters, der Kulturattachés der Botschaften von Deutschland und Österreich sowie von Wissenschaftlern aus 10 Ländern eröffnet.

Im Rahmen seiner wissenschaftlichen Projekte veröffentlichte das NHM 4 (6) Artikel (peer reviewed) in internationalen Fachzeitschriften und einen Katalog zur Ausstellung «Green treasure of Azerbaijan».

### 13.9.8 Kompetenzzentrum

#### 13.9.8.1 Naturschutz

Das MHN besitzt mehrere Bio- und Geotope. Es überwacht deren Schutz und ist in verschiedenen zuständigen Kommissionen vertreten (Kommission für Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz, Möserkommissionen von Düdingen und von Rechthalten/St. Ursen).

#### 13.9.8.2 Tierpflegestation

2014 wurden 234 (233) verletzte oder kranke Tiere aufgenommen; 67 (75) wurden gepflegt und konnten wieder in die Freiheit entlassen werden; 165 (149) starben oder mussten eingeschläfert werden. Am 31. Dezember befanden sich noch 2 (9) Tiere in Pflege. Infolge struktureller Änderungen und Sparmassnahmen in der Legislaturperiode 2013-16 ist künftig das Amt für Wald, Wild und Fischerei für diese Station zuständig.

## 13.10 Schloss Greyerz

Konservator: Raoul Blanchard, 1. bis 31. Januar 2014 – Filipe Dos Santos, ab dem 1. Februar bis 31. Dezember 2014

### 13.10.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat des Schlosses versammelte sich dreimal. Das Büro des Stiftungsrates trat fünfmal zusammen. Es befasste sich insbesondere mit der Revision der Stiftungsstatuten und der dringenden Restaurierung der Festungsmauern.

### 13.10.2 Tätigkeit

#### 13.10.2.1 Ausstellungen und kulturelle Anlässe

Nebst der Präsentation der Dauersammlungen organisierte das Schloss Greyerz drei Sonderausstellungen: Zwei zu den Arbeiten zeitgenössischer Schweizer Kunstschaffender: Mélanie Rouiller (*Berlin.Wedding. 2012*, 03.05 – 03.08.) und Stéphane Kropf (*Crème double*, 06.09 – 16.11.) sowie eine historische Ausstellung über Krippenfiguren und Santons aus der Provence (*Crèches et santons de Provence. Les collections du MuCEM de Marseille*, 29.11.2014 – 18.01.2015).

Das Jahr war von mehreren kulturellen Anlässen geprägt: «Das Johannisfest im Schloss» zum Markttreiben im Mittelalter (21. und 22. Juni); 12. Atelier für alte Musik (24.–31.08.), bei dem eine venezianische Theorbe nachgebaut wurde, sowie ein neuer Anlass, die 1. Greyerzer Museumsnacht (08.11.).

---

Zudem bot das Schloss einen würdigen Rahmen für die feierliche Übergabe des Preises L'Illustré-RTS *Le plus beau village de Suisse romande 2014* (14.10.) sowie für die Aufnahme eines neuen Albums von Adalberto Maria Riva und Guy Raffalli (10.–12.09.).

#### 13.10.2.2 Schlossbesuche und Führungen

Das Schloss wurde von 175 070 (178 391) Personen besucht und organisierte 332 (377) geführte Besichtigungen und 495 (445) Aktivitäten, an denen unter anderem 4568 (8777) Schülerinnen und Schüler teilnahmen. Im Laufe des Jahres fanden zudem mehrere offizielle Empfänge statt, darunter für Delegationen aus den Republiken Indien, Türkei, Moldau und Georgien.

#### 13.10.2.3 Erhaltung des Gebäudes und der Sammlungen

In Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt wurden das ganze Jahr über Untersuchungen durchgeführt, um einen mittel- und langfristigen Massnahmenplan zu verschiedenen Aspekten der Gebäudeerhaltung zu erarbeiten. Nicht ausgestellte Werke und Gegenstände wurden ebenfalls geprüft, um die für 2015 geplante Bestandsaufnahme der Sammlungen vorzubereiten. Eine Reihe von nicht ausgestellten Gegenständen wurden dem Museum für Kunst und Geschichte Freiburg übergeben und fünf Ölgemälde wurden renoviert, damit sie ausgestellt werden können.

#### 13.10.2.4 Zusammenarbeit und Forschung

Das Schloss Greyerz arbeitet mit anderen Mitgliedern des Vereins der Greyerzer Museen zusammen und führt gemeinsame PR-Aktionen und Anlässe durch, so die Präsentation des Museums an der Messe von Romont (30.05.) und die Greyerzer Museumsnacht.

Fünf Werke von Auguste Baud-Bovy gingen als Leihgabe ans Museum Courbet in Ornans für die erste Einzelausstellung zum Schweizer Maler in Frankreich (13.12.2014 – 20.04.2015). Das Schloss ist in dieser Ausstellung sowie in Begleitpublikation häufig abgebildet.

Für die Ausstellung über Krippenfiguren und Santons aus der Provence «Crèches et santons de Provence. Les collections du MuCEM de Marseille» hat das Schloss zudem ebenfalls mit dem Musée des Civilisations d'Europe et de Méditerranée in Marseille (Museum der Mittelmeer-Zivilisation) zusammengearbeitet.

### 13.11 Vitrocentre Romont, Schweizerisches Forschungszentrum für Glasmalerei und Glaskunst

Direktor: Stefan Trümpler

#### 13.11.1 Stiftungsrat

An zwei Sitzungen genehmigte der Stiftungsrat die Jahresrechnung und den Budgetvoranschlag prüfte, gestützt auf den Bericht des wissenschaftlichen Beirats, die Tätigkeit des Vitrocentre.

#### 13.11.2 Tätigkeit

Das zweibändige Werk «Die Freiburger Glasmalerei des 16.–18. Jahrhunderts» in der Reihe des Corpus Vitrearum wurde der Öffentlichkeit am 21. November an einer Buchvernissage im Vitromusée Romont vorgestellt. Das Inventar der Glasmalereien im Kanton Bern verläuft nach Plan. Für die Schweizer Glasgemälde in Grossbritannien konnte die Untersuchung der Sammlung des Victoria & Albert Museums in London abgeschlossen werden. Im Anschluss an die Forschungsprojekte zur «Medialität» der Glasmalerei, zur Glasmalerei des 19. Jahrhunderts in der Schweiz und zu den klimatischen Aspekten von Schutzverglasungen sind Publikationen erschienen; eine Ausstellung über die Werkstatt Röttinger im Vitromusée ist in Vorbereitung. Die Untersuchungen zu Kaltmalerei auf Glasgemälden wurden fortgesetzt, auch im Rahmen eines Nationalfondsprojekts über das Berner Münster. Glasfarben und Nanotechnologie, die digitale Wiedergabe von Glasbildern und die Glasmalerei in der neo-maurischen Kunst waren Gegenstand neuer Forschungen. In einem Mehrjahresprojekt setzt das Vitrocentre zusammen mit dem Vitromusée den Schwerpunkt auf die Aufarbeitung seiner Inventare und Sammlungen wissenschaftlichen Quellenmaterials, um diese online zugänglich zu machen.

---

Das Vitrocentre setzte seine Beratungstätigkeit zur Erhaltung dieses Kulturguts fort, und zwar von der russisch-orthodoxen Kathedrale von Genf über die Kathedrale San Lorenzo in Lugano bis zur Kirche von Schaan in Liechtenstein. Dem gotischen Fenster von Oberkirch in Frauenfeld wurde eine vertiefte Untersuchung gewidmet.

Die wissenschaftlichen Mitarbeitenden des Vitrocentre haben sich auf verschiedenen Stufen in der Lehrtätigkeit engagiert: von der Ausbildung zum Glasmalerberuf und Kursen an Fachhochschulen bis zu Lehrveranstaltungen und der Begleitung von Forschungen an Schweizer und ausländischen Universitäten. Das Vitrocentre beteiligt sich an der Vorbereitung des 20. Kongresses der «Association Internationale pour l'Histoire du Verre» AIHV, der im September 2015 an der Universität Freiburg und in Romont stattfinden wird.

### **13.12 Espace Jean Tinguely – Niki de Saint Phalle**

Konservatorin: Caroline Schuster Cordone, stellvertretende Direktorin des MAHF

#### **13.12.1 Stiftungsrat**

Der Stiftungsrat hielt eine Sitzung ab, in der er die Rechnung und den Budgetvoranschlag genehmigte; zudem legte er das Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm fest und befasste sich mit der künftigen Entwicklung des Espace.

#### **13.12.2 Ausstellungen und Veranstaltungen**

Der Espace organisierte folgende Wechsellausstellungen, in deren Verlauf zahlreiche Veranstaltungen (Vernissagen, Besichtigungen, Kreativworkshops, Apéros, Konzerte und Künstlergespräche) stattfanden: Gilles Rotzetter. Blasted Glory (27.09.13–12.01.14). Körperspiele. Die Sammlung des MAHF (14.02-24.08.). Paul Talman. Form in Bewegung (19.09.14-11.01.15). Zu Ehren von Jean Tinguely wurde am 18. Mai ein Tinguely-Tag mit Gratisenritt, thematischen Führungen und einem Kreativworkshop veranstaltet. Eine «Entdeckung am Dienstag» war einem Werk des Espace gewidmet: Miss Helvetia von Niki de Saint Phalle. Der Espace wurde von 17 556 (18 142) Personen besucht, darunter 184 (177) Klassen mit 3398 (3314) Schülerinnen und Schülern; er nahm mit 2046 (2235) Besucherinnen und Besuchern an der Museumsnacht teil. 2 (4) Konzerte sowie 62 (63) Führungen und 79 (47) pädagogische Veranstaltungen wurden durchgeführt.

### **13.13 Römisches Museum Vallon**

Konservatorin: Carmen Buchillier, Kantonsarchäologin

#### **13.13.1 Stiftungsrat**

Der Stiftungsrat hat sich im Jahre 2014 zu zwei Sitzungen getroffen. Er hat die Jahresrechnung genehmigt und wurde über die Überwachung der Massnahmen, die vom AAFR zum Schutz der Mosaik ergriffen worden waren, sowie die Verbesserung der Mosaik-Beleuchtung informiert.

#### **13.13.2 Ausstellungen und Veranstaltungen**

Das Museum empfing 4990 (4865) Besucherinnen und Besucher. Insgesamt wurden 50 (57) Führungen und 42 (43) pädagogische Veranstaltungen durchgeführt. Höhepunkte des Jahres waren zwei Sonderschauen: «Rome vue du lac. Histoires d'eaux entre Avenches et Vallon» (28. April 2013-12. Januar 2014, verlängert bis zum 9. März 2014) und «Autour de la table. Usages et savoir-vivre à l'époque romaine» (29. März 2014-22. Februar 2015). Die letztgenannte Sonderausstellung wurde vom Römischen Museum von Vallon konzipiert und realisiert; sie beleuchtet ausgehend vom weitläufigen Bankettsaal mit dem sogenannten Jagd-Mosaik die verschiedenen Aspekte des römischen Festmahls (Tafelkultur, Ablauf des Gastmahls, Tischmanieren usw.). Dazu wurden kostenlose öffentliche Führungen durch die Ausstellung («Dimanche au musée») sowie ein reiches Rahmenprogramm (Vorführungen, Veranstaltungen, Vorträge unter Mitwirkung von J.-C. Simon und Catherine Chenaux) angeboten. Ausserdem fand am 22. Juni das traditionelle Römerfest statt («A boire et à manger»), an dem sich ebenfalls alles um das Thema Bankett drehte und zahlreiche Animationen sowie die Verköstigung mit römischen Speisen auf dem Programm standen. Die Veranstaltung kam beim begeisterten Publikum sehr gut an. Im Dezember hat das Museum zum ersten Mal am Fest des Heiligen Nikolaus sowie an den «Fenêtres de l'Avent de Vallon» teilgenommen. Das Museum steht zudem mit diversen regionalen und kantonalen Tourismusvereinigungen in Kontakt (Projekt zur Realisierung eines Veloparcours usw.). Ab diesem Jahr kann ein kurzer Tätigkeitsbericht des Museums auf [www.museevallon.ch](http://www.museevallon.ch) eingesehen werden.

---

Das Museum hat an verschiedenen Kulturveranstaltungen mitgewirkt (Römertag in Vindonissa/Brugg, Fêtes du Forum in Martigny, Römerfest in Augst, Europäische Tages des Denkmals, *En famille au musée* in La Tour-de-Peilz).

## 14 Amt für Archäologie (AAFR)

Amtsvorsteherin: **Carmen Buchillier**

### 14.1 Tätigkeit

Die Umsetzung des Projektes «Archäologisches Informationssystem Freiburg» (SI AF) zur Erstellung einer relationalen Datenbank erforderte vom Projektkomitee wie auch von den Vertretern der verschiedenen Aktivitätsbereiche einen stetigen Einsatz. Die Inbetriebnahme des Tools ist für das erste Halbjahr 2015 vorgesehen. Um die Plünderung des archäologischen Erbes wirkungsvoll zu bekämpfen, wurde dem Grossen Rat der Vorschlag zur Einführung einer Ordnungsbuss unterbreitet, mit der Zuwiderhandlungen in Zukunft bestraft werden sollen. Bei der Aktualisierung der archäologischen Karte des Kantons, die zu den gesetzlichen Aufträgen des Amtes gehört, wurde der Schwerpunkt auf die Begleitung linearer Bauprojekte (Verlegung von Gas- und Stromleitungen, Fernwärme FW) gelegt. Diese Überwachung, die vor allem in Zonen erfolgte, über die archäologisch noch wenig bekannt ist, führte zur Entdeckung von 55 neuen Fundpunkten. Um die verschiedenen Etappen einer Ausgrabung adäquat, aber schneller zu dokumentieren, wurde vermehrt auf die Luftbildphotogrammetrie zurückgegriffen. Im letzten Juni hat das AA FR die Dachorganisation «Archäologie Schweiz/Archéologie Suisse/Archeologia Svizzera» für seine Jahresversammlung empfangen. Aus diesem Anlass wurde ein Spezialheft zur Archäologie im Kanton Freiburg herausgegeben.

#### 14.1.1 Archäologische Interventionen: Ausgrabungen, Bauuntersuchungen, Bauüberwachungen, Sondierungen und Prospektion

Rettungsgrabungen, Bauüberwachungen und Ortseinsichten fanden hauptsächlich statt in Arconciel/Sous les Châteaux, Autigny/Crétausaz, Barberêche/Village, Bas-Vully/Ch. des Sauges, Bösinghen/Fendringen und /Bachtelstrasse, Bulle/Planchy-St-Joseph, Chavannes-les-Forts/Rte de la Pierra, Chénens/En Molleyres und /Sous Vigny, Corminboeuf/Ch. St-Jean, Cottens/En Bouleyres, Courtaman/Brunmatte und /Graustein, Courtepin/Courtaman, Cugy/Ch. de Saugy et /Le Verney, Domdidier/A Domdidier, Düdingen/Chänelmatt, Ependes/Ch. Pralet 5, Estavayer-le-Gibloux/Pra-Derrey 1, Estavayer-le-Lac/Croix de Pierre, /Place de l'Eglise 6 und /Rue de la Rochette, Font/Ch. du Château 54, Formangueires/Les Terreaux, Freiburg/Franziskanerkloster, /Kurzweg 19, /Petites-Rames 18, Klein-Sankt-Johann-Platz 11, /Untere Matte 41, /Rte des Neigles 2, /Lausannegasse 9+32+80+82+87+92, /Samaritergasse 3+30, /Stalden 10 und /Steinhauergässchen 1, Gletterens/Les Grèves, Haut-Vully/Rue du Château, Granges-Paccot/Agy, Kerzers/Bushalle, Illens/A Illens, Le Crêt/Sapaley, Lussy/Grands Champs, Marly-le-Grand/Rte du Chevalier 10, Marly-le-Petit/Au Port, Marsens/Le Perrevuet 41, Mézières/La Burita et /Pontet, Misery/Pré du Château und /Rte du Grenier, Montagny-les-Monts/Prés de l'Etang, Morens/Derrière-la-Cure, Mur/Rue du Château, Murten/Friedhof, /Hauptgasse 9, /Lausannestrasse, /Louis d'Affry-Weg 24, /Meylanstrasse 3, /Pra Zagan, /Prehlstrasse, /Rathausgasse, /Törlweg und /Weideweg 41, Pont-la-Ville/Chapelle de Thusy, Portalban/Ch. de la Condémine, Posieux/Bois de Châtillon, /Imp. du Sapex und /La Pala, Prez-vers-Noréaz/La Rapetta und /Rte des Chênes, Remaufens/Fin du Trugny, Romont/En Bouley und /Fille-Dieu, St-Aubin/Village, St-Martin/La Perrausa, Salvenach/Wattacher, Sévaz/Les Condémines, Saint-Aubin/Village, Ursy/Derrière la Grange, Vallon/Ch. des Mosaïques, Villargiroud/La Joux, Villarimboud/Rte de Torny 16, Villaz-St-Pierre/Fin Derrey und Vuisternens-en-Ogoz/L'Areyna. Im Rahmen einer Lehrgrabung wurden zudem die Abris von Arconciel/Sous les Châteaux untersucht. Die regelmässige Überwachung linearer Bauprojekte in den Bezirken Saane, Glane und Greyerz erfolgte auf einer Strecke von insgesamt 43 km Länge. Von den 338 durchgeführten Bauüberwachungen und 67 vorgenommenen Ortseinsichten haben 67 Interventionen archäologische Informationen geliefert. Die in Bulle/Rue de la Poterne stattgefundene Rettungsgrabung nahm sieben Monate in Anspruch. Eine weitere Notgrabung in Vuisternens-en-Ogoz/L'Areyna diente zur Dokumentation von Befunden.

---

In zahlreichen Gebäuden aus dem Mittelalter sind Analysen, Dokumentationen, Sondierungen, Probeentnahmen für dendrochronologische Auswertungen, sowie Bauüberwachungen im Rahmen von Restaurierungsarbeiten und/oder Umbauten unternommen worden: Alterswil/Teitscha, Estavayer-le-Lac/Rue du Château 12 und /Place de l'Eglise 6, Freiburg/Loretokapelle, /Reichengasse 8, /Rathausplatz 2, /Klein-Sankt-Johann-Platz 21, /Untere Matte 4, /Rue de la Cathédrale 71, /Lausannegasse 92, /Stalden 8+10 und /Steinhauergässchen 1+9, Murten/Hauptgasse 9 und /Roter Turm, Vaulruz/Rue du Château 28. Bei den mittelalterlichen Ruinen von Bossonnens, Illens und Montagny-les-Monts begleitete das AAFR die betreffenden Vereinigungen bei der Umsetzung ihrer Konservierungs- und Aufwertungsprojekte.

Im Rahmen seiner präventiven Massnahmen hat das AAFR abklärende Sondierungen in Form von Suchgräben und Bohrungen vorgenommen, insbesondere unter Felsschutzdächern. Diese erfolgten an den Fundplätzen von Corminboeuf/Champ de la Croix, Corpataux/Abri du Renard, Farvagny-le-Petit/Rte de Fribourg 85-87, Frasses/Burichet, Freiburg/Abri de la Maigrauge, Marly-le-Grand/Bois du Devin, Muntelier/Dorfmatte II, Montagny-la-Ville/Creux de la Chetta und Muntelier/Dorfmatte II.

Oberflächenprospektionen fanden an folgenden Fundstellen statt: Bas-Vully/Les Sauges, Cormérod/Bois de Lavau, Cordast/Dorfmatte, Formangueires/Pré de la Grange und /Champs de la Croix, Düdingen/Schiffenengraben, Font/Sous l'Epeney, Frasses/Le Bochat und /Les Condémines, Montet/La Carrou, Pont-en-Ogoz/Vers-les-Tours und Treyvaux/Les Conches. Das AAFR sorgte für die Betreuung von 19 Sondengängern, die im Besitz einer kantonalen Prospektionsbewilligung sind. An einem Rundtischgespräch, das der Information und dem fachlichen Austausch dient, präsentierten die Sondengänger die zusammengetragenen Objekte von 12 Fundplätzen. Im Rahmen des Forschungsprojekts zur mittelsteinzeitlichen Besiedlung des Kantons fanden Prospektionskampagnen in den Tälern der Saane und der Sense sowie im Intyamont-Tal statt.

Zur Aufnahme bedrohter Seeuferrandsiedlungen des Kantons wurde eine unterwasserarchäologische Intervention in Greng/Grengspitz (Weltkulturerbe der UNESCO) durchgeführt, während an der Pfahlbaustation von Font/Sous l'Epenex mit Hilfe des Zivilschutzes Schutzmassnahmen ergriffen und eine Planaufnahme angefertigt wurden.

Die gemachten Entdeckungen sind auch unter der Rubrik «Archäologischer Fundbericht» der *Freiburger Hefte für Archäologie* 16, 2014, 130-152 sowie unter der Rubrik «Fundbericht» des *Jahrbuches Archäologie Schweiz* 97, 2014, 195-288 aufgelistet.

#### 14.1.2 Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter (KGS) und dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)

Das AAFR ist für zahlreiche Umbau- und Restaurierungsprojekte von Gebäuden in mittelalterlichen Ortschaften und in der Altstadt von Freiburg sowie von historischen Bauwerken (z.B. Konventsgebäude und Kirche des Augustinerklosters, Kathedrale St. Niklaus) beigezogen worden. Zudem nahm das AAFR an den Sitzungen der Tiefbauamtmission und der Kommission für Denkmalpflege der Stadt Freiburg teil.

Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens für Neubauten wurden 937 (2013: 840) Gutachten für das BRPA erstellt. 37 (56) Gutachten wurden zu vorgezogenen Baubewilligungen abgegeben. 57 (67) Dossiers Ortsplanung und 33 (24) Dossiers Detailplanung wurden begutachtet. 23 % (29 %) der Antragsteller haben sich nicht an die vom Amt in der Baubewilligung verlangte Mitteilung bei Baubeginn gehalten.

#### 14.2 Auswertungen und Publikationen

Abgesehen von den laufenden Auswertungsprojekten (Fundmaterialauswertung, Verfassen von Studien bzw. Untersuchungsberichten) zu Fundstellen, die insbesondere im Vorfeld des Nationalstrassenbaus ausgegraben wurden (Marsens/En Barras, Gumefens/Sus Fey und Murten/Combette), verfasste das wissenschaftliche Personal Begleitpublikationen zu den beiden Ausstellungen «Ein letzte Glas? Archäologie eines Materials» (Ch. Martin Pruvot – F. Lager – L. Stöckli, *Un dernier verre? Archéologie d'une matière*, Fribourg 2014; Ch. Martin Pruvot – F. Lager – L. Stöckli, *Ein letztes Glas? Archäologie eines Materials*, Freiburg 2014 – Übersetzung: B. Bär) und «Autour de la table. Usages et savoir-vivre à l'époque romaine» (C. Agustoni, *Autour de la table. Usages et savoir-vivre à l'époque romaine* (Musée Romain de Vallon 5, Fribourg 2014).



---

Neben der 16. Ausgabe der *Freiburger Hefte für Archäologie (FHA/CAF)* ist auch das komplett zweisprachig verfasste Heft der Zeitschrift *as*. «Fribourg de 7 en 14 / Freiburg von 2007 bis 2014» (A.-F. Auberson – C. Buchillier – R. Blumer (coord.), *Fribourg de 7 en 14 / Freiburg von 2007 bis 2014 (as. 37.2)*, Basel 2014) erschienen. Die verschiedenen Beiträge sind unter [http://www.fr.ch/dics/de/pub/rapport\\_dactivite\\_.htm](http://www.fr.ch/dics/de/pub/rapport_dactivite_.htm) detailliert aufgelistet. In Zukunft werden die *FHA* sowie die vom AAFR realisierten Monografien mit einer gewissen Verzögerung *online* zur Verfügung gestellt.

#### 14.2.1 Weitere Artikel

C. Agustoni, «Autour de la table. Usages et savoir-vivre à l'époque romaine», *Info patronale* 11, 2014, 7.

G. Bourgarel, «La Commanderie sous toutes ses coutures», in: A. Lauper – L. Cesa – I. Andrey (éd.), *La Commanderie de Saint-Jean de Jérusalem à Fribourg (Patrimoine fribourgeois, n° spécial 20)*, Fribourg 2014, 19-31.

C. Buchillier, «'Provenance: Sabaria', petite rhapsodie magyare dans les collections archéologiques», in: J. Bullinger – P. Crotti – C. Huguenin, *De l'âge du Fer à l'usage du verre (CAR 151)*, Mélanges offerts à Gilbert Kaenel, dit «Auguste», à l'occasion de son 65<sup>e</sup> anniversaire, Lausanne 2014, 297-299.

K. L. Kapper – F. Donadini – M. Mauvilly – S. Panovska – A. M. Hirt, «New directional archeomagnetic data of burned cave sediments from Switzerland and geomagnetic field variations in Central Europe», *Geophysical Journal International* 198.2, 2014, 1143-1156.

D. Mannes – C. Benoît – D. Heinzelmann – E. Lehmann, «Beyond the visible: combined neutron and X-ray imaging of an altar stone from the former Augustinian Church in Fribourg, Switzerland», *Archeometry* 56.5, 717-725.

M. Mauvilly, «D'une ouverture naturelle à une percée archéologique: la quête des abris en territoire fribourgeois», in: J. Bullinger – P. Crotti – C. Huguenin, *De l'âge du Fer à l'usage du verre (CAR 151)*, Mélanges offerts à Gilbert Kaenel, dit «Auguste», à l'occasion de son 65<sup>e</sup> anniversaire, Lausanne 2014, 265-270.

M. Mauvilly, «Das keltische Erbe in unserer Region», *Freiburger Volkskalender* 2015, 2014, 63-67.

#### 14.2.2 Büro der Grafiker und Zeichner, Fotografie und Infografik

In diesem Bereich nahmen Reinzeichnungen von Plänen und Zeichnungen archäologischer Objekte für diverse Fundstellenauswertungen (Marsens/En Barras, Gumefens/Sus Fey, Murten/Combette, Courgevoux/En Triva, Vallon/Sur Dompierre, Schmiten, Bösinggen, etc.) sowie für Fundplätze, die in diesem Jahr gegraben wurden, viel Zeit in Anspruch. Darüber hinaus haben die Mitarbeitenden dieses Bereichs beim Aufbau des Archivs für die zeichnerischen Grabungsaufnahmen mitgeholfen und Illustrationen für verschiedene Publikationen (*FHA* 16, Begleithefte für Ausstellungen, Spezialheft Freiburg *as*.2014.2), wissenschaftliche Auswertungen, Vorträge sowie museografische Unterlagen angefertigt. Das Layout mehrerer Publikationen wurde erstellt (*FHA* 16, G. Graenert, *Die frühmittelalterlichen Bestattungen von Gumefens/Sus Fey*, erscheint anfangs 2015) und die Gestaltungsarbeiten für die umfassende Monografie über den Gutshof von Vallon/Dompierre (3 Bände) fanden ihre Fortsetzung. Ebenso wurden die Begleitpublikation zur Ausstellung «Ein letztes Glas?» sowie die Tafeln und Plakate zu den Ausstellungen «Ein letztes Glas?» und «Autour de la table» realisiert.

Das AAFR hat zahlreiche Arbeiten (Bildaufnahmen, Bildbearbeitung, Reproduktion von Negativen) für Publikationen, Ausstellungen und Konferenzen oder auf Anfrage Dritter ausgeführt. Insgesamt 25 Aufnahmen von Fundstellen und archäologischen Objekten wurden dem neuen Westschweizer Lehrbuch für Geschichte, 5<sup>H</sup>-6<sup>H</sup>, sowie den Heften «L'atelier de l'histoire» (Thema 4 und 8) zur Verfügung gestellt.

### 14.3 Konservierung und Restaurierung

#### 14.3.1 Tätigkeit des Konservierungs- und Restaurierungslabors (LCR)

Das LCR hat mehr als 2000 Objekte/Objekteinheiten, die aus Grabungen stammen, entgegengenommen und provisorisch verpackt; dazu gehören auch Artefakte, die von acht Sondengängern, die im Besitz einer Prospektionsbewilligung sind, dem Amt übergebenen wurden. Fundgegenstände aus Metall (Bronze, Eisen und Blei) – darunter zahlreiche Münzen –, Glas, Keramik und Terrakotta verschiedener Epochen wurden gewaschen, gefestigt, restauriert und verpackt. Zwei Terrakotta-Statuetten wurden für das Bibel und Orient-Museum restauriert, eine

---

Statuette aus Tanagra im Auftrag des FEDPOL (detaillierte Aufstellung siehe unter [http://www.fr.ch/dics/de/pub/rapport\\_dactivite.htm](http://www.fr.ch/dics/de/pub/rapport_dactivite.htm)). Zu den alltäglich anfallenden Arbeiten wie die Reinigung von Fundmaterial sowie die Beschriftung von prähistorischen Steinen und Mikrolithen (vornehmlich aus dem Abri von Arconciel/La Souche), kam die *In-situ*-Konsolidierung des Grabaltars der *Valeria Secca* in einem Privathaus in Môtier hinzu. Rund zehn hölzerne Wasserrohre aus Vallon/Sur Dompierre wurden gefriergetrocknet. Neben einem Kinderskelett aus Arconciel/Pré de l'Arche, das gefestigt, gereinigt und zu Ausstellungszwecken zusammengesetzt wurde, fand die Reinigung von menschlichen Skelettresten aus 214 Kartons und ihre Überführung ins Depot der Interkantonalen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung anthropologische Funde in Aesch statt. Mehrere Personen waren mit der Beschriftung und Verpackung der faunistischen Reste aus der Grabung Arconciel/La Souche beschäftigt. Das LCR hat zudem mit zahlreichen externen Personen bzw. Institutionen (Studierende, Restauratoren/innen, Spezialisten/innen, Wissenschaftler/innen, Museen usw.) zusammengearbeitet. Um den Arbeitsprozess effizienter zu gestalten, wurde ein neuer Raum zur Reinigung und Imprägnierung von Holz und organischen Artefakten eingerichtet. Zudem erfolgte die weitere Aussortierung von Fundstücken im Kühldepot. Das LCR war ausserdem mit der Überwachung der klimatischen Bedingungen in den Funddepots beauftragt und hat für zahlreiche Fundgegenstände, die in verschiedenen Ausstellungen oder im Rahmen von Veranstaltungen gezeigt wurden, Verpackungen und Ausstellungssockel angefertigt. Es war an der Demontage der Sonderschau «Rome vue du Lac» sowie am Aufbau der Wechselexstellungen «Autour de la table» (Musée romain de Vallon) und «Ein letztes Glas?» (AAFR) helfend beteiligt. Nach ihrer Reinigung und Dokumentation wurde der bemalte Wandverputz aus Vallon/Sur ins Fundlager eingeräumt. Das Projekt zur Valorisierung der Wandmalereien des Hans Fries hat mit dem Erstellen eines Ausstellungskonzeptes und der Gestaltung der Ausstellungswand mit der ersten Szene begonnen.

Im Römischen Museum in Vallon war das LCR mit der Überwachung des Erhaltungszustandes der Mosaik (Überwachung der Neubildung von Algen anhand fotografischer Dokumentation), der Auswertung der thermohygrografischen und hydrogeologischen Daten und der chemischen Behandlung des Mosaikteppichs betraut. Zudem begleitete es die Installation einer neuen Kaltlichtbeleuchtung, die für die Erhaltung der Mosaik unabdinglich ist.

#### 14.3.2 Sammlungen

57 Paletten mit archäologischen Fundstücken (in der Hauptsache lithische Objekte) wurden ins neue Aussendepot überführt. Für die Innendepots hat eine Arbeitsgruppe einen Plan zur Neuorganisation erarbeitet. Mit dem MAHF sind Gespräche im Gang, wie die gesamte archäologische Sammlung des Kantons künftig verwaltet werden soll. Die Arbeiten zur Verbesserung und Vereinheitlichung der elektronisch erfassten Funddaten wurden im Hinblick auf ihre Überführung in die neue Datenbank fortgesetzt. Objekte aus der kantonalen archäologischen Sammlung (Originale und Kopien) sind für verschiedene Ausstellungen und Veranstaltungen (125 Jahre Universität Freiburg, Bibel und Orient-Museum, Römisches Museum in Vidy, Römisches Museum in Vallon) zur Verfügung gestellt worden.

#### 14.4 Archivierung

Die Archivierung der Dokumente in digitaler Form kam weiter voran; insgesamt 14 000 Dokumente wurden bearbeitet (2013: 70 000). Die Papierdokumente der in den letzten Jahren durchgeführten archäologischen Interventionen wurden zusammengeführt, neu organisiert und gemäss dem geltenden Ablegeplan archiviert. Nach ihrer Zusammenlegung fanden die Plan- und Profilaufnahmen der Ausgrabungen auf Transparentpapier neu in den entsprechenden Archivboxen Platz. Eine Liste der Interventionen, für welche Papierdokumente existieren, wurde erstellt. Ausserdem kam es auch zu einer Zusammenlegung der aus anderen Aktivitätsbereichen des AAFR (Ausstellungen, Publikationen, Untersuchungen) stammenden Papierdokumente. Im Bildarchiv wurden Negativablageblätter, die sich in schlechtem Zustand befanden, ersetzt.

#### 14.5 Besondere Anlässe

##### 14.5.1 Vermittlung, Veranstaltungen, Ausstellungen und anderes

Das AAFR veranstaltete Führungen durch das Haus, durch die Ausstellung «Ein letztes Glas?», an Fundstellen und auf Grabungen, namentlich im Rahmen der Exkursionen der Vereinigung «Archäologie Schweiz». Zudem nahm das Amt am Ferienpass der Stadt Freiburg und an Radiosendungen teil. Auch wurde die Ausstellung «Ein letztes Glas?



---

Archäologie eines Materials» realisiert, begleitet von einem reichen Veranstaltungsprogramm (siehe [www.undernierverre.ch](http://www.undernierverre.ch)). Das AAFR beteiligte sich ausserdem an der Durchführung des Römerfestes im Römischen Museum in Vallon zum Thema «Brot und Spiele».

#### 14.5.2 Vorträge und Kurse

Abgesehen von der Teilnahme an verschiedenen jährlich stattfindenden Versammlungen, Kommissionen und Treffen von Arbeitsgruppen sowie von Vorträgen im Rahmen von Generalversammlungen, Kolloquien und Veranstaltungen, die von diversen Vereinigungen organisiert wurden, hat das AAFR mit der Betreuung von Praktikanten und Abschlussarbeiten massgeblich zur Ausbildung des Nachwuchses an den Universitäten (UNIFR, UNINE, UNIL) beigetragen. An der Universität Freiburg führte das Amt die Blockkurse zur antiken Metallurgie, einen Kurs zum Thema Zeichnen/Fotografieren sowie im Frühlingsemester den Bachelor-Einführungskurs in die Archäologie durch. Eine Kursreihe namens «Arkeopop», die sich an ein breites Publikum richtet, wurde in Zusammenarbeit mit der «Association des Amis de l'Archéologie» organisiert. Die im Pfahlbaudorf von Gletterens angebotenen Veranstaltungen wurden ebenfalls durch das AAFR begleitet.

## 15 Amt für Kulturgüter

---

Amtsvorsteher: Stanislas Rück

### 15.1 Tätigkeit

#### 15.1.1 Verzeichnis der Kulturgüter

Die Verzeichnissarbeiten bestehen in der Erkennung und Beschreibung der schützenswerten Ortsbilder, Bauten und Objekte. Sie wurden in allen Kantonsteilen fortgesetzt mit einem besonderen Akzent in der Stadt Freiburg, wo zum ersten Mal ein systematisches Verzeichnis in allen Quartieren durchgeführt wird, das die Bauten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sowie die Architektur der Moderne und der Nachkriegszeit berücksichtigt. So wurden die Quartiere Palatinat/St. Leonhard, Jura, Gambach und das Spitalquartier abgedeckt. Von 2041 in der Gebäudeversicherung aufgeführten Gebäuden wurden 958 beurteilt und neu aufgenommen. Es wurden zudem 77 (45) Objektfischen sowie 3 (8) detaillierte Objektbeschreibungen erarbeitet.

Das Verzeichnis wurde in 8 (10) weiteren Gemeinden überarbeitet: Châtel-sur-Montsalvens, Bussy, Senèdes, Autafond, Givisiez, Oberschrot, Murten (Sektor Büchslen) und St. Ursen. Von 2465 begutachteten Gebäuden wurden 483 ins Inventar aufgenommen und bewertet.

Das Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter wurde ebenfalls weitergeführt, vor allem in der Stadt Freiburg, wo die Kirchen- und Klosterbauten besonders zahlreich und bedeutend sind. Insgesamt wurde das religiöse Kulturgut in 7 (2) Pfarrkirchen und 29 (2) Kapellen sowie im Kloster der Ursulinerinnen in Freiburg aufgenommen und im Hinblick auf eine künftige Unterschutzstellung bewertet: Châtonnaye, St. Paul in Fribourg, Bonnefontaine, Praroman, Forel beide Kirchen in Montbrelloz. Es wurden 634 Objekte ins Verzeichnis aufgenommen, das nunmehr für den ganzen Kanton 11 687 Objekte umfasst.

#### 15.1.2 Unterschutzstellung im Rahmen der Ortsplanungsrevisionen

Die Unterschutzstellung erfolgt auf der Basis des Kulturgüterverzeichnisses im Rahmen der Ortsplanung. Formell schlägt sie sich in der Festlegung der Ortsbildschutzperimeter im Zonenplan und den Listen der geschützten Bauten (unbewegliche Kulturgüter) und Objekte (bewegliche Kulturgüter) nieder, wo die Bewertung und die Schutzkategorie aufgeführt sind. Das Zusammentreffen verschiedener Umstände, wie die Revision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes, die Beschleunigung der Gemeindefusionen oder schlichtweg das Auslaufen der Revisionsfristen für die Ortsplanungen der ersten Generation führt dazu, dass in einem grossen Teil der Gemeinden

---

des Kantons eine Ortsplanungsrevision am Laufen ist. So hat der Kulturgüterdienst zu mehr als 70 (71) Auflagen Stellung genommen, davon 42 in der Vorprüfung und 28 in der Schlussprüfung.

Das Amt hat ferner den Auftrag, die Liste der geschützten Kulturgüter (Inventar) zu erstellen und nachzuführen. Momentan stehen von 17 541 (16 722) verzeichneten Objekten 8435 (8434) unter Schutz. Innerhalb von vier Jahren sind somit 15 % der geschützten Gebäude aus dem Schutz entlassen worden, was deutlich auf eine Verschlechterung des Umgangs mit unserem gebauten Kulturgut hinweist.

Das Inventar der beweglichen Kulturgüter beinhaltet 6218 Objekte, wovon 2486 über die Unterschutzstellung der Gebäude geschützt sind.

### 15.1.3 Behandlung der Baubewilligungsgesuche

Die gute Konjunktur und das Bevölkerungswachstum führen zu einer anhaltend hohen Zahl von Baugesuchen, sei es für den Umbau geschützter Objekte oder für Neubauten in schützenswerten Ortsbildern. Das Kulturgüteramt nahm zu insgesamt 1839 (1662) Anfragen Stellung, wobei 1085 (1043) auf Schlussprüfungen, 411 (372) auf Vorprüfungen und 258 (221) auf Prüfungen ausserhalb eines Verfahrens entfallen. Dazu kommen mindestens nochmals gleich viele informelle Anfragen.

### 15.1.4 Baubegleitung und Behandlung der Subventionsgesuche

Die Schutzmassnahmen werden bei der Begleitung der Restaurierungsarbeiten geprüft und umgesetzt. Dabei spielt die Vergabe von Subventionen eine besonders wichtige Rolle als Anreiz für Privatbesitzer, Pfarreien und Gemeinden bei ihren Investitionen zugunsten des Kulturgutes. Das ganze Jahr über begleiten die Mitarbeiter des Kulturgüterdienstes zahlreiche Baustellen in beratender Funktion.

Die kantonalen Subventionen betragen 1 492 494 (1 888 290) Franken. Zu 76 % waren sie für Privatpersonen bestimmt und zu 24 % für juristische Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden und Pfarreien). Die zugesprochenen Subventionen beliefen sich auf insgesamt 1 973 000 (2 179 000) Franken, wovon 92 % auf private und 8 % auf juristische Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden, Pfarreien) entfielen.

Gesamthaft betrachtet lagen die zugesprochenen und ausbezahlten Subventionen bei einem Anteil von ca. 14 % (16 %) für einen subventionsberechtigten Betrag von 14 (13) Millionen. Ausgehend von der Feststellung, dass gewöhnlich kaum mehr als 50 % der Gesamtkosten subventionsberechtigt sind, lässt sich sagen, dass jeder Subventionsfranken eine Investition von 14 (12) Franken zugunsten der Kulturgüter auslöst.

An Bundessubventionen wurden insgesamt 813 543 (407 562) Franken ausbezahlt, davon 580 539 (323 732) Franken innerhalb des Rahmenabkommens 2012-2015 und 233 004 (83 830) Franken ausserhalb dieses Abkommens, und zwar für dringende und besonders komplexe Objekte.

### 15.1.5 Bauberatung und Expertisen

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Ausführung von Konservierungs- und Restaurierungsarbeiten übernahm der Kulturgüterdienst Gutachten, Analysen und Sondierungen in Höhe von 50 517 (42 350) Franken. Solche Untersuchungen sind von entscheidender Bedeutung für eine sach- und fachgerechte Ausführung der Konservierungsarbeiten. Sie tragen zudem zu einem besseren Verständnis des Kulturgutes bei.

### 15.1.6 Dokumentation der Kulturgüter

Das Amt hat den Auftrag, eine Dokumentation über die Freiburger Kulturgüter aufzubauen und nachzuführen und diese der Forschung und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Vier Restaurierungsberichte wurden archiviert. Sämtliche Pläne der Kathedrale St. Nikolaus wurden inventarisiert und eingescannt. Alle über mehr als zehn Jahre entstandenen Detailaufnahmen der Mehofer-Fenster der Kathedrale wurden digitalisiert und auf Mikrofilmen festgehalten. Wiederum wurden 22 441 (6500) alte Fotografien gesichtet und geordnet und dem Bildarchiv des Kulturgüterdienstes zugeführt. Ferner wurden den Friburgensia 841 (1692) Neueinträge, hauptsächlich Zeitungsausschnitte, hinzugefügt. Die mit dem Kulturgüterverzeichnis zusammenhängende Autoredatenbank wurde mit 272 (107) biographischen Einträgen über Künstler und

---

Kunsthändler ergänzt. Die Bibliothek wurde mit 224 (224) neuen Titeln erweitert, hauptsächlich Monographien und Fachzeitschriften.

### 15.1.7 Publikations- und Öffentlichkeitsarbeit

Die zwanzigste Ausgabe der Reihe Freiburger Kulturgut ist im September erschienen. Sie war ganz der Geschichte und der Restaurierung der Johanniterkomturei in Freiburg gewidmet, die seit Herbst 2013 die Räume des Kulturgüterdienstes beherbergt.

Wie jedes Jahr war das Amt an Anlässen und Aktionen beteiligt, mit denen die Öffentlichkeit auf den Reichtum des kulturellen Erbes im Kanton aufmerksam gemacht wird. Namentlich hat der Dienst wiederum die Europäischen Tage des Denkmals diesmal zum Thema «Zu Tisch» durchgeführt. Unter anderem hat dieser Anlass erlaubt, die Johanniterkomturei mehr als 1 500 Besuchern vorzustellen. In Zusammenarbeit mit der «Société d'histoire du canton de Fribourg» wurde zum neunten Mal der «Printemps du patrimoine» organisiert, der diesmal einen Einblick in die neu restaurierte Kirche von Wünnewil bot. Der Kulturgüterdienst hat sich auch der Nacht der Museen beteiligt mit einer Führung durch die Loretokapelle unter dem Titel «Die wundersame Reise des Hauses der Heiligen Jungfrau».

### 15.1.8 Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten und im Krisenfall

Ein einziges Projekt kam in den Genuss von Bundessubventionen in der Höhe von 20 %: Die Konservierung und Sicherung auf Mikrofilm der alten Negative des Kulturgüterdienstes. 2014 konnte auch der Kulturgüterschutzraum im Franziskanerkloster abgeschlossen und in Betrieb genommen werden. Es ist dies die erste Anlage dieser Art im Kanton Freiburg.

### 15.1.9 Kunstdenkmäler der Schweiz

Das Amt beteiligt sich an der Veröffentlichung der Freiburger Bände der Reihe «Die Kunstdenkmäler der Schweiz», die von der Gesellschaft für schweizerische Kunstgeschichte GSK herausgegeben werden.

Die 2008 begonnene Redaktionsarbeit des Bandes VI über die Stadt Estavayer-le-Lac ging weiter voran und sollte 2015 abgeschlossen werden. Die Veröffentlichung ist für 2017 vorgesehen.

### 15.1.10 Kommissionen

Die Kulturgüterkommission trat zu 9 (9) Sitzungen zusammen; das Büro der Kulturgüterkommission hielt 6 (10) Sitzungen ab und die Unterkommission für bewegliche Kulturgüter traf sich zu einer Sitzung. Die wissenschaftliche Kommission für die Begleitung der Forschungsarbeiten zu den «Kunstdenkmälern der Schweiz» führte eine Sitzung (1) durch.

Der Kulturgüterdienst hat auch in verschiedenen Kommissionen und Stiftungen als Vertreter des Kantons Freiburg Einsitz: in den Altstadtkommissionen der Städte Freiburg, Murten, Estavayer-le-Lac und Romont, in den Stiftungen des Klosters Hauterive, des Panoramas der Murtenschlacht, der alten Brücke von Allières und der Stiftung zur Erhaltung der Kathedrale St. Nikolaus usw.

## 15.2 Besondere Ereignisse

Zur Bewältigung der hohen Arbeitslast, sei es bei der Inventarisierung oder bei der Behandlung der Baugesuche, konnte der Kulturgüterdienst zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter temporär beschäftigen. So wurde ein Mitarbeiter speziell mit der Aufnahme der schützenswerten Bauten in der Stadt Freiburg betraut, während ein anderer die Überarbeitung des Inventars der zeitgenössischen Architektur im Kanton Freiburg vornahm, dies im Hinblick auf eine Publikation im Jahr 2015. Drei Praktikanten und Praktikantinnen konnten zudem ihre Ausbildung in beiden Abteilungen des Kulturgüterdienstes ergänzen. Der Dienst profitiert dabei in doppelter Hinsicht, einerseits durch deren Arbeitseinsatz und andererseits, indem er bei diesen künftigen Fachkräften die Sensibilität für die Anliegen des Kulturgüterschutzes fördert.

## 16 Personalbestand

		Rechnung 2014 EPT	Rechnung 2013 EPT	Abweichungen EPT
<b>Direktion für Erziehung, Kultur und Sport</b>		<b>4'726.10</b>	<b>4'666.63</b>	<b>59.47</b>
<b>ZENTRALVERWALTUNG</b>		<b>249.88</b>	<b>245.78</b>	<b>4.10</b>
<b>3200 / IPCS</b>	Generalsekretariat	24.02	23.87	0.15
<b>3202 / ENOB</b>	Obligatorischer Unterricht	46.78	46.79	-0.01
<b>3208 / ENSA</b>	Amt für Sonderpädagogik	8.96	8.80	0.16
<b>3225 / OSPR</b>	Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung	27.99	26.99	1.00
<b>3229 / ESSU</b>	Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2	4.69	4.17	0.52
<b>3265 / CULT</b>	Amt für Kultur	2.80	2.72	0.08
<b>3270 / ARCH</b>	Staatsarchiv	6.00	6.02	-0.02
<b>3271 / BCUN</b>	Kantons- und Universitätsbibliothek	49.78	50.19	-0.41
<b>3273 / MAHF</b>	Museum für Kunst und Geschichte	15.03	14.92	0.11
<b>3274 / MHNA</b>	Naturhistorisches Museum	9.96	9.75	0.21
<b>3280 / SACF</b>	Amt für Archäologie	31.67	31.71	-0.04
<b>3281 / BIEN</b>	Amt für Kulturgüter	16.10	13.83	2.27
<b>3292 / SPOR</b>	Amt für Sport	6.10	6.02	0.08
<b>UNTERRICHTSWESEN</b>		<b>4'476.22</b>	<b>4'420.85</b>	<b>55.37</b>
<b>03 / EPRE</b>	Vorschulunterricht	386.40	352.92	33.48
<b>3205 / EPRI</b>	Primarschulunterricht	1'397.16	1'380.35	16.81
<b>3210 / CORI</b>	Orientierungsschule – Entlastungen	20.82	21.55	-0.73
<b>3210 / CORI</b>	Orientierungsschule	925.27	923.91	1.36
<b>3229 / ESSU</b>	Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2	1.64	1.58	0.06
<b>3230 / ECDD</b>	Fachmittelschule	72.94	70.05	2.89
<b>3235 / CGAM</b>	Kollegium Gambach	76.87	74.43	2.44
<b>3240 / CSCR</b>	Kollegium Hl. Kreuz	86.40	89.49	-3.09
<b>3245 / CSMI</b>	Kollegium St. Michael	112.95	120.08	-7.13
<b>3249 / CSUD</b>	Kollegium des Südens	104.42	103.40	1.02
<b>3256 / HEPF</b>	Pädagogische Hochschule	95.94	98.32	-2.38
<b>3258 / HESS</b>	Hochschule für Gesundheit	60.98	57.28	3.70
<b>3259 / HETS</b>	Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit	47.62	47.80	-0.18
<b>3260 / UNIV</b>	Universität	963.16	955.84	7.32
<b>3272 / CONS</b>	Konservatorium	123.65	123.85	-0.20

# Tätigkeitsbericht

Sicherheits- und Justizdirektion

—

2014



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Direction de la sécurité et de la justice DSJ**  
**Sicherheits- und Justizdirektion SJD**

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>1</b>	<b>Direktion und Generalsekretariat</b>	<b>8</b>
<b>1.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>8</b>
1.1.1	Ordentliche Tätigkeit	8
1.1.2	Besondere Ereignisse	8
<b>1.2</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit (interkantonale Beziehungen auf Direktionsebene)</b>	<b>9</b>
1.2.1	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)	9
1.2.2	Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesezt (FDKL)	9
1.2.3	Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren der lateinischen Schweiz (LKJPD)	10
1.2.4	Lateinische Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (CLAMPP)	10
<b>1.3</b>	<b>Streitigkeiten und Beschwerden (Beschwerden/Entscheide des vergangenen Jahres)</b>	<b>10</b>
1.3.1	Erstinstanzliche Entscheide	10
1.3.2	Instruktion von Beschwerden	10
1.3.3	Haftungsfragen	11
<b>1.4</b>	<b>Gesetzgebung</b>	<b>11</b>
1.4.1	Gesetze und Dekrete	11
1.4.2	Verordnungen und Reglemente	11
1.4.3	2014 verabschiedete interkantonale Reglemente und Beschlüsse	11
<b>2</b>	<b>Kantonspolizei</b>	<b>12</b>
<b>2.1</b>	<b>Personalbereich</b>	<b>12</b>
2.1.1	Bestand am 31.12.2014	12
2.1.2	Mutation beim Personal	12
2.1.3	Ausbildung und Weiterbildung	12
2.1.4	Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen»	13
2.1.5	Arbeitspsychologie	13
<b>2.2</b>	<b>Tätigkeiten der Kantonspolizei</b>	<b>13</b>
2.2.1	Behandelte Geschäfte	13
2.2.2	Verhaftungen	14
2.2.3	Strassenverkehr und Schifffahrt	14
2.2.4	Abkommen bezüglich des Neuenburgersees	15
2.2.5	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	15
2.2.6	Betäubungsmittel	16
<b>2.3</b>	<b>Ereignisse im Jahr 2014</b>	<b>17</b>
2.3.1	Von der Kriminalpolizei behandelte gerichtliche Sonderfälle	17

---

2.3.2	AIR 14	19
2.3.3	Tour de Romandie	19
2.3.4	Einweihung der Poya Brücke	19
2.3.5	Aktionen im Bereich der Prävention	19
<b>2.4</b>	<b>Besondere Bereiche</b>	<b>20</b>
2.4.1	Fahrende	20
2.4.2	Personenschutz	20
2.4.3	Ausschaffungen	20
2.4.4	Ordnungsdienst	20
2.4.5	Polizeihunde	20
2.4.6	Verkehrserziehung	21
2.4.7	Stelle für Medien und Prävention	21
2.4.8	Büro für Waffen und Sprengstoffe	22
2.4.9	Sicherheitsunternehmen	23
<b>2.5</b>	<b>Logistik</b>	<b>23</b>
2.5.1	Informatik und Telekommunikation	23
2.5.2	Fahrzeuge	24
2.5.3	Gebäudeverwaltung	24
2.5.4	Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung	25
2.5.5	Buchhaltung	25
<b>3</b>	<b>Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM)</b>	<b>25</b>
<b>3.1</b>	<b>Bevölkerungsschutz</b>	<b>25</b>
3.1.1	Ordentliche Tätigkeit	25
3.1.2	Kantonales Führungsorgan	26
3.1.3	Gemeindeführungsorgane	26
3.1.4	Einsatzpläne	27
3.1.5	Besonderes	27
<b>3.2</b>	<b>Zivilschutz</b>	<b>27</b>
3.2.1	Ordentliche Tätigkeit	27
3.2.2	Dispensationsgesuche	27
3.2.3	Disziplinarwesen	27
3.2.4	Ausbildung	28
3.2.5	Organisation	28
3.2.6	Bauten und Material	29
3.2.7	Besonderes	30
<b>3.3</b>	<b>Militärverwaltung</b>	<b>30</b>
3.3.1	Ordentliche Tätigkeit	30



<b>3.4</b>	<b>Verwaltung der Militärgebäude</b>	<b>33</b>
3.4.1	Ordentliche Tätigkeit	33
3.4.2	Besonderes	34
<b>4</b>	<b>Amt für Bevölkerung und Migration (BMA)</b>	<b>35</b>
<b>4.1</b>	<b>Fremdenpolizei</b>	<b>35</b>
4.1.1	Ordentliche Tätigkeit	35
4.1.2	Besondere Ereignisse	36
<b>4.2</b>	<b>Asylbereich</b>	<b>36</b>
4.2.1	Ordentliche Tätigkeit	36
4.2.2	Besondere Ereignisse	36
<b>4.3</b>	<b>Ausländische Arbeitskräfte</b>	<b>36</b>
4.3.1	Ordentliche Tätigkeit	36
4.3.2	Besondere Ereignisse	37
<b>4.4</b>	<b>Schweizerpässe und Identitätskarten</b>	<b>37</b>
4.4.1	Ordentliche Tätigkeit	37
4.4.2	Besondere Ereignisse	37
<b>5</b>	<b>Amt für Gewerbepolizei (GePoA)</b>	<b>38</b>
<b>5.1</b>	<b>Öffentliche Gaststätten</b>	<b>38</b>
5.1.1	Ordentliche Tätigkeit	38
5.1.2	Besondere Ereignisse	39
<b>5.2</b>	<b>Alkoholhaltige Getränke</b>	<b>39</b>
5.2.1	Ordentliche Tätigkeit	39
<b>5.3</b>	<b>Lotterien und Kollekten</b>	<b>40</b>
5.3.1	Ordentliche Tätigkeit	40
<b>5.4</b>	<b>Spielautomaten</b>	<b>40</b>
5.4.1	Ordentliche Tätigkeit	40
<b>5.5</b>	<b>Spielsalons</b>	<b>40</b>
5.5.1	Ordentliche Tätigkeit	40
<b>5.6</b>	<b>Prostitution</b>	<b>40</b>
5.6.1	Ordentliche Tätigkeit	40
<b>5.7</b>	<b>Gewerbe der Reisenden</b>	<b>41</b>
5.7.1	Ordentliche Tätigkeit	41
<b>5.8</b>	<b>Konsumkredit</b>	<b>41</b>
5.8.1	Ordentliche Tätigkeit	41
<b>5.9</b>	<b>Risikoaktivitäten</b>	<b>41</b>
2.9.1	Aktuelle Aktivitäten	41
2.9.1.1	Ausgeteilte Bewilligungen	41

<b>5.10</b>	<b>Masse und Gewichte</b>	<b>41</b>
5.10.1	Ordentliche Tätigkeit	41
<b>5.11</b>	<b>Preisbekanntgabe</b>	<b>42</b>
5.11.1	Besondere Ereignisse	42
<b>6</b>	<b>Amt für Justiz (AJ)</b>	<b>42</b>
<b>6.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>42</b>
6.1.1	Advokatur	42
6.1.2	Notariat	42
6.1.7	Mediation im Gerichtsverfahren	44
6.1.8	Aufsicht über die klassischen Stiftungen	45
6.1.9	Übrige Tätigkeiten	45
<b>7</b>	<b>Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG)</b>	<b>45</b>
<b>7.1</b>	<b>Straf- und Massnahmenvollzug</b>	<b>45</b>
7.1.1	Freiheitsstrafen und Massnahmen	46
7.1.2	Umgewandelte Bussen und Geldstrafen (Ersatzfreiheitsstrafen)	48
7.1.3	Gemeinnützige Arbeit (nachfolgend: GA)	49
7.1.4	Begnadigungsgesuche	49
7.1.5	Untersuchungshaftplatzsuche	49
7.1.6	Strafregister	49
<b>7.2</b>	<b>Gefängnisse</b>	<b>49</b>
7.2.1	Eintritte 2014	50
7.2.2	Vollzugstage	50
7.2.3	Verpflegung	50
7.2.4	Räumlichkeiten	51
7.2.5	Beschäftigung der Insassen	51
7.2.6	Insassenbetreuung	51
7.2.7	Zusammenfassung der Leistungen im Zentralgefängnis und im Gefängnis Romont	52
<b>8</b>	<b>Amt für Bewährungshilfe (BHA)</b>	<b>52</b>
<b>8.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>52</b>
<b>8.2</b>	<b>Abteilung Verwaltung</b>	<b>53</b>
<b>8.3</b>	<b>Abteilung Bewährungshilfe</b>	<b>53</b>
<b>8.4</b>	<b>Abteilung Alternative Strafvollzugsformen</b>	<b>54</b>
<b>8.5</b>	<b>Besondere Vorkommnisse</b>	<b>56</b>
8.5.1	Weiterbildung der Bewährungshelferinnen und -helfer zur Risikoanalyse	56
8.5.2	Präsentation und Austausch rund um das Freiburger Interventionsmodell	56
8.5.3	Besuch einer tunesischen Delegation	57

---

8.5.4	Einführung einer Ausbildung zum Bewährungshelfer	57
<b>9</b>	<b>Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)</b>	<b>57</b>
<b>10</b>	<b>Kantonale Gebäudeversicherung (KGV)</b>	<b>58</b>
<b>11</b>	<b>Anstalten von Bellechasse</b>	<b>58</b>
<b>12</b>	<b>Personalbestand</b>	<b>58</b>

---

---

# 1 Direktion und Generalsekretariat

---

Staatsrat, Direktor: Erwin Jutzet

Generalsekretärin: Claudine Godat

## 1.1 Tätigkeit

### 1.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Generalsekretariat übt die Stabsaufgaben der Direktion aus und übernimmt insbesondere die Planung und Koordination der Arbeiten, die Vorbereitung der Dossiers für den Staatsrat, die Betreuung der Dossiers und die Bearbeitung administrativer Geschäfte (Finanzen, Personal, Logistik). Das Generalsekretariat ist für die Informationsverwaltung intern und gegen aussen zuständig und leitet Projekte, die in den Zuständigkeitsbereich der Direktion fallen oder auch mehrere Direktionen betreffen.

### 1.1.2 Besondere Ereignisse

#### 1.1.2.1 Integrationspolitik

Entsprechend der Baustelle 7.6 der Herausforderung Nr. 4 des Regierungsprogramms «Festigung des sozialen Zusammenhalts und der Lebensqualität vor dem Hintergrund eines starken Wachstums» wurden die Arbeiten in den Bereichen Integration der Migrantinnen und Migranten und Rassismusprävention 2014 weitergeführt. 2014 war das erste Jahr der Umsetzung des neuen Kantonalen Integrationsprogramms 2014–2017, das in Zusammenarbeit mit der Direktion für Gesundheit und Soziales (für die Integration im Asylbereich) und entsprechend der neuen Integrationspolitik des Bundes erarbeitet wurde. Die drei Schwerpunkte dieser Politik sind: 1) Information und Beratung; 2) Bildung und Arbeit; 3) Verständigung und gesellschaftliche Integration.

Neben der Weiterführung und dem Ausbau der bereits zuvor bestehenden Massnahmen (namentlich der Förderung von Sprachkursen) wurde der Schwerpunkt 2014 auf die Unterstützung der Gemeinden in ihrer Rolle als bürgernahe Anlaufstelle im Integrationsbereich gelegt. Speziell für sie wurde eine Internet-Plattform erstellt, auf der insbesondere bewährte Methoden einiger Gemeinden vorgestellt werden, die andere Gemeinden ebenfalls anwenden können. Das Projekt «Gemeinsam in der Gemeinde» erfuhr eine bedeutende Erweiterung, da die Gemeinde Freiburg ihre Teilnahme beschloss. Nun leben 50 % der Migrantinnen und Migranten des Kantons Freiburg in einer der sieben Projekt-Gemeinden.

Schliesslich wurde ein Leitfaden der guten Verfahrenspraxis für die Arbeitgeber des Kantons erstellt, um die Integration in den Unternehmen zu fördern.

#### 1.1.2.2 Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Seit 2013 wird die Partnerschaft zwischen dem Staat Freiburg und dem Dachverband Solidarisches-Freiburg in einem Leistungsauftrag für vier Jahre geregelt. Gemäss dem Finanzplan 2013–2016 wurde der Budgetrahmen für die Entwicklungszusammenarbeit 2014 auf 200 000 Franken erhöht, das sind 10 000 Franken mehr als 2013.

150 000 Franken gingen an Solidarisches-Freiburg für die Finanzierung von Projekten im Ausland, die von seinen Mitgliedsorganisationen entwickelt wurden, 20 000 Franken gingen an ein Projekt, mit dem in Zusammenarbeit mit dem Bund und den Kantonen Bern, Genf und Jura das Netzwerk für psychische Gesundheit in der Föderation Bosnien und Herzegowina verbessert werden soll. Das Rote Kreuz schliesslich wurde mit 30 000 Franken unterstützt.

Die Kantonale Kommission für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (KKEHH) trat 2014 zweimal zusammen. Die Kommission regte die Lancierung eines Projekts zur Bestandesaufnahme der Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit an, die von privaten oder institutionellen Akteuren des Kantons geleitet werden.

---

### 1.1.2.3 Kantonaler Rat für Prävention und Sicherheit (KRPS)

Der KRPS ist ein beratendes Organ des Staatsrats, das gleichzeitig mit der Schaffung der bürgernahen Polizei eingesetzt wurde. Es wird vom Sicherheits- und Justizdirektor präsiert und vereinigt Vertreter der Kantonspolizei, der Oberämter, der Gemeinden, der Gesundheitsförderung, der soziokulturellen Animation, der Jugend und der betagten Personen. Im Jahr 2014 trat der KRPS dreimal zusammen.

Die im Juni 2013 lancierte Präventionskampagne «Die Familie Kolly» zum Thema richtige Verhaltensweisen wurde 2014 weitergeführt mit drei Folgen zu Konflikten zwischen Verkehrsteilnehmern, Einbruchdiebstahl und ungesittetem Verhalten in öffentlichen Verkehrsmitteln. Für die erste und dritte Folge ging der KRPS eine fruchtbare Partnerschaft mit dem Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt und den Freiburgischen Verkehrsbetrieben ein.

Der KRPS interessiert sich sehr für das nationale Programm Jugend und Gewalt des Bundesamts für Sozialversicherungen, das ihm 2014 präsentiert wurde, und untersucht Möglichkeiten für eine bessere Koordination der verschiedenen kantonalen Akteure, die von der Problematik der Jugendgewalt betroffen sind.

### 1.1.2.4 Projekt Campus Schwarzsee/Lac-Noir

Am 4. April 2014 verabschiedete der Staatsrat den Entwurf des Dekrets und der Botschaft über einen Verpflichtungskredit von 27,7 Millionen Franken, mit dem das Lager Schwarzsee einerseits für die Ansiedlung des nationalen Ausbildungszentrums des Zivildienstes (zurzeit in Schwarzenburg BE) ab 2016 und andererseits für die Schaffung eines Sport- und Freizeitzentrums für private und öffentliche Nutzer (Sportklubs, Schulen, diverse Gruppen) umgestaltet werden soll. Am 15. Mai zeigte sich der Grosse Rat ebenfalls überzeugt von dem Projekt, indem er den Verpflichtungskredit einstimmig genehmigte. Das Projekt wird von der Sicherheits- und Justizdirektion in enger Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt geleitet und stellt aufgrund der kurzen Fristen in technischer und organisatorischer Hinsicht eine grosse Herausforderung dar, da die ersten Zivildienstleistenden ab Anfang Januar 2016 ausgebildet werden sollen. Obwohl eine im Zuschlagsverfahren eingereichte Beschwerde (die nach einer Einigung zurückgezogen wurde) einen Zeitverlust von zwei Monaten verursachte, wird das Ziel, der Vollzugsstelle für den Zivildienst im Januar 2016 ein betriebsbereites Zentrum zu übergeben, beibehalten.

### 1.1.2.5 Vollzugsplanung

Die SJD nahm 2014 die Ausarbeitung einer Vollzugsplanung bis 2025 in Angriff. Dieses Grossprojekt soll mehrere Ziele erfüllen. Zunächst ist eine verbesserte Handhabung der verschiedenen Strafvollzugstypen (vorzeitiger Strafvollzug, lange und kurze Strafen usw.) durch infrastrukturelle und organisatorische Anpassungen und neue Bauten in den Anstalten von Bellechasse (AB) geplant. Weiter soll der Kanton, ebenfalls am Standort der AB eine Therapiestation für Gefangene erhalten, die zu einer Massnahme verurteilt wurden. Schliesslich soll es möglich werden, Personen in Untersuchungshaft in Fällen mit Kollusionsgefahr an verschiedenen Standorten unterzubringen. Zu diesem Zweck wurde 2014 eine Vereinbarung mit dem Kanton Neuenburg über die gemeinsame Nutzung von Untersuchungshaftplätzen getroffen.

Parallel zu dieser Vollzugsplanung hat die SJD Vorbereitungsarbeiten für eine Totalrevision der Gesetzgebung über die Anstalten von Bellechasse aufgenommen.

## 1.2 Interkantonale Zusammenarbeit (interkantonale Beziehungen auf Direktionsebene)

### 1.2.1 Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

Die Konferenz tagte 2014 zweimal. Sie beschäftigte sich insbesondere mit folgenden Themen:

- > Restrukturierung des Asylbereichs
- > Sicherheitsverbund Schweiz
- > Vollzug von Strafen und Massnahmen
- > Harmonisierung der Polizeiinformatik

### 1.2.2 Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz (FDKL)

Die Konferenz tagte 2014 zweimal. Sie beschäftigte sich insbesondere mit folgenden Themen:

- > Bundesgesetz über Geldspiele
- > Beurteilung der Spielsuchtabgabe

### 1.2.3 Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren der lateinischen Schweiz (LKJPD)

Die Konferenz tagte 2014 zweimal. Sie beschäftigte sich insbesondere mit folgenden Themen:

- > Konkordatsplanung
- > Konkordatsrechtliche Regelungen
- > Konkordat der lateinischen Schweiz über den Vollzug der strafrechtlichen Einschliessung Jugendlicher

### 1.2.4 Lateinische Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (CLAMPP)

Die Konferenzen CLAMPP und LKJPD wurden mit Entscheid vom 3. April 2014 zusammengefasst.

## 1.3 Streitigkeiten und Beschwerden (Beschwerden/Entscheide des vergangenen Jahres)

### 1.3.1 Erstinstanzliche Entscheide

Die Direktion trifft die Verfügungen, für die sie von Gesetzes wegen zuständig ist (Fri-Pers-Entscheide, administrative Massnahmen in Personalfragen, Bewilligungen für die Zeugenaussage vor Gericht, Rechtshilfe und unentgeltliche Rechtspflege, Beschwerden gemäss Art. 38 PoIG, Beschwerden gegen den Direktor der AB, Erlass von Gebühren, Massnahmen im Bereich der Sicherheitsunternehmen, Prüfungen der Leiter von Sicherheitsunternehmen, Genehmigung von Gemeindereglementen, Kaminfegerkonzessionen usw.). Im Jahr 2014 präsentierte sich die Situation wie folgt:

Behandelte Fälle (2014 eröffnete Verfahren)	42
Gefällte Entscheide	24
Verzicht auf Ergreifung einer Massnahme / Verfahren gegenstandslos	11
Beschwerden an den SR gegen Entscheide des Jahres 2014	0
Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide des Jahres 2014	0
Am 31. Dezember 2014 hängige Verfahren	7

### 1.3.2 Instruktion von Beschwerden

Die Direktion behandelt gestützt auf Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Verfügungen ihrer Verwaltungseinheiten, sofern das Gesetz nicht den direkten Beschwerdeweg an das Kantonsgericht vorsieht. Diese Beschwerdeverfahren betreffen folgende Ämter: Kantonspolizei, Amt für Bevölkerungsschutz und Militär, Amt für Gewerbepolizei, Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse, Anstalten von Bellechasse. Im Jahr 2014 präsentierte sich die Situation wie folgt:

2014 eingegangene Beschwerden	97
davon	
gutgeheissen	5
abgewiesen	22
unzulässig	2
nach Aufhebung des Entscheids oder Rückzug der Beschwerde gegenstandslos	57
Am 31. Dezember 2014 bei der Direktion hängige Verfahren	11
Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide des Jahres 2013	1

---

### 1.3.3 Haftungsfragen

Die Direktion instruiert Streitigkeiten im Bereich der Staatshaftung (Gesetz vom 16. September 1986 über Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger sowie Haftungsfälle, die auf Bundesrecht beruhen). Die Stellungnahmen werden vom Staatsrat oder in bestimmten Fällen (verjährte Forderungen, über Beträge von weniger als 3000 Franken) von der Direktion verfasst. Im Jahr 2014 präsentierte sich die Situation wie folgt:

Am 1. Januar 2014 hängige Fälle	3
Im Jahr 2014 eingereichte Forderungen	9
Im Jahr 2014 von der SJD erledigte Fälle	7
Am 31. Dezember 2014 hängige Fälle (2014 eingereicht)	3

## 1.4 Gesetzgebung

### 1.4.1 Gesetze und Dekrete

- > Gesetz vom 19. Dezember 2014 zur Änderung des Justizgesetzes und anderer Gesetze
- > Dekret vom 15. Mai 2014 über einen Verpflichtungskredit für den Umbau des Lagers Schwarzsee zur Ansiedlung des Ausbildungszentrums des Zivildienstes und für Schulen sowie Sport- und Freizeitvereine

### 1.4.2 Verordnungen und Reglemente

- > Verordnung vom 11. Februar 2014 zur Änderung der Verordnung über die Gebühren im Bereich der Fremdenpolizei
- > Verordnung vom 23. Dezember 2014 zur Festlegung der Beteiligung der KGV an den Betriebskosten der Feuerwehrstützpunkte
- > Verordnung vom 23. Dezember 2014 zur Aufhebung des Beschlusses betreffend Verbot des Aufenthaltes von Lastwagen mit Verkaufsladen auf öffentlichen Verkehrswegen

### 1.4.3 2014 verabschiedete interkantonale Reglemente und Beschlüsse

- > Reglement vom 31. Oktober 2013 über die Gewährung von Ausgangsbewilligungen für erwachsene und junge erwachsene Verurteilte
- > Reglement vom 31. Oktober 2013 über das Disziplinarrecht für Personen in strafrechtlicher Einschliessung oder Unterbringung in geschlossenen Anstalten für Jugendliche
- > Reglement vom 31. Oktober 2013 über die Gewährung von Ausgangsbewilligungen für minderjährige Verurteilte
- > Beschluss vom 31. Oktober 2013 zur Änderung des Beschlusses vom 25. September 2008 über den Vollzug von Strafen in Form der Halbgefängenschaft
- > Beschluss vom 31. Oktober 2013 über Arbeitsentgelt und Vergütung für die in den Konkordatseinrichtungen eingewiesenen oder gefangenen minderjährigen Personen



## 2 Kantonspolizei

Kommandant: Pierre Schuwey

### 2.1 Personalbereich

#### 2.1.1 Bestand am 31.12.2014

VZÄ (Einh.)	Polizeibeamte	Polizei- aspiranten	Hilfspolizisten	Zivile Mitarbeiter	Lernende	Total
Kommando	8.50 (9)	-	-	9.50 (10)	-	18 (19)
Personalbereich	8 (8)	24 (24)	-	5.30 (6)	1 (1)	38.30 (39)
Stabsdienste	18 (19)	-	-	40.90 (47)	2 (2)	60.90 (68)
Gendarmerie	370 (376)	-	19.85 (23)	21.20 (30)	2 (2)	413.05 (431)
Kriminalpolizei	91 (97)	-	-	11.60 (14)	1 (1)	103.60 (112)
<b>Total</b>	<b>495.50 (509)</b>	<b>24 (24)</b>	<b>19.85 (23)</b>	<b>88.50 (107)</b>	<b>6 (6)</b>	<b>633.85 (669)</b>

#### 2.1.2 Mutation beim Personal

	Polizeibeamte	Polizeiaspiranten	Hilfspolizisten	Zivile Mitarbeiter	Total
Anstellungen	1 (1)	25 (25)	-	13.80 (18)	39.80 (44)
Versetzungen in den Ruhestand	8 (8)	-	-	1 (1)	9 (9)
Kündigungen und Reduktion des Beschäftigungsgrads	14.70 (12)	1 (1)	-	9.40 (10)	25.10 (23)
Anstellungen als Polizeibeamten	-	28 (28)	-	-	28 (28)

#### 2.1.3 Ausbildung und Weiterbildung

Am 6. Januar 2014 wurde die Polizeiaspirantenschule (PAS) mit 25 zukünftigen Polizistinnen und Polizisten eröffnet. Im Verlaufe des Jahres musste ein Aspirant die Polizeischule verlassen. 24 Kandidatinnen und Kandidaten absolvierten die Prüfungen zum Erlangen des eidgenössischen Fachausweises Polizist/in und haben mit Erfolg bestanden. Am Freitag, den 12. Dezember 2014 wurden in der Kathedrale St. Nikolaus in Freiburg 19 Gendarmen und 5 Inspektorinnen und Inspektoren vereidigt.

Für die Polizeiaspirantenschule 2015 wurden 19 Aspirantinnen und Aspiranten für die Gendarmerie und 6 Aspirantinnen und Aspiranten für die Kriminalpolizei verpflichtet.

Nach der Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Polizeiaspirantenschule Freiburg (PAS) und der ERAP in Colombier am 31. Oktober 2013 wurden 35 Tage gemeinsamer Ausbildung organisiert. Zudem haben die Absolventen der beiden Schulen die Prüfungen für den eidgenössischen Fachausweis Polizist/in im Zivilschutz-Ausbildungszentrum in Sugiez/FR gemeinsam absolviert. Im laufenden Jahr ist eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Schulen vorgesehen.

Im Jahr 2014 fanden Weiterbildungen für das bewaffnete Personal in den Bereichen Schiessen, Selbstverteidigung (MDTS) und Zwangsmittel statt.

Ausserdem hat das Ausbildungszentrum im vergangenen Jahr verschiedene Kurse zu Gunsten der kantonalen Partner im Sicherheitsbereich organisiert (Feuerwehr, Zivilschutz).

#### 2.1.4 Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen»

Im vergangenen Jahr hat der Verantwortliche zahlreiche Kontakte gepflegt und Gespräche geführt mit Mitarbeitenden (Polizisten und Zivilangestellte) aufgrund gesundheitlicher oder zwischenmenschlicher Probleme, sei es im Berufs- oder Privatleben. In den meisten Fällen konnte für die Betroffenen eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden. Für gewisse schwerwiegende Fälle war eine Zusammenarbeit mit dem Care Management oder die Unterstützung der IV-Stelle notwendig.

Die Hilfe der Einheit «zwischenmenschliche Beziehungen» und ihrer 6 Debriefeure wurde mehrmals von Beamten in Anspruch genommen, die nach Einsätzen in besonders tragischen Situationen psychologische Unterstützung benötigten.

Der Verantwortliche der Einheit zwischenmenschliche Beziehungen und der Arbeitspsychologe sind für die Kurse in Psychologie für die Aspiranten der Polizeischule zuständig.

Als Mitglied verschiedener Kommissionen (Gewalt unter Ehepaaren – Prävention Suizid Freiburg – sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und Kantonale Kommission für Suchtfragen) hat der Verantwortliche der Einheit zwischenmenschliche Beziehungen an zahlreichen Sitzungen und Versammlungen teilgenommen.

#### 2.1.5 Arbeitspsychologie

Im Jahr 2014 war der Arbeitspsychologe insbesondere an der Auswahl neuer Mitarbeitender und Lehrlinge, für den Kadernachwuchs und an der Auswahl der Aspirantinnen und Aspiranten für die Polizeischule 2015 beteiligt. So hat er im vergangenen Jahr an die 100 Gespräche geführt.

In Zusammenarbeit mit dem Verantwortlichen der Einheit zwischenmenschliche Beziehung hat er die 80 Kursstunden in Psychologie für die Polizeiaspirantinnen und -aspiranten gestaltet, organisiert und teilweise erteilt.

Ausserdem hat er in der permanenten Projektgruppe «Westschweizer Rekrutierung» mitgewirkt. Mehrere Prozesse für das Auswahlverfahren von Polizeiaspirantinnen und -aspiranten wurden vereinheitlicht und Empfehlungen ausgearbeitet. An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Möglichkeit der Online-Bewerbung unseres Kantons von den Polizeikorps der anderen Kantone übernommen wurde.

## 2.2 Tätigkeiten der Kantonspolizei

### 2.2.1 Behandelte Geschäfte

	2013	2014
Erstellte Polizeirapporte	18 622	16 366
durch die Gendarmerie	15 490	12 755
durch die Kriminalpolizei	1 323	1 468
durch die Stabsdienste	1 809	2 143
Aufgenommene Strafklagen	10 243	10 266
durch die Gendarmerie	9 926	8 961
durch die Kriminalpolizei	117	137
durch die Stabsdienste	0	0
Behandelte Aufträge	25 428	24 523
durch die Gendarmerie	22 633	21 908
durch die Kriminalpolizei	1 445	1 477
durch die Stabsdienste	1 350	1 138
Transport von Gefangenen und Beschuldigten	5 452	5 286
davon im Kanton	4 768	4 661
davon ausserhalb des Kantons	684	625
Eingegangene Anrufe	330 244	324 033
davon Anrufe über die Notfallnummer	102 479	103 037
Behandelte Alarme	3 521	1 950

davon wegen Feuer	819	539
davon wegen Einbruch/Überfall	2 702	1 411
Identifikationen durch KTD	506	586
davon Fingerabdrücke	151	224
davon DNA-Profile	199	266
davon Schuhsohlenprofile	101	96
davon Ohrabdrücke	55	0
Verbindungen zwischen Schuhsohlenprofilen	237	225
Verbindungen zwischen DNA-Profilen	219	210
interne	27	17
mit anderen Kantonen	192	193
DNA-Probenahmen bei Personen	1 518	1 394
Löschung von DNA-Profilen	848	1 069
Erkennungsdienstliche Massnahmen	1 291	1 577

## 2.2.2 Verhaftungen

	CH	Ausl.	Total
2013	85	321	406
2014	58	227	285

## 2.2.3 Strassenverkehr und Schifffahrt

Im Jahr 2014 ist die Anzahl der Verkehrsunfälle mit 1426 (2013: 1563) um 8.8 % gesunken. Die Zahl der verletzten Personen (697, 2013: 744) sank um 6.3 %, und die Anzahl der Todesopfer sank mit 9 Personen um 18.18 % (2013: 11).

Bezirke	Anzahl Unfälle		Anzahl Verletzte		Anzahl Tote	
	2013	2014	2013	2014	2013	2014
Saane	599	532	245	237	4	0
Sense	200	165	127	82	1	2
Greyerz	342	290	155	136	1	1
See	148	137	71	102	2	3
Glane	99	96	56	49	3	1
Broye	92	117	59	50	0	2
Vivisbach	83	89	31	41	0	0
<b>Total</b>	<b>1563</b>	<b>1426</b>	<b>744</b>	<b>697</b>	<b>11</b>	<b>9</b>

Auf Anfrage der RUBD hat die Kantonspolizei die nationale Sicherheitskampagne zugunsten der Angestellten im Strassenunterhalt «Wir arbeiten für Sie. Achten Sie auf unsere Sicherheit» unterstützt und Verkehrs- und Geschwindigkeitskontrollen im Bereich der Baustellen der National- und Kantonsstrassen durchgeführt. Diese Aktion mit dem Namen «SECA» fand vom 1. Juni bis am 31. Dezember 2014 statt. 1106 Lenker/innen wurden wegen Überschreiten der zulässigen Höchstgeschwindigkeit angezeigt und 11, weil sie das Mobiltelefon ohne Freisprechanlage benutzt hatten. Es wurden auf diesen Strecken 11 Verkehrsunfälle verzeichnet, wobei bei zwei Automobilisten eine qualifizierte Angetrunkenheit festgestellt wurde.

	2013	2014
Führerausweisentzug	1008	993
Geschwindigkeitskontrollen	4013	3660
Führerflucht nach Unfall	746	718
Ermittelte Lenker nach Führerflucht	292	226
Betrag einkassierter Ordnungsbussen	CHF 6 425 417	CHF 6 288 614

	2013	2014
Kontrollierte Transportunternehmen (seit 2008 und gemäss den Richtlinien des ASTRA, die erhobenen Zahlen betreffen nur die Anzahl der Kontrollstunden)	26	32
Begleitung Ausnahmetransporte	428	355
Schiffahrtsunfallmeldungen	3	2
Hilfe an in Schwierigkeiten geratene Schwimmer/Schiffsführer	6	7
Einsätze Tauchergruppe	10	14

#### 2.2.4 Abkommen bezüglich des Neuenburgersees

Das am 15. August 2014 unterzeichnete interkantonale Abkommen über die Organisation und den Betrieb der Seepolizei auf dem Neuenburgersee zwischen den Kantonen NE, VD und FR ist in Kraft getreten.

Die Polizei Neuenburg verfügte nicht über die personellen und materiellen Mittel, um eine angemessene Überwachung ihres Gewässers sicherzustellen. Die Seepolizeien der Kantone Freiburg und Waadt verfügen nun auf dem ganzen See über die gleichen Rechte zur Gewährleistung der Sicherheit. Demzufolge sind die Freiburger Polizisten berechtigt, Boote auf dem Neuenburgersee zu kontrollieren.

Die Kantonspolizei Freiburg wird eine Präsenz von ca. 150 Stunden pro Jahr sicherstellen, d. h. ein Drittel ihrer Überwachungskapazität.

Bisher hat die Kantonspolizei Freiburg bei einem Unfall in Hauterive/NE interveniert und drei Schiffseigner angezeigt (zweimal wegen mangelnder Ausrüstung und einmal, weil das Boot nicht angemeldet war, keinen Versicherungsschutz und eine mangelhafte Ausrüstung hatte).

#### 2.2.5 Öffentliche Sicherheit und Ordnung

In jeder Region der Gendarmerie werden permanente oder punktuelle Aktionen durchgeführt. Sie sind den geografischen, touristischen und kulturellen Besonderheiten jeder Region angepasst und haben in erster Linie einen präventiven und abschreckenden Charakter, im Falle von Übertretungen wirken sie aber auch repressiv. Sie sind auf längere Frist ausgerichtet und beinhalten eine verstärkte Präsenz von uniformierten Beamten in Problemzonen wie öffentliche Parkanlagen, Fussgängerzonen, Bahnhöfen, an Stränden, an Veranstaltungen mit grossem Menschaufkommen und in öffentlichen Gaststätten. Nebst der Aufgabe, der Bevölkerung ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln, sind die Aktionen ein Mittel gegen ungesittetes Verhalten und tragen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bei, sowie gegebenenfalls zum Kampf gegen illegalen Handel aller Art, vor allem jenen mit Drogen.

#### KANTONALE AKTIONEN

« SERENADE »	<p>Regelmässige sichtbare Präsenz der Polizeikräfte (öffentliche Schutzvorkehrungen) im Stadtzentrum von Freiburg, Bulle, Romont, Châtel-St-Denis, Attalens, Estavayer-le-Lac, Murten und Kerzers und angeordnete repressive Aktionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verhindern des Aufkommens von Drogenhandel in den öffentlichen Gaststätten, auf der Strasse, in den öffentlichen Parkanlagen und an Orten, die für Menschenansammlungen günstig sind;</li> <li>- Kontrolle der gegen Dealer ausgesprochenen Zonenverbote;</li> <li>- Verhindern der Ausbreitung des Bettelns;</li> <li>- Verhindern von ungesittetem Verhalten und von Straftaten, vor allem von Taschendiebstählen;</li> <li>- Verhindern, dass Bettler oder Obdachlose die Nacht bei grosser Kälte im Freien verbringen;</li> <li>- Sicherstellen der öffentlichen Ruhe und Ordnung;</li> <li>- Verstärken des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung.</li> </ul> <p>8219 Beamte kamen bei den 4134 Aktionen zum Einsatz. 258 Personen wurden für verschiedene Straftaten und 102 wegen Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz verzeigt.</p>
--------------	--

## KANTONALE AKTIONEN

«TABARRO»	Sichtbare Präsenz an stark besuchten Orten (Stadtzentrum), in öffentlichen Gaststätten mit grossem Andrang sowie bei Grossveranstaltungen mit festlichem Charakter an den Wochenenden (hauptsächlich Freitag und Samstag). Insgesamt wurden 52 Einsätze von einer Gesamtdauer von 513 Stunden geleistet. 311 Beamte waren daran beteiligt.
«ANGEL» 01.12.–31.12.2014	Vorbeugende Präsenz der Polizeikräfte in der Weihnachtszeit in den Geschäftszonen im Zentrum der Städte Freiburg, Bulle, Romont, Châtel-St-Denis, Estavayer-le-Lac, Murten und Lully, vor allem um Diebstählen (Taschendiebstahl, Entreisssdiebstahl, Ladendiebstahl) vorzubeugen und der Bevölkerung Sicherheit zu vermitteln. Während den 671 Aktionen haben 1327 Beamte 616 Stunden geleistet.
«SICHTBAR SEIN»	Präventive und repressive Präsenz der Beamten längs der Strassen in Stunden grossen Verkehrsaufkommens. Im Rahmen dieser Aktion haben 5276 Beamte eine Präsenz von 1945 Stunden geleistet.
«AURORE»	Kontrolle von Automobilisten, die unter dem Einfluss von Drogen und/oder Alkohol stehen könnten (Heimkehr von einem Fest), am Wochenende, frühmorgens, auf der Autobahn. 402 Beamte haben 184 Aktionen auf der A1 und A12 durchgeführt. 9 Lenker wurden wegen Verstoss gegen das Betäubungsmittelgesetz und 18 wegen Verstoss gegen das Strassenverkehrsgesetz verzeigt.
«CRIMINO»	Kampf gegen Einbruchdiebstähle bei Einbruch der Dunkelheit in Wohnungen, Villen und Geschäften. Anlässlich dieser 4080 Aktionen haben 8912 Beamte eine Präsenz von 6730 Stunden geleistet. 652 Personen wurden kontrolliert/identifiziert, 183 Fahrzeuge wurden kontrolliert und 15 Personen angehalten.
«BOX DUE»	Die Task-Force «Box II» hatte zum Ziel, der Entwicklung des Phänomens der Tags und Graffitis in der Stadt Freiburg und seiner Agglomeration und im übrigen Kanton entgegenzuwirken. Sie war in der Zeit vom 15. September bis zum 19. Dezember 2014 tätig und bestand aus 4 Beamten der 3 Regionen der Gendarmerie und einem Inspektor der Kriminalpolizei. Sie erstellte 5 Anzeigerapporte mit 25 beteiligten Personen, was zur Aufklärung von 220 Fällen von Sachbeschädigung wie Tags und Graffitis mit einer Gesamtschadenssumme von CHF 121 000.00 führte. Einige Ermittlungen wegen Sachbeschädigungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Schadenssumme dieser Fälle ist nicht bekannt.

## REGIONALE AKTIONEN

### Region Zentrum

«OASIS» 21.01.–28.05.2014	Die Task-Force OASIS bekämpft vorwiegend im Stadtzentrum Freiburg Straftaten, die Staatsangehörigen aus dem Maghreb zugeschrieben werden können. Die Task-Force besteht aus 3 Mitarbeitern der Region Zentrum. Dank ihrer gezielten, sowohl präventiven wie repressiven Tätigkeit ist ein deutlicher Rückgang des Phänomens zu verzeichnen. Gleichzeitig wurde durch die bürgernahe Polizei ein Kontaktnetz mit den Bürgern, den Geschäftsinhabern und allen betroffenen Partnern aufgebaut. Im fraglichen Zeitraum wurden 6 Personen inhaftiert und 14 vorläufig festgenommen. Es wurden 99 Anzeige-, Ermittlungs- und Informationsrapporte erstellt, namentlich wegen Sachbeschädigung, einfachem Diebstahl und/oder Ladendiebstahl, Einschleichdiebstahl, Hehlerei und Verstoss gegen das Betäubungsmittel- und Ausländergesetz. Im Weiteren wurden 6 Anzeigen wegen Hinderung einer Amtshandlung und 4 wegen Gewalt gegen Beamte verfasst. Im Verlaufe der Tätigkeit wurden 3,4 g Heroin, 13,6 g Kokain, 53,6 g Haschisch, und 10 g Marihuana beschlagnahmt.
------------------------------	--

### Région Nord

«BATELO» 28.03.–23.04.2014 13.10.–07.11.2014	Nach mehreren Diebstählen von Bootsmotoren wurden während zwei Aktionen 97 Kontakte mit Hafenmeistern gepflegt. Zusätzlich wurden Plakate angebracht. Im Verlauf der zweiten Periode wurden die Schiffseigner aufgefordert, die Motoren über den Winter an einem sicheren Ort einzulagern.
--	--

## 2.2.6 Betäubungsmittel

	2013	2014
Beschlagnahmte Betäubungsmittel		
Haschisch (in Gramm)	11 292	2 026
Marihuana (in Gramm)	25 191	35 082

	2013	2014
Heroin (in Gramm)	2 583	183
Kokain (in Gramm)	1 575	2 636
Pillen: Thai, LSD, Ecstasy	10 690	852
Amphetamin (in Gramm)	51	249
Todesfälle infolge Überdosis	1	1
Einbruchdiebstähle und –Versuche in Apotheken, Spitäler und Arztpraxen	29	21

Zu den Hanfkulturen ist Folgendes zu bemerken:

	2013	2014
Deklarierte Felder	0	1 (Fläche von ca. 2000 m <sup>2</sup> )
Beschlagnahmte Hanfmenge	621 Pflanzen, davon: - 372 aus Indoor-Kulturen - 249 aus Outdoor-Kulturen	1455 Pflanzen, davon: - 1325 aus Indoor-Kulturen - 130 aus Outdoor-Kulturen
Indoor-Kulturen	20	30

## 2.3 Ereignisse im Jahr 2014

### 2.3.1 Von der Kriminalpolizei behandelte gerichtliche Sonderfälle

Im Verlaufe des Jahres 2014 hat die Kriminalpolizei vor allem Nachforschungen im Zusammenhang mit folgenden bedeutenden Ereignissen durchgeführt:

Tötung		2 versuchte Tötungen (1 in Rossens, Anhörung des Täters in Brasilien) und ein Tötungsdelikt (Opfer weiblich, portugiesischer Abstammung).  Die Untersuchungen im Fall des Tötungsdeliktes in Frasses vom Mai 2013 konnten abgeschlossen werden. Die beiden Täter wurden angeklagt.
Leichenhebungen	Kanton	Intervention bei 70 aussergewöhnlichen Todesfällen. Im Rahmen der Ermittlungen konnten die Todesursachen geklärt werden: Tötung (1), natürlicher Tod (28), Unfalltod (13), Selbstmord (26).
Raubüberfälle	Kanton	Die Anzahl der Raubüberfälle hat zugenommen. Mehrere Täter wurden angehalten (Tankstelle Bulle Anfang Jahr, Tankstelle in Freiburg Ende Jahr, Kiosk in der Stadt Freiburg usw.)  54 angezeigte Raubüberfälle. Die meisten Raubüberfälle in Geschäften und Betrieben konnten aufgeklärt und die Täter angehalten werden.
Einbruchdiebstähle Diebstähle	Kanton und ausserkantonale	Ungefähr 1900 Einbruchdiebstähle, Einbruch- oder Einschleichdiebstahlversuche wurden registriert. Dazu kommen 490 Auto-Einbrüche und Einbruchversuche.  Im Zusammenhang mit einem Einbruchdiebstahl in einen Schiessstand in Corminboeuf konnten zwei Verdächtige angehalten und in Untersuchungshaft genommen werden. In diesem Fall konnte eine Verbindung zum Banditentum in Frankreich ermittelt werden. Weiter wurden diverse, mit diesem Fall zusammenhängende Straftaten aufgeklärt. Einige der entwendeten Waffen wurden in Frankreich in Umlauf gebracht.  Es wurde ausserdem in einem Fall ermittelt, bei dem Mountainbikes im Wert von einer Million Franken entwendet wurden. Die Untersuchungen sollten zur Identifizierung der oder des Täters führen.  Mehrere Einbrecher konnten angehalten werden, es wurden eine beträchtliche Menge Befragungen durchgeführt und Anzeigerapporte erstellt.

Finanzdelikte	Kanton	Ermittlungen in 20 Fällen von «social engineering» im Zusammenhang mit Betrugsdelikten im Raum Freiburg.
	Villars-sur-Glâne	Ermittlung im Fall des Verlustes von mehreren 10 Millionen Franken der Vorsorgestiftung ACSMS in Villars-sur-Glâne.
Betrugsdelikte	Düdingen	Ein beträchtlicher Betrugsfall gegenüber Patienten durch einen Psychiater mit Praxis in Düdingen wurde behandelt.
Brände	Kanton	Intervention bei 53 Brandfällen: menschliche Einwirkung (33), technische Ursache (16), natürliche Ursache (3), unbekannte Ursache (1).
Betäubungsmittel ROSIERE, KIM, CHACAL, PERRIER	Kanton	<p>ROSIERE: Anhaltung von 8 westafrikanischen Drogenhändlern und 2 Kurieren für einen internationalen Handel mit Kokain. Der Stoff gelangte über Portugal und Spanien nach Freiburg. Das Kokain wurde anschliessend verschnitten und an Strassendealer in Freiburg und andere Schweizer Kantone weiterverkauft. Es wurden an die zehn Kilo Drogen abgesetzt.</p> <p>KIM: Verhaftung von 3 Drogenhändlern, die verdächtigt werden, nahezu eine Tonne Marihuana in Umlauf gebracht zu haben. Es wurden ca. CHF 290 000.00 beschlagnahmt.</p> <p>CHACAL: Die Ermittlungen führten Ende 2013, Anfang 2014 zu 12 Verhaftungen und der Zerschlagung eines internationalen Drogenrings (Handel von Kokain, Marihuana und vor allem Ecstasy). Im Anschluss an die Ermittlungen und gegen hundert Einvernahmen konnte den Hauptverdächtigen der Handel mit mehr als 60 000 Ecstasy-Pillen zwischen Holland und der Schweiz, sowie mit mehreren zehn Kilo Marihuana vorgeworfen werden. Die Drogen wurden grösstenteils in den Kantonen Freiburg, Bern, Solothurn und Genf verkauft.</p> <p>PERRIER: Ein Handel mit Kokain durch Kapverdier, die von Bulle aus agierten, konnte aufgedeckt werden. Die Hauptdrahtzieher, die unserem Dienst nicht bekannt sind, brachten ihre Ware hauptsächlich in den Kantonen Waadt und Genf an den Mann. Vier Personen wurden verhaftet und ca. 1700 g Kokain beschlagnahmt.</p>
Pornographie Sitte		<p>23 Fälle von illegaler Pornographie registriert, davon 4 Fälle, in denen Minderjährige betroffen waren.</p> <p>360 Kontrollen von Massagesalons.</p> <p>22 Kontrollen von Cabarets.</p> <p>1010 Liebedienerinnen kontrolliert.</p> <p>245 Prostituierte erfasst und 57 angezeigt.</p> <p>5 Massagesalonverantwortliche verzeigt.</p>
Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	Kanton	<p>Zahlreiche Ermittlungsverfahren gestützt auf Anzeigen wegen sexueller Handlungen und Vergewaltigungen.</p> <p>87 Video-Befragungen durchgeführt. Um die Qualität dieser Befragungen zu verbessern, haben 15 Mitarbeiter eine spezielle Ausbildung auf diesem Gebiet absolviert (Methode NICHHD).</p>
Unterstützung durch IT- Analytiker		<p>409 Analysen von Mobiltelefonen.</p> <p>231 Analysen von EDV-Material.</p>
Prävention/Ruf der Polizei		<p>Prävention durch die Beauftragten der Jugendbrigade:</p> <p>227 Primar- und 175 Sekundarschulklassen besucht. Teilnahme an 131 Elternabenden, Lehrersitzungen und anderen Veranstaltungen.</p> <p>79 gezielte Interventionen. Teilnahme am Projekt der DEZA zugunsten von bulgarischen Polizisten in Bulgarien.</p>



---

Dritte Teilnahme am Raid Aventure, Projekt der Lausanner Polizei in Zusammenarbeit mit der Stiftung CAP. Während 24 Stunden wurden 5 Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen von 2 Inspektoren der Jugendbrigade auf einem Postenlauf begleitet. Bereichernde Erfahrung im Austausch zwischen den Jugendlichen und den Polizisten.

---

### 2.3.2 AIR 14

Vom 30. August bis am 7. September 2014 war der Militärflugplatz Payerne Schauplatz des Flugmeetings, mit welchem das 100-jährige Bestehen der Flugwaffe, 50 Jahre Patrouille Suisse und 25 Jahre PC-TEAM gefeiert wurden. Diese Veranstaltung lockte an die 395 000 Besucher an.

Der Veranstaltung ging eine längere Planungsphase voraus (ca. 350 Stunden). Um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, wurde eigens eine Führungsstruktur gegründet und eine interkantonale Polizeizusammenarbeit (FR-VD) ins Leben gerufen. Die 130 eingesetzten Polizisten leisteten 4355 Arbeitsstunden.

### 2.3.3 Tour de Romandie

Am 3. Mai fand die 4. Etappe der Tour de Romandie 2014 mit Start und Ziel in Freiburg statt, wo die Fahrer einen Rundkurs von 30 km sechs Mal zu absolvieren hatten. Die Strecke führte durch den Saane- und Sensebezirk. Die 87 Beamten leisteten insgesamt 786 Stunden.

### 2.3.4 Einweihung der Poya Brücke

Am 10., 11. und 12. Oktober 2014 fanden die Einweihung, der Tag der für die Bevölkerung und die Eröffnung der Poya-Brücke statt. Es nahmen an die 50 000 Besucher daran teil. Insgesamt leisteten die 29 im Einsatz stehenden Beamten 303 Stunden.

### 2.3.5 Aktionen im Bereich der Prävention

01.01.-31.12.	Gurte als Lebensretter	Kontrollen auf dem gesamten Strassennetz des Kantons betr. das Tragen der Sicherheitsgurte. 3831 (2013: 3653) Ordnungsbussen ausgestellt.
01.01.-31.12.	TECO	Kontrollen betreffend das Benützen des Mobiltelefons am Steuer. 2382 (2013: 2592) Automobilisten zur Anzeige gebracht.
01.01.-31.12.	Aktion 2-Räder - Radarkontrollen	Gezielte Geschwindigkeitskontrollen mit Anhalteposten auf Strassen, die regelmässig von Motorradkern befahren werden. 232 (2013: 194) Verzeigungen. Aktion während der Motorradsaison.
25.08.-05.09.	Schulanfang	Überwachen der Fussgängerstreifen mit Geschwindigkeitskontrollen im Bereich der Schulen oder auf dem Schulweg. 605 Lenker (2013: 666) haben die erlaubte Höchstgeschwindigkeit überschritten. Zusätzlich wurde das Tragen der Sicherheitsgurte kontrolliert. 24 (2013: 99) Erwachsene und Kinder trugen keine Gurte. 2015 wird diese Aktion dreimal durchgeführt (nach den Weihnachts-, den Oster- und den Sommerferien).
13.11. 14.11.-28.11.	Tag des Licht Aktion «LUX» SEE YOU – Mach dich sichtbar	Die bfu (Beratungsstelle für Unfallverhütung) hat in Zusammenarbeit mit den kantonalen und städtischen Polizeikorps der Schweiz, dem Fond für Verkehrssicherheit und der Arbeitsgruppe «Sicherheit durch Sichtbarkeit» während eines Tages eine Aktion durchgeführt, um die Wichtigkeit der Sichtbarkeit im Strassenverkehr in Erinnerung zu rufen. Die Aktion «Beleuchtung» wurde mit dieser nationalen Kampagne begonnen. 1048 (2013: 527) Flyers wurden verteilt. 42 (2013: 55) Lenker wurden angezeigt und 645 (2013: 571) Mängelkarten ausgestellt.

---

## 2.4 Besondere Bereiche

### 2.4.1 Fahrende

Im Verlauf des Jahres 2014 wurde der Einsatz der Polizei in 19 Fällen (2013: 33) wegen der Ankunft von Fahrenden mit insgesamt 256 Wohnwagen (2013: 486) auf freiburgischem Gebiet verlangt. Sie verbrachten 128 Tage in unserem Kanton (2013: 116 Tage). Da kein Rastplatz für die Fahrenden zur Verfügung steht, wird in jedem Fall mit den betroffenen Personen und den Behörden (Gemeinde und/oder Oberamt), gegebenenfalls auch mit dem Grundstückbesitzer, über Ort und Dauer des Aufenthaltes verhandelt. Diese Verhandlungen werden grundsätzlich durch einen Polizeioffizier geführt. Im Jahr 2013 hat der Kanton mit dem Bund eine Vereinbarung unterzeichnet, um auf der A12, Joux-des-Ponts, Sâles, einen Rastplatz für die Fahrenden zu errichten. Im Herbst 2014 wurde das Baugesuch veröffentlicht. Der Rastplatz dürfte Ende 2016 fertiggestellt sein.

### 2.4.2 Personenschutz

Die Interventionsgruppe (GRIF) hat 2014 in 27 Fällen (2013: 28) für 41 Personen Personenschutz geleistet, davon waren 24 Vertreter der Bundesbehörden und 17 ausländische Persönlichkeiten auf Besuch in unserem Land.

### 2.4.3 Ausschaffungen

Im Jahr 2014 hat die Kantonspolizei in 9 Fällen (2013: 21) aus der Schweiz ausgewiesene Ausländer zurück in ihr Heimatland begleitet. Zurzeit sind 25 Gendarmen, davon 6 Beamtinnen, für solche Aufträge ausgebildet.

### 2.4.4 Ordnungsdienst

Zusätzlich zum täglichen Polizeidienst sind die Gendarmen bis zum 40. Lebensjahr in eine Ordnungsdienst-Kompagnie eingeteilt. Diese Altersgrenze kann sich je nach Personalbestand verändern. Sie wird für Kaderleute grundsätzlich nicht angewendet.

Um im Falle von Grossveranstaltungen über eine einheitliche Ausbildungs- und Einsatzmethode zu verfügen, haben sich die Westschweizer und das Tessiner Polizeikorps in einer Gruppierung für den Ordnungsdienst zusammengeschlossen, die unter der Bezeichnung GMO (Groupement romand de maintien d'ordre) bekannt ist.

Im vergangenen Jahr kamen 803 Beamte (2013: 1015) in 20 Fällen (2013: 23) für den Ordnungsdienst im Kanton zum Einsatz und zwar bei 17 Eishockeyspielen (2013: 18) des HC Freiburg Gottéron, bei 2 Fussballspielen (2013: 2) und bei einem Einsatz für eine Veranstaltung des Islamischen Zentralrats der Schweiz (2013: 3 verschiedene Veranstaltungen). Dies bedeutet gesamthaft 4692 Einsatzstunden (2013: 6490). Im Rahmen von Sportveranstaltungen wurden 10 Stadionverbote (2013: 11) und 10 Rayonverbote (2013: 104) ausgesprochen.

Unter der Leitung des GMO standen 45 Beamte (2013: 17) in Bern, im Rahmen einer Veranstaltung am Rande des WEF 2014 (World Economic Forum), im Einsatz, ausserdem arbeiteten sie in Montreux, anlässlich der internationalen Syrienkonferenz, und in Basel, im Rahmen des Ministerratstreffens der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Dabei leisteten sie 1440 Stunden (2013: 266).

### 2.4.5 Polizeihunde

	2013	2014
Anzahl Hunde	18	18
Anzahl Einsätze, davon:	793	665
Verhaftungen und/oder Auffinden von Diebesgut	52	38
Beschlagnahmungen durch Drogenspezialisten	70	86
Personensuche	32	0
Sicherheitsdurchsuchungen durch Sprengstoffspezialisten	9	5

In 36 Fällen bei Interventionen (Fährte – Suche von Gegenständen – Durchsuchen von Gebäuden – Schutzarbeit) und in 70 Fällen bei der Suche nach Drogen war der Einsatz des Hundes vom Erfolg gekrönt.

Anlässlich dieser Einsätze wurden 844,5 g Haschisch, 2741 g Heroin, 59,8 g Kokain, 1211 g Marihuana, 20 Ecstasy-Pillen und CHF 9180.00 beschlagnahmt.

#### 2.4.6 Verkehrserziehung

Der Sektor der Verkehrserziehung erledigte im Verlaufe des Jahres 2014 folgende Aufgaben:

	2013	2014
Verkehrslektionen in Schulen und Instituten	1276	1336
Ausbildung von Schülerpatrouilleuren (Kinder)	1386	1229
Ausbildung von Schülerpatrouilleuren (Erwachsene)	468	518
Prüfung für die Erlangung des Führerausweises (Anzahl Personen)	1233	1164
Verkehrsunterricht für Minderjährige (Verzeigt wegen SVG-Vergehen)	9	6

#### 2.4.7 Stelle für Medien und Prävention

##### 2.4.7.1 Aktivitäten

Im Jahr 2014 befasste sich die Stelle für Medien und Prävention mit folgenden Medienaktivitäten:

909 (2013: 628)	Pressemitteilungen
12 (13)	Pressekonferenzen und punktuelle Presse-Infos
908 (600)	Anfragen von Journalisten
12 (43)	SMS-Alarmmeldungen über aussergewöhnliche, laufende Ereignisse

Im Übrigen besuchten 179 187 Personen unsere Webseite, was einen Tagesdurchschnitt von 491 ergibt.

Die Öffentlichkeitsarbeit in Form von Informationsständen wurde auf dem gesamten Kantonsgebiet betrieben. Insbesondere wirkte die Stelle für Medien und Prävention an folgenden Veranstaltungen mit:

03.05.	Stand anlässlich der Tour de Romandie in Freiburg
20.09.	Stand anlässlich der Mobilitätswoche in Freiburg
24.–26.10.	Stand an der Gewerbeausstellung ÜBEX in Ueberstorf

##### 2.4.7.2 Besondere Ereignisse

###### 2.4.7.2.1 Pressekonferenzen und punktuelle Presse-Infos

Die Journalisten wurden im Jahr 2014 von der Polizei zwölfmal eingeladen. Die Medien bekundeten Interesse an der Waffenübergabe an die Aspirantinnen und Aspiranten der Polizeischule (Januar), der Ausstattung der bürgernahen Polizei mit E-Bikes (April), den neuen Fresken in den Gesprächs- und Einvernahmeräumen (Parloirs) des Polizeipostens von Freiburg (Juni), am neuen Abkommen über die Organisation der Polizei auf dem Neuenburgersee (September), an der Einsatzübung der Rettungskräfte auf der Poya-Brücke (Oktober) wie auch an der Einweihung des neuen Labors des kriminaltechnischen Kommissariats (KTK) (Oktober). Ebenfalls erwähnenswert sind die Pressekonferenzen mit folgenden Themen: Verkehrsstatistiken, Kriminalität und öffentliche Sicherheit (März) und Murtenseeüberquerung (Juli).

###### 2.4.7.2.2 Verkehrssicherheits-Kampagnen

Im Jahr 2014 wurden mehrere Verkehrssicherheits-Kampagnen durchgeführt. Unter der Leitung der Gendarmerie wirkte die Stelle für Medien und Prävention mit und arbeitete mehrere Medienmitteilungen aus, die sie über die sozialen Netzwerke veröffentlichte. Hauptthemen waren insbesondere der Schulanfang (Kontrollen in der Nähe der Schulen), die Sicherheit der Strassenarbeiter (Kampagne in Zusammenarbeit mit der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion RUBD), die Ausstattung der Velofahrer und Fussgänger (Kampagne See you – Mach dich sichtbar) sowie die Beleuchtung der Fahrzeuge.

###### 2.4.7.2.3 Kampagne zur Kriminalitätspräventionskampagne

Da die Polizei vermehrt Einbruchdiebstähle zu verzeichnen hatte, wurden diesbezüglich zwei Präventions-Kampagnen in Zusammenarbeit mit den Westschweizer Kantonen organisiert. Die Erste wurde im Juli, die zweite im

November lanciert. Die Präventions-Botschaften wurden mittels Plakaten und Flyers sowie über die Medien verbreitet.

Während der Festtage am Jahresende wurde in den Einkaufszonen des Kantons eine Kampagne zur Verhinderung von Diebstählen durchgeführt. Die Kampagne wurde mit vermehrter Präsenz von uniformierten Polizeibeamten und dem Verteilen von Plakaten umgesetzt.

Seit August 2014 wurden zudem bei Privatpersonen 15 Besuche betreffend Sicherheit durchgeführt und Präventionsratschläge erteilt.

#### 2.4.7.2.4 Soziale Medien

Die Stelle für Medien und Prävention gestaltete den Auftritt der Kantonspolizei in verschiedenen sozialen Medien: Facebook (15.10.-31.12.2014: 1875 «Likes», 39 Publikationen), Google+ (03.11.-31.12.2014: 4142 Besuche, 28 Abonnenten), Twitter (30.10.-31.12.2014: 134 Tweets, 174 Follower), YouTube (6664 Besuche, 34 Abonnenten) und Issuu (23.12.-31.12.2014: 16 Publikationen).

#### 2.4.7.2.5 Öffentlichkeitsarbeit

Die Kantonspolizei verschaffte zahlreichen Besuchern Einblick in ihre unterschiedlichen Dienststellen. Gesamthaft empfing sie im Jahr 2014 um die 40 Gruppen zu einem Besuch. Zudem wurden im Verlauf des Sommers in den Regionen Nord, Zentrum und Süd 18 Ferienpass-Programme durchgeführt. Ausserdem waren die Polizeibeamten an der Organisation von 20 Konferenzen im Rahmen der Sicherheit und der Prävention beteiligt.

### 2.4.8 Büro für Waffen und Sprengstoffe

#### 2.4.8.1 Tätigkeit

Im Jahr 2014 war das Waffenbüro unter anderem in folgenden Bereichen tätig:

	2013	2014
Waffenerwerbsbewilligungen (Zivil)	739	692
Waffenerwerbsbewilligungen (Leihwaffen und Waffenübernahme bei Dienstentlassung aus der Armee)	196	205
Einvernahmen von Personen im Zusammenhang mit dem Antrag zum Erhalt einer Waffenerwerbsbewilligung	84	68
Ausnahmebewilligungen zum Erwerb von Waffen	16	10
Waffentragbewilligungen	36	46
Europäische Feuerwaffenpässe	64	175
Nachträge in europäische Feuerwaffenpässe	53	35
Abgewiesene Gesuche (Kauf und Tragen von Waffen)	28	15
Kontrolle von Waffenhandlungen	2	2
Kontrolle von Sammlern automatischer Waffen	9	0
Bescheinigungen für die Verwendung von Sprengmitteln & Feuerwerk Kat. 4	9	37
Erwerbsscheine für Sprengstoffe	14	19
Kontrolle von Sprengstofflagern (Verwender)	3	7
Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln Kat. 2 und 3 (Silvesterfeiern)	101 (11)	68 (9)
Bewilligungen zum Erwerb und Abbrand von Feuerwerk Kat. 4	0	89
Beschlagnahme von Waffen (Fälle)	299	281
Ermittlungen	256	221
Erste Stellungnahme bei Administrativverfahren	21	20
Freiwilliger Verzicht auf Waffen bei Administrativverfahren	49	24
Rückgabe von Gegenständen und/oder Waffen an die Besitzer	47	53
Rückgabe von Ordonnanzwaffen an die Logistikkbasis Grolley	19	6
Vernichtung von Waffen	986	805

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
Waffenabgabe durch Dritte zur Vernichtung	223	276
Abgabe von Munition durch Dritte zur Vernichtung (in Kilogramm)	ca. 350	ca.300
Abgabe von Sprengstoff zur Vernichtung (in Kilogramm)	115	170
Abgabe von Zündern zur Vernichtung (in Stück)	1700	150
Meldung von bereits früher erstandenen Waffen gemäss Art. 42 WG	17	68

Das Waffenbüro hat eine grosse Anzahl von Waffenerwerbserbewilligungen ausgestellt. Im Rahmen dieser Verfahren zur Erteilung eines Waffenerwerbsscheines wurden zahlreiche Befragungen von Gesuchstellern durchgeführt. Infolge dieser Befragungen mussten einige Gesuche abgelehnt werden, dies aufgrund von gesundheitlichen Problemen oder weil die Person aktenkundig ist.

Das Waffenbüro hat zahlreiche europäische Feuerwaffenpässe angepasst (Eintragung neuer Waffen). Ausserdem hat das Waffenbüro die ersten Feuerwaffenpässe, die 2009 mit einer Laufzeit von fünf Jahren eingeführt wurden, erneuert.

Bei den in Zusammenhang mit häuslicher Gewalt oder anderen Fällen beschlagnahmten Waffen ist das Waffenbüro gemäss Art. 31 des Waffengesetzes angehalten, verwaltungsrechtliche Ermittlungen durchzuführen. Nach Abschluss einer Untersuchung obliegt es dieser Dienststelle zu entscheiden, ob eine Waffe ihrem Besitzer zurückgegeben wird oder nicht.

Zahlreiche Bürger haben Waffen und Munition zur Entsorgung abgegeben. Darunter befanden sich auch alter Sprengstoff und Feuerwerkskörper, deren Entsorgung mit grossem Zeitaufwand verbunden war.

#### 2.4.8.2 Besondere Ereignisse

Ein Schwerpunkt war die Umsetzung des revidierten Sprengstoffgesetzes. Der Erwerb und der Abbrand von Feuerwerk der Kategorie 4 sind seit dem 1. Januar 2014 bewilligungspflichtig. Deshalb hat das Waffenbüro ein neues Bewilligungssystem eingeführt. Die Bewilligung wird vom Waffenbüro erteilt und vom jeweiligen Oberamt und der betroffenen Gemeinde genehmigt. Das Bewilligungssystem hat sich gut eingespielt und wurde von allen Partnern für gut befunden.

#### 2.4.9 Sicherheitsunternehmen

Im Jahr 2014 wurden ausgestellt:

- > 106 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal (2013: 116);
- > 133 Ausübungsbewilligungen (2013: 92);
- > 3 Betriebsbewilligungen (2013: 2);
- > 13 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal in öffentlichen Gaststätten (2013: 8);
- > 15 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal in Geschäften.

Zurzeit sind im Kanton Freiburg 16 Sicherheitsunternehmen im Besitz einer Betriebsbewilligung (2013: 15).

## 2.5 Logistik

### 2.5.1 Informatik und Telekommunikation

Für das Jahr 2014 waren die Schwerpunkte im Bereich Informatik und Telekommunikation folgende:

- > POLYCOM: Ausarbeiten des Baubewilligungsgesuchs und Fertigstellung der verschiedenen Standorte, Ausrüsten der Dienstfahrzeuge und Einsatzzentralen (Polizei – 144) mit POLYCOM, Ausrüsten und Ausbilden der Anwender, Inbetriebnahme;
- > POLYCOM – GPS: Analyse, Beschaffung und Ausrüstung von 55 Dienstfahrzeugen, Ausführen der Fernlenkschnittstelle mit SAGA;
- > Redundanz Informatikinfrastruktur KFR(kantonaler Führungsraum): Ausschreibung, Vergabe, Beschaffung und Installation der verschiedenen Infrastrukturen (Klimatisierung der Räume, Starkstrom, Verkabelung für die Informatik, Mobiliar, Zutrittssystem, Alarm und Videoüberwachung);

- > Analysemodul – Data warehouse (Phase 1): Studie, Analyse, Entwicklung und Inbetriebnahme;
- > PC-Tablets Win 8: für die Offiziere und höheren Unteroffiziere;
- > Ersetzen von 100 Computern;
- > Zentrales Informationssystem Zephyr – Umstieg von der Schnittstelle ROI zu Web Service des Bundes: Studie, Analyse, Entwicklung und Inbetriebnahme;
- > HIP Plattform für Waffen: Studie, Analyse und Entwicklung der Applikation für den Export, den Transfer und die Abfrage von Daten;
- > Fahrzeug TeddyK – Applikationsumstellung: Analyse, Installation und Inbetriebnahme;
- > Unterhalt und Betrieb der Informatiksysteme der Kantonspolizei und des KFR;
- > Unterhalt und Betrieb des analogen Funknetzes (Funkgeräte in den Interventionsfahrzeugen, tragbare Funkgeräte, 10 Standorte/Antennen) bis Mai. Ab Juni, Unterhalt und Betrieb des POYLCOM-Netzes (27 Standorte – Antennen).

## 2.5.2 Fahrzeuge

Betreiben und Verwalten der Fahrzeugparks der Kantonspolizei:

	<b>2013</b>	<b>2014</b>
Autos	223	225
Motorräder	10	10
Schiffe	5	5

Das Jahr stand im Zeichen der Anschaffung von Hybrid-Fahrzeugen der Marke Toyota Auris für die bürgernahe Polizei. Mit der Einführung von 7 E-Bikes der Marken Scott und Stromer wurde ein weiterer Beitrag für die Umwelt geleistet.

## 2.5.3 Gebäudeverwaltung

Im Rahmen des Unterhalts der 46 Gebäude, die von den verschiedenen Diensten benutzt werden, wurden mehr als 1000 Arbeitsvorgänge vorgenommen (Auffrischungen, Unterhalt usw.). Es wurden insgesamt 20 (2013: 32) Umzüge oder interne Mutationen und 54 (2013: 55) mittlere und grössere Projekte realisiert. Wichtigste Projekte:

- > Projekt Kommandogebäude (MAD 3) nach der Annahme des Projekts durch das Volk;
- > Renovationsarbeiten im Posten Charmey;
- > Renovationsarbeiten im Posten Düdingen;
- > Bau des Gebäudes an der Route de l'Europe in Bulle (Gericht – Betreibungsamt – Friedensgericht – Polizei) und Einweihung;
- > Umzug während einer Woche des Postens Bulle (Schloss) in das neue Gebäude;
- > Neugestaltung der Rapportsäle der Region Zentrum;
- > Sanierung der Büros des Sektors Ordnungsbussen;
- > Sanierung der KAFH bei der Kriminalpolizei;
- > Ersetzen der Zutrittskontrolle bei den Hauptgebäuden der Polizei durch biometrisches Kontrollsystem;
- > Sanierung und Wiedereröffnung der Polizeigarage;
- > Verwalten von 25 mittleren und grösseren Baustellen auf dem ganzen Kantonsgebiet;
- > Unterhaltsarbeiten auf dem Posten Châtel-St-Denis;
- > Umzug des Polizeipostens beim Bahnhof Freiburg in seine neuen Räumlichkeiten;
- > Sanierung der Räume der Seepolizei;
- > Sanierung der Büros des Verkehrspolizei-Kommandos;
- > Reorganisation der Büros des Gendarmerie-Kommandos;
- > Abschluss des Konzepts der All-in-One-Geräte für die gesamte Kantonspolizei (62 Geräte)
- > Studie und Beantragung eines Verpflichtungskredites für die Änderung der Sprinkler und der Trinkwasserzufuhr im EZG Zentrum;
- > Zusätzliche Arbeitsplätze in der Kommunikation;



- 
- > Im Anschluss an die Inbetriebnahme von POLYCOM wurden 350 Schränke für die Beamten der mobilen Polizei geliefert;
  - > Installieren einer neuen Notfall-Energieversorgung und einer USV in der Region Nord.

#### 2.5.4 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung

Der Sektor Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung ist verantwortlich für die Verwaltung der persönlichen und kollektiven Ausrüstung sowie für die Bewaffnung der Kantonspolizei. Er ist auch zuständig für die Grundausrüstung der Aspirantinnen und Aspiranten der Polizeischule.

Für das Jahr 2014 ist Folgendes hervorzuheben:

- > Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe UNIMATOS für die Neuausschreibung der Uniform RT;
- > Ausrüstung der Kriminalpolizei mit einer persönlichen Schutzweste;
- > Ausrüstung der Ordnungsdienst Einheit ELI mit einem schwer brennbaren Kombi (GMO);
- > Beschaffung von Bauhelmen für die Ausrüstung der Einsatzfahrzeuge;
- > Auslieferung der neuen Uniform der Polizeimusik;
- > Beschaffung eines neuen Fotoapparates für das Korps und die PAS.

#### 2.5.5 Buchhaltung

Für das Jahr 2014 erstellte die Buchhaltung der Kantonspolizei gestützt auf die Verordnung vom 22. Dezember 2009 über die Gebühren der Kantonspolizei (SGF 551.61) 19 362 Rechnungen (2013: 22 027). Ein Totalbetrag von 5 230 740 Franken wurde in Rechnung gestellt (2013: 4 551 171).

## 3 Amt für Bevölkerungsschutz und Militär (ABSM)

---

Amtsvorsteher: Jean-Denis Chavaillaz

### 3.1 Bevölkerungsschutz

#### 3.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Bundesinstanzen hat der Chef Bevölkerungsschutz an Sitzungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS), des Bundesamtes für Umwelt (BAFU), der MeteoSchweiz, der nationalen Alarmzentrale (NAZ), der Territorialregion 1 und der Eidgenössischen Kommission für Telematik im Bereich Rettung und Sicherheit teilgenommen.

Der Chef Bevölkerungsschutz hat seine Aktivitäten als Präsident der Westschweizer Kommission der Bevölkerungsschutzverantwortlichen fortgesetzt. Diese ist der Westschweizer Konferenz der Amtsvorsteher für Militär und Bevölkerungsschutz unterstellt.

In Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt und der Armee hat der Bevölkerungsschutz unter Einbezug seiner Partner die 2012 begonnenen Planungsarbeiten für die Sicherheit am Flugmeeting «AIR14 PAYERNE» abgeschlossen.

Die Ausarbeitung der im BevSG vorgesehenen Verordnung über die Information wurde durch die Erstellung des «Verordnungsvorentwurfes über die Kommunikation bei ausserordentlichen Ereignissen» abgeschlossen. Nach der Vernehmlassung Anfang 2015 sollte sie durch den Staatsrat 2015 in Kraft gesetzt werden.

Im Rahmen des durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) initiierten Projektes «Schutz kritischer Infrastrukturen» wurde die 2013 begonnene Erhebung der kritischen Infrastrukturen weitergeführt. Eine Datenbank mit den kritischen Infrastrukturen des Kantons Freiburg konnte dem BABS überreicht werden.

Im Rahmen des Projekts POLYCOM hat der Bevölkerungsschutz die Ausbildung organisiert, das E-Learning-Programm aufgestellt und die Partner bei der Festlegung ihrer Einsatztaktik begleitet. Er hat zudem einen allgemeinen Befehl erstellt, der durch das KFO genehmigt wurde und sich an alle Partner richtet.



---

In enger Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei wurden die 2013 begonnenen Arbeiten zur Erneuerung der Infrastruktur des ACC, namentlich in den Bereichen Informatik und Sicherheit (Elektrizität, Einbruch, Feuer usw.), beendet. Gleichzeitig wurden auch die notwendigen Arbeiten zum Empfang der POLYCOM- und GSM-Signale abgeschlossen. Eine offizielle Einweihung der neuen Infrastruktur wird 2015 stattfinden.

Am 4. April 2014 führte der Bevölkerungsschutz an der Hochschule für Technik und Architektur eine Krisenmanagement-Übung durch. Die Krisenzelle der Schule konnte so ihren Einsatz in einer ausserordentlichen Situation üben.

Die 2013 eingeführte Versammlung der Informationsbeauftragten des KFO, des Staates und der Unternehmen, mit welchen der Bevölkerungsschutz eng zusammenarbeitet, fand am 25. September 2014 erneut statt. Alle Teilnehmer fanden den Austausch wichtig und schätzten die zahlreichen Erkenntnisse.

Da Groupe E die Stromversorgung der Kantone Neuenburg und Freiburg sicherstellt, wurde am 17. Oktober 2014 zum ersten Mal ein Treffen zwischen Groupe E und dem Bevölkerungsschutz der beiden Kantone organisiert, um die Kompetenzverteilung und die Zusammenarbeit während einer Mangellage zu klären.

Das Treffen zwischen der EAZ und dem Bevölkerungsschutz, das seit mehreren Jahren zweimal jährlich stattfindet, wurde auf die Notrufzentrale 144 ausgedehnt. Es hat u. a. erlaubt die Kenntnisse anzugleichen sowie die Alarmprozesse und die Zusammenarbeit während einem ausserordentlichen Ereignis zu klären.

Der Bevölkerungsschutz wurde sowohl in die technische Gruppe als auch in den Ausschuss des BABS-Projektes eKom integriert. Dieses soll der Bevölkerung Mittel zur Verfügung stellen, mit denen sie sich über ausserordentliche Situationen informieren und sich auf sie vorbereiten können.

Nachdem die EAZ auf die neue Version ihres Einsatzhilfetools SAGA migriert hat, konnten das Mobilisationssystem des Bevölkerungsschutzes GAFRI ebenfalls migriert und die 10 Jahre alten Server ersetzt werden.

### 3.1.2 Kantonales Führungsorgan

Das kantonale Führungsorgan (KFO) hat 2014 6 ordentliche Sitzungen abgehalten. Der neue Chef des Zivilschutzes wurde per 1. August 2014 in das KFO integriert.

Das KFO wurde während der 3 Wochen, während denen die Übung des Sicherheitsverbundes Schweiz (SVU14) gedauert hat, beübt. Eine Übung mit dem Thema Strommangellage, erschwert durch eine Pandemie, dauerte insgesamt 5 Tage. Die Erkenntnisse dieser Übung werden in die Überarbeitung der zwei schon existierenden Einsatzpläne einfließen.

Die KFO-Spezialisten wurden zum Jahresrapport vom 9. Mai 2014 eingeladen, wo sie über Neuigkeiten im Bereich Bevölkerungsschutz informiert wurden. Zudem wurden sie zu Ausbildungsmodulen eingeladen, welche sie gemäss Schulungskonzept zu befolgen haben. Diese Ausbildung wurde durch Instruktoren des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) während einer Woche im Landwirtschaftlichen Institut von Grangeneuve gegeben. Der Schwerpunkt der Ausbildungswoche war das Modul «Visualisierung». Die Ausbildung, die vom Kanton Freiburg organisiert wurde, stand auch Spezialisten anderer Kantone der lateinischen Schweiz offen.

Der Bevölkerungsschutz hat im Rahmen eines Kurses für die Nachrichtenspezialisten und Führungsgehilfen des KFO die Weiterbildung der KFO-Nachrichtenzelle weitergeführt. Diese auf den Einsatz während dem Flugmeeting AIR14 ausgerichtete Ausbildung wurde gleichzeitig auch von Mitgliedern der Nachrichtenzellen des KFS Waadt sowie der Kantonspolizeien Freiburg und Waadt besucht.

### 3.1.3 Gemeindeführungsorgane

2014 wurden den GFO 74 Ausbildungstage angeboten, wovon 6 durchgeführt wurden, sei es als Grund-, Weiter- oder Fachausbildung (Tools oder funktionsspezifisch).

Am 21. März 2014 fand ein eintägiges Seminar für die GFO-Chefs statt. Die operationelle Auswertung sowie die Erhebung der den GFO zur Verfügung stehenden Mittel waren die Hauptthemen der Vorträge und Gruppendiskussionen.

Der Jahresrapport der GFO-Chefs wurde am 5. Dezember 2014 in Pringy abgehalten. Auf diese Weise konnten die Chefs ausserhalb des Ausbildungszyklus versammelt werden.

Auf Anfrage des interkommunalen Rates des GFO Trême wurde eine Übung konzipiert und durchgeführt, um das Funktionieren des GFO bei der Planung im Falle von Hochwasser zu testen.

### 3.1.4 Einsatzpläne

Der Einsatzplan «Tierseuchen», der 2013 aufdatiert wurde, damit er nicht nur die Vogelgrippe sondern alle hochansteckenden Tierseuchen abdeckt, und der Einsatzplan «Hochwasser» wurden dem Staatsrat unterbreitet, und anschliessend übersetzt und im Internet aufgeschaltet.

Auf Antrag des KFO hat der Bevölkerungsschutz einen Pilot-Einsatzplan «Störfallverordnung» zur Anlage Multigas in Domdidier erstellt. Als Ergänzung zum Einsatzplan, den das Unternehmen für die Feuerwehr schon erstellt hat, wird er allen Blaulichtorganisationen dienen.

Zur Konkretisierung des Einsatzplanes «Stromversorgungsunterbruch» hat der Bevölkerungsschutz unter Einbezug der Stromversorger des Kantons (Groupe E, Guyère Energie, EW Jaun und IB Murten) die Arbeiten zur Erstellung der Ablastpläne aufgenommen. Diese sollen eine Vorhersage der zur Verfügung stehenden Strommenge ermöglichen und anschliessend eine gerechte Stromversorgung der Bevölkerung sowie den Erhalt der Lebensgrundlagen garantieren.

Unter der allgemeinen Koordination des KFO hat der Bevölkerungsschutz den Einsatzplan «Hitzewellen» erstellt, welcher die Ereignisse «Hitzewelle» und «Trockenheit» abdeckt.

### 3.1.5 Besonderes

Von 30. August bis 7. September 2014 fand das Flugmeeting AIR14 statt. Der Bevölkerungsschutz und einige KFO-Mitglieder wurden während mehr als zwei Wochen namentlich in die Führung der Bereichen Sicherheit und Information integriert.

## 3.2 Zivilschutz

### 3.2.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 3.2.1.1 Verwaltung und Informatik

Die Verwaltungsabläufe betreffend das Aufgebot zu den verschiedenen Diensten, die Verwaltung der geleisteten Dienstage und deren Mitteilung an den Sektor Wehrpflichtersatz mittels des Informatiksystems OM verliefen reibungslos.

Der Kanton Freiburg ist in der Arbeitsgruppe PISA-Zivilschutz vertreten und ist einer der Kantone, welche den Testbetrieb durchführen werden. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, dass alle Kantone über ein gleiches Datenverarbeitungssystem verfügen, welches ihnen erlaubt, die für den Zivilschutz relevanten Angaben ab 2015 mit dem Bundessystem PISA zu verwalten.

### 3.2.2 Dispensationsgesuche

Trotz der kurzen Dienstperioden und der Senkung der aktiven Sollbestände sind weiterhin zahlreiche Dienstverschiebungsgesuche eingegangen. Der Verwaltungsaufwand ist entsprechend gross. Die interne Organisation des Sektors Zivilschutz hat jedoch eine rasche Erledigung aller Gesuche ermöglicht.

### 3.2.3 Disziplinarwesen

Dienstversäumer Zivilschutzkurse	40 (46)
Einstellung des Verfahrens nach vorgängiger Strafuntersuchung	18 (18)
Verwarnungen (leichte Fälle)	2 (1)
Überweisungen wegen Wiederhandlung gegen das Bundesgesetz	20 (5)
Strafen/Entscheide	14 (22)
Hängige Verfahren	6 (0)

Gegen die erlassenen Strafbefehle wurde keine Einsprache eingereicht.

### 3.2.4 Ausbildung

Der Bestand des Ausbildungs-, Verwaltungs- und technischen Personals mit Arbeitsplatz in Sugiez beläuft sich 2014 auf 6.1 Vollzeitangestellte (gegenüber 2013 unverändert).

#### *Grundausbildungsschulen (GAS)*

Neun (2013: 9) Grundausbildungsschulen von je 2 Wochen wurden für die sechs Grundfunktionen durchgeführt.

#### **Unterrichtete Funktion**

Betreuer	15 (17)
<b>Pionier</b>	<b>57 (60)</b>
<b>Stabsmitarbeiter</b>	<b>15 (24)</b>
<b>Anlagewart</b>	<b>15 (12)</b>
<b>Materialwart</b>	<b>8 (12)</b>
<b>Koch</b>	<b>3 (4)</b>
<b>Total</b>	<b>130 (132)</b>

#### *Interkantonale Kurse für Kaderleute und Spezialisten sowie eidgenössische Kurse*

In Anwendung der interkantonalen Vereinbarung zwischen den Westschweizer Kantonen sowie dem französisch sprechenden Teil des Kantons Bern, wurden Kader- und Spezialistenkurse im Ausbildungszentrum Sugiez und in den Ausbildungszentren anderer Kantone, d. h. Grône (VS), Spiez (BE, d), Köniz (BE, d), Couvet (NE), Aarwangen (BE, d) und Bernex (GE) durchgeführt.

Funktion	Teilnehmer aus dem Kanton Freiburg	Teilnehmer aus anderen Kantonen	Total	Ausbildungszentrum
Zugführer Unterstützung	4		4	Couvet
Gruppenführer Unterstützung	14		14	Bernex, Couvet, Spiez, Gollion
Gruppenführer Betreuung	3	17	20	Sugiez, Bernex, Aarwangen
Chef logistisches Element	0	0	0	Spiez, Grône
Anlagewart	0	3	3	Sugiez
Materialwart	3	3	6	Grône, Sugiez
KGS-Spezialist	4	7	11	Sugiez
Rechnungsführer	3	3	6	Sugiez
Fahrer	15		15	Sugiez
Führungsgehilfe KFO	0		0	Sugiez
Kurse des Bundes	11		11	Schwarzenburg
Kurse für Ausbildungspersonal	3		3	Schwarzenburg
<b>Total</b>	<b>60</b>	<b>33</b>	<b>93</b>	

Die Besetzung des Ausbildungszentrums in Sugiez belief sich im Jahre 2014 auf 4886 Manntage (2013: 5608), wovon 1682 auf Partnerorganisationen und Privatleute entfallen.

### 3.2.5 Organisation

Anlässlich des Kommandantenrapportes, welcher im Dezember während eines Tages durchgeführt wurde, haben die Kommandanten der drei Einsatzkompanien und deren Stellvertreter sowie der kantonale Zivilschutzstab die Bilanz des abgelaufenen Jahres gezogen und die Dienstleistungen des Jahres 2015 vorbereitet.

## Rekrutierung 2014

	Rekrutierungszentrum Lausanne (f)	Rekrutierungszentrum Sumiswald (d)	Total
Stabsmitarbeiter	12	12	24
Betreuer	56	23	79
Pionier	64	36	100
Anlagewart	16	6	22
Materialwart	9	5	14
Koch	4	2	6
<b>Total</b>	<b>161</b>	<b>84</b>	<b>245</b>

### Wiederholungskurse

Während des Jahres 2014 wurden 176 (2013: 244) Wiederholungskurse durchgeführt. Dabei wurden 5080 Manntage geleistet (2013: 6673). Schwergewichtig dienten sie dem Unterhalt der Schutzbauten, den Einsätzen zu Gunsten der Gemeinschaft und den Unterstützungsleistungen im Rahmen von ORKAF-Einsätzen.

Trotz der kurzen Dienstperioden wurden zahlreiche Dienstverschiebungsgesuche eingereicht. Diese Gesuche werden analog zum Verfahren, welches im ABSM für die Militärdienstpflichtigen angewandt wird, gehandhabt. Von den 2287 (2013: 3835) erstellten Aufgebotsen wurden 452 (2013: 541) Dispensen gewährt, 69 wurden abgelehnt. 13 Pflichtige legten Ihren Dienst auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses nicht ab und 58 rückten nicht ein.

### 3.2.6 Bauten und Material

#### Periodische Kontrolle der Schutzanlagen

Aufgrund der eingereichten Belege wurde manchen Gemeinden die Bewilligung erteilt, Aufwendungen im Bereich des Unterhalts der Anlagen über den Ersatzbeitragsfond zu finanzieren.

Für folgende Schutzanlagen wurde 2014 eine periodische Kontrolle durchgeführt:

Anlage	Typ	Resultat
Düdingen*	BSA II	Betriebsbereit
Charmey	KP III / BSA II	Betriebsbereit
Semsaies	KP II red / BSA II*	Betriebsbereit
Romont	KP II / BSA II*	Betriebsbereit

#### Sirenen

Anlässlich des jährlichen Probealarms der Sirenen im Februar zeigten 4 fest installierte von 261 Sirenen (178 ferngesteuerte und 83 von Hand ausgelöste) Mängel auf. Diese wurden umgehend behoben.

#### Bauten

Private Schutzräume	
<b>2014 projektierte Schutzräume</b>	<b>94</b>
Total Schutzplätze	5550
in Pflichtschutzräumen	4400
in 15 Sammelschutzräumen	1150
<b>2014 realisierte Bauten</b>	<b>67</b>
Total Schutzplätze	3683
in Pflichtschutzräumen	2394
in 25 Sammelschutzräumen	1289
<b>Laufende Projekte</b>	<b>372</b>
Für den Bau von Schutzplätzen erhobene Ersatzbeiträge	3193
Eingenommene Ersatzbeiträge	2 217 620 Franken

<b>Private Schutzräume</b>	
<b>Öffentliche Schutzräume</b>	
<b>2014 genehmigte Projekte</b>	<b>2</b>
Schutzplätze	244
<b>2014 erledigte Projekte</b>	<b>3</b>
Schutzplätze	652

Der Bund hat Subventionen im Betrag von 179 900 Franken für den Unterhalt von 45 Schutzanlagen ausbezahlt.

### 3.2.7 Besonderes

#### 3.2.7.1 Asiatischer Laufholzbockkäfer-Einsatz

Zur Unterstützung der kantonalen Pflanzenschutzstelle wurden Zivilschutzleistende zur Bekämpfung des asiatischen Laufholzbockkäfers aufgebildet.

Der Zivilschutz unterstützte das Fachpersonal beim fachgerechten Entsorgen der gefälltten Bäume. Des Weiteren unterstützten sie die Spezialisten bei den Kontrollen der noch stehenden Bäume in der Sicherheitszone.

## 3.3 Militärverwaltung

### 3.3.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 3.3.1.1 Offiziersbeförderungen

Der Bundesrat bzw. das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) haben im Jahr 2014 99 Freiburger oder im Kanton Freiburg wohnhafte Offiziere befördert: neun Oberste, sechs Oberstleutnants, fünfzehn Majore, neun Hauptleute, neunundzwanzig Oberleutnants und einunddreissig Leutnants.

#### 3.3.1.2 Ausbildungsdienste der Formationen

Im Jahr 2014 wurden von 871 eingereichten Gesuchen 774 Dienstverschiebungen angenommen (88.8 %) und 97 abgelehnt (11.2 %).

Die Gründe der angenommenen Dienstverschiebungsgesuche sind folgende

Lehre	5.0 %
Studium	41.5 %
Beruflich	27.4 %
Berufliche Weiterbildung	10.3 %
Auslandaufenthalt	5.8 %
Ärztliche Gründe	3.8 %
Andere Gründe	6.2 %

#### 3.3.1.3 Schiesswesen ausser Dienst

*Mutationen im Bereich der kantonalen Schiesskommission*

Schiesssubkommissionen	Rücktritte per 31.12.2014	Ernennungen per 01.01.2015
1 FR Saane	Herr Julien Meuwly	Hptfw Yoan Tomasin

*Teilnahme an den eidgenössischen Übungen*

Jahr	Gewehr-schiessen 300 m		Pistolenschiessen	
	Oblig. Schiesspflicht	Eidg. Feldschiessen	Bundes-Programm	Eidg. Feldschiessen
2014	7068	5222	828	1786
2013	7315	5288	816	1783
2012	7538	5422	804	1820

### Anzahl Jungschützen

2014 527

2013 498

2012 552

### Dispensationen von der obligatorischen Schiesspflicht

2014 23

2013 20

#### 3.3.1.4 Disziplinar- und Strafwesen

576 Untersuchungen wurden wegen Versäumnis der Schiesspflicht eingeleitet. Sie führten zu 485 Strafverfügungen.

3 Beschwerden gegen diese Verfügungen wurden durch die Sicherheits- und Justizdirektion behandelt und abgewiesen.

11 Stellungspflichtige wurden für ein erstes Versäumnis, 4 für ein zweites Versäumnis und einer für ein drittes Versäumnis des Orientierungstages disziplinarisch bestraft.

67 Stellungspflichtige wurden für ein erstes Versäumnis, 14 für ein zweites Versäumnis, 11 für ein drittes Versäumnis und 7 für ein viertes Versäumnis an der Rekrutierung disziplinarisch bestraft. Zusätzlich wurden 3 Stellungspflichtige für ein fünftes Versäumnis an die Militärjustiz überwiesen.

#### 3.3.1.5 Rekrutierung

##### Orientierungstage

30 Orientierungstage wurden durch die Kreiskommandantin für die Stellungspflichtigen des Jahrganges 1996 auf dem Waffenplatz Freiburg durchgeführt.

Die Planung der Rekrutenschulen für die 1094 Stellungspflichtigen französischer Muttersprache hat folgendes Resultat ergeben:

##### Stellungspflichtige des Jahrganges 1996

Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2015	3.0 %	4.3 %	9.2 %
2016	7.9 %	35.7 %	nicht angeboten (WEA)
2017	21.2 %	15.5 %	nicht angeboten (WEA)
2018	0.6 %	2.6 %	nicht angeboten (WEA)

Für die 407 deutschsprachigen Stellungspflichtigen sieht die Planung wie folgt aus:

##### Stellungspflichtige des Jahrganges 1996

Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2015	1.7 %	5.7 %	7.8 %
2016	11.0 %	48.2 %	nicht angeboten (WEA)
2017	10.3 %	14.8 %	nicht angeboten (WEA)
2018	0 %	0.5 %	nicht angeboten (WEA)

##### Organisation der Rekrutierung

Im Jahr 2014 wurden anlässlich der Rekrutierung in den Rekrutierungszentren von Lausanne und Sumiswald BE folgende Entscheide gefällt:

	Lausanne	Sumiswald
Anzahl	1462	489

	<b>Lausanne</b>	<b>Sumiswald</b>
Diensttaugliche	866 (59.2 %) davon 106 Durchdiener	320 (65.4 %) davon 66 Durchdiener
SD-taugliche	163 (11.2 %)	66 (13.5 %)
SD-untaugliche	298 (20.4 %)	62 (12.7 %)
SD-untaugliche in abs	65 (4.4 %)	21 (4.3 %)
Zurückgestellte zur Nachrekrutierung	56 (3.8 %)	19 (3.9 %)
Zurückgestellte auf 1 Jahr	10 (0.7 %)	1 (0.2 %)
Zurückgestellte auf 2 Jahre	4 (0.3 %)	0 (0 %)

### *Waffenloser Militärdienst*

Zwei Gesuche um waffenlosen Militärdienst wurden eingereicht. Beide Gesuche wurden bewilligt.

#### 3.3.1.6 Entlassung aus der Wehrpflicht

686 Armeeeingehörige der Jahrgänge 1980 (Rest), 1981, 1982, 1983 und 1984, welche die obligatorische Dienstpflicht erfüllt haben, wurden am 31.12.2014 aus der Wehrpflicht entlassen. Die Entlassungsinspektionen wurden während zwei Tagen in der Kaserne la Poya in Freiburg durchgeführt.

In Anwendung der Artikel 11 und 12 der Verordnung vom 5. Dezember 2003 über die persönliche Ausrüstung der Armeeeingehörigen (VPAA) mussten die Armeeeingehörigen, welche die persönliche Waffe (Sturmgewehr 90, 57 oder Pistole) behalten wollten, einen Waffenerwerbsschein vorlegen. Von den 640 bewaffneten Armeeeingehörigen haben 69 (11 %) den Antrag gestellt, die Waffe als Eigentum zu behalten. Anlässlich der Abgabe der Waffe wurde eine durch das VBS auferlegte Entschädigung erhoben: 30 Franken für die Pistole, 60 Franken für das Sturmgewehr 57 und 100 Franken für das Sturmgewehr 90.

Die Staboffiziere des Jahrganges 1964, die Hauptleute des Jahrganges 1972 und die Subalternoffiziere des Jahrganges 1978, insgesamt 21 Offiziere, wurden anlässlich einer offiziellen Feier, die vom Chef des Amtes für Bevölkerungsschutz und Militär geleitet wurde, aus der Wehrpflicht entlassen.

#### 3.3.1.7 Wehrpflichtersatzabgabe (WPE)

Der Kanton Freiburg zählte im Jahr 2014 10 218 Ersatzpflichtige (42 % mehr als im Jahr 2004 – Inkrafttreten von AXXI). Ursachen dieser Entwicklung sind die demographische Entwicklung, die Verschiebung der Rekrutenschule sowie die Befreiung aus medizinischen Gründen. Das Jahr 2014 zeigt Parallelen zu den vergangenen Jahren auf: Steigerung der Einnahmen, Zunahme der Anträge für Ratenzahlungen, der Mahnungen und der Betreibungsverfahren.

793 Militärdienstpflichtige und 234 Zivildienstpflichtige wurden im Ersatzjahr 2013 wegen Nichterfüllen der Dienstpflicht der Ersatzabgabe unterstellt.

1126 Ersatzpflichtigen konnte auf Grund geleisteter Dienstage im Ersatzjahr eine Ermässigung der Ersatzabgabe gewährt werden. Die Ermässigung beträgt einen Zehntel für je 50 geleistete Militärdienstage (75 Zivildienstage).

930 Ersatzpflichtigen, die im Zivildienst Dienst geleistet haben, konnte eine Ermässigung von 4 % pro im Ersatzjahr geleisteten Tag gewährt werden.

Die Ersatzabgabe beträgt 3 % des taxpflichtigen Einkommens, mindestens aber 400 Franken. Bei 3059 Ersatzpflichtigen wurde dieser Mindestbetrag angewendet.

Die Rückerstattung erfolgt, wenn die Gesamtdienstpflicht erfüllt ist. 1395 Rückerstattungsentscheide mit einem Gesamtbetrag von 580 217 Franken wurden verfügt. Das sind 13,5 % weniger als 2013.

Ein Militärdienst mit besonderen medizinischen Einschränkungen wird neu denjenigen Personen angeboten, die lieber Dienst leisten als den Wehrpflichtersatz zu begleichen. Da ein entsprechendes Gesuch beim Büro für



Wehrpflichtersatz gestellt werden muss, wird dieser Sektor regelmässig mit mündlichen oder schriftlichen Anfragen dazu konfrontiert.

Gegen einen Einspracheentscheid (keine Einsprache im Jahr 2013) wurde beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingereicht.

#### *Bezug des Wehrpflichtersatzes in unserem Kanton*

	<b>2014</b>	<b>2013</b>
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen	7 399 350.18	7 031 095.95
Rückerstattungen (Dienstnachholungen)	580 217.00	671 074.25
Reinertrag	6 819 133.18	6 360 021.70
Anteil des Bundes (80 %)	5 455 306.54	5 088 017.36
Anteil des Kantons (20 %)	1 363 826.64	1 272 004.34
In Rechnung gestellte Verzugszinsen	72 340.58	63 132.55
Verrechnete Rückzahlungszinsen	2627.80	2071.65
Rückstände	2 523 167.17	2 449 734.63
Betrag der Verlustscheine	188 909.45	183 546.36

#### *Statistiken*

	<b>2014</b>	<b>2013</b>
Veranlagungsverfügungen	15 964	13 769
Entscheide minimale Ersatzabgabe (Fr. 400.--)	3059	2897
Ersatzbefreiung Art. 4 WPEG	722	700
Annullierte Ersatzabgaben	7378.01	13 315.59
Erlassene Ersatzabgaben	33 491.30	21 038.70
Ratenzahlungen	1106	967
Mahnungen/Betreibungsankündigungen	2663	2502
Betreibungsbegehren	710	401
Rückerstattungsentscheide (Dienstnachholungen)	1395	1411
Rückzahlungsentscheide (Revisionen, Überschüsse)	592	666

### **3.4 Verwaltung der Militärgebäude**

#### 3.4.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 3.4.1.1 Kaserne La Poya

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

- > Laufender Unterhalt an allen Gebäuden der Kaserne
- > Bau von verstärkten Waffenkammern in den Gebäuden 3 und 4
- > Sanierung der Duschanlagen im Gebäude 3.

Diese Arbeiten sind durchaus berechtigt, da der Waffenplatz Freiburg mindestens bis ins Jahr 2020 weiterbetrieben wird und den Soldaten ein angemessener Standard in Sachen Sicherheit und Komfort geboten werden muss.

Nach der Eröffnung der Poyabrücke hat sich herausgestellt, dass die Ausfahrt aus der Kaserne in die General Guisan-Strasse für Militärfahrzeuge schwierig geworden ist, speziell für Lastwagen mit Anhänger. Zudem erschweren die täglichen Staus die Ausfahrt in Richtung Poyabrücke. Im Frühling 2015 wird zusammen mit Vertretern von armasuisse und des Heeres die Situation beurteilt; unter Umständen ist eine Kontaktaufnahme mit der Stadt Freiburg notwendig.

### 3.4.1.2 Lager Schwarzsee

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

- > Laufender Unterhalt an allen Gebäuden des Lagers Schwarzsee

In Anbetracht der grossen Umbauarbeiten des Lagers im Jahr 2015, wurde der Unterhalt auf ein Minimum beschränkt.

#### *Anschaffung Bettwäsche*

- > Laufender Ersatz der nordischen Bettwäsche.

#### *Belegungstage*

27 946 (2013: 31 296)

Von den 27 946 Tagen entfielen 20 351 zivile Tage auf Schulen, Sportvereine, verschiedene kulturelle Zusammenkünfte und private Treffen. Die militärischen Belegungen ergaben 7595 Tage (2013: 3808).

### 3.4.2 Besonderes

#### 3.4.2.1 Waffenplatz Freiburg

##### *Unterirdische Anlage in Châtillon*

Ende 2014 fand die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration (BFM), welche diese Anlage zur provisorischen Unterbringung von Asylbewerbern belegt hatte, ein Ende. Die Belegung dauerte eineinhalb Jahre. Umfangreiche Arbeiten in der Anlage waren nötig, um die Asylbewerber unterbringen zu können. Grund dafür waren die befohlenen Auflagen der Feuerpolizei. Am Ende der Belegungszeit waren sich alle Partner einig, dass diese Art von Anlage sich nicht dazu eignet, zivile Personen über einen längeren Zeitraum zu beherbergen. Die Feuerpolizei verlangt nämlich, dass die Türen der Anlage dauernd geöffnet bleiben. Dies führt dazu, dass das Ventilationssystem nicht korrekt arbeiten kann und sich Feuchtigkeit in den Räumen bildet (Duschen usw.). Alle Instandsetzungsarbeiten in der Anlage wurden vom Bund bezahlt.

##### *Kaserne La Poya*

Zwei Abgänge sind beim Personal des Waffenplatzes Freiburg zu vermelden. Es handelt sich dabei um eine Mitarbeiterin des Reinigungspersonals, welche per 30.06.2014 in den Ruhestand getreten ist und um einen Infrastrukturmitarbeiter, welcher per 31.10.2014 gekündigt hat. Beide Stellen wurden neu besetzt.

##### *Dezentralisiertes Materialdepot in Grolley*

Bedingt durch eine interne Mutation ist ein neuer Logistiker angestellt worden.

#### 3.4.2.2 Lager Schwarzsee

##### *Projekt «Campus Schwarzsee/Lac Noir»*

Die Verwaltung der kantonalen Militärgebäude hat an mehreren Sitzungen teilgenommen, die von der SJD und dem Hochbauamt organisiert wurden. Am 05.11.2013 hat die SJD dem Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) in Bern eine Offerte unterbreitet, die zum einen die Miete des Lagers Schwarzsee durch das Ausbildungszentrum des Zivildienstes beinhaltet und zum anderen durch eine zusätzliche Offerte die Hotellerieleistungen regelt. Im Anschluss an eine Auswertung durch das BBL wurde der Standort Schwarzsee als zukünftiges nationales Ausbildungszentrum für den Zivildienst ausgewählt. Im Prinzip wird dieses Zentrum ab 2016 betriebsbereit sein. Die Arbeitsgruppe «Campus Schwarzsee/Lac Noir» arbeitet zurzeit weiterhin an der Umsetzung des Projektes.

Ein Abgang ist beim Personal des Lagers Schwarzsee zu vermelden. Im Hinblick auf die grossen Änderungen, die im Zusammenhang mit den umfangreichen Arbeiten zum Umbau des Lagers stehen, bleibt diese Stelle vorläufig unbesetzt. Im Laufe des Jahres 2015, spätestens per 01.01.2016, bei der Neueröffnung des Campus Schwarzsee/Lac Noir, wird die Stelle aber neu besetzt.

## 4 Amt für Bevölkerung und Migration (BMA)

Amtsvorsteher: Pochon Patrick

### 4.1 Fremdenpolizei

#### 4.1.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 4.1.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2013	2014
Niederlassungsbewilligungen	3929	4000*
Aufenthaltsbewilligungen	5387	4000*
Kurzaufenthaltsbewilligungen	695	700*
Grenzgängerbewilligungen EU/EFTA	350	350*
Verlängerungen von Aufenthaltsbewilligungen oder der Kontrollfrist von Niederlassungsbewilligungen	15448	16000*

\*Schätzungen: Wegen eines Wechsels der Informationssysteme des Bundes sind die endgültigen Statistiken noch nicht verfügbar.

##### 4.1.1.2 Rückreisevisa

	2013	2014
Rückreisevisa	357	274

##### 4.1.1.3 Bestand der am 31. Dezember im Kanton anwesenden Ausländer/innen, ohne Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen

	2013	2014
Mit Niederlassungsbewilligungen	39139	41004
Mit Aufenthaltsbewilligungen	21174	22869
Mit Kurzaufenthaltsbewilligungen >=12 Monate	2611	2137
Mit Grenzgängerbewilligungen	621	705
<b>Total</b>	<b>63545</b>	<b>66715</b>

##### 4.1.1.4 Administrativmassnahmen

	2013	2014
Vom Amt durchgeführte Befragungen	245	297
Abgelehnte Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen	29	36
Wegweisungsverfügungen	238	283
Ausreiseanordnungen gemäss EU-Richtlinie	30	23
Verweigerung von Aufenthaltsbewilligungen, Nichtverlängerungen oder Widerrufe	49	75
Widerruf von Niederlassungsbewilligungen	11	12
Androhung der Verweigerung oder des Widerrufs	12	21
Verfügungen im Bereich der unentgeltlichen Rechtspflege	4	4
Ausschaffungshaft (ausgesprochene Verfügungen)	268	203
Ausschaffungshaft (vollzogene Verfügungen)	178	139
Ausschaffungen nach Haft unter der Zuständigkeit einer anderen Behörde	38	32
Überprüfungen durch das Zwangsmassnahmengericht (ZMG)	28	60
Verzicht auf das mündliche Verfahren durch das ZMG	35	35

	2013	2014
Gebietszuweisungen (Ein- oder Ausgrenzungen)	122	62
Abgewiesene Gesuche um Härtefallbewilligungen	31	28
Beim Kantonsgericht und ZMG eingereichte Beschwerden gegen Administrativmassnahmen	46	49
Gutgeheissene Beschwerden, vollständig oder teilweise	6	8
Eingestellte Verfahren	9	5

#### 4.1.2 Besondere Ereignisse

Die am 9. Februar 2014 in der Volksabstimmung angenommene Masseneinwanderungsinitiative hat noch keine Auswirkungen auf die ausländische Wohnbevölkerung im Kanton. Deren Gesamtbestand (alle Bewilligungen, ausser Asylwesen) hat sich mit einer Nettozunahme um 3170 Personen von Ende 2013 bis Ende 2014 weiter erhöht.

Für die Administrativhaft hat das Amt ab 1. März 2014 fünf Plätze im Flughafengefängnis Zürich gemietet, als Ersatz für die Plätze, über die es im Zentralgefängnis verfügt hatte und die künftig für den Strafvollzug vorgesehen sind. Der Grund für die rückläufigen Inhaftierungen im Jahr 2014 liegt darin, dass die Fälle von Rückübernahmen durch Dublin-Staaten um rund 50 % zurückgegangen sind.

## 4.2 Asylbereich

### 4.2.1 Ordentliche Tätigkeit

	2013	2014
Personen, die in eine Empfangsstelle geschickt wurden	10	4
Asylsuchende, die dem Kanton Freiburg zugewiesen wurden	637	794
Erteilte Arbeitsbewilligungen	164	164
Aufenthaltsbewilligungen aufgrund eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls	48	43
Vorläufig aufgenommene Personen	76	221
Positive Entscheide des BFM	86	233
Negative Entscheide des BFM (Ablehnung oder Nichteintreten)	440	354
Entscheide gemäss Anwendung des Dublin-Abkommens	210	165
Beim BFM hängige Asylgesuche	573	583
Total der am 31. Dezember im Kanton verweilenden Asylsuchenden	621	644
Total der am 31. Dezember im Kanton vorläufig aufgenommenen Ausländer/innen	774	896

### 4.2.2 Besondere Ereignisse

Die Zunahme der Asylgesuche in der Schweiz (+ 2300 gegenüber 2013) ist auf die zahlreichen Krisenherde auf der ganzen Welt und die konstant hohe Zahl von Migrantinnen und Migranten zurückzuführen, die auf dem Seeweg nach Süditalien gelangen und von dort weiter gegen Norden drängen. Nach der anteilmässigen Verteilung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber durch den Bund auf die Kantone hat Freiburg 2014 das zweitgrösste Asylbewerberkontingent der letzten 12 Jahre aufgenommen.

## 4.3 Ausländische Arbeitskräfte

### 4.3.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 4.3.1.1 Anmeldungen von EU/EFTA-Staatsangehörigen

	2013	2014
Für eine Tätigkeit von max. 3 Monaten bei einem Schweizer Arbeitgeber	3097	2815
Für entsandte Arbeitnehmende	2633	2570
Für grenzüberschreitende, selbstständige Leistungserbringer	2194	2075

#### 4.3.1.2 Vorgängige Bewilligungen für Angehörige der EU-2 Staaten

	2013	2014
--	------	------

	2013	2014
Jahresaufenthaltsbewilligungen	19	14
Kurzaufenthaltsbewilligungen	82	90
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	41	38
Bewilligungen für Cabaret-Tänzerinnen EU	182	167

#### 4.3.1.3 Vorgängige Bewilligungen für Angehörige von Drittstaaten

	2013	2014
Jahresaufenthaltsbewilligungen	38	21
Kurzaufenthaltsbewilligungen	39	53
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	27	31
Bewilligungen für Künstler/innen (Musiker/innen)	105	96

#### 4.3.1.4 Andere Entscheide

	2013	2014
Verweigerungsverfügungen	155	135
Einspracheentscheide	4	6

#### 4.3.1.5 Administrativmassnahmen

Nach Artikel 122 AuG kann die zuständige Behörde die Gesuche um Zulassung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eines Arbeitgebers, der wiederholt gegen Vorschriften dieses Gesetzes verstossen hat, abweisen oder nur teilweise bewilligen. Sie kann diese Sanktion auch androhen.

	2013	2014
Verweise	6	5
Androhungen	26	48
Suspendierungen/Verweigerungen	15	23

#### 4.3.2 Besondere Ereignisse

Die vom Bundesrat beschlossenen Kontingentierungen der Aufenthaltsbewilligungen von EU-Staatsangehörigen (Anwendung der Ventilklausel) sind im April und Mai 2014 abgelaufen. Nur für bulgarische und rumänische Staatsangehörige (EU-2) gelten die Begrenzungsmaßnahmen weiterhin.

### 4.4 Schweizerpässe und Identitätskarten

#### 4.4.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 4.4.1.1 Ausgestellte Ausweise

	2013	2014
Biometrische ordentliche Pässe	20502	24514
Identitätskarten	31676	34799
Provisorische Pässe	615	588
Biometrische Reisedokumente für ausländische Personen	216	339
Biometrische Ausländerausweise	10363	11314

#### 4.4.2 Besondere Ereignisse

Im Vergleich zu 2013 hat das Amt 2014 noch mehr Ausweise für Schweizer Bürgerinnen und Bürger ausgestellt (+ 16 % Pässe und + 9 % Identitätskarten). Diese weiterhin starke Nachfrage ist darauf zurückzuführen, dass die vor zehn Jahren ausgestellten Ausweise der Generation 2003, die damals sehr gefragt waren, verlängert werden mussten.

Das von den Gemeinden bisher verwendete Formular für die Beantragung von Identitätskarten ist 2014 ausserdem durch ein vom Bund beschlossenes vollständig elektronisches Verfahren ersetzt worden (Projekt NAVIG).

## 5 Amt für Gewerbepolizei (GePoA)

Amtsvorsteher: Alain Maeder

### 5.1 Öffentliche Gaststätten

#### 5.1.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 5.1.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2013	2014
Patente A für das Hotelliergewerbe	1	-
Patente B für Betriebe mit Alkohol	34	12
Patente C für Betriebe ohne Alkohol	3	2
Zusatzpatente E für Hotelbars	-	2
Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	2	5
Sonderpatente H	13	13
Patente I für hotelähnliche Betriebe	5	2
Patente T für Traiteurs	7	9
Patente für die Übernahme eines laufenden Betriebes	202	214
Patenterneuerungen	630	525
Namensänderungen	31	47
Patenterweiterungen	14	30

##### 5.1.1.2 Administrative Massnahmen

	2013	2014
Nicht-Erneuerungen von Patenten	1	4
Patententzüge	5	5
Patentverweigerungen	6	3

##### 5.1.1.3 Anzahl der Patente für öffentliche Gaststätten

	2013	2014
Patente A für das Hotelliergewerbe	156	153
Patente B für Betriebe mit Alkohol	606	612
Patente C für Betriebe ohne Alkohol	15	18
Patente D für Diskotheken oder Kabarets	20	23
Zusatzpatente E für Hotelbars	16	17
Patente F für Nachtrestaurants	4	4
Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	100	105
Sonderpatente H	462	464
Patente I für hotelähnliche Betriebe	111	109
Patente T für Traiteurs	59	69
Patente U für Bars, die einem Prostitutions-Salon angegliedert sind	-	-
<b>Total</b>	<b>1549</b>	<b>1574</b>

#### 5.1.1.4 Passivrauchen

	2013	2014
Bewilligte Raucherräume	89	84

#### 5.1.1.5 Obligatorische Ausbildung

	2013	2014
Personen, die die obligatorische Ausbildung auf Französisch absolviert haben	139	92
Personen, die die obligatorische Ausbildung auf Deutsch absolviert haben	28	8
Personen, denen das Wirtfachdiplom ausgehändigt wurde	115	76

#### 5.1.1.6 Teil-Ausbildung

	2013	2014
Personen, die den Kurs für Inhaber eines Patents G oder T auf Französisch absolviert haben	21	16
Personen, die den Kurs für Inhaber eines Patents G oder T auf Deutsch absolviert haben	2	5
Personen, die den Test für Patentinhaber G oder T bestanden haben	23	17
Personen, die den Kurs über die Gesetzgebung der öffentlichen Gaststätten auf Französisch besucht haben	29	13
Personen, die den Kurs über die Gesetzgebung der öffentlichen Gaststätten auf Deutsch besucht haben	6	11
Personen, die den Test über die Gesetzgebung der öffentlichen Gaststätten bestanden haben	35	23

#### 5.1.2 Besondere Ereignisse

Das neue Programm der obligatorischen Ausbildung, welche für angehende Wirtinnen und Wirte vorgesehen ist, wurde dieses Jahr umgesetzt und betrifft alle angehenden Geschäftsführer/innen, welche in der Gastwirtschaft tätig sind und die primären Patente (A bis F) sowie die sekundären Patente (G und T) erlangen möchten. Das neue Diplom des Wirtfachkurses wurde vom Künstler François Aeby gestaltet und an der diesjährigen Diplomausgabe zum ersten Mal an die Wirtinnen und Wirte verteilt, welche den Kurs mit Erfolg bestanden haben.

Obwohl der Schwierigkeitsgrad der Prüfung erhöht wurde, hatte dies im Vergleich zum Vorjahr keine erhöhte Durchfallrate zur Folge. Auch die Anzahl der Teilnehmer/innen ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben, und die meisten von Ihnen waren wiederum bereits vor dem Kurs im Besitz eines provisorischen Patentbesitzes.

## 5.2 Alkoholhaltige Getränke

### 5.2.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 5.2.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2013	2014
Spezielle Verkaufsräumlichkeiten und Lebensmittelgeschäfte	56	61
Kioske und Tankstellenshops	8	12

#### 5.2.1.2 Administrative Massnahmen

	2013	2014
Abgelehnte Patentanfragen	-	2

#### 5.2.1.3 Zahl der Patente für den Verkauf von alkoholhaltigen Getränken

	2013	2014
Spezielle Verkaufsräumlichkeiten und Lebensmittelgeschäfte	425	423



	2013	2014
Kioske und Tankstellenshops	69	73

### 5.3 Lotterien und Kollekten

#### 5.3.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 5.3.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2013	2014
Kleine Lotterien	82	76
Kollekten	93	90

### 5.4 Spielautomaten

#### 5.4.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 5.4.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2013	2014
Geschicklichkeitsspielautomaten	344	287
Unterhaltungsapparate	305	137

### 5.5 Spielsalons

#### 5.5.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 5.5.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2013	2014
Patente für Spielsalons	1	-

##### 5.5.1.2 Anzahl der Bewilligungen für Spielsalons

	2013	2014
Patente für Spielsalons	4	4

### 5.6 Prostitution

#### 5.6.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 5.6.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2013	2014
Bereitstellung von Räumlichkeiten, die für die Ausübung der Prostitution bestimmt sind	6	12

##### 5.6.1.2 Administrative Massnahmen

	2013	2014
Verweigerung von Bewilligungen	1	1
Entzug von Bewilligungen	1	-

##### 5.6.1.3 Anzahl der Bewilligungen

	2013	2014
Bereitstellung von Räumlichkeiten, die für die Ausübung der Prostitution bestimmt sind	21	23

## 5.7 Gewerbe der Reisenden

### 5.7.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 5.7.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2013	2014
Bewilligungen für das Reisengewerbe	17	22
Bewilligungen für die Aktivität an einem Jahrmarkt oder in einem Zirkus	4	4

## 5.8 Konsumkredit

### 5.8.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 5.8.1.1 Anzahl der Bewilligungen

	2013	2014
Berufliche Ausübung der Tätigkeit als Kreditgeber	12	10

## 5.9 Risikoaktivitäten

### 2.9.1 Aktuelle Aktivitäten

#### 2.9.1.1 Ausgeteilte Bewilligungen

	-	2014
Bewilligungen für das Ausführen von Risikoaktivitäten	-	22

## 5.10 Masse und Gewichte

### 5.10.1 Ordentliche Tätigkeit

#### 5.10.1.1 Überprüfte Messgeräte

	2013	2014
Waagen für offene Verkaufsstellen	763	477
Waagen für nicht offene Verkaufsstellen	1136	1035
Fahrzeug- und Geleisewaagen	38	50
Spezialwaagen	66	76
Automatisch funktionierende Waagen	23	17
Preisauszeichnungswaagen	252	252
Volumenmessanlagen (Mineralöle)	1040	801
Hochdruck-Erdgastanksäulen und Flüssiggastanksäulen	2	1
Volumenmessanlagen für Lebensmittel	38	31
Längenmasse	-	1
Messgeräte für Gasgemischanteile und für Dieselrauch	402	361

#### 5.10.1.2 Kontrollen von Fertigpackungen

	2013	2014
Gleiche Nennfüllmenge	346	408
Zufallspackungen	147	95

#### 5.10.1.3 Marktüberwachung

	2013	2014
Öffentliche Verkaufsstellen	258	118

## 5.11 Preisbekanntgabe

### 5.11.1 Besondere Ereignisse

Dieses Jahr wurde eine nationale Sensibilisierungskampagne durchgeführt, welche Regelungen bezüglich der Rabatte von geschäftlichen Angeboten behandelt und fixe Aspekte des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) mit einfliessen liess. Das Resultat dieser Kampagne, welche den Preisvergleich, die Rabatte und Preisreduktionen sowie die Preisangabe in neun verschiedenen Branchen (Sport, Kleider, Haushaltsgeräte, Möbel, Kosmetik, Spielzeuge usw.) untersucht hat, ist sehr positiv ausgefallen und ergab bei einer Kontrolle der betroffenen Internetseiten, dass der grösste Teil dieser Unternehmungen Ihre Preise richtig angegeben haben.

Ausserdem organisierte das Amt für Gewerbepolizei in Zusammenarbeit mit dem SECO einen eintägigen Kurs, über die Preisbekanntgabe für alle Mitarbeiter/innen der Gemeinden Freiburg, Marly, Villars-sur-Glâne, Givisiez, Granges-Paccot und Corminboeuf, welche für die Kontrollen in diesem Bereich zuständig sind. Dieser Kurs war ein voller Erfolg und zeigte die Schwierigkeiten einer korrekten Umsetzung der Regelungen auf, die für die Werbung und den Preisvergleich gelten.

## 6 Amt für Justiz (AJ)

Amtsvorsteherin: Lise-Marie Graden

### 6.1 Tätigkeit

#### 6.1.1 Advokatur

Die Prüfungskommission für die Anwaltskandidatinnen und –kandidaten en hat folgenden Personen einen Befähigungsausweis ausgestellt: Stéphanie Amara, Jenny Castella, Claire-Lise Clément, Claire de Reyff, Delphine Disler, Eloïse Dorsaz, Zoé Esseiva, Alexandra Fabbro, Sophie Germond, Florine Küng, Stéphanie Kuonen, Sarah Luisier-Curchod, Sandra Mantelli, Alexandra Müller, Virginie Pahut, Inès Proença, Sarah Riedo, Eléonore Salina, Isabelle Schuwey, Angelika Spiess, Sofia Suarez, Camille Zahno, Gilles Aebischer, Marcel Amberg, Mathieu Azizi, Laurent Berset, Vincent Binetti, Pierre Bugnon, Carlo Ceccarelli, Boris Eicher, Andrea Ermotti, Olivier Ferraz, Alexandre Sacha Khomutov, Romain Lang, Tramor Mehmetaj, Alain Monnerat, Baptiste Morard, Elias Moussa, Tristan Pannatier, Vincent Perritaz.

Die Anwaltskommission hat ihrerseits folgende Geschäfte behandelt:

Eintragungen in das kantonale Register der Anwältinnen und Anwälte	8
Streichung von Einträgen im Anwaltsregister	7
Beschwerden und Anzeigen	10
Befreiung vom Berufsgeheimnis	7
Praktikumsbewilligungen	37
Herabsetzung der Praktikumsdauer	2
Streichung von Einträgen im kantonalen Register der Anwaltspraktikanten	-

Es waren am 31. Dezember 2014 tätig:

Im kantonalen Register der Anwälte und Anwältinnen eingetragene Anwälte	190
In der Liste der zur Ausübung zugelassenen Anwältinnen und Anwälte aus Mitgliedstaaten der EU und der EFTA eingetragene Anwälte	5
Anwaltspraktikantinnen und -praktikanten	156

#### 6.1.2 Notariat

Am 31. Dezember 2014 gab es 49 praktizierende Notare, darunter 6, welche gemäss Gesetz über das Notariat nicht in die Höchstzahl der zugelassenen Notare eingerechnet werden. Damit ist die gesetzliche Höchstzahl erreicht.

### 6.1.3 Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014 hat das Amt für Justiz 1479 Entscheide betreffend unentgeltliche Rechtspflege erhalten, die sich wie folgt verteilen:

	Unentgeltliche Rechtspflege mit Rückerstattung	Unentgeltliche Rechtspflege ohne Rückerstattung	Total
Kantonsgericht	0	94	94
Bezirksgericht Saane	7	580	587
Bezirksgericht Sense	0	79	79
Bezirksgericht Greyerz	1	199	200
Bezirksgericht See	1	84	85
Bezirksgericht Glane	2	93	95
Bezirksgericht Broye	1	95	96
Bezirksgericht Vivisbach	4	55	59
Friedensgerichte	0	184	184
<b>Insgesamt</b>	<b>16</b>	<b>1463</b>	<b>1479</b>

Im Jahr 2014 wurden 1115 Kostenlisten von Anwälten und von Gerichtsschreibereien der Friedensgerichte im Gesamtbetrag von 3 199 283 Franken bezahlt (im Jahr 2013: 2 839 174 für 1116 Kostenlisten).

Gemäss Art. 123 des Justizgesetzes und Art. 123 ZPO kann das Amt innert einer Frist von 10 Jahren die teilweise oder vollständige Rückerstattung der unentgeltlichen Rechtspflege verfügen, wenn sich die Finanzlage der betroffenen Person gebessert hat.

Im Jahr 2014 wurden dadurch Einnahmen in der Höhe von 142 519 Franken erzielt.

### 6.1.4 Unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen

Gestützt auf die neue schweizerische Strafprozessordnung, welche seit dem 1. Januar 2011 in Kraft ist, entscheidet nicht mehr ausschliesslich die Strafkammer des Kantonsgerichts über die Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege sondern jede einzelne Gerichtsbehörde, vor welcher das Verfahren hängig ist. Die Statistiken betreffend die unentgeltliche Rechtspflege sind somit in den Jahresberichten der einzelnen Gerichtsbehörden enthalten.

In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014 hat das Amt für Justiz 603 Entscheide betreffend die unentgeltliche Rechtspflege erhalten.

Es wurden 656 Kostenlisten von Anwälten im Gesamtbetrag von 2 660 489 Franken bezahlt.

Bis Ende 2013 wurden die Rechnungen nach Genehmigung des Amts für Justiz von den Strafvollzugsbehörden bezahlt. Seit 2014 übernimmt das Amt diese Zahlungen und entlastet so die Gerichtsbehörden von dieser Aufgabe.

### 6.1.5 Unentgeltliche Rechtspflege in Verwaltungssachen

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014 hat das Amt für Justiz 115 Entscheide betreffend unentgeltliche Rechtspflege erhalten.

Es wurden 82 Kostenlisten von Anwälten im Gesamtbetrag von 123 988 Franken bezahlt.

### 6.1.6 Internationale Rechtshilfe

Das Amt besorgt die für die internationale Rechtshilfe erforderlichen Übermittlungen. Im Jahr 2014 wurden 15 Gesuche von Justizbehörden des Kantons behandelt, hingegen keine Rechtshilfebegehren von ausländischen Gerichtsbehörden.

## 6.1.7 Mediation im Gerichtsverfahren

### 6.1.7.1 Die Kommission für Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen

Diese Kommission übt die Oberaufsicht über diejenigen Personen aus, die der Verordnung über die Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen unterstellt sind, d. h. diejenigen vereidigten Mediatorinnen oder Mediatoren, welche im Rahmen eines Gerichtsverfahrens tätig werden.

Die Kommission entscheidet über Eintragungen, Nachführungen und Streichungen im Register der vereidigten Mediatorinnen und Mediatoren, sie wacht darüber, dass die Mediatorinnen und Mediatoren ihre Tätigkeit gemäss ihrem Eid oder ihrem feierlichen Versprechen ausüben, sie übt die Disziplinargewalt aus und erlässt die notwendigen Weisungen.

Im Jahr 2014 hat die Kommission für Mediation in Zivil-, Straf- und Jugendstrafsachen vier Eintragungen ins Register vorgenommen sowie eine Eintragung gestrichen (auf Antrag dieser Person).

### 6.1.7.2 Büro für Mediation in Jugendstrafsachen

Statistiken	2014	2013
<b>Anzahl Fälle, die von den Richtern delegiert wurden (Mediationsprozess)</b>		
Anzahl betroffene Minderjährige: Täter und Opfer	111	125
Anzahl betroffene junge Erwachsene	4	11
Anzahl betroffene Geschädigte / betroffene Opfer	73	113
In 35 Fällen war nur ein einziger jugendlicher Täter		
In 22 Fällen waren zwei jugendliche Täter		
In 16 Fällen waren 3 oder mehr jugendliche Täter (bis 6)		
<b>Aufteilung nach Geschlecht</b>		
Jungen	94	95
Mädchen	17	30
<b>Aufteilung nach Sprache</b>		
Französisch	83	97
Deutsch	28	28
<b>Herkunft</b>		
Stadt Freiburg	10	17
Saane-Land	22	21
Greyerz	32	23
Broye	10	21
Glane	2	5
Vivisbach	4	12
Sense	21	16
See	8	7
Andere Kantone	2	3
Andere Länder	-	-
<b>Ausgang der Verfahren</b>		
Abschluss einer Mediationsvereinbarung	65	79
Erfolgreiche Mediationsverfahren	13	15
Entscheide betreffend Rückzug der Anzeige	6	6
Am 31. Dezember 2014 hängige Verfahren	34	48

### 6.1.8 Aufsicht über die klassischen Stiftungen

Die Hauptaufgabe besteht in der Aufsicht über die Stiftungen, der jährlichen Kontrolle des Tätigkeitsberichts und der Rechnung, der Genehmigung von Statutenänderungen, der Prüfung von Reglementen, sowie der Auflösung, der Liquidation und der Löschung von Stiftungen.

Am 31. Dezember 2014 hat der Kanton über 260 klassische Stiftungen mit einer Bilanzsumme (per 31. Dezember 2013) von gegen 1043 Millionen Franken die Aufsicht ausgeübt.

Die Aufsichtsbehörde zwei neu errichtete Stiftungen mit Entscheid ihrer Aufsicht unterstellt. Sieben Stiftungen wurden aufgelöst und gelöscht und sechs wurden der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht überwiesen.

Bei 18 Stiftungen wurden Statutenänderungen genehmigt. Dasselbe gibt für die Reglemente von vier Stiftungen.

### 6.1.9 Übrige Tätigkeiten

Weiterbildung für die Beisitzenden der Friedensgerichte

Nach Inkrafttreten der neuen Bundesgesetzgebung zum Kindes- und Erwachsenenschutz am 1. Januar 2013 erfuhr das alte Vormundschaftsrecht tiefgreifende Änderungen. Während die Friedensrichterinnen und Friedensrichter sowie ihre Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber Kurse der «Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz» (KOKES) besuchen konnten, um sich mit dem neuen Recht vertraut zu machen, hatten die Beisitzenden der Friedensgerichte diese Gelegenheit nicht, namentlich aufgrund der hohen Kosten der Kurse (vier Module von ein bis zwei Tagen, die pro Teilnehmer/in je 800 Franken kosteten). Deshalb organisierte das Amt für Justiz für den Kanton eine interne Weiterbildung mit der stellvertretenden Vorsteherin des Amts für Justiz und ordentlichen Dozentin der Universität Freiburg Parisima Vez. Die Kurse fanden im Februar 2014 in drei Blöcken von zwei Tagen statt. Insgesamt nahmen 63 Beisitzende daran teil, davon waren ca. 25 % deutschsprachig.

## 7 Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMVG)

Amtsvorsteher: Thomas Freytag

### 7.1 Straf- und Massnahmenvollzug

In der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug sind 17 Personen (10.45 VZÄ) angestellt. Zudem bildet die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug 2 Lehrlinge und 2 Praktikant/innen aus.

Die Tätigkeiten des Amts stützen sich überwiegend auf die nachstehenden rechtlichen Bestimmungen:

- > Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937;
- > Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007;
- > Verordnung vom 19. September 2006 zum Strafgesetzbuch und zum Militärstrafgesetz;
- > Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen;
- > Einführungsgesetz vom 6. Oktober 2006 zum Strafgesetzbuch (EGStGB);
- > Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit;
- > Verordnung vom 12. Dezember 2006 betreffend den tageweisen Strafvollzug;
- > Konkordat vom 10. April 2006 über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen an Erwachsenen und jungen Erwachsenen in den Kantonen der lateinischen Schweiz (Konkordat über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen);
- > Entscheide der Westschweizer Konferenz der in Straf- und Massnahmenvollzugsfragen zuständigen kantonalen Behörden;
- > Gefängnisreglement vom 12. Dezember 2006.

Das ASMVG plant den Vollzug der unbedingten Freiheitsstrafen und der strafrechtlichen Massnahmen, bestimmt die Vollzugsanstalt, den Beginn und die Stufen des Vollzuges. Im Verlaufe des Vollzuges bestimmt das Amt über die Ausgangserlaubnis (Urlaub, Ausgang), über den Übertritt in eine andere Anstalt und über den Unterbruch des Vollzuges. Es verfügt unter anderem über die in den Konkordatstexten vorgesehenen Entscheide, die gesetzlich vorgesehenen Entscheide in Bezug auf die Halbgefängenschaft und den tageweisen Vollzug. Es befindet im Übrigen über die bedingte Entlassung aus dem Freiheitsentzug oder die Aufhebung der therapeutischen Massnahmen und ordnet die damit verbundenen Begleitmassnahmen an (Bewährungshilfe, Weisungen bezüglich der Lebensführung usw.).

Das ASMVG erlässt im Weiteren Entscheide über die gemeinnützige Arbeit (GA) und überweist die Fälle zwecks Durchführung der GA an das Amt für Bewährungshilfe. Es kassiert auch die durch die zuständigen Justizbehörden ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen ein. In dieser Angelegenheit interveniert das Amt nur bei Nichtbezahlung der ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen, nämlich in den Fällen, wo an Stelle der Busse bzw. der Geldstrafe eine Ersatzfreiheitsstrafe wirksam wird. Im Weiteren stellt das Amt die kantonale Koordination für die Eintragungen in das Strafregister sicher.

## 7.1.1 Freiheitsstrafen und Massnahmen

### 7.1.1.1 Anzahl eingegangener Urteile

Im Jahr 2014 wurden dem ASMVG durch die Freiburger Gerichtsbehörden 431 Urteile betreffend den Vollzug von Freiheitsstrafen zugestellt, davon sind:

- > 324 Urteile für Freiheitsstrafen unter 6 Monaten
- > 61 Urteile für Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und einem Jahr
- > 46 Urteile für Freiheitsstrafen über einem Jahr

### 7.1.1.2 Vollzugsmodalitäten (mit Ausnahme der Ersatzfreiheitsstrafen wegen nicht bezahlter Bussen und Geldstrafen)

- > Es wurden 172 Vorladungen zum ordentlichen Strafvollzug ausgestellt.
- > 50 Personen haben die Bewilligung erhalten, ihre Freiheitsstrafe im Regime der Halbgefängenschaft zu vollziehen; dieses Regime bietet dem Insassen die Möglichkeit, weiterhin seinen beruflichen Aktivitäten nachzugehen und sich nur nachts, am Samstag und am Sonntag im Gefängnis einzufinden.
- > 2 Personen haben von der Möglichkeit, die Freiheitsstrafe im Regime des tageweisen Vollzugs an den Wochenenden zu vollziehen, Gebrauch gemacht.
- > 38 durch Freiburger Justizbehörden ausgesprochene Freiheitsstrafen wurden in anderen Kantonen vollzogen, da die betroffenen Personen nicht im Kanton Freiburg Wohnsitz hatten oder wohnhaft waren. Darüber hinaus hat das ASMVG 26 Urteile von anderen Kantonen zwecks Vollzugs einer Freiheitsstrafe erhalten, da die verurteilten Personen im Kanton Freiburg Wohnsitz hatten oder wohnhaft waren.
- > Anzahl behandelter Urteile (Freiheitsstrafen, gemeinnützige Arbeit, Ersatzfreiheitsstrafen) 1536
- > Unterbruch des Vollzugs 1
- > Anzahl RIPOL-Verhaftungsausschreibungen 199
- > Vollzugsmandate an die Polizei 17
- > Transportaufträge 135
- > Anfragen zur Einweisung (zwecks Vollzugs oder vorzeitigen Vollzugs der Freiheitsstrafe) 84

### 7.1.1.3 Anzahl Vollzugstage bzw. Anzahl Insassen pro Vollzugsanstalt oder Vollzugsinstitution

Anstalt/Institution	Vollzugstage	Insassen
Anstalten von Bellechasse, Sugiez / FR	29 994	223
Etablissements de la plaine de l'Orbe / VD	3 183	11
Etablissement de Bellevue, Gorgier / NE	1 795	10
Prison de la Tuilière, Lonay / VD	1 097	19
Anstalten von Witzwil / BE	113	1



Anstalt/Institution	Vollzugstage	Insassen
Anstalten von Hindelbank / BE	395	1
Anstalten von Thorberg / BE	286	2
Anstalten von Lenzburg / AG	391	4
Anstalten von Pöschwies / ZH	43	1
Anstalten von Bostadel / ZG	61	1
UPD, Bern	127	1
Le VAM, Fribourg, Bulle, Düdingen	113	26
Ritec, Düdingen	569	24
Inselspital Bern (Bewachungsstation)	113	11
Diverse ausserkantonale Kurzstrafen	1 459	117
Massnahmenzentrum St. Johannsen / BE	290	2
Fondation Bartimée, Grandson / VD	682	4
Le Tremplin «Foyer Horizon», Freiburg	421	2
Fondation Le Torry, Freiburg	280	1
Foyer St Louis, Freiburg	730	2
Foyer Le Radeau, Orsonnens	1 175	4
Foyer La Thièle, Yverdon-les-Bains / VD	153	1
Fondation Saphir, Corcelles / VD	265	1
Syphon, Brügg	150	1
Foyers Les Rives-du-Rhône, Sion / VS	68	1
Centre éducatif de Pramont / VS	175	2
EMS Sylvabelle SA, Provence / VD	192	2
Stiftung Terra Vecchia, Schüpfen / BE	334	1
UPK, Basel / BS	408	1
Résidence Les Sources, Sonceboz	212	1
CAAD, Saxon / VS	519	3
Foyer du Parc, Couvet / NE	31	1
<b>Total</b>	<b>45 824</b>	<b>482</b>

#### 7.1.1.4 Anzahl strafrechtlicher Massnahmen

119 Personen haben 2014 eine strafrechtliche Massnahme vollzogen, beziehungsweise befinden sich nach wie vor in deren Vollzug, davon sind:

- > 21 Personen in stationärer Behandlung einer psychischen Störung in Anwendung von Art. 59 StGB oder Art. 59 und Art. 60 StGB;
- > 15 Personen in einer stationären Suchtbehandlung in Anwendung von Art. 60 StGB;
- > 3 Personen in stationärer Behandlung einer Massnahme für junge Erwachsene in Anwendung von Art. 61 StGB;
- > 76 Personen in einer ambulanten Behandlung in Anwendung von Art. 63 StGB;
- > 4 Personen im Vollzug einer Verwahrungsmassnahme in Anwendung von Art. 64 StGB.

Diese Personen wurden gemäss der Tabelle 1.1.1.3 platziert.

Das ASMSG hat 30 Behandlungsverfügungen erlassen, 10 Aufhebungsverfügungen, 28 Ablehnungen der Aufhebung einer Massnahme, 5 bedingte Entlassungen aus dem Massnahmenvollzug, 13 Ablehnungen der bedingten Entlassung aus dem Massnahmenvollzug, 2 Ablehnungen der bedingten Entlassung aus der Verwahrung, 3 Verlängerungen des Massnahmenvollzugs beantragt und 4 Unterbrechungen von Massnahmen ausgesprochen.

#### 7.1.1.5 Arbeitsexternat

15 Personen wurde das Vollzugsregime des Arbeitsexternats bewilligt. Vollzugsanstalten:

Anstalt	Vollzugstage	Insassen
Vollzugsanstalt «Les Falaises»	716	9
Maison Montfleury / GE	256	1
Maison Le Vallon / GE	327	3
Steinhof, Hindelbank	229	1
Wohnheim Monbijou, Bern	334	1
<b>Total</b>	<b>1862</b>	<b>15</b>

#### 7.1.1.6 Arbeits- und Wohnexternat

4 Personen wurde das Vollzugsregime des Arbeits- und Wohnexternats bewilligt.

#### 7.1.1.7 Bedingte Entlassung aus Sanktionen und Aufhebung von Massnahmen

In Anwendung der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen ist das ASMVG für die Entscheide im Hinblick auf die bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug zuständig (falls die Strafdauer mehr als 2 Jahre beträgt, muss das ASMVG die Stellungnahme der beratenden Kommission für die bedingte Straftentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit berücksichtigen).

Ebenfalls ist das ASMVG zuständig, alle Entscheide im Hinblick auf die bedingte Entlassung und/oder die Aufhebung aus einer ambulanten Massnahme, einer stationären therapeutischen Massnahme oder einer Verwahrung zu treffen. In gewissen Fällen ist das ASMVG verpflichtet die beratende Kommission für die bedingte Straftentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit um eine Stellungnahme zu ersuchen.

Folgende Entscheide wurden erlassen:

Bewilligung der bedingten Entlassung nach Vollzug der Mindeststrafdauer von 2/3	31
Bewilligung der bedingten Entlassung zu einem späteren Zeitpunkt	10
Ablehnung der bedingten Entlassung	47
Verlängerung der Probezeit	2
Gutheissung der Aufhebung einer Massnahme	10
Ablehnung der Aufhebung einer Massnahme	28
Gutheissung der bedingten Entlassung aus einer Massnahme	5
Ablehnung der bedingten Entlassung aus seiner Massnahme	13
Ablehnung der bedingten Entlassung aus einer Verwahrung	2
Verlängerung der Massnahme	3
Unterbruch der Massnahme	4
<b>Total</b>	<b>155</b>

#### 7.1.2 Umgewandelte Bussen und Geldstrafen (Ersatzfreiheitsstrafen)

Nicht bezahlte Bussen und Geldstrafen werden in eine Ersatzfreiheitsstrafe umgewandelt.

Der untenstehenden Tabelle kann die Anzahl der Ersatzfreiheitsstrafen sowie die Höhe der einkassierten Beträge für die verschiedenen Strafbehörden entnommen werden:

Behörde	Ausgesprochene Ersatzfreiheitsstrafen	Einkassierte Beträge
Staatsanwaltschaft	4086	893 737.85
Oberämter	1959	271 900.35
Andere Kantone	61	31 418.50
Gerichte	76	16 233.35
Stadt Freiburg	1024	49 854.75
Gemeinde Plaffeien	2	1 366.90

Insgesamt hat das ASMVG 7208 Ersatzfreiheitsstrafen erhalten und einen Gesamtbetrag von 1 264 511.70 Franken einkassiert.

174 Ersatzfreiheitsstrafen betreffend 83 Personen wurden für den Strafvollzug im geschlossenen Regime an den Bereich Freiheitsstrafen überwiesen. Zusätzlich wurden 33 Ersatzfreiheitsstrafen an den Sektor gemeinnützige Arbeit für den Vollzug in Form gemeinnütziger Arbeit überwiesen.

Weitere Kennzahlen im Bereich umgewandelte Bussen und Geldstrafen:

Anzahl Mandate an die Polizei	2750
Anzahl RIPOL-Verhaftungsausschreibungen	808
Anzahl Delegationen an andere Kantone	1686
Anzahl Abzahlungsbewilligungen	499
Anzahl Vorladungen	64

### 7.1.3 Gemeinnützige Arbeit (nachfolgend: GA)

Das ASMVG sowie das Amt für Bewährungshilfe sind beauftragt, die von den Justizbehörden ausgesprochenen Urteile zur gemeinnützigen Arbeit zu vollziehen. Das Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse trifft die Entscheide in Anwendung der Artikel 11 und 12 der Eidgenössischen Verordnung vom 19. September 2006 zum Schweizerischen Strafgesetzbuch und Schweizerischen Militärstrafgesetzbuch sowie die Administrativmassnahmen in Anwendung des Artikels 13 der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit.

2014 wurden von den zuständigen Strafbehörden 457 Verurteilungen zu GA an das ASMVG überwiesen. Zusätzlich hat das ASMVG von anderen Kantonen 63 Verurteilungen zu GA erhalten, welche es zu vollziehen galt, da die betroffenen Personen Wohnsitz im Kanton Freiburg hatten oder hier wohnhaft waren.

Das ASMVG hat 2014 insgesamt 434 GA-Dossiers an das Amt für Bewährungshilfe überwiesen. In 71 Fällen wurde, bedingt durch ungenügendes Verhalten, unbegründetes Fernbleiben oder weil die Person schlussendlich doch den gewöhnlichen Strafvollzug wählte, das rechtliche Gehör gewährt. Im Hinblick auf eine allfällige Aufhebung der GA wurden im Übrigen 85 Vollzugsberichte an die Strafbehörde adressiert.

98 Freiburger Verurteilungen zu GA (ohne umgewandelte Bussen) wurden in anderen Kantonen vollzogen, da die betroffenen Personen ausserhalb des Kantons Wohnsitz hatten oder wohnhaft waren.

### 7.1.4 Begnadigungsgesuche

Der Grosse Rat hatte im Jahr 2014 drei Begnadigungsgesuche zu behandeln.

### 7.1.5 Untersuchungshaftplatzsuche

Anzahl gesuchter Plätze	98
Anzahl gefundener Plätze	92
Anzahl getätigter Telefonanrufe	1244
Anzahl aufgewendeter Suchstunden	142

### 7.1.6 Strafregister

Im Jahr 2014 hat das ASVMG (Koordinationsstelle Strafregister) 5402 Urteile registriert und 16 103 Auszüge zuhanden der kantonalen Justizbehörden ausgehändigt.

## 7.2 Gefängnisse

Das Zentralgefängnis (inkl. die Anstalt «Les Falaises») beschäftigt 36 Personen und eine Lernende.

Das Gefängnis von Romont war im Jahr 2014 vom 1. Januar bis 13. Juni 2014 geöffnet.

In den Gefängnissen werden folgende Personen aufgenommen (beide Geschlechter, Voll- und Minderjährige):

- > Beschuldigte in Untersuchungshaft für die Dauer der Untersuchung
- > Beschuldigte nach Abschluss der Untersuchung bis zum Gerichtsurteil

- > Verurteilte bis zu ihrem Transfer in eine Strafanstalt
- > Insassen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüssen
- > Verurteilte, die Strafen bis vier Wochen im tageweisen Vollzug verbüssen
- > Verurteilte, die Strafen bis maximal zwölf Monaten im Regime der Halbgefängenschaft verbüssen
- > Verurteilte, die Strafen von mehreren Monaten im Regime des Arbeitsexternats (am Ende einer langen Strafe) verbüssen
- > Verurteilte, die Strafen bis maximal sechs Monaten im ordentlichen Vollzug verbüssen
- > Personen, die aufgrund der Jugendstrafgerichtsbarkeit zurückbehalten werden
- > Insassen, die aufgrund der Bundesgesetzgebung über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht platziert sind
- > Insassen in Militärhaft

### 7.2.1 Eintritte 2014

	Schweizer/innen	Ausländer/innen
Männer - Zentralgefängnis	110	423
Frauen - Zentralgefängnis	0	1
Weibliche Minderjährige - Zentralgefängnis	1	0
Männliche Minderjährige - Zentralgefängnis	2	3
Männer – Anstalt «Les Falaises»	31	23
Frauen – Anstalt «Les Falaises»	2	1
<b>Total</b>	<b>150</b>	<b>463</b>

### 7.2.2 Vollzugstage

	Schweizer/innen		Ausländer/innen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Untersuchungshaft					
Zentralgefängnis	3 481	0	12 029	4	15 514
Gefängnis von Romont	185	0	527	0	712
Minderjährige					
Zentralgefängnis	17	1	21	0	39
Geschlossener Strafvollzug					
Zentralgefängnis	1 134	1	2 645	0	3 780
Tageweiser Strafvollzug					
Zentralgefängnis	0	5	10	0	15
Halbgefängenschaft					
Anstalt «Les Falaises»	2 578	14	1 666	60	4 318
Arbeitsexternat					
Anstalt «Les Falaises»	295	0	421	0	716
Zwangsmassnahmen	0	0	1 316	0	1 316
Militärhaft - Zentralgefängnis	2	0	0	0	2
<b>Total</b>	<b>7 692</b>	<b>21</b>	<b>18 635</b>	<b>64</b>	<b>26 412</b>

### 7.2.3 Verpflegung

Der Menüplan erstreckt sich jeweils über mehrere Wochen. Im Zentralgefängnis und in der Anstalt «Les Falaises» werden die Mahlzeiten während sieben Tagen pro Woche von zwei professionellen Köchen, unterstützt von zwei Insassen, zubereitet. Im Jahr 2014 sind bezüglich der Qualität und der Quantität der Mahlzeiten keine Beschwerden eingegangen.

## 7.2.4 Räumlichkeiten

### 7.2.4.1 Das Gebäude des Zentralgefängnisses umfasst 4 verschiedene Sektoren

	<b>Plätze</b>
Untersuchungshaft Männer	58
Minderjährige	2
Geschlossener Strafvollzug Männer	15
Zwangsmassnahmenvollzug Männer	4
<b>Total verfügbare Plätze</b>	<b>79</b>

### 7.2.4.2 Das Gebäude der Anstalt «Les Falaises» verfügt über 2 Sektoren

Erleichterter Strafvollzug Männer (Arbeitsexternat und Halbgefangenschaft)

Erleichterter Strafvollzug Frauen (Arbeitsexternat und Halbgefangenschaft)

Total verfügbare Plätze 20

### 7.2.4.3 Das Gefängnis Romont

Untersuchungshaft Männer 5

## 7.2.5 Beschäftigung der Insassen

Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, sind nicht zur Arbeit verpflichtet, sie werden aber innerhalb der Anstalt beschäftigt. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sehen hingegen vor, dass Verurteilte oder sich in Haft befindende Personen zur Arbeit angehalten werden können.

Im Zentralgefängnis konnten die Insassen im Jahr 2014 in der Küche, im Gebäudeunterhalt, in der Reinigung, im Atelier und in der Wäscherei beschäftigt werden. Die insgesamt 26 632 geleisteten Arbeitsstunden wurden mit 79 895.50 Franken vergütet.

## 7.2.6 Insassenbetreuung

Zwei Sozialarbeiterinnen teilen sich ein 40 %-Pensum im Sozialdienst des Zentralgefängnisses. Der Sozialdienst ist an vier Halbtagen präsent und zwar zugunsten der Insassinnen und Insassen in den Sektoren Strafvollzug. Der Sozialdienst kommt des Weiteren den Insassen im Arbeitsexternat in der offenen Anstalt «Les Falaises» zu Gute. 2014 hat der Sozialdienst mit insgesamt 757 Personen Gespräche geführt.

Der Sozialdienst erarbeitet zudem die Strafvollzugspläne (PES) der Personen im Strafvollzug, im Arbeitsexternat sowie in der Halbgefangenschaft, sobald eine Strafe mindestens 6 Monate dauert. Es wurden insgesamt 10 PES erstellt.

Die Mitarbeiter des Amtes für Bewährungshilfe stellen den Sozialdienst zugunsten der Häftlinge, welche sich in Untersuchungshaft befinden, in den Gefängnissen des Kantons sicher. Sie arbeiten während vier Nachmittagen pro Woche im Zentralgefängnis, wo sie die neu eingetretenen Insassen in ihren speziell eingerichteten Räumlichkeiten empfangen. Bei einer Öffnung des Gefängnisses Romont sind die Mitarbeiter des Amtes für Bewährungshilfe dort einmal wöchentlich präsent. Diese Kontakte mildern den Schock, den die Inhaftierung auslösen kann, und begünstigen die Rückkehr der Insassen ins Zivilleben.

Ziel der Sozialarbeit ist es, dass die Insassinnen und Insassen einen Gesprächspartner haben, Unterstützung finden, bei diversen administrativen Schritten begleitet werden und den Kontakt zu verschiedenen Personen (Familie, Behörden, Anwälte, Anstalten, Arbeitgeber und andere Dienste) pflegen können.

Es gibt auch freiwillige Helfer, welche sich in den Gefängnissen des Kantons mit jenen Gefangenen treffen, die keine Familie haben oder keinen Kontakt zu dieser mehr pflegen.

Das Amt für Bewährungshilfe und das Zentralgefängnis organisieren ebenfalls regelmässige Besuche der Kinder von Insassen, um die Eltern-Kind-Beziehung während des Strafvollzugs möglichst aufrechtzuerhalten. Jeden Samstag können die Insassen im ordentlichen Strafvollzug von ihren Angehörigen besucht werden. Insassen die sich in

Untersuchungshaft befinden, dürfen mit einer Bewilligung des zuständigen Staatsanwalts ebenfalls Besuch empfangen.

Der stellvertretende Amtsvorsteher oder einer der beiden Abteilungsleiter haben 2014 542 neu eingetretene Insassinnen und Insassen innerhalb von 48 Stunden angehört.

Der Amtsvorsteher steht den Insassen auf Anfrage für eine Sprechstunde zur Verfügung.

Die medizinische Betreuung im Zentralgefängnis wird von zwei Ärzten, einer Psychiaterin, zwei Psychologinnen sowie einer Krankenschwester mit 70 %-Pensum, einem Krankenpfleger mit 50 %-Pensum und einer Aushilfskrankenschwester mit 30 %-Pensum sichergestellt. Sie kümmern sich vor allem um eine fachgerechte medizinische Versorgung, organisieren medizinische Sprechstunden, verteilen die Medikamente an die Gefangenen und koordinieren die anstaltsinterne mit der anstaltsexternen medizinischen Versorgung.

Die Ärzte des Gefängnisses haben 2014 469 Gefangene versorgt. 784 Gefangene haben den Krankenpflagedienst beansprucht. Mehrere Insassen mussten zu allgemeinen Untersuchungen, Behandlungen oder Eingriffen in ein Krankenhaus überführt werden. Einige Gefangene haben zudem einen Facharzt konsultiert.

Das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit hat 310 Gefangene wegen psychischer Probleme beraten und 109 Gefangene psychologisch behandelt.

Die moralische und seelsorgerische Betreuung der Insassen wird von zwei Priestern (katholisch und reformiert) und einem Imam sichergestellt. Zudem wird den Insassen bei Bedarf eine beschränkte materielle Hilfe zugedacht.

#### 7.2.7 Zusammenfassung der Leistungen im Zentralgefängnis und im Gefängnis Romont

	2013	2014
Anzahl Eintritte	655	613
Eintrittsgespräche	543	542
Sprechstunden durch Krankenpflagedienst	681	784
Sprechstunden durch Ärzte	570	469
Sprechstunden durch Psychiater	271	310
Sprechstunden durch Psychologen	115	109
Notfallmässige Behandlungen	63	52
Anhörungen durch Mitarbeiter des ASMVG	606	763
Geleistete Arbeitsstunden, welche mit 3 Fr./Std. entlohnt wurden	24 155	26 632
Sport (60 Minuten)	405	405
Spaziergänge (60 Minuten)	1 095	1 120
Familienbesuche	813	826
Anhörung durch das Amt für Bevölkerung und Migration	16	14
Anhörungen durch das Rote Kreuz	76	58
Gespräche mit geistlichen Betreuern	208	148
Disziplinarsanktionen	23	25

## 8 Amt für Bewährungshilfe (BHA)

Amtsvorsteher: Philippe Pillonel

### 8.1 Tätigkeit

Die Tätigkeit des Amtes stützt sich insbesondere auf die nachstehenden rechtlichen Bestimmungen:

- > Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937
- > Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007

- > Verordnung vom 6. Oktober 2008 über das Amt für Bewährungshilfe
- > Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit (GAV)
- > Beschluss vom 18. November 1986 über die rechtliche Stellung der Besucher von Gefangenen
- > Konkordat vom 10. April 2006 über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen an Erwachsenen und jungen Erwachsenen in den Kantonen der lateinischen Schweiz (Konkordat über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen)
- > Entscheide der westschweizerischen Konferenz der für das Gefängniswesen zuständigen kantonalen Behörden

Die Tätigkeit des Amtes basiert ebenfalls auf dem von der Schweizer Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Bewährungshilfen erarbeiteten Leitbild «Grundlagen und Hauptaufgaben der Bewährungshilfe in der Schweiz» und der Empfehlung CM/Rec(2010)1 über die Grundsätze der Bewährungshilfe des Europarats und der Empfehlung R (92) 16 zu den Europäischen Grundsätzen betreffend die Grundsätze der angewandten Sanktionen und Massnahmen in der Gemeinschaft .

## 8.2 Abteilung Verwaltung

Die Abteilung Verwaltung garantiert die physische und elektronische Erfassung der Dossiers und hat 669 Dossiers der Abteilung Bewährungshilfe und 590 Dossiers der Abteilung Alternative Strafvollzugsformen geführt, was einer Steigerung von 20 bzw. 23 % der Gesamtzahl der Dossiers für das Jahr 2014 entspricht.

Die vom Amt geleisteten finanziellen Unterstützungen teilen sich folgendermassen auf:

<b>Finanzielle Unterstützung</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
Unterstützung von inhaftierten Personen	2 983	2 416	1 905	2 631
Unterstützung von unter Mandat stehenden Personen	33 377	31 599	13 757	27 473
Berufliche Wiedereingliederung	(1045)	9 301	8 180	8 409
Psychotherapeutische Behandlungen	10 574	18 510	8 077	29 911
Drogen- und Alkoholtests	15 030	22 252	23 330	33 745
Wohnungen	6 490	7 865	15 453	16 806
Spezialprogramme der Abteilung Alternative Strafvollzugsformen			2 132	2 378
<b>Total</b>	<b>68 454</b>	<b>91 943</b>	<b>72 834</b>	<b>121 353</b>

Der unter «Unterstützung von unter Mandat stehenden Personen» erwähnte Betrag hat sich im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Die Leistungen wurden in Form von Kursbeteiligungen, Lebensmittelgutscheinen, Transportbons und Beteiligung an Gesundheitskosten oder an verschiedenen Aktivitäten (Sport, Kultur usw.) ausgezahlt.

Die Kosten für die psychotherapeutischen Behandlungen wie auch diejenigen für Drogen- und Alkoholtests haben im Jahre 2014 eine Rekordhöhe erreicht mit 29 911 Franken bzw. 33 745 Franken, sprich 25 % bzw. 28 % des gewährten Totalbetrags. Diese Kostenexplosion ist vor allem auf die starke Tendenz der Gerichtsbehörden zurückzuführen, die eine Vielzahl von Mandaten der Bewährungshilfe in Verbindung mit Weisungen aussprechen (Person zu einer therapeutischen Behandlung und/oder einer Abstinenzkontrolle verpflichten).

Die Wohnungen, die vom Amt gemietet und an aus dem Strafvollzug entlassene Personen untervermietet werden, waren zu 75 % belegt. Das Möbellager in Belfaux entspricht weiterhin einem grossen Bedürfnis. Zurzeit haben dort 22 inhaftierte Personen ihre Habseligkeiten deponiert.

## 8.3 Abteilung Bewährungshilfe

In diesem Bereich, wie in allen Bewährungshilfen, besteht die grösste Herausforderung in der Einschätzung der Situationen. Es handelt sich hierbei um die grosse Herausforderung, die Begleitung von Personen sicherzustellen, die vor ihrer Entlassung stehend. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, hat das Amt die Entwicklung und Umsetzung des aktiven Prozesses zur Risikoanalyse und zur Verminderung der Rückfallgefahr (PAGRED) weitergeführt. Aufgrund dieses PAGRED-Prozesses, der bis heute auf 79 % der Dossiers angewendet wurde, lässt sich sagen, dass 28 % der begleiteten Personen eine erhöhte Wachsamkeit erfordern.



Mandate Abteilung Bewährungshilfe per 31.12.14	Auftraggeber	2011	2012	2013	2014
Bewährungshilfe und/oder Weisungen und/oder ambulante oder institutionelle Behandlung	Amt für Straf- und	37	44	44	64
Bewährungshilfe und/oder Weisungen bei bedingter Entlassung (Art. 87.2 StGB)	Massnahmenvollzug und Gefängnisse (ASMSG)	35	34	33	34
Arbeitsexternat – Wohn- und Arbeitsexternat (Art. 77a StGB)	2014: 104 Mandate / 49 %	9	8	6	6
Bewährungshilfe und/oder Weisungen im Rahmen einer bedingten oder einer teilbedingten Verurteilung (Art. 44.2 StGB)	Zwangsmassnahmerichter, Straf- und Bezirksgerichte, Staatsanwaltschaft	91	94	90	86
Ersatzmassnahmen (Art. 237 SStPO)	2014: 107 Mandate / 51 %	17	21	25	21
<b>Mandate</b>		<b>189</b>	<b>201</b>	<b>198</b>	<b>211</b>

Eine weitere Herausforderung in dieser Abteilung ist der chronische Personalmangel, dem sie ausgesetzt ist. Der Personalbestand ist seit 2001 unverändert geblieben, obwohl die Arbeitsbelastung stetig ansteigt. Diese Zunahme ist nicht nur auf Grund des progressiven Anstiegs der Mandate sondern auch auf die Einführung neuer Ansätze zurückzuführen. Die neuen Arbeitsinstrumente, wie z. B. der Evaluationsraster zur Risikoeinschätzung, haben den Interventionsablauf der Bewährungshilfe stetig verändert. Sie erlauben uns eine genauere Wahrnehmung der Klientensituationen sowie eine effektivere Einschätzung des Rückfallrisikos mit dem Ziel, den Aufgaben der Bewährungshilfe gerecht zu werden, d. h. die Rückfallgefahr zu vermindern und verurteilte Personen in die Gesellschaft zu integrieren. Mit 211 Mandaten auf 2.6 VZÄ begleitet ein Bewährungshelfer mehr als 80 Dossiers. Zum letzten Mal konnten wir 2014 auf die wertvolle Unterstützung einer Person aus dem Programm «junge Stellensuchende» zählen.

Was die Untersuchungshaft betrifft, ist die Anzahl Gespräche und Einsätze trotz ihrer Wichtigkeit im Vergleich zu 2013 zurückgegangen.

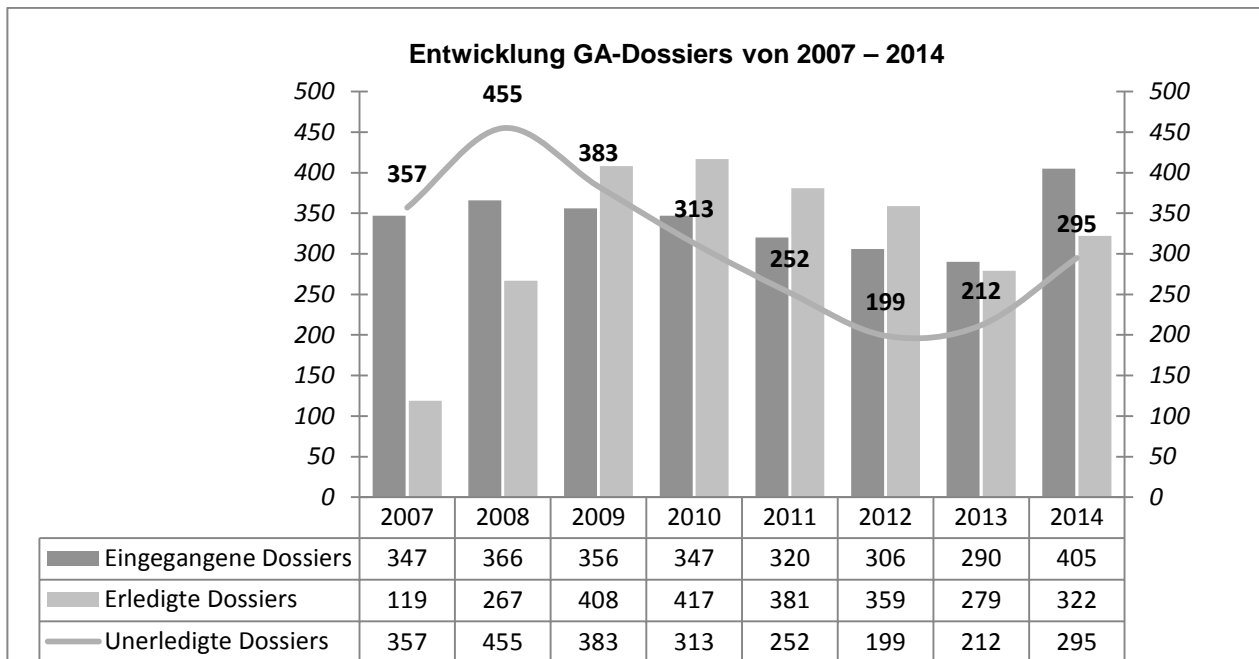
Untersuchungshaft vom 1.1. bis 31.12.2014	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Anzahl Personen	189	196	156	269	258	243
Anzahl Gespräche	984	919	883	1085	1210	1138

#### 8.4 Abteilung Alternative Strafvollzugsformen

Die Abteilung Alternative Strafvollzugsformen hat den Auftrag, Strafen in Form von gemeinnütziger Arbeit (GA) umzusetzen und zu begleiten. Die GA ist eine eigenständige Strafe. Der Richter kann mit dem Einverständnis der verurteilten Person eine GA von höchstens 720 Stunden anordnen. Eine GA von 4 Stunden entspricht dabei einem Tag Freiheitsentzug. Die Strafe wird zugunsten von Begünstigten, Forstbetrieben, sozialen Institutionen, gemeinnützigen Organisationen, Spitalnetzen usw. geleistet.

Die Abteilung bewältigte die hohe Arbeitsbelastung trotz einiger personeller Veränderungen. Seit Inkrafttreten der Strafprozessordnung 2011 zeichnet sich ein Rückgang der Anzahl Verurteilungen zu gemeinnütziger Arbeit ab, dennoch haben die Gerichtsbehörden 405 gemeinnützige Arbeiten angeordnet, was 2014 zu einem Rekordjahr macht.

Die gemeinnützige Arbeit ist bei den Gerichtsbehörden sehr beliebt und Freiburg steht seit vielen Jahren an vierter Stelle aller Kantone (nach ZH, BE und BS), was die Anzahl vollstreckter gemeinnütziger Arbeit betrifft (Statistik BFS 2013).



#### Verteilung der unerledigten Dossiers nach Status am 31. Dezember 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	%
<b>Unerledigte Dossiers</b>	187	79	72	30	76	99	100 %
-Nicht vergeben	156	54	67	27	73	95	96 %
-Vorzuladen	31	25	5	3	3	4	4 %
<b>Bearbeitete Dossiers</b>	205	232	180	170	136	196	100 %
-In Vorbereitung	86	111	65	70	51	58	29 %
-In Ausführung	92	95	72	64	47	95	49 %
-In Schwierigkeiten	14	9	17	15	18	17	9 %
-Beginn verschoben	1	3	8	9	8	8	4 %
-Ausgesetzt	12	14	18	12	12	18	9 %
<b>Total</b>	<b>392</b>	<b>311</b>	<b>252</b>	<b>200</b>	<b>212</b>	<b>295</b>	

Diese Tabelle führt uns zum Schluss, dass etwa zwei Drittel der vorrätigen Dossiers in Vorbereitung oder in Ausführung sind und ein Drittel auf die Zuordnung eines Bewährungshelfers wartet.

#### Erledigte Dossiers am 31. Dezember 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Dossiers	408	417	381	359	279	322
Zu leistende Stunden	49 432	49 490	55 071	51 162	43 457	47 592
<b>Ausgeführte Stunden</b>	<b>27 000</b>	<b>26 301</b>	<b>30 636</b>	<b>31 322</b>	<b>25 644</b>	<b>28 061</b>

Im Jahr 2014 wurden von den 47 592 durch die Gerichtsbehörden angeordneten GA-Stunden 28 061 Stunden geleistet, was aufs ganze Jahr und auf alle Begünstigten verteilt 7015 Tagessätzen oder 14,8 VZÄ entspricht. Im Jahr 2014 haben 86 Begünstigte in ihrer Organisation Personen empfangen, die GA zu leisten hatten.

#### Verteilung der abgeschlossenen Dossiers nach Status am 31. Dezember 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	%
<b>Bearbeitete Dossiers</b>	<b>286</b>	<b>285</b>	<b>293</b>	<b>283</b>	<b>234</b>	<b>252</b>	<b>100 %</b>

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	%
Vollständig bearbeitet	244	239	235	236	193	206	82 %
Teilweise bearbeitet	31	31	39	32	27	22	8 %
Umgewandelt	11	15	19	15	14	24	10 %
<b>Nicht bearbeitete Dossiers</b>	<b>122</b>	<b>132</b>	<b>88</b>	<b>76</b>	<b>45</b>	<b>70</b>	<b>100 %</b>
Nicht bearbeitbare Dossiers	62	59	42	28	15	38	54 %
Ohne Antwort auf Vorladungen	60	73	46	48	30	32	46 %
<b>Total</b>	<b>408</b>	<b>417</b>	<b>381</b>	<b>359</b>	<b>279</b>	<b>322</b>	

Der Anteil der vollständig bearbeiteten Dossiers, bei denen der Vollzug der Strafe in Form von gemeinnütziger Arbeit vollständig abgeschlossen ist, beträgt wie im Vorjahr 82 %. Aufgrund von Beziehungsschwierigkeiten zwischen der verurteilten Person und der begünstigten Institution mussten 22 Einsätze (8 %) abgebrochen werden. 24 Personen haben ihre zu leistende Arbeit nicht angetreten, weil sie die Umwandlung der gemeinnützigen Arbeit in eine Geldstrafe oder Gefängnisstrafe beantragt hatten. In die Rubrik «nicht bearbeitbare Dossiers» fallen 38 Dossiers, die nicht vollstreckt werden konnten, weil die Adresse der verurteilten Person fehlte oder weil die Person hospitalisiert oder nicht auffindbar war. 32 Personen antworteten nicht auf die Vorladungen, entweder weil sie in einen anderen Kanton weggezogen waren oder weil sie es nicht für nötig hielten. Diese Dossiers wurden an die Vollzugsbehörde zurückgewiesen, da die Strafe nicht vollstreckt werden konnte.

Die seit 2012 bestehende Zusammenarbeit mit zwei Institutionen, die schwierige Personen mit besonderem Betreuungsbedarf aufnehmen und beschäftigen, erlaubte 46 Personen 3941 GA-Stunden zu leisten, was 985 Tagessätzen entspricht.

## 8.5 Besondere Vorkommnisse

### 8.5.1 Weiterbildung der Bewährungshelferinnen und -helfer zur Risikoanalyse

Die Erkennung, Beurteilung und Begleitung von Risikoklienten stellt heute einen untrennbaren Teil der Tätigkeit der Bewährungshilfen dar. Diese neuen Tätigkeiten zielen darauf ab, die im Strafgesetzbuch definierten Hauptaufgaben der Rückfallprävention und der sozialen Integration zu erfüllen. Dazu ist es unerlässlich, dass die Bewährungshelferinnen und -helfer mit verschiedenen Methoden und Arbeitsinstrumenten der Risikoanalyse vertraut sind und diese beherrschen. Die westschweizerische Kommission der Bewährungshilfen hat festgestellt, dass in der Westschweiz keine entsprechenden Ausbildungen existieren. Aus diesem Grund hat sie Professor Th. H. Pham, eine international anerkannte Kapazität, beauftragt, eine Weiterbildung zum Thema «Evaluation und Umgang mit Gewaltrisiko» für ihre Mitarbeitenden zu geben. Alle Bewährungshelferinnen und -helfer des Kantons Freiburg haben daran teilgenommen.

Mitarbeitende des Amtes für Straf- und Massnahmenvollzug, der Anstalten von Bellechasse und des Amtes für Bewährungshilfe besuchten zudem eine zweite Weiterbildung, die auf kantonaler Ebene angeboten wurde. In dieser Weiterbildung wurden die Bewährungshelferinnen und -helfer darin geschult, ein neues Instrument für die Beurteilung und das Management des Rückfallrisikos (LS/CMI Level of Service / Case Management Inventory) und einen Leitfaden für die Beurteilung der Schutzfaktoren bei Gewaltrisiken (SAPROF Structured Assessment of PROtective Factors for violence risk) zu nutzen. Die Einführung eines Instruments, das alle drei Einheiten nutzen, sollte zu einer grösseren Übereinstimmung bei der Einschätzung der Rückfallgefahr führen.

### 8.5.2 Präsentation und Austausch rund um das Freiburger Interventionsmodell

Das vor einigen Jahren amtsintern entwickelte Freiburger Interventionsmodell PAGRED (Aktiver Prozess zur Risikoanalyse und zur Verminderung der Rückfallgefahr) ist ein innovativer Prozess, welcher verschiedene Theorien des Risikomanagements und der Desistance (Ausstieg aus der Delinquenz und Kriminalität) vereint. Es erlaubt eine aktive, kollektive und dynamische Begleitung von Personen sowie eine individuelle und differenzierte Beurteilung

---

der Situationen. Dieses Modell hat das Interesse des akademischen Publikums und der Fachleute aus den verschiedensten Bereichen geweckt und wurde im Jahre 2014 verschiedentlich vorgestellt. So wurde es unter anderem am 25. März in Amiens (F) im Rahmen einer Fachtagung präsentiert. Die Tagung wurde vom CRIAVS (Centre ressource pour les intervenants auprès des auteurs de violences sexuelles) organisiert und trug den Titel «Evaluation der Gefahr und des Rückfallrisikos von Sexualgewalttätern. Anwendungen in Frankreich und bei den europäischen Nachbarn». Des Weiteren wurde das Modell anlässlich der Weiterbildungstage des GERN (Groupe européen de recherche sur les normativités) am 26. und 27. Juni in Lausanne präsentiert sowie im Rahmen des Masters der Kriminalwissenschaften der Universität Lausanne vom 1. Dezember.

### 8.5.3 Besuch einer tunesischen Delegation

Am 22. September 2014 hat das BHA eine Delegation bestehend aus vier Bewährungshelfern und zwei Staatsanwälten des tunesischen Amts für Bewährungshilfe zu einem Erfahrungsaustausch und Fragen der Weiterbildung empfangen. Dieser Besuch unter der Schirmherrschaft des Internationalen Roten Kreuzes drehte sich hauptsächlich um die Ausführung der gemeinnützigen Arbeit sowie um unser Modell PAGRED. Diese Begegnung erlaubte unseren tunesischen Gästen, unsere Praktiken zu entdecken und bot Gelegenheit für einen konstruktiven Austausch.

### 8.5.4 Einführung einer Ausbildung zum Bewährungshelfer

Die Bewährungshelferinnen und –helfer kommen aus den verschiedensten Berufsrichtungen (Erzieher, Juristen, Psychologen, Kriminologen usw.). Auf Grund der komplexeren Arbeitsaufgaben zeigte sich schon vor einigen Jahren die Notwendigkeit einer postgradualen Weiterbildung für Fachpersonen auf. Zurzeit sind Bemühungen im Gange, das Berufsprofil der Bewährungshelferinnen und –helfer auszuarbeiten. Diese erfolgen in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Hochschulinstitut für Berufsbildung. Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Amts haben daran teilgenommen.

## 9 Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)

---

Direktor: Marc Rossier

Das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS) ist seit 1997 eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons (juristische Person des öffentlichen Rechts) mit Hauptsitz in Freiburg und zwei Zweigstellen in Bulle und Domdidier. Das ASS zählt 87 Vollzeitäquivalente und erwirtschaftet einen Jahresumsatz von über 19 Millionen Franken.

Das ASS ist für die Verkehrszulassung von Fahrzeugführern, Fahrzeugen und Schiffen verantwortlich, damit diese sämtlichen Sicherheitsgarantien des Strassen- und Schifffahrtsverkehrs entsprechen. Der Kanton Freiburg zählt mehr als 230 000 Fahrzeugführer und mehr als 245 000 Fahrzeuge. Das ASS erhebt im Auftrag des Kantons die Fahrzeug- und Schiffsteuer (über 102 Millionen Franken) und ahndet ebenfalls Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz; die diesbezüglichen Massnahmen werden von der Kommission für Administrativmassnahmen im Strassenverkehr (KAM) ausgesprochen.

Die Tätigkeit des ASS bildet Gegenstand eines gesonderten Berichtes, welcher beim ASS, Postfach 192, 1707 Freiburg, bezogen oder unter [www.ocn.ch](http://www.ocn.ch) heruntergeladen werden kann.

## 10 Kantonale Gebäudeversicherung (KGV)

Direktor: Jean-Claude Cornu

Die Kantonale Gebäudeversicherung (KGV) hat als autonome öffentliche Einrichtung (juristische Person des öffentlichen Rechts) den Auftrag, sämtliche Gebäude zu versichern, die auf Kantonsgebiet liegen, sowie Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Bränden und Elementarereignissen zu fördern.

Sie versichert gemäss dem Grundsatz der Solidarität mehr als 117 000 Gebäude für einen Versicherungswert in der Höhe von ca. 83 Milliarden Franken.

Die Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung erfordern jährliche Investitionen von ungefähr 15 Millionen Franken; das heisst, über einen Drittel der eingezogenen Prämien. Im Jahr 2014 musste die KGV Schadenfälle für einen Gesamtbetrag von 13,2 Millionen Franken entschädigen.

Die verschiedenen Tätigkeiten der KGV sind Gegenstand eines gesonderten Berichts. Dieser Jahresbericht kann bei der KGV, Maison-de-Montenach 1, Postfach 486, 1701 Freiburg bezogen oder unter [www.ecab.ch](http://www.ecab.ch) heruntergeladen werden.

## 11 Anstalten von Bellechasse

Direktor: Franz Walter

Die Anstalten von Bellechasse (AB) sind beauftragt, Freiheitsstrafen und Massnahmen in Anwendung des Strafgesetzbuches zu vollziehen. Im Rahmen des Konkordats über den Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen nehmen die AB Insassen auf für den Vollzug von Urteilen, in offenem oder halboffenem Regime, die von den Justizbehörden der Westschweiz und des Tessins ausgesprochen wurden. Sie beherbergen im Heim Tannenhof auch Personen im fürsorglichen Freiheitsentzug. Insgesamt verfügen die AB über eine Kapazität von 203 Plätzen.

Die Tätigkeiten der AB sind Gegenstand eines gesonderten Berichts, der bei den Anstalten von Bellechasse, Postfach 1, 1786 Sugiez bestellt werden kann.

## 12 Personalbestand

Behörden – Direktionen / Finanzstellen	Rechnung 2014 VZÄ	Rechnung 2013 VZÄ	Differenz VZÄ
Behörden – Direktionen / Finanzstellen	898.89	890.27	8.62
Zentralverwaltung	765.82	758.19	7.63
3300 / JPMS Generalsekretariat	8.96	8.32	0.64
3302 / SFPP Amt für die Aufsicht über die Stiftungen		1.56	-1.56
3305 / JUST Amt für Justiz	7.01	5.69	1.32
3330 / POCO Amt für Gewerbepolizei	3.63	3.5	0.13

<b>Behörden – Direktionen / Finanzstellen</b>	<b>Rechnung 2014 VZÄ</b>	<b>Rechnung 2013 VZÄ</b>	<b>Differenz VZÄ</b>
3335 / PETR Amt für Bevölkerung und Migration	40.65	39.75	0.90
3345 / POLI Kantonspolizei	630.84	627.66	3.18
3355 / SPEN Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse	37.96	34.58	3.38
3370 / PATR Amt für Bewährungshilfe	7.37	6.98	0.39
3375 / MILI Amt für Bevölkerungsschutz und Militär	16.63	16.80	-0.17
3385 / PROT Zivilschutz	12.77	13.35	-0.58
<b>Besondere Sektoren, sonstige Anstalten</b>	<b>133.07</b>	<b>132.08</b>	<b>0.99</b>
3365 / EBEL Anstalten von Bellechasse	131.09	130.08	1.01
3382 / LACN Lager Schwarzsee	1.98	2.00	-0.02
	<b>293.19</b>	<b>290.05</b>	<b>3.14</b>
<b>Gerichtsbehörden</b>			
Zentralverwaltung	293.19	290.05	3.14
2100 / TCAN Kantonsgericht	40.98	41.33	-0.35
2105 / TARR Bezirksgerichte	79.68	76.92	2.76
2111 / MINP Staatsanwaltschaft	54.79	55.14	-0.35
2112 / TMCO Zwangsmassnahmengericht	2.00	2.00	
2115 / CPMI Jugendgericht	10.33	10.36	-0.03
2120 / JUPA Friedensgerichte	34.91	34.79	0.12
2125 / OPOU Betreuungssämter	57.79	56.55	1.24
2130 / OFAI Kantonales Konkursamt	11.41	11.66	-0.25
2900 / CMAG Justizrat	1.30	1.30	

# Tätigkeitsbericht

Direktion der Institutionen und  
der Land- und Forstwirtschaft

—

2014



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts DIAF**  
**Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft ILFD**



# Inhaltsverzeichnis

---

<b>1</b>	<b>Direktion und Generalsekretariat</b>	<b>7</b>
<b>1.1</b>	<b>Tätigkeit des Generalsekretariats</b>	<b>7</b>
1.1.1	Allgemeine Tätigkeiten	7
1.1.2	Institutionelle Angelegenheiten, Gemeinden, Zivilstandswesen und Einbürgerungen	7
1.1.3	Landwirtschaft, Ernährung, Wald, Wild und Fischerei	8
1.1.4	Deponie La Pila	9
<b>1.2</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>9</b>
1.2.1	Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen (KAZ)	9
1.2.2	Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren	9
1.2.3	Konferenz der kantonalen Forstdirektorinnen und -direktoren	9
1.2.4	Konferenz der kantonalen Jagddirektorinnen und -direktoren	9
<b>1.3</b>	<b>Streitfälle (Beschwerden/Entscheide im vergangenen Jahr)</b>	<b>10</b>
<b>1.4</b>	<b>Gesetzgebung</b>	<b>10</b>
1.4.1	Gesetze und Dekrete	10
1.4.2	Verordnungen und Reglemente	10
<b>1.5</b>	<b>Dem Generalsekretariat zugewiesene Einheiten</b>	<b>11</b>
1.5.1	Jugendrat	11
1.5.2	Behörde für Grundstückverkehr	11
1.5.3	Verwaltung der Staatsreben	12
<b>2</b>	<b>Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA)</b>	<b>13</b>
<b>2.1</b>	<b>Bereich Zivilstandswesen</b>	<b>13</b>
2.1.1	Tätigkeiten der zentralen Dienste	13
2.1.2	Dezentralisierte Zivilstandsämter	14
<b>2.2</b>	<b>Bereich Einbürgerungen</b>	<b>14</b>
2.2.1	Ordentliche Einbürgerungen	14
2.2.2	Feierlicher Empfang für neu eingebürgerte Schweizerinnen und Schweizer	15
2.2.3	Kantonsbürgerrecht	15
2.2.4	Erleichterte Einbürgerungen	15
2.2.5	Wiedereinbürgerungen	16
2.2.6	Nichtigerklärungen	16
<b>3</b>	<b>Amt für Gemeinden (GemA)</b>	<b>16</b>
<b>3.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>16</b>
3.1.1	Gesetzgebungsarbeiten	16

3.1.2	Prüfung der Rechnungen/Voranschläge und Verschuldungskontrolle	16
3.1.3	Ausarbeitung der Finanzlage der Gemeinden	16
3.1.4	Berechnung des interkommunalen Finanzausgleichs	17
3.1.5	Finanzierungsbewilligungen	17
3.1.6	Kontrolle der Gemeindesteuerfüsse	17
3.1.7	Statistiken	17
3.1.8	Prüfung von Gemeindeverbandsstatuten	17
3.1.9	Prüfung von und Stellungnahmen zu Gemeindereglementen	17
3.1.10	Ausarbeitung von Revisionsformularen	17
3.1.11	Rechtliche Auskünfte	17
3.1.12	Ausbildungskurse	17
<b>3.2</b>	<b>Kommissionen und Arbeitsgruppen</b>	<b>18</b>
<b>4</b>	<b>Amt für Landwirtschaft (LwA)</b>	<b>18</b>
<b>4.1</b>	<b>Direktzahlungen und Umweltmassnahmen</b>	<b>18</b>
4.1.1	Direktzahlungen	18
4.1.2	Anerkennung von Betrieben	19
4.1.3	Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz	19
<b>4.2</b>	<b>Strukturhilfen</b>	<b>20</b>
4.2.1	«A-fonds-perdu»-Subventionen	20
4.2.2	Investitionskredite	21
4.2.3	Betriebshilfen	21
4.2.4	Kantonaler Landwirtschaftsfonds	21
<b>4.3</b>	<b>Raumplanung</b>	<b>21</b>
<b>4.4</b>	<b>Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Zucht und Weinbau</b>	<b>22</b>
4.4.1	Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	22
4.4.2	Rindviehzucht	22
4.4.3	Pferdezucht	22
4.4.4	Schweine-, Schaf- und Ziegenzucht	22
4.4.5	Weinbau	22
<b>4.5</b>	<b>Mitwirkung in Kommissionen</b>	<b>22</b>
<b>4.6</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>23</b>
<b>5</b>	<b>Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW)</b>	<b>23</b>
<b>5.1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>23</b>
<b>5.2</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>23</b>
5.2.1	Direktion und Verwaltung	23
5.2.2	Laboratorien	24
5.2.3	Trinkwasser, öffentliche Schwimm- und Strandbäder	27

---

5.2.4	Inspektorat für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	30
5.2.5	Kantonale, interkantonale und nationale Kampagnen	31
5.2.6	Chemikalien	31
5.2.7	Inspektorat für Fleischverarbeitung und Schlachthöfe	31
5.2.8	Tiergesundheit	32
5.2.9	Milchinspektorat und Primärproduktion	34
5.2.10	Tierschutz	35
5.2.11	Tierversuche	36
5.2.12	Hunde	36
5.2.13	Importe und Exporte von lebenden Tieren	37
<b>6</b>	<b>Amt für Wald, Wild und Fischerei (WaldA)</b>	<b>37</b>
<hr/>		
<b>6.1</b>	<b>Wald</b>	<b>38</b>
6.1.1	Walderhaltung	38
6.1.2	Biologische Vielfalt im Wald	38
6.1.3	Schutz vor Naturgefahren, Schutzwälder	39
6.1.4	Waldbewirtschaftung, Holzproduktion und -verwendung	40
6.1.5	Ausbildung	41
<b>6.2</b>	<b>Jagd, Wild und Fischerei</b>	<b>41</b>
6.2.1	Anzeigen	41
6.2.2	Jagdsaison	42
6.2.3	Besondere Ereignisse	42
6.2.4	Statistik der Fischereipatente	42
6.2.5	Pachtfischerei	42
6.2.6	Fischerei im Neuenburgersee	42
6.2.7	Fischerei im Murtensee	42
<b>7</b>	<b>Oberämter</b>	<b>43</b>
<hr/>		
<b>7.1</b>	<b>Oberamt Männerkonferenz</b>	<b>43</b>
<b>7.2</b>	<b>Oberamt des Saanebezirks</b>	<b>43</b>
<b>7.3</b>	<b>Oberamt des Sensebezirks</b>	<b>46</b>
<b>7.4</b>	<b>Oberamt des Greyerzbezirks</b>	<b>48</b>
<b>7.5</b>	<b>Oberamt des Seebezirks</b>	<b>51</b>
<b>7.6</b>	<b>Oberamt des Glanebezirks</b>	<b>55</b>
<b>7.7</b>	<b>Oberamt des Broyebezirks</b>	<b>58</b>
<b>7.8</b>	<b>Oberamt des Vivisbachbezirks</b>	<b>61</b>
<b>7.9</b>	<b>Statistik</b>	<b>64</b>
<b>8</b>	<b>Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg (LIG)</b>	<b>64</b>
<hr/>		

---

<b>8.1</b>	<b>Tätigkeit und besondere Ereignisse</b>	<b>64</b>
<b>8.2</b>	<b>Berufsbildungen</b>	<b>65</b>
8.2.1	Berufsbildung Naturberufe	65
8.2.2	Hauswirtschaftliche, milchwirtschaftliche und lebensmitteltechnologische Berufsbildungen	66
<b>8.3</b>	<b>Milchwirtschaft</b>	<b>66</b>
<b>8.4</b>	<b>Dienstleistungen</b>	<b>66</b>
8.4.1	Asiatischer Laubholzbockkäfer	66
8.4.2	Agrarpolitik 2014-2017	67
8.4.3	Mitwirkung an Veranstaltungen	67
8.4.4	Zuchtstiermarkt	67
8.4.5	Weiterbildungskurse	67
<b>8.5</b>	<b>Betriebe</b>	<b>67</b>
8.5.1	Schulbauernhof von Grangeneuve	68
8.5.2	Schulbauernhof von Sorens	68
8.5.3	Schulgärten und Le Magasin	68
8.5.4	Schulbienenhaus und Schulobstgarten	68
<b>9</b>	<b>Nutztierversicherungsanstalt (Sanima)</b>	<b>69</b>
<b>10</b>	<b>Personalbestand</b>	<b>69</b>

---

---

# 1 Direktion und Generalsekretariat

---

Staatsrätin, Direktorin: **Marie Garnier**

Generalsekretäre: **Peter Mäder** und **Samuel Russier**

## 1.1 Tätigkeit des Generalsekretariats

### 1.1.1 Allgemeine Tätigkeiten

Der Zuständigkeitsbereich der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) umfasst:

- > die institutionellen Angelegenheiten (Verfassung, Sprachenpolitik, Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat, politische Rechte)
- > die Einbürgerungen und den Zivilstandsdienst
- > die Oberämter
- > die Gemeinden
- > die Landwirtschaft und den Rebbau
- > den beruflichen Unterricht auf dem Gebiet der Landwirtschaft, der Lebensmitteltechnologie, der Forstwirtschaft und der Hauswirtschaft
- > die Bodenverbesserungen
- > das Veterinärwesen, die Lebensmittelkontrolle, die Kontrolle gefährlicher Stoffe und Zubereitungen und den Tierschutz
- > die Nutztiersversicherung
- > den Wald, die Schutzmassnahmen gegen Naturkatastrophen und das Wild
- > die Staatsreben.

In seiner Funktion als Stabstelle unterstützt das Generalsekretariat die Direktion, indem es an der Entscheidungsfindung und der Umsetzung verschiedener Projekte mitwirkt. Es prüft für die Staatsrätin, Direktorin Projekte, die dem Staatsrat unterbreitet werden, namentlich solche aus Zuständigkeitsbereichen anderer Direktionen.

### 1.1.2 Institutionelle Angelegenheiten, Gemeinden, Zivilstandswesen und Einbürgerungen

**Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat.** Die ILFD hat zur Umsetzung der Herausforderung 4, Baustelle 7 des Regierungsprogramms, «Förderung des Zusammenlebens der Religionsgemeinschaften», beigetragen: Eine von der Direktorin der ILFD präsierte Delegation des Staatsrats hat am 11. Februar 2014 die Vertreter der muslimischen und orthodoxen Gemeinschaften getroffen. Zahlreiche Themen wurden an diesen beiden Treffen besprochen, unter anderem die fehlenden Räumlichkeiten und Versammlungsorte, das muslimische Gräberfeld auf den Friedhöfen und die Frage der Seelsorge in den Strafanstalten.

Die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft führt im Übrigen das Sekretariat der kantonalen Kommission für Fragen der Anstaltsseelsorge. Die Kommission hat die Umsetzung der Rahmenvereinbarung vom 3. Mai 2005 über die Ausübung der römisch-katholischen und der evangelisch-reformierten Seelsorge in den staatlichen Anstalten für den Zeitraum 2006-2014 ausführlich untersucht. Auf dieser Grundlage hat der Staatsrat beschlossen, die Vereinbarung für fünf Jahre zu verlängern.

**Gemeinden und territoriale Strukturen.** Die ILFD hat zur Umsetzung der Herausforderung 6, Baustelle 6 des Regierungsprogramms, «Stärkung der Stellung der Gemeinden als erste Ebene der kantonalen Einrichtungen» beigetragen. Die ILFD hat den Vorsitz der Projektorganisation inne, die mit der Entflechtung der Aufgaben zwischen Staat und Gemeinden beauftragt ist. Zudem engagiert sie sich, namentlich durch ihr Amt für Gemeinden, in der Begleitung von Projekten für Gemeindezusammenschlüsse. Sie führte verschiedene Arbeiten durch und gab mehrere Studien in Auftrag in Zusammenhang mit den Agglomerationen und der institutionellen Stärkung des Kantonszentrums.

---

**Zivilstandswesen und Einbürgerungen.** Die ILFD hat eine wichtige Reorganisation umgesetzt, die dazu führte, dass das aktuelle Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA) ab dem 1. April 2015 durch ein Amt für institutionelle Angelegenheiten, Einbürgerungen und Zivilstandswesen (IAEZA) ersetzt wird. Mit dieser Reorganisation sollen die Synergien zwischen diesen Bereichen stärker genutzt und den institutionellen Angelegenheiten zu mehr Visibilität verholfen werden sowie die laufende Reorganisation des Zivilstandswesens optimal umgesetzt werden.

**Wahlkreise.** Die ILFD hat zur Umsetzung der Herausforderung 6, Baustelle 7 des Regierungsprogramms, «Verbesserung der Funktionsweise der territorialen Strukturen» beigetragen. Zur Behebung des Problems des natürlichen Quorums, das mit der Reduktion der Anzahl Sitze im Grossen Rat (von 130 auf 110) in den Wahlkreisen Glane und Vivisbach entstanden ist, hat die ILFD dem Grossen Rat das System der Wahlkreisverbunde zur Annahme unterbreitet. Diese Reform wurde im Herbst 2014 angenommen und tritt für die nächsten kantonalen Wahlen in Kraft.

**Ombudsstelle für Verwaltungsangelegenheiten.** Die ILFD hat zur Umsetzung der Herausforderung 7, Baustelle 4 des Regierungsprogramms, «Entwicklung und Anwendung des Konzepts einer Ombudsstelle in der Verwaltung», beigetragen. Ein Entwurf über ein Ombudsgesetz, in dem ein Mediationsorgan eingerichtet wird, dessen Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen jenen eines Mediators und jenen eines Ombudsmanns liegen, wurde dem Grossen Rat unterbreitet.

**Politische Rechte.** Vier eidgenössische und eine kantonale Abstimmung haben stattgefunden. Der Staatsrat erliess die Beschlüsse im Hinblick auf die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg für die am 9. Februar, 18. Mai, 28. September und 20. November 2014 vorgesehenen Urnengänge. Im Weiteren beachten Sie bitte Kapitel «1.6.2 Abstimmungen» des Tätigkeitsberichts der Staatskanzlei.

### 1.1.3 Landwirtschaft, Ernährung, Wald, Wild und Fischerei

Die Umsetzung der Agrarpolitik 2014 -2017 war zweifellos die grosse Herausforderung des Jahres 2014 für die Direktion und ihre Amtsstellen. Für das Amt für Landwirtschaft und das Landwirtschaftliche Institut Grangeneuve war es 2014 die prioritäre Aufgabe, aber auch das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen war im Bereich der Kontrollen stark gefordert. Das Ziel der Direktion bestand darin, die Landwirte möglichst gut bei der Umstellung zu unterstützen. Eine erste Bilanz zeigt, dass der Kanton rund 6 Millionen Franken weniger Direktzahlungen erhalten hat als 2013. Da ab 2015 alle Landwirte Zugang zu den Programmen für Landschaftsqualität haben werden, sollte mindestens ein Teil dieser Reduktion kompensiert werden können.

Gemeinsam mit den Amtsstellen hat die Direktion 2014 die zweite Ausgabe des Vierjährigen Landwirtschaftsberichts publiziert. Er wurde im Dezember vom Grossen Rat zur Kenntnis genommen. Der Bericht enthält eine Situationsanalyse und zeigt die Massnahmen und finanziellen Mittel der kantonalen Landwirtschaftspolitik für die nächsten vier Jahre auf. Der Kanton wird auch in Zukunft hauptsächlich im Bereich der Strukturverbesserungsmassnahmen und in der Unterstützung von Absatzförderungsmassnahmen aktiv sein. Der Bericht ist in voller Länge auf der Website der Direktion publiziert.

Der Grosse Rat hat im Oktober eine Motion und ein Postulat zum Thema «Förderung der regionalen Produkte in der Gemeinschaftsgastronomie» gutgeheissen. Die Direktion wird nun innerhalb eines Jahres eine Gesetzesvorlage und einen Bericht erstellen. Sie kann dabei laufende Arbeiten im Rahmen des Massnahmenplans Nachhaltige Entwicklung nutzen. Zugestimmt hat der Grosse Rat auch einer Motion, die Investitionen zur Erneuerung der Infrastruktur am Landwirtschaftlichen Institut des Kantons Freiburg in Grangeneuve fordert. Es wurde kein fixer Betrag festgeschrieben, aber im Finanzplan 2015 - 2018 sind 10 Millionen Franken vorgesehen. Eine erste Machbarkeitsstudie ist bereits 2014 gestartet worden.

Das Projekt zur Verlegung des Standorts Agroscope-Liebefeld-Bern nach Posieux ALP kommt fristgerecht voran. Im Februar 2014 wurde der Architekturwettbewerb für das zu bauende Forschungsgebäude mit der Wahl des Siegerprojektes «AOP» abgeschlossen. In der zweiten Jahreshälfte wurde das Detailprojekt erarbeitet mit dem Ziel, dem Grossen Rat im Frühling 2015 ein Dekret und eine Botschaft vorzulegen. Die Gesamtkosten betragen 70 Millionen Franken. Der Staatsrat hat das Dekret im Januar 2015 genehmigt.

---

Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen hat 2014 zusammen mit der Direktion an der Umsetzung des Trinkwassergesetzes gearbeitet. Die Wegleitung zur Erstellung des Plans Trinkwasserinfrastruktur PTWI und ein Trinkwasser- Musterreglement für die Gemeinden wurden erarbeitet und publiziert. Gestartet wurde auch das Projekt Aquafri, welches die georeferenzierte Erfassung der Trinkwasserinfrastruktur des ganzen Kantons ermöglichen soll und damit die Basis für eine kantonale Planung liefert.

Ein wichtiges Thema waren 2014 die Fruchtfolgeflächen. Die ILFD und die RUBD haben mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) eine Vereinbarung unterzeichnet, die die Ergänzung des Inventars der Fruchtfolgeflächen zum Gegenstand hat. Das Ziel besteht darin, das kantonale Inventar auf der Basis der Kriterien der Vollzugshilfe 2006 des ARE zu ergänzen. Kurzfristig sollen dadurch die fehlenden rund 250 ha FFF validiert werden, damit die Einzonung von FFF bei Projekten von öffentlichem Interesse wieder möglich wird. Innerhalb eines noch zu bestimmenden Zeitraums soll ein definitives Inventar der FFF erstellt werden.

2014 stand im Zeichen der Mitwirkung bei der kantonalen Waldrichtplanung. In thematischen und regionalen Arbeitsgruppen wurden die Anliegen aller Anspruchsgruppen erfasst und diskutiert. Die auf der Basis der Mitwirkung erarbeitete Planung geht 2015 in die interne und externe Vernehmlassung und soll Ende 2015 abgeschlossen sein.

#### **1.1.4 Deponie La Pila**

Gemäss dem beschlossenen Pflichtenheft hatte das «Konsortium für die Sanierung der Deponie La Pila» das Sanierungsprojekt im Dezember 2010 eingereicht.

Die vorbereitenden Massnahmen für die Sanierung der Deponie wurden 2014 abgeschlossen. Die vorbereitenden Massnahmen treten in eine Betriebsphase, die bis zur Sanierung des Standorts dauern wird. Im Sommer 2014 wurde ein Entwurf des Aktionsplans für die noch erforderlichen Zusatzuntersuchungen bei der Deponie und im betroffenen Abschnitt der Saane ausgearbeitet und der ILFD, dem Amt für Wald, Wild und Fischerei sowie dem «Konsortium für die Sanierung der Deponie La Pila» unterbreitet. Zahlreiche Einwände wurden dagegen vorgebracht, namentlich was den wahren Nutzen von zusätzlichen, kostspieligen Untersuchungen betrifft.

## **1.2 Interkantonale Zusammenarbeit**

### **1.2.1 Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen (KAZ)**

Diese Konferenz hat 2014 einmal getagt. Das wichtigste behandelte Geschäft betraf:

- > den Transfer des informatisierten Standesregisters an den Bund – Transfermodalitäten

### **1.2.2 Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren**

Diese Konferenz hat 2014 dreimal getagt. Die wichtigsten behandelten Geschäfte betrafen:

- > Verordnungen des Bundes über die neue Agrarpolitik (AP 2014-2017)
- > Eidgenössische Gesetzgebung über das bäuerliche Bodenrecht
- > Fruchtfolgeflächen

### **1.2.3 Konferenz der kantonalen Forstdirektorinnen und -direktoren**

Diese Konferenz hat 2014 einmal getagt. Die wichtigsten behandelten Geschäfte betrafen:

- > NFA-Programmvereinbarung für den Wald
- > die Organisation und die Entwicklung der Konferenzen der Forstdirektorinnen und -direktoren und der Jagddirektorinnen und -direktoren

### **1.2.4 Konferenz der kantonalen Jagddirektorinnen und -direktoren**

Diese Konferenz hat 2014 einmal getagt. Die wichtigsten behandelten Geschäfte betrafen:

- > Einführung der Schiessübung mit Berücksichtigung der Resultate
- > die Organisation und die Entwicklung der Konferenzen der Forstdirektorinnen und -direktoren und der Jagddirektorinnen und -direktoren



### 1.3 Streitfälle (Beschwerden/Entscheide im vergangenen Jahr)

Die ILFD beurteilt Beschwerden gegen Entscheide der ihr unterstellten Dienststellen, d. h. vor allem Entscheide des Amtes für Zivilstandswesen und Einbürgerungen, des Amtes für Landwirtschaft, des Amtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen und des Amtes für Wald, Wild und Fischerei. Sie beurteilt auch andere Beschwerden, für die sie gemäss Gesetz zuständig ist. 2014 wurden folgende Streitsachen behandelt:

Art	behandelt	hängig
1 Beschwerdeentscheide	28	11
2 Haftpflichtfälle	2	0
3 Ausstandsentscheide	17	0
4 Erstinstanzliche oder Einspracheentscheide	12	10
5 Aufsichtsbeschwerden	4	1
6 Aufsicht BGV	389	0
7 Personalwesen	0	1
<b>8 Verschiedenes</b>	<b>2</b>	<b>1</b>

Fünf von der ILFD gefällte Beschwerdeentscheide sind bei höheren Instanzen hängig.

### 1.4 Gesetzgebung

Die Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Reglemente in den Bereichen, die in die Zuständigkeit der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft fallen, sind im Folgenden in der Reihenfolge ihrer Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) aufgelistet:

#### 1.4.1 Gesetze und Dekrete

- > Dekret vom 20. Februar 2014 über die Einbürgerungen
- > Gesetz vom 28. März 2014 zur Änderung des Gesetzes über die Fischerei
- > Dekret vom 14. Mai 2014 über die Einbürgerungen
- > Dekret vom 11. September 2014 über die Einbürgerungen
- > Gesetz vom 11. September 2014 zur Änderung der Gesetzgebung im Bereich politische Rechte (Wahlkreisverbund)
- > Gesetz vom 7. Oktober 2014 zur Änderung der Gesetzgebung im Bereich politische Rechte (verschiedene Anpassungen)
- > Gesetz vom 20. November 2014 zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinden (Verschiebung der Gesamterneuerungswahlen bei einer Fusion)
- > Dekret vom 17. Dezember 2014 über die Einbürgerungen

#### 1.4.2 Verordnungen und Reglemente

- > Verordnung vom 21. Januar 2014 zur Änderung des Reglements über die Ausübung der Patentfischerei in den Jahren 2013, 2014 und 2015
- > Beschluss vom 14. Januar 2014 zur Änderung des Reglements über die Ausübung der Fischerei im Neuenburgersee in den Jahren 2013, 2014 und 2015
- > Beschluss vom 23. Januar 2014 zur Änderung des Reglements über die Ausübung der Fischerei im Murtensee in den Jahren 2013, 2014 und 2015
- > Verordnung vom 18. März 2014 über die Sömmerungsbedingungen
- > Verordnung vom 18. März 2014 zur Änderung der Verordnung über die Wildruhezone La Berra
- > Reglement vom 8. April 2014 über die Lebensmittelsicherheit (LMSR)
- > Tierseuchenverordnung vom 8. April 2014 (TiersV)
- > Verordnung vom 8. April 2014 über die Prämien der Sanima und die Höchstbeträge des Schätzwerts der versicherten Tiergattungen für die jährliche Versicherungsperiode
- > Statut vom 14. Dezember 1996 der katholischen kirchlichen Körperschaften des Kantons Freiburg (Katholisches Kirchenstatut) – Revision

- > Verordnung vom 23. Juni 2014 zur Änderung der Bestimmungen im Bereich Aufsicht über die Tier- und Pflanzenwelt und über die Jagd und Fischerei (Aufhebung der Koordinatoren der Aufsichtsregionen und Einführung der Aufseher in den Naturschutzgebieten)
- > Verordnung vom 5. August 2014 über die Einteilung der Gemeinde Marly in Gebiete in Zusammenhang mit dem Befall durch den Asiatischen Laubholzbockkäfer und über die Tilgungsmassnahmen
- > Verordnung vom 19. August 2014 über den Tarif der Kosten des Amtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (KLSVWV)
- > Verordnung vom 6. Oktober 2014 über den interkommunalen Finanzausgleich im Jahr 2015 (IFAV 2015)
- > Verordnung vom 2. Dezember 2014 über den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats

## 1.5 Dem Generalsekretariat zugewiesene Einheiten

### 1.5.1 Jugendrat

Gemäss dem Jugendgesetz vom 12. Mai 2006 ist die ILFD für die administrative Betreuung des Jugendrats (JR) des Kantons Freiburg zuständig. 2014 war der JR sehr aktiv, das neue Team wurde von Julien Heckly aus Grandvillard präsiert. Neben der Gestaltung eines neuen Logos hat der JR das Layout der Abstimmungsinfo modernisiert, der zweisprachige Flyer informiert Jugendliche über die Themen der eidgenössischen Abstimmungen. Dieser wird in Zusammenarbeit mit der deutschsprachigen Stiftung Vimentis publiziert, welche die deutschen Texte zur Verfügung stellt. Der JR kümmert sich um die Übersetzung ins Französische.

Eine Delegation des Jugendrats hat an den vier Empfängen für die neu eingebürgerten Freiburgerinnen und Freiburger teilgenommen, die im Kanton durchgeführt wurden. Nach der Zeremonie konnte sich die Delegation mit neu eingebürgerten Jugendlichen unterhalten, um sie für die Bedeutung der bürgerlichen Rechte zu sensibilisieren und sie dazu zu ermutigen, bei Abstimmungen und Wahlen an die Urne zu gehen.

Am 15. November 2014 wurde Anthéa Chavannes, kaufmännische Lehrtochter aus Châtel-St-Denis, zur neuen Präsidentin des Jugendrats gewählt.

Link zur Website des JR, wo Sie den ausführlichen Bericht in französischer Sprache finden:

<http://www.cjfr.ch/de/news.html>

### 1.5.2 Behörde für Grundstückverkehr

Henri Nuoffer, Präsident

Die Behörde für Grundstückverkehr (BGV) ist in ihrer Eigenschaft als erstinstanzliche Verwaltungsbehörde mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) beauftragt. Zudem ist sie gemäss dem Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht (AGLPG) für Gesuche betreffend die Pachtdauer, die Festlegung des höchstzulässigen Pachtzinses, die Bewilligung einer parzellenweisen Verpachtung des landwirtschaftlichen Gewerbes sowie Einsprachen gegen landwirtschaftliche Pachtzinse zuständig.

#### 1.5.2.1 Tätigkeit

Die der BGV unterbreiteten Dossiers wurden in 13 (13) Plenarsitzungen (146 (102) Entscheide) und jeweils einer Sitzung pro Woche mit reduziertem Mitgliederbestand (561 (597) Präsidialentscheide) behandelt.

#### **Bäuerliches Bodenrecht (BGBB)**

Die BGV hat 482 (560) Gesuche erfasst, davon betrafen:

- > 280 (307) die Bewilligung von Realteilungen (Art. 58 Abs. 1 BGBB), Zerstückelungen (Art. 58 Abs. 2 BGBB) und den Erwerb von landwirtschaftlichen Gewerben oder Grundstücken (Art. 60 BGBB)
- > 91 (152) die Unterstellung von Grundstücken in der Landwirtschaftszone unter das bäuerliche Bodenrecht
- > 64 (65) die Festsetzung des höchstzulässigen Preises (Art. 66 BGBB)
- > 5 (6) eine Bewilligung zur Überschreitung der Belastungsgrenze (Art. 76 Abs. 2 BGBB)
- > 42 (30) die Feststellung von landwirtschaftlichem Gewerbe (Art. 7 BGBB)

## Landwirtschaftliche Pacht (LPG)

Die BGV hat 47 (65) Gesuche erfasst, davon betrafen:

- > 14 (14) eine Verkürzung der Pachtdauer
- > 8 (18) die Festsetzung des höchstzulässigen Pachtzinses
- > 4 (2) die parzellenweise Verpachtung von landwirtschaftlichen Gewerben
- > 21 (28) Genehmigungen des Pachtzinses von landwirtschaftlichen Gewerben
- > 10 (3) Einsprachen des Amts für Landwirtschaft gegen den Pachtzins
- > In 4 (4) Fällen wurde beim Kantonsgericht Beschwerde eingelegt

### 1.5.3 Verwaltung der Staatsreben

#### Auftrag und besondere Ereignisse

Die Verwaltung der freiburgischen Staatsreben (VSR) ist für die Verwaltung der beiden Rebgebiete des Staates in technischer, gewerblicher und administrativer Hinsicht zuständig; dazu gehören die Domaine des Faverges im Lavaux und die Freiburger Staatsreben sowie die Domaine du Château de Mur im Vully. Sie ist der ILFD zugewiesen.

Im Berichtsjahr erhielten die Freiburger Staatsweine diverse Auszeichnungen:

- > Der Pinot Noir «Vully Etat de Fribourg» 2012 hat am Grand Prix du Vin Suisse eine Goldmedaille gewonnen.
- > Der Merlot 2012 der Domaine des Faverges erhielt eine Goldmedaille am Mondial du Merlot 2014 sowie eine Silbermedaille am Grand Prix du Vin Suisse.
- > Der Enigme 2012 der Domaine des Faverges, ein nach biologischen Grundsätzen produzierter Chasselas, wurde am Grand Prix du Vin Suisse und am Mondial du Chasselas mit je einer Silbermedaille ausgezeichnet.
- > Der Faverges St-Saphorin Grand cru 2013, ein Chasselas, der im Rahmen der biologischen Produktion in Umstellung hergestellt wurde, hat am Grand Prix du Vin Suisse ebenfalls eine Silbermedaille erhalten.

#### Ergebnisse der Weinlese der beiden Gebiete

In der Domaine des Faverges war der Jahrgang 2014 von den Hagelereignissen vom 10. Juni betroffen, weshalb die Weinlese quantitativ geringer ausfiel. Sowohl die Reben im Vully als auch in Faverges litten unter einem neuen Schädling, der Kirschessigfliege, die die Traubenmenge ebenfalls beeinflusste.

Faverges: 15,5 ha, davon 6,6 ha in Umstellung zum Knospe-Label von Bio Suisse	2014	2013	2012
Faverges weiss	46'300 l	52'310 l	73'100 l
Ogoz (nur weisse Trauben)	5'880 l	7'330 l	12'500 l
Faverges rot	22'590 l	25'440 l	40'870 l

Vully: 2.2 ha Etat de Fribourg und 3.3 ha Château de Mur	2014	2013	2012
Etat de Fribourg weiss	9'350 l	7'050 l	11'450 l
Château de Mur weiss	10'650 l	9'450 l	17'700 l
Etat de Fribourg rot	4'100 l	4'100 l	5'200 l
Château de Mur rot	6'750 l	6'950 l	9'450 l

## 2 Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA)

Amtsvorsteher: **Jean-Pierre Coussa**

### 2.1 Bereich Zivilstandswesen

#### 2.1.1 Tätigkeiten der zentralen Dienste

Zivilstandsurkunden mit Auslandsbezug	2014	2013
Einschreibungen von Zivilstandsurkunden aus dem Ausland (Art. 23 der eidgenössischen Zivilstandsverordnung vom 28. April 2006, ZStV)	1533	1439
Mitteilungen von Zivilstandsfällen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an das Ausland (Art. 54 ZStV)	109	153
Mitteilungen von Zivilstandsmeldungen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an die Fremdenpolizei (Art. 28 des Ausführungsreglements über den Zivilstandsdienst)	2357	2027
Überweisung von Zivilstandsdokumenten von im Ausland wohnhaften Schweizerinnen und Schweizern an das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen	24	27
<b>Eheschliessungen</b>	<b>2014</b>	<b>2013</b>
Prüfung der Akten für Eheschliessungsverfahren von Ausländerinnen und Ausländern (Art. 16 ZStV)	332	184
zurückgezogene Eheschliessungsverfahren	8	7
<b>Eingetragene Partnerschaften</b>	<b>2014</b>	<b>2013</b>
Prüfung der Akten im Hinblick auf eine eingetragene Partnerschaft	11	4
zurückgezogene eingetragene Partnerschaften	0	0
<b>Anerkennungen</b>	<b>2014</b>	<b>2013</b>
Prüfung der Dokumente bei Anerkennung von Kindern (Art. 11 und 16 ZStV)	52	36
<b>Zivilstandsänderungen</b>	<b>2014</b>	<b>2013</b>
Berichtigungen, Streichungen und Ergänzungen in den Einzel- und den Familienregistern (Art. 43 ZGB und 29 ZStV)	64	30
verschiedene Weisungen betreffend den Zivilstandsdienst	72	65
Bearbeitung von Adoptionsakten (Art. 264 ff. ZGB)		
bewilligt durch die ILFD	26	20
zurückgezogene Gesuche	2	0
Familien- und Vornamensänderungen (Art. 30 ZGB):		
bewilligt durch das ZEA	328	218
zurückgezogene Gesuche	14	13

### Bürgerrecht

In Anwendung des Bundesgesetzes vom 29. September 1952 über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts (BüG) und des Gesetzes vom 15. November 1996 über das freiburgische Bürgerrecht (BRG) wurden folgende Tätigkeiten hinsichtlich der Zivilstandskontrolle (Überprüfung von Dokumenten und der Identität, Klärung der Abstammung) ausgeführt:

	2014	2013
Prüfung der Zivilstandsdaten für die Wiederaufnahme in das Schweizer- und Kantonsbürgerrecht		

	2014	2013
nach Art. 21, 23 und 58 BüG	4	18
nach Art. 21 BRG	5	12
ordentliche Einbürgerungen (Art. 13 BüG)	655	511
erleichterte Einbürgerungen (Art. 27, 28 und 29 BüG)	479	506
erleichterte Einbürgerungen (Art. 31a, und 31b BüG)	9	13
erleichterte Einbürgerungen (Art. 58a, und 58c BüG)	134	54
Einbürgerungen von Freiburgern in anderen freiburgischen Gemeinden (Art. 36 BRG)	7	18
Erklärungen über die Beibehaltung des freiburgischen Bürgerrechts bei Einbürgerung in einen andern Kanton (Art. 27 BRG)	2	0
Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Art. 10 und 42 BüG)	1	1
Entlassung aus dem freiburgischen Bürgerrecht (Art. 28 und 29 BRG)	19	2
Entlassung aus dem Bürgerrecht freiburgischer Gemeinden (Art. 39 BRG)	9	9

Verschiedenes	2014	2013
Bewilligungen zum Einholen von Zivilstandsangaben zu genealogischen Zwecken (Art. 59 ZStV)	57	33
Suche nach einem Familienmitglied	12	11

### 2.1.2 Dezentralisierte Zivilstandsämter

2014 haben die dezentralisierten Zivilstandsämter folgende Ereignisse erfasst:

	2014	2013
Geburten	2427	2365
Anerkennungen	848	764
Eheschliessungen	1304	1238
Todesfälle	1911	1803
Ehescheidungen	555	579
Eingetragene Partnerschaften	17	14
Auflösungen von eingetragenen Partnerschaften	3	3
Namenserklärungen	430	663

## 2.2 Bereich Einbürgerungen

2014 registrierte das ZEA insgesamt 1597 (1110) neue Dossiers.

### 2.2.1 Ordentliche Einbürgerungen

Der Grosse Rat entschied über 481 Gesuche um ordentliche Einbürgerung, die sich folgendermassen verteilen:

Herkunftsland	Dossiers	Herkunftsland	Dossiers
Afghanistan	2	Kenia	5
Albanien	1	Kolumbien	6
Algerien	9	Kosovo	112
Angola	4	Kroatien	9
Argentinien	2	Kuba	1
Armenien	2	Madagaskar	2
Äthiopien	11	Marokko	5
Bangladesch	1	Mazedonien	35
Belgien	12	Neuseeland	1
Bosnien-Herzegowina	34	Niederlande	1
Brasilien	6	Österreich	2
Bulgarien	8	Peru	3

Herkunftsland	Dossiers	Herkunftsland	Dossiers
Chile	6	Philippinen	1
China	2	Polen	13
Costa Rica	1	Portugal	123
Demokratische Republik Kongo	18	Ruanda	1
Deutschland	31	Rumänien	9
Dominikanische Republik	3	Russland	4
Finnland	3	Serbien	51
Frankreich	103	Somalia	3
Grossbritannien	11	Spanien	34
Guinea	1	Sri Lanka	12
Irak	6	Sudan	1
Iran	1	Tschechien	1
Irland	1	Tunesien	6
Israel	2	Türkei	48
Italien	73	Ukraine	2
Kambodscha	1	Ungarn	5
Kamerun	6	Vereinigte Staaten	2
Kanada	7	Vietnam	5
Kapverden	10	Schweizer Staatsangehörige	8

265 (169) dieser 481 (372) Gesuche wurden von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation gestellt.

Mit den Familienangehörigen, die in die Einbürgerungen einbezogen wurden, erwarben somit 881 (636) Personen das freiburgische Bürgerrecht, d. h. 481 (372) Ausländerinnen und Ausländer mit 162 (100) ausländischen Ehegatten und 238 (164) ausländischen Kindern.

### 2.2.2 Feierlicher Empfang für neu eingebürgerte Schweizerinnen und Schweizer

2014 organisierte das Amt 4 offizielle Empfänge, an denen die neu eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizer und Freiburgerinnen und Freiburger sich vor einem Vertreter des Staatsrats dazu verpflichteten, der Bundesverfassung und der Kantonsverfassung treu zu sein.

Diese Empfänge fanden an folgenden Daten und Orten statt:

- > 15. Januar 2014 an der Universität Miséricorde: 135 (122) neu Eingebürgerte
- > 19. März 2014 an der Orientierungsschule des Seebezirks in Murten: 111 (160) neu Eingebürgerte
- > 18. Juni 2014 im Saal Univers@lle in Châtel-St-Denis: 144 (198) neu Eingebürgerte
- > 8. Oktober 2014 im Saal Podium in Düringen: 374 (144) neu Eingebürgerte

### 2.2.3 Kantonsbürgerrecht

Neben der Erteilung des freiburgischen Bürgerrechts an 8 (7) Schweizer Staatsangehörige durch den Grossen Rat hat der Staatsrat 7 (12) Schweizer Staatsangehörige wieder in das freiburgische Bürgerrecht aufgenommen und 19 (20) Personen aus dem freiburgischen Bürgerrecht entlassen.

### 2.2.4 Erleichterte Einbürgerungen

In Anwendung des Bürgerrechtsgesetzes des Bundes (BüG) hat das Bundesamt für Migration 618 (518) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen behandelt, davon 504 (518) freiburgische, nach Stellungnahme der ILFD. Die erleichterten Einbürgerungsverfahren verteilen sich auf:

507 (403) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen ausländischer Ehegatten einer Schweizerin oder ausländischer Ehegattinnen eines Schweizer (Art. 27 und 28 BüG);

---

111 (115) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen von vor 1985 geborenen ausländischen Kindern von mit einem ausländischen Staatsangehörigen verheirateten Schweizerinnen durch Abstammung (Art. 58a und 58c BüG) oder die nicht in die Einbürgerung eines Elternteils einbezogen werden konnten (Art. 31a und 31b BüG).

#### 2.2.5 Wiedereinbürgerungen

4 (9) ehemalige Schweizer und Freiburger Staatsangehörige wurden auf den Entscheid des Bundesamts für Migration hin wieder in das Schweizer und Freiburger Bürgerrecht aufgenommen.

#### 2.2.6 Nichtigerklärungen

9 (4) erleichterte Einbürgerungen wurden nach der Anzeige durch den Kanton vom Bundesamt für Migration für nichtig erklärt.

6 (8) Fälle von Gesetzesmissbrauch und missbräuchlicher Eheschliessung wurden dem Bundesamt für Migration gemeldet.

## 3 Amt für Gemeinden (Gema)

---

Amtsvorsteher: **Gérald Mutrux**

### 3.1 Tätigkeit

#### 3.1.1 Gesetzgebungsarbeiten

Das Amt hat mehrere Gesetzgebungsarbeiten durchgeführt, namentlich:

- > die Verordnung vom 6. Oktober 2014 über den interkommunalen Finanzausgleich, mit der das Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (IFAG) für das Jahr 2015 umgesetzt wird. Die neuen Parameter finden sich im Anhang der Verordnung;
- > die Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über die Gemeindefinanzen, das das neue Harmonisierte Rechnungsmodell (HRM2) für die freiburgischen Gemeinden einführt; es wird eine Projektoberleitung gebildet, die den Auftrag hat, die Empfehlungen der Finanzdirektorenkonferenz zum HRM2 und die Vorschläge der Projektgruppe (PGHRM2) zu prüfen;
- > das Gesetz über die Gemeinden wurde zweimal geändert, durch das Gesetz vom 7. Oktober 2014 (ASF 2014\_077) und durch das Gesetz vom 20. November 2014 (ASF 2014\_087);
- > Ausserdem wurde das Amt auf informeller Basis in die Ausarbeitung mehrerer Gesetzesentwürfe anderer Einheiten einbezogen, was gelegentlich mit beträchtlichem zeitlichem und personellem Aufwand verbunden war.

#### 3.1.2 Prüfung der Rechnungen/Voranschläge und Verschuldungskontrolle

Das Amt kontrolliert für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten die formelle Richtigkeit der Voranschläge und Rechnungen und ihr finanzielles Gleichgewicht. Es stellt für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten die gesetzlich festgelegte Verschuldungsgrenze fest. Diese Grenze basiert auf der Summe der Finanzierungsermächtigungen, wobei die im Gemeindegesetz vorgeschriebenen Schuldentilgungsverpflichtungen berücksichtigt werden. Die Kontrolle der rechtlichen Verschuldungsgrenze wurde anhand der auf den 31. Dezember 2013 erstellten Bilanzen auf den neuesten Stand gebracht.

#### 3.1.3 Ausarbeitung der Finanzlage der Gemeinden

Das Amt hat für alle Gemeinderechnungen den durchschnittlichen Reingewinn, die Investitionskapazität und die üblichen Finanzindikatoren ausgearbeitet. Es wurde ausserdem häufig von den Gemeinden für Beratungen zu den Ergebnissen von Finanzanalysen, zu Indikatoren, zur gesetzlichen Verschuldungskontrolle, zu Budgetanalysen und zur Rechnungsprüfung angefragt.



---

#### 3.1.4 Berechnung des interkommunalen Finanzausgleichs

Das Amt hat die Steuerpotenzialindizes (Ressourcenausgleich) und die synthetischen Bedarfsindizes (Bedarfsausgleich) der 163 Gemeinden (Stand am 1. Januar 2014) berechnet, sowie die Beträge für die beitragspflichtigen Gemeinden und die vom Ressourcenausgleich begünstigten Gemeinden und die Beträge für alle vom Bedarfsausgleich begünstigten Gemeinden.

Die Arbeiten für die erste Auswertung des Finanzausgleichssystems sind zurzeit im Gange. Eine Arbeitsgruppe, welche die erste Evaluation des Systems des interkommunalen Finanzausgleichs begleitet (AG Evaluation Finanzausgleich) hat der Staatsrat im Mai 2014 gebildet.

#### 3.1.5 Finanzierungsbewilligungen

Das Amt hat 118 Finanzierungsbewilligungen für durch Darlehen finanzierte Ausgaben, die eine Erhöhung der Kreditlimite bewirken, Bürgschaften und Nutzungsänderungen von Spezialfonds erteilt.

#### 3.1.6 Kontrolle der Gemeindesteuerfüsse

Das Amt hat die Mitteilungen zu Änderungen der Gemeindesteuerfüsse registriert und den Betroffenen mitgeteilt. Gegebenenfalls hat es auch Entwürfe für Staatsratsbeschlüsse zur Genehmigung oder Aufhebung von Steuerfüssen über 100 % der einfachen Kantonssteuer vorbereitet.

#### 3.1.7 Statistiken

Die statistischen Tabellen werden im Jahrbuch des Kantons Freiburg publiziert. Weitere Statistiken werden nach Bedarf und auf Anfrage der Dienststellen der kantonalen Verwaltung und des Bundes erstellt. Gewisse statistische Daten stehen im Übrigen auf der Website des Amts für Gemeinden zur Verfügung.

#### 3.1.8 Prüfung von Gemeindeverbandsstatuten

Das Amt kontrollierte bei 18 Statuten von Gemeindeverbänden, ob diese dem kantonalen und eidgenössischen Recht entsprechen. Es bereitete in diesem Zusammenhang die Genehmigungsgesuche zuhanden der zuständigen Behörden vor.

#### 3.1.9 Prüfung von und Stellungnahmen zu Gemeindereglementen

Das Amt hat 96 Stellungnahmen zu Gemeindereglementen zuhanden der zuständigen Direktionen abgegeben. Es hat eine Vorprüfung sowie eine Schlussprüfung der besagten Reglemente vorgenommen. Für Reglemente, für die die ILFD zuständig ist, hat es zudem die Genehmigungsentscheide vorbereitet.

#### 3.1.10 Ausarbeitung von Revisionsformularen

Das Amt stellt die folgenden Formulare zur Verfügung: «Periodische Kontrolle der Bilanzwerte» und «Rechnungsprüfungsformular für die Revisionsstellen». Diese Formulare werden regelmässig auf den neuesten Stand gebracht.

#### 3.1.11 Rechtliche Auskünfte

Das Amt wurde sowohl von den Gemeinden als auch von den Oberämtern und Dienststellen der Kantonsverwaltung wiederholt um Stellungnahmen zur Auslegung gewisser Bestimmungen der Gesetzgebung über die Gemeinden gebeten.

#### 3.1.12 Ausbildungskurse

Die Arbeiten betreffend die interkantonale französischsprachige Ausbildung BE-NE-JU-FR-VD-GE-VS der Gemeindeschreiber wurden im Jahr 2014 weitergeführt. In Anbetracht dessen, dass dieser Bildungslehrgang nun alle Westschweizer Kantone einschliesslich Bern umfasst, war seine fünfte Ausgabe mit einer Namensänderung verbunden: er heisst nun «Formation romande des cadres communaux FR2C». Das Fach Gemeinderecht im zweiten Modul wird in gemeinsamem Unterricht erteilt, was die allgemeinen Erläuterungen betrifft, und gesondert, was die kantonalen Besonderheiten angeht. Ein Mitarbeiter des Amts hat an den Kursen mitgewirkt, die den Besonderheiten des Kantons Freiburg gewidmet waren.

## 3.2 Kommissionen und Arbeitsgruppen

- > Vorstand und Sekretariat der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden über die Gemeindefinanzen;
- > Begleitgruppe der Abteilung «Kommunalpolitik» des Institut de Hautes Etudes en administration publique;
- > Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen;
- > Arbeitsgruppe zur Begleitung der ersten Evaluation des Systems des interkommunalen Finanzausgleichs (AG Evaluation Finanzausgleich);
- > Kommission für Schulbauten;
- > Arbeitsgruppe «Agglomeration-Fusionen»;
- > Kommission für die Aus- und Weiterbildung des Verwaltungspersonals der Gemeinden des Sense- und des Seebezirks;
- > Arbeitsgruppe «Investitions- und Finanzierungskosten der Pflegeheime»;
- > Interkantonale Koordinationsgruppe HRM2;
- > Paritätisches Organ für die Finanzierungsstudie der Feuerwehrstützpunkte – FriFire SP;
- > Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung eines Gesetzesvorentwurfs zur Revision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte und des Gesetzes über die Gemeinden;
- > Steuergruppe für die Revision des Gesetzes über die Schulzahnpflege und -prophylaxe;
- > Arbeitsgruppe für die Vorbereitung eines Gesetzesvorentwurfs über die Mehrwertabgabe (bis Oktober 2014);
- > Projektgruppe für die Ausarbeitung eines Harmonisierten Rechnungsmodells für die Freiburger Gemeinden (HRM2);

## 4 Amt für Landwirtschaft (LwA)

Amtsvorsteher: **Pascal Krayenbuhl**

Das Amt für Landwirtschaft (LwA) ist mit dem Vollzug der agrarpolitischen Massnahmen von Bund und Kanton beauftragt. Es verwaltet die Direktzahlungen und unterstützt die freiburgische Landwirtschaft durch die Förderung der Strukturverbesserungen, der Produkte, der Zucht und des Weinbaus sowie von Umweltmassnahmen, Landschaftsqualität und sozialen Begleitmassnahmen. Es sorgt für den Schutz landwirtschaftlicher Böden und arbeitet bei der Ausführung des Gesetzes über die landwirtschaftliche Pacht mit.

### 4.1 Direktzahlungen und Umweltmassnahmen

#### 4.1.1 Direktzahlungen

Das Amt ist mit der Verwaltung der Direktzahlungen des Bundes und der spezifischen kantonalen Beiträge beauftragt. 2014 wurde die Direktzahlungsverordnung gesamthaft revidiert. Es ist daher nicht möglich, die in den Jahren 2013 und 2014 ausbezahlten Beträge im Detail zu vergleichen. 2014 haben 2 624 landwirtschaftliche Betriebe sowie 557 Sömmerungsbetriebe solche Beiträge erhalten.

Folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die im Jahr 2014 ausbezahlten Beiträge.

Beitragsart	Anteil des Kantons in tausend Fr.	Anteil des Bundes in tausend Fr.	Gesamte Beiträge in tausend Fr.
Kulturlandschaftsbeiträge		28 052	28 052
Versorgungssicherheitsbeiträge		81 109	81 109
Biodiversitätsbeiträge	430	16 813	17 243
Landschaftsqualitätsbeiträge	254	2 287	2 541
Produktionssystembeiträge		34 504	34 504
Ressourceneffizienzbeiträge		513	513

Beitragsart	Anteil des Kantons in tausend Fr.	Anteil des Bundes in tausend Fr.	Gesamte Beiträge in tausend Fr.
Übergangsbeitrag		23 237	23 237
Total Direktzahlungen	684	186 515	187 199
Ackerbaubeiträge		4 566	4 566
Beiträge Gewässerschutz	106	405	511
Beiträge für die Luftreinhaltung (FRIAMMON)		2 144	2 144
Kantonale Sömmerungsbeiträge	210		210
Kantonale Beiträge für die Ackerbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden	75		75
<b>Total Beiträge</b>	<b>1 075</b>	<b>193 630</b>	<b>194 705</b>

Seit 2014 sind die Sömmerungsbeiträge Teil der Kulturlandschaftsbeiträge. Die Sömmerungsbetriebe erhalten auch zwei neue Beitragsarten, nämlich die Beiträge für die Biodiversität und für die Landschaftsqualität. Insgesamt wird den Sömmerungsbetrieben ein Betrag von 12 045 617 Franken gewährt.

Die kantonalen Sömmerungsbeiträge werden mit dem Ziel gewährt, die Verwertung der Käseproduktion im Sömmerungsgebiet zu fördern. Für das Jahr 2014 wurde ein Betrag von 210 000 Franken gewährt. Er wurde entsprechend den an den Sömmerungsorten erzeugten und zur Vermarktung bestimmten Produktionsvolumen auf 52 Empfänger verteilt. Im Jahr 2014 betrug das Gesamtvolumen 3 158 189 kg Milch, was 6,6 Rappen pro Kilo Milch entspricht.

Das Projekt zur Aktualisierung der Bodenbedeckung bzw. der landwirtschaftlichen Nutzfläche befindet sich in der Endphase. 2014 wurden die Gemeinden Mézières (Sektor Berlens) und Crésuz kontrolliert und es wurde eine Konsultation zu den Plänen durchgeführt.

#### 4.1.2 Anerkennung von Betrieben

2014 sind 57 Entscheide über die Anerkennung von Betrieben, bzw. die Widerrufung der Ankerkennung gefällt worden. 16 Betriebsgemeinschaften wurden gebildet und 14 aufgelöst. 12 Betriebszweiggemeinschaften wurden gebildet und 9 aufgelöst und 6 neue einfache Betriebe wurden anerkannt.

#### 4.1.3 Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz

##### 4.1.3.1 Naturschutz: Biodiversität und Vernetzung

In Anwendung der eidgenössischen Direktzahlungsverordnung haben 1 077 Betriebe für die Biodiversität der Qualitätsstufe 2 einen Betrag von insgesamt 2 782 118 Franken erhalten. 1 405 Betrieben wurde ein Bonus von 4 239 097 Franken für die Vernetzung von Biodiversitätsförderflächen (BFF) gewährt. 2014 wurden 9 neue Vernetzungsprojekte anerkannt. Insgesamt bestehen nun 48 Vernetzungsprojekte. Die ökologische Vernetzung wird zu 90 % vom Bund und zu 10 % vom Kanton finanziert.

##### 4.1.3.2 Gewässerschutz

In Anwendung des Gewässerreglements vom 21. Juni 2011 (GewR) hat das Amt 64 Landwirten Entschädigungen ausbezahlt, die Böden der Projekte in Avry, Neyruz, Middel, Courgevaux, Féigny, Domdidier, Lurtigen und Gurmels bewirtschaften. Für die Nitratprojekte wurden Beiträge von insgesamt 510 867 Franken entrichtet. Der Anteil des Kantons an den Abgeltungen (20,7 % des Gesamtbetrags), die zu gleichen Teilen zwischen dem Kanton und den Fassungsbesitzern aufgeteilt werden, beläuft sich auf 105 980 Franken; der restliche Betrag wird vom Bund übernommen.

##### 4.1.3.3 Luftreinhaltung

Es wurde ein Ressourcenprojekt Ammoniak nach den Artikeln 77a und b des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft mit dem Titel «Verbesserung der Stickstoffeffizienz durch Verringerung der landwirtschaftlichen Ammoniakemissionen - FRIAMMON» ausgearbeitet und am 2. Juni 2009 unterzeichnet. 2014 sind 60 Gesuche für Schleppschlauchverteiler, 38 Gesuche für Abdeckungen offener Jauchebehälter, 19 Gesuche für die Fütterung von

Schweinen mit stickstoffarmem Futtermittel und 7 Gesuche für einzelbetriebliche Projekte eingegangen. Somit sind 124 Projekte für einen Betrag von 2 144 207 Franken zu Lasten des Bundes abgerechnet worden. Die Gesamtinvestitionen betragen 3 195 397 Franken. Das Programm FRIAMMON ist 2014 abgeschlossen worden.

#### 4.1.3.4 Bodenschutz

**Stellungnahmen zum Boden.** Gemäss der Verordnung vom 20. August 2002 über den Bodenschutz nahm das Amt Stellung zu 173 Baubewilligungsgesuchen für die Landwirtschaftszone betreffend Arbeiten mit qualitativem oder quantitativem Einfluss auf den Boden.

**Pfluglose Saat.** Diese Massnahme, die von den Direktzahlungen des Bundes übernommen wird, wurde 2014 zum letzten Mal bezahlt. Das Amt hat Beiträge an 50 Landwirte für eine Fläche von 195 ha, betreffend 115 Parzellen, für insgesamt 75 384 Franken ausgerichtet.

#### 4.1.3.5 Landschaftsqualität

Seit 2014 sieht das Landwirtschaftsgesetz die Möglichkeit vor, Landschaftsqualitätsprojekte zu schaffen, für deren Massnahmen Direktzahlungen gewährt werden können. 2014 wurden die Projekte «Broye», «Intyamou- und Jauntal» und «Gantrisch» genehmigt. Drei neue Projekte sowie die Erweiterung des Projekts «Intyamou- und Jauntal» – auf die Gemeinde Jaun – wurden ausgearbeitet und am 31. August dem Bundesamt für Landwirtschaft zur Genehmigung unterbreitet. Wenn alle Projekte angenommen werden, stehen 2015 im gesamten Kantonsgebiet Landschaftsqualitätsprojekte zur Verfügung.

Die Landschaftsqualitätsprojekte werden zu 90 % vom Bund und zu 10 % vom Kanton finanziert.

## 4.2 Strukturhilfen

### 4.2.1 «A-fonds-perdu»-Subventionen

#### 4.2.1.1 Ordentliche Subventionen

##### Bodenverbesserung (ordentliche Subvention)

Die Beiträge für die Bodenverbesserung (BV) sind Hilfen für die Verbesserung der Agrarstrukturen wie Güterzusammenlegungen, Wege, Entwässerungen, Ausdolung von Bächen, Bewässerungen, Wasserversorgungen und elektrische Anschlüsse. Die Bodenverbesserungen erhalten Subventionen des Kantons und des Bundes.

##### Landwirtschaftliche Bauten (ordentliche Subvention)

Die Beiträge für landwirtschaftliche Bauten sind Hilfen für den Bau oder den Umbau von Betriebsgebäuden, Käsereien oder Alpgebäuden. Die landwirtschaftlichen Bauten erhalten Subventionen des Kantons und des Bundes. Bauten in der Talzone erhalten nur eine kantonale Subvention.

#### 2014 ausbezahlte ordentliche Subventionen

	Kantonale Beiträge Fr.	Bundesbeiträge Fr.	Total Fr.
Bodenverbesserungen	4 267 824	5 651 719	9 919 543
Landwirtschaftliche Bauten	4 311 700	3 003 035	7 314 735
Total 2014	8 579 524	8 654 754	17 234 278

Der Gesamtbetrag der von ordentlichen Subventionen unterstützten Arbeiten beträgt rund 50 Millionen Franken.

#### 4.2.1.2 Subventionen des Fonds für Bodenverbesserungen (Fonds für BV)

Der Fonds für Bodenverbesserungen (BV) ist ein kantonaler Fonds. Er wird verwendet für die Gewährung von Beiträgen an landwirtschaftliche Bodenverbesserungen von geringer Kostenhöhe und ermöglicht insbesondere die Finanzierungsbeteiligung an Studien auf dem Gebiet der Kulturtechnik und der landwirtschaftlichen Hochbauten. Die Beiträge des Fonds für BV sind Hilfen für die Verbesserung der Agrarstrukturen wie freiwillige Parzellenumlegungen, Wege, Entwässerungen, Wasserversorgungen, elektrische Anschlüsse, Bewässerungen,

Ökonomie- und Alpgebäude. Die mit Hilfe des Fonds für BV subventionierten Arbeiten erhalten keine Subventionen des Bundes.

---

**2014 ausbezahlte Subventionen des Fonds für BV**

**Fr. 655 158**

---

Der Gesamtbetrag der vom Fonds für BV unterstützten Arbeiten beträgt rund 3 Millionen Franken.

#### **4.2.2 Investitionskredite**

Es handelt sich um vom Bund finanzierte Darlehen, mit deren Verwaltung der Kanton beauftragt ist.

---

**Darlehen zugunsten von natürlichen Personen im Jahr 2014**

**Fr. 21 236 000**

---

Es handelt sich um Darlehen, die im Wesentlichen für Starthilfen, den Bau und Umbau von Wohnhäusern und von Betriebsgebäuden, den Bau von Hühnerställen, Betriebskäufe durch Pächter, Diversifizierungen und kleine gewerbliche Betriebe gewährt werden.

---

**Darlehen zugunsten von juristischen Personen im Jahr 2014** Fr. 2 548 000

---

Es handelt sich um Darlehen für den Bau und Umbau von Käsereien sowie Bauten für Gemeinden und Körperschaften.

Insgesamt wurden im Jahr 2014 Investitionskredite in Form von Darlehen für 23 784 000 Franken gewährt.

#### **4.2.3 Betriebshilfen**

Es handelt sich um Darlehen, die zu gleichen Teilen vom Bund und vom Kanton finanziert werden, und mit deren Verwaltung der Kanton beauftragt ist.

Darlehen 2014

<b>Zweck</b>	<b>Beträge Fr.</b>
Umschuldung bestehender Schulden	410 000
Hilfen zur Überbrückung einer ausserordentlichen finanziellen Bedrängnis	85 000
Total 2014	495 000

---

#### **4.2.4 Kantonaler Landwirtschaftsfonds**

Es handelt sich um Darlehen, die vom Kanton über den kantonalen Landwirtschaftsfonds finanziert werden.

---

**Darlehen zugunsten von natürlichen Personen im Jahr 2014**

**Fr. 3 604 000**

---

Es handelt sich um Darlehen für diverse Bau- und Umbauarbeiten (Wohn- und Betriebsgebäude), für den Kauf von Land und landwirtschaftlichen Heimwesen, für Verwertungsbetriebe, Alpwege und Diversifizierungsmassnahmen.

---

**Darlehen zugunsten von juristischen Personen im Jahr 2014**

**Fr. 500 000**

---

Insgesamt wurden im Jahr 2014 Darlehen für 4 104 000 Franken vom kantonalen Landwirtschaftsfonds gewährt.

### **4.3 Raumplanung**

Das Amt nimmt Stellung zu Baubewilligungsgesuchen in der Landwirtschaftszone und zu Grundstücken, die Gegenstand von Strukturverbesserungen waren. Mit der Prüfung von Ortsplanungsdossiers sollen die Auswirkungen der geplanten Änderungen auf die Landwirtschaft beurteilt werden.

Zu folgenden Gesuchen wurden im Jahr 2014 Stellungnahmen abgegeben:

- > 362 Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Ökonomiegebäuden, Umbauten von Wohnhäusern, Schuppen, Hühnerställen, Gewächshäusern, Plastiktunnels, Siedlungsgehöften, Alphütten, Biogasanlagen und Bauten im Zusammenhang mit nichtlandwirtschaftlichen Nebenbetrieben;
- > 195 direkt von Landwirten oder Gemeinden gestellte Gesuche, die die Berechnung der Raumeinheiten oder verschiedene landwirtschaftliche Anlagen betrafen;

- 
- > 54 Dossiers über die Revision oder Änderung von Ortsplanungen, Vorprüfungen, Schlussprüfungen oder Vorstudien im Hinblick auf die nächste Revision der Ortsplanung sowie Schutzzonen im Bereich von Wasserfassungen.

## **4.4 Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Zucht und Weinbau**

### **4.4.1 Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse**

Der Kanton unterstützt Aktionen zur Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, um das Image der Freiburger Produkte zu stärken und ihre Vermarktung auf den Märkten zu fördern. Im Berichtsjahr hat der Kanton für 26 Projekte Hilfen entrichtet und namentlich 350 000 Franken an die «Vereinigung zur Förderung der Produkte aus dem Freiburgerland», die wichtigste Koordinationsstelle für die Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, ausbezahlt.

### **4.4.2 Rindviehzucht**

2014 hat der Kanton 395 000 Franken für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Rindviehzucht gewährt. Hinzu kommen 575 000 Franken für die Verwertung von Schlachtvieh über die Freiburgische Viehverwertungsgenossenschaft.

Die Bezirksklubs und -vereine erhielten vom Kanton eine bedeutende Unterstützung für die Ausbildung der Züchter und die Organisation von regionalen Veranstaltungen. Die Qualitätsverbesserung, insbesondere durch die Unterstützung der nachhaltigen Milchproduktion und von Milchqualitätsanalysen, ist ebenfalls eine zentrale Massnahme zugunsten der freiburgischen Rindviehzüchter.

Drei nationale Grossanlässe, die im Kanton Freiburg durchgeführt wurden, erhielten ebenfalls Finanzhilfe vom Kanton: Expo Bulle (50 000 Franken), Zuchtstiermarkt (60 000 Franken) und JUNIOR BULLE EXPO (40 000 Franken).

### **4.4.3 Pferdeezucht**

2014 hat der Kanton 30 600 Franken für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Pferdeezucht gewährt.

### **4.4.4 Schweine-, Schaf- und Ziegenzucht**

Die kantonale Unterstützung für das Jahr 2014 belief sich auf 16 970 Franken für die Schweineezucht (Beitrag für den Gesundheitsdienst), und auf 75 400 Franken für die Schaf- und Ziegenzucht.

### **4.4.5 Weinbau**

Die Weinlese 2014 ergab einen Gesamtertrag von 898 645 kg für alle kantonalen Rebflächen und alle Rebsorten zusammen. Die im Rebbaukataster eingetragene Fläche beträgt 115,9 ha. Detaillierte Statistiken sind auf der Website des LwA verfügbar ([www.fr.ch/lwa](http://www.fr.ch/lwa)). Trotz des regnerischen Sommers und der schwierigen meteorologischen Bedingungen war der Gesundheitszustand der Traubenernte gut.

## **4.5 Mitwirkung in Kommissionen**

Das Amt wirkt in folgenden Kommissionen mit:

- > Landwirtschaftskommission;
- > Kommission für Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft (KSL);
- > Rekurskommission für Bodenverbesserungen;
- > Kommission für Grundstückerwerb;
- > Pflanzenschutzkommission;
- > Weinbaukommission;
- > Kommission für die Degustation von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung.



---

## 4.6 Besondere Ereignisse

Die Umsetzung der Massnahmen der AP 14 – 17 und die Inbetriebnahme einer neuen Version des Programms zur Verwaltung der Direktzahlungen Gelan 2015 haben das Amt stark in Anspruch genommen.

Das Amt hat intensiv an der Nachführung des Inventars der Fruchtfolgeflächen (FFF) gearbeitet.

Zudem hat das LwA die Redaktion des zweiten Vierjährigen Landwirtschaftsberichts koordiniert.

# 5 Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW)

---

Amtsvorsteher und Kantonstierarzt: **Dr. Grégoire Seitert**

Stellvertretender Amtsvorsteher und Kantonschemiker: **Dr. Jean-Marie Pasquier**

## 5.1 Einleitung

Das Jahr 2014 war für das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW) von drei grossen Ereignissen geprägt: von der Rindertuberkulose, vom Rückruf von importiertem Käse und von der Verschmutzung von Trinkwassernetzen.

Seit 2012 nutzt das LSVW die neue, von allen Westschweizer Kantonen gemeinsam genutzte Software (LIMSOPHY) für die Kontrolle (Inspektion, Probenahme, Analyse) von Lebensmitteln. Nun konnte es diese Informatikanwendung auf die Inspektionen der Schlachthöfe und die veterinärbiologischen Analysen ausdehnen. Die drei Westschweizer Laboratorien für die Tierseuchenuntersuchungen (FR, NE und VD) wurden ebenfalls vernetzt, und zwar in den Bereichen Logistik, Analytik und Informatik. Sie werden nun von den sechs Westschweizer Kantonen im Verbund unterstützt.

Die Bau-/Renovationsarbeiten des zukünftigen EVA-Gebäudes (Environnement, Eau, Vétérinaire, Alimentaire - Umwelt, Wasser, Veterinärwesen, Lebensmittel), in dem unter anderem das LSVW untergebracht werden wird, sind für die betroffenen Dienststellen (LSVW, Amt für Umwelt, Sektion Gewässer des Tiefbauamts) mit viel Arbeit verbunden. Der Umzug wird nach dem Sommer 2015 erfolgen.

## 5.2 Tätigkeit

### 5.2.1 Direktion und Verwaltung

Nach der Neuorganisation des Amtes – Festlegung des Leistungskatalogs, der Aufträge und Aufgaben auf der Stufe des Amtes und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LSVW, neues Organigramm des Amtes, neuer von der ILFD gutgeheissener Leistungskatalog, Fertigstellung von 109 Pflichtenheften, Durchführung von jährlichen Mitarbeitergesprächen, Festlegung von Zielen für alle Organisationseinheiten mit Festlegung von SMART-Leistungsindikatoren – konnten die Leistungen dank den neuen gesetzlichen Grundlagen endgültig im kantonalen Recht verankert werden (LMSR, SGF 821.30.11; TiersV, SGF 914.10.11; KLSVWV, SGF 821.30.16).

Alle für 2014 gesetzten Ziele konnten dank dem grossen Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LSVW sowie der verschiedenen Partner des Amtes erreicht werden.

Im Hinblick auf den Umzug wurde eine Richtlinie über die Ablage, Vorarchivierung und Archivierung erlassen. Gestützt auf diese Richtlinie konnte das Amt im Sommer 2014 sämtliche Verwaltungsunterlagen ablegen und aktualisieren.

Im Berichtsjahr konnte das Amt zu 27 Entwürfen von Gesetzesrevisionen Stellung nehmen. Es wirkte für die ILFD zudem an vier Antworten zu parlamentarischen Vorstössen mit, die vom Grossen Rat eingereicht worden waren.



Das Amt erliess 2812 verwaltungsrechtliche Verfügungen. Zudem hat es 4 Tierhaltungsverbote und 1 Verbot über die Benutzung von Räumen erlassen. Das LSVW hat 25 Einsprachen beantwortet, 15 Stellungnahmen im Rahmen von Beschwerdeverfahren abgegeben und 131 Dossiers an die Staatsanwaltschaft überwiesen zur Einreichung einer Strafanzeige. Von den Strafanzeigen betrafen 3 Dossiers einen Verstoss gegen die Artikel 285 oder 286 des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0, StGB), wegen Hinderung eines Beamten an der Ausübung seiner Tätigkeiten.

	Verfügungen	Einsprachen	Beschwerden	Verzeigungen
Chemie- und Biologielabore	300	6	1	8
Lebensmittelinpektorat	881	11	2	44
Trinkwasser- und Chemikalieninspektorat	203	6	0	1
Tiergesundheit	1214	0	2	23
Inspektorat für Fleischverarbeitung und Schlachthöfe	25	2	1	3
Tierschutz	189	-	9	49
Direktion	-	-	-	3
<b>Total</b>	<b>2812</b>	<b>25</b>	<b>15</b>	<b>131</b>

## 5.2.2 Laboratorien

### 5.2.2.1 Lebensmittelbiologie

2014 war der Sektor äusserst dynamisch und proaktiv, was die Entwicklung neuer, teilautomatisierter Analysemethoden für Parameter der Lebensmittelmikrobiologie betrifft, wobei gleichzeitig die wichtigsten Routineaufträge, wie die Durchführung mikrobiologischer Analysen von Lebensmitteln und Trinkwasser, sichergestellt wurden. Der Sektor nahm mikrobiologische Analysen von 3249 Trinkwasserproben, 112 Proben von Schwimmbadwasser, 16 Proben von Strandbadwasser und 856 Lebensmittelproben, davon 800 im Rahmen von 8 internen und einer nationalen Kampagne. Dazu kommen 152 Analysen von Proben auf Legionellen und 25 Proben, die im Rahmen eines Ringanalyseprogramms untersucht wurden (Qualitätssicherung).

Die Anzahl Lebensmittelproben ist im Vergleich zum Vorjahr um 35,4 % angestiegen.

Mikrobiologische Untersuchungskampagnen	Anzahl Probenahmen	Nicht vorschriftsgemässe Proben
Restaurantsbetriebe	533	129 (24 %)
Eiswürfel	104	32 (30 %)
Gekochte Fleischerzeugnisse	16	4 (25 %)
gewerbliche Käseereien	19	1 (5 %)
Listeria in Risikoprodukten	49	0 (0 %)
Gänseleber und Derivate	18	2 (11 %)
Kalte Buffets und Salatbuffets	20	2 (10 %)
Back- und Konditoreiwaren	19	2 (11 %)
<b>mikrobiologischer Status von Käse</b>	<b>22</b>	<b>1 (5 %)</b>

### 5.2.2.2 Veterinärbiologie

Im analytischen Bereich war das Jahr 2014 geprägt von der Einführung einer Methode zum Nachweis des porcinen reproduktiven und respiratorischen Syndroms (PRRS). Dazu hat das Laboratorium ein molekulares Verfahren eingeführt und validiert, mit der der PRRS-Virus im Blut festgestellt werden kann.

Das Jahr endete mit zahlreichen Salmonellen-Untersuchungen bei Rindern und Hühnern, von denen viele positiv ausfielen (s. Photo).



Auf organisatorischer Ebene war das Jahr von der Pilotphase der Schaffung eines Westschweizer «Réseau VET» am Standort Granges-Paccot geprägt. Dieses Projekt zur Vernetzung der veterinärmedizinischen Labors der Kantone Freiburg, Neuenburg und Waadt soll zu einer besseren Verwendung der analytischen Ressourcen führen, indem die Kompetenzen und entsprechenden Kapazitäten gemeinsam genutzt werden. Ein erster Austausch von Proben in der Pilotphase wird 2015 intensiviert werden, nachdem die 6 Westschweizer Kantone am 28. November 2014 eine interkantonale Vereinbarung zu besagtem «Réseau VET» unterzeichnet haben.

Diagnostische Untersuchungen von Krankheiten mit Meldepflicht		Anzahl Untersuchungen		Anzahl positiver Untersuchungen	
		2013	2014	2013	2014
Anamnese	Untersuchtes Gewebe				
IBR / IPV (Wiederkäuer)	Blut	3185	3047	1 (Rentier)	0
Brucellose (Rinder)	Blut	815	641	4	1
	Nachgeburten	452	499	0	0
Brucella melitensis (Schafe, Ziegen)	Blut	888	457	0	0
Coxiellöse (Rinder, Schafe, Ziegen)	Blut	90	89	19	19
	Nachgeburten	457	499	10	7
Enzootische Leukose (Rinder)	Blut	966	941	0	0
Leptospirose (alle Tiere)	Blut	29	29	0	0
Kryptosporidiose (Kälber)	Kot	11	17	9	11
Salmonellose (alle Tiere)	Verschiedenes	95	640	0	158
Serologische Untersuchungen auf <i>Salmonella Enteritidis</i> (Geflügel)	Eier	473	340	31	11
Caprine Arthritis-Encephalitis (Ziegen)	Blut	345	18	0	0
Ansteckende Pferdemetritis (Pferde)	Tupfer	3	2	0	0
Aujeszkysche Krankheit (Schweine)	Blut	1071	570	0	0
EP (Enzootische Pneumonie der Schweine)	Lungen	8	36	1	0
APP (Actinopleuropneumonie bei Schweinen)	Lungen	119	157	61	75
PRRS (Schweine)	Blut	1071	827	0	0
BSE (Rinder)	Obex	916	556	0	0
Blauzungenkrankheit BT, Virus RT-PCR (Rinder und Ziegen)	Blut	131	29	0	0
Blauzungenkrankheit BT, Antikörper-ELISA (Rinder)	Blut		720		12
BVD Antikörper (Rinder)	Blut	3391	3904	199	178
BVD Virus RT-PCR (Rinder)	Blut / Ohrgewebe	3287	5441	41	183
Paratuberkulose, Antikörper-ELISA (Rinder)	Blut	9	20	3	5

Diagnostische Untersuchungen von Krankheiten mit Meldepflicht		Anzahl Untersuchungen		Anzahl positiver Untersuchungen	
Paratuberkulose, Antigen PCR (Rinder)	Kot	14	22	5	9
Trichinen (Schweine)	Muskulatur	259	361	0	0
Pseudotuberkulose (Ziegen)	Eiter	2	1	1	1
Rauschbrand (Rinder)	Muskel	1	0	1	0
Tuberkulose: - Interferon-gamma	Blut		34		20
PCR	Organe		30		1
<b>Ziehl-Nielson-Färbung (säurefeste Stäbchen), Mikroskopie</b>	<b>Verschiedenes</b>		<b>34</b>		<b>21</b>

Art der Untersuchung	2013	2014
Mastitismilchanalysen (Kuh, Ziege)	1602	1358
Antibiogramme der Mastitismilch-Keime oder bakteriologische Untersuchungen	42	41
Mikrobiologische Fleischuntersuchungen (MFU) von Rindern, Schweinen und Pferden in Schlachthöfen	133 (davon 8 positiv auf Hemmstoffe)	133 (davon 9 positiv auf Hemmstoffe)
Verschiedene bakteriologische Untersuchungen (Urin, Kot, Eiter, Organe, Oberflächen usw.)	134	103
parasitologische Analysen im Kot	45	37
<b>Untersuchung auf Hemmstoffe (kantonale und nationale Kampagnen bei Rindern, Schweinen und Pferden in Muskulatur und Niere)</b>	<b>846 (darunter 7 positiv)</b>	<b>742 (darunter 9 positiv)</b>

### 5.2.2.3 Chemielabor

Im Chemielabor wurden insgesamt 3070 Wasserproben und 457 Proben von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen untersucht, und zwar im Rahmen von 3 kantonalen und 6 interkantonalen Kampagnen in der Westschweiz.

Kantonale Kampagnen (Analysen durch das LSVW Freiburg)	Anzahl Probenahmen	Nicht vorschriftsgemässe Proben
Nitrite und Nitrate in Kochpökelwaren	15	1 (7 %)
Rückstände von Benzimidazolen	30	0
Flüchtige organische Verbindungen (VOC) im Trinkwasser	17	0

Interkantonale Kampagnen (Analysen durch das LSVW Freiburg)	Anzahl Probenahmen (FR / andere Westschweizer Kantone)	Nicht vorschriftsgemässe Proben (FR / andere Westschweizer Kantone)
Trihalogenmethane in gedeckten Schwimmbädern	47 / 47	6 (13 %) / 7 (15 %)
Schmuck (Nickelfreisetzung und Cadmium- und Bleigehalt)	44 / 53	34 (77 %) / 17 (32 %)
Speiseeis - Milchfettgehalt	27 / 15	6 (22 %) / 0
Kosmetika: Bleichmittel	11 / 20	1 (9 %) / 10 (50 %)
Käse - Fett- und Wassergehalt	20 / 52	5 (25 %) / 17 (33 %)
Dimethylfumarat und Chrom (VI) in Gebrauchsgegenständen aus Leder mit längerem Hautkontakt	10 / 33	1 (10 %) / 5 (15 %)

<b>Interkantonale Kampagnen (Analysen durch andere Westschweizer Kantone)</b>	<b>Anzahl Probenahmen (LSVW Freiburg)</b>	<b>Nicht vorschriftsgemässe Proben (LSVW Freiburg)</b>
Produkte mit natürlichen Aromen	21	0
Qualitätsbeurteilung von Wildpilzen (getrocknet)	13	5 (38 %)
Quecksilber in Fischen am Ende der Nahrungskette, Krebsen und Weichtieren	18	1 (6 %)
Phtalate in Spielwaren aus flexiblem Kunststoff	25	0
Pestizide in Zitrusfrüchten	16	1 (6 %)
Ethephon (Pestizid) in Tomaten	20	0
VOC (flüchtige organische Verbindungen) in Mineralwasser in Flaschen	10	0
Nicht deklarierte Zutaten in Hackfleisch	19	3 (16 %)
Fleischqualität in Cervelats	11	3 (27 %)
Hepatitis-A-Virus in tiefgefrorenen Beeren	10	0
Methylisothiazolinone in Badeseifen	19	0
Kontrolle von Geschirr und Küchenutensilien aus Melamin und Polyamid ("Nylon")	13	0
Wasserlösliche, künstliche Farbstoffe in Süswaren	19	5 (26 %)
Aflatoxin B/G und Ochratoxin A in Trockenfeigen und -früchten	23	4 (17 %)
Sojabohnen und -sprossen (Täuschung)	4	1 (25 %)
Qualitätsbeurteilung von Esskastanien auf Märkten	9	5(56 %)
Kennzeichnung von Speziallebensmitteln	10	8 (80 %)
Fleischdeklaration in Wurstwaren (Trockenfleisch, Mortadella, Würste usw.)	10	0
Tierartendeklaration bei Milchprodukten (Käse, Joghurt, Milch)	16	0

<b>Nationale Kampagnen (Analysen von anderen Kantonen)</b>	<b>Anzahl Probenahmen (LSVW Freiburg)</b>	<b>Nicht vorschriftsgemässe Proben (LSVW Freiburg)</b>
Biogene Amine in Käse (Monitoring)	21	-
Tätowierfarben	8	4 (50 %)
Pestizidrückstände in Honig	3	0

### 5.2.3 Trinkwasser, öffentliche Schwimm- und Strandbäder

#### 5.2.3.1 Analysen

Damit es über die Qualität des Trinkwassers wachen kann, nimmt das LSVW sämtliche Analysen des im Kanton verteilten Trinkwassers sowie die Inspektionen der Trinkwassernetze vor. Die Analysen betreffen einerseits das verteilte Wasser (das dem Lebensmittelgesetz (LMG) unterstellte Wasser) und andererseits Wasserressourcen und Gewässer von Privaten (dem LMG nicht unterstellt).

	<b>Gewässer</b>	<b>Proben</b>	<b>Nicht vorschriftsgemässe Proben</b>
Dem LMG nicht unterstellte Gewässer	Seen	85	-
	Fassungen (vor Aufbereitung)	425	-
	Übrige	436	-
Dem LMG unterstellte	Quellen (nicht aufbereitet)	270	36 (13 %)

	Gewässer	Proben	Nicht vorschriftsgemässe Proben
Gewässer			
	nach Aufbereitung	207	12 (6 %)
	Verteilt	1903	136 (7 %)
Total		3396	184 (8 %)

### 5.2.3.2 Inspektionen

Das LSVW nimmt vor Ort Inspektionen von Trinkwassernetzen, Schwimm- und Strandbädern vor. Die regelmässigen Inspektionen werden aufgrund von Prioritäten durchgeführt, die sich durch eine Risikoanalyse der Verteiler ergeben, während andere Inspektionen (Teilinspektionen, Nachkontrolle) zur Überprüfung eines punktuellen Problems bzw. einer neuen Anlage, die (wieder) in Betrieb genommen werden soll, vorgenommen werden.

Die Gefahrenanalyse ist oft lückenhaft und die Beseitigung von Restrisiken wird nicht geplant. In gewissen Fällen hat dies zur Folge, dass die Netze nicht mehr den aktuellen Anforderungen entsprechen, was zum plötzlichen Auftreten von Verschmutzungen führen kann. 5 Verschmutzungssituationen, die Massnahmen (Desinfektion des Netzes, Information der Bevölkerung) und eine minutiöse Nachkontrolle erforderlich machten, wurden 2014 unter Kontrolle gebracht.

2014 wurden 25 regelmässige Inspektionen durchgeführt, nach der vom Kantonschemiker erstellten Liste der Kontrollpunkte.

Eine grosse Anzahl Unregelmässigkeiten betrifft die Selbstkontrolle und die Prozessabläufe/Tätigkeiten, insbesondere die Punkte betreffend die Organisation und die Festlegung der Verantwortlichkeiten, die Risikoanalyse, die Behandlung von Beschwerden, die Überwachung (insbesondere die Qualität der Wasserressourcen) und die Erfassung von Tätigkeiten im Rahmen der Bewirtschaftung des Trinkwassernetzes. Was die Anlagen betrifft, so lassen sich praktisch systematisch Unregelmässigkeiten bei den Wasserfassungen und den Schutzzonen feststellen (insbesondere das Fehlen von Überwachungsprozessen dieser Zonen). Der Prozentsatz an Unregelmässigkeiten bei den Reservoirien und den Behandlungsanlagen ist ebenfalls beunruhigend.

### 5.2.3.3 Planung und Gemeindereglemente

Um dafür zu sorgen, dass der Wasserbedarf gedeckt ist, wurde von den Verteilern verlangt, dass sie einen Plan der Trinkwasserinfrastrukturen (PTWI) erstellen. Um ihnen dabei zu helfen und eine gewisse Einheitlichkeit auf kantonaler Ebene zu gewährleisten, hat das LSVW die Wegleitung PTWI erstellt. Nach einer breiten Vernehmlassung der kantonalen und kommunalen Organe steht dieses Dokument, das das Ergebnis eines Konsenses aller Beteiligten ist, nun auf der Website des LSVW zur Verfügung.

Die wichtigsten Grundsätze der Planung sind: Erstellung eines Inventars der Anlagen ⇒ Erstellung einer Bilanz und Analyse des aktuellen und zukünftigen Bedarfs ⇒ Anpassung oder Planung der Anlagen. Die Bedarfsanalyse ist das Gegenstück zur oben erwähnten Gefahrenanalyse.

Wird ein Bedarf festgestellt, so hat der Verteiler folgende Möglichkeiten:

- > Mängel unverzüglich beheben;
- > Änderungen oder Neubau der Anlagen planen;
- > wenn nötig, Begleitmassnahmen ergreifen.

2014 hat das LSVW 3 Informationsabende für die Gemeinden und Ingenieurbüros organisiert, um diese Grundsätze sowie den gesetzlichen Rahmen und die technischen Aspekte der Wegleitung PTWI zu erklären.

Um den Anforderungen des Gesetzes über das Trinkwasser gerecht zu werden, hat das LSVW in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Gemeinden ein neues Musterreglement über die Trinkwasserverteilung

---

ausgearbeitet und den Gemeinden zur Verfügung gestellt. Das LSVW wurde somit zum Koordinationsorgan für die Vernehmlassung und die Genehmigung der Gemeindereglemente.

#### 5.2.3.4 Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung

Unter nachhaltiger Entwicklung ist nicht nur die Entwicklung der Tätigkeit bezüglich Umweltschutz und Ökologie zu verstehen, sondern allgemeiner eine Verwaltung der Ressourcen, die den Bedarf deckt, ohne die Bedürfnisbefriedigung zukünftiger Generationen zu gefährden.

Dieses Konzept betrifft sowohl den quantitativen als auch qualitativen Schutz der Ressourcen, beinhaltet jedoch auch eine ökonomische Sichtweise, nach der die Versorgung auf lange Sicht zu gewährleisten ist. Dazu müssen die Verteiler ein effizientes und kostendeckendes Netz konzipieren.

Unter diesem Blickwinkel hat das LSVW den Gemeinden ein Modell und eine entsprechende Berechnungshilfe zur Verfügung gestellt, damit sie die Wassergebühren unter Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen und unter Berücksichtigung sämtlicher Kosten der Tätigkeit, inklusive der Werterhaltung der Anlagen, berechnen können. Es legt den Gemeinden nahe, in die Kosten so schnell wie möglich auch die Sanierungs-/Baukosten, die sich aus der Gefahrenanalyse und dem Bedarf aufgrund der oben erwähnten quantitativen Bilanz ergeben haben, zu integrieren, und ihren Tarif schnellstmöglich anzupassen, damit sie zum Zeitpunkt der Ausführung über die nötigen Mittel verfügen.

#### 5.2.3.5 Schwimmbäder

Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat das LSVW die Akkreditierung als Inspektionsstelle (Typ A) für die öffentlichen Schwimmbäder des Kantons Freiburg erhalten. Die gesetzlichen und normativen Grundlagen für die Inspektionen sind in der «Verordnung über die Hygiene in öffentlichen Schwimm- und Strandbädern» (SGF 821.41.24) und der SIA-Norm 385/9 festgelegt. Die Aspekte Verwendung und Lagerung von Chemikalien wurden in den Inspektionsumfang aufgenommen.

2014 hat das LSVW Analysen von Proben, die es von den Verantwortlichen der Badeanstalten erhalten hat, durchgeführt, offizielle Probenahmen einzig zur Überprüfung der Badewasserqualität analysiert, sowie vollständige Inspektionen kraft seiner neuen Akkreditierung vorgenommen.

114 Wasserproben von Schwimmbädern wurden analysiert, wovon 74 vom LSVW entnommen worden waren. Von diesen entsprachen 14 (19 %) nicht den Vorschriften. Bei den nicht vorschriftsgemässen Proben handelte es sich vor allem um die Überschreitung der Toleranzwerte von Trihalomethanen (4 Proben), freiem Chlor (5) und gebundenem Chlor (3) und dem pH-Wert (4). 2 Schwimmbäder wurden bis auf Weiteres geschlossen.

Es wurden 7 vollständige Inspektionen durchgeführt. Zwar wurden bei allen Inspektionen Mängel festgestellt, aber die Behandlung des Wassers und der allgemeine Unterhalt der Schwimmbäder im Eigentum von Gemeinwesen wurden generell als gut beurteilt.

#### 5.2.3.6 Öffentliche Strandbäder

Das Wasser der 9 öffentlichen Strandbäder des Kantons wurde im Jahr 2014 einer mikrobiologischen Kontrolle unterzogen. Die Analysen wurden gemäss den Empfehlungen des Bundes durchgeführt.

7 Strände wurden in die Qualitätsklasse A eingestuft, was bedeutet, dass keine gesundheitliche Beeinträchtigung durch Badewasser zu erwarten ist. 2 Strände wurden aufgrund von Probenahmen im Juli in die Qualitätsklasse C eingeteilt. In einem solchen Fall ist eine gesundheitliche Beeinträchtigung der Badegäste nicht auszuschliessen. Diese Strandbäder wurden verstärkt überwacht und den Badegästen wurde mittels Tafeln empfohlen, sich nach dem Bad gründlich zu duschen. Erneute Analysen der besagten Strandbäder, die drei bis sechs Wochen später durchgeführt wurden, entsprachen jedoch der Qualitätsklasse A, woraufhin die Einschränkungen des Badebetriebs aufgehoben werden konnten.

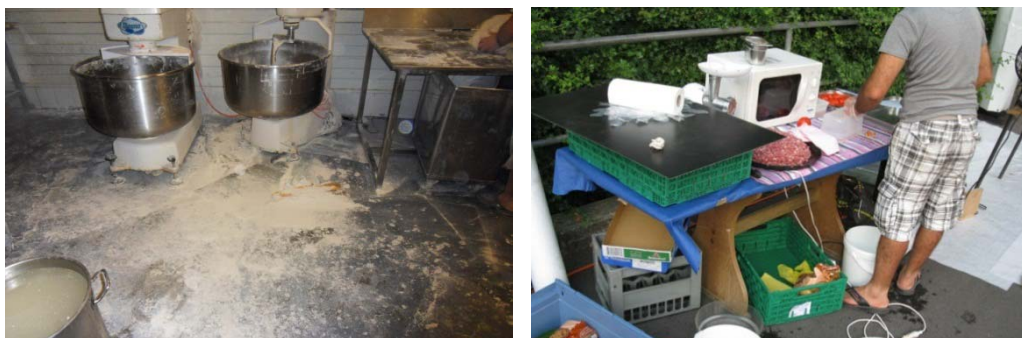


#### 5.2.4 Inspektorat für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände

Nebst der Entnahme von Proben (2014 wurden in 484 Betrieben 1335 Proben entnommen), beschäftigt sich das Inspektorat für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (ILG) hauptsächlich mit Inspektionen in über 3700 Betrieben des Kantons, die seiner Kontrolle unterstehen.

2014 wurden von den 7 Mitarbeitern des Inspektorats 1562 Inspektionen durchgeführt (gegenüber 1375 im Jahr 2013 und 983 im Jahr 2012), zumeist ohne Vorankündigung. Dabei wurden in 55 % der Fälle Mängel festgestellt, für die Korrekturmassnahmen angeordnet wurden. Diese Inspektionen fanden mehrheitlich in Restaurationsbetrieben statt (62 % der 2014 durchgeführten Inspektionen), gefolgt von den Geschäften (21 %), den gewerblichen Betrieben (Käsereien, Metzgereien, Bäckereien usw., 16 %) und der Industrie (1 %).

Wie weiter oben angegeben, gab ein Grossteil der 2014 durchgeführten Kontrollen (45 %) keinen Anlass zu Beanstandungen. Es kommt jedoch regelmässig vor, dass bei den Kontrollen rigorose Massnahmen ergriffen werden müssen, sei es, dass Lebensmittel entsorgt werden müssen (verdorbene Ware oder Ware, bei der das Verfalldatum abgelaufen ist: 25 Fälle 2014) oder der Gebrauch von Verfahren, Räumlichkeiten, Geräten oder Fahrzeugen verboten werden muss (ebenfalls 25 Fälle). Mit den Fotos, die bei solchen Kontrollen gemacht wurden, lassen sich Fälle dokumentieren, die bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden.



Das ILG beteiligte sich 2014 an einer nationalen Inspektionskampagne, bei der es darum ging, zu prüfen, ob die Regeln der Guten Hygienepraxis beim Transport von Lebensmitteln, die kühl gelagert werden müssen, eingehalten werden. Von 51 aus diesem Anlass im Kanton kontrollierten Fahrzeugen mussten nur bei 6 besondere Massnahmen ergriffen werden.

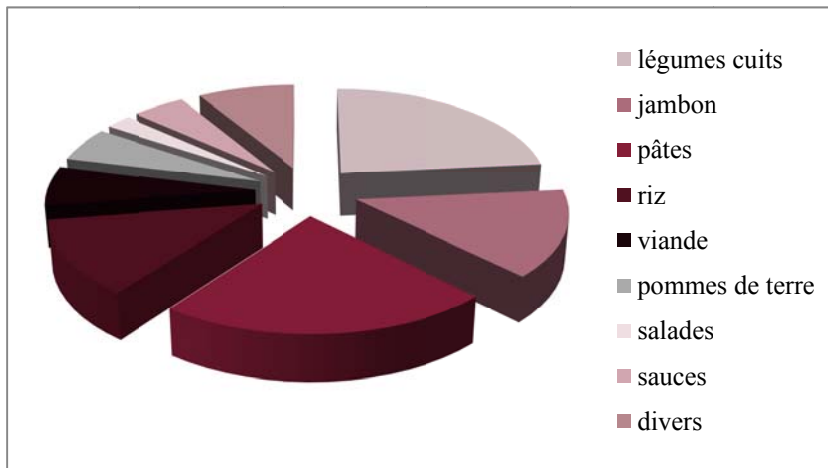
2014 wurde ein Betrieb vom ILG für den Export von Lebensmitteln in die Zollunion Russland/Kasachstan/Weissrussland zugelassen (nebst 2 freiburgischen Betrieben, die bereits 2013 eine entsprechende Zulassung erhielten) und 2 Betriebe wurden inspiziert, um zu überprüfen, ob die von der Volksrepublik China gestellten Anforderungen im Bereich Lebensmittelimport eingehalten wurden. Betriebe, die eine Betriebsbewilligung benötigen, haben das ILG 2014 in verschiedener Hinsicht beschäftigt: Die Abteilung hat die Aktualisierung und Erneuerung der Betriebsbewilligungen abgeschlossen (die vor allem Käsereien im Flachland und auf der Alp betrafen, sowie die im Bereich Milch tätige Lebensmittelindustrie) und wurde in diesem Bereich von der Bundeseinheit für die Lebensmittelkette (BLK) selbst geprüft.

Im Restaurationsbereich hat das ILG damit begonnen, die Umsetzung des neuen offiziellen Leitfadens «Gute Verfahrenspraxis im Gastgewerbe» zu überprüfen, dies nachdem die Modalitäten mit GastroFribourg besprochen worden waren. Das ILG beurteilt zudem, ob Baugesuche für Betriebe im Lebensmittelsektor die Anforderungen erfüllen, und beteiligt sich an der Ausbildung von Geschäftsführern öffentlicher Gaststätten. Schliesslich nimmt es Kontrollen im Auftrag der Interkantonalen Zertifizierungsstelle (IZS) vor, um zu kontrollieren, ob die Anforderungen der Pflichtenhefte von Gruyère AOP und Vacherin fribourgeois AOP eingehalten werden.



### 5.2.5 Kantonale, interkantonale und nationale Kampagnen

Das LSVW hat 10 kantonale Kontrollkampagnen organisiert. Es war an 25 Kampagnen beteiligt, die im Rahmen der Interkantonalen Vereinbarung zwischen den Westschweizer Kantonen durchgeführt wurden, bei 6 davon als Analyselabor, und an 5 nationalen Kampagnen. Diese Kampagnen betrafen namentlich die mikrobiologische Beschaffenheit der Lebensmittel in öffentlichen Gaststätten, Kollektivküchen und Kantinen, die Analyse von Eiswürfen, kalte Buffets und Salatbuffets, die Nickelfreisetzung und den Cadmium- und Bleigehalt von Schmuck oder die flüchtigen organischen Verbindungen (VOC) in Trinkwasser. Für die Einzelheiten zu den Ergebnissen dieser Kampagnen sei auf die Tabellen 5.2.2.1 und 5.2.2.3 verwiesen.



Verteilung der Proben von nicht vorschriftsgemässen Lebensmitteln



Ungenügende Reinigung einer Eiswürfelmaschine – Rost

### 5.2.6 Chemikalien

Infolge der Informationsveranstaltung der Verantwortlichen des naturwissenschaftlichen Unterrichts an den Orientierungsschulen (OS), die 2013 durchgeführt wurde, sind 7 OS inspiziert worden. Die Ergebnisse waren im Allgemeinen gut.

22 Betriebe wurden im Rahmen der Kontrolle des Inverkehrbringens inspiziert, bei 20 wurden Unregelmässigkeiten festgestellt.

Das LSVW hat zudem an einer Kampagne teilgenommen zur Kontrolle von Produkten mit Methylendiphenylisocyanaten wie Schäume, Oberflächenbeschichtungen und Klebstoffe. Die 7 kontrollierten Produkte entsprachen nicht den Vorschriften.

Das Amt hat den betroffenen Personen ein Informationsschreiben zu den neuen Bestimmungen des Chemikaliengesetzes zukommen lassen und einen Entwurf für eine kantonale Verordnung über die Chemikalien ausgearbeitet, in dem die vom Bundesgesetz definierten Aufgaben auf die betroffenen Organe des Kantons aufgeteilt werden.

### 5.2.7 Inspektorat für Fleischverarbeitung und Schlachthöfe

#### 5.2.7.1 Tätigkeit auf Ebene der Schlachtbetriebe

Die Fleischkontrolle überprüft die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften im Bereich Tierschutz, Tiergesundheit, Tierarzneimittel und Lebensmittel.

In Zusammenarbeit mit dem BLV engagiert sich die Sektion in der Weiterbildung für die amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten und die amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte. Die Sektion IFS hat die interne Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichergestellt.

Das LSVW hat nach der Einführung des kantonalen Reglements vom 8. April 2014 über die Lebensmittelsicherheit (LSMR, SR 821.30.11) und der Tierseuchenverordnung vom 8. April 2014 (TiersV, SR 914.10.11) auch eine Ausbildung organisiert. Diese praktische und theoretische Ausbildung richtet sich an Tierärzte und Wildhüter-

Fischereiaufseher. Sie hat zum Ziel, das Fleisch von Wildtieren, die zum Verkauf bestimmt sind, amtlich zu kontrollieren, und das allfällige Auftreten und die Verbreitung von Tierseuchen wie der Rindertuberkulose oder der Schweinepest bei Wildtieren zu überwachen.

Bei den Schlachtungen, die alle im Informatikprogramm «Fleco» eingetragen sind, wurden folgende Daten ins Verzeichnis aufgenommen:

#### Schlachtungen von Klautieren:

Schlachtungen gesamt	Tiere aus der Schweiz	Tiere aus dem Ausland
496 171	494 185	1986

Das Fleisch von 495 077 Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 1094 Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

Die gesamte Anzahl Schlachtungen nach Gattung wurde wie folgt verzeichnet:

Rinder	Schafe	Ziegen	Schweine	Pferde	Zuchtwild	Kaninchen	Lamas	Alpakas
95 788	2476	521	397 050	122	112	101	1	0

**Schlachtungen von Hausgeflügel:** 27 181 928 Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 26 741 470 Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 440 458 Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

**Ziele 2014:** Es wurden 15 Inspektionen in 2 grossen Betrieben, 11 kleinen Schlachthöfen und 2 Betrieben für die Verarbeitung von Innereien durchgeführt. Die 11 Berichte für die kleinen Schlachthöfe wurden in LIMSOPHY gemacht.

#### 5.2.7.2 Überwachung der Tiergesundheit und des Tierschutzes in Freiburger Schlachthöfen

**Begleitdokument für Klautiere:** Die Tierhalterin oder der Tierhalter ist verpflichtet, das Begleitdokument, ein amtliches Papier, das sowohl für die Nahrungsmittelsicherheit als auch für die Tierseuchenbekämpfung von Nutzen ist, auszufüllen. Das Inspektorat für Fleischverarbeitung und Schlachthöfe behandelt die Fälle, in denen das Begleitdokument nicht korrekt ausgefüllt wurde. 2014 kam es zu 9 Verwarnungen wegen mangelhaft ausgefüllter Dokumente, 27 Verwarnungen und 2 Anzeigen wegen kranker oder verunfallter Tiere, die nicht gemeldet wurden, sowie 3 Verwarnungen wegen Nichtkennzeichnung des Tieres.

**Parasitenkrankheiten:** Bei der Fleischkontrolle nach der Schlachtung können Parasiten entdeckt werden, die auch den Menschen befallen: die Sarcocystis, gewisse Bandwürmer und die Trichinellen. Werden diese Parasiten von der Fleischkontrolle entdeckt, wird das Fleisch beanstandet. 9 Fälle von generalisierter Sarkosporidiose wurden bei Tieren, die aus dem Kanton stammen, nachgewiesen. 9 Schlachttierkörper wurden daher nicht zum Verzehr freigegeben. Zudem wurden 75 Fälle von Zystizerkose bei aus dem Kanton stammenden Tieren in den Schlachthöfen nachgewiesen, 4 Schlachttierkörper wurden für ungeniessbar erklärt.

**Monitoring:** Auf nationaler Ebene werden verschiedene Überwachungsprogramme mit unterschiedlichen Zielen durchgeführt: a) Nachweis des Nichtvorhandenseins einer Krankheit, b) Nachweis der Streuung eines Erregers im Tierbestand, c) Einhaltung der Bestimmungen im Bereich Tierarzneimittel. Die gesamten Resultate dieser Kampagnen werden vom Bundesamt für Veterinärwesen veröffentlicht. In 9 Fällen wurden in den Schlachthöfen Hemmstoffe in den Nieren von Schlachttieren festgestellt, was zu 4 Verwarnungen und 1 Anzeige führte.

**Wohlbefinden der Tiere:** 138 Dossiers über die Feststellung von Verstössen wurden von der Sektion Inspektorat für Fleischverarbeitung und Schlachthöfe eingereicht.

#### 5.2.8 Tiergesundheit

##### 5.2.8.1 Rindertuberkulose

Nachdem im Jahr 2013 Tuberkulosefälle festgestellt worden waren, wurden zwischen Ende Januar und Anfang März 2014 2063 Tiere einem Tuberkulintest unterzogen (davon 1293 Tiere von 29 «Wiederholungsbetrieben» und 770 Tiere von 100 «forensischen» Betrieben). Insgesamt haben 26 Tiere nicht negativ auf den Tuberkulintest reagiert.

8 Betriebe wurden unter Sperre gestellt (Verdacht auf Rindertuberkulose). Die Ergebnisse der PCR-Analysen sind jedoch alle negativ ausgefallen, was darauf schliessen lässt, dass es in Freiburg keine weiteren Tuberkuloseausbrüche gibt. Die erneuten Tuberkulintests auf den gesperrten Betrieben (40 Tage nach der Entsorgung) ergaben alle negative Resultate. Daher konnten die Sperren aufgehoben werden. Im Herbst, nach der Rückkehr von der Sömmerung 2014, ergaben 3 aus dem Jahr 2013 verbliebene «Wiederholungsbetriebe» negative Ergebnisse.

#### 5.2.8.2 Bienenzucht

Wie jedes Jahr wurde ein Drittel der Bienenhäuser im Kanton Freiburg durch die Bieneninspektorinnen und Bieneninspektoren kontrolliert. Im Verlaufe des Jahres 2014 wurden 10 Entscheide betreffend 3 Fälle von Faulbrut und 2 Fälle von Sauerbrut getroffen.

Was die Varroatose betrifft, so gab es 2014 einige Laboranalysen und Seuchenmeldungen mehr als 2013 (2 im Jahr 2013 und 7 im Jahr 2014). Die meisten Varroa-Fälle werden ohne Laboranalyse festgestellt. Die 2014 durchgeführten Bienenkontrollen haben hervorgehoben, dass die Verluste in Zusammenhang mit der Varroa und aufgrund eines feuchten und vorzeitigen Saisonbeginns (2 Generationen Varroa mehr) bis Ende 2014 nicht zurückgehen werden.

Seit 2014 werden die Bieneninspektoren für die ganze Schweiz zentralisiert ausgebildet. Die Ausbildung wird von der Bundesgesetzgebung geregelt und die Bieneninspektoren erhalten den Titel «Amtliche Fachassistent/-innen Bieneninspektion». Infolge dieser Änderungen in der Gesetzgebung hat der Kanton Freiburg eine Prüfungskommission (bestehend aus Bienenexperten und Amtlichen Tierärzten) eingesetzt. Die Mehrheit der Bieneninspektoren, die bereits vor 2014 im Amt waren, hat die vom Gesetz verlangte (praktische und theoretische) Prüfung im Berichtsjahr bestanden. Ende 2014 haben 11 Personen ihr Diplom als «Amtliche Fachassistent/-innen Bieneninspektion» erhalten.

#### 5.2.8.3 Ziele 2014

##### Einsatzgruppe

Das Ziel, eine Einsatzgruppe zu organisieren, zu instruieren, auszubilden und auszurüsten, wurde erfüllt. Die Gruppe ist im Verlauf des Jahres zweimal zusammengetreten. Infolge von Seuchenfällen bei Geflügel (Infektiöse Laryngotracheitis und Salmonellen) musste die Gruppe auf 4 Betrieben und auf Anordnung des Kantonstierarztes eingreifen.

**Erteilung verschiedener Bewilligungen:** Dank der gemeinsam mit dem Amt für Landwirtschaft veröffentlichten Information haben sich zahlreiche Tierhalter, die eine Bewilligung zur künstlichen Besamung auf dem eigenen Betrieb brauchten, beim LSVW gemeldet. Die notwendigen Bewilligungen (62 Bewilligungen) wurden erteilt. Die übrigen Bewilligungen konnten ebenfalls fristgerecht erteilt werden.

Zusätzlich zu den 83 Bewilligungsentscheiden wurden 45 Viehhandelspatente erteilt.

Art des Entscheids	Anzahl Entscheide
Tierausstellung, Bewilligung	10
Künstliche Besamung auf dem eigenen Betrieb, Bewilligung	62
Tierische Nebenprodukte, Transportbewilligung	2
Tierische Nebenprodukte, Bewilligung Sammelstelle	1
Tierische Nebenprodukte, Bewilligung zum Vergraben eines verendeten Rindes	1
Tierische Nebenprodukte, Bewilligung zum Vergraben infolge eines Brandes	1
Wanderschafherden, Bewilligung	6
Total	83

**Nationales Monitoring (Tierseuchen):** Die jährlichen Kontrollen ergaben negative Ergebnisse für alle Betriebe. In gewissen Kantonen fielen die Ergebnisse der Kontrollanalysen zum Porcinen reproduktiven und respiratorischen Syndrom (PRRS) nicht negativ aus, was in gewissen Schweinezuchten zusätzliche Analysen erforderlich machte. In Freiburg fielen alle Analysen negativ aus.

Überwachungsprogramm für Wiederkäuer	Art	Anzahl negativ getesteter Betriebe
IPV und EBL: Sentinelbetriebe	Rinder	10
IPV und EBL: Betriebe ohne Milch	Rinder	38
Brucella melitensis	Schafe	30
Brucella melitensis	Ziegen	25

Im Verlauf des Jahres 2014 wurden 76 Seuchenfälle gemeldet. Glücklicherweise handelte es sich bei keinem der festgestellten Fälle um eine hochansteckende Tierseuche.

Nach der Sömmerungsperiode wurden mehrere neue Fälle von Boviner Virusdiarrhoe (BVD) diagnostiziert. Zudem gab es in rund zehn Betrieben Reinfektionen.

2014 wurden ausserdem mehrere Fälle von Salmonellose festgestellt. 4 Masthennenbetriebe und 2 Rinderhaltungsbetriebe waren betroffen, wobei es sich bei einem davon um einen Grossbetrieb handelte mit sehr akuten Symptomen.

Tierseuchen	Kategorie	Anzahl gemeldeter Tierseuchen	Bemerkungen
APP	zu bekämpfen	1	
Equine Virusarteritis	zu überwachen	1	
BVD	auszurotten	7	ohne die Reinfektionen
Campylobacter jejuni	zu überwachen	1	
Rauschbrand	zu überwachen	1	
Chlamydiose	zu überwachen	4	
Coxiellose	zu überwachen	15	
Cryptosporidiose	zu überwachen	13	
Echinococcose	zu überwachen	1	
Leptospirose	zu bekämpfen	1	
Faulbrut	zu bekämpfen	3	
Sauerbrut	zu bekämpfen	2	
ILT	zu bekämpfen	2	
Maedi Visna	zu überwachen	1	
Neosporose	zu überwachen	4	
Paratuberkulose	zu überwachen	4	
Salmonellen	zu bekämpfen	8	4 x Geflügel, 2 x Rinder, 1 x Schafe, 1 x Schlangen
Varroa	zu überwachen	7	
Total		76	

### 5.2.9 Milchinspektorat und Primärproduktion

Die Akkreditierung nach der ISO-Norm EN 17020 wurde nach dem SAS-Audit erneuert.

Die angestrebte Vielseitigkeit der Kontrollen ist erreicht. Das Ziel von 800 Kontrollen im Jahr 2014 wurde praktisch erfüllt. Es wurden insgesamt 756 amtliche Kontrollen durchgeführt. Im Übrigen befanden sich 27 Betriebe auf der Liste (Einstellung des Betriebs oder gegenwärtig ohne Tiere). Es sei auf die Zusammenarbeit des ILG und des Milch- und Primärproduktionsinspektorats (MIPP) für die Kontrolle der Fischzuchten hingewiesen.

Dank einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Einheiten des LSVW (ILG und MIPP), und nicht zu vergessen dem LWA, sind im Kanton Freiburg im Berichtsjahr 286 Betriebe mit Direktverkauf erfasst worden, was einer Zunahme von über 100 % entspricht; 84 wurden zwischen 2013 und 2014 vom MIPP und 95 vom ILG kontrolliert. Während den letzten zwei Jahren wurden über 180 Betriebe mit Direktverkauf kontrolliert. Das ILG nimmt alle 2 Jahre und das MIPP alle 4 Jahre Kontrollen vor, bzw. alle 8 Jahre auf Sömmerungsbetrieben.

Die 29 (51) Milchliefer Sperren wurden aufgrund von Hemmstoffen 22 (38), Problemen mit der Zellzahl 5 (8), Keimbelastung 2 (2) und aufgrund von durchgeführten Kontrollen 0 (3) verhängt. In Klammern stehen die Zahlen von 2013. Bei der Staatsanwaltschaft wurden 4 Anzeigen eingereicht.

Anzahl	Zellzahl	Keimbelastung	Hemmstoffe	Amtliche Grundkontrollen
Milchliefer Sperren	5 (8)	1 (2)	22 (38)	0 (3)
Aufhebungen der Sperre	4 davon 1 von 2013 (6)	1 (1)	22 (38)	0 (1)

Zudem hat das MIPP für das BLV das Monitoring von Rückständen in der Milch und die AOP-Kontrollen von Gruyère, Vacherin Fribourgeois und Emmentaler-Schweizerland vorgenommen.

### 5.2.10 Tierschutz

Der Sektor Tierschutz – Tierhaltung hatte das Ziel, im Berichtsjahr mindestens 280 Kontrollen durchzuführen. Der Sektor verzeichnete 407 Anfragen für Interventionen, davon kamen 8 von Tierhaltern, die die Normen erfüllen möchten. Der Sektor hat 239 Kontrollen durchgeführt, dazu kommen 42 Schweineställe, die auf Mandatsbasis vom Schweinegesundheitsdienst inspiziert wurden. Mehr als ein Drittel der Schweineställe wies Mängel auf.

Im Verlauf des Jahres konnten 346 Dossiers abgeschlossen werden. Von den Anzeigen, die Mängel bei Nutztieren betrafen, waren am häufigsten die Rinder (28 %), gefolgt von Pferden und Schweinen (16 und 15 %) und Kleinwiederkäuern (11 %) betroffen. Die Präzisierung der Norm im Bereich Füllgewicht der Kisten mit Mastgeflügel führte zu einer Zunahme der von der Fleischkontrolle überwiesenen Fälle, weshalb sich der Anteil der Geflügel betreffenden Dossiers auf 28 % beläuft.

Was das Mandat der FIPO (Freiburgische Vereinigung umwelt- und tiergerecht produzierender Landwirte) anbelangt, so wurden 737 Betriebe kontrolliert, wobei in 86 Fällen Mängel festgestellt wurden (11,7 %). Diese Zahl ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf den Ablauf mehrerer Übergangsfristen zurückzuführen (Kuhtrainer-Apparate, Standplatzbreiten, ständiger Zugang zu Wasser für Kälber, Kälberboxen usw.). Die Ergebnisse der Kontrollen, die Mängel ergaben, wurden alle im Informatikprogramm Acontrol erfasst, mit dem alle Kontrolldaten der landwirtschaftlichen Betriebe in der Schweiz registriert werden sollen.

Bei den Haustieren sind die Katzen (41 %) und die Ziervögel (26 %) am häufigsten von Klagen betroffen.

Die Einsätze des Amtes gaben Anlass zu 4 Tierhalteverboten, 1 Verbot zur Benützung von Räumen und 9 Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft.



2 der Pferde (9 Pferde), die wegen andauernder mangelhafter Pflege beschlagnahmt wurden



---

Derzeit verwaltet der Kanton Freiburg 121 Bewilligungen für die Haltung von Wildtieren. 2014 wurden 13 neue Bewilligungsgesuche und 32 Gesuche um Erneuerung der Haltebewilligung eingereicht.

Der Sektor hat 24 Bewilligungen für Ausstellungen verschiedener Tierarten erteilt und eine Bewilligung für Tierhandlungen erneuert.

Ausserdem wurden 134 aufgefundene Tiere in unsere Datenbank ([www.animal-trouve.ch](http://www.animal-trouve.ch)) eingetragen und 122 Tiere als vermisst gemeldet ([www.animal-perdu.ch](http://www.animal-perdu.ch)).

### 5.2.11 Tierversuche

Gegenwärtig sind im Kanton Freiburg 136 Bewilligungen für Tierversuche vergeben. Eine Bewilligung ist höchstens drei Jahre gültig.

2014 erteilte das LSVW 103 Bewilligungen. 22 betrafen Gesuche des Schweregrads 0 (Versuche, die den Tieren weder Schmerzen noch Leiden oder Schäden zufügen, die sie weder in Angst versetzen, noch ihr Allgemeinbefinden beeinträchtigen oder ihre Würde missachten) und 81 Gesuche des Schweregrads 1 bis 3. In 35 Fällen handelte es sich nicht um neue Gesuche, sondern um Ergänzungen zu laufenden Bewilligungen.

In den meisten Fällen mussten von den Forschern Präzisierungen verlangt werden und die Bewilligungen konnten nur mit zusätzlichen Auflagen erteilt werden, um sicherzustellen, dass die Tiere nicht grösseren Belastungen als nötig ausgesetzt sind.

Insgesamt musste ein Gesuch verweigert und 7 an die Gesuchsteller zur Überarbeitung zurückgesandt werden.

Das LSVW hat zudem 19 positive Stellungnahmen für interkantonale Gesuche an Veterinärbehörden anderer Kantone abgegeben.

Der Kanton Freiburg zählt 4 Forschungszentren, in denen Versuchstiere gehalten werden, davon ist eines in 6 separate Einheiten (Institute) aufgeteilt. Alle Zentren und Einheiten, an denen Versuchstiere gehalten werden, wurden im Jahr 2014 kontrolliert.

#### 5.2.11.1 Aufsichtskommission für Tierversuche

Die Aufsichtskommission für Tierversuche ist 7 Mal zusammengetreten und hat 68 Bewilligungsgesuche und Gesuche um Änderung erteilter Bewilligungen behandelt. Das Amt führte das Sekretariat der Kommission.

Im Auftrag des LSVW inspizierte die Kommission zudem Versuchstierzüchtereien (Versuchstierhaltung).

### 5.2.12 Hunde

Das Jahr 2014 war gekennzeichnet durch 138 Beurteilungen von gefährlichen und/oder bewilligungspflichtigen Hunden. Die Haltung von Hunden, die auf der Rassenliste stehen, geht kontinuierlich zurück (von 224 im Jahr 2013 auf 215 im Jahr 2014: -5 %). Die Aufgaben in Zusammenhang mit dem Tierschutz von Hunden haben zugenommen (28 %) mit 50 Dossiers 2013 und 64 Dossiers 2014. Da bei jedem behandelten Dossier kontrolliert wird, ob die obligatorischen Kurse besucht wurden, musste der Sektor 196 Fälle weiterverfolgen. Von allen 2014 bearbeiteten Dossiers mussten nur 37 Fälle bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden.

Was die Hundeausbildner betrifft, so sind im Kanton gegenwärtig 138 (111 im Jahr 2013) vom Amt definitiv anerkannt worden. 23 von ihnen haben wir beim Ausüben ihrer Tätigkeit kontrolliert. 123 Hundeausbildner (108 im Jahr 2013) haben eine provisorische Anerkennung erhalten. Folglich sind im Kanton 261 Hundeausbildner tätig (209 im Jahr 2013).

Die unten stehende Tabelle fasst die für den Sektor prioritären Aufgaben zusammen. Es handelt sich insbesondere um Fälle in Zusammenhang mit der Gefährlichkeit sowie der jährlichen Kontrolle von Hunden, die im Rahmen der Prävention von Beissunfällen an den Primarschulen verwendet werden. In Zusammenhang mit der von der ILFD und der anerkannten gemeinnützigen Stiftung Hundebiss-Prävention Freiburg (PAMFri) unterzeichneten Vereinbarung fasst die folgende Tabelle die Kontrollen des Amts und die Einsätze der Stiftung bei Schülerinnen und Schülern der 2. und 3. Klasse HarmoS zusammen.

Im Rahmen der Kontrollen von professionellen Hundehaltungen, wurden 21 Pensionen oder Mini-Pensionen (< 5 Hunde) behandelt und inspiziert, ohne dass schwerwiegende Mängel festgestellt worden wären. Die Kontrollen werden 2015 fortgesetzt.

Gefährlichkeit	2014	2013
<b>Hundebisse am Menschen</b>	87	49
Kinder von 0 - 13 Jahren	20	
Jugendliche von 13 - 17 Jahren	1	
Erwachsene	66	
<b>Hundebisse an Tieren</b>	40	36
<b>Aggressives Verhalten</b>	35	17
<b>Insgesamt</b>	<b>162</b>	<b>102</b>

Kontrolle der Hunde für die Hundebiss-Prävention (PAMFri)	2014
Diplomierte Einsatzteams	21
Einsatzteams am Ende der Ausbildung	4
Total	25
<b>Besuchte Klassen/Schüler</b>	<b>35 Klassen/646 Schüler</b>

### 5.2.13 Importe und Exporte von lebenden Tieren

Wie in den Vorjahren wurden sehr viele Tiere importiert, von denen gewisse amtstierärztlich überwacht werden mussten. So wurden 21 Verfügungen über amtstierärztliche Überwachung erlassen.

Insbesondere folgende Tiere, für die keine tierärztliche Kontrolle notwendig war, wurden importiert: 70 (43) Katzen, 221 (186) Hunde, 123 (133) Pferde sowie verschiedene Arten wie Schlangen, Nagetiere, Vögel und andere Säugetiere.

Was Genetikprodukte betrifft, so wurden im Berichtsjahr 13 810 (15 156) Dosen Rindersamen, 469 (598) Dosen Pferdesperma und 127 (51) Rinderembryonen eingeführt.

22 Hundeimporte mussten abgeklärt werden, aufgrund ihres illegalen oder fehlerhaften Aspekts.

18 Zertifikate für die Sömmerung von Rindern in Frankreich wurden erteilt.

Das Amt hat unter anderem Ausfuhrbestätigungen oder -zertifikate für folgende Tiere ausgestellt: 131 (94) Pferde, 61 (4) Ziegen, 4 (20) Rinder, 10 (8) Katzen, 12 (25) Hunde, 33 (15) Sittiche, 5 (3) Schafe und 86 907 (69 901) Legehennen (für die Schlachtung im Ausland).

## 6 Amt für Wald, Wild und Fischerei (WaldA)

Amtsvorsteher: **Walter Schwab**

Das WaldA setzt sich für die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Lebensgrundlagen ein, insbesondere für:

- > den Wald und seine vielfältigen Funktionen
- > das Wild und den Schutz seines Lebensraums
- > den Schutz des Menschen und von Sachwerten vor gravitativen Naturgefahren
- > das dem Amt anvertrauten staatlichen Eigentum



## Bedeutende Vorkommnisse im Berichtsjahr:

### Personal des Amts

- > Neuer Forstingenieur leitet den 2. Forstkreis (Sense) seit April, nachdem sein Vorgänger pensioniert wurde.
- > Nach mehrjährigem Unterbruch ist das Team der Wildhüter-Fischereiaufseher seit Juli mit 16 Personen wieder vollzählig.

### Nutzung der einheimischen Ressource Holz

- > Koordinierte Holzschläge für die Vorbereitung der zum Bau des neuen Verwaltungsgebäudes der Kantonspolizei erforderlichen Holzsortimente.

### Staatswälder

- > Wiederaufbau und Einweihung der gedeckten Höllbachbrücke aus Holz.

### Waldschutz, Pflanzenschutzproblem

- > Entdeckung von Befallsherden des Asiatischen Laubholzbockkäfers am Waldrand in Marly; 2. Fall im Kanton Freiburg nach Brünisried.

### Gravitative Naturgefahren

- > Starke Niederschläge im Juli und August führen zu Überschwemmungen und Rutschungen und machen verschiedentlich ein rasches Eingreifen des Amts erforderlich, um Schäden an Infrastrukturen und Wohnhäusern zu verhindern oder einzuschränken.

### Wildtiermanagement

- > Ausarbeitung und Umsetzung des «Konzepts Wald und Hirsch» und des «Biberkonzepts».

## 6.1 Wald

### 6.1.1 Walderhaltung

Verfügungen der ILFD auf Antrag des WaldA:	Anzahl
Rodungen	11
<i>Gesamtfläche und Rodungsgrund: 41 744 m<sup>2</sup>; Wasserversorgung und Abfluss von Wasser (5), Hochwasserschutz(2), Ausbau des Gasnetzes(1), Materialabbau (1), Ausbau bestehender Anlagen (2)</i>	
Waldfeststellungen	20
Veranstaltungen im Wald	16
<b>Vom WaldA für nachteilige Waldnutzung ausgestellte Bewilligungen:</b>	<b>44</b>

Stellungnahmen des WaldA:	Anzahl
Gesuche um Baubewilligungen für walddnahe Bauten	281
Dossiers zur Revision der OP/DBP, Revisionsprogramme und andere, nicht durch das RPBG geregelte Projekte (Strassen, Gasleitungen, BV-Projekte usw.)	94
Veranstaltungen im Wald (Bewilligung der ILFD nicht erforderlich)	36
<b>Anzeigen wegen Verstössen gegen die Strassensignalisation (Beschränkung des Verkehrs im Wald):</b>	<b>83</b>

### 6.1.2 Biologische Vielfalt im Wald

Im Rahmen der Programmvereinbarung 2012-2015 wurden 2014 folgende Aktionen durchgeführt: Massnahmen zugunsten besonderer Waldarten (Eiche, seltene Bäume, Tierarten) auf einer Fläche von 51 ha und Verbesserung der Waldrandstruktur auf 19 ha. Die Subventionen (Kanton und Bund) beliefen sich auf gerundete 570 000 Franken.

### 6.1.3 Schutz vor Naturgefahren, Schutzwälder

#### 6.1.3.1 Schutzwälder

Förderungsgrund	Gerundeter Betrag der bezahlten Subventionen (Fr.)	Menge (ha, m <sup>3</sup> usw.)
Waldbauliche Massnahmen in Schutzwäldern (einschliesslich phytosanitäre Schäden)	4 035 000	33 laufende Projekte 587 ha beeinflusste Fläche
Infrastrukturen in Schutzwäldern	549 000	7 laufende Projekte 240 m' neue Wege 12 142 m' instandgestellte Wege

#### 6.1.3.2 Schutzmassnahmen

Förderungsgrund	Gerundeter Betrag der bezahlten Subventionen (Fr.)	Menge (ha, m <sup>3</sup> usw.)
Schutzmassnahmen gegen Rutschung, Lawinen, Steinschlag	2 500 000	11 laufende Projekte 554 000 Franken reduziertes jährliches Risiko

#### 6.1.3.3 Kartierung der Naturgefahren, Raumplanung

Der Beitrag des Amtes für die Nutzung dieser Daten für die Raumplanung (Stellungnahmen KNG für Baubewilligungen, OP, DBP) ist eine permanente Aufgabe. Die Gefahrenkarten über Instabilitäts- und Lawinenprozesse sind für das gesamte Kantonsgebiet abgeschlossen. Die Revision der Daten für den voralpinen Sektor wurde unter dem neuen Ansatz der Prozessmodellierung in Angriff genommen. Ein Konzept zur Aktualisierung der Karten und zur Qualitätssicherung ist in Arbeit.

#### 6.1.3.4 Ereigniskataster StorMe

2014 war geprägt von einem sehr regnerischen Sommer mit zahlreichen Ereignissen im Juli und August. Ein spezieller Bericht mit verschiedenen Analysen und einem Überblick über sämtliche Probleme steht zur Verfügung.

Jahr	Lawinen	Sturzprozesse	Rutschungen	Wasser	Total
2005	0	3	51	21	75
2006	1	4	16	0	21
2007	1	5	31	6	43
2008	0	2	2	0	4
2009	3	8	3	3	17
2010	6	2	3	4	15
2011	0	3	2	3	8
2012	3	6	7	1	17
2013	1	7	13	2	23
2014	0	4	33	18	55
<b>Total 10 Jahre</b>	<b>15</b>	<b>44</b>	<b>161</b>	<b>58</b>	<b>278</b>

## 6.1.4 Waldbewirtschaftung, Holzproduktion und -verwendung

### 6.1.4.1 Förderungsmassnahmen

Förderungsgrund	Bezahlter Betrag, gerundet (Fr.)	Menge (ha, m <sup>3</sup> usw.)
Erneuerung der Wälder	505 000	14 302 m <sup>3</sup> defizitäre Holzernte 14 ha Pflanzungen
Erholungsfunktion des Waldes	656 000	3 022 ha Wald mit bedeutender Erholungsfunktion
Infrastrukturen ausserhalb von Schutzwäldern	492 000	11 neue Projekte (Walderschliessung, Lager oder Werkhof)
Verbesserung der Bewirtschaftungsbedingungen des Waldeigentums	73 000	4 Projekte für freiwillige Umlegungen von Waldparzellen oder Güterzusammenlegungen
Waldschäden	507 000	13 810 m <sup>3</sup> Schadholzernte
Optimale forstliche Betriebseinheiten	132 000	Eine Fusion einer Betriebseinheit
Jungwaldpflege	1 281 000	591 ha gepflegter Jungwald
<b>Investitionskredite</b>	<b>1 045 000</b>	<b>4 neue Verträge abgeschlossen</b>

### 6.1.4.2 Forstliche Betriebseinheiten

Körperschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit	Schriftliche Vereinbarung zwischen zwei Partnern	Mehrzweckgenossenschaft	Durch einen einzigen Eigentümer gebildete Einheiten	Forstreviere ohne Betriebseinheit
20 Einheiten	4 Einheiten	1 Einheit	4 Einheiten	4 Reviere bestehen vor allem aus Privatwäldern.

Projekte zur Entwicklung der forstlichen Betriebseinheiten sind in Arbeit, insbesondere im Saane- und Broyebezirk.

### 6.1.4.3 Forstliche Planung

Der Prozess der Freiburger Wald-Richtplanung FWRP wurde 2014 wie vorgesehen mit den verschiedenen Etappen der partizipativen Phase weitergeführt:

- > Januar und Februar: Medienkonferenz und Online-Umfrage
- > März: Informationsveranstaltungen
- > April: Thematische Arbeitsgruppen (3 Sitzungen)
- > Mai – Juni: Regionale Arbeitsgruppen (6 Sitzungen)
- > Juli: Interne partizipative Sitzung Karte der Waldfunktionen

Daraufhin wurden Massnahmenblätter mit Zielsetzungen ausgearbeitet, sowie eine Kartographie der Waldfunktionen. Eine erste vollständige Version des Dokuments, das auch als «Strategie Freiburger Wald 2025» bezeichnet wird, liegt vor. 2015 wird der Vernehmlassung bei den betroffenen Kreisen gewidmet sein.

Folgende **Betriebspläne/Bewirtschaftungspläne** wurden 2014 genehmigt:

- > Corporation de la Basse-Broye
- > Wald der Groupe E SA
- > Groupement d'Exploitation Forestière Intercantonal de la Broye (GEFIB)

### 6.1.5 Ausbildung

#### 6.1.5.1 Forstwartlehre EFZ + Forstpraktiker EBA

##### Am 1. Januar 2014 erfasste Verträge

<b>1. Jahr (EFZ)</b>	<b>16</b>	<b>(14 F und 2 D)</b>
2. Jahr (EFZ)	9	(7 F und 2 D)
3. Jahr (EFZ)	18	(14 F und 4 D)
Anlehre	2	(1 F und 1 D)
<b>1. Jahr (EBA)</b>	<b>5</b>	<b>(2 F und 3 D)</b>

##### Neue Lernende, die ihre Ausbildung im Herbst 2014 begonnen haben

<b>EFZ</b>	<b>18</b>	<b>(13 F und 5 D)</b>
<b>EBA</b>	<b>4</b>	<b>(3 F und 1 D)</b>

Die Lernenden EFZ absolvieren während ihrer Lehre während insgesamt 52 Tagen überbetriebliche Kurse und die Lernenden EBA während 32 Tagen.

Die Berufsbildner in Lehrbetrieben, die Berufsbildner in überbetrieblichen Kursen und an der Berufsfachschule sowie die Prüfungsexperten besuchten ebenfalls Weiterbildungskurse.

#### 6.1.5.2 Weiterbildung

Kurs	Anzahl	Teilnehmer (total)
Motorsägekurs	9	90
Holzerkurs 2	5	27
Nothelfer-Wiederholungskurs	2	28
Waldbau	4	33
Betriebsführung	3	7
Maschinen	1	3
Ausbildung	3	4
<b>Wild</b>	<b>4</b>	<b>25</b>

## 6.2 Jagd, Wild und Fischerei

### 6.2.1 Anzeigen

2014 haben die Wildhüter-Fischereiaufseher folgende Anzeigen erstattet:

- > 25 Anzeigen im Bereich Jagd und Schutz der Fauna
- > 83 Anzeigen im Bereich des Strassengesetzes
- > 22 Anzeigen im Bereich Fischerei
- > 85 Anzeigen im Bereich Gewässerschutz

2 Personen wurde für die Jagdsaison 2013-2014 keine Berechtigung zur Ausübung der Jagd erteilt, da gegen sie eine Strafuntersuchung läuft.

## 6.2.2 Jagdsaison

Im Gebirge (Patent A) war der Abschuss einer Gämse und von Haarraubwild vom 15. September bis 4. Oktober gestattet. Die Inhaber eines Patents B konnten vom 22. September bis 18. Oktober im Flachland jagen. Sie durften ein bis drei Rehe erlegen. Zwischen dem 20. und 25. Oktober konnten die Jäger an bestimmten Orten zusätzliche Rehe erlegen, um den Druck auf den Wald zu verringern. Die Wildschweinjagd im Flachland begann vor den übrigen Jagden, nämlich am 1. September, und läuft bis am 31. Januar 2015. Der Abschuss von Hasen und Murmeltieren war verboten.

Die Inhaber eines Zusatzpatentes für die Jagd auf den Hirsch konnten vom 15. bis 20. September im Gebirge oder im Flachland einen männlichen Hirsch, einen Spiesser oder ein Kalb erlegen und vom 20. Oktober bis 8. November einen weiblichen Hirsch, einen Spiesser oder ein Kalb. An diesen Daten wurden 45 der 60 im Abschussplan vorgesehenen Hirsche erlegt. Es wurde keine Ergänzungsjagd organisiert. Vom 14. bis 20. September fand eine Spezialjagd auf die Gämse statt, um Gämse in den beiden Eidgenössischen Jagdbannbezirken und den kantonalen Jagdbannbezirken zu erlegen. Angesichts des Rückgangs des Steinwildbestands war es dieses Jahr nicht nötig, eine Regulierungsjagd durchzuführen.

Das Patent E für die Jagd auf Federwild berechnigte zu dessen Jagd vom 22. September bis 15. Januar und zur Jagd von Waldschneppen vom 15. Oktober bis 14. Dezember.

## 6.2.3 Besondere Ereignisse

### 6.2.3.1 Vereinfachung der Jagdgesetzgebung

Zum Schutz des Hirsches während der Brunftzeit wurde diese Jagd um eine Woche vorgezogen. In der ersten Woche ist nur der Abschuss von männlichen Tieren, Spiessern und Kälbern erlaubt, dann wird die Rothirschjagd während vier Wochen eingestellt. Dieser Jagdverzicht ermöglicht dem Hirsch eine ruhige Brunft und wirkt sich vorteilhaft auf die Verteilung der Brunfteinstände in den Voralpen aus.

Verschiedene Massnahmen zur Erleichterung der Jagd auf das Wildschwein sind in die Gesetzgebung aufgenommen worden, beispielsweise die Verlängerung der Jagdperiode im Flachland vom 1. September bis 31. Januar, die Reorganisation der Jagd von Hochsitzen aus am Südufer des Neuenburgersees.

### 6.2.3.2 Entwicklung der Aufteilung der von Wildschweinen verursachten Schäden

Im Vergleich zu 2013 sind die Entschädigungen für Wildschweinschäden an landwirtschaftlichen Kulturen zurückgegangen. Die Entschädigungen, die aus dem Fonds für das Wild entrichtet wurden, sind von über 170 300 Franken auf 92 223 Franken gesunken, was einem Rückgang von mehr als 45 % gegenüber 2013 entspricht.

## 6.2.4 Statistik der Fischereipatente

Die Statistiken der vom Kanton Freiburg 2014 ausgestellten Fischereipatente können auf der Website des Amts für Wald, Wild und Fischerei eingesehen werden.

## 6.2.5 Pachtfischerei

2010 begann eine neue Pachtfischereiperiode. Sie dauert bis Ende 2015.

Von 72 Fischereilosen sind 70 verpachtet.

## 6.2.6 Fischerei im Neuenburgersee

Im Jahr 2014 stellte der Kanton Freiburg folgende Patente aus:

4 Berufspatente (Patent A), 3 Spezialberufspatente (Patent B), 173 Sportfischereipatente mit Schleppangel (Patent C), 173 Sportfischereipatente (Patent D), 158 Zusatzpatente für Gastfischer, 44 Tagespatente C und 70 Tagespatente D.

## 6.2.7 Fischerei im Murtensee

Im Jahr 2014 stellte der Kanton Freiburg folgende Patente aus:

1 Berufspatent (Patent A), kein Spezialberufspatent (Patent B), 360 Sportfischereipatente mit Schleppangel (Patent C), 481 Sportfischereipatente (Patent D) und 355 Zusatzpatente für Gastfischer.

---

## 7 Oberämter

---

### 7.1 Oberamt männerkonferenz

Präsident: **Michel Chevalley**

Die vom Oberamtmann des Vivisbachbezirks präsierte Oberamt männerkonferenz hat 2014 13 ordentliche und 2 ausserordentliche Sitzungen abgehalten.

Sie traf sich mit dem Staatsrat, aber auch, je nach aktuellem Geschehen, mit den verschiedenen Direktionen, Ämtern des Staates oder Partnern, mit denen die Oberamt männer eine enge Verbindung pflegen: GSD, FIND, Kommandant der Kantonspolizei, Chef der Gendarmerie, Vorstand des kantonalen Gemeindeverbands (FGV), tpf, KGV, BMA, ABSM, MobA, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Oberamt männerkonferenz ist grundsätzlich in allen laufenden Baustellen des Staates vertreten. Sie antwortet auf jede Vernehmlassung, zu der sie befragt wird.

Das neue Baurecht ist ein Schwerpunktbereich der Oberämter, da es grosse Auswirkungen auf ihre Tätigkeit und ihre Personalausstattung hat. Die zunehmende Verrechtlichung und Komplexität der Dossiers steigen exponentiell an, was die Sache nicht eben erleichtert.

Da sich die Oberamt männer stark für die Wirtschaft in ihrer Region einsetzen, leitet die Oberamt männerkonferenz Innoreg.FR, eine Struktur in Zusammenhang mit der endogenen Entwicklung und der NRP.

### 7.2 Oberamt des Saanebezirks

Oberamtmann: **Carl-Alex Ridoré**

#### Bereiche der EKSD

**Association du Cycle d'orientation de la Sarine-Campagne et du Haut-Lac français (der Verband).** Der Verband war weiter damit beschäftigt, die neue statuarische Organisation umzusetzen, namentlich anhand einer neuen Richtlinie über die Rückerstattung von Auslagen. Der Vorstand beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Beziehungen zur Stadt Freiburg. Dazu und unter Berücksichtigung der Eröffnung des neuen Gebäudes der deutschsprachigen OS in der Stadt, die für Ende August 2016 vorgesehen ist, haben die Parteien die Vereinbarung über die Rahmenbedingungen der Schüler der Mitgliedergemeinden des Verbands, die eine OS der Stadt besuchen, und umgekehrt der Schüler der Stadt, die eine OS des Verbands besuchen, um zwei Jahre verlängert.

**Coriolis Infrastrukturen.** Die fünf Mitgliedergemeinden haben eine höhere Beteiligung pro Einwohner genehmigt, die somit von 22.50 auf maximal 32.50 pro Einwohner steigt. Damit soll dem Rückgang des Beitrags des Casinos von Freiburg Rechnung getragen werden und so die ambitionöse Kulturpolitik weiterverfolgt werden können. Nach der Umsetzung der internen Sparmassnahmen (Kürzung des Betrags an die Stiftung Equilibre und Nuithonie, Kürzung der Investitionen zugunsten anderer kultureller Infrastrukturen) hat der Vorstand anhand von Gesprächen mit Drittgemeinden an der Erweiterung des Perimeters gearbeitet. Die Gemeinden haben teilweise einen symbolischen Betrag als Beteiligung an Coriolis Infrastrukturen in ihren Voranschlag 2015 aufgenommen.

**Konsultativkonferenz zur Kultur in der Region Freiburg.** 200 Personen haben genau ein Jahr nach ihrer offiziellen Lancierung, am 28. Februar 2014, an der Kulturkonferenz der Region Freiburg teilgenommen. Die Arbeitsgruppe gab der Bevölkerung die Ergebnisse ihrer Überlegungen bekannt: Eine Vision mit dem Horizont 2030, 3 strategische Zielsetzungen und 10 Umsetzungsvorschläge. Die Rückmeldungen der betroffenen Kreise waren sehr positiv. Mehr als 500 Personen waren letztlich an diesem partizipativen Prozess beteiligt, aus dem verschiedene Initiativen und eine hervorragende kulturelle Dynamik entstanden sind. KULTUR 2030, der Bericht der Konsultativkonferenz zur Kultur in der Region Freiburg, ist im Herbst erschienen, nach einem Treffen des politischen Steuerungsausschusses mit den Vertretern der EKSD, im Hinblick auf eine koordinierte Umsetzung der Vorschläge.

---

**Kantonales Schwimmzentrum.** Als Fortführung der Arbeiten durch den Steuerungsausschuss der Regionalkonferenz für regionale Infrastrukturen und eine koordinierte Entwicklung hat eine Arbeitsgruppe mit dem Oberamtmann und den Gemeinden Freiburg, Granges-Paccot, Marly, Matran und Villars-sur-Glâne die Ergebnisse einer Vorstudie zum Standort eines kantonalen Schwimmzentrums in Grossfreiburg präsentiert. Die Studie wurde auf Initiative des Oberamtmanns und mit Genehmigung von fünf betroffenen Gemeinden von einem Architektenbüro durchgeführt. Dabei wurden 13 Standorte geprüft, von denen drei besonders geeignet wären: die Kiesgrube in Agy (Granges-Paccot), Bertigny West / Bertigny-Guintzet (Villars-sur-Glâne und Freiburg) und die Sportanlage St. Leonard (Freiburg). Auf dieser Grundlage hat der Oberamtmann eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, diese drei Standorte vertieft zu analysieren. Der Arbeitsgruppe gehören technische Vertreter der fünf Gemeinden an und sie wird von einem juristischen Berater des Oberamts präsiert.

### **Bereiche der SJD**

**Öffentliche Gaststätten und zeitlich befristete Grossveranstaltungen.** Die Überwachung der öffentlichen Gaststätten, die Verlängerungsgesuche und die feuer- und baupolizeilichen Kontrollen haben das Personal des Oberamts wie gewöhnlich ziemlich beschäftigt. Das Oberamt hat 9 Dossiers zu Zusatzpatenten B+ (Erneuerungen, Wiederaufnahme, neue Gesuche, Kontrolle usw.) behandelt, darunter drei neue Bewilligungen. Nebst der Erteilung zahlreicher Bewilligungen verschiedenster Art (Patente K, Umzüge usw.), hat der Oberamtmann mehrere Grossveranstaltungen bewilligt (Bolzenfasnacht; 29. Giron des musiques; Final der Swiss Basket League; Freiburger Messe; Heroes Day der Tamil Tigers; 1. kantonales Jugendfest der Freiburger Jugendvereinigungen – Farvagny 2014; Eröffnung der Poya-Brücke, 1. Festival «Les Georges»). Bei Bedarf organisiert das Oberamt Vorbereitungs- und Koordinationssitzungen mit den verschiedenen Partnern. In Anwendung der neuen Gesetzesbestimmungen hat der Oberamtmann zum ersten Mal eine Jahresbewilligung für den HC Fribourg-Gottéron sowie zwei punktuelle Bewilligungen für nationale und internationale Sportveranstaltungen erteilt (Testspiel FC Benfica-Bilbao und Schweiz-Russland im Rahmen des EuroBasket).

**Tätigkeiten und störende Begleiterscheinungen in Zusammenhang mit der Prostitution.** Die 2013 vom Oberamtmann des Saanebezirks gebildete Arbeitsgruppe zur Prostitution in der Stadt Freiburg, die aus lokalen Behörden, der Kantonspolizei, der Gewerbepolizei, den Anwohnern, den Betreibern und Vertretern der Sexarbeiterinnen besteht, hat ihre wichtige Dialog- und Analysearbeit fortgeführt. Sie hat ein umfassendes Sicherheitskonzept für alle Prostitutionsräumlichkeiten und das Café an der Grand-Fontaine umgesetzt, das zur besseren Kontrolle der störenden Begleiterscheinungen in Zusammenhang mit der Prostitution beiträgt.

**Feuerwehr und -polizei.** Nebst dem traditionellen Abend, an dem administrative Informationen erteilt werden und an dem alle Kommandanten und Präsidenten der örtlichen Feuerkommissionen teilnehmen, hat der Oberamtmann zahlreiche Feuerwehrkorps inspiziert und verschiedene Arbeitssitzungen abgehalten, die die Zusammenarbeit im Bereich Brandbekämpfung in den verschiedenen Regionen des Bezirks verbessern und stärken soll. Ein juristischer Berater hat das Oberamt im Rahmen der Totalrevision des Gesetzes über die Versicherung der Gebäude gegen Brand und andere Schäden sowie des Gesetzes betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden (Projekt «ECALex») vertreten.

### **Bereiche der ILFD**

**Politische Rechte.** Ein Teil des Personals des Oberamts wurde bei den kantonalen und den eidgenössischen Wahlen für die Koordination und den Vollzug von gesetzlichen Aufgaben in Anspruch genommen. Das Oberamt des Saanebezirks hat aktiv am Projekt SyGEV mitgewirkt, das die Einführung eines neuen Informatiksystems für die Verwaltung von Wahlen und Abstimmungen zum Ziel hat. Der Oberamtmann ist seit Projektbeginn Mitglied der Projektoberleitung und einer seiner juristischen Berater ist im Projektausschuss.

**Agglomeration.** Die Agglomeration Freiburg widmete das Jahr 2014 im Wesentlichen der Umsetzung der 48 Massnahmen des Agglomerationsprogramms 2. Generation (AP2; 2015-2018) und der Vorbereitung für dessen Revision im Hinblick auf die Annahme eines Agglomerationsprogramms 3. Generation.

Die Relevanz, sich vertieft mit der Vergrösserung des Agglomerationsperimeters auseinanderzusetzen, eine Begleitmassnahme der Zusammenschlüsse, die im Fusionsplan des Saanebezirks empfohlen wird, wurde mehrmals



---

von den Bundesinstanzen bestätigt. Am 18. Dezember 2014 hat das Bundesamt für Statistik eine neue Definition der städtischen Gebiete in der Schweiz publiziert. Daraus geht eine Ausweitung des statistischen Perimeters der Agglomeration Freiburg im Vergleich zum vorherigen Perimeter (2002) hervor, der bereits umfassender war als das Gebiet der institutionellen Agglomeration. In seinem Prüfungsbericht zum AP2 vom 26. Februar 2014 hielt das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) ausserdem fest: «Das Agglomerationsprojekt beschränkt sich auf einen begrenzten Perimeter sowohl konzeptionell als auch in Bezug auf die konkreten Masse, innerhalb des BFS-Perimeters der Agglomeration ist noch bedeutendes Entwicklungspotenzial vorhanden».

Das Oberamt beteiligt sich aktiv an den Arbeiten unter der Federführung der ILFD betreffend die Agglomeration Freiburg und die Gemeindezusammenschlüsse. Der Oberamtmann ist Mitglied des Steuerungsausschusses, während einer seiner juristischen Berater sich an den Arbeiten der Gruppe der Fachspezialisten beteiligt.

**Gemeindezusammenschlüsse.** Nach dem Ausstieg der Gemeinde Hauterive haben die Gemeinden Corpataux-Magnedens, Farvagny, Rossens, Le Glèbe und Vuisternens-en-Ogoz im Jahr 2014 zu fünft ein Fusionsprojekt weiterverfolgt. An der Volksabstimmung vom 30. November 2014 wurde die Fusion von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern der fünf Gemeinden mit einer Mehrheit von insgesamt über 75 % der Stimmen angenommen. Der Zusammenschluss, mit dem die neue Gemeinde mit dem Namen Gibloux entstehen wird, tritt auf den 1. Januar 2016 in Kraft.

Die Fusion «2c2g – Englisbourg» (Chésopelloz, Corminbœuf, Givisiez und Granges-Paccot), die 2013 fertig ausgearbeitet worden war, ist an der Abstimmung vom 30. März 2014 gescheitert, weil das Stimmvolk von Granges-Paccot die Fusionsvereinbarung nicht angenommen hat. Infolge dieses Scheiterns haben die Gemeinden Chésopelloz und Corminbœuf intensiv über eine Zweierfusion beraten.

Im Fusionsperimeter Saane Nord haben die Gemeinden Grolley und Ponthaux sowie die Gemeinden Belfaux und Autafond Fusionsprojekte ausgearbeitet. Das Stimmvolk der beiden letzteren Gemeinden wird am 8. März 2015 über die Vereinbarung abstimmen, die dann auf den 1. Januar 2016 in Kraft treten könnte. Das Fusionsprojekt zwischen Ponthaux und Grolley war ursprünglich ebenfalls für den 1. Januar 2016 vorgesehen, strebt heute aber den 1. Januar 2017 an.

In Saane West wurden zwei Vorstudien zu Zusammenschlüssen durchgeführt, die eine umfasst die Gemeinden des ganzen Perimeters (Autigny, Avry, Chénens, Corserey, Cottens, La Brillaz, Matran, Neyruz, Noréaz, Prez-vers-Noréaz), die andere nur die Gemeinden Matran und Avry. Die betroffenen Gemeinden haben vorgesehen, am 8. März 2015 eine Konsultativabstimmung über die beiden Projekte durchzuführen.

**Aufsicht über die Gemeinden.** Am 13. Oktober 2014 sind sechs der sieben Gemeinderäte von Rossens per sofort zurückgetreten. Am darauffolgenden Tag hat der Oberamtmann zusätzlich zu der im Amt verbliebenen Person vier Personen von ausserhalb der Gemeinde, darunter einer seiner juristischen Berater, als Gemeinderatsmitglieder ad interim ernannt, bis zur Durchführung von Ersatzwahlen und zur Neubildung des Gemeinderats.

### **Bereiche der VWD**

**Neue Regionalpolitik (NRP).** In Erwartung der Schaffung einer formellen Regionalstruktur vertritt der Oberamtmann den Saanebezirk weiterhin im Vorstand des Vereins der Freiburger Regionen für die Neue Regionalpolitik (INNOREG FR). Die operative Zusammenarbeit mit den übrigen Regionalsekretariaten wird von der Agglomeration Freiburg gewährleistet.

### **Bereiche der GSD**

**CODEMS.** Die CODEMS hat zum ersten Mal die Anlagebuchhaltungen der Pflegeheime des Bezirks auf der Grundlage der neuen Richtlinie für die Berechnung der Finanzierungs- und Investitionskosten für Pflegeheime (Richtlinie «Fiffine») kontrolliert. Daneben hat die Kommission die Aktualisierung ihres Reglements abgeschlossen und das Problem der des Landwerts gemäss der neuen Richtlinie «Fiffine» gelöst. Neben ihrem jährlichen Besuch aller Pflegeheime im Bezirk und der Prüfung von zahlreichen Umbau- und Renovationsprojekten, hat die Kommission an der Vernehmlassung zum Projekt Senior + teilgenommen.

---

**Association des Communes pour les Services Médico-Sociaux (ACSMS).** Gemäss den Empfehlungen des externen Audits, das 2013 durchgeführt worden war, hat der Vorstand beschlossen, eine neue Stelle des Generaldirektors zu schaffen und die Führungsfunktionen beim Home médicalisé de la Sarine (HMS) und beim Ambulanzdienst des Saanebezirks (SAS) zu streichen. Der zukünftige Generaldirektor wird damit beauftragt sein, die übrigen Etappen umzusetzen, die im Auditbericht vorgeschlagen wurden, und zwar: Aufnahme der Fondation pour l'aide et les soins à domicile de la Sarine (FASDS) in die ACSMS; Zusammenlegung der HR-Dienste und des Finanz- und Rechnungswesens der verschiedenen Einheiten; Anpassung und Stärkung der Kontrolle der Aufwendungen und Investitionen; Fortsetzung der Bemühungen um Zusammenarbeit und Synergien zwischen den Pflegeheimen und den übrigen Formen der Betreuung von Betagten im Bezirk.

Seit September hat die Ungewissheit über die langfristige Tragfähigkeit der Vorsorgestiftung, der der Verband angeschlossen ist, den Vorstand dazu bewogen, das Personal zu beruhigen. Nachdem im Dezember die anstehende Liquidation der Stiftung angekündigt wurde, suchte der Vorstand rasch nach einer neuen Einrichtung, die die Leistungen der zweiten Säule des ganzen Personals der unter der ACSMS vereinten Einrichtungen sicherzustellen vermag.

### **Bereiche der RUBD**

**Mobilität.** Das Oberamt des Saanebezirks leitete, mit der Unterstützung des Amts für Mobilität (MobA), Arbeitsgruppen zum Thema Mobilität, insbesondere zum öffentlichen Verkehr in den Regionen Saane West und Gibloux. Dabei kamen Vertreter der Regionen (Gemeinde- und Grossräte), Dienstleister (Freiburgische Verkehrsbetriebe und PostAuto) und die Vertreter der Nachbarregionen (Greyerz und Glane) zusammen. Nach einer Analyse der bestehenden Situation und der Bedürfnisse der Gemeinden, befassten sich diese Gruppen mit den möglichen Verbesserungen für den Regionalverkehr und arbeiteten Vorentwürfe für Fahrpläne aus, mit denen der Verkehr sowohl qualitativ als auch quantitativ wesentlich verbessert werden kann. Die Vernehmlassung dieser Entwürfe, die von den betroffenen Gemeinden befürwortet werden, ist für Frühling 2015 vorgesehen, sodass die Änderungen beim Fahrplanwechsel im Dezember 2015 in Kraft treten können.

**Poya-Projekt – Plateau d’Agy.** Die vom Oberamtmann des Saanebezirks präsierte Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit fortgeführt im Hinblick auf die Erarbeitung und die Koordination von Lösungen für das Verkehrsmanagement und die Grossveranstaltungen rund um die Sportanlage St. Leonard und auf dem Plateau d’Agy. Die Poya-Brücke ist am 13. Oktober 2014 für den Verkehr geöffnet worden. Der neue SBB-Bahnhof Freiburg-Poya wurde am 14. Dezember 2014 in Betrieb genommen. Die Herausforderungen, die durch diese beiden neuen Infrastrukturen entstanden sind, erforderten zahlreiche Koordinationssitzungen zwischen den Behörden, der Kantonspolizei und den Benutzern des Plateau d’Agy. Dank dieser Zusammenarbeit konnten stets konkrete Lösungen gefunden werden.

**Behandlung von Baugesuchen.** Die Einführung der neuen Modalitäten bei der Behandlung hatten namentlich zur Folge, dass zahlreiche Aufgaben dem Oberamt übertragen wurden. Ein juristischer Berater des Oberamts war in den verschiedenen Arbeitsgruppen in diesem Bereich tätig (HarmBat, PerCo, Modalitäten bei der Behandlung der Baubewilligungsgesuche, usw.).

## **7.3 Oberamt des Sensebezirks**

Oberamtmann: **Nicolas Bürgisser**

### **Direktion für Erziehung, Kultur und Sport**

Der Umbau der OS Plaffeien schreitet planmässig voran. Die Kostenüberschreitung bereitet den Gemeinden Probleme. Die Baubewilligung für das neue Fussballstadion des Sport-Clubs Düdingen konnte erteilt werden.

Die Region Sense übernimmt das Sekretariat und die Buchhaltung der OS Sense (Orientierungsschule des Sensebezirks). Der Oberamtmann als Vorstandsmitglied der OS Sense nahm während des ganzen Jahres an dessen Arbeit teil und unterstützte den Vorstand und die Gemeinden in allen Bereichen.

Die bestehenden Schwierigkeiten bei den Schultransporten konnten mit den TPF behoben und gelöst werden.

---

## **Sicherheits- und Justizdirektion**

Der Feuerwehrverband des Sensebezirks plant ein Konzept zu erstellen, mit dem das Potenzial einer noch stärkeren Zusammenarbeit der verschiedenen Korps aufgezeigt werden kann. Der Wille der Zusammenarbeit oder gar die Absicht von Fusionen von verschiedenen Feuerwehr-Korps wurde am jährlichen Kdt-Rapport der Sensler Feuerwehr-Korps noch vertieft. An mehreren Inspektionen der verschiedenen Feuerwehr-Korps konnte sich der Oberamtmann ein Bild der Qualität in den verschiedenen Dörfern machen. Der Einsatz und der Wille waren überall hervorragend. Die Zusammenarbeit des Oberamts mit den lokalen Feuerwehrkorps, dem Stützpunkt Düdingen und der KGV ist während des ganzen Jahres intensiv und ausgezeichnet. Auch im Jahr 2014 arbeitete der Oberamtmann des Sensebezirks als Vertreter der Oberamt männerkonferenz im Kantonalen Rat für Prävention und Sicherheit. Mehrere Sensler Gemeinden nahmen auf Einladung des Oberamts an drei gemeinsamen Arbeitssitzungen mit der Bürgernahen Polizei teil. Diese Art der Zusammenarbeit wurde von allen Teilnehmern geschätzt, so dass die Arbeitssitzungen in regelmässigen Abständen wiederholt werden.

## **Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft**

Als Aufsichtsinstanz und Berater der Gemeinden hält der Oberamtmann fest:

Die Gemeindefusionen gehen in die Schlussrunde. Die Fusion Plaffeien/Oberschrot/Zumholz/ Brünisried/Plasselb steht vor dem Abschluss. Der Oberamtmann zweifelt einzig am Fusionswillen von Plasselb, bei den anderen vier Gemeinden sollte die Fusion klappen. Die Gemeindefusion im Sense-Mittelland kommt nur schleppend voran. Die beiden Gemeinden Tafers und St. Antoni beginnen nun, sich anzunähern, und eine allfällige Konsultativabstimmung zu planen.

Auch 2014 hat der Oberamtmann die offiziellen Besuche der einzelnen Gemeinden weitergeführt. Dabei hat er feststellen können, dass die Gemeinden des Sensebezirks gesamthaft gut geführt und verwaltet werden. Es gingen hingegen mehrere Rekurse und Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinderäte ein. Etliche Arbeitssitzungen mit allen Gemeinden wurden zu vielen Themen durchgeführt. Es kann festgestellt werden, dass die Gemeinden nicht einzeln das Rad neu erfinden wollen und in vielen Bereichen gut zusammenarbeiten. Das gleiche gilt für die Koordination von Stellungnahmen zu anstehenden Vernehmlassungsverfahren.

2014 mussten etliche Demissionen von Gemeinderatsmitgliedern registriert werden.

## **Volkswirtschaftsdirektion**

Die definitive Einzonierung von Birch (Gemeinde Düdingen), von vielen Instanzen als Top-Industriestandort definitiver, harzt. Ob wirklich ein Wille da ist, dieses Land mit Industriebetrieben zu versehen, ist nicht klar erkenntlich.

Der Sensebezirk ist weiterhin Mitglied der «Hauptstadtregion Schweiz» und der Trägerschaft «Energistadt Schweiz». Im Bereich der Neuen Regionalpolitik haben die Sensler Gemeinden resigniert und sich damit abgefunden, dass dieses neue Gefäss wohl keine wirkliche Hilfe ist.

## **Direktion für Gesundheit und Soziales**

Das Sensler Stimmvolk hat dem Bau der neuen Demenzstation in Tafers mit grossem Mehr zugestimmt. Die teilweise Streichung von Dienstleistungen im HFR Standort Tafers hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Immer mehr Senslerinnen und Sensler besuchen nun ein Spital in der Region Bern. Das Hirslanden-Baugesuch und der Umbau für das Hotel Bahnhof in Düdingen laufen. Weiterhin engagiert sich der Oberamtmann im Gesundheitswesen von Amts wegen und als Mitglied des Gemeindeverbands «Gesundheitsnetz Sense» (ehemals «Gemeindeverband Pflegeheim Maggenberg und sozialmedizinische Dienste»).

Die Kommission für die Entrichtung der Pauschalentschädigungen fährt weiter in ihrer Arbeit, alle Fälle neu zu evaluieren und gemäss den von der Oberamt männerkonferenz erarbeiteten Richtlinien zu bewerten.

Das Zentrum für die Unterbringung von Asylsuchenden in Düdingen läuft weitgehend ohne Probleme. Weitere Standorte werden evaluiert.

---

## Finanzdirektion

Keine Bemerkungen.

## Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion

Die offenen Probleme im Bereich der Ortsplanungen, welche bereits in den Jahresberichten der vergangenen Jahre dargestellt worden sind, sind weiterhin aktuell. Viele abgeschlossene Ortsplanungen warten oftmals seit langer Zeit bei der Raumplanungsdirektion auf die Genehmigung. Die Regionalplanung des Sensebezirks wurde 2014 nach einer vierjährigen Arbeit von den verschiedenen Ämtern definitiv gutgeheissen.

Während dem Berichtsjahr wurden gewisse Rückstände in der Bearbeitung der Baugesuche festgestellt.

## Schlussbemerkungen

Ergänzend zu den erwähnten Engagements verfolgen und unterstützen der Oberamtmann und das Oberamt allgemein das öffentliche Leben im Bezirk, aber auch private Initiativen in wirtschaftlicher, kultureller und sportlicher Hinsicht. In diesem Sinne haben der Oberamtmann und sein Stellvertreter auch im vergangenen Jahr durch ihre Teilnahme an zahlreichen Veranstaltungen das Interesse der Behörden am regionalen und lokalen Geschehen bekundet.

Abschliessend danke ich den Damen und Herren Staatsräten, der Staatskanzlei sowie allen kantonalen Dienststellen im Namen der Bevölkerung, der Gemeinden und des Oberamts für die gute Zusammenarbeit im Berichtsjahr 2014.

## **7.4 Oberamt des Greyerzbezirks**

Oberamtmann: **Patrice Borcard**

### Bereiche der EKSD

**Orientierungsschulverband Greyerz.** 2014 war ein arbeitsintensives Jahr für den Vorstand der OS Greyerz. Das Bauvorhaben der OS in Riaz beschäftigte weitgehend den Vorstand und die Baukommission, die einer Eröffnung auf den Schulbeginn 2018 zustimmen mussten, obwohl eine Eröffnung für den Schulbeginn 2017 geplant gewesen war. Verschiedene Probleme wurden behandelt, namentlich, in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Riaz, die Einsprachen gegen den DBP und gegen das Gebäude. Das mit 81 Millionen bezifferte Projekt wurde von den Delegierten des Orientierungsschulverbands Greyerz an der Versammlung vom 28. August einstimmig angenommen. Die Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirks wurden am 30. November befragt und haben den Kredit mit 77,5 % Ja-Stimmen gutgeheissen. Nach dieser Abstimmung wurde der Bauantrag gestellt und die Bauarbeiten dürften noch vor Sommer 2015 in Angriff genommen werden.

Die zwei anderen Projekte des OS-Vorstands stehen vor dem Abschluss. Es handelt sich einerseits um den Umbau der OS Bulle, der 2014 unter Einhaltung des finanziellen Rahmens abgeschlossen wurde. Angesichts des verschlechterten Zustands des Schwimmbads wurde eine Studie lanciert, um die über 30 Jahre alten Anlagen zu erneuern. Die vier zusätzlichen Schulzimmer über den Garderoben der OS Tour-de-Trême wurden fristgerecht von der Gemeinde Bulle – der Eigentümerin des Gebäudes – gebaut. Der Bevölkerungsdruck ist so hoch, dass die beiden OS des Greyerzbezirks gezwungen sind, unter sehr schwierigen Bedingungen zu arbeiten, namentlich in Bulle, wo die Räume an ihre Grenzen stossen.

Der OS-Vorstand hat in Zusammenarbeit mit dem Vorstand des Vereins CO2 (Kultursaal) die Reorganisation des technischen und künstlerischen Managements des Kultursaals CO2 weiterverfolgt. Es wurde ein neuer Verwalter ernannt und eine eingehende Untersuchung der Zusammenarbeit zwischen den beiden interkommunalen Vereinen wurde initiiert.

**Kollegium des Südens.** Die Arbeiten für den Ausbau des Gebäudes haben begonnen, nachdem im Herbst 2013 die Bewilligung erteilt worden war. Sie werden hauptsächlich in der Sommer- und Ferienzeit durchgeführt und versuchen somit, den Schulbetrieb nicht zu stören.

**Stiftung Schloss Greyerz.** Mit dem Amtsantritt eines neuen Konservators, hat das Schloss Greyerz die Überlegungen zu seiner «Aufwertungs- und Kommunikationsstrategie» verstärkt. Der Stiftungsrat hat an einer Überarbeitung der Statuten und seines Organisationsreglements gearbeitet. In Zusammenarbeit mit der EKSD hat er

---

einen Entwurf für einen Leistungsauftrag erstellt, der zwischen dem Staat Freiburg und der Stiftung des Schlosses gilt, um die Aufgaben und Pflichten des Staates als Eigentümer und der Stiftung, die mit der Verwaltung dieses historischen Bauwerks beauftragt ist, besser aufzuteilen. Diese Diskussionen dürften 2015 zur Ausarbeitung einer Botschaft an den Grossen Rat zu einem Dekretsentwurf über einen Verpflichtungskredit für das Schloss führen.

**Regionales Sportzentrum.** Zwar schreitet es nicht in dem Tempo voran, das sich die zukünftigen Nutzer wünschen, aber das Sportzentrum hat im Jahr 2014 wichtige Schritte gemacht. Mit der Verpflichtung eines Auftragnehmers – dem Unternehmen Ernst & Young – schritt das Projekt im normalen Rhythmus voran und führte zur Lancierung eines Wettbewerbs zur Wahl des Privatpartners, der den optionalen Teil des Projekts durchführen soll. Eine Jury wurde gebildet. Der Vorstand des Regionalverbands Greyerz hat das politische Ratifizierungsverfahren festgelegt, mit dem Bestreben, der Bevölkerung des Greyerzbezirks die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung vor der Erneuerung der Gemeindebehörden im März 2016 kundzutun. Ende Jahr hat der Oberamtmann die Verhandlungen zur Wahl des Standorts abgeschlossen, an dem das Zentrum gebaut werden soll. Die Information, dass der Standort La Ronclina in La Tour-de-Trême ausgewählt wurde, ist Anfang 2015 öffentlich bekanntgegeben worden.

### **Bereiche der SJD**

**Öffentliche Gaststätten und zeitlich befristete Grossveranstaltungen.** Die Überwachung der öffentlichen Gaststätten, die Patent- und Verlängerungsgesuche und die feuer- und baupolizeilichen Kontrollen haben das Personal des Oberamts reichlich beschäftigt. Mit dem neuen ÖGG sind sechs Patente B+ erteilt worden, mit der Besonderheit, dass die Schliessungszeit – die gemäss diesem Patent bis 3 Uhr möglich ist – auf 2 Uhr festgelegt wurde, und zwar gemäss einer Vereinbarung zwischen allen Gaststätten der Stadt Bulle. Das Oberamt hat seine Präventionsarbeit zur Reduktion der Lärmbelastung und des Alkoholmissbrauchs fortgeführt bzw. verstärkt. In Zusammenarbeit mit den Verbänden «Noct-en-Bulle» und «Stop Violence» wurden im Verlaufe des Jahres mehrere Kampagnen durchgeführt.

Im Rahmen dieser Präventionsaktionen wurde besonderes Gewicht auf die Jugendvereine des Bezirks gelegt. Die rund dreissig Vereine wurden versammelt, um sie über das Projekt Party Label zu informieren, das vom Oberamt und dem Verein REPER durchgeführt wird. Die Organisation des nächsten Jugendfests wurde diskutiert und es wurden Änderungen beschlossen. Das Projekt einer Vereinigung der Greyerzer Jugendvereine wurde lanciert, woraufhin ein Steuerungsausschuss gebildet wurde, der Ende Dezember unter dem Vorsitz des Oberamtmanns zusammengekommen ist.

**Projekt Party Label.** Das Projekt für ein Label im Partybereich hat sich 2014 weiterentwickelt und konkretere Züge angenommen. Der Oberamtmann hat sich auf zwei Ebenen eingesetzt, um das Dossier weiterzubringen. Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe auf Ebene des Greyerzbezirks, bestehend aus allen Partnern dieser Veranstaltungen (Polizei, Samariter, GePoA, Organisatoren, REPER), ist es ihm gelungen, die Hauptpunkte des Labels zu definieren, die an zwei Veranstaltungen getestet wurden. Mit der Absicht, dem Label eine kantonale Dimension zu verleihen, ist die kantonale Projektoberleitung unter der Leitung des Vereins REPER auf der Suche nach Partnern, die die Nachhaltigkeit des Projekts sicherstellen können. Die Projektoberleitung ist zudem mit dem Corporate Design des Projekts beauftragt.

**Feuerwehr und -polizei.** Mit vier Inspektionen, zahlreichen Veranstaltungen, Versammlungen, Kursen und Übungen der Feuerwehr-Korps war 2014 ein ereignisreiches Jahr im Bereich der Feuerwehr. Am meisten Energie wurde jedoch für das Projekt «Frifire Gruyère» aufgewendet. Die im März 2014 gebildete Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Vizeoberamtmann André Geinoz hat dem Oberamtmann im Dezember einen Bericht unterbreitet. Ihr Auftrag bestand darin, eine Zustandsanalyse der aktuellen Situation (Organisation, Personen, Material, Kosten) zu erstellen, den Investitionsbedarf festzulegen und Vorschläge für Zusammenschlüsse der Korps zu machen. Schliesslich wurden im Einvernehmen mit dem Oberamtmann zwei Szenarien geprüft, mit denen die besten Strukturen definiert werden sollen, die der Feuerwehr in den kommenden Jahrzehnten eine effiziente Wahrnehmung ihrer Aufgaben ermöglichen.

### **Bereiche der ILFD**

**Gemeindezusammenschlüsse.** Der Oberamtmann hat an mehreren Informationsveranstaltungen und Vorträgen teilgenommen, die in den Gemeinden organisiert wurden, um die Bevölkerung für die Ziele der



---

Gemeindezusammenschlüsse zu sensibilisieren. Die Gemeinde Riaz hat eine Umfrage durchgeführt, um herauszufinden, wie die Bevölkerung über eine allfällige Fusion mit Bulle oder mit den Gemeinden des linken Seeufers denkt, gemäss dem Grundsatz des vom Staatsrat genehmigten Fusionsplans. Die zweite Variante wurde von einer grossen Mehrheit der Stimmenden bevorzugt.

**Gemeindeförderung.** Auf Anfrage der Ammännerkonferenz des Bezirkszentrums und von anderen Gemeindevertretern aufgrund von zunehmenden Problemen für die Gemeindebehörden hat der Oberamtmann eine Kommission des Regionalverbands Greyerz damit beauftragt, Perspektiven für eine konkrete Unterstützung der Milizpolitiker aufzuzeigen. Die Antworten auf einen Fragebogen, der den 25 Greyerzer Gemeinden zugestellt wurde, zeigen Probleme bei der Gemeindeführung auf. 22 Gemeinden bejahten die Frage, ob sie juristische Unterstützung oder technische Hilfe benötigen. Das Projekt einer juristischen Unterstützung für das Regionalsekretariat des Regionalverbands Greyerz wurde von den Delegierten angenommen. Damit alle Gemeinden Zugang zu diesen Informationen haben, wird ein Intranet-Informationssystem eingerichtet. So wird der Informationsfluss und der Austausch von bewährten Praktiken zwischen den Gemeinden erleichtert. Die technische Unterstützung (Techniker, Ingenieur oder Architekt) wird auf Initiative des Oberamtmanns innerhalb des Fusionsperimeters diskutiert.

**Alphütte.** Die im Oktober 2013 gebildete Arbeitsgruppe «Zukunft der Alphütten» ist 2014 unter der Leitung des Regionalverbands Greyerz mehrmals zusammengetreten. In der Gruppe sind die landwirtschaftlichen und touristischen Kreise, der Heimatschutz, der Regionale Naturpark, die Behörde für Grundstückverkehr und das Amt für Kulturgüter vertreten, und sie hat zahlreiche Informationen zusammengetragen, die den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden sollen. Sie hat mit der Ausarbeitung eines Berichts begonnen, der konkrete Vorschläge enthält, wie dieses reiche Kulturerbe so gut wie möglich erhalten werden kann, während gleichzeitig die Türe für andere Zweckbestimmungen geöffnet wird, wenn es die Umstände erlauben.

### **Bereiche der VWD**

**Neue Regionalpolitik (NRP).** Auf Anfrage der Region hat die NRP ein Projekt im Bereich aktive Bodenpolitik unterstützt. Der Regionalverband Greyerz hat Überlegungen angestellt zum Entwicklungspotenzial der Region, im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen RPG. Ein Büro wurde damit beauftragt, eine dynamische Entwicklungsstrategie der Zonen zu erarbeiten, um auch ein gutes Raumplanungsmanagement während des von der Revision des RPG auferlegten Moratoriums sicherzustellen.

**Tourismus.** Im November hat der Regionalverband Greyerz seine jährlichen «Etats généraux» abgehalten. Thema der diesjährigen Versammlung war die Zukunft des regionalen Tourismus unter den Einschränkungen des Klimawandels. Das Thema stand in Zusammenhang mit dem jüngsten Entscheid des Regionalverbands, sich nicht an der Finanzierung von Schneekanonen zu beteiligen, der zusammen mit dem Versprechen getroffen wurde, die Diversifizierung des Tourismusangebots zu unterstützen. An der Versammlung wurde diese Thematik anhand von vielfältigen Erfahrungen und externen Modellen behandelt.

### **Bereiche der GSD**

**CODEMS.** Als Präsident der Pflegeheimkommission des Greyerzbezirks hat der Oberamtmann Ende 2012 Überlegungen zu einer regionalen Politik der Betreuung von betagten Personen initiiert, um die demografische Herausforderung bewältigen zu können. Anfang 2014 haben die eingesetzten Arbeitsgruppen ihren Bericht zu den Zwischenstrukturen und zum Bau neuer Pflegeheime eingereicht. Der Bericht der Arbeitsgruppe «Koordinations- und Informationsorgan» hat zu einer progressiven Einführung eines einheitlichen Zugangs zum System der Greyerzer Pflegeheime geführt. Die Zahl der Pflegeheime, die an dieser Testphase teilnehmen, ist im Verlauf des Jahres von drei auf sechs gestiegen. Die Teilnahme aller Pflegeheime am Koordinationsorgan ist für Anfang Februar 2015 vorgesehen. Auf der Grundlage aller erhaltenen Analysen hat die CODEMS eine Projektoberleitung gebildet, die im Dezember formell von der Delegiertenversammlung des Gesundheitsnetzes Greyerz (RSSG) ernannt wurde. Ziel dieser COPIL: erarbeiten eines Konzepts zur regionalen Betreuung von Betagten und sicherstellen der Koordination dieses Konzepts mit den Anforderungen von Senior + (Vernetzung der Pflegeheime). Das ambitionöse Ziel ist es, dass sich die Delegierten des Gesundheitsnetzes Greyerz und der Gemeindebehörden noch vor Ende der laufenden Legislaturperiode zu diesem Konzept äussern können.

---

## **Bereiche der FIND**

Keine Bemerkungen.

## **Bereiche der RUBD**

**Raumplanung.** Als Präsident der Delegiertenversammlung des interkommunalen Verbands MOBUL überwachte der Oberamtmann die in der Agglomeration durchgeführten Arbeiten im Rahmen der Umsetzung von MOBUL. Als Präsident des Regionalverbands Greyerz hat er dem Vorstand vorgeschlagen, eine Reflexionsgruppe in Zusammenarbeit mit MOBUL einzusetzen, die Perspektiven aufzeigen soll, wie die aktive Bodenpolitik im Bezirk vereinfacht werden kann. Eine zusätzliche Überlegung zum Mandat, mit dem der Regionalverband Greyerz ein Planungsbüro beauftragt hat. Da er überzeugt ist, dass der nächste kantonale Richtplan erheblichen Einfluss auf die Zukunft der Region haben wird, nimmt der Oberamtmann an den Überlegungen des Steuerungsausschusses teil, der von Staatsrat Maurice Ropraz präsidiert wird.

## **7.5 Oberamt des Seebezirks**

Oberamtmann: **Daniel Lehmann**

### **Bereiche der EKSD**

**Schulen.** Der Oberamtmann präsidiert die Delegiertenversammlung der Orientierungsschule Region Murten (OSRM). Er vertritt die Gemeinden des Haut-Lac français im Vorstand der Orientierungsschule Sarine-Campagne und Haut-Lac français. Er ist für die Schulverantwortlichen der Gemeinden sowie für die Vorstände, Kommissionen und Schulleitungen der Orientierungsschulen und der Primarschulen des Bezirks beratend tätig.

Als Grundlage für die Erarbeitung eines Konzepts für den öffentlichen Verkehr im Seebezirk hat der Vorstand der OSRM zusammen mit dem Amt für Mobilität ein Konzept zur Integration der Schultransporte in den ordentlichen öffentlichen Verkehr erarbeitet. Das Konzept bedingt eine Umstellung der Schulzeiten, insbesondere über Mittag. Es ist den Gemeinden anlässlich der Herbst-Delegiertenversammlung der OSRM präsentiert worden.

Im Hinblick auf die Aufhebung des französischen Primarschulkreises von Barberêche hat der Oberamtmann die Erarbeitung einer Übergangslösung mit den Gemeinden Barberêche, Courtepin und Wallenried koordiniert. Die definitive Lösung ist im Rahmen der Fusionsgespräche dieser Gemeinden zu erarbeiten.

**Berufsberatung.** Die vom Oberamtmann präsidierte Kommission des Seebezirks für Berufs- und Laufbahnberatung überwacht den Betrieb der Berufsberatung an den Orientierungsschulen von Murten, Kerzers und Gurmels sowie das Berufsinformationszentrum (BIZ) des Seebezirks in Murten.

**Kultur.** Das Oberamt unterstützt verschiedene kulturelle Aktivitäten im Bezirk sowie Organisationen zur Erhaltung oder Wiederbelebung von Kulturgütern.

Im Rahmen des Festivals Murten Classics hat der Oberamtmann an der Organisation des Empfangs mitgewirkt, den der Staatsrat alljährlich für die höheren Bundeskader mit einem Bezug zum Kanton Freiburg durchführt. Ebenfalls im Rahmen dieses Festivals hat sich der Oberamtmann an der Organisation des Empfangs der neuen Botschafterin der USA durch den Freiburger Staatsrat beteiligt.

### **Bereiche der SJD**

**Polizei.** Das Oberamt pflegt einen regelmässigen Informationsaustausch mit dem Kommando der Region Nord und unterstützt die Polizei bei der Umsetzung ihres Konzepts der bürgernahen Polizei. Es unterstützt die Schwerpunktaktivitäten der Polizei und spricht sich namentlich hinsichtlich der Sicherheit bei grossen Veranstaltungen mit ihr ab.

**Strafsachen.** Die Anzahl Klagen, die die Ansetzung einer Versöhnungsverhandlung zur Folge hatten, ist gegenüber dem Vorjahr rückläufig (44 gegenüber 54 im Vorjahr). Die Anzahl der Versöhnungen, die erfolgreich abgeschlossen werden konnten, ist gegenüber dem Vorjahr jedoch gestiegen (28 gegenüber 24 im Vorjahr).



---

Gegenüber dem Vorjahr hat die Anzahl Strafbefehle abgenommen (-274 oder -9,6 % auf nun 2586 Strafbefehle). Die Anzahl Einsprachen gegen die Strafbefehle hat sowohl in absoluten Zahlen (+11) wie auch anteilmässig (1,82 % gegenüber 1,26 % im Jahr 2013, 1,32 % im Jahr 2012 und 1,80 % im Jahr 2011) zugenommen.

Im Berichtsjahr ist dem Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse 1 Gesuch (Vorjahr 1) zur Umwandlung einer Busse in gemeinnützige Arbeit zugestellt worden.

**Gaststätten und Veranstaltungen.** Wie in den Vorjahren haben Beanstandungen im Zusammenhang mit Lärmemissionen von Gaststätten und Veranstaltungen sowie die Abklärungen für die Bewilligung von besonderen Veranstaltungen einen grossen zeitlichen Aufwand mit sich gebracht. Das neue Sicherheitskonzept für die Murtner Fastnacht hat sich auch im zweiten Jahr bewährt, ist für die künftigen Veranstaltungen aber noch einmal weiterentwickelt worden mit entsprechenden Kostenfolgen für die Veranstalter.

**Schiesswesen.** Die vom Oberamtmann präsidierte kantonale Kommission für die Schiessstände hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt Beratungstätigkeiten durchgeführt

**Feuerwehr.** Der Oberamtmann und der Vizeoberamtmann haben mehrere Regionalübungen und Inspektionen durchgeführt und kantonale und Bezirks-Kurse besucht. Ausserdem erfolgte eine rege Tätigkeit zur Beratung der Gemeinden bzw. der Feuerwehren betreffend Kooperationen oder Fusionen, insbesondere hinsichtlich der diesbezüglichen Vereinbarungen, Statuten und Reglemente.

Der vom Oberamtmann durchgeführte Bezirksrapport gegen Ende des Berichtsjahres hat gezeigt, dass die Reorganisation der Feuerwehren im Seebezirk gut vorangeschritten ist.

### **Bereiche der ILFD**

**Wahlen und Abstimmungen.** Das Oberamt hat die eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen vorbereitet und durchgeführt und die Gemeindewahlbüros in ihren Vorbereitungen und Arbeiten unterstützt.

**Gemeinden.** Das Oberamt hat, zum Teil in Zusammenarbeit mit den zuständigen Amtsstellen, für die Gemeinden zu verschiedenen Sachthemen Informationsveranstaltungen durchgeführt oder schriftliche Informationen verfasst. Es berät die Gemeinden in Verfahrens- und Rechtsfragen. Ein Schwergewicht lag bei der Behandlung von Verfahrensfragen im Zusammenhang mit den Gemeindeversammlungen.

**Gemeindezusammenschlüsse.** Der vom Oberamtmann erarbeitete Fusionsplan ist im Seebezirk allgemein gut aufgenommen worden. In verschiedenen Regionen sind Fusionsprojekte am Laufen, welche alle in die vom Fusionsplan vorgezeigte Richtung gehen. Die Fusion der Gemeinden Courlevon, Jeuss, Lurtigen und Salvenach mit Murten ist von der Bevölkerung aller beteiligter Gemeinden mit einem erfreulichen Ja-Stimmen-Anteil von 80 bis über 90 % angenommen worden.

Die Aufnahme eines Verfahrens im Hinblick auf eine kantonsübergreifende Gemeindefusion zwischen Murten und Clavaleyres ist von den Regierungen der Kantone Bern und Freiburg gutgeheissen worden. Das Oberamt begleitet die Arbeiten im Hinblick auf diese Fusion.

**Verband der Gemeinden des Seebezirks.** Im Rahmen des Verbands der Gemeinden des Seebezirks wurden zu zahlreichen bedeutenden Vorlagen Stellungnahmen verfasst. Der Oberamtmann hat sich an den Arbeiten des Verbands insbesondere in den Bereichen Verkehr und Raumplanung beteiligt.

Das gegenwärtig wichtigste Projekt des Verbands, die Revision des regionalen Richtplans, konnte im Frühling des Berichtsjahres in die Vernehmlassung geschickt werden. Nach der Bereinigung des Entwurfs wurde er vom Vorstand zu Händen der Delegiertenversammlung verabschiedet.

**Ausbildung der Gemeinderäte und des Gemeindepersonals.** Der Oberamtmann hat an einem Informationstag des Sense- und des Seebezirks für deutschsprachige Gemeindebauverwalter mitgewirkt. Ausserdem wirkt er als Dozent für öffentliches Beschaffungswesen und öffentliche Register an der Berufsschule in Kursen für Auszubildende der Kantons- und Gemeindeverwaltungen.

---

## **Bereiche der VWD**

**Neue Regionalpolitik (NRP).** In seiner Funktion als Präsident des Regionalverbands See beteiligt sich der Oberamtmann an der Erarbeitung und der Realisierung von Projekten der Regionalpolitik. Das von den Bezirksverbänden See, Sense und Broye getragene Gründerzentrum Nord konnte erneut verschiedene erfolgversprechende Projekte begleiten.

Der Oberamtmann hat bei der Neubesetzung der Geschäftsführer-Stelle von Innoreg FR (Verband der Freiburger Regionen zur Umsetzung der Neuen Regionalpolitik) und bei der Neuausrichtung der Zusammenarbeit dieser Organisation mit der kantonalen Wirtschaftsförderung mitgewirkt.

**Hauptstadtregion Schweiz.** Der Regionalverband See ist, wie auch die Stadt Murten, Gründungsmitglied des Vereins Hauptstadtregion Schweiz und unterstützt damit die Bestrebungen des Kantons, in dieser Region das ihm zustehende Gewicht zu erhalten. In seiner Funktion als Mitglied des Vorstands der Hauptstadtregion Schweiz verstärkt der Oberamtmann die Mitwirkung des Kantons und des Seebezirks in dieser Organisation.

Bei der Festlegung der strategischen Ziele der Hauptstadtregion Schweiz hat sich der Oberamtmann dafür eingesetzt, dass auch die Förderung und Pflege der Zweisprachigkeit in den Zielkatalog aufgenommen wurde.

Konsequenterweise beteiligt er sich jetzt auch an den Arbeiten der Projektgruppe, welche die Umsetzung dieses Ziels vorantreiben soll.

**Wirtschaftsförderung.** Als Präsident des Regionalverbands See (RVS), der im Seebezirk für die regionale Wirtschaftsförderung zuständig ist, koordiniert der Oberamtmann namentlich die Gespräche mit den Nachbarregionen Sense und Broye, und er beteiligt sich an dem vom RVS geschaffenen Gesprächsforum für die Gemeinden des Bezirks, das ihnen einen Erfahrungsaustausch betreffend Wirtschaftsförderung auf Gemeindeebene ermöglichen soll. Im Übrigen arbeitet die Region mit der kantonalen Wirtschaftsförderung und den Wirtschaftsorganisationen zusammen.

Von zentraler Bedeutung für die regionale Wirtschaftsförderung sind die Arbeiten zur Realisierung der strategischen Arbeitszone Löwenberg.

Infolge der vorübergehenden Schliessung des Hotels Vieux Manoir hat der Oberamtmann intensive Vermittlungsgespräche zwischen der Eigentümerschaft des Hotels und dem Gemeinderat von Meyriez geführt. Leider war diese Vermittlung im Berichtsjahr noch nicht erfolgreich. Doch werden die Gespräche weitergeführt.

**Tourismus.** Der Regionalverband See beteiligt sich aktiv am koordinierten Tourismusmarketing des Kantons Freiburg und führt erfolgreich eigene Marketingaktionen durch. Hervorzuheben ist auch die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen, so namentlich in der Tourismusregion 3-Seen-Land, in welcher der Oberamtmann die Freiburger Regionen im Vorstand vertritt. Auf kantonaler Ebene ist der Oberamtmann als Mitglied des Vorstands und des strategischen Ausschusses des Freiburger Tourismusverbands tätig.

**Arbeitsmarkt.** Zusammen mit seinem Kollegen aus dem Sensebezirk ist der Oberamtmann des Seebezirks Mitglied des Stiftungsrats der Stiftung „deStarts“ zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher. Ausserdem ist er Vorstandsmitglied und Vizepräsident von IRIS-FR, einem Verein zur Förderung der sozialen und beruflichen Integration von Erwerbslosen, der vorwiegend im See- und im Sensebezirk aktiv ist.

## **Bereiche der GSD**

**Umsetzung der Spitalplanung.** Der Um- und Neubau des Spitals HFR Meyriez-Murten ist sowohl hinsichtlich der Termine als auch hinsichtlich der Kosten auf Kurs. Vor Beginn des Winters konnten die Gebäudehülle geschlossen und die Aufrichte gefeiert werden. Nach Vergabe von über 80 % der Aufträge liegen die entsprechenden Kosten innerhalb des vom Voranschlag gesetzten Rahmens.

**Gesundheitsnetz See.** Der Oberamtmann ist Präsident der Delegiertenversammlung und Mitglied des Vorstands des Gesundheitsnetzes See (GNS). Das GNS hat seine Restrukturierung weitergeführt und die Koordination zwischen den operativen Leistungseinheiten (Pflegeheimen) verstärkt. Zudem hat es Gespräche mit den Spitem-Organisationen des Bezirks im Hinblick auf deren Integration in das Netz aufgenommen.

---

**Finanzierungs- und Investitionskosten der Pflegeheime.** Als Präsident der Bezirkskommission für die Pflegeheime hat der Oberamtmann bei den Arbeiten zur Regelung der Finanzierungs- und Investitionskosten der Pflegeheime mitgewirkt. Im Vorjahr hatte die Delegiertenversammlung des Gesundheitsnetzes dem Antrag zugestimmt, inskünftig auch den nicht zum Netz gehörenden Institutionen im Bezirk diese Kosten zu vergüten, so wie dies die kantonale Gesetzgebung für Pensionäre des Bezirks in Heimen anderer Bezirke vorschreibt. Im Anschluss an diesen Beschluss hat das Hospiz St.-Peter, Gurmels, angefragt, ob auch ihm die Finanzierungs- und Investitionskosten nach dem kantonalen Durchschnittstarif vergütet würden. Der Vorstand des GNS hat diese Anfrage zunächst abschlägig beantwortet, da es sich beim Hospiz St.-Peter um eine Institution ohne anerkannte Betten handelt. Im Hinblick auf eine mögliche Integration dieser Institution in das GNS hat der Vorstand dann aber dem Hospiz einen Lösungsvorschlag mit einer vorzeitigen Übernahme dieser Kosten durch das GNS unterbreitet.

**Spitalexterne Krankenpflege.** Das Oberamt führt das Präsidium und das Sekretariat der Bezirkskommission für die spitalexterne Krankenpflege, welche insbesondere die Entscheide betreffend die Gewährung einer Pauschalentschädigung zu fällen hat. Ausserdem koordiniert der Oberamtmann die Gespräche der vier Spitexdienste des Seebezirks zur Überprüfung ihrer Zusammenarbeits-Möglichkeiten im Hinblick auf ihre künftige Integration in das GNS.

### **Bereiche der FIND**

Keine Bemerkungen.

### **Bereiche der RUBD**

**Raumplanung.** Auf kantonaler Ebene hat sich der Oberamtmann an den Arbeiten zur Umsetzung der neuen Bundesbestimmungen über die Raumplanung beteiligt. Auf Bezirksebene lag das Hauptaugenmerk auf den Arbeiten zur Revision des regionalen Richtplans. Zu dieser Revision wurde im Frühling die Vernehmlassung durchgeführt. Auf der Basis der Stellungnahmen in der Vernehmlassung und der letzten Gespräche mit kantonalen Dienststellen und namentlich einer Schlussvereinbarung mit dem Bau- und Raumplanungsamt wurde schliesslich der definitive Entwurf erarbeitet, der vom Vorstand des Verbands der Gemeinden des Seebezirks zuhanden der Delegiertenversammlung verabschiedet worden ist. Ein zentrales Element im revidierten regionalen Richtplan ist die Festlegung der Siedlungsstrukturen mit den 5 regionalen Zentren, die dem vom Oberamtmann erarbeiteten Fusionsplan entsprechen. Von grosser Bedeutung für die Zukunft des Bezirks ist sodann das Konzept der regionalen Arbeitszonen, für die eine regionale Bewirtschaftung geplant ist. Ein weiteres wichtiges Element ist der Bereich des öffentlichen Verkehrs und der Strassen.

In einer Gemeinde hat der Oberamtmann im Rahmen der Ortsplanungsrevision eine Vermittlerrolle zwischen dem Gemeinderat und der von der Revision spezifisch betroffenen Eigentümerschaft wahrgenommen.

**Bauwesen.** Die Anzahl ausgestellter Baubewilligungen hat gegenüber dem Vorjahr leicht zugenommen. Nach wie vor besteht die Problematik, dass das neue Verfahren zur Behandlung der Baugesuche, welches eine Verschiebung eines beträchtlichen Teils der Arbeiten von verschiedenen begutachtenden Dienststellen auf die Oberämter mit sich brachte, zu einer massiven Vergrösserung des Aufwands für die Behandlung der Baugesuche geführt hat. Da bisher noch kein zusätzliches Personal zur Bewältigung dieses Aufwands zur Verfügung gestellt worden ist, sind die Kapazitätsgrenzen erreicht bzw. sogar überschritten worden.

**Strasse.** Solange die Frage der Linienführung der H10 (bzw. der Auffahrt der Mossstrasse auf die Autobahn A1) nicht geklärt ist, besteht hinsichtlich der weiteren Planungsarbeiten für die strategische Arbeitszone Löwenberg eine Ungewissheit. Anlässlich eines Gesprächs mit der Direktion ist vereinbart worden, dass sich das zuständige kantonale Amt mit den Verantwortlichen der Planungsarbeiten für die strategische Arbeitszone Löwenberg diesbezüglich abspricht und koordiniert.

**Öffentlicher Verkehr.** Unter Federführung des Amts für Mobilität und unter Mitarbeit der im Seebezirk aktiven Verkehrsbetriebe hat die Region die Arbeiten zu einem regionalen Konzept für den öffentlichen Verkehr an die Hand genommen. Dabei wird es insbesondere darum gehen, das Netz der Busverbindungen neu zu gestalten, um möglichst lückenlose und dichte Anschlüsse und Zubringer an die Bahnverbindungen zu gewährleisten.

---

## 7.6 Oberamt des Glanebezirks

Oberamtmann: **Willy Schorderet**

### Bereiche der EKSD

**Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Glanebezirks.** Nach den Abklärungen zum Bedarf und zur Raumaufteilung für den Umbau der Orientierungsschule hat der Vorstand allen Gemeinderäten des Glanebezirks und den Generalräten der Gemeinden Romont und Rue die Überlegungen und eine Kostenschätzung präsentiert.

Das definitive Projekt umfasst zwei Hauptstossrichtungen, einerseits die Renovierung des gesamten Hauptgebäudes, der Klassenzimmer und des Anbaus mit einer Neuaufteilung der Räume und der Sonderklassen und andererseits den Bau eines neuen Komplexes mit einem Schwimmbad, Kursräumen für das Konservatorium, einer Regionalbibliothek, einer Ludothek, Sport- und Unterrichtsräumen.

**Wechsel bei der Leitung der Orientierungsschule des Glanebezirks.** Der Direktor, Olivier Crausaz, der mit seiner Familie eine Reise macht, hat zusammen mit dem Schulvorstand für eine neue Organisation gesorgt, damit die Leitung der Schule für das Schuljahr 2014/2015 gewährleistet ist. Der stellvertretende Direktor, Pierre Kolly, hat die Leitung bis im Juni 2015 ad interim übernommen.

Auf die Ausschreibung einer Direktorenstelle an der Orientierungsschule Farvagny hin wurde Pierre Kolly per 1. Januar 2015 zu deren Direktor ernannt.

Dieser neuerliche Wechsel wird durch den zusätzlichen Einsatz der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Direktion und der Anstellung zu 40 % von Henri Terrapon, dem ehemaligen Direktor der OS Estavayer-le-Lac, kompensiert. Wir danken Herrn Terrapon, dass er gewillt ist, die Kürzung der Arbeitszeit von Pierre Kolly zu kompensieren und einen Teil der Direktionsaufgaben zu übernehmen.

**Bildungslandschaften Glane – «Transition».** Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit und die Betreuung von Jugendlichen im Jahr 2014 weiterverfolgt. Dieses innovative Projekt ist dank der soliden Zusammenarbeit der im Projekt engagierten Akteure aus dem schulischen, ausserschulischen, familiären, wirtschaftlichen und beruflichen Bereich und der Politik möglich. Die Dynamik, die die Junior Chamber International des Glanebezirks in dieses Projekt einbrachte, wurde am nationalen Kongress im Oktober 2014 mit einem «Award» ausgezeichnet.

Letztlich ist vor allem bemerkenswert, dass dank diesem Programm Jugendlichen geholfen werden konnte, was schlicht einmalig ist.

**Bicubic.** Das Bicubic feierte sein 10-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass organisierte der Verein Bicubic eine Veranstaltung, an der er das Engagement der Gemeinden und der Personen hervorhob, die diesem Ort Leben einhauchen.

**Kulturelle Aktivitäten und Treffen.** Neujahrswünsche, Fasnacht, Musikfeste, die Messe des Glanebezirks, Jugend- und Gesangsfeste, sportliche und kulturelle Treffen gehörten zu den unvergesslichen Momenten von 2014. Nichts Extravagantes, aber echte, solide Beziehungen und die Identifizierung der Leute mit den Vereinen, so lassen sich die Feste und freundschaftlichen Treffen zusammenfassen, die den Glanebezirk im Jahr 2014 belebten. Ein Dank an all diese Macher des «Glanebezirks».

### Bereiche der SJD

**Gaststätten und öffentliche Ordnung.** Die Geschäftsführer wechseln nach wie vor häufig.

Zufrieden stellen wir fest, dass alle Grossveranstaltungen im Glanebezirk 2014 keine Probleme bereitet haben, weder mit den Anwohnern, noch aufgrund von Alkoholmissbrauch oder Kriminalität.

Die regelmässigen Kontakte mit der Bevölkerung und den Verantwortlichen der Vereine, die Informationen und die vom Oberamt mit den Organisatoren und den Gemeindebehörden sowie mit den Verantwortlichen der Ambulanzdienste, der Feuerwehr und der Polizei organisierten Treffen werden geschätzt. Diese Vorgehensweise wird auch in den kommenden Jahren beibehalten, da sie hilft, Probleme zu verstehen, gemeinsame Lösungen zu suchen und dass sich alle ihrer Verantwortung bewusst werden.

---

**Beistandschaft.** Die Kommission «Beistandschaft» des neuen Mehrzweckverbands des Glanebezirks (ABMG) hat die Neuorganisation dieses Dienstes weiterverfolgt und die Pflichtenhefte, Funktionen und die Organisation geklärt.

Dank den erfolgten Änderungen werden die Gemeinden die Beistandschaften weiterhin unter den bestmöglichen Bedingungen verwalten können.

**Fahrende.** Trotz mehrerer Anfragen und manchmal hitzigen Diskussionen haben sich die Fahrenden 2014 nicht im Glanebezirk niedergelassen. Wie bereits erwähnt, ist der Oberamtmann bereit, seine Rolle als Vermittler wahrzunehmen. Er steht den Behörden zur Verfügung, um Lösungen zu finden, bis der Rastplatz bei la Joux-des-Ponts gebaut wird.

**Feuerwehr.** 2014 erfüllten erstmals alle Feuerwehrkorps die Frifire-Normen. Es wird zwar noch Zeit brauchen, um diese Änderungen umzusetzen und die Gewohnheiten zu ändern, aber insgesamt kann man sagen, dass diese neuen Organisationen richtig sind und eine neue Dynamik schaffen.

### **Bereiche der ILFD**

**Gemeindezusammenschlüsse.** 2014 wurden zwei Fusionsprojekte, die auf dem Fusionsplan des Oberamtmanns basieren, entwickelt. Es handelt sich um das Projekt der neuen Gemeinde «Villaz» und das Projekt der neuen Gemeinde «Romont».

Im Moment gibt es keine anderen Projekte. Es finden jedoch regelmässig Diskussionen statt und es werden Überlegungen angestellt.

**Mehrzweckverband des Glanebezirks (ABMG).** 2014 wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, mit dem Auftrag, eine optimale Organisation für die Betreuung von Kindern im Vorschulalter im Glanebezirk festzulegen. Aufgrund einer ausführlichen Studie haben die Gemeindedelegierten dem ABMG ab dem 1. Januar 2015 das Management der Betreuung der Kinder im Vorschulalter übertragen.

Mit dieser Organisation haben die Eltern einen einzigen Ansprechpartner für Beitragsgesuche. So lassen sich überflüssige Anfragen vermeiden und es entsteht Kohäsion bei den einzelnen Schritten und den Kontrollen.

Zudem können wir mit dieser Organisation ein einheitliches Angebot, das für alle Familien des Bezirks gleich ist, schaffen. Es handelt sich um eine kantonale Premiere, die hoffentlich Nachahmer finden wird.

**Revierkörperschaften.** Am 1. Januar 2014 wurde die neue interkommunale Revierkörperschaft «Glâne-Farzin» gebildet. Ihr gehören dreissig Eigentümer von öffentlichen Wäldern und zwei von Privatwäldern an und sie bewirtschaftet 2612 ha.

Diese neue Organisation führte zwar dazu, dass sich die alte Körperschaft «Farzin – Glâne Nord» neu organisieren musste, diese Änderungen wurden jedoch hervorragend umgesetzt, dank den Vorstandsmitgliedern und insbesondere Jean-Noël Gendre, dem Betriebsleiter. Die Revierkörperschaft will ein Lehrbetrieb sein und ein zuverlässiger Partner für die regionale Holzwirtschaft. Dieses erste Jahr war ausserordentlich. Die Organisation ist einmalig, hat Pioniercharakter und kann als Beispiel dienen.

**Politische Rechte.** Das Oberamt übernahm die Organisation und die Kontrolle aller Urnengänge, sowohl der eidgenössischen als auch der kantonalen und kommunalen.

Der Oberamtmann verfolgte aufmerksam die Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte in Zusammenhang mit den Wahlkreisen. Er dankt der Staatsrätin und der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft für ihr Engagement bei diesen Änderungen.

Der Oberamtmann betont, dass es seit den letzten Gemeindewahlen bis am 31. Dezember 2014 fünfzehn Rücktritte gegeben hat, was der Tendenz der drei vorhergehenden Amtsperioden entspricht.

**Veterinärwesen.** Die hervorragenden Kontakte mit dem LSVW und der gelegentliche Austausch ermöglichen einen guten Überblick über die Situation und helfen wenn nötig, geeignete Lösungen zu finden.

Der Bau der regionalen Sammelstellen für tierische Abfälle in La Joux, in der Gemeinde Vuisternens-devant-Romont, entspricht dem Bedarf des Kantons, insbesondere den Bezirken im Süden des Kantons. Die Sammelstelle



---

am Standort des alten Militärdepots, an der Hauptstrasse von Sâles in Richtung Le Crêt, dürfte rund 500 Tonnen tierische Abfälle aufnehmen.

### **Bereiche der VWD**

**Wirtschaft.** Dem Glanebezirk geht es gut. Die Arbeitslosenquote betrug Ende Jahr 2,1 %. Der häufige Austausch mit den Verantwortlichen von Unternehmen wird geschätzt, denn auch wenn der Oberamtmann in seinem Handlungsspielraum eingeschränkt ist, so werden diese Kontakte doch als Anerkennung der Behörden gegenüber jenen empfunden, die Arbeitsplätze schaffen und unsere Wirtschaft ausmachen.

Dieses Jahr war auch geprägt von der Messe des Glanebezirks, dem Comptoir et foire de la Glâne, dem Treffen von Industriellen in der Stadt Romont, der Mitwirkung des Oberamtmanns an den Zusammenkünften von Sicare und den Geschäftsleuten der Stadt und die von der Region Glane-Vivisbach organisierten Besuche von Unternehmen.

**Innoreg.** Nach seiner Ernennung zum neuen Verantwortlichen des Sektors Neue Regionalpolitik bei der Volkswirtschaftsdirektion, hat Alain Lunghi Ende Jahr sein Amt als Koordinator von Innoreg FR niedergelegt, das er seit 2009 ausübte. Durch Innoreg FR sind mehrere Projekte entstanden, die alle Bezirke des Kantons betreffen und durch die mehrere Bereiche wie Tourismus, Unterstützung für Unternehmen, Mobilität und Energie gefördert werden konnten.

### **Bereiche der GSD**

**Réseau Santé de la Glâne (RSG).** 2014 ist das Jahr des Baubeginns eines neuen Heims in Vuisternens-devant-Romont. Die Grundsteinlegung erfolgte am Freitag, 11. Juli 2014, in Anwesenheit von Staatsrätin Anne-Claude Demierre.

Um angemessene Lösungen für den zukünftigen Bedarf zu finden, wurde eine neue Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Umbau des Foyer de Notre Dame Auxiliatrice in Siviriez planen soll.

**HFR.** Wir verfolgen die Reorganisation des HFR aufmerksam und die Bevölkerung erwartet, dass der Standort Billens trotz der wandelnden Aufgaben einer der vom Kanton anerkannten und priorisierten Standorte bleibt, und dass die Zusagen der Kantonalpolitiker, Billens zu stärken, unter Berücksichtigung der verschiedenen Erklärungen und Gesuche der Erklärung von Vaulruz II eingehalten werden.

**Ärzte - Gemeinschaftspraxen.** Es fanden erste Überlegungen zur Bildung einer Gruppenpraxis statt, die Prüfung sollte 2015 in Zusammenarbeit mit dem HFR fortgeführt werden. Um eine Diskriminierung unter den Regionen zu verhindern, wird auch die finanzielle Unterstützung für den Betrieb dieser neuen Einrichtungen festgelegt werden müssen.

**Fondation glânoise en faveur des personnes handicapées mentales et IMC.** Der Oberamtmann vertritt die Freiburger Kantonsbehörden im Stiftungsrat.

Die Stiftung hat 2014 im Beisein von Staatsrätin Anne-Claude Demierre den Umbau der «Ateliers de la Glâne» in Romont eingeweiht. Die neuen Räumlichkeiten entsprechen den Bedürfnissen und die Stiftung hat angesichts der steigenden Nachfrage zusätzliche Flächen verfügbar gemacht.

### **Bereiche der FIND**

**Informatik der Gemeinden – CommuNet.** Durch die Vertretung von Sarah Devaud im Vorstand des Verbands CommuNet verfolgen wir aufmerksam die Aufgaben und Synergien zwischen dem Kanton und den Gemeinden und nehmen an deren Entwicklung teil. Alle Informatikprojekte des Kantons in Zusammenhang mit den Gemeinden müssen zwingend über CommuNet laufen, um die Prozesse zu vereinfachen und so viele Komplementaritäten wie möglich zu finden, von denen sowohl der Kanton als auch die Gemeinden profitieren. Die Kontakte und die Lösungsfindung mit dem ITA müssen dauerhaft sein.

### **Bereiche der RUBD**

**Baubewilligungsverfahren.** Das neue Verfahren ist noch nicht zufriedenstellend. Die Direktion hat neue Regeln und Ziele festgelegt, die insgesamt eine Verbesserung des Systems ermöglichen sollten.

---

Es ist absolut notwendig, dass jeder und jede die Absicht und den Willen hat, in seinem Sektor die bestmöglichen Prozesse zu suchen. Angesichts der Komplexität der Verfahren kann festgestellt werden, dass immer mehr Gemeinden die Kontrolle der Dossiers einem Profi anvertrauen. In diesem Bestreben um Effizienz organisiert das Oberamt des Glanebezirks regelmässig Informations- und Ausbildungsveranstaltungen mit den Gemeindevertretern und -angestellten.

**RER.** Wir haben mit Genugtuung den Bericht der Planungsregion West und die Projekte des Kantons Freiburg zur Kenntnis genommen, insbesondere die Wiedereinführung der RER-Verbindung zwischen Romont und Bulle im Stundentakt mit Halt an den Bahnhöfen, die seit der 1. Etappe der RER Fribourg | Freiburg nicht mehr bedient werden. Wir möchten an unsere verschiedenen Engagements für die Haltestellen Vuisternens-devant-Romont und Sâles erinnern.

**Öffentlicher Verkehr.** Wir sind dem Direktor der RUBD dankbar für sein Engagement für die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Erschliessung des Südens des Kantons durch den öffentlichen Verkehr. Durch diese Studie kann die Transportpolitik unter Berücksichtigung der neuen Bedürfnisse in Zusammenhang mit den Ortsplanungen und den Schülertransporten überdacht werden.

Der Kanton muss sich auch für die Angebote an den Bahnhöfen Romont und Palézieux stark machen, denn gemäss den ersten Planungen für 2025 sind die gemachten Vorschläge nicht akzeptabel, da das aktuelle Angebot stark verschlechtert würde.

## 7.7 Oberamt des Broyebezirks

Oberamtmann: **Christophe Chardonens**

### Bereiche der EKSD

**Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Broyebezirks und der Gemeinde Villarepos:** Das Jahr war geprägt von der Ernennung von Frédéric Gander zum neuen Direktor an der OS Estavayer-le-Lac. Er trat die Nachfolge von Henri Terrapon an, der in den Ruhestand getreten ist. Im Übrigen hat die Delegiertenversammlung einen Studienkredit gewährt für die Entwicklung eines Projekts zur Erweiterung der Gebäude der OS Broye und um zwischen einer Vergrösserung des Standorts Domdidier und der Errichtung eines dritten Standorts zu entscheiden.

**Interkantonales Gymnasium der Region Broye:** Mit dem Erwerb von Land, auf dem neue Gebäude stehen könnten, haben sich die Perspektiven für eine Vergrösserung des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye präzisiert. Im Übrigen zeigt das Gymnasium immer noch die gleiche Dynamik, nicht nur bei der Weiterentwicklung von Bildungsgängen, die den Jugendlichen der Region zur Verfügung stehen, sondern auch in seiner führenden Rolle in der Landschaft der interkantonalen Broye.

**Stiftung Pro Vallon:** Wie viele andere Museen hat das Musée Romain de Vallon Mühe, das finanzielle Gleichgewicht zu halten. Der Finanzhaushalt der Einrichtung muss daher streng geführt werden, während gleichzeitig die Entwicklung von Aktivitäten und anderen Ausstellungen gefördert werden soll, die den Besucherinnen und Besuchern angeboten werden, und die zum Ansehen des Standorts beitragen.

**Aufsichtskommission für die Schuldienste des Schulkreises Broye:** Der finanzielle Aufwand der Gemeinden im Jahr 2013 hat sich gelohnt und mit den eingesetzten Mitteln konnte den Erwartungen effizienter nachgekommen werden. Der Bedarf steigt allerdings ständig an.

**Interkantonale Zusammenarbeit der Schulen.** Die Bildung von bikantonalen Schulkreisen nach kantonalem Schulrecht ist ins Stocken geraten, auch wenn die Freiburger Gemeinden Murist und Vuissens die Idee noch nicht aufgegeben haben, mit den Waadtländer Gemeinden Treytorrens und Champtauroz zusammenzuarbeiten. Da das zukünftige Schulgesetz zum Zusammenschluss des einen oder anderen Schulkreises führen wird, könnten mögliche interkantonale Zusammenarbeiten wieder auftauchen.

### Bereiche der SJD

**Gaststätten und Veranstaltungen.** Das Oberamt hat die Tätigkeiten der öffentlichen Gaststätten des Bezirks aufmerksam verfolgt. Es gibt immer noch zahlreiche Betreiberwechsel und die wirtschaftliche Situation trägt nicht



---

zur Entwicklung der kleinen ländlichen Betriebe bei. Das Oberamt freut sich über die enge Zusammenarbeit mit der kantonalen Gendarmerie bei der Vorbereitung und Begleitung von öffentlichen Grossanlässen.

**Feuerwehr:** Das Jahr 2014 war für neue Zusammenschlüsse von Feuerwehrcorps nicht günstig, wäre da nicht das Corps von Léchelles, das aufgrund des Gemeindezusammenschlusses von Domdidier, Dompierre, Léchelles und Russy am 1. Januar 2016 aufgelöst wird. Im Übrigen sind die Reorganisationen bis zu den Abstimmungen über die Gemeindezusammenschlüsse ausgesetzt, die im ersten Semester 2015 vonstatten gehen sollten. Die Gemeinden, die bis Ende 2015 keine Lösung präsentieren, müssen sich jedoch bewusst sein, dass sie zu einem Zusammenschluss gezwungen werden könnten.

**Air14:** Die Airshow fand Ende August in Payerne statt und war mit fast 400'000 Besuchern an zwei Wochenenden ein überragender Erfolg. Vor Ort arbeiteten die Polizei und der Zivilschutz der Kantone Freiburg und Waadt hervorragend zusammen.

### **Bereiche der ILFD**

**Abstimmungen.** Das Oberamt hat für einen reibungslosen Ablauf der eidgenössischen und kantonalen Wahlen gesorgt, wobei jeweils am Tag des Urnengangs besonders viel Personal im Einsatz war. Zudem half das Oberamt den Gemeinden, in denen Ersatzwahlen durchgeführt werden mussten. Besondere Aufmerksamkeit galt ausserdem den Überlegungen zur neuen Software, die dem Kanton, den Oberämtern und den Gemeinden für die nächsten Wahlen zur Verfügung stehen soll.

**Gemeindezusammenschlüsse.** Die Bevölkerung der Gemeinden Domdidier, Dompierre, Léchelles und Russy hat die ihnen vorgelegte Fusion angenommen, sodass am 1. Januar 2016 die neue Gemeinde Belmont-Broye entstehen wird. Es wurde jedoch eine Beschwerde beim Kantonsgericht eingereicht. Ansonsten werden die Überlegungen fortgeführt und die Fusionsprojekte der Gemeinden Bussy, Estavayer-le-Lac, Morens, Murist, Rueyres-les-Prés, Vernay und Vuissens sowie der Gemeinden Cugy, Fétigny, Les Montets, Ménières und Nuvilly dürften dem Stimmvolk am 24. Juni 2015 unterbreitet werden. Der Zusammenschluss der vier Gemeinden der Enklave Surpierre kommt nicht zustande, doch die Gemeinden Surpierre und Villeneuve werden am 26. April 2015 über ihr Schicksal entscheiden. Die Gemeinden Gletterens, Delley-Portalban, St-Aubin und Vallon führen ihre Überlegungen fort, genauso wie die Gemeinden Châbles und Cheyres.

**Verband der Gemeinden des Broyebezirks (Ascobroye):** Der Oberamtmann nahm an verschiedenen Vorstandssitzungen und Generalversammlungen teil und wirkte bei der Führung der laufenden Dossiers mit. Die wirtschaftliche Entwicklung der Broye sowie die Raumplanung standen im Zentrum der Diskussionen.

### **Bereiche der VWD**

**Regionale Gemeinschaft der Broye (COREB).** Die Regionale Gemeinschaft der Broye hat ihre Anstrengungen zur Förderung der Niederlassung neuer Unternehmen fortgeführt. Die Entwicklung des Projekts «Aéropôle» nimmt mit der Genehmigung des zivilen Betriebsreglements im Jahr 2013 Form an. Das Berichtsjahr 2014 war zudem geprägt von Fortschritten im Bereich öffentlicher Verkehr, mit der Einweihung der zweiten Etappe der RER Fribourg | Freiburg, auf der Linie Freiburg – Estavayer-le-Lac – Yverdon-les-Bains, und der Lancierung eines neuen Busnetzes in der Broye.

**Aéropôle.** Das Projekt nimmt mit der Entwicklung der ersten Ansiedlungsprojekte Form an. Während Solar Impulse bald seine Sachen packen und davonfliegen dürfte, um die Welt zu erobern, sind alle Blicke auf das Projekt Swiss Space Systems - S3 gerichtet, dessen Ziel darin besteht, Weltmarktführer in der Beförderung von kleinen Satelliten in die Erdumlaufbahn zu werden.

**Neue Regionalpolitik (NRP).** Der Verein der Freiburger Regionen für die Neue Regionalpolitik (INNOREG FR) verzeichnete zwar den Weggang seines Leiters, Alain Lunghi, behält jedoch seine Dynamik aufrecht. So wurden die Projekte, die in der Broye entwickelt wurden, mit der Ausschüttung einer grosszügigen NRP-Hilfe für die Entwicklung der Standorte «Aéropôle» und «Rose de la Broye» während der nächsten zwei Jahre belohnt.

---

## **Bereiche der GSD**

**Gemeindeverband für die sozialmedizinische Organisation des Broyebezirks.** Das Um- und Anbauprojekt des Pflegeheims Les Fauvettes, in Montagny-la-Ville ist unter Dach und Fach. Der detaillierte Kostenvoranschlag sowie der für die Umsetzung der Bettenplanung 2010-2025 der Pflegeheime des Broyebezirks notwendige Betrag wurden den Gemeinden Ende 2014 vorgestellt. Die Delegiertenversammlung wird Anfang 2015 dazu Stellung nehmen müssen. Falls die Entscheide positiv ausfallen, wird der Budgetrahmen von 57,9 Millionen, der für die Finanzierung der Um- und Anbauarbeiten der Pflegeheime im Broyebezirk notwendig ist, dem Volk unterbreitet (obligatorisches Referendum). Die Delegiertenversammlung hat zudem ihr Eintreten für interkantonale Projekte bekräftigt, indem sie der weiteren Finanzierung eines interkantonalen Ambulanzdienstes zustimmte, obwohl sie dem Ambulanzdienst hätte beitreten können, der vom Kanton Freiburg eingeführt wurde und finanziert wird. Die Versammlung hat ausserdem der Weiterführung des Projekts zum Zusammenschluss der spitalexternen Krankenpflege der Freiburger und Waadtländer Broye grünes Licht gegeben.

**Interkantonales Spital der Broye (HIB):** Das Interkantonale Spital der Broye hat seine neue Rechtsstellung als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt übernommen und der neue Anstaltsrat, bestehend aus 7 Mitgliedern, hat seine Tätigkeit im Laufe des zweiten Quartals aufgenommen. Dieses erste Jahr war ein Jahr des Übergangs, geprägt vom Balanceakt zwischen der Notwendigkeit, sich für den Aufbau Zeit zunehmen und der Notwendigkeit, an der Weiterentwicklung des Spitals zu arbeiten.

**COSAF.** Die Kommission hat zahlreiche Gesuche um Pauschalentschädigungen behandelt und gleichzeitig die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen sozialmedizinischen Akteuren verfolgt, insbesondere das Projekt der Zusammenlegung der Spitexstrukturen der Freiburger und der Waadtländer Broye.

**Bezirkskommission für Pflegeheime CODEMS.** Die Kommission hat die Arbeiten zur Umsetzung der Bettenplanung 2010-2025 der Pflegeheime des Broyebezirks aufmerksam verfolgt.

## **Bereiche der FIND**

**Informatik.** Das Oberamt verfolgt aufmerksam die Entwicklung von Informatik-Tools und -dienstleistungen, die den Verwaltungen und Privatpersonen zur Verfügung stehen. Es wünscht sich, dass bald ein Tool für das elektronische Dokumentenmanagement zur Verfügung steht.

## **Bereiche der RUBD**

**Association de la Grande Cariçaie:** Der neue Verband ist inzwischen gut eingearbeitet und kann sich voll und ganz der Erhaltung der Naturschutzgebiete am Südufer des Neuenburgersees widmen.

**Paritätische Konsultativkommission für die Naturschutzgebiete am Südufer des Neuenburgersees.** Die paritätische Kommission setzt ihre Arbeiten fort und fördert den Austausch zwischen den verschiedenen Partnern. Sie wartet nach wie vor auf eine Stellungnahme der Kantone Freiburg und Waadt zu ihrer Rolle und den Erwartungen der beiden Kantone nach der Gründung der Association de la Grande Cariçaie.

**Interkantonale Kommission für den Unterhalt der Kleinen Glane und des Fossé Neuf.** Die Kommission begleitet weiterhin die Unterhaltsarbeiten an den Ufern der Kleinen Glane und des Fossé Neuf. Gleichzeitig bemüht sich die Kommission darum, Revitalisierungsprojekte auszulösen, um eine Kostenexplosion der Unterhaltsarbeiten zu verhindern. Ihre besondere Aufmerksamkeit gilt daher dem von den Freiburger Gemeinden St-Aubin und Vallon und den Waadtländer Gemeinden Missy und Vully-les-Lacs entwickelten Revitalisierungsprojekt.

**Interkantonaler Richtplan.** Die Arbeiten wurden wieder aufgenommen mit der festen Absicht, dieses wichtige Dossier im Laufe des Jahres 2015 endlich abschliessen zu können. Man sollte jedoch mit der Unterstützung der für die Raumplanung zuständigen Direktion des Kantons Freiburg bzw. des Departements des Kantons Waadt rechnen können, damit Hoffnung besteht, diese Arbeiten fristgerecht abschliessen zu können. Es handelt sich hier um eine Übung, deren Wichtigkeit und Notwendigkeit nicht mehr aufgezeigt werden müssen. Es muss daher festgestellt werden, dass es sich nach wie vor um eine besonders gewagte Übung handelt, was in Anbetracht dessen, was auf dem Spiel steht, bedauernswert ist.

---

**Öffentlicher Verkehr.** Die Arbeit der Regionalen Gemeinschaft der Broye, der Ämter für Mobilität der Kantone Freiburg und Waadt, der tpf und von PostAuto trägt Früchte: Das neue Busnetz der Broye ist lanciert. Das Jahr 2014 war ausserdem von der Einweihung der zweiten Etappe des RER Fribourg | Freiburg auf der Linie Freiburg – Estavayer-le-Lac – Yverdon-les-Bains geprägt. Nun muss die Bevölkerung der Region für dieses neue Angebot sensibilisiert werden und es muss ihr bewusst gemacht werden, dass es im Broyebezirk auch möglich ist, den öffentlichen Verkehr zu nutzen. Das wird nicht einfach sein, aber es ist die Herausforderung, der es sich zu stellen gilt.

**Gemeindeübereinkunft für die Entwicklung des strategischen Sektors «Rose de la Broye».** Hin- und hergerissen zwischen einer gewissen Entmutigung und der Überzeugung, dass hier eine tatsächliche Möglichkeit besteht, in der Broye qualitativ gute Arbeitsplätze zu schaffen, setzt die Gemeindeübereinkunft ihre Arbeiten fort. Der Kanton muss jedoch Stellung beziehen, zu seiner reellen Absicht, die Entwicklung dieser Zone in naher Zukunft zu fördern.

**Fahrende.** Es ist sehr erfreulich, dass das Jahr 2014 relativ ruhig verlaufen ist.

**Militärflugplatz Payerne.** Die Kontaktgruppe ist froh, dass mit der Gemeinde Morens Vereinbarungen unterzeichnet worden sind, sowohl zum militärischen Betriebsreglement als auch zum zivilen Betriebsreglement für den Militärflugplatz Payerne. Nachdem die Bevölkerung die Schaffung eines Fonds für die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs abgelehnt hat, verfolgt die Kontaktgruppe das Dossier aufmerksam, da für die Region viel auf dem Spiel steht.

## 7.8 Oberamt des Vivisbachbezirks

Oberamtmann: **Michel Chevalley**

### Bereiche der EKSD

**Orientierungsschule des Vivisbachbezirks:** Aufgrund des Bevölkerungswachstums hat der Bezirk einen Betrag von 30 Millionen Franken bereitgestellt, den Gewinner des Wettbewerbs bestimmt und die Arbeiten lanciert, die es der zukünftigen OS ermöglichen sollen, in zwei Jahren bis zu 850 Schülerinnen und Schüler aufzunehmen. Im Anschluss daran musste er seine Statuten ändern und genehmigen lassen und mehr Verwaltungspersonal anstellen, auch um den Bedarf des Zentrums für Berufsberatung und Erwachsenenbildung zu decken.

**Öffentliche Bibliothek des Vivisbachbezirks:** Mit 20'000 Werken und 80'000 ausgeliehenen Büchern pro Jahr sprechen die Zahlen für sich. Dieser Erfolg hat zur Folge, dass die Bibliothek, die bisher mit freiwilligen oder halbbehrenamtlichen Mitarbeitern betrieben wurde, gegenwärtig reorganisiert werden muss.

**Schuldienst:** Diese Dienste sehen sich mit enormen Schwierigkeiten konfrontiert, insbesondere was die Rekrutierung der unentbehrlichen Spezialisten betrifft, die sehr schwer zu finden sind.

**Bildungslandschaften Vivisbach:** Die Bildungslandschaften Vivisbach werden von der Jacobs Foundation subventioniert und strahlen inzwischen auf den gesamten Bezirk aus. Sie tragen dazu bei, das Angebot an Freizeitaktivitäten für die Jugend auszuweiten.

### Bereiche der SJD

**Kantonspolizei:** In Anbetracht des Polizeialltags muss festgestellt werden, dass auch der Vivisbachbezirk keine friedliche Insel ist, die von den kantonalen Tendenzen verschont bleibt: Drogen, einschliesslich bei Jugendlichen im schulpflichtigen Alter, illegaler Anbau von Hanf, Einbruchdiebstähle, Gewalt in allen Formen... Glücklicherweise leistet die Kantonspolizei beachtliche Arbeit, wobei auch die bürgernahe Polizei Präsenz und Visibilität gewährleistet, was das Gefühl der Sicherheit, das bei der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nach wie vor herrscht, unbestritten verstärkt.

**Feuerpolizei:** Der Oberamtmann beteiligte sich an der Arbeitsgruppe zur Gesetzesrevision (ECALEX). Im Übrigen hat er wie gewohnt die verschiedenen Feuerwehrcorps besucht, die Ausbildungskommission zusammentreten lassen und die Kommandanten, ihre Stellvertreter sowie die lokale Feuerkommission versammelt. Er hat den CSPi Semsales – La Verrerie inspiziert. Bei der Feuerwehr tut sich was. Die von Frifire eingeführten Anforderungen sind an dieser

---

Aufbruchstimmung nicht unbeteiligt. So sind Überlegungen zu einer allfälligen erneuten Fusion von Feuerwehrkorps im Gange, oder zumindest einer Fusion Glane – Vivisbach für deren Ausbildung.

**Gaststätten:** Die Botschaft ist angekommen und es gibt kaum mehr Probleme mit den öffentlichen Gaststätten, auch nicht mit allfälligen Ruhestörungen, die früher mit ihnen verbunden waren. Es muss gesagt werden, dass zwei der wichtigsten von ihnen darauf warten, eventuell ein Patent B+ zu erhalten.

**GFO:** Der Bezirk hatte den Rücktritt des Chefs des Führungsorgans zu verzeichnen. Die Tätigkeit ist an einem toten Punkt angelangt und der interkommunale Rat ist 2014 nur einmal zusammengetreten.

### **Bereiche der ILFD**

**Gemeinden:** Die Gemeinden des Bezirks waren 2014 nicht mit grösseren Problemen konfrontiert. Man muss jedoch sagen, dass sie bei den Überlegungen über eine erneute Lancierung der Gespräche zu einer allfälligen Fusion an einem toten Punkt angelangt sind. Was ihre Beschlüsse betrifft, so besteht eine Tendenz zur Anfechtung und somit zu Beschwerden beim Oberamt. Aus diesem Grund sah sich das Oberamt veranlasst, juristische Unterstützung zu verlangen. Die Dossiers sind alles in allem vielleicht weniger zahlreich, aber sie sind sehr viel komplexer geworden.

Die Gemeinden bekommen das gedrückte Klima, das mehr oder weniger überall vorherrscht, mit voller Wucht zu spüren. Sie merken, dass ihre fixen und gebundene Ausgaben ansteigen. Alle sehen sich mit einer Erneuerung oder Vergrösserung der bestehenden Strukturen aufgrund des Bevölkerungswachstums konfrontiert. Zudem mussten sie auf der Ebene des Bezirks bedeutende Investitionen genehmigen, damit ihre Zukunft sichergestellt ist (Pflegeheime, Kläranlagen, OS), nämlich einen Betrag in der Höhe von rund 80 Millionen Franken. Dies wirkt sich selbstverständlich auf ihr Budget aus und reduziert ihren Handlungsspielraum entsprechend.

Im Hauptort bzw. den grösseren Ortschaften des Bezirks tritt ein neues Phänomen zutage: ein nicht unbedeutender Teil der Bevölkerung oder des Generalrats lehnt sich auf und protestiert gegen die von der Gemeindebehörde befürwortete Entwicklung oder gegen Bauvorhaben, die für die Unterbringung der neuen Bürgerinnen und Bürger jedoch unabdingbar sind. Auch wenn die Stimme des Volkes natürlich berücksichtigt werden muss, so muss man sich doch strikt an eine Linie halten, die einem erwiesenen Bedarf entspricht, nämlich eine Linie der Verdichtung, und der Zersiedelung ein für alle Mal Einhalt gebieten.

**Tätigkeiten auf kommunaler und interkommunaler Ebene:** 3 Gemeinde haben 2014 das 10-jährige Jubiläum ihrer Fusion gefeiert, nämlich Le Flon, St-Martin und La Verrerie. Der Oberamtmann hat den Vorsitz der Gemeindeverbände des Bezirks inne. Er trägt somit zur Entwicklung seines Fleckens Erde bei (Gesetz vom 20. November 1975 über die Oberamtmänner, Art.15, Abs.1). Dabei wird er stets von der Region Glane-Vivisbach, dessen Präsidium er innehat, unterstützt.

**Ammänner:** Die Konferenz der Ammänner, die pro Jahr rund 10-mal zusammentritt, ist nach wie vor ein interessantes Arbeitsinstrument, das zu normalen Zeiten in der Lage ist, rasch zu handeln und zu reagieren, zumal der Bezirk klein ist.

Der Oberamtmann stellt zudem seine Dienste zur Verfügung, um in einem Streitfall zwischen den Parteien, zum Beispiel zwischen einem Bürger und seiner Gemeinde oder einem Gemeindedienst...oder im umgekehrten Fall, zu vermitteln.

**Grosser Rat:** Wie es der Brauch will, hat der Oberamtmann jeweils am Dienstag oder am Donnerstag vor jeder zweiten Session die Abgeordneten aus dem Vivisbachbezirks jeglicher politischen Couleur eingeladen. Die Diskussionen zu gewissen Themen erwiesen sich als spannend.

### **Bereiche der VWD**

**Region Glane-Vivisbach (RGV):** Die RGV ist nach wie vor äusserst aktiv in dem ach so komplexen Bereich des öffentlichen Verkehrs und der Verbesserung des Angebots für seine Nutzer.

Auf den Wunsch der Gemeinden und ihres Vorstands hin hat die RGV Workshops und Austausche zum Thema Energieplanung durchgeführt. Die Idee unter der gemeinsamen Leitung des Amts für Energie und von Herrn

---

Boschung, besteht darin, den Gemeinden eine Palette an Werkzeugen zu liefern, um sie zur Innovation zu ermutigen, oder, um das Rad nicht neu erfinden zu müssen, zu übernehmen, was andernorts bereits mit Erfolg angewendet wird.

**Wirtschaft:** Die Genossenschaft «Comptoir de la Veveysse» wurde gebildet und kündigt eine neue Ausgabe ihrer Hauptveranstaltung für 2015 an. Welch erfreuliche Nachricht.

Der Oberamtmann reiste weiterhin umher und hat mehrere neue Unternehmen besucht, die ihren Sitz im Bezirk haben.

**Tourismus:** Leider bleibt der Tourismus ein Stiefkind, trotz der immer ausgeprägteren Unterstützung, die ihm die Region trotz ihren bescheidenen Mitteln zukommen zu lassen versucht. Trotzdem ist sein Beitrag auf wirtschaftlicher Ebene unbestritten. Der Tourismus ist vollkommen abhängig von den Mitteln, die für die Initiierung neuer Projekte oder zur Erhaltung bestehender Projekte gewährt werden. Er hat das Glück auf das unerschütterliche Engagement des Personals des Tourismusbüros und einiger Freiwilliger, die sich für den Bezirk begeistern, zählen zu können. Der Oberamtmann nimmt zudem Einsitz im Tourismusförderungsfonds.

### **Bereiche der GSD**

**freiburger spital:** Die Einheit für Palliativpflege, die ihren Standort in Châtel-St-Denis hatte, ist umgezogen. Seither gibt es im Bezirk keinen Standort des freiburger spitals mehr. Jene Vivisbacher, die sich stark für die öffentliche Sache einsetzen, werden den schlechten Spass des Staatsrats nie verdauen, und sie scheuen nicht davor zurück, uns dies spüren zu lassen.

**Medizinisches Zentrum:** Nachdem sie die Eigentümer der Anlagen des ehemaligen Spitals Monney geworden sind, setzen die Gemeinden und das Gesundheitsnetz alles daran, einerseits eine neue Struktur zu schaffen, die den wichtigsten Bedürfnissen der Bevölkerung im Bereich Gesundheit genügt und andererseits die am besten geeigneten frei gewordenen Räumlichkeiten zu besetzen.

**Pflegeheimkommission (CodEMS):** Dank der anhaltenden Bemühungen wurde letztendlich eine Vereinbarung unterzeichnet zwischen jeder Gemeinde des Bezirks und zwei privaten Stiftungen, die die Heime leiten. Sie bestätigt die Verpflichtung der Gemeinden gegenüber den Pflegeheimen und garantieren unter anderem eine allfällige Deckung des Defizits. Das finanzielle Engagement für den Umbau liegt in der Höhe von 40 Millionen Franken.

**Spitalexterne Krankenpflege:** Die Ad-hoc-Kommission musste feststellen, dass die Anfragen für spitalexterne Hilfe exponentiell zunehmen. Die Schliessung des HFR im Vivisbachbezirk hat sicherlich dazu beigetragen.

### **Bereiche der FIND**

**Informatik.** Der Laptop, der auch als interaktives Tablet dient, ist endlich eingetroffen. Wenn eine papierlose Verwaltung angestrebt wird, so müssen schnellstens Ausbildungsmodule über die elektronische Verwaltung von Dokumenten angeboten werden. Die Dienstleistungen des ITA sind in jeder Hinsicht bemerkenswert. Die Hotline ist ein wertvolles Arbeitsinstrument, und die Spezialisten handeln kompetent und zügig.

### **Bereiche der RUBD**

**Verkehrskommission:** Diese äusserst aktive Kommission nimmt allfällige Fahrplanprobleme vorweg, ist Sprachrohr für die legitimen Forderungen der Nutzer nach einem dichteren Angebot im öffentlichen Verkehr und arbeitet an einer verbesserten Feinerschliessung. Die Kommission begrüsst den Beschluss der RUBD, zwei Arbeitsgruppen einzusetzen, die die Erschliessung im Süden des Kantons überdenken und verbessern sollen.

**Regionaler Richtplan:** Das Vivisbacher Projekt ist in Vergessenheit geraten. Es würde sich jedoch lohnen, das Projekt zu aktualisieren, zumal die Gemeindezusammenschlüsse gescheitert sind und die Raumplanung durch das neue RPG eine Konzertierung auf regionaler Ebene verlangt.

Der Oberamtmann wurde ebenfalls in die Steueraussschüsse regionaler Richtplan Lavaux-Oron und RiVeLac eingeladen. Letzteres Projekt wartet nach wie vor auf einen positiven Entscheid des Bundes.

**Abwasserreinigung:** Aufgrund des Bevölkerungswachstums wird die ARA von Ecublens redimensioniert werden müssen. Der Gemeindeverband für die Abwasserreinigung VOG (Vivisbach-Oron-Glane) hat sich mit den

Verantwortlichen getroffen für die Investitionen, die gewährt werden müssen, nämlich für die 3 Bezirke zusammen rund 30'000'000 Franken. Der ganze Vivisbachbezirk, ausser Châtel-St-Denis, ist betroffen.

## 7.9 Statistik

	Saane		Sense		Greyerz		See		Glane		Broye		Vivisbach	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Strafklagen und Strafanzeigen	8669	8399	1100	1011	2347	2183	2630	2914	377	438	1025	951	554	668
Vermittlungsversuche:	307	399	41	48	68	91	42	48	42	56	67	71	45	60
<i>davon erfolgreich</i>	202	259	24	27	39	52	28	24	18	24	16	23	20	37
<i>davon gescheitert</i>	105	140	12	17	29	39	14	24	18	18	22	29	25	23
Strafbefehle	8305	7926	1046	946	2279	2092	2586	2860	329	381	958	880	509	608
<i>davon definitiv</i>	8263	7871	1032	942	2214	2035	2539	2824	327	379	951	864	493	591
<i>davon mit Einsprache angefochten</i>	42	55	14	15	65	57	47	36	2	2	7	16	16	17
Verwaltungsbeschwerden	61	51	24	20	28	37	8	11	12	14	21	23	20	5
Baubewilligungen	831	795	340	364	544	534	294	277	219	219	391	328	152	161
<i>ausgestellt</i>	642	688			518	512	288	274	210	211	380	317	149	161
<i>verweigert</i>	6	2			14	8	-	-	7	8	5	4	0	0
<i>Annullierung des Baugesuchs</i>	19	5			12	14	6	3	2	0	6	7	3	0
Jagdpatente	877	487	314	311	630	655	179	160	295	203	231	219	279	288
Fischereipatente	2333	1518	1425	1328	2061	1901	3418	2834	297	285	695	712	218	220
Hundehaltungsbewilligung und -steuer	3960	3715	2741	2724	3148	3028	2046	2085	1894	1908	2272	1913	1452	1415
Einsargungen	26	27	2	2	13	6	1	0	0	3	0	1	5	3
Verschiedene Bewilligungen	3733	3707	845	912	2488	2400	1431	1459	845	796	1153	1199	780	858
Freiheitsentzug (Vorführungen)	47	33	2	0	41	21	3	5	10	17	5	0	4	0
Bewilligungen zur Installation eines Videoüberwachungssystems	6	13	0	7	0	7	2	1	4	3	3	3	1	3
<i>erteilt</i>	6	12	0	7	0	7	2	1	4	3	3	2	1	3
<i>verweigert</i>	0	1	0	0	0	0	-	-	0	0	0	1	0	0

## 8 Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg (LIG)

Direktorin: **Geneviève Gassmann**

### 8.1 Tätigkeit und besondere Ereignisse

2014 konnte Grangeneuve, das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg, sich in mehreren Bereichen einen Namen machen.

Die Lernwerkstätten haben an den Swiss Cheese Awards, die vom 23. bis am 26. Oktober 2014 in Rapperswil-Jona stattgefunden haben, drei Auszeichnungen erhalten: eine Medaille für den Gruyère AOP, eine Medaille für den «Bleu de Fribourg» und als bester aller Kategorien den Titel «Swiss Champion» für den Gruyère AOP. Dieser Käse gefiel der Fachjury, die sich aus Spezialisten aus allen Ländern zusammensetzt, besonders.



Im November 2014 verlieh die Sortenorganisation Gruyère Grangeneuve eine Bronzemedaille für die Herstellung ihres qualitativ hochstehenden Gruyère AOP. Diese Auszeichnung basiert auf dem gewichteten Durchschnitt für die Produktionsdauer vom 1. Mai 2009 bis Ende 2013, nämlich 19,17 Punkten von insgesamt 20.

Die Schulgartenanlage wurde im Frühling vor grossem Publikum eingeweiht. Es handelt sich um ein didaktisches Werkzeug erster Güte für die Ausbildung der freiburgischen Landschaftsgärtnerlehrlinge sowie die rund hundert Anwärter für die eidgenössischen Prüfungen, die die Vorbereitungskurse besuchen.

Ab dem 1. Januar 2015 werden die Station für Beratung, Agrar- und Hauswirtschaft sowie die Station für Tierproduktion und Pflanzenbau zum landwirtschaftlichen Beratungszentrum. Das landwirtschaftliche Beratungszentrum wird vier Sektoren umfassen, den Sektor «Betriebswirtschaft und Buchhaltung», den Sektor «Unternehmensstrategie und Gemeinschaftsprojekte» sowie die Sektoren «Pflanzenbau» und «Tierproduktion». Grangeneuve möchte die Bauernfamilien so noch besser in ihrem Alltag begleiten, indem es ihnen Dienstleistungen anbietet, die auf einem umfassenden Gesamtüberblick des Unternehmens und der Familie gründen. Die bisherige hauswirtschaftliche Weiterbildung wird ab dem 1. Januar dem Bildungszentrum für Hauswirtschaft, Milch- und Lebensmitteltechnologie (BHML) zugewiesen.

Mit dem Institut für Lebensmittelwissenschaften von Agroscope als Nachbarn erhält Grangeneuve eine nationale Dimension und stärkt seine Besonderheit, alle Akteure der Lebensmittelproduktion an einem Standort zusammenzubringen. Grangeneuve wird so zu einem der grössten Zentren für Forschung, Ausbildung, Beratung und Dienstleistungen im Lebensmittelbereich in der Schweiz.

Der Staatsrat hat im Finanzplan für die Jahre 2015 bis 2018 10 Millionen Franken vorgesehen für die Renovation und zur Stärkung der Infrastrukturen für die Bildung in beruflicher Praxis und für Versuche.

Die Arbeitsgruppe Zweisprachigkeit hat die Grundsätze der aktiven Zweisprachigkeit in das Qualitätsmanagementsystem aufgenommen, um so eine Kontrolle und die Entwicklung der Amtssprachen in Grangeneuve zu gewährleisten. Sie hat im Übrigen verschiedene Aktivitäten organisiert, unter anderem einen Schwyzertütsch-Kurs, an dem 20 Personen teilnahmen.

Das Qualitätssystem wurde regelmässig aktualisiert. Im Dezember hat Grangeneuve das Rezertifizierungsaudit für die ISO-Norm 9001 für das ganze Institut erfolgreich bestanden. Die Prüfer haben darauf hingewiesen, wie wichtig die Einrichtung eines Qualitätsmanagementsystems ist, das eine Führung mit Zielvorgaben enthält.

## 8.2 Berufsbildungen

Die Berufsbildungszentren von Grangeneuve arbeiteten ordnungsgemäss im Dienste der 1017 Schülerinnen und Schüler (1025).

### 8.2.1 Berufsbildung Naturberufe

Ausbildung	Anzahl Schüler/ Kandidaten	
	2014	2013
Landwirtschaftliche Lehre (EFZ und EBA)	237	239
Forstwartlehre	51	52
Gärtnerlehre (EFZ, EBA und Anlehre)	154	163
Vorbereitungskurs für den eidg. landwirtschaftlichen Fachausweis	62	83
Vorbereitungskurs für das eidg. Diplom	70	38
Vorbereitungskurs für den eidg. Fachausweis Sport- und Golfrennenspezialisten, Baumpflegespezialisten, Landschaftsgärtner und Grünpflegespezialisten, Naturgartenspezialisten, Zierpflanzenkultivateure, Staudengärtner und Baumschulisten	54	91
Vorbereitungskurs für die Teilprüfung Gärtner Bauführer (Diplom 1. Teil)	15	13
Handelsschule (20 Wochen)	10	15
Höhere Fachschule für Agrohandel und Agrotechnik	42	11



Zum ersten Mal seit der Schaffung der Höheren Fachschulen in Grangeneuve wurden zwei Klassen eröffnet für die Agrotechnikerinnen und -techniker und die Agrokaufleute. Diese erfreulichen Schülerzahlen hängen sicherlich mit den guten Berufsaussichten für diese Berufe zusammen sowie mit dem Marketing an den Landwirtschafts- und Gartenbauschulen der Westschweiz.

Rund die Hälfte der Studierenden kommt aus anderen Kantonen, was als Zeichen der Anerkennung über die Kantongrenzen hinaus gewertet werden kann. Für den Unterricht in den Management-Fächern wird nun mit der Freiburger Hochschule für Wirtschaft zusammengearbeitet, eine Zusammenarbeit, die für beide Seiten von Vorteil ist.

### 8.2.2 Hauswirtschaftliche, milchwirtschaftliche und lebensmitteltechnologische Berufsbildungen

Ausbildung	Anzahl Schüler/ Kandidaten	
	2014	2013
Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft, modulare Ausbildung	25	25
Vorbereitungskurs für den eidg. Fachausweis und das eidg. Diplom für Bäuerin	9	11
Hauswirtschaftslehre (EFZ und EBA)	82	79
Lehre Milchtechnologin/Milchtechnologe (EFZ und EBA)	119	123
Lehre Lebensmitteltechnologin/Lebensmitteltechnologe (EFZ und EBA)	47	42
Vorbereitungskurs für den eidg. Fachausweis für Milchtechnologen	10	12
Vorbereitungskurs für das eidg. Diplom für Milchtechnologen	10	13
Vorbereitungskurs für den eidg. Fachausweis für Lebensmitteltechnologen	-	-
Höhere Fachschule für Lebensmitteltechnologie	20	15

Es wurden 31 Lehrverträge zwischen dem Verein Freiburgerischer Lehrbetriebsverbund Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft und Hauswirtschaftspraktikerin/Hauswirtschaftspraktiker und den Lernenden unterzeichnet.

Die Ausbildung der Milchtechnologen nach der alten Regelung wurde mit der Vergabe von 43 EFZ abgeschlossen.

### 8.3 Milchwirtschaft

Der milchwirtschaftliche Beratungsdienst (CASEi) hat seine Tätigkeit bei rund 220 Käsern und 3600 Milchproduzenten wie bisher wahrgenommen.

Das Freiburgische Agro-Lebensmittellabor (FALL) hat für die gleichen Kunden zahlreiche Analysen vorgenommen. Für seinen Partner Suisselab in Zollikofen hat es die Milchproben aus den Kantonen Freiburg, Neuenburg, Waadt und Jura gesammelt.

2014 hat das FALL seinen Kunden das Informatiktool WebLISA zur Verfügung gestellt. Mit diesem Programm können die Analyseresultate online konsultiert und eigene Statistiken erstellt werden. Es besteht auch die Möglichkeit, die elektronischen Daten zu archivieren.

### 8.4 Dienstleistungen

Im Folgenden sind die wichtigen Ereignisse des Jahres 2014 für die landwirtschaftlichen Stationen kurz erläutert:

#### 8.4.1 Asiatischer Laubholzbockkäfer

Am 9. Juli 2014 sind in Marly Asiatische Laubholzbockkäfer entdeckt worden. Der eingeschleppte Käfer zerstört Laubhölzer und gilt als besonders gefährlicher Schädling. Der neu entdeckte Befall machte Sofortmassnahmen erforderlich. Präventivfällungen und Kontrollen wurden in einem Umkreis von 100 m um die ersten befallenen Bäume durchgeführt. Die Bewohnerinnen und Bewohner des betroffenen Quartiers wurden in einem Schreiben über die zu ergreifenden Massnahmen informiert. Die Bevölkerung in der Fokuszone, d. h. einem Umkreis von bis zu 500 m, erhielt zudem eine detaillierte Information, in der sie für die mögliche Präsenz des Schädlings und die Massnahmen, die zu treffen sind, um eine Ausbreitung zu verhindern, sensibilisiert wurde. Zudem wurde in einem Umkreis von zwei Kilometern eine Pufferzone mit einer verstärkten Überwachung eingerichtet. Der asiatische Laubholzbockkäfer wurde im Jahr 2011 erstmals in der Schweiz in der Gemeinde Brünisried nachgewiesen.

---

#### 8.4.2 Agrarpolitik 2014-2017

Grangeneuve hat auch 2014 informiert und Ausbildungen in Zusammenhang mit der neuen Agrarpolitik 2014-2017 angeboten. Es wurden Informationsveranstaltungen durchgeführt, um die Landwirte namentlich über die Vernetzungsprojekte nach ÖQV und die Landschaftsqualitätsprojekte zu informieren. 2014 sind neun neue Vernetzungsprojekte genehmigt worden. Es wurden zwei Schlussberichte und elf Zwischenberichte eingereicht.

Bei den Landschaftsqualitätsbeiträgen wurden drei neue Projekte sowie die Erweiterung des Projekts «Intyamont- und Jauntal» - auf die Gemeinde Jaun - am 31. August eingereicht. Diese Projekte sind von den verschiedenen kantonalen Dienststellen in Zusammenhang mit der Landschaft sowie von einem externen Experten geprüft worden. Nachdem Änderungen vorgenommen worden waren wurden sie an das Bundesamt für Landwirtschaft zur Validierung weitergeleitet. So werden alle Landwirte des Kantons 2015 die Möglichkeit haben, sich am Programm Landschaftsqualität zu beteiligen.

#### 8.4.3 Mitwirkung an Veranstaltungen

Grangeneuve hat an mehreren Veranstaltungen mitgewirkt, namentlich:

- > einer Vorführung von Schälpflügen, die am Donnerstagabend, 8. Mai, in Grangeneuve im Rahmen der AP 14-17 und zur Unterstützung schonender Anbaumethoden durchgeführt wurde und an der rund 200 Personen teilgenommen haben. Die fünf Pflüge und der Präzisions-Grubber wurden bei mittelmässigen Bedingungen vorgeführt, da der Boden nicht trocken genug war. Das Interesse der Teilnehmenden war jedoch gross.
- > bei der Organisation des Gmüesfeschts 2014. Rund 40'000 Besucherinnen und Besucher fanden am 5., 6. und 7. September den Weg nach Kerzers. Die Berater von Grangeneuve waren vor Ort, um mit den Gemüsebauern und den Besuchern über die Herausforderungen des Berufsstands zu diskutieren. Grangeneuve hat einen Workshop «Gemüseschnitzen» organisiert, wo rund 70 Kinder und 120 Erwachsene einen Versuch gewagt haben.
- > Grangeneuve hat an der Ausstellung «l'Oracle du papillon» mitgewirkt, indem es im September an mehreren Aktivitäten zum Thema Prävention und Gesundheitsförderung teilnahm. Mitarbeiterinnen des Instituts haben Workshops zur Zubereitung von Essensresten und zur Herstellung von Sauerkraut angeboten.

#### 8.4.4 Zuchtstiermarkt

Der Zuchtstiermarkt fand am 19., 20. und 21. September im Rahmen der grossen Bénichon (Kilbi) im Espace Gruyère statt. Rund 5000 Besucherinnen und Besucher haben sich auf das Sägemehl begeben, um die 241 Top-Stiere zu sehen.

#### 8.4.5 Weiterbildungskurse

Die Weiterbildungskampagne für landwirtschaftliche Berufe wurde im Sommer vorbereitet. Für Mitglieder der landwirtschaftlichen Beratung und Kunden des Sektors Landwirtschaftliche Buchhaltung bot Grangeneuve die Möglichkeit, an Thementagen zum Duo Buchhaltung und Technik teilzunehmen. Sieben Thementage fanden im November statt, vier auf Französisch und drei auf Deutsch. Rund hundert Landwirtinnen und Landwirte nahmen teil.

### 8.5 Betriebe

Die Mitarbeitenden arbeiten konstruktiv am Projekt zu den Investitionen für die Jahre 2015-2018 und nehmen aktiv an verschiedenen Vorbereitungssitzungen für die vorgesehenen Ausführungen teil (neuer Schulbauernhof, neues Magazin de Grangeneuve als Schaufenster für die Terroir-Produkte und langfristige Entwicklung des Schulbauernhofs Sorens).

Es wurden geeignete Ausbildungen der Mitarbeitenden und der Lernenden für die Bedienung von gefährlichen Maschinen (Gabelstapler, Deichselstapler, Kran,...) organisiert und zahlreiche Personen sind vorschriftsmässig instruiert worden (von der SVBL / ASFL Schweizerischen Vereinigung für die Berufsbildung in der Logistik ausgestellte Fahrbewilligungen).

Zu den Betrieben gibt es für das Jahr 2014 insbesondere Folgendes zu berichten:

---

### 8.5.1 Schulbauernhof von Grangeneuve

Für den Ackerbau war das Jahr schwierig, doch die Ergebnisse waren hervorragend. Keine einzige Getreidepartie für Saatgut oder Brotgetreide ist deklassiert worden. Alles konnte unter guten Bedingungen abgeerntet und geliefert werden.

Die Parzelle La Thioleyre (7 ha) wurde in 7 Parzellen mit 3 Varianten aufgeteilt (konventionelles Verfahren, ohne Chemie oder biokompatibel), um Felderhebungen durchzuführen. Sie dient zudem als Übungs- und Vorführungsfläche für Schüler und Landwirte.

Der Kompost-/Hofdüngerplatz wurde saniert und ermöglicht eine bessere Lagerung und Sortierung der organischen Abfälle (Mist, Gartenabfälle, Grünflächen, ...)

Bei den Schweinen war das fachliche Ergebnis der Zucht- und Masttätigkeit sehr gut. Hingegen war das finanzielle Ergebnis schlecht, weil der Schweinepreis im Verlaufe des Jahres 2014 stark eingebrochen ist.

### 8.5.2 Schulbauernhof von Sorens

Sechs Personen, die die fachspezifische berufsunabhängige Ausbildung (FBA-Hirsche) besuchen, haben ihre Praxisausbildung auf dem Schulbauernhof Sorens absolviert. Diese Ausbildung wird in Zusammenarbeit mit Agridea, dem Gesundheitsdienst für Kleinwiederkäuer und der Schweizerischen Vereinigung für Hirschhalter (SVH) durchgeführt. Zum ersten Mal in der Schweiz und in ganz Europa wurde von diesen Personen in Ausbildung eine ganze Reihe von Tierwiegungen durchgeführt, um ihr individuelles Wachstum abzuschätzen. Ein Artikel und die Ergebnisse sind im Mitteilungsblatt des SVH veröffentlicht worden.

Rückkehr des Ackerbaus nach Sorens: Dieses Jahr wurden auf zwei Parzellen von 2 ha Weizen und Mais angebaut. Die Ernteerträge waren gut und es konnten erste reichhaltige Erfahrungen gesammelt werden. Grosse Mengen an Futtermittel konnten geerntet und bei den Biobauern der Region bereits teilweise vermarktet werden.

### 8.5.3 Schulgärten und Le Magasin

Aufgrund der schlechten Wetterverhältnisse sind die Erträge an Gemüse auf dem Betrieb zurückgegangen, was mit dem Kauf von Waren von ausserhalb kompensiert werden musste, insbesondere für die verarbeiteten, küchenfertigen Erzeugnisse.

Im Magasin blieben die vermarkteten Mengen stabil. Hingegen fielen die erzielten Preise für den Verkauf überschüssig produzierter Gemüse bei einem Gemüsehändler der Region aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs der Grossproduzenten in der Umgebung.

Die Weinverkäufe im Magasin von Grangeneuve sind gestiegen: +1,5 %. 2014 wurden durchschnittlich 68 Kassenzettel pro Tag ausgestellt, mit einem Durchschnittswert von Fr. 37.- pro Einkauf.

### 8.5.4 Schulbienenhaus und Schulobstgarten

Die Honigerträge waren 2014 bescheiden: rund 300 Kilo von 26 Bienenvölkern, davon eines beim Naturhistorischen Museum Freiburg und vier im Botanischen Garten Freiburg. Instandstellungsarbeiten und Arbeiten zur Anpassung an die Lebensmittelnormen sind im November durchgeführt worden.

Im Schulobstgarten sind 22 Obstbäume gepflanzt oder ersetzt worden. Es wurden Anlagen (Gestelle, Bewässerung und Schutz) für zwei Reihen Kiwi installiert. Im Übrigen wurden zwei Reihen Tafeltrauben (18 Sorten) angepflanzt. Über 70 Personen haben im Rahmen der Ausbildung Übungen und praktische Arbeiten durchgeführt.

Das LIG veröffentlicht jedes Jahr einen detaillierten Jahresbericht, der auf der Website heruntergeladen werden kann: [www.fr.ch/lig](http://www.fr.ch/lig).

## 9 Nutztierversicherungsanstalt (Sanima)

Verwalter: **Hubert Jungo**

SANIMA ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie ist administrativ der ILFD zugewiesen.

SANIMA ist beauftragt:

- > die Nutztiere entsprechend dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und gemäss den Bestimmungen des Gesetzes vom 13. Februar 2003 über die Nutztierversicherung zu versichern;
- > die Aufgaben wahrzunehmen, die ihr durch das Ausführungsgesetz vom 22. Mai 1997 zur Bundesgesetzgebung über die Entsorgung tierischer Abfälle übertragen werden.

Gemäss dem Gesetz vom 13. Februar 2003 über die Nutztierversicherung (NTVG) sind die Tätigkeit und die Jahresrechnung Gegenstand eines separaten Berichts der Verwaltungskommission der SANIMA. Dieser Bericht steht auf der Website der SANIMA zur Verfügung: <http://www.fr.ch/sanima>.

## 10 Personalbestand

Behörden – Direktionen Finanzstellen	Rechnung 2014 VZÄ	Rechnung 2013 VZÄ	Differenz VZÄ
<b>Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft</b>	<b>441.36</b>	<b>438.98</b>	<b>2.38</b>
<i>Zentralverwaltung</i>	256.41	251.88	4.53
3400 / ICAS    Generalsekretariat	11.84	12.24	-0.40
3405 / ETCI    Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen	27.32	26.75	0.57
3410 / PREF    Oberämter	40.26	39.27	0.99
3415 / DECO    Amt für Gemeinden	7.65	7.90	-0.25
3425 / AGRI    Amt für Landwirtschaft	24.57	23.40	1.17
3430 / OVET    Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen	82.12	81.28	0.84
3445 / SFOR    Amt für Wald, Wild und Fischerei	61.89	60.28	1.61
3460 / VILA    Weinberge Lavaux	0.76	0.76	
<i>Besondere Sektoren, sonstige Anstalten</i>	184.95	187.10	-2.15
3440 / IAGR    Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg	169.43	169.25	0.18
3445 / SFOR    Amt für Wald, Wild und Fischerei	14.28	16.61	-2.33
3461 / VIVU    Weinberge Vully	1.24	1.24	

# Tätigkeitsbericht

Volkswirtschaftsdirektion

—

2014



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Direction de l'économie et de l'emploi DEE**  
**Volkswirtschaftsdirektion VWD**

# Inhalt

---

<b>1</b>	<b>Direktion und Generalsekretariat</b>	<b>7</b>
<b>1.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>7</b>
1.1.1	Ordentliche Tätigkeit	7
1.1.2	Besondere Ereignisse	7
<b>1.2</b>	<b>Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland</b>	<b>7</b>
<b>1.3</b>	<b>Tourismus</b>	<b>8</b>
<b>1.4</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>9</b>
<b>1.5</b>	<b>Streitfälle</b>	<b>10</b>
<b>1.6</b>	<b>Gesetzgebung</b>	<b>11</b>
1.6.1	Gesetze und Dekrete	11
1.6.2	Verordnungen und Reglemente	11
<b>2</b>	<b>Wirtschaftsförderung (WIF)</b>	<b>11</b>
<b>2.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>11</b>
2.1.1	Neuansiedlung von Firmen aus der Schweiz und dem Ausland	11
2.1.2	Wirtschaftsförderung im Kanton	12
2.1.3	Gründung von Unternehmen	13
<b>2.2</b>	<b>Die Unterstützungsmassnahmen in Zahlen</b>	<b>14</b>
2.2.1	Unterstützung der Unternehmen	14
<b>2.3</b>	<b>Neue Regionalpolitik</b>	<b>15</b>
<b>3</b>	<b>Amt für den Arbeitsmarkt (AMA)</b>	<b>15</b>
<b>3.1</b>	<b>Ordentliche Tätigkeit</b>	<b>15</b>
<b>3.2</b>	<b>Abteilung Arbeitslosigkeit</b>	<b>15</b>
3.2.1	Arbeitslosenversicherung	15
3.2.2	Die regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV)	16
3.2.3	Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)	16
3.2.4	Ombudsstelle	17
3.2.5	Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)	17
3.2.6	Unterstützung für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung	17
<b>3.3</b>	<b>Abteilung Arbeitsmarkt</b>	<b>17</b>
3.3.1	Arbeitsinspektorat	17
3.3.2	Beobachtung des Arbeitsmarkts	19
3.3.3	Kantonales Organ für die wirtschaftliche Landesversorgung	19
3.3.4	Kantonale Einigungsstelle für kollektive Arbeitsstreitigkeiten (ESKA)	19

3.3.5	Abkommen über den freien Personenverkehr (FZA)	19
3.3.6	Bekämpfung der Schwarzarbeit	20
3.3.7	Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih	20
<b>3.4</b>	<b>Rechtsdienst</b>	<b>20</b>
3.4.1	Erstinstanzliche Verfügungen	20
3.4.2	Zweitinstanzliche Verfügungen / Stellungnahmen beim Kantons- und beim Bundesgericht	21
3.4.3	Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen	21
3.4.4	Weitere Tätigkeiten des Rechtsdiensts	21
<b>3.5</b>	<b>Stabsdienste</b>	<b>21</b>
3.5.1	Kommunikation	21
3.5.2	Planung, Logistik und Informatik	22
3.5.3	Buchhaltung	22
<b>3.6</b>	<b>Abteilung Organisation</b>	<b>22</b>
<b>4</b>	<b>Öffentliche Arbeitslosenkasse (ÖALK)</b>	<b>22</b>
<b>4.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>22</b>
4.1.1	Ordentliche Tätigkeit	22
4.1.2	Arten von Leistungen und deren Anzahl	23
<b>5</b>	<b>Handelsregisteramt (HRA)</b>	<b>23</b>
<b>5.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>24</b>
5.1.1	Ordentliche Tätigkeit	24
5.1.2	Besondere Ereignisse	24
<b>5.2</b>	<b>Statistik</b>	<b>24</b>
5.2.1	Stand der aktiven Gesellschaften	24
5.2.2	Sprachliche Aufteilung der Registereinträge	24
5.2.3	Übersicht der neuen Gesellschaften	25
<b>5.3</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>25</b>
<b>5.4</b>	<b>Streitfälle</b>	<b>25</b>
<b>6</b>	<b>Amt für Energie (AfE)</b>	<b>25</b>
<b>6.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>25</b>
6.1.1	Ordentliche Tätigkeit	25
6.1.2	Laufende Studien	26
<b>6.2</b>	<b>Ausbildung</b>	<b>26</b>
6.2.1	Weiterbildungsprogramm	26
6.2.2	Förderung/Bildung für Fachpersonen	26
6.2.3	Sensibilisierung/Bildung der Jugend	26
<b>6.3</b>	<b>Baubewilligungsverfahren</b>	<b>26</b>



---

6.3.1	Baubewilligungsgesuche	26
6.3.2	Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen, verschiedene Bewilligungen und Ausnahmegewilligungen	26
6.3.3	Erdgas	26
6.3.4	Hochspannungsleitungen	26
<b>6.4</b>	<b>Förderprogramm im Energiebereich</b>	<b>27</b>
6.4.1	Holzheizungen	27
6.4.2	Thermische Solaranlagen	27
6.4.3	Gebäude, die den Minergie-P-Standard erfüllen	27
6.4.4	Wärmepumpen als Ersatz einer Elektroheizung	27
6.4.5	Wärmepumpen als Ersatz einer fossilen Heizung	27
6.4.6	Heizwasserverteilsystem	27
6.4.7	Gebäudeprogramm	27
6.4.8	Neue Wärmenetze zur Nutzung von Abwärme	27
6.4.9	Wärmeerkopplung	27
6.4.10	Energiestadt-Label für Gemeinden	27
<b>6.5</b>	<b>Gesetzgebung</b>	<b>27</b>
<b>7</b>	<b>Amt für Statistik (StatA)</b>	<b>28</b>
<b>7.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>28</b>
7.1.1	Datenerhebung	28
7.1.2	Datenverarbeitung	28
7.1.3	Veröffentlichung der Ergebnisse	28
7.1.4	Beratung	28
<b>7.2</b>	<b>Besondere Projekte und Ereignisse</b>	<b>28</b>
<b>7.3</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>29</b>
<b>8</b>	<b>Wohnungsamt (WA)</b>	<b>29</b>
<b>8.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>29</b>
8.1.1	Wohnungsmarkt	29
8.1.2	Mietzinsverbilligung durch die öffentliche Hand	30
8.1.3	Kontrolle der gewährten Beiträge	30
8.1.4	Baulandreserven	30
8.1.5	Verkauf von Grundstücken an Ausländer	30
8.1.6	Kantonale Wohnungskommission	30
<b>8.2</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>30</b>
<b>8.3</b>	<b>Streitfälle</b>	<b>30</b>
<b>9</b>	<b>Amt für Berufsbildung (BBA)</b>	<b>31</b>
<b>9.1</b>	<b>Ordentliche Tätigkeit</b>	<b>31</b>

---

<b>9.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>32</b>
9.2.1	Validierung von Bildungsleistungen (VAB)	32
9.2.2	Neue Schulräume der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsfachschule (EPAC)	33
9.2.3	Berufsfachschule   Technik und Kunst   Freiburg (EMF)	33
<b>9.3</b>	<b>Ausbildung</b>	<b>33</b>
9.3.1	Berufliche Grundbildung und Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung	33
9.3.2	Beruflicher Unterricht	33
9.3.3	Überbetriebliche Kurse	34
9.3.4	Höhere Berufsbildung und berufsorientierte Weiterbildung	34
9.3.5	Gewerbebibliothek (GIBS) und Zentrum für pädagogische Bezugsquellen (EPAC)	35
<b>10</b>	<b>Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)</b>	<b>35</b>
<b>10.1</b>	<b>Tätigkeit der FHF-TW</b>	<b>35</b>
<b>10.2</b>	<b>Tätigkeit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR)</b>	<b>36</b>
10.2.1	Mitwirkung der HTA-FR am Innovationsquartier blueFACTORY	36
10.2.2	Bereitstellung zusätzlicher Flächen für Lehre und Forschung	37
10.2.3	Investitionsprogramm für die Erneuerung der technischen Geräte und Anlagen der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg	37
10.2.4	Positionierung im Bereich Ingenieurwesen und Architektur der HES-SO	37
10.2.5	Unterricht	37
10.2.6	Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte	37
10.2.7	Weiterbildung	38
10.2.8	Nationale und internationale Zusammenarbeit	38
<b>10.3</b>	<b>Tätigkeit der Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR)</b>	<b>39</b>
10.3.1	Unterricht	39
10.3.2	Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte	40
10.3.3	Aufträge & Fundraising	40
<b>10.4</b>	<b>Die FHF-TW in Zahlen</b>	<b>40</b>
	Personalstatistik FHF-TW (HTA-FR + HSW-FR)	40
	Statistik der Studierenden FHF-TW + BTS	41
	Statistik der Studierenden nach Herkunft	41
<b>10.5</b>	<b>Bautechnische Schule (BTS)</b>	<b>42</b>
<b>11</b>	<b>Personalbestand</b>	<b>42</b>

---

---

# 1 Direktion und Generalsekretariat

---

Staatsrat, Volkswirtschaftsdirektor: Beat Vonlanthen

Generalsekretär: Christophe Aegerter

## 1.1 Tätigkeit

### 1.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Am 15. Mai 2014 hat der Grosse Rat das Gesetz über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (HES-SO//FRG) verabschiedet. Das Gesetz tritt auf den 1. Januar 2015 in Kraft. Es wird insbesondere die Freiburger Hochschulen auf FH-Stufe unter einem einzigen Gesetzestext und einer einzigen politischen Direktion, nämlich der Volkswirtschaftsdirektion (VWD), zusammenfassen.

Das Jahr 2014 war auch geprägt von der Verabschiedung der Dekrete über die Finanzierung der Inhaltsprojekte des Technologieparks blueFACTORY. So hat der Grosse Rat im Mai eine Finanzhilfe zugunsten des Projekts Smart Living Lab (SLL) und die Errichtung einer Zweigstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne («ETHL Freiburg») im Kanton Freiburg bewilligt. Diesem Entscheid folgte im Dezember 2014 die Bewilligung eines Verpflichtungskredits für den künftigen Verein Innosquare und einer Finanzhilfe für die BioFactory Competence Center SA.

### 1.1.2 Besondere Ereignisse

Im Februar 2014 haben der Staat und die Stadt Freiburg gestützt auf einen Aktionärsvertrag die Aktiengesellschaft blueFactory Fribourg-Freiburg SA gegründet, deren Ziel es ist, das Innovationsquartier auf dem Gelände der ehemaligen Cardinal-Brauerei zu fördern, zu entwickeln, zu bebauen, zu betreiben und zu verwalten. Gleichzeitig wurde auch ein strategischer Beirat geschaffen. Dieses beratende Organ hat die Aufgabe, zukunftsorientierte Überlegungen anzustellen und den Verwaltungsrat in strategischer Hinsicht zu unterstützen.

Unter den wichtigsten Ereignissen sind noch die 300 000-Einwohner-Feiern, die Präsentation des Konzepts für die Tiefengeothermie vor dem Staatsrat und die Fortsetzung der Stromsparkampagne (OFF-Kampagne) zu erwähnen. Die Direktion hat sich ebenfalls in mehreren Fällen von Freiburger Unternehmen, die mit Schwierigkeiten konfrontiert waren, an der Lösungsfindung beteiligt. In einem Fall gab es gar einen Streik.

## 1.2 Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Die Kommission fällte 2014 insgesamt 19 Entscheide:

- > 6 Bewilligungen
- > 6 Entscheide über die Nichtunterstellung unter die Bewilligungspflicht
- > 6 Aufhebungen von Auflagen
- > 1 Kenntnisnahme vom Rückzug eines Gesuchs

Die 6 Bewilligungen betrafen:

- > 1 Entscheid gemäss Art. 8 Abs. 1 Bst. d BewG (Zwangsverwertung)
- > 2 Entscheide gemäss Art. 8 Abs. 2 (enge Beziehungen zum Grundstück)
- > 3 Ferienwohnungen:

---

Sektor Jauntal und Berra:	1
Sektor Greyerz:	1
<b>Sektor Sense:</b>	<b>1</b>

---

### 1.3 Tourismus

Die Schweizer Hotellerie wies eine erneute Zunahme um 0,9 % bzw. um 310 000 Übernachtungen auf. Das Jahresergebnis von 35,9 Millionen Übernachtungen wurde von der inländischen wie von der ausländischen Nachfrage gestützt. Die Übernachtungen der Schweizer Gäste haben die 16-Millionen-Marke erreicht, was dem besten Resultat seit Beginn der 1990er Jahre entspricht. Die Übernachtungen der ausländischen Gäste sind um 0,9 % auf 19,9 Millionen Übernachtungen angestiegen.

Dem nationalen Trend folgend weist auch Freiburg wie in den vergangenen Jahren eine Zunahme der Hotelübernachtungen um 1,8 % auf. Die Jahresbilanz beläuft sich auf 423 044 Übernachtungen. Dies ist das beste Resultat des Freiburger Tourismus, das aus den Daten der Freiburger Zentralkasse für die Aufenthaltstaxe hervorgeht – die nicht gebührenpflichtigen Übernachtungen sind davon ausgenommen. Diese positive Entwicklung ist auf die Erneuerung des Hotellerieangebots zurückzuführen. Durch die Errichtung neuer und die Renovierung und Vergrößerung bestehender Gasthäuser konnte auf die Entwicklung der Qualitätsanforderungen eingegangen werden. Erwähnenswert ist auch, dass die inländischen Gäste in der Mehrzahl sind (61,5 %) und der Kanton Freiburg gegenüber den touristischen Hochburgen der Schweiz attraktive Preise bietet.

Die Parahotellerie, die sich hauptsächlich auf Zweitwohnungen abstützt, weist eine Abnahme um 1,8 % bzw. um 24 533 Übernachtungen auf. Dieses Resultat ist auf die Schliessung und die Umnutzung mehrere Ferienzentren zurückzuführen. Der Freiburger Tourismus weist mit insgesamt knapp 1,8 Millionen Übernachtungen, was einer leichten Abnahme um 0,9 % entspricht, trotzdem eine erfreulich stabile Gesamtbilanz auf.

Mehrere Ausflugsorte haben von den schlechten Wetterbedingungen im Sommer 2014 profitiert. Das Maison Cailler in Broc ist zum vierten Mal in Folge die meistbesuchte Attraktion der Westschweiz mit 414 643 Eintritten. Auch das Papiliorama in Kerzers profitierte vom regnerischen Wetter mit einer Zunahme um 21 000 Eintritte, gefolgt von den Bains de la Gruyère und vom HR Giger-Museum, die je 10 000 zusätzliche Eintritte zählten.

Unter den Ereignissen, die das Freiburger Tourismusjahr 2014 besonders – und positiv – prägten, sind ausserdem zu erwähnen:

- > die weitere Umsetzung der Vision 2030, der Strategie zur Entwicklung des Freiburger Tourismus, insbesondere mit der Errichtung des Freiburger Tourismusobservatoriums, das systematisch quantitative und qualitative Daten erhebt, die für Entscheidungen im Tourismusbereich auf kantonaler, regionaler und lokaler Ebene hinzugezogen werden und auch den Dienstleistungserbringern eine Entscheidungsgrundlage bieten;
- > die Fortsetzung der Vision 2030 insbesondere mit zwei Veranstaltungen des Netzwerks PROTourism, die dem Beruf der Wanderleiter gewidmet waren, und die Schulung eines neuen Coachs unter den Mitgliedern der FTV-Direktion für das Qualitäts-Gütesiegel für den Schweizer Tourismus (QQ);
- > die Ausarbeitung eines Inventars der strategischen Tourismusinfrastrukturen des Kantons sowie die Markterkundung für künftige Anlagen in Umsetzung der Vision 2030 auf regionaler Ebene;
- > die Durchführung verschiedener touristischer Veranstaltungen von nationaler und internationaler Bedeutung in der Region Freiburg, unter anderem die Murtenschlacht als Freilichtspiel («1476»), die zweite Ausgabe der Freiburger Chilbi in Bulle, die beiden «Slow Up»-Tage am Murtensee und am Greyerzersee und die Flugshow Air'14;
- > die Organisation des Besuchs einer Delegation von über fünfzig Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Schweiz Tourismus durch den FTV in der Region Freiburg im Rahmen ihres jährlichen Prospektions- und Erkundungsausflugs sowie die Teilnahme des FTV an verschiedenen Arbeitsgruppen in Verbindung mit dem Tourismus auf kantonaler und nationaler Ebene;
- > das Vizepräsidium der Konferenz der regionalen Tourismusdirektoren durch den Direktor des FTV;
- > der Beginn oder die Vollendung mehrerer grösserer Bau-, Umbau- und Renovationsvorhaben touristischer Art an verschiedenen Orten in der Region Freiburg: Estavayer-le-Lac, Jaun, La Berra, Sugiez und Schwarzsee;

- > die Fortsetzung der Marketingoffensive auf den Online-Märkten, insbesondere mit über 12 000 Downloads der Anwendung FRIBOURG REGION sowie die Herausgabe mehrerer Drucksachen und Materialien des FTV für die Freiburger Tourismuswerbung;
- > die Durchführung zahlreicher Werbekampagnen in der Schweiz, in Deutschland, Spanien, Frankreich und Grossbritannien durch den FTV. Diese Werbekampagnen wurden in Zusammenarbeit mit den regionalen Tourismusorganisationen und den kantonalen Entwicklungsschwerpunkten, aber auch im Rahmen wichtiger Partnerschaften mit Schweiz Tourismus und dem Amt für Tourismus des Kantons Waadt durchgeführt;
- > in Zusammenarbeit mit Schweiz Tourismus und den wichtigsten Freiburger Tourismusregionen und -orten: Empfang von etwa 74 Tourismusmedien und Partnern durch den FTV u.a. aus der Schweiz, Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien den Niederlanden, Polen, der Tschechischen Republik, der Ukraine, Israel, den USA, Kanada, Indien, Indonesien und China;
- > die Verwaltung der Reservationsplattform TOMAS (Touristic Online Management System) für die Hotellerie, die Parahotellerie und die Pauschalangebote durch den FTV in Zusammenarbeit mit den regionalen Tourismusorganisationen, sowie der Unterhalt der Websites [www.fribourgregion.ch](http://www.fribourgregion.ch) und [www.skifribourg.ch](http://www.skifribourg.ch), der mobilen Version der Anwendung FRIBOURG REGION, der Facebook-Seite sowie der Twitter-, Flickr-, Instagram- und Pinterest-Konten von Fribourg Region;
- > die Publikation im Netz von 13 überregionalen Pauschalangeboten und die Ausarbeitung von 15 überregionalen Pauschalangeboten, die ab 2015 verfügbar sein werden, durch die Abteilung Incoming Services;
- > die Dienstleistungen der vom FTV betriebenen Freiburger Zentralkasse für die Aufenthaltstaxe zu Gunsten von vierzehn (der insgesamt achtzehn) lokalen Tourismusorganisationen im Jahr 2014;
- > die touristische Nutzung der Freizeitwegnetze von Fribourg Region – gestärkt durch den Zusammenarbeitsvertrag zwischen dem FTV und dem Freiburger Wanderverein;
- > die Koordination und der Unterhalt des 1800 km langen Wanderwegnetzes;

Mit dem ordentlichen Staatsbeitrag für die Tätigkeit des FTV und dem Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing der Region, zu dem über 1,35 Millionen Franken kantonale Aufenthaltstaxen zur Finanzierung der Dienstleistungen für Gäste hinzukamen, wurden im Wesentlichen die touristischen Attraktionen des Kantons bekannt gemacht und die Qualität von Information und Empfang verbessert.

Der Tourismusförderungsfonds des Kantons Freiburg, der am 31. Dezember 2014 einen Saldo von 2 024 111 Franken aufwies, führte seine Aktivitäten fort, mit denen er die Verbesserung der touristischen Infrastruktur fördert und unterstützt.

In diesem Zusammenhang bestätigte der Verwaltungsausschuss früher eingegangene mehrjährige Verpflichtungen in der Höhe von etwa 928 166 Franken und gewährte folgenden Unternehmen ordentliche Finanzhilfen (Zinskostenbeiträge):

- > Hostellerie Le Vignier in Avry-devant-Pont: Erweiterung und Umbau des Hotellerteils der Gaststätte;
- > Hôtel de la Gare in Sugiez: Bau eines neuen Gebäudes und Umbau der bestehenden Gaststätte;
- > Kaisereggbahnen Schwarzsee AG: Erweiterung der künstlichen Beschneiungsanlagen.

## 1.4 Interkantonale Zusammenarbeit

### Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-Westschweiz)

Die VDK-Westschweiz traf sich 2014 viermal und behandelte insbesondere:

- > das laufende Programm der Neuen Regionalpolitik (NRP) 2012-2015: Die VDK-Westschweiz verfolgte die Entwicklung ihres interkantonalen NRP-Umsetzungsprogramms über die Tätigkeit und die Entwicklung ihrer Fach- und Coachingplattformen;

- > die ausgezeichneten Resultate, die das Audit über die Leistungen all ihrer Plattformen während den beiden NRP-Umsetzungsphasen von 2008 bis 2015 ergeben hat. Dieses Audit hat ausserdem die Punkte gezeigt, die es beim nächsten NRP-Umsetzungsprogramm zu verbessern gilt, wie etwa die Verbesserung der Synergien zwischen den Plattformen;
- > die groben Züge und den Rahmen, den sie dem nächsten NRP-Umsetzungsprogramm der Westschweiz im Hinblick auf die Validierung des Konzepts im Jahr 2015 geben will;
- > den nationalen Innovationspark (NIP) und die Mitwirkung der Westschweizer Kantone sowie der Einbezug von Standorten in anderen Landesregionen;
- > die Umsetzung von Artikel 121a BV in den Kantonen;
- > die Vertretung der Westschweizer Kantone im Verwaltungsrat des internationalen Flughafens von Genf.

### **Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK)**

Im Jahr 2014 fanden drei EnDK Plenarversammlungen unter dem Vorsitz des Volkswirtschaftsdirektors und sechs Vorstandssitzungen statt.

Die beiden Instanzen behandelten insbesondere:

- > die Vertretung der kantonalen Interessen bei der parlamentarischen Beratung zur Energiestrategie 2050;
- > die Revision der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE);
- > die Prüfung, ob der Abschluss eines Energiekonkordats angezeigt ist (vorläufiger Verzicht);
- > die Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Stromabkommen;
- > den durch die Energiestrategie 2050 anstehenden Systemwechsel beim Gebäudeprogramm;
- > der Abschluss einer neuen Programmvereinbarung zum Gebäudeprogramm mit dem Bundesamt für Energie;
- > die Entwicklung einer kantonalen Position zur Wasserkraft;
- > die strategischen Risiken einer kantonalen Beteiligung an den Energieversorgungsunternehmen;
- > den Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK) und die Gründung eines Vereins;
- > die Ausarbeitung einer Erklärung der einzelnen Kantone zur Förderung der Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen;
- > diverse Gesetzesentwürfe oder geplante Massnahmen des Bundes (Vernehmlassung zur zweiten Etappe der Strommarktöffnung);
- > Entwicklungen innerhalb der Swissgrid AG (Veränderung der Aktionärsstruktur durch Verkauf von Anteilen);
- > die Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband und dem Verein Minergie sowie die Beziehungen zu Dritten.

### **1.5 Streitfälle**

Die Direktion behandelt gestützt auf Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Verfügungen ihrer Dienststellen, sofern das Gesetz keine direkte Beschwerde an das Kantonsgericht vorsieht. Die Situation bei den Beschwerden präsentiert sich 2014 wie folgt:

eingereichte Beschwerden:	19
bearbeitete Beschwerden:	34
<i>davon</i>	
gutgeheissen:	0
teilweise gutgeheissen:	0
abgewiesen:	21
gegenstandslos oder zurückgezogen:	12
unzulässig:	1
am 1. Januar 2015 bei der VWD noch hängig:	9

---

## 1.6 Gesetzgebung

### 1.6.1 Gesetze und Dekrete

- > Dekret vom 15. Mai 2014 über eine Finanzhilfe für das Projekt Smart Living Lab (SLL) und die Errichtung einer Zweigstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (ETHL Freiburg) im Innovationsquartier blueFACTORY
- > Gesetz vom 15. Mai 2014 über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (HES-SO//FRG)
- > Dekret vom 18. Dezember 2014 über eine Finanzhilfe für die künftige BioFactory Competence Center SA
- > Dekret vom 18. Dezember 2014 über einen Verpflichtungskredit für den künftigen Verein Innosquare

### 1.6.2 Verordnungen und Reglemente

- > Verordnung vom 4. Februar 2014 zur Aufhebung der Beschlüsse über Dampfkessel und Dampfgefässe
- > Verordnung vom 20. Mai 2014 zur Änderung des Beschlusses über die Festsetzung eines Normalarbeitsvertrages für die Mitarbeiter im Hausdienst
- > Verordnung vom 2. September 2014 über den Bestand der zivilrechtlichen Bevölkerung der Gemeinden im Kanton Freiburg am 31. Dezember 2013
- > Verordnung vom 23. September 2014 zur Änderung der Verordnung über die Gebühren und Entschädigungen in der Berufsbildung
- > Reglement vom 25. November 2014 über die Elektrizitätsversorgung (EVR)

## 2 Wirtschaftsförderung (WIF)

---

Direktor: Jean-Luc Mossier

### 2.1 Tätigkeit

#### 2.1.1 Neuansiedlung von Firmen aus der Schweiz und dem Ausland

Die Wirtschaftsförderung unterstützte im Berichtsjahr die Niederlassung von rund siebzehn neuen Unternehmen im Kanton, von denen vier aus der Schweiz und dreizehn aus den folgenden Ländern stammen: Frankreich, Vereinigte Staaten, Spanien, Grossbritannien, Deutschland und Argentinien.

Die 2014 im Kanton Freiburg neu angesiedelten Unternehmen beabsichtigen, mittelfristig etwa 130 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

##### 2.1.1.1 Firmen aus dem Ausland

Die Marktverantwortlichen der Wirtschaftsförderung haben unter der Leitung der Greater Geneva Berne area (GGBa) verschiedene Missionen in Frankreich, Deutschland, den Vereinigten Staaten sowie im asiatisch-pazifischen Wirtschaftsraum durchgeführt. Sie haben auch an Fachseminaren und Veranstaltungen teilgenommen, die von Switzerland Global Enterprise organisiert wurden, und direkte Unternehmensbesuche in anderen Märkten durchgeführt. Die Wirtschaftsförderung traf persönlich gut fünfzig Unternehmensverantwortliche und rund fünfzehn spezialisierte Beraterinnen und Berater und knüpfte zahlreiche Kontakte bei Seminaren und Veranstaltungen.

Im Berichtsjahr hat die Wirtschaftsförderung rund sechzig Unternehmen aus achtzehn Ländern zu Besuch im Kanton Freiburg empfangen. Rund fünfzehn dieser Unternehmensbesuche fanden auf Vermittlung der GGBa statt. Die Vereinigten Staaten und Frankreich, gefolgt von Russland und Spanien, bleiben die wichtigsten Herkunftsländer.

Wie im Vorjahr trug die Tätigkeit der GGBa 2014 rund fünfzehn Besuche von Unternehmen ein und führte zu mehreren Ansiedlungen, während für Anfang 2015 bereits diverse Besuche von Unternehmen geplant sind. Der Kanton Freiburg hat den Leistungsvertrag mit der GGBa für das Jahr 2014 erneuert. Wie bereits im Jahr 2013 leistete er einen reduzierten finanziellen Beitrag: 120 000 Franken für den Mitgliederbeitrag des Vereins und 180 000 Franken für



---

Leistungen auf den Märkten, das heisst insgesamt 300 000 Franken. Die Resultate der Zusammenarbeit im Rahmen der GGBa fielen 2014 besser aus als in den Vorjahren, auch wenn sie noch nicht ganz zufriedenstellend waren. Diese Entwicklung ist teilweise auf die Flexibilisierung gewisser interner Verfahren zurückzuführen, die 2014 eingeführt wurden. Darüber hinaus können die Resultate auch die ersten Früchte für die Imagearbeit unseres Kantons sein, der insbesondere dank dem Erfolg des blueFACTORY-Projekts eine interessante Dynamik aufweist.

#### 2.1.1.2 Neuansiedlung von Schweizer Unternehmen

Wie in den drei vergangenen Jahren, in denen mehrere Industrieunternehmen grosse Investitionsvorhaben umsetzen und so zahlreiche Arbeitsplätze schufen, begann auch das Berichtsjahr mit einer gewichtigen Ankündigung der Firmengruppe Liebherr. In den kommenden sechs Jahren wird Liebherr über 200 Millionen Franken in den Entwicklungs- und Fertigungsstandort Bulle investieren, um die Produktionskapazität in den Bereichen Dieselmotoren und Einspritzsysteme zu steigern und die Service-, Logistik- und Schulungsinfrastrukturen zu modernisieren.

### 2.1.2 Wirtschaftsförderung im Kanton

#### 2.1.2.1 Kontaktstelle für Unternehmen

Im Rahmen der Kontaktstelle für Unternehmen wurden im Berichtsjahr 85 Unternehmen und Projektträger beraten und auf verschiedene Partner der Wirtschaftsförderung aufmerksam gemacht. Insbesondere der Verein Fri Up und Bürgschaft Freiburg, die Freiburger Antenne der Bürgschaftsgenossenschaft Westschweiz, tragen dazu bei, dass den interessierten Unternehmen bedarfsgerechte Lösungen aufgezeigt werden können. Nebst diesen Kontakten konnten sechs interessierte Unternehmen bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten unterstützt werden.

#### 2.1.2.2 Entwicklung von bestehenden Unternehmen

Etwa die Hälfte der finanziellen Ressourcen der WIF wird in der Regel für die Unterstützung von Projekten für Unternehmenserweiterungen und für die Entwicklung von Produkten eingesetzt. Im Jahr 2014 belief sich der Anteil auf 75 % der finanziellen Ressourcen, die zur Unterstützung von lokalen Erweiterungsprojekten verwendet wurden.

#### 2.1.2.3 Unterstützung von Unternehmen in Krisensituationen

Die WIF hat auch 2014 mehrere in Schwierigkeiten geratene Industrieunternehmen bei der Suche nach kurz- und mittelfristigen Lösungen unterstützt. Angesichts der angespannten Wirtschaftslage nahm diese Tätigkeit beträchtliche Ressourcen in Anspruch, auch wenn sie nicht zu den Aktivitäten der WIF zählt, die in der Statistik der neu geschaffenen Arbeitsplätze abgebildet werden.

#### 2.1.2.4 Bürgschaft Freiburg

Im Jahr 2014 konnten 18 Freiburger Unternehmen mit Bürgschaften der Freiburger Antenne der Bürgschaftsgenossenschaft Westschweiz unterstützt werden. Dabei wurden Bürgschaften von insgesamt 3,4 Millionen Franken gewährt, die Investitionen von über 14 Millionen Franken ermöglicht haben.

Die Zahl der Projekte ist vergleichbar mit jener des Vorjahres (19 Bürgschaften). Der Betrag der gewährten Bürgschaften lag um 0,7 Millionen Franken tiefer, da die 2014 unterstützten Projekte weniger Mittel benötigten als jene aus dem Jahr 2013.

#### 2.1.2.5 Westschweizer-Tagung zum Thema Nachfolgeregelung

Die Westschweizer Tagung zum Thema Nachfolgeregelung («Réussir sa succession!») wurde am 11. November 2014 im Forum Freiburg in Zusammenarbeit mit der Association Relève PME und dem Freiburger Arbeitgeberverband (UPCF) durchgeführt. An dieser Veranstaltung haben rund 100 Personen teilgenommen.

Die rege Teilnahme an dieser Veranstaltung ist wenig überraschend, wenn man bedenkt, dass über 20 % der Schweizer KMU in den nächsten fünf Jahren ihre Nachfolge zu regeln haben.

#### 2.1.2.6 Innovationspreis des Kantons Freiburg

Insgesamt reichten 28 Unternehmen ein Bewerbungsdossier ein und nahmen am Innovationspreis 2014-2015 des Kantons Freiburg teil. Die Jury bestimmte sechs Finalisten, je drei für den KMU-Preis und den Start-up-Preis.

---

Bei der Preisverleihung, die im Forum Freiburg im Beisein von 500 geladenen Gästen stattfand, wurden drei Auszeichnungen vergeben. Den KMU-Preis hat das Unternehmen Bumotec SA mit Sitz in Sâles gewonnen, den Start-up-Preis erhielt nach der Publikumswahl das Jungunternehmen Bcomp AG aus Freiburg. Die Cleantech-Auszeichnung ging an Liebherr Maschinen Bulle AG.

### 2.1.3 Gründung von Unternehmen

#### 2.1.3.1 Innovationsquartier blueFACTORY

2014 war ein entscheidendes Jahr, in dem die WIF an mehreren wichtigen Projekten beteiligt war:

- > Gründung der Firma BFFSA - Bluefactory Fribourg-Freiburg SA (12. Februar 2014) mit der Stadt und dem Staat Freiburg als Aktionäre und Errichtung eines Verwaltungsrats, der sich hauptsächlich aus Industrievertretern zusammensetzt. Verfahren für die Auswahl und Ernennung eines Direktors, der seine Stelle am 1. Dezember angetreten hat. Ende der interimistischen Leitung der Firma durch die WIF auf Ende 2014;
- > Zusammenarbeitsvertrag (21. März 2014) zwischen dem Staat Freiburg und der ETH Lausanne zur Gründung einer ETH-Zweigstelle in Freiburg;
- > Entscheid des Grossen Rats (15. Mai 2014) über die Finanzierung der Technologieplattformen SLL (Smart Living Lab) und SICHH (Swiss Integrative Center for Human Health);
- > Entscheid des Grossen Rats (15. Dezember 2014) über die Finanzierung der Technologieplattformen Innosquare und BCC (Biofactory Competence Center).

Ende 2014 schloss die WIF ihren Auftrag zur Errichtung der Firma BFFSA ab. Sie beteiligt sich aber weiterhin am Aufbau der Technologieplattformen. Sie wird namentlich mit diesen Plattformen zusammenarbeiten, um neue Kontakte mit der Industrie zu knüpfen und über die Plattformen neue Investitionen im Kanton Freiburg und auf dem blueFACTORY-Gelände zu fördern.

#### 2.1.3.2 Seed Capital Freiburg

Die mit einem Kapital von 2 Millionen Franken dotierte Stiftung Seed Capital Freiburg, die auf den Plan zur Stützung der Wirtschaft des Kantons Freiburg zurückgeht, wurde im März 2010 auf Anstoss des Kantons gegründet. Sie hat zum Ziel, kurz vor der Gründung stehende Unternehmen, insbesondere Spin-offs der Fachhochschulen und der Universität mittels Darlehen finanziell zu unterstützen (max. 200 000 Franken). Sie verfügt über einen unabhängigen Stiftungsrat, in dem die WIF vertreten ist.

Bis heute haben zwölf Unternehmen von dieser Unterstützung profitiert – 2014 sind zwei neue Unternehmen dazu gestossen. Zwei Unternehmen haben ihr Darlehen bereits zurückgezahlt und sind nach ihrer letzten Finanzierungsrunde aus dem Programm ausgestiegen (ein Unternehmen ist 2014 ausgestiegen). Alle unterstützten Unternehmen sind noch aktiv. Über dreissig Arbeitsplätze wurden direkt geschaffen.

#### 2.1.3.3 Risikokapital Freiburg AG

Die Firma Risikokapital Freiburg AG hat 2014 drei neue Investitionen getätigt:

- > g2e glass2energy ag: Darlehen für die Finanzierung der Produktionsausrüstung (photochemische Zellen, Grätzel-Verfahren);
- > DAHU Sports Company SA: Kapitalaufstockung und kurzfristiges Darlehen für die Finanzierung des Umlaufvermögens;
- > SOFTCAR SA: Aufnahme einer Beteiligung für ein Projekt zur Entwicklung von Elektrofahrzeugen mit einer besonders guten CO<sub>2</sub>-Bilanz.

Das Aktienportfolio der Risikokapital Freiburg AG umfasst Ende 2014 elf Firmen bei einem gesamten Investitionsvolumen von 3,77 Millionen Franken.

#### 2.1.3.4 Neue Regionalpolitik

Die Neue Regionalpolitik (NRP) ist eine Wachstumspolitik, die vom Bund geführt wird, um den Randregionen mehr Dynamik zu verleihen. Das NRP-Umsetzungsprogramm für die Jahre 2012-2015 stützt sich im Kanton auf das Gesetz über die Wirtschaftsförderung (WFG) und unterscheidet drei Aktionsbereiche: den kantonalen, den interkantonalen und

den grenzüberschreitenden Bereich. Die vorrangigen strategischen Bereiche der NRP im Kanton Freiburg sind die Förderung der technologischen Innovation und der Geschäftsinnovation, die Steigerung der Produktivität der Unternehmen durch einen optimierten Austausch von Energie und Ressourcen, die Entwicklung eines Tourismusangebots, das sich das natürliche und kulturelle Erbe des Kantons zu Nutze macht, und die aktive Bodenpolitik.

Im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit haben die Westschweizer Kantone und die französischen Regionen (Ain, Doubs, Jura, Haute Savoie, Territoire de Belfort) das neue Programm Interreg VA Frankreich-Schweiz 2014-2020 ([www.interreg-francesuisse.org](http://www.interreg-francesuisse.org)) ausgearbeitet. Die vorrangigen Strategien dieses Programms beinhalten etwa die Annäherung der Strukturen im Bereich der Innovation, den Schutz und die Nutzung des natürlichen und kulturellen Erbes, die Förderung eines nachhaltigen Verkehrs und die Förderung der Beschäftigung und der Mobilität der Arbeitskräfte.

## 2.2 Die Unterstützungsmassnahmen in Zahlen

### 2.2.1 Unterstützung der Unternehmen

#### 2.2.1.1 Finanzhilfen

Von den 32 realisierten Projekten im Jahr 2014 erhielten fünf Unternehmen eine finanzielle Unterstützung. Die gewährte finanzielle Unterstützung beziffert sich auf insgesamt maximal 6,7 Millionen Franken. Die Auszahlung der finanziellen Beiträge erfolgt dabei in Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmen und wird folglich auf mehrere Jahre aufgeteilt.

Laufende direkte Beiträge nach WFG:

	Betrag der finanziellen Beiträge in Franken
Finanzielle Beiträge für Unternehmen im Jahr 2014:	3 789 092
Finanzielle Beiträge für Unternehmen im Jahr 2013:	2 249 645

Bürgschaften gemäss Bonny-Beschluss	Anzahl	Betrag in Franken
Stand am 31.12.2014	5	1 476 125

#### 2.2.1.2 Steuererleichterungen

Von den 32 im Jahr 2014 realisierten Vorhaben kamen zwei Firmen in den Genuss einer Steuererleichterung. Es wurde keine vollständige Steuerbefreiung von den Ertrags- und Kapitalsteuern gewährt. Die beiden Steuererleichterungen betreffen nur die Kantons- und Gemeindesteuern. Anzahl Unternehmen mit einer laufenden Steuererleichterung:

2011	2012	2013	2014
74	65	67	61

Wird diese Tabelle mit jener verglichen, die 2013 veröffentlicht wurde, zeigt sich, dass die Zahlen für 2012 und 2013 geändert wurden. Diese Anpassungen sind auf die verspätete Realisierung einzelner Vorhaben oder auf Umstrukturierungsmassnahmen von Unternehmen (Fusionen, Spaltungen) zurückzuführen, die vor Ende der ordentlichen Besteuerung auftraten. Nur die Zahlen für die Jahre 2011 und 2012 können als definitiv betrachtet werden.

#### 2.2.1.3 Steuerliche Auswirkungen der für die Steuerperiode 2012 angewandten Steuererleichterungen

Die kantonale Steuerverwaltung hat im Verlaufe des Jahres 2014 die ordentliche Veranlagung für die Steuerperiode 2012 abgeschlossen. Aufgrund dieser Informationslage können erst die steuerlichen Auswirkungen für diese Periode aufgezeigt werden.

Die nachfolgende Tabelle gibt die Auswirkungen der gewährten Steuererleichterungen auf die Steuereinnahmen des Kantons für die Steuerperiode 2012 wieder. Die Steuereinnahmen umfassen sowohl die Kantonssteuern (Kapital- und Gewinnsteuer), als auch den Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer (17 % der erhobenen direkten Bundessteuer).

Es wird zwischen drei Informationsebenen unterschieden. Die «Bruttoquote» entspricht den möglichen Steuereinnahmen des Kantons, wenn sich die betreffenden Unternehmen im Kanton angesiedelt oder erweitert hätten, ohne von Steuererleichterungen zu profitieren. Diese Situation ist ziemlich hypothetisch, da mehrere dieser Unternehmen ihre Vorhaben ohne Erleichterung wahrscheinlich nicht in unserem Kanton realisiert hätten. Unter «Auswirkungen der Erleichterungen» sind die aufgrund der gewährten Erleichterungen nicht eingekommenen Steuerbeträge aufgeführt. Die «Nettoquote» entspricht schliesslich den effektiven Steuereinnahmen von Unternehmen, die von einer teilweisen Steuererleichterung profitierten.

	Bruttoquote in Mio.	Auswirkungen der Erleichterungen	Nettoquote
2011	95,981	- 60,888	35,093
2012	105,879	- 59,650	46,229

Aus der Tabelle geht hervor, dass den 65 Unternehmen, die in der Steuerperiode 2012 von einer Steuererleichterung profitieren konnten, ein Steuerbetrag von 59,650 Millionen Franken erlassen wurde. Die Mehrheit dieser Unternehmen hätte ihr Projekt ohne Steuererleichterung nicht im Kanton Freiburg realisiert und somit wären dem Kanton Freiburg Steuereinnahmen in der Höhe von 46,229 Millionen Franken netto entgangen.

### 2.3 Neue Regionalpolitik

Das Umsetzungsprogramm der Neuen Regionalpolitik (NRP) 2012-2015 verfügt über ein Budget von 29,5 Millionen Franken. Im Jahr 2014 wurden 10 Projekte über einen Betrag von 1,6 Millionen Franken genehmigt.

## 3 Amt für den Arbeitsmarkt (AMA)

Dienstchef: Charles de Reyff

### 3.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Jahr 2014 war geprägt von der Festigung der Synergien zwischen dem Amt für den Arbeitsmarkt (AMA) und den Einrichtungen, mit denen es bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusammenarbeitet. Die kantonale Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung (KJS) hat namentlich den Lehrstuhl für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Freiburg beauftragt, die Wirksamkeit des Case Managements in einer Studie zu evaluieren. Der im Sommer erschienene Bericht der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) für das Jahr 2013 bestätigt ebenfalls, dass die Zusammenarbeit der regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV), der kantonalen IV-Stelle und der regionalen Sozialdienste (RSD) für eine dauerhafte Wiedereingliederung von schwächeren Stellensuchenden unverzichtbar ist. Dies erscheint umso offensichtlicher, als die IIZ heute drei Mal mehr komplexe Fälle bearbeitet als noch im Jahr 2009. Im Oktober wurde zudem eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen den RAV und den RSD unterzeichnet. Sie beschreibt die Strategien zur Vorbeugung von Langzeitarbeitslosigkeit, die sich insbesondere auf die Koordination der Massnahmen der beiden Dienststellen stützen. Die Massnahme Integrationspool+, die sich an Stellensuchende richtet, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigungen haben oder ausgesteuert sind, ist eines der grösseren Projekte, die im Rahmen dieser Zusammenarbeit umgesetzt wurden. Im Jahr 2014 wurde zudem der zweite Teil der Kampagne zur Prävention von Schwarzarbeit lanciert, der sich an die Arbeitgeber richtet.

### 3.2 Abteilung Arbeitslosigkeit

#### 3.2.1 Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenquote im Kanton ist von 3,4 % im Januar auf 3,2 im Dezember gesunken (Dezember 2013: 3,3 %). Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr beläuft sich auf 2,9 % der erwerbstätigen Bevölkerung (2,7 % im Jahr 2013). Sie liegt damit unter dem Schweizer Durchschnitt von 3,95 %. Die Stellensuchendenquote hat sich parallel

---

zur Arbeitslosenquote entwickelt und ist von 5,5 % zu Jahresbeginn auf 5,3 % im Dezember gesunken (2013: 5,4 %). 2014 schöpften 1290 Personen ihren Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus (gegenüber 1279 im Vorjahr).

### 3.2.2 Die regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

Der Kanton zählt drei RAV: das RAV Zentrum für den Saanebezirk, das RAV Süd mit seinen drei Anlaufstellen im Glane-, im Greyerz- und im Vivisbachbezirk und das RAV Nord mit seinen drei Anlaufstellen im Broye-, im See- und im Sensebezirk. Das AMA hat in jedem RAV eine Vermittlungszentrale eingerichtet. Deren Ziel ist es, eine zentrale Dienststelle für die Verwaltung der offenen Stellen zu betreiben und so die Zusammenarbeit mit den Unternehmen sicherzustellen. Seit März 2013 beherbergt jedes RAV einen Integrationspool+, in dem jeweils eine Personalberaterin oder ein Personalberater und eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter zusammenarbeiten, um Langzeitstellensuchende, die Sozialhilfe beziehen, bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

### 3.2.3 Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)

Der AMM-Sektor stellt den RAV Mittel zur Verfügung, die es ihnen ermöglichen, die Vermittlungsfähigkeit der Stellensuchenden zu steigern. Er sorgt für ein ausreichendes Angebot an Beschäftigungs- und Bildungsmassnahmen sowie an speziellen Massnahmen, die auf die Bedürfnisse der stellensuchenden Personen zugeschnitten sind: Kurse, Praktika, Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB).

#### 3.2.3.1 Beschäftigungsmassnahmen

Im Jahr 2014 wurden 2074 PvB bewilligt (1998 im Vorjahr). Von diesen PvB wurden 65 % bei einem vom AMA subventionierten Anbieter durchgeführt; 15 % fanden bei einer nicht gewinnorientierten Institution statt und 20 % bei Gemeinden, bei einer Dienststelle des Staates oder bei einem ausserkantonalen Anbieter.

Die Motivationssemester (SEMO) und die Strukturen, die Berufsvorbereitungsmassnahmen (PreFo) anbieten, kombinieren Beschäftigung und Ausbildung. Sie sollen arbeitslose Jugendliche bei der Wahl einer Berufsbildung unterstützen. Im Schuljahr 2013-2014 haben 358 (325) Jugendliche an einem SEMO/PreFo teilgenommen, das durchschnittlich 5,3 Monate dauerte.

Insgesamt wurden 91 (71) Beschäftigungsmassnahmen in Form von Berufspraktika durchgeführt, die es den versicherten Personen ermöglichen, Berufserfahrung zu sammeln oder wieder in ihren Beruf und die Arbeitswelt einzusteigen.

#### 3.2.3.2 Bildungsmassnahmen

In den Plattformen und Kursen sollen die Kenntnisse der Stellensuchenden eingeschätzt, gesteigert und zertifiziert werden. Gesamthaft wurden 5541 (5309) Massnahmen in verschiedenen Bereichen bewilligt (Bewerbungstechnik: 49 %; Sprachen: 30 %; Informatik: 6 %; andere Kurse: 15 %).

Die kaufmännische Praxisfirma (KPF), ebenfalls eine Bildungsmassnahme, ermöglicht es den Versicherten, in einem Unternehmen zu arbeiten, dessen Organisation und Bestellungsverwaltung derjenigen eines privaten Unternehmens entspricht. Die beiden Freiburger KPF konnten im Verlauf des Jahres insgesamt 165 (175) Versicherte aufnehmen.

Insgesamt wurden 1011 (849) Ausbildungspraktika und Schnupperlehren besucht, die es den Versicherten ermöglicht haben, sich weiterzubilden oder ihre eigenen Fähigkeiten und die Anforderungen einer Stelle einzuschätzen.

#### 3.2.3.3 Spezielle Massnahmen

Die 599 (524) bewilligten speziellen Massnahmen bestanden zu 66 % aus Einarbeitungszuschüssen, zu 20 % aus Ausbildungszuschüssen, zu 8 % aus Beiträgen an Reisekosten und zu 6 % aus Beiträgen zur Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit.

#### 3.2.3.4 AMM-Budget

Das AMM-Budget (AVIG) umfasst die Bildungs- und die Beschäftigungsmassnahmen. Nicht darin enthalten sind die speziellen Massnahmen, deren Budget direkt vom SECO verwaltet wird. Im Jahr 2014 wurden 42 % (40 %) des AMM-

---

Budgets für Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB), 41 % (42 %) für Bildungsmassnahmen (Kurse, kaufmännische Praxisfirmen) und 17 % (18 %) für Motivationssemester (SEMO) bereitgestellt.

#### 3.2.3.5 Verträge nach BAMG

Das kantonale Gesetz über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG) sieht eine Massnahme zur beruflichen Wiedereingliederung vor, deren Ziel es ist, die berufliche Wiedereingliederung von ausgesteuerten stellensuchenden Personen zu unterstützen, indem ihnen eine Tätigkeit bei einem Unternehmen, einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft oder einer nicht gewinnorientierten Institution oder Stiftung geboten wird. Von den 185 (115) bewilligten Verträgen nach BAMG gingen 42 % (57 %) an nicht gewinnorientierte Institutionen oder Stiftungen, Gemeinden und Dienststellen des Kantons und 58 % (43 %) an private Unternehmen. Die Verträge liefen durchschnittlich ungefähr 2,8 Monate.

#### 3.2.4 Ombudsstelle

Stellensuchende können bei Streitigkeiten mit den RAV, den Arbeitslosenkassen oder dem Rechtsdienst die Dienste eines Ombudsmanns in Anspruch nehmen. Dieser ist direkt dem Generalsekretariat der VWD unterstellt. Im Jahr 2014 wurden 77 (74) Einsätze erfasst.

#### 3.2.5 Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)

Zur Unterstützung der Personen, die mit verschiedenen Problemen konfrontiert sind (gesundheitliche Probleme, Arbeitslosigkeit, soziale Probleme) nutzen die RAV, die kantonale IV-Stelle und die regionalen Sozialdienste (RSD) eine gemeinsame Strategie: die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ). Die kantonale IIZ-Kommission wird vom Staatsrat ernannt und ist beauftragt, das IIZ-Betreuungssystem im Kanton zu organisieren und die Erfolgskontrolle zu gewährleisten.

Im Jahr 2014 nahmen die RAV in 38 (42) Fällen die Hilfe der IIZ und der Informatikplattform zur Verwaltung der einzelnen Fälle (CaseNet) in Anspruch, wobei es sich insgesamt um 34 (31) komplexe Fälle handelte.

#### 3.2.6 Unterstützung für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung

Die kantonale Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung (KJS) wurde im Mai 2007 geschaffen und hat zum Ziel, die Jugendlichen beim Übergang von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II sowie beim Übergang von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Die betroffenen Jugendlichen befinden sich zwischen dem ersten Jahr der Orientierungsschule und dem Eintritt in den Arbeitsmarkt. Die Plattform Jugendliche, die seit 2001 besteht, nimmt eine zentrale Rolle an der Nahtstelle I ein. Sie soll die Jugendlichen an die Massnahme verweisen, die am besten auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist (Motivationssemester, Berufsvorbereitungsmassnahme, Vorlehre, Integrationskurs usw.).

Das AMA steht der KJS bei der Entwicklung von Unterstützungsmassnahmen zur Seite und stellt ihr mehrere Arbeitskräfte zur Verfügung, insbesondere einen Projektleiter und eine Person für die Leitung des administrativen Bereichs.

2014 hat eine neue Projektleiterin ihre Arbeit aufgenommen. Ferner wurde der Präsident des Steuerungsausschusses der Plattform Jugendliche zum Mitglied der Kommission ernannt, um die Koordination zwischen den strategischen Entscheiden und der operativen Umsetzung der Massnahmen zu verstärken. Im Jahr 2014 konzentrierte sich die Arbeit der KJS auf die Resultate der Universität Freiburg, die das Case Management beurteilt hat. Daraufhin wurden verschiedene Verbesserungsmassnahmen beschlossen, die 2015 umgesetzt werden.

### 3.3 Abteilung Arbeitsmarkt

#### 3.3.1 Arbeitsinspektorat

Im Bereich des Arbeitnehmerschutzes kontrollierte das Arbeitsinspektorat 329 (307) Betriebe, dies zum Teil in Zusammenarbeit mit dem SECO (dem Eidgenössischen Arbeitsinspektorat) und der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (SUVA). Diese Kontrollen wurden ganz oder teilweise von der Eidgenössischen Koordinationskommission zur Arbeitssicherheit (EKAS) vergütet. Das Arbeitsinspektorat hat ebenfalls 56 (35) Audits



nach dem ASA-System durchgeführt (Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit), bei denen die Organisation und der Umgang mit der Sicherheit am Arbeitsplatz in den Unternehmen untersucht wurden.

Im Zusammenhang mit der Asbestproblematik hat das Inspektorat 191 Dossiers begutachtet, dies im Rahmen des neuen Arbeitsablaufs, der beschreibt, welche Untersuchungen vor der Aufnahme der Arbeiten durchgeführt werden müssen. Fast alle im Rahmen dieses Arbeitsablaufs durchgeführten Diagnosen ergaben den Einsatz von asbesthaltigen Baumaterialien.

In Zusammenarbeit mit dem Interkantonalen Labor für Gesundheit am Arbeitsplatz (LIST) führte das Arbeitsinspektorat Untersuchungen zur Hygiene am Arbeitsplatz durch. Dabei wurde namentlich die Exposition gegenüber Metallstaub, Lösungsmittel und Kobalt kontrolliert.

Was die Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit angeht, hat das Arbeitsinspektorat eines von insgesamt 16 (22) Gesuchen abgelehnt, mit denen überwiegend Bewilligungen für Sonntagsarbeit und für Arbeit an Feiertagen beantragt wurden.

Das Register der Industriebetriebe wurde folgendermassen angepasst: Es wurden eine neue Unterstellung und zwei Änderungen der Unterstellung ausgesprochen; Befreiungen wurden keine ausgesprochen.

	Bewilligungen erteilt durch das AMA		Bewilligungen erteilt durch das SECO	
	2013	2014	2013	2014
Nachtarbeit	99	114	151	277
Sonntagsarbeit	124	112	139	276
Durchgehender Betrieb	1	1	4	13
Dreischichtige Arbeit	9	1	-	-
<b>Total</b>	<b>233</b>	<b>228</b>	<b>294</b>	<b>566</b>

Alle Vergrösserungs- und Umbauarbeiten, die von Industriebetrieben im Kanton durchgeführt werden, müssen vom Arbeitsinspektorat genehmigt werden, das anschliessend auch die Betriebsbewilligung erteilt. Bei nichtindustriellen Betrieben gibt das Inspektorat im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens eine Stellungnahme ab.

	2013	2014
Vergrösserungen (Umbau) von Industriebetrieben	21	35
Betriebsbewilligungen	11	11
Nichtindustrielle Betriebe (inkl. Gutachten zu gefährlichen Stoffen – Asbest)	611	854
<b>Total</b>	<b>643</b>	<b>900</b>



### 3.3.2 Beobachtung des Arbeitsmarkts

Der Kanton Freiburg nahm an verschiedenen Erhebungen des Westschweizer und Tessiner Organs zur Beobachtung des Arbeitsmarkts (ORTE) teil, die im Auftrag der Westschweizer und Tessiner Konferenz der Arbeitsämter durchgeführt wurden:

- > Interne Veröffentlichung von vier Broschüren über die «Quartalsindikatoren zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Westschweizer Kantonen»;
- > Bericht über das Baugewerbe;
- > Studie über Arbeitslosigkeit und Nationalität (insbesondere über die Staatsangehörigen der EU-27);
- > Veröffentlichung der aktualisierten Daten zur «Entwicklung der Temporärarbeit in der Westschweiz» für 2013;
- > Vierteljährliches Bulletin des Arbeitsmarktobservatoriums des Kantons Freiburg (Januar, April, Juli, Oktober 2014).
- > Halbjährliches Bulletin des Arbeitsmarktobservatoriums des Kantons Freiburg (Januar, Juli 2014).
- > Jahresbulletin des Arbeitsmarktobservatoriums des Kantons Freiburg (Januar 2014).

Das Arbeitsmarktobservatorium des Kantons Freiburg war überdies an verschiedenen Projekten beteiligt. Dazu gehörten u.a. die Produktion von Statistiken für die Unterkommission für die Arbeitsmarktüberwachung sowie die Erstellung von Berichten für das SECO und die VWD.

### 3.3.3 Kantonales Organ für die wirtschaftliche Landesversorgung

Die Tätigkeit dieses kantonalen Organs ergibt sich aus der Anwendung des kantonalen Gesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung (WLG), das am 1. Mai 2012 in Kraft getreten ist. Die Kantone sind insbesondere aufgerufen, mit dem Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung in drei bestimmten Bereichen zusammenzuarbeiten, nämlich bei der Lebensmittelrationierung, der Heizölbewirtschaftung und der Treibstoffrationierung. Für die örtliche Umsetzung der Weisungen des Bundes und des Kantons im Bereich der wirtschaftlichen Landesversorgung sind die Gemeinden zuständig.

Das gestützt auf Artikel 3 WLG errichtete kantonale Organ ist der VWD angegliedert. Seine Mitglieder werden vom Staatsrat ernannt. Charles de Reyff, Dienstchef des AMA, leitet dieses Organ.

### 3.3.4 Kantonale Einigungsstelle für kollektive Arbeitsstreitigkeiten (ESKA)

Die von alt Staatsrat Michel Pittet geleitete Einigungsstelle musste 2014 in keinem Fall vermitteln.

### 3.3.5 Abkommen über den freien Personenverkehr (FZA)

Das AMA sorgt aktiv für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen des FZA. Der Sektor Arbeitsmarktüberwachung ist für die Arbeitsmarktinspektion und die Beobachtung des Arbeitsmarkts zuständig.

Zur Beobachtung des Arbeitsmarkts hat der Sektor Arbeitsmarktüberwachung eine Marktumfrage zu den Lohnbedingungen durchgeführt, bei denen schweizerische und ausländische Arbeitnehmende im Gartenbau befragt wurden. Die Befragung der 220 Unternehmen und 1100 Angestellten ergab, dass die Löhne im Allgemeinen den Empfehlungen des Gesamtarbeitsvertrags für die grüne Branche (nicht allgemeinverbindlich erklärter GAV) und den branchenüblichen Löhnen entsprechen. Es wurde kein missbräuchliches oder wiederholtes Lohndumping festgestellt.

Der Sektor Arbeitsmarktüberwachung kontrolliert auf Freiburger Kantonsgebiet die Arbeitnehmenden, die von ausländischen Unternehmen in die Schweiz entsandt werden, die selbständigen Dienstleistungserbringer sowie die EU-Bürger, die bei Schweizer Arbeitgebern eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Insgesamt wurden 388 (353) Kontrollen durchgeführt, bei denen 672 (739) Arbeitnehmende überprüft wurden.

Im Rahmen ihrer Kontrollen bei ausländischen Unternehmen überprüfen die Inspektoren, ob diese branchenübliche Löhne zahlen. Auf diese Weise konnte erwirkt werden, dass 97 708 Franken an Lohngeldern zugunsten entsandter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nachgezahlt werden.

Die Inspektoren haben 6778 (5811) Meldungen bearbeitet, die für 8924 (7792) Arbeitskräfte eingereicht wurden. Die Meldungen betrafen 3896 entsandte Arbeitnehmende, 3227 Arbeitsaufnahmen in der Schweiz (darunter mehrere über Agenturen) und 1801 selbstständige Dienstleistungserbringer.

---

Im Auftrag des BMA hat der Sektor Arbeitsüberwachung zudem bei 80 Gesuchen von Unternehmen die Lohnbedingungen geprüft. Mit diesen Gesuchen beantragten die Unternehmen eine Aufenthaltsbewilligung für Erbringer grenzüberschreitender Dienstleistungen, die in eine Entsendebestätigung für die Arbeitnehmenden mündet.

### 3.3.6 Bekämpfung der Schwarzarbeit

Die Inspektion im Bereich Schwarzarbeit besteht aus drei Inspektorinnen und Inspektoren des AMA sowie mehreren Inspektorinnen und Inspektoren im Bereich des Bauwesens, die dem Freiburgischen Prüfungsverband unterstellt sind. Das AMA überträgt diesem Verband mittels eines Leistungsauftrags die Kontrollen im Bauhaupt- und Baunebengewerbe sowie in der Gebäudereinigung.

Die Inspektion im Bereich Schwarzarbeit hat 459 (509) Kontrollen durchgeführt, die insgesamt 1297 (1132) Arbeitnehmende betrafen. Dabei wurden 163 (144) Unternehmen angezeigt und 600 (348) Arbeitnehmende waren von diesen Anzeigen betroffen. Die strafbaren Handlungen betrafen hauptsächlich Verstösse im Bereich des Ausländerrechts.

Die Präventionsarbeit, die sich 2013 hauptsächlich an die Angestellten richtete, wurde 2014 mit der Herausgabe einer Broschüre fortgesetzt, die für die Arbeitgeber bestimmt ist. Sie enthält wichtige Informationen zur Schwarzarbeit und ergänzt die bestehenden Kommunikationsmittel, wie den Flyer, der allen Arbeiterinnen und Arbeitern bei den Kontrollen abgegeben wird.

### 3.3.7 Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

Die Abteilung hat im Berichtsjahr 25 (30) Bewilligungen erteilt: 6 für die private Arbeitsvermittlung, 8 für den Personalverleih sowie 11 für die private Arbeitsvermittlung und den Personalverleih. Zwei Bewilligungen wurden aufgehoben: eine wegen Betriebsschliessung und eine wegen der Übernahme durch ein anderes Unternehmen.

Das AMA gab ferner zu 18 (10) Gesuchen für den grenzüberschreitenden Personalverleih und für die grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung, die beim SECO eingereicht wurden, eine positive Stellungnahme ab.

Im Jahr 2013 (die Zahlen für 2014 sind ab Frühling 2015 verfügbar) vermittelten die privaten Arbeitsvermittler des Kantons Freiburg 816 Personen (2012: 898). Beim Personalverleih wurden mit 6369 (6676) Personen Verträge über insgesamt 3 076 581 (3 499 027) Arbeitsstunden abgeschlossen. Der Anteil ausländischer Personen, deren Dienstleistung vermittelt wurde, beläuft sich auf 71,1 % (69,2 %) und liegt somit leicht über dem Schweizer Durchschnitt von 64,1 % (62,4 %).

Weiter wurden Untersuchungen durchgeführt, um die rechtswidrige Ausübung der privaten Arbeitsvermittlung und des Personalverleihs zu bekämpfen und zu verhindern. Die bei den Kontrollen aufgedeckten Verstösse betrafen insbesondere die Form und den Inhalt der Verträge. Diese wurden korrigiert, damit sie den Standards und Weisungen entsprechen. Die Regelung der Arbeitszeit im Personalverleihvertrag gab ebenfalls häufig Anlass zu Bemerkungen.

Die Verordnung über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (AVV) hat mehrere Änderungen erfahren, die auf den 1. Januar 2014 in Kraft getreten sind. Sie betreffen namentlich die unentgeltlich ausgeübte Vermittlungstätigkeit von Bildungsinstitutionen, die Prüfung der Muster von Arbeits- und Verleihverträgen und die Verwertung der Kaution.

## 3.4 Rechtsdienst

### 3.4.1 Erstinstanzliche Verfügungen

2014 erstellte der Rechtsdienst in seiner Funktion als zuständige kantonale Amtsstelle 8635 (8218) Verfügungen und Rechtsgutachten im Bereich der Arbeitslosenversicherung:

> Einstellungen in der Anspruchsberechtigung:	5944 (5673)
> Vermittlungsfähigkeit und andere Entscheide:	463 (327)
> Erlass der Rückerstattungspflicht:	145 (87)
> Rechtsgutachten zur Arbeitslosenversicherung:	2083 (2131)

### 3.4.2 Zweitinstanzliche Verfügungen / Stellungnahmen beim Kantons- und beim Bundesgericht

Der Rechtsdienst registrierte ferner 549 (548) Einsprachen gegen Verfügungen des AMA. Er hat Verfügungen zu 663 (487) Einsprachen gefällt, wobei 59 % (58,95 %) der Einsprachen abgewiesen oder als unzulässig erklärt wurden. Insgesamt wurden 23,5 % (25,65 %) der Einsprachen gutgeheissen, 13,5 % (12,5 %) teilweise gutgeheissen und 4 % (2,9 %) als erledigt abgeschrieben.

Im Jahr 2014 wurden beim Kantonsgericht 33 (28) Beschwerden gegen Verfügungen des AMA eingereicht. Gegen 4 Entscheide des Kantonsgerichts wurde zudem Beschwerde beim Eidgenössischen Versicherungsgericht (EVG) eingereicht. Das Kantonsgericht fällte 19 (9) Entscheide und das EVG 3 Urteile. Insgesamt wurden 95,5 % (66,7 %) Beschwerden abgewiesen oder als unzulässig erklärt, 4,5 % (0 %) gutgeheissen, keine (33,3 %) teilweise gutgeheissen und keine (0 %) als erledigt abgeschrieben. Der Rechtsdienst reichte in 37 (36) Fällen Stellungnahmen zur Begründung ein.

### 3.4.3 Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen

	Betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer				Ausfallstunden			
	2013	2014	CH 2013	CH 2014	2013	2014	CH 2013	CH 2014
Januar	337	0	13 263	3 195	15 666	0	693 779	181 202
Februar	130	0	11 066	3 282	5 028	0	545 522	191 508
März	217	46	11 115	3 811	10 097	1 766	536 086	206 123
April	266	46	11 051	2 509	13 702	907	530 516	137 287
Mai	240	30	8 509	2 776	15 033	924	395 731	148 045
Juni	348	54	7 639	2 551	19 432	5 240	390 127	152 452
Juli	185	8	3 611	1 369	10 930	837	189 094	82 255
August	128	3	4 195	1 292	5 371	242	216 879	69 168
September	36	0	4 332	1 810	1 530	0	215 032	114 766
Oktober	113	4	4 053	1 986	4 219	288	217 529	130 594
November	44	163	6 008	2 926	1 694	13 620	289 313	179 539
Dezember	15	188	3 837	2 249	906	10 559	173 751	132 863

### 3.4.4 Weitere Tätigkeiten des Rechtsdiensts

Der Rechtsdienst bietet interessierten Personen telefonisch oder in seinen Räumlichkeiten einen Beratungsdienst an. Er berät das Amt in all seinen Tätigkeitsbereichen und gibt gegebenenfalls Rechtsgutachten ab. Zudem erstellt er regelmässig rechtliche Texte, die für den reibungslosen Amtsbetrieb nötig sind. Im Jahr 2014 kamen zwei neue Tätigkeiten zu den bisherigen Aufgaben des Rechtsdiensts hinzu: die Betreuung der Dossiers, die er an den Vertrauensarzt am Institut IST in Lausanne weitergeleitet hat (4 Fälle im Jahr 2014), und der Informationsaustausch mit dem BMA betreffend EU-/EFTA-Staatsangehörige mit L-, B-, oder G-Bewilligung (20 Fälle im Jahr 2014).

Des Weiteren entscheidet der Rechtsdienst über die Einsprachen, die gegen die Verfügungen des Arbeitsinspektorats erhoben wurden. Zudem spricht er Verfügungen im Bereich des Entsendegesetzes (EntsG) aus und ist in Zusammenarbeit mit dem SECO für die Verfahren zur Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen auf Kantonsebene zuständig.

## 3.5 Stabsdienste

### 3.5.1 Kommunikation

Das Amt hat 2014 sein Angebot an Publikationen erweitert. Es hat das nötige Kommunikationsmaterial für die Integrationspools+ erarbeitet (Flyer, Broschüren usw.) sowie eine Broschüre für Studierende und Lernende veröffentlicht, die sie über ihren Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung nach der Ausbildung aufklärt. Die

---

Kommunikation im Rahmen der Prävention von Schwarzarbeit richtete sich 2014 in erster Linie an die Unternehmen. Dafür wurde eine Informationsbroschüre für die Arbeitgeber im Kanton herausgegeben. Die Stabsdienste sind ausserdem für die Verwaltung und Kommunikation des Ausstellungsraums Espace 25 zuständig, der sich im Haus der Wirtschaft befindet.

### 3.5.2 Planung, Logistik und Informatik

Für die Schaffung der Einheit Planung, Logistik und Informatik, die für das AMA eine langfristige Strategie in den Bereichen Informatik und Logistik festlegen soll, war die Erarbeitung von Arbeitsabläufen, Weisungen und Führungsinstrumenten nötig. Was die Logistik angeht, hat die Einheit mit den Vorbereitungen des Umzugs des RAV Nord, Seebezirk, begonnen, der für den Sommer 2015 vorgesehen ist. Gleichzeitig hat sie das Konzept für den «idealen Arbeitsplatz» definiert (Ergonomie und Sicherheit).

### 3.5.3 Buchhaltung

Die Stabsdienste sind für die Buchhaltung der vom Bund finanzierten Ressourcen sowie für die Buchhaltung des kantonalen Beschäftigungsfonds zuständig. Die Betriebskosten des Amtes beliefen sich unter Berücksichtigung der kantonalen und der eidgenössischen Buchhaltungen auf 23,4 Millionen Franken. Aus dem kantonalen Beschäftigungsfonds wurden 2 400 315 Franken zur Finanzierung von Massnahmen für Arbeitslose aufgewendet, die ihren Anspruch auf Leistungen des Bundes ausgeschöpft haben. Die Verträge nach BAMG bei Unternehmen kosteten 1 697 606 Franken, jene bei Institutionen 451 852 Franken und jene bei Kanton und Gemeinden 250 857 Franken. Am 31. Dezember 2014 verfügte der Fonds über Mittel in der Höhe von 13,2 Millionen Franken.

## 3.6 Abteilung Organisation

Die Abteilung hat die Produktion und Analyse von Statistiken neu organisiert.

Der IT-Support wurde angepasst und die Plattform EasyVista, mit der die Interventionen priorisiert und besser nachverfolgt werden können, ist seit Mai im Betrieb. Über 1100 Anfragen wurden bearbeitet.

Das Qualitätsmanagementsystem hat eine neue Benutzeroberfläche erhalten und ist nun in Form von Arbeitsprozessen aufgebaut. Die Dokumente, die vor 2011 erstellt wurden, wurden komplett überarbeitet.

Das Projekt «Nachhaltige Entwicklung» wurde nach der Umsetzung mehrerer Massnahmen abgeschlossen. So wurde das Abfallrecycling an allen Standorten des Amtes optimiert, ein Mobilitätsplan eingeführt und eine Sensibilisierungskampagne für ein umweltbewussteres Verhalten realisiert. Die Projektleiterinnen und -leiter werden laufend geschult und bei der Führung ihrer Projekte unterstützt. Mit einer Bedarfsanalyse und der Durchführung von technischen Tests wurde das Projekt zur Neugestaltung des Intranets lanciert.

# 4 Öffentliche Arbeitslosenkasse (ÖALK)

---

Verwalter: Dominique Schmutz

## 4.1 Tätigkeit

### 4.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Während die Arbeitslosigkeit 2014 stabil geblieben ist, nahm die Zahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger, die sich bei der Kasse angemeldet haben, weiter zu. Um der Nachfrage gerecht zu werden, hat die ÖALK im Laufe des Berichtsjahrs ihre Organisation geringfügig angepasst.

Die Öffentliche Arbeitslosenkasse stellte 2285 Verfügungen aus und legte dem Amt für den Arbeitsmarkt (AMA) 37 Fälle zum Entscheid vor.

#### 4.1.2 Arten von Leistungen und deren Anzahl

##### 4.1.2.1 Anträge auf Arbeitslosenentschädigung (ALE)

Jahr	2013	2014	Veränderung in Prozent
Anzahl Versicherte	5976	6907	15.58 %
Anzahl Anmeldungen	6428	7928	23.34 %
<b>Anzahl ausbezahlter Taggelder</b>	<b>476 858.1</b>	<b>549 204</b>	<b>15.17 %</b>

##### 4.1.2.2 Anträge auf Schlechtwetterentschädigung

Jahr	2013	2014	Veränderung in Prozent
<b>Anzahl Unternehmen</b>	<b>99</b>	<b>9</b>	<b>-90.97 %</b>

##### 4.1.2.3 Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung

Jahr	2013	2014	Veränderung in Prozent
<b>Anzahl Unternehmen</b>	<b>29</b>	<b>9</b>	<b>-68.97 %</b>

##### 4.1.2.4 Anträge auf Insolvenzentschädigung

Jahr	2013	2014	Veränderung in Prozent
<b>Anzahl Unternehmen</b>	<b>39</b>	<b>41</b>	<b>5.13 %</b>

##### 4.1.2.5 Ausbezahlte Taggelder

Jahr und Franken	2013 in Fr.	2014 in Fr.	Veränderung in Prozent
Ganzarbeitslosigkeit (ALE)	77 266 536.35	91 304 647.90	18.17 %
Familienzulagen	1 491 106 .00	1 684 963.60	13.00 %
Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)	4 803 345.50	5 772 943.35	20.19 %
Projektkosten (Anbieter)	17 767 898.75	17 463 197.45	-1.71 %
Schlechtwetter und Kurzarbeit	5 732 992.30	888 790.50	-84.50 %
Insolvenz	1 095 783.50	3 402 916.85	210.55 %
<b>Total</b>	<b>108 157 662.40</b>	<b>120 517 459.65</b>	<b>11.43 %</b>

##### 4.1.2.6 Erwerbsausfallversicherung bei Krankheit (Art. 94 AVIG)

Jahr	2013	2014	Veränderung in Prozent
Anzahl gemeldeter Personen	92	86	-6.52 %
Anzahl unterstützter Personen	64	62	-3.10 %

## 5 Handelsregisteramt (HRA)

Registerführerin: Uschi Kozomara Yao

## 5.1 Tätigkeit

### 5.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Handelsregisteramt hat 2014 insgesamt 6663 Dossiers bearbeitet, die zu einem Eintrag ins Handelsregister geführt haben. Diese Zahl setzt sich aus 1222 Neueinträgen sowie 1115 Löschungen und 4326 Änderungen bestehender Rechtseinheiten zusammen. Die gesamte Zahl der bearbeiteten Dossiers hat folglich gegenüber dem Vorjahr um 518 Dossiers zugenommen und bleibt über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Die Gesamtzahl der im Handelsregister eingetragenen Rechtseinheiten nimmt weiter zu. Während das Handelsregister des Kantons Freiburg am 31. Dezember 2004 noch 16 363 eingetragene Rechtseinheiten zählte, beläuft sich deren Zahl Ende 2014 auf 19 952 Rechtseinheiten.

### 5.1.2 Besondere Ereignisse

Das Handelsregisteramt hat als erste Dienststelle des Kantons Freiburg das Label für Zweisprachigkeit erhalten, das ihm vom Forum für die Zweisprachigkeit, einer Stiftung aus Biel, am 5. September 2014 verliehen wurde. Das Label attestiert, dass das Amt sowohl im Umgang mit seinen Kundinnen und Kunden als auch innerhalb seines Teams die Zweisprachigkeit pflegt.

Im Mai 2014 wurde eine Sitzung des Bundesamts für Justiz organisiert, die namentlich zum Ziel hatte, über die Einführung eines schweizerischen Registers der Urkundspersonen zu informieren, das im Hinblick auf die elektronische Übermittlung von öffentlichen Beurkundungen geschaffen wird. Das Handelsregisteramt ist aber nicht für die Einführung dieses Registers zuständig. Es muss hingegen in Zusammenarbeit mit den Handelsregistern der Kantone Waadt, Genf und Neuenburg sowie mit dem gemeinsamen Softwareanbieter die Anpassung seiner Software an die gesetzlichen Anforderungen bezüglich der elektronischen Übermittlung von Dokumenten abschliessen.

Das Handelsregisteramt hat erneut bei der Ausbildung eines Praktikanten der Finanzbrigade der Kantonspolizei mitgewirkt.

## 5.2 Statistik

### 5.2.1 Stand der aktiven Gesellschaften

Am 31. Dezember 2014 umfasste das Handelsregister des Kantons Freiburg folgende aktive Eintragungen:

Einzelunternehmen (EF)	5961
Kollektivgesellschaften (KollG)	338
Kommanditgesellschaften (KG)	25
Aktiengesellschaften (AG)	6999
Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)	4867
Unternehmen des öffentlichen Rechts	21
Kommanditaktiengesellschaften	1
Genossenschaften	538
Ausländische Zweigniederlassungen	134
Schweizer Zweigniederlassungen	373
Vereine	217
Stiftungen	470
Unternehmen ohne Eintragungspflicht	8
<b>Total</b>	<b>19 952</b>

### 5.2.2 Sprachliche Aufteilung der Registereinträge

Am 31. Dezember 2014 waren die aktiven Einträge beim Handelsregister wie folgt auf die Sprachen verteilt:

Total der auf Französisch registrierten Gesellschaften	15 462
Total der auf Deutsch registrierten Gesellschaften	4490

### 5.2.3 Übersicht der neuen Gesellschaften

Seit das Handelsregister auf kantonaler Ebene elektronisch geführt wird, kann die Entwicklung der neu eingetragenen Gesellschaften verfolgt werden. Ihre Zahl hat sich wie folgt entwickelt:

	Verein	Gen.	EF	Stiftung	AG	GmbH	Zweign.	KollG/KG
2004	7	2	348	17	256	309	80	31
2005	7	3	351	24	292	350	60	49
2006	7	5	359	14	298	372	46	54
2007	8	5	374	17	291	415	57	43
2008	18	0	379	19	334	398	42	32
2009	15	6	376	15	293	448	38	36
2010	9	2	420	10	317	430	36	24
2011	6	5	401	13	385	492	59	32
2012	7	4	445	20	327	476	35	34
2013	13	5	471	13	375	519	40	48
2014	18	4	407	9	273	441	32	38

### 5.3 Interkantonale Zusammenarbeit

Das Handelsregisteramt nahm an den halbjährlichen Arbeitssitzungen einer Gruppe von Handelsregistern von deutschsprachigen Kantonen teil, die sich aus den Kantonen Zürich, Aargau, Solothurn, Baselstadt, Baselland, Bern und dem Oberwallis zusammensetzt. An diesen Sitzungen wurden rechtliche Fragen in Verbindung mit den Einträgen besprochen. Die Handelsregister der Kantone Genf, Waadt, Neuenburg, Jura und des Unterwallis haben ihre jährlichen Sitzungen fortgesetzt, um die gleichen Themen zu besprechen wie die Deutschschweizer Handelsregister. Das Handelsregisteramt hat ebenfalls an diesen Sitzungen teilgenommen.

### 5.4 Streitfälle

Für 2014 hat das Handelsregisteramt keinen Streitfall zu vermelden.

## 6 Amt für Energie (AfE)

Dienstchef: Serge Boschung

### 6.1 Tätigkeit

#### 6.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Amt für Energie hat die Aufgabe, die Energiestrategie des Kantons umzusetzen, deren Ziel es ist, die «4000-Watt-Gesellschaft bis ins Jahr 2030» zu erreichen. Damit die öffentlichen Körperschaften ihre Vorbildrolle wahrnehmen, hat das Amt 2014 seine Informations- und Beratungskampagne gegenüber den Gemeinden zusammen mit «EnergieSchweiz für Gemeinden», «Energistadt» und «Energio» fortgesetzt. Die auf dem gesamten Kantonsgebiet lancierte Kampagne, mit der die Bevölkerung für das Energiesparen sensibilisiert wird, wurde 2014 ebenfalls fortgesetzt. Diese Kampagne dauert bis Ende 2015. Das Amt führt diese Kampagne in Zusammenarbeit mit einer Kommunikationsagentur durch. Das Hauptziel dieser Kampagne ist die OFF-Challenge, bei der es darum geht, zwischen dem 1. Juni 2014 und dem 31. Mai 2015 keine Zunahme des Stromverbrauchs im Kanton zu verzeichnen.

Im vergangenen Jahr wurden mehrere Kurse und Seminare für Bauspezialisten organisiert.

Die kantonale Energiewirtschaftskommission hielt keine Sitzung ab.



---

## 6.1.2 Laufende Studien

Das Amt hat im Rahmen der Revision der kantonalen Energieplanung verschiedene Studien fortgesetzt, die sich mit folgenden Themen befassen:

- > Nutzung des Windkraftpotenzials im Kanton: Revision der Planung aus dem Jahr 2008 insbesondere unter Berücksichtigung des technologischen Fortschritts;
- > Bestimmung des Potenzials der Tiefengeothermie und Festlegung der interessantesten Standorte;
- > Nutzung von Abwärme im Hinblick auf die Erstellung eines Abwärmekatasters für das gesamte Kantonsgebiet.

## 6.2 Ausbildung

### 6.2.1 Weiterbildungsprogramm

Das 2013 lancierte, breit angelegte Weiterbildungsprogramm über erneuerbare Energien und Energieeffizienz wurde fortgesetzt. Es wird in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) organisiert. Dieses dreijährige Projekt geht auf einen Auftrag des Grossen Rats zurück und ist mit einem Budget von 1,5 Millionen Franken dotiert.

### 6.2.2 Förderung/Bildung für Fachpersonen

Nach Inkrafttreten von Artikel 18a Energiegesetz, der für Grossverbraucher gilt, hat das Amt insbesondere mehrere Informationssitzungen für Unternehmen organisiert, die in die Kategorie der Grossverbraucher fallen.

Die Energieaudits der Grossverbraucher werden 2015-2016 stattfinden.

### 6.2.3 Sensibilisierung/Bildung der Jugend

Das Amt setzt seine Informations- und Sensibilisierungskampagne bei den jungen Generationen fort. Im Rahmen dieses Programms werden Energiefragen behandelt und Gesten zum Energiesparen vermittelt.

Das Programm mit dem Namen «Energieanimationen» wird den Lehrpersonen der deutsch- und französischsprachigen Schulklassen auf Stufe 6H und 8H gratis angeboten. Im Schuljahr 2013/14 wurden 171 Klassen besucht, was 3253 Schülerinnen und Schülern entspricht.

Das Amt unterstützt auch die Verbreitung des Programms «Enerschool» für Orientierungsschulen und Gymnasien. Die laufenden Projekte wurden 2014 fortgesetzt.

## 6.3 Baubewilligungsverfahren

### 6.3.1 Baubewilligungsgesuche

Im Berichtsjahr hat das Amt 2331 Baubewilligungsgesuche (im ordentlichen Verfahren und im vereinfachten Verfahren) kontrolliert und dazu Stellung genommen.

### 6.3.2 Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen, verschiedene Bewilligungen und Ausnahmbewilligungen

Gestützt auf das Energiegesetz vom 9. Juni 2000 hat das Amt 12 Bewilligungen für Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen, direktelektrische Heizungen, Erdgasheizkessel, Ölheizungen ohne Nutzung der Kondensationswärme usw. erteilt.

### 6.3.3 Erdgas

In Anwendung des Beschlusses vom 5. Juni 1979 betreffend Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe, die der eidgenössischen Bewilligung nicht unterstellt sind, bewilligte das Amt den Bau beziehungsweise den Betrieb von 16 Erweiterungen des Netzes der Frigaz AG. Das Amt bewilligte ausserdem den Bau beziehungsweise den Betrieb von zwei Erweiterungen des Netzes der Cosvegaz SA und 5 Erweiterungen des Netzes der Compagnie industrielle et commerciale du gaz SA.

### 6.3.4 Hochspannungsleitungen

Das Amt hat zu einem Vorhaben auf dem Gemeindegebiet von Ursy Stellung genommen.

---

## 6.4 Förderprogramm im Energiebereich

### 6.4.1 Holzheizungen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 37 Projekte zu. Diese entsprechen einem Gesamtbetrag von 396 723 Franken für eine Leistung von 3627 kW.

### 6.4.2 Thermische Solaranlagen

Das Amt sicherte Beiträge an 210 Projekte zu. Diese entsprechen einem Gesamtbetrag von 567 324 Franken für eine Fläche von insgesamt 2265 m<sup>2</sup>.

### 6.4.3 Gebäude, die den Minergie-P-Standard erfüllen

Das Amt sicherte Beiträge an 23 Projekte zu. Diese entsprechen einem Gesamtbetrag von 271 524 Franken.

### 6.4.4 Wärmepumpen als Ersatz einer Elektroheizung

Das Amt sicherte Beiträge an 85 Projekte zu. Diese entsprechen einem Gesamtbetrag von 382 500 Franken für eine Leistung von 1057 kW.

### 6.4.5 Wärmepumpen als Ersatz einer fossilen Heizung

Das Amt sicherte Beiträge an 114 Projekte zu. Diese entsprechen einem Gesamtbetrag von 604 500 Franken für eine Leistung von 1538 kW.

### 6.4.6 Heizwasserverteilsystem

Das Amt sicherte Beiträge an 57 Projekte zu. Diese entsprechen einem Gesamtbetrag von 253 500 Franken.

### 6.4.7 Gebäudeprogramm

Das Amt sicherte Beiträge an 297 Projekte zu. Diese entsprechen einem Gesamtbetrag von 1 422 325 Franken. Der vom Bund für den Kanton Freiburg bereitgestellte Beitrag an das Gebäudeprogramm beläuft sich auf 3 123 270 Franken.

### 6.4.8 Neue Wärmenetze zur Nutzung von Abwärme

Das Amt sicherte Beiträge an 3 Projekte zu. Diese entsprechen einem Gesamtbetrag von 554 733 Franken für eine Gesamtleistung der neu angeschlossenen Gebäude von 3 065 350 kW.

### 6.4.9 Wärmekraftkopplung

Das Amt sicherte einen Beitrag von 145 000 Franken an ein Projekt für eine Gesamtleistung von 143 kW Elektrizität und 207 kW Wärme zu.

### 6.4.10 Energiestadt-Label für Gemeinden

Das Amt sicherte Beiträge an 22 Projekte zu. Diese entsprechen einem Gesamtbetrag von 110 859 Franken.

## 6.5 Gesetzgebung

Das neue Energiegesetz ist am 1. August 2013 in Kraft getreten. Ein Verordnungsentwurf zur Änderung des Energiereglements vom 5. März 2001 (EnR) wurde vom 26. Juni bis 26. September 2014 in die Vernehmlassung gegeben. Die Änderung des Energiereglements wird voraussichtlich Anfang 2015 in Kraft treten.

Das Reglement vom 25. November 2014 über die Elektrizitätsversorgung (EVR) ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten.

---

## 7 Amt für Statistik (StatA)

---

Dienstchef: Pierre Caille

### 7.1 Tätigkeit

#### 7.1.1 Datenerhebung

Das Amt für Statistik (StatA) nimmt Datenerhebungen für Statistiken vor, die meistens auf Bundesebene koordiniert sind. Dies ist namentlich bei der Schulstatistik der Fall, in deren Rahmen jedes Jahr Einzeldaten zu über 50 000 Schülerinnen und Schülern an das Bundesamt für Statistik übermittelt werden. Manchmal wird darüber hinaus beim Überprüfen und Korrigieren der lokalen Daten um die Mitarbeit der Kantone gebeten, wie zum Beispiel bei den eidgenössischen Beschäftigungsstatistiken. Die Rolle der Kantone anlässlich solcher eidgenössischer Erhebungen ist in Artikel 7 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) geregelt sowie in der Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik und in der Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes, in deren Anhang die eidgenössischen Erhebungen abschliessend aufgezählt werden. Darin ist auch angegeben, ob die Kantone zur Mitarbeit verpflichtet sind.

#### 7.1.2 Datenverarbeitung

Der Tendenz der modernen Statistik und dem Wunsch des Gesetzgebers folgend (Gesetz über die kantonale Statistik, StatG, Art. 5 Abs. 2) werden statistische Angaben immer öfter aus Registern und Verwaltungsdaten entnommen, das heisst aus Informationen, die nicht in erster Linie für statistische Zwecke gesammelt worden sind. So werden gewisse Bevölkerungsstatistiken aus dem kantonalen Bevölkerungsregister FriPers abgeleitet, während die Baustatistik anhand des eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters berechnet wird. Die neue eidgenössische Unternehmensstatistik STATENT, die zum Teil auf den AHV-Registern basiert und in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen durchgeführt wird, liefert von nun an jährlich Daten, wohingegen die bisherigen Vollerhebungen bei den Unternehmen alle drei bis vier Jahre (dreimal pro Jahrzehnt) stattfanden.

Das Amt für Statistik verwendet hauptsächlich Angaben aus Stichprobenerhebungen, um Informationen zu erhalten, die nicht in Registern zu finden sind, namentlich aus den Stichprobenerhebungen, die das Bundesamt für Statistik eingeführt hat, um die traditionellen Vollerhebungen wenigstens teilweise zu kompensieren.

#### 7.1.3 Veröffentlichung der Ergebnisse

Die statistischen Ergebnisse werden hauptsächlich in elektronischer Form über die Website [www.stat-fr.ch](http://www.stat-fr.ch) (oder [www.fr.ch/sstat](http://www.fr.ch/sstat)) veröffentlicht. Im Jahr 2014 wurden nur noch das Statistische Jahrbuch, das Memento «der Kanton Freiburg in Zahlen» und die vierteljährliche Broschüre «Freiburger Konjunkturspiegel» auf Papier veröffentlicht. Darüber hinaus lieferte das StatA auf individuelle Anfragen hin, die das Amt per Brief, E-Mail oder Telefon erhält (rund 800 pro Jahr), zahlreiche Ergebnisse und spezifische Auswertungen von statistischen Daten.

#### 7.1.4 Beratung

Das Amt für Statistik unterstützt die Dienststellen der Kantonsverwaltung im Rahmen von statistischen oder mathematischen Aufgaben.

### 7.2 Besondere Projekte und Ereignisse

Das StatA nimmt am Projekt zur Harmonisierung der Schulverwaltungsinformationssysteme (HAE) unter der Leitung der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport EKSD teil. Es achtet darauf, dass die Bedürfnisse der Bundesstatistik integriert werden, und stellt die im Rahmen der Schülerzählung gesammelten Daten zur Verfügung, um eine Ausgangsbasis für die neue Referenzdatenbank des Systems zu erstellen.

Am 6. Oktober 2014 wurde an einer Veranstaltung im Rahmen der Freiburger Messe der Übergang zu 300 000 Einwohnerinnen und Einwohner gefeiert.

## 7.3 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Dienstchef des Amtes für Statistik ist Mitglied des Vorstands der Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz (KORSTAT). Das Amt für Statistik ist zudem Mitglied der *Conférence des offices statistiques romands et tessinois* (CORT) und des REGIOSTAT-Ausschusses, dem Organ zur Förderung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den regionalen statistischen Ämtern und dem Bund. Als Vertreter der Kantone nimmt es an verschiedenen Arbeitsgruppen teil, die sich mit neuen Projekten oder Reformen auf dem Gebiet der Bundesstatistik befassen.

Wie zahlreiche Bundesämter und die Mehrheit der statistischen Ämter der Kantone und Städte ist das StatA Mitunterzeichner der Charta der öffentlichen Statistik der Schweiz, die vom Verhaltenskodex der Europäischen Statistik inspiriert ist. Es ist somit verpflichtet, die Prinzipien dieser Charta zu befolgen, und hat sich bereit erklärt, an einem Programm zur Bewertung der Einhaltung der Prinzipien teilzunehmen, das von den Mitunterzeichnern gegenwärtig ausgearbeitet wird.

# 8 Wohnungsamt (WA)

Verantwortlicher: Marcel Godel

## 8.1 Tätigkeit

### 8.1.1 Wohnungsmarkt

Am 1. Juni 2014 zählte der Kanton Freiburg 1070 Leerwohnungen, das sind 187 mehr als im Vorjahr. Damit nahm die Leerwohnungsziffer im Berichtsjahr von 0,66 % im Jahr 2013 auf 0,78 % des kantonalen Gesamtwohnungsbestandes zu. Dank dem Bau neuer Wohnungen konnte die zunehmende Nachfrage, die auf das starke Bevölkerungswachstum im Kanton Freiburg zurückzuführen ist, teilweise gedeckt werden.

Je nach Bezirk fällt die Leerwohnungsziffer sehr unterschiedlich aus. Sie sieht wie folgt aus:

	2013	2014
Saane	0,88 %	0,67 %
Glane	0,54 %	0,77 %
Greyerz	0,44 %	0,59 %
Broye	0,58 %	1,00 %
Vivisbach	0,50 %	0,54 %
Sense	0,63 %	0,99 %
See	0,53 %	1,08 %

Aufteilung der Leerwohnungen nach Kategorie:

	2013	2014
1- und 2-Zimmer	29 %	24 %
3-Zimmer	28 %	32 %
4-Zimmer	27 %	28 %
5-Zimmer und mehr	16 %	16 %

Zudem sind im Berichtsjahr 81 % (82 % im Jahr 2013) aller leer stehenden Wohnungen zu vermieten und 19 % (18 % im Jahr 2013) zu verkaufen.

### 8.1.2 Mietzinsverbilligung durch die öffentliche Hand

In Ausführung des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes vom 4. Oktober 1974 (WEG) und des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung erfüllt das Amt insbesondere zwei Aufgaben:

- > Mieterwechsel (etwa 1000 pro Jahr) und Auszahlung der Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Anspruchsberechtigten. Im Jahr 2014 beliefen sich die kantonalen Beiträge zur Senkung der Mietzinse auf 4 503 425 Franken (4 555 677 Franken im Jahr 2013) und die der Gemeinden auf 2 011 953 Franken (2 042 424 Franken im Jahr 2013);
- > Kontrolle der persönlichen und finanziellen Lage der Bezügerinnen und Bezüger von Leistungen des Bundes und des Kantons für 3345 Wohnungen im Jahr 2014 (3489 Wohnungen im Jahr 2013). Aufgrund dieser Kontrollen wurden einige Beiträge gekürzt oder gestrichen.

Das Wohnungsamt hat 2010 seine neue Software zur Verwaltung der Wohnraumförderung in Betrieb genommen. Im Laufe des Jahres 2014 wurde diese Software weiter angepasst.

### 8.1.3 Kontrolle der gewährten Beiträge

Bei Gebäuden, die aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom 30. Juni 1942 betreffend Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot und zur Förderung des Wohnungsbaus, des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1947 über Massnahmen zur Förderung der Wohnbautätigkeit und der verschiedenen Gesetze zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten erstellt wurden, sind die Eigentümer verpflichtet, die staatlichen Beiträge zurückzuzahlen, falls sie beim Verkauf ihrer Liegenschaft einen Gewinn erzielen. 2014 gab ein Liegenschaftsverkauf Anlass zur Rückerstattung von Subventionen. Der Gesamtbetrag dieser Rückerstattung belief sich auf 6505 Franken im Jahr 2014 (32 100 Franken im Jahr 2013). Die Anteile des Bundes und der betroffenen Gemeinden wurden zurückbezahlt. Ausserdem wurden verschiedene Verkäufe bewilligt, bei denen keine Subventionsrückzahlung notwendig war, da die Eigentümer ihre Liegenschaft zu den Gestehungskosten verkauften.

### 8.1.4 Baulandreserven

Im Jahr 2014 wurden keine Gesuche um Staatsgarantien für Baulandreserven gemäss Dekret vom 11. Mai 1977 betreffend Baulandreserven von Immobiliengesellschaften gestellt.

### 8.1.5 Verkauf von Grundstücken an Ausländer

Gemäss Artikel 25 des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung werden die Mietzinse der Liegenschaften, die im Besitz von Personen im Ausland sind, durch das Wohnungsamt festgelegt. 2014 wurde dem Amt kein Gesuch um Bewilligung oder Aufhebung von Abgaben gestellt.

### 8.1.6 Kantonale Wohnungskommission

Aufgaben der kantonalen Wohnungskommission sind vor allem die Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Überwachung der Mietzinse und die Förderung von Initiativen, mit denen Wohnraum zu günstigen Mietzinsen oder Kaufpreisen angeboten werden kann. Diesbezüglich koordiniert sie Studien zur Ausarbeitung einer neuen Wohnungspolitik des Kantons. Die Kommission hielt im Berichtsjahr zwei Sitzungen ab, die am 2. April 2014 und am 3. November 2014 stattfanden.

## 8.2 Interkantonale Zusammenarbeit

Die Wohnungsämter der französisch- und italienischsprachigen Schweiz organisieren jährlich eine interkantonale Zusammenkunft für einen Meinungsaustausch mit dem Bundesamt für Wohnungswesen. Dieses Treffen, das dieses Jahr am 13. und 14. November 2014 in Freiburg stattfand, wurde vom Wohnungsamt in Zusammenarbeit mit dem Freiburgischen Tourismusverband organisiert.

## 8.3 Streitfälle

Drei Beschwerden wurden Ende 2014 bei der Volkswirtschaftsdirektion eingereicht. Alle betrafen die Mietzinsverbilligung gestützt auf das Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz des Bundes vom 4. Oktober 1974

(WEG) und das kantonale Gesetz vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung. Die Volkswirtschaftsdirektion hat im Berichtsjahr sieben Entscheide im Bereich der Mietzinsverbilligung getroffen.

## 9 Amt für Berufsbildung (BBA)

Dienstchef: Christophe Nydegger

### 9.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Amt registrierte eine neue Zunahme der Lernenden sowie der Schülerinnen und Schüler um 66 Personen, sodass die gesamte Zahl der Personen, die im Kanton eine Berufsbildung absolvieren, auf 9351 Personen angestiegen ist. Die folgende Aufstellung bietet einen Überblick über die Resultate der Lehrstellenförderung, die erteilten Bildungsbewilligungen und die Lehrbetriebe, die zurzeit Lernende ausbilden:

	2013	2014	Entwicklung
Neu gewährte Bildungsbewilligungen	200	209	+4.5 %
Unternehmen mit erster Bildungsbewilligung	112	123	+9.8 %
Unternehmen mit zusätzlichen Bildungsbewilligungen	80	86	+7.5 %

Die Verordnungen über die berufliche Grundbildung von 25 Berufen sind im Berichtsjahr in Kraft getreten, 7 davon für zweijährige Lehren, die zum eidgenössischen Berufsattest (EBA) führen, und 18 für drei- und vierjährige Lehren, die zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) führen. Das Amt hat zu allen Verordnungen Stellung genommen, insbesondere um die finanziellen Auswirkungen für den Staat und die Unternehmen in Schranken zu halten.

Die Partner des Amts können sich seit 2007 über einen *Newsletter* regelmässig informieren lassen. Im Jahr 2014 wurden drei Newsletter an rund 4500 Akteure der Berufsbildung auf kantonaler und nationaler Ebene versandt. Die *Newsletter* ermöglichen es, die Partner direkt zu kontaktieren, sie auf zahlreiche Bildungsthemen aufmerksam zu machen und die Informationen mit dynamischen Links auf entsprechende Websites zu versehen.

Für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner in Lehrbetrieben wurden 26 Kurse, drei davon am Abend, organisiert. Die Kurse fanden im Interprofessionellen Weiterbildungszentrum (IWZ) in Granges-Paccot und an der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsfachschule (EPAC) in Bulle statt. 550 Personen, von denen ein Fünftel aus dem deutschsprachigen Kantonsteil kommt, haben ihren Ausweis als Berufsbildnerin oder Berufsbildner erhalten, nachdem sie die vorgeschriebenen 40 Unterrichtseinheiten absolviert haben. Der Kanton hat der *Association fribourgeoise des entreprises de menuiserie, ébénisterie, charpenterie et fabriques de meubles* eine Anerkennung als Bildungsanbieter für ihre Ausbildung als *Spécialiste de fabrication* erteilt. Ende 2014 hat das Amt die Kursverwaltungssoftware des IWZ übernommen, um sie für seinen Bildungsgang zu verwenden und geeignete Verwaltungsdienstleistungen anzubieten.

Der Kanton Freiburg ist offizielles Mitglied am Austauschprogramm Eurodyssée der Versammlung der Regionen Europas. Darüber hinaus wird den Lernenden der Berufsfachschule | Technik und Kunst | Freiburg (EMF) das Programm «erasmus+ Übergangslösung Leonardo da Vinci» mit Unterstützung der ch Stiftung angeboten. Die EMF trägt diese beiden Projekte.

Das Sprachunterrichtssystem «Campus Tell-Me-More®» für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II konnte seinen Nutzen während der dreijährigen Pilotphase nicht unter Beweis stellen und wurde deshalb nicht fortgesetzt.

Im Bereich der Förderung der Berufsbildung stand das Jahr 2014 im Zeichen des zehnjährigen Jubiläums des Bundesgesetzes über die Berufsbildung. Der Bund und die Kantone haben die Gelegenheit genutzt, um vermehrt über die Vorteile unseres dualen Bildungssystems zu informieren. Zahlreiche Veranstaltungen wurden in diesem Rahmen organisiert – unter anderem auch durch die Berufsverbände. Diese Veranstaltungsreihe fand im September ihren Höhepunkt mit der Organisation der ersten Schweizer Berufsmeisterschaften in Bern unter der Bezeichnung SwissSkills 2014. Die Meisterschaften von 70 Berufen wurden erstmals an einem gemeinsamen Event ausgetragen.



---

Der Kanton Freiburg war mit einem 38-köpfigen Team aus 16 Berufen vertreten. Unter den rund 1000 jungen Teilnehmenden haben 6 Freiburgerinnen und Freiburger eine Medaille gewonnen, darunter eine Goldmedaille im Laborantenberuf (eine Schülerin der GIBS) und eine Goldmedaille im Automobil-Mechatronikerberuf (ein Schüler der EPAC). Die Veranstaltung, die fünf Tage dauerte, zählte über 155 000 Besucherinnen und Besucher. Diese Berufsmeisterschaften waren bisher in der Deutschschweiz bekannter als in der Westschweiz. Deshalb hat das Amt kurz vor den SwissSkills 2014 eine Unterstützungsveranstaltung für die Freiburger Wettkämpferinnen und Wettkämpfer durchgeführt. So konnten die Berufsmeisterschaften und die ausgezeichneten Fähigkeiten unserer jungen Berufsleute bekannt gemacht werden.

Am 14. Mai 2014 fand der interkantonale Tag der Berufsbildung statt. Diese Veranstaltung ist inzwischen im Kanton und auch in der ganzen Schweiz sehr bekannt. Sie findet in den meisten Kantonen statt. An diesem Tag haben 20 Unternehmen 40 freie Lehrstellen in 21 verschiedenen Berufen gemeldet.

Nach Abschluss der Einführungsphase ist das Case Management Berufsbildung (CMBB) in die vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) definierte Konsolidierungsphase getreten. Die Konsolidierungsphase für die Jahre 2012-2015 zielt darauf ab, das Case Management Berufsbildung dauerhaft in den kantonalen Strukturen zur Begleitung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten zu verankern. Das CMBB hat die ersten drei Etappen, das heisst die der Jahre 2012, 2013 und 2014 bereits erfolgreich abgeschlossen.

Die Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung (KJS) hat Mitte Juli eine Studie veröffentlicht, die sie dem Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Freiburg in Auftrag gegeben hatte. Diese Studie hatte zum Ziel, die Unterstützung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung hinsichtlich ihrer Umsetzung und Organisation zu beurteilen, damit die Betreuung der Jugendlichen optimiert werden kann.

Gestützt auf die ersten Empfehlungen dieser Studie hat das Amt beschlossen, die Stelle der neuen Case Managerin, die ihre Tätigkeit am 1. März 2014 aufgenommen hat, bei der Plattform Jugendliche statt wie bisher im Amt anzusiedeln. Diese Versetzung ermöglicht einen besseren Informationsaustausch zwischen der Case Managerin Berufsbildung und der Plattform Jugendliche.

Die Berufsbildungskommission hielt zwei Sitzungen ab. Sie behandelte Themen in Verbindung mit der beruflichen Grundbildung, der höheren Berufsbildung und der berufsorientierten Weiterbildung. Sie ernannte neue Mitglieder der Lehraufsichtskommissionen, die an die Stelle von zurückgetretenen Mitgliedern traten, und bemühte sich dabei um eine ausgeglichene Vertretung. Die Kommission genehmigte die Jahresrechnung und verabschiedete den Voranschlag des Interprofessionellen Weiterbildungszentrums (IWZ). Sie gab ausserdem Lohnempfehlungen für die Lernenden ab und nahm Stellung zur Berufsbildungspolitik.

## **9.2 Besondere Ereignisse**

### **9.2.1 Validierung von Bildungsleistungen (VAB)**

Beim EFZ als Logistikerin oder Logistiker haben 13 Kandidatinnen und Kandidaten von den 50 Personen, die an der Informationssitzung vom 7. Oktober 2013 teilgenommen haben, das Validierungsverfahren aufgenommen. Vier davon kommen aus dem Kanton Waadt. Alle Kandidatinnen und Kandidaten haben die 1. Phase (Gespräch und Beratung) und 2. Phase (Aufstellen des persönlichen Dossiers) zwischen Dezember 2013 und September 2014 abgeschlossen. Fünf Personen, die bereits über eine Erstausbildung verfügten, wurden vom allgemeinbildenden Teil dispensiert. Die Phase der Dossierbeurteilung wird im Januar 2015 abgeschlossen. Darüber hinaus konnten in Zusammenarbeit mit den Kantonen Neuenburg und Jura fünf weiteren Personen im Kanton Freiburg die Beurteilungsphase durchlaufen. Die ergänzende Bildung wird Anfang 2015 vom Ausbildungszentrum in Logistik (CFL) Marly und von den Berufsbildungszentren unseres Kantons (EPAC, ESSG) angeboten.

Für den Beruf der Fachpersonen Betreuung EFZ (FaBe) haben 8 Kandidatinnen und Kandidaten Ende Dezember 2013 eine Kompetenzenbilanzierung eingereicht. Daraufhin haben zwei der Kandidatinnen und Kandidaten ein EFZ ohne ergänzende Bildung erhalten. Die anderen werden an der Berufsfachschule Soziales-Gesundheit (ESSG) und bei der OrTra Gesundheit und Soziales Freiburg die ergänzenden Module besuchen, die sie benötigen, um das EFZ zu erlangen. Eine zweite Validierungsrunde ist bereits am 10. März 2014 mit einer Informationssitzung angelaufen. 18



Personen haben sich für diesen Qualifizierungsweg entschieden. Sie haben Zeit bis am 27. März 2015, um den Expertinnen und Experten ihre Bilanz zur Beurteilung vorzulegen.

Beim Beruf der Fachpersonen Gesundheit EFZ (FaGe) wurden im Mai 2014 die Resultate der 35 Kandidatinnen und Kandidaten der 2. Validierungsrunde veröffentlicht. 4 Kandidatinnen und Kandidaten haben einen EFZ ohne ergänzende Bildung erhalten, die anderen besuchen die von den Experten festgelegten ergänzenden Bildungsmodule an der Berufsfachschule Soziales-Gesundheit (ESSG). 8 Kandidatinnen und Kandidaten der ersten Validierungsrunde, die 2011 lanciert wurde, haben ebenfalls das EFZ erhalten.

### 9.2.2 Neue Schulräume der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsfachschule (EPAC)

Die Mitglieder der Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrums (VKBZ) hatten an ihrer Versammlung vom 5. Juli 2013 die Einrichtung von fünf zusätzlichen Klassenzimmern bei der EPAC genehmigt. 2 neue, mit leistungsfähigen pädagogischen Mitteln ausgestattete Informatikräume konnten der EPAC auf den Schulanfang 2014 zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeiten an den drei anderen Schulräumen werden im Januar 2015 beginnen.

### 9.2.3 Berufsfachschule | Technik und Kunst | Freiburg (EMF)

Im Sommer 2014 wurden die Räume vom Arsenal an den neuen Standort an der Route des Daillettes 6 gezügelt. Diese Räumlichkeiten werden zurzeit nur für die Industriephase der Ausbildungen in der Sektion  $\text{ergon}^{\text{EMF}}$  – Industrietechnologien – benutzt. Langfristig wird auch die Industriephase der Sektion  $\text{logus}^{\text{EMF}}$  – Informatik und Informationstechnologien – dort stattfinden.

## 9.3 Ausbildung

### 9.3.1 Berufliche Grundbildung und Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung

Die folgende Tabelle bietet einen Überblick über die Zahl der Lernenden und die Zahl der Fähigkeitszeugnisse und Ausweise, die im Kanton ausgestellt wurden:

	Personen in Ausbildung		Fähigkeitszeugnisse und Ausweise	
	2013	2014	2013	2014
Berufsmaturität BMS 2	367	359	522	525
Lehre (mit lehrbegleitender Berufsmaturität)	8 006	7 992	2061	2184
Hörer	280	300	109	122
Praxisausbildung	7	4	5	2
Anlehre	39	20	39	18
Vorlehre	51	86		
Vorkurs (SEMO)	322	368		
Integrationskurs	215	222		
<b>Total</b>	<b>9 285</b>	<b>9 351</b>	<b>2 736</b>	<b>2 851</b>

Für 2014 liegt die Erfolgsquote bei 90,5 %, (90,8 % im Jahr 2013).

1529 Freiburger Lernende besuchen den Berufsschulunterricht in einem anderen Kanton, davon 142 an einer Lehrwerkstätte.

Das Amt und die Berufsbildungszentren bilden selber 25 Lernende aus.

### 9.3.2 Beruflicher Unterricht

Der berufliche Unterricht wird von den folgenden Berufsbildungszentren sichergestellt, die auch 251 Lernende aus anderen Kantonen ausbilden. Die untenstehende Tabelle gibt Aufschluss über die Schülerbestände dieser Zentren.

Bildungszentren	Personen in Ausbildung		Total
	Französisch	Deutsch	

Bildungszentren	Personen in Ausbildung		Total
Gewerbliche und Industrielle Berufsfachschule (GIBS)	2 676	747	3 423
Kaufmännische Berufsfachschule (KBS)	790	384	1 174
Berufsfachschule   Technik und Kunst   Freiburg (EMF)	528	62	590
Gewerbliche und Kaufmännische Berufsfachschule (EPAC)	1 129	-	1 129
Berufsfachschule Soziales-Gesundheit (ESSG)	449	67	516
Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg (LIG)	380	27	407
Polybau	141	-	141
Diverse	396	46	442
<b>Total</b>	<b>6 489</b>	<b>1 333</b>	<b>7 822</b>

Die GIBS konnte eine deutschsprachige lehrbegleitende Berufsmaturitätsklasse im ersten Jahr eröffnen. Darüber hinaus eröffnete sie fünf Klassen (2013 waren es noch vier) für die gesundheitlich-soziale Berufsmaturität nach Lehrabschluss. Von diesen sind drei Klassen französischsprachig und zwei Klassen deutschsprachig. Eine Klasse für «Bekleidungsnaher/innen EBA» wurde für den Berufsschulunterricht an der GIBS geschaffen. Die Brückenangebote weisen erneut zunehmende Teilnehmerzahlen auf, dies insbesondere bei den Vorbereitungskursen und den Integrationskursen. Immer mehr Jugendliche werden auf eine Warteliste gesetzt. Ende Juni hat das Couture-Lehratelier Freiburg anlässlich seines 20-jährigen Jubiläums verschiedene kreative Aktivitäten angeboten. Nach der Pensionierung dreier Abteilungsleiterinnen und -leiter haben ihre Nachfolgerinnen und Nachfolger im September 2014 ihre Tätigkeit aufgenommen. Auch die Stelle des kantonalen Verantwortlichen für den allgemeinbildenden Unterricht wurde neu besetzt.

Im Jahr 2014 hat der erste Jahrgang von Assistentinnen und Assistenten Gesundheit und Soziales (EBA) des Kantons Freiburg den eidgenössischen Berufsattest (EBA) erlangt. Es handelt sich dabei um eine neue Ausbildung, die an der ESSG erteilt wird und die den Akzent auf den praktischen Teil des Berufs legt. Sie richtet sich an Lernende, die Mühe haben, die dreijährige Ausbildung zum EFZ zu absolvieren.

Die ESSG engagiert sich wie die anderen Berufsbildungszentren für die Begleitung von Personen, die während der Berufsbildung Massnahmen zur besonderen Förderung benötigen. In den vergangenen Jahren handelte es sich dabei um Fälle von Legasthenie, Dyskalkulie und Schwerhörigkeit. Die bemerkenswerte Geschichte einer FaGe-Lernenden, die als Legasthenikerin 2014 ihren EFZ erlangte, wurde übrigens im Film «Empreintes de Dyslexies» dokumentiert.

Mit der Unterstützung der kantonalen Kommission für die Prävention und Bekämpfung von Überschuldung und Spielsucht hat die Forschungsgruppe im Bereich Jugendgesundheit eine Umfrage mit dem Titel «generationFRee» bei rund 8000 Schülerinnen und Schülern auf der Sekundarstufe II des Kantons Freiburg gestartet. Die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler an den Freiburger Berufsfachschulen wurde in der Umfrage eingeschlossen, die während vier Jahren wiederholt wird. Die Resultate der Umfrage sollten es ermöglichen, das Ausmass der Problematik von Geldspielen bei den Jugendlichen besser zu kennen und so Präventionsstrategien für die betroffenen Personen auszuarbeiten.

### 9.3.3 Überbetriebliche Kurse

Im Schuljahr 2013-2014 besuchten 3809 Lernende die überbetrieblichen Kurse im Kanton und 1924 ausserhalb des Kantons. 94 Lernende besuchen diese Kurse direkt in ihrem Bildungsbetrieb.

### 9.3.4 Höhere Berufsbildung und berufsorientierte Weiterbildung

Das Interprofessionelle Weiterbildungszentrum (IWZ) registrierte 3832 Anmeldungen für 480 Kurse, die im Jahr 2014 organisiert wurden. Im IWZ haben ausserdem 364 Personen in 6 Bildungsgängen eine Ausbildung zur Erlangung eines höheren Berufsbildungsabschlusses besucht. Insgesamt 197 Ausbilderinnen und Ausbilder haben mit dem IWZ für durchschnittlich 132 Ausbildungsperioden pro Ausbilderin oder Ausbilder zusammengearbeitet, wobei die Zufriedenheitsquote gemäss der Bewertung durch die Teilnehmenden bei 98 % liegt.

---

Mit einem Betriebsbudget von 3 724 661 Franken realisierte das IWZ im Jahr 2013 einen Betriebsverlust von 175 064 Franken infolge einer Abnahme der durchschnittlichen Teilnehmerzahl in der höheren Berufsbildung.

### 9.3.5 Gewerbebibliothek (GIBS) und Zentrum für pädagogische Bezugsquellen (EPAC)

Die Gewerbebibliothek registrierte im Jahr 2014 etwa 15 000 Besucherinnen und Besucher (etwa 200 Schulklassen – davon 79 mit Erklärungen zur Benutzung des Katalogs und Vorführung der anderen Ressourcen –, Einzelbenutzer für persönliche Arbeiten, Lesen und Internet). Die Bibliothekarinnen und Bibliothekare haben 1573 neue Titel angeschafft und 6441 Werke ausgeliehen. Die Zahl der registrierten Leserinnen und Leser beläuft sich auf 11 419 (697 Neuanmeldungen im Jahr 2014). Im Jahr 2014 wurden verschiedene Projekte realisiert, wie etwa die Veröffentlichung des Online-Bibliothekskatalogs und die Fernverwaltung des Leserkontos. Ausserdem gibt es neu auch die Möglichkeit einer einfachen Stichwortsuche auf Deutsch und Französisch.

Die Bibliothek der EPAC erwarb 355 neue Titel und lieh 2761 Werke aus. 5430 Personen besuchten die Bibliothek (persönliche Arbeiten, Lesen, Internet, Schulmaterial, Klassenbesuche). 2479 Leserinnen und Leser sind heute registriert, im Jahre 2014 haben sich damit 182 Personen neu angemeldet.

## 10 Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)

---

Generaldirektor: Jean-Etienne Berset

### 10.1 Tätigkeit der FHF-TW

Das erste wichtige Ereignis des Jahres liess nicht lange auf sich warten, denn am 9. Februar 2014 bewilligte das Freiburger Stimmvolk mit 73.3 % Ja-Stimmen einen Baukredit für ein neues Gebäude, das ab dem Studienjahr 2017/2018 die Hochschule für Gesundheit und die Hochschule für Soziale Arbeit beherbergen wird. Zur Erinnerung: Diese beiden Hochschulen werden mit Inkrafttreten des HES-SO//FRG am 1. Januar 2015 von der EKSD an die VWD übergehen.

Am 9. Februar wurde ausserdem die Masseneinwanderungsinitiative vom Schweizer Stimmvolk angenommen, was sich ebenfalls auf die Neuigkeiten im Hochschulbereich auswirkte, da die Europäische Union die Teilnahme von Schweizer Forscherinnen und Forschern am Programm Horizon 2020 bis auf Weiteres einstellte, nachdem das Programm in der Schweiz erst Mitte Januar 2014 offiziell lanciert worden war. In der Zwischenzeit sehen die Aussichten wieder etwas weniger düster aus, da eine teilweise Einigung über eine reduzierte und zeitlich begrenzte Teilnahme der Schweiz gefunden werden konnte.

Als Teilschulen der HES-SO haben die FHF-TW und die beiden anderen Hochschulen der HES-SO//FR am 9. Oktober 2014 die Rektorin der HES-SO zu einem Einzelbesuch empfangen. Davor, nämlich am 26. Juni, hat das gesamte Personal des HES-SO-Hauptsitzes die HES-SO//FR besucht, um die vier Freiburger Hochschulen besser kennen zu lernen und eine interne Sitzung abzuhalten. Am 3. September hat ausserdem der stellvertretende Rektor und Qualitätsverantwortliche der HES-SO an der HTA-FR eine Sitzung mit den Qualitätsverantwortlichen und Vertretern der folgenden vier kantonalen/regionalen Hochschulen abgehalten: HE-Arc, HES-SO//FR, HES-SO//GE, HES-SO//VS.

Auch wenn sie nicht zur FHF-TW gehört, soll dennoch erwähnt werden, dass die Hochschule für Gesundheit am 15. September einen neuen Studiengang eröffnet hat. Es handelt sich um den Studiengang in Osteopathie, der in Freiburg für die ganze Schweiz in zweisprachiger Form angeboten wird. Dieser Studiengang, der keinen berufsqualifizierenden Bachelor beinhaltet, wird direkt mit einem Master abgeschlossen. Die Studierendenzahl für diesen Studiengang ist auf 30 Personen pro Studienjahr begrenzt.

---

Doch das wichtigste Ereignis des Jahres 2014 ist ganz ohne Zweifel die einstimmige Verabschiedung des Gesetzes über die Fachhochschule Westschweiz //Freiburg (HES-SO//FRG) durch den Grossen Rat am 15. Mai. Dieses Gesetz ist das Resultat elfjähriger Anstrengungen, wobei aufgrund der Entwicklung des Hochschuldossiers auf nationaler und interkantonaler Ebene auf dem Weg zum Ziel zahlreiche Hürden genommen werden mussten. Dieses Gesetz gibt den vier Freiburger Hochschulen auf FH-Stufe ein gemeinsames rechtliches Gewand und ersetzt die drei Gesetze, die für die Schulen bis am 31. 12. 2014 gelten. Die Verabschiedung dieses Gesetzes führt zu einer ganzen Reihe von Massnahmen, von denen die ersten und wichtigsten bereits vom Direktionsausschuss der HES-SO//FR getroffen wurden.

Das HES-SO//FRG schreibt die Errichtung eines Repräsentativrats des Personals und der Studierenden der HES-SO//FR vor (Art. 28 bis 30), dessen Mitglieder von ihresgleichen gewählt werden. Mit den Wahlen, die vom 24. bis 28. November stattfanden, konnte der Repräsentativrat errichtet und die gesetzlich vorgesehenen 16 Mitglieder ernannt werden.

Ebenfalls in Ausarbeitung sind drei Reglementsentwürfe, die für den Betrieb der HES-SO//FR sehr wichtig sind und vom Staatsrat genehmigt werden müssen. Falls die Planung eingehalten wird, werden sie dem Staatsrat vor der Sommerpause 2015 vorgelegt. Die Reglemente betreffen das Personal, die Organisation und das finanzielle Verhältnis der HES-SO//FR zum Staat Freiburg.

Zum Schluss ist zu erwähnen, dass dieser Teil des Tätigkeitsberichts der VWD für das Jahr 2015 unter dem Titel «Fachhochschule Westschweiz //Freiburg (HES-SO//FR)» zu finden sein wird. Im Übrigen hat der Schulrat der FHF-TW unter dem Vorsitz des Staatsrats und Volkswirtschaftsdirektors seine letzte Sitzung am 11. Dezember abgehalten. Mit Inkrafttreten des HES-SO//FRG am 1. Januar 2015 wird nämlich das Gesetz über die Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft aufgehoben. Unter dem HES-SO//FRG wird ein Schulrat der HES-SO//FR errichtet, der gewissermassen die Nachfolge des bisherigen Schulrats der FHF-TW antreten wird.

## **10.2 Tätigkeit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR)**

### **10.2.1 Mitwirkung der HTA-FR am Innovationsquartier blueFACTORY**

#### **10.2.1.1 INNOSQUARE**

Seit August 2014 arbeiten die beiden Institute ISIS und iPrint der HTA-FR im Rahmen der Kompetenzzentren von INNOSQUARE mit ihren strategischen Industriepartnern am Standort von blueFACTORY zusammen. Im Dezember 2014 hat der Grosse Rat beschlossen, das Projekt INNOSQUARE mit einem A-fonds-perdu-Beitrag zu unterstützen. Dieser Beitrag wird es erlauben, Cluster in den Bereichen IT, Kunststofftechnologie, Energie & Gebäude sowie FOOD aufzustellen, den Fortbestand der Kompetenzzentren zu sichern sowie ein Labor für Prototyping, Prüfung und Validierung zu finanzieren.

Dank INNOSQUARE werden die Studierenden einen Beitrag an die Innovationsfähigkeit der Partnerunternehmen leisten können. Sie werden die Möglichkeit erhalten, ihre Bachelor- und Masterarbeiten in diesem Umfeld zu realisieren.

#### **10.2.1.2 Smart Living Lab (SLL)**

Das Smart Living Lab begann seine Tätigkeit im September mit dem Transfer des Teams «BUILD» der ETH Lausanne in die Räumlichkeiten der HTA-FR an der Route de la Fonderie 8.

Das erste gemeinsame Projekt der drei Partnerinstitutionen des Smart Living Lab war die Teilnahme von Studierenden und Dozierenden an einem Workshop zur Vorbereitung der Teilnahme an der nächsten Ausgabe des Solar Decathlon. Dieser Workshop bestand aus einem Besuch des Solar Decathlon in Versailles und zweier Projektwochen in der Schweiz.

#### **10.2.1.3 BCC**

Im Juli 2014 hat die Kommission für Wirtschaftsförderungsmassnahmen (NRP) ihre Einwilligung zur Unterstützung des Projekts BioFactory Competence Center gegeben. Die HTA-FR wurde beauftragt, eine AG zu gründen, die Schulungen, Dienstleistungen und die Herstellung von Wirkstoffen im Biopharma-Bereich anbieten soll. Der Grosse

---

Rat hat diesem Projekt mit der Gewährung eines Kredits und einer Bürgschaft ebenfalls seine Unterstützung zugesichert.

### 10.2.2 Bereitstellung zusätzlicher Flächen für Lehre und Forschung

Angesichts des Bedarfs an zusätzlicher Fläche trafen sich die Direktion der HTA-FR und das Hochbauamt, damit die Planungsarbeiten zur Erweiterung des Standorts am Boulevard de Pérolles 80 starten und eine Übergangslösung (Container oder andere Provisorien) an diesem Standort gefunden werden können.

### 10.2.3 Investitionsprogramm für die Erneuerung der technischen Geräte und Anlagen der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg

Die Vergabekommission hielt 2014 acht Sitzungen ab. Sie hat Zuschläge für einen Betrag von 2 798 381 Franken erteilt. Eine Kreditübertragung von 554 086 Franken musste angekündigt werden, da gewisse Investitionsvorhaben aus verschiedenen Gründen in Verzug geraten waren.

Die Beträge für die Sanierung des Lüftungssystems der Abteilung Chemie mussten ebenfalls übertragen werden, da dieses Vorhaben mit den Erweiterungsplänen des Standorts Pérolles 80 kollidiert.

### 10.2.4 Positionierung im Bereich Ingenieurwesen und Architektur der HES-SO

Der Bereich Ingenieurwesen und Architektur muss den Nachweis erbringen, dass er fähig ist, sein Bildungsangebot zu leiten. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeiten zurzeit die Studiengänge des Zentrums für Informations- und Kommunikationstechnologien (TIC) ein gemeinsames Studiengangmodell für die gesamte HES-SO aus. Es gilt, ein kohärentes Angebot aufzustellen, in dem die Standorte durch Spezialisierungen herausstechen, die einerseits in Verbindung mit ihren Kompetenzen insbesondere in der Forschung stehen und andererseits die bestehende technische Ausrüstung berücksichtigen. Dieses Projekt des Zentrums TIC ist von grösster Bedeutung, denn es wird als Vorlage für die anderen Zentren dienen. Diese sind: TIN (Industrielle Technologien), CEN (Bau und Umwelt) und C&LS (Chemie und Life Sciences) der HES-SO.

### 10.2.5 Unterricht

Die Zahl der in den Bachelor-Studiengängen der HTA-FR immatrikulierten Studierenden ist zwischen 2013 und 2014 um knapp 8 % angestiegen. Dies bestätigt, dass die zahlreichen Rekrutierungsaktionen der letzten Jahre erfolgreich sind. Diese Zunahme der Studierendenbestände ist erfreulich angesichts des MINT-Fachkräftemangels (MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik).

Die 7 Bachelor-Studiengänge der HTA-FR und der Studiengang der Bautechnischen Schule (BTS) aktualisieren laufend ihr Ausbildungsprogramm und beteiligen sich an der Revision ihres Rahmenlehrplans. Im Studiengang Architektur wurde so auf den Herbst 2014 das dritte Jahr des Bachelor-Programms eingeführt. Beim Studiengang Telekommunikation wurde das zweite Jahr der Vertiefung «Internet und Kommunikation» eingeführt. In den anderen Studiengängen wurden Anpassungen vorgenommen, um den Rückmeldungen unserer verschiedenen Partner Rechnung zu tragen.

### 10.2.6 Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

#### 10.2.6.1 Institute und strategische Projekte

Im Jahr 2014 hat die HTA-FR die Umstrukturierung ihrer angewandten Forschung gefestigt (Aufteilung in zehn neue Institute). Diese Institute wurden am Tag der Forschung vorgestellt, der grossen Erfolg hatte. Die globalen Resultate des Jahres zeigen sowohl in finanzieller als auch in qualitativer Hinsicht, dass diese Reform richtig war.

Besonders erwähnenswert ist auch die Ausarbeitung der Dossiers in Verbindung mit der Gründung von Technologieplattformen auf dem blueFACTORY-Gelände und deren Genehmigung durch den Grossen Rat.

#### 10.2.6.1.1 Smart Living Lab (SLL)

Mit dem Projekt Smart Living Lab soll im Herzen von blueFACTORY ein Arbeits- und Lebensraum geschaffen werden, der einen Vorgeschmack auf die Zukunft geben soll. Es wird ein interinstitutionelles und interdisziplinäres Kompetenzzentrum (EPFL, HTA-FR, UNIFR) im Bereich der innovativen Technologien und Konzepte im Hochbau

---

beherbergen. Mit dem SLL werden die Kompetenzen und Forschungskapazitäten der HTA-FR stark aufgewertet und zwar im Bereich der intelligenten Integration von innovativen Technologien und Prozessen im bewohnten Raum unter Berücksichtigung der Gewohnheiten und kulturellen Werte.

#### 10.2.6.1.2 BioFactory Competence Center (BCC)

Das BCC ist eine Technologieplattform mit einer Infrastruktur von der Art einer «Schulungsfabrik». Diese Schulungsfabrik verfügt über alle Anlagen einer biotechnologischen Fabrik. Auf diese Weise entspricht sie den Bedürfnissen und Anforderungen der Unternehmen im Bereich der Grundbildung, der Weiterbildung und der technologischen Beratung im Bereich der biotechnologischen und pharmazeutischen Produktion.

#### 10.2.6.1.3 INNOSQUARE

Mit der Niederlassung von Innosquare auf dem blueFACTORY-Gelände können die Kompetenzzentren und die Zusammenarbeits- und Entwicklungsprojekte im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften an einem Ort zusammengelegt werden. Zurzeit sind drei Zentren vorgesehen: «Robust and Safe Systems (ROSAS)», «Printing (PCC)» und «Plastics Innovation (PICC)». INNOSQUARE wird ferner die Clustermanagement-Einheit vom WTZ-FR übernehmen.

#### 10.2.6.2 Projekte, Veröffentlichungen und finanzielle Ergebnisse

Die Dozierenden der HTA-FR hielten rund hundert Vorträge an nationalen oder internationalen Konferenzen. 68 Artikel wurden in Fachzeitschriften und 39 in lokalen Medien publiziert. 35 wichtige Konferenzen wurden zu unterschiedlichen Themen organisiert. 237 Forschungsprojekte und 55 Dienstleistungen für Dritte wurden realisiert. Der in Rechnung gestellte Betrag beläuft sich auf 13,4 Millionen Franken. 78,7 % des Betrags wurde mit Forschungsprojekten und 21,3 % mit Dienstleistungen für Dritte erwirtschaftet. Die Finanzierung wird zu 50,4 % durch privates Fremdkapital, zu 24,7 % durch Eigenmittel (HES-SO) und zu 24,9 % durch öffentliches Fremdkapital (KTI, Stiftungen usw.) sichergestellt. Insgesamt 61 Dozierende (8 VZÄ) leiteten diese Aktivitäten und 231 wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (84,5 VZÄ) arbeiteten Voll- oder Teilzeit an den Projekten mit.

#### 10.2.7 Weiterbildung

Die HTA-FR steht ihren Partnern im Bereich Ingenieurwissenschaften und Architektur zu Diensten, dies insbesondere mit ihrem Angebot an zertifizierenden Ausbildungen vom Typ Certificate of Advanced Studies (CAS) mit 10 bis 12 ECTS (300 / 360 Arbeitsstunden für die Studierenden), die 6 bis 10 Monate dauern. Die HTA-FR ist auch an mehreren Ausbildungen vom Typ MAS (Master of Advanced Studies) beteiligt.

Im Jahr 2014 konnte die HTA-FR auf ein neues Bedürfnis eingehen, indem sie einen CAS in Eisenbahntechnologie anbot, der auf elektrische Anlagen ausgerichtet war. Das Bildungsangebot im Bereich der Eisenbahntechnologie ist jetzt gut ausgebaut, dies einerseits mit dem Start einer neuen Ausgabe der Weiterbildung in Eisenbahntechnologie – Fahrbahn und andererseits mit der Vorbereitung eines CAS in Eisenbahntechnologie – Sicherheitsanlagen, das im Herbst 2015 starten sollte.

Das Programm «Erneuerbare Energie und Energieeffizienz», das unsere Fachhochschule im Auftrag des Amts für Energie des Kantons Freiburg realisiert, hat uns geholfen, ein neues CAS in Energieanalyse von Gebäuden einzuführen, das Anfang 2015 starten wird.

#### 10.2.8 Nationale und internationale Zusammenarbeit

Diverse Vereinbarungen wurden mit den folgenden Hochschulen abgeschlossen oder erneuert:

University of Hawaiï, Cluj University, Poznan University, Leuven University, RWTH Aachen University, Ozyegin University, Iceland Academy of Arts, Ecole Nationale Supérieure d'Architecture de Grenoble, Ecole Nationale Supérieure d'Architecture de la Normandie in Rouen, ESIGETEL Paris, Limerick Institute of Technology.

Die Aktivitäten im Bereich der internationalen Zusammenarbeit in Zahlen:

- > 29 Studierende OUT (Deutschland, Kanada, Irland, Mexiko, USA, Indien, Tasmanien, Italien, Finnland usw.)
- > 41 Studierende IN (Libanon, Kanada, Frankreich, Belgien, Mexiko, Italien, Polen)



- 
- > 17 Studierende der University of Calgary kamen für den Besuch eines besonderen Programms in unsere Fachhochschule. Dieser Austausch erlaubt es uns, Studierende ohne Studiengebühren nach Calgary zu schicken.

### **10.3 Tätigkeit der Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR)**

Im Berichtsjahr ist die Zahl der Studierenden an den Bachelor- und Masterstudiengängen der HSW erneut angestiegen. Diese Entwicklung ist zwar erfreulich, verursacht aber einige logistische Probleme. Um diesen entgegenzuwirken, läuft zurzeit ein Projekt zur Renovation des Gebäudes. Im Rahmen dieses Projekts werden die ehemaligen Räumlichkeiten der Berufsfachschule Technik und Kunst angepasst und modernisiert, damit sie den Bedürfnissen der HTA-FR entsprechen.

Die HSW hat auch dieses Jahr zahlreiche Konferenzen und Veranstaltungen organisiert. Erwähnenswert ist beispielsweise der Business Event vom 3. April 2014 mit renommierten Rednern, die Einblicke in ihre Berufserfahrung gaben. Im Dezember empfing die HSW-FR verschiedene Gäste aus der Sportwelt zur Veranstaltung «Sports Create Entrepreneurs».

#### **10.3.1 Unterricht**

##### **10.3.1.1 Bachelor**

Seit der Einführung des Bologna-Systems hat die HSW-FR zum sechsten Mal Bachelordiplome «Bachelor of Science HES-SO in Betriebswirtschaft» verliehen. Mit diesem Titel wurden die Anstrengungen von 50 Studierenden belohnt. 32 Studierende haben eine berufsbegleitende Ausbildung besucht, die vier Jahre dauert, und 18 Studierende besuchten die dreijährige Vollzeitausbildung. Alle Studierenden besuchten einen zweisprachigen Studiengang auf Französisch und Deutsch und erhielten ein «zweisprachiges» Diplom, ein landesweit einzigartiges Angebot für diesen Ausbildungstyp. Ausserdem haben 9 Studierende eine dreisprachige Ausbildung auf Französisch, Deutsch und Englisch besucht.

##### **10.3.1.2 Master**

Seit Herbst 2008 ist es möglich, an der HSW-FR einen Masterstudiengang (2. Stufe des Bologna-Systems) zu besuchen. Der fünfte Jahrgang von Studierenden hat am 7. November 2014 den «Master of Science HES-SO in Business Administration, Major in Entrepreneurship (Innovation & Growth)», erhalten. Der von der HSW-FR angebotene Master ist auf Entrepreneurship und Innovation in den Unternehmen ausgerichtet. Das Programm wird als zweisprachiger oder dreisprachiger Ausbildungsgang angeboten und dauert vier Semester. Das Masterstudium erlaubt es, nebenbei einer Halbzeiterwerbstätigkeit nachzugehen. Die Ausrichtung auf Entrepreneurship ist im Übrigen sehr beliebt. Über dreissig Studierende haben sich auf Beginn des Studienjahres 2014 für diese Ausrichtung eingeschrieben. Dies bestätigt, dass diese Ausrichtung, die unter der Leitung der HSW-FR steht, einen bemerkenswerten Erfolg hat.

##### **10.3.1.3 Weiterbildung**

Im Jahr 2014 wurden die ersten Zertifikate des CAS in Supply Chain Management vergeben. Das CAS in Unternehmensführung und das CAS in Projektmanagement haben mit 38 Studierenden einen noch nie dagewesenen Erfolg. Die Zusammenarbeit im Rahmen der HES-SO wurde insbesondere mit der HEIG-VD (CAS in öffentlicher Verwaltung) und der HEG-Arc (Master in Marketing) konkretisiert. Zum sechsten Mal in Folge hatte auch die Summer School des EMBA einen grossen Erfolg mit 15 Teilnehmenden aus Mexiko. Ein vergleichbares Projekt für den EMBA in Vietnam wird zurzeit geprüft. Es könnte ab 2015 realisiert werden.

Seit sechs Jahren ist die HSW-FR ausserdem für die Schulung des Personals und der Kadermitarbeitenden der Freiburger Kantonsverwaltung verantwortlich. 2014 bestand diese Tätigkeit in der Organisation von rund fünfzehn Seminaren für Vorgesetzte, 65 Schulungsangeboten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und über 80 Informatik- und Sprach-Workshops. Über 1100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben an diesen Schulungen teilgenommen, die auf Französisch oder Deutsch angeboten wurden. Das Weiterbildungsprogramm des Kantons Freiburg wird in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation (POA) aufgestellt.



### 10.3.2 Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Die Tätigkeit der HSW-FR im Bereich aF&E konzentriert sich auf zwei Hauptbereiche: die Realisierung der Forschungsziele der HES-SO und der Wissenstransfer für unsere Unterrichtstätigkeit und unsere Dienstleistungen.

Im Jahr 2014 hat die HSW-FR zahlreiche Projekte lanciert und ihre Arbeit an verschiedenen laufenden Projekten fortgesetzt. Ende Jahr konnte ein SNF-Projekt über das Wirtschaftsumfeld und das Venture Capital in Rumänien erfolgreich abgeschlossen werden.

Das Institut Entrepreneurship & KMU hat ferner namentlich in Zusammenarbeit mit der KTI, der ETH Zürich und der SUPSI (Manno) das Projekt GEM 2013/14 (Global Entrepreneurship Monitor) veröffentlicht. Für die grösste Studie über Entrepreneurship und Innovation (70 Länder) ist das Institut seit 2009 mit der Datenerhebung in der Schweiz beauftragt.

Im Sinne ihrer Strategie war die HSW-FR das ganze Jahr hindurch an zahlreichen internationalen Konferenzen vertreten. In diesem Zusammenhang hat sie mehrere Artikel in renommierten Zeitschriften veröffentlicht und sich in der regionalen und nationalen Presse gut positioniert.

### 10.3.3 Aufträge & Fundraising

Verschiedene Beratungsaufträge wurden für Dritte im Berichtsjahr realisiert. Es handelte sich dabei insbesondere um Aufträge für die Optimierung von Prozessen und Verfahren. Die Weiterbildung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staats Freiburg und der verschiedenen Gemeinden des Kantons ist einer der wichtigsten Aufträge, der von der HSW-FR ausgeführt wird. Die Kurse werden auf Deutsch und Französisch angeboten. Abschliessend wurden mehrere Veranstaltungen organisiert, um die Kontakte zwischen den Studierenden und den Unternehmenden zu pflegen.

## 10.4 Die FHF-TW in Zahlen

### Personalstatistik FHF-TW (HTA-FR + HSW-FR)

	FHF-TW		HSW-FR		HTA-FR <sup>1</sup>	
	2013/2014	2014/2015	2013/2014	2014/2015	2013/2014	2014/2015
<b>Lehrpersonal</b>						
Vollzeit	68	71	6	6	62	65
Teilzeit	184	188	48	48	136	140
Total	252	259	54	54	198	205
<b>Wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter</b>						
Vollzeit	85	86	0	1	85	85
Teilzeit	90	103	8	8	82	95
Total	175	189	8	9	167	180
<b>Verwaltung und Direktion</b>						
Vollzeit	21	22	6	7	15	15
Teilzeit	33	30	11	8	22	22
Total	54	52	17	15	37	37
<b>Lernende</b>						

<sup>1</sup> einschl. Bautechnische Schule (BTS)

	30	32	1	2	29	30
Gesamtsumme						
Vollzeit	204	211	13	16	191	195
Teilzeit	307	321	67	64	240	257
Total	511	532	80	80	431	452

### Statistik der Studierenden FHF-TW + BTS

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	Master	Total	Bachelor 2014	Master 2014
<b>HTA-FR</b>								
Architektur	82	74	70	-	39	265	66	15
Chemie	45	30	15	-	-	90	13	-
Bauingenieurwesen	37	36	27	-	-	100	24	-
Informatik	29	24	20	-	-	73	20	-
	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	Master	Total	Bachelor 2014	Master 2014
Telekommunikation	-	21	19	-	-	40	18	-
Netzwerk und Sicherheit	18	-	-	-	-	18	-	-
Internet und Kommunikation	23	-	-	-	-	23	-	-
Elektrobau	57	29	-	-	-	86	-	-
Elektronik	-	-	6	-	-	6	5	-
Elektrotechnik	-	-	14	-	-	14	14	-
Maschinenbau	66	40	37	-	-	143	36	-
<b>Total HTA-FR</b>	<b>357</b>	<b>254</b>	<b>208</b>	<b>-</b>	<b>39</b>	<b>858</b>	<b>196</b>	<b>15</b>
<b>HSW-FR</b>								
Betriebswirtschaft	98	81	24	-	-	203	56	-
(Vollzeitstudium)								
Betriebswirtschaft	104	42	80	36	73	335	70	20
(berufsbegleitendes Studium)								
<b>Total HSW-FR</b>	<b>202</b>	<b>123</b>	<b>104</b>	<b>36</b>	<b>73</b>	<b>538</b>	<b>126</b>	<b>20</b>
<b>BTS</b>								
Bauführung	27	27	20	-	-	74	20 <sup>1</sup>	-
<b>Total FHF-TW</b>	<b>586</b>	<b>404</b>	<b>332</b>	<b>36</b>	<b>112</b>	<b>1470</b>	<b>342</b>	<b>35</b>
<b>davon auf FH-Stufe</b>	<b>559</b>	<b>377</b>	<b>312</b>	<b>36</b>	<b>112</b>	<b>1396</b>	<b>322</b>	<b>35</b>

### Statistik der Studierenden nach Herkunft

	FHF-TW	HSW-FR	HTA-FR	BTS
Freiburg	807	379	396	32
Bern	67	38	26	3
Genf	21	7	14	-
Jura	38	6	25	7
Neuenburg	36	3	32	1

Tessin	95	1	94	-
Waadt	216	60	147	9
Wallis	128	22	84	22
Andere Kantone	27	14	13	-
Ausland	35	8	27	-

## 10.5 Bautechnische Schule (BTS)

Die BTS ist eine Höhere Fachschule (HF), die es den Inhaberinnen und Inhabern eines eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses (EFZ) oder eines gleichwertigen Abschlusses erlaubt, im Rahmen einer Vollzeitausbildung ein eidgenössisch anerkanntes Diplom auf Tertiärstufe zu erlangen.

Im Gegensatz zu den FH sind die Ausbildungen auf HF-Stufe auf ein engeres Gebiet ausgerichtet und vermitteln spezialisierteres Wissen. Die Studierenden, die eine HF-Ausbildung besuchen, sind in der Regel jünger als die, die eine eidgenössische Berufsprüfung absolvieren. In den meisten Fällen besuchen die Studierenden die Ausbildung an einer HF direkt oder drei bis vier Jahre nach Abschluss der Sekundarstufe II. Oft stellt das HF-Diplom die erste Etappe einer Berufslaufbahn dar.

Der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) und die HF, die Bauführer in der Schweiz ausbilden, arbeiten im Rahmen des «Kontaktforums für Bauführer» zusammen, das sie gemeinsam geschaffen haben. Sie sorgen dafür, dass die gemeinsamen Anliegen berücksichtigt werden und dass auf die Anforderungen und Erwartungen des Markts eingegangen wird. Der SBV unterstützt in seiner Rolle als Organisation der Arbeitswelt die HF bei der Ausbildung von Bauführern.

Am 14. November 2014 wurden im Rahmen der Diplomfeier der HTA-FR 20 Diplome als Technikerin oder Techniker HF Bauführung überreicht.

## 11 Personalbestand

BEHÖRDEN - DIREKTIONEN Kostenstellen	Rechnung 2014 VZÄ	Rechnung 2013 VZÄ	Differenz VZÄ
<b>Volkswirtschaftsdirektion</b>	<b>720.43</b>	<b>706.21</b>	<b>14.22</b>
Zentralverwaltung	77.26	75.91	1.35
3500 / ETES      Generalsekretariat	8.13	8.01	0.12
3505 / PECO      Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg	8.89	9.35	-0.46
3510 / OPEM      Amt für den Arbeitsmarkt	15.71	14.56	1.15
3525 / RCOM      Handelsregisteramt	6.03	5.67	0.36
3535 / LOGE      Wohnungsamt	2.19	2.18	0.01
3542.1 / SFPR      Amt für Berufsbildung	23.36	23.13	0.23

BEHÖRDEN - DIREKTIONEN Kostenstellen		Rechnung 2014 VZÄ	Rechnung 2013 VZÄ	Differenz VZÄ
3560 / STAT	Amt für Statistik	7.95	8.00	-0.05
3565 / ENER	Amt für Energie	5.00	5.01	-0,01
Unterrichtswesen		643.17	630.30	12.87
3542.2 / EPAI	Gewerbliche und Industrielle Berufsfachschule	177.65	178.51	-0.86
3542.3 / EPCO	Kaufmännische Berufsfachschule	57.36	56.48	0.88
3542.4 / EPAC	Gewerbliche und Kaufmännische Berufsfachschule	48.60	47.23	1.37
3542.5 / EPSS	Berufsfachschule Soziales-Gesundheit	27.92	28.85	-0.93
3542.6 / EMEF	Berufsfachschule Technik und Kunst Freiburg	87.45	85.54	1.91
3557 / ETEC	Technische Schulen	7.63	7.73	-0.10
3558 / HESF	Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)	236.56	225.96	10.60

# Tätigkeitsbericht

Direktion für Gesundheit  
und Soziales

—

2014



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Direction de la santé et des affaires sociales DSAS**  
**Direktion für Gesundheit und Soziales GSD**

# Inhalt

---

<b>1</b>	<b>Direktion und Generalsekretariat</b>	<b>7</b>
<b>1.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>7</b>
1.1.1	Ordentliche Tätigkeit	7
1.1.2	Besondere Ereignisse	7
<b>1.2</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>10</b>
1.2.1	Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)	10
1.2.2	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)	10
1.2.3	Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz der lateinischen Schweiz (CLASS)	10
1.2.4	Lateinische Konferenz der zuständigen Departementsvorsteher in den Bereichen Asyl und Migration (LKDAM)	11
<b>1.3</b>	<b>Streitfälle</b>	<b>11</b>
<b>1.4</b>	<b>Gesetzgebung</b>	<b>11</b>
1.4.1	Gesetze und Dekrete	11
1.4.2	Verordnungen und Reglemente	11
<b>2</b>	<b>Amt für Gesundheit (GesA)</b>	<b>12</b>
<b>2.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>12</b>
<b>2.2</b>	<b>Gesundheitsberufe</b>	<b>13</b>
2.2.1	Berufsausübungsbewilligungen	13
2.2.2	Betriebsbewilligungen	14
2.2.3	Aufsicht über die Gesundheitsberufe	14
<b>2.3</b>	<b>Spitäler</b>	<b>14</b>
2.3.1	Allgemeine Tätigkeiten	14
2.3.2	Die Spitäler in Zahlen	15
2.3.3	Statistik	16
<b>2.4</b>	<b>Ausserkantonale Spitalaufenthalte</b>	<b>16</b>
<b>2.5</b>	<b>Spitalplanung</b>	<b>17</b>
<b>2.6</b>	<b>Hilfe und Pflege zu Hause</b>	<b>17</b>
<b>2.7</b>	<b>Palliativpflege</b>	<b>19</b>
<b>2.8</b>	<b>Gesundheitsförderung und Prävention</b>	<b>19</b>
2.8.1	Planung, Leistungsaufträge und spezifische Projekte	19
2.8.2	Kantonale Programme	20
2.8.3	Kantonale, interkantonale und nationale Beziehungen	21
<b>2.9</b>	<b>Tätigkeit des Kantonsapothekers</b>	<b>22</b>

---

2.9.1	Information und Ausbildung der Partnerinnen und Partner	22
2.9.2	Kontrolle	22
2.9.3	Beitrag an verschiedene Projekte	22
2.9.4	Substitutionsbehandlungen	23
2.9.5	Fortbildung Offizinapothekerinnen und -apotheker	23
2.9.6	Pharmazeutische Betreuung in Pflegeheimen	23
<b>2.10</b>	<b>Krankenversicherung</b>	<b>23</b>
<b>2.11</b>	<b>Schülerunfallversicherung</b>	<b>23</b>
2.11.1	Tätigkeit	23
2.11.2	Leistungen	24
2.11.3	Buchführung	24
<b>3</b>	<b>Kantonsarztamt (KAA)</b>	<b>24</b>
<b>3.1</b>	<b>Prävention und Gesundheitsförderung</b>	<b>24</b>
3.1.1	Übertragbare Krankheiten	24
3.1.2	Nicht übertragbare Krankheiten	25
3.1.3	Sucht	26
3.1.4	Hitzewelle	27
3.1.5	Schulärztliche Betreuung	28
3.1.6	Tätigkeiten in Verbindung mit dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung	28
<b>3.2</b>	<b>Management der Gesundheitsförderung</b>	<b>29</b>
3.2.1	Überwachung und Planung des Gesundheitssystems	29
<b>3.3</b>	<b>Familienplanung und Sexualinformation</b>	<b>30</b>
3.3.1	Familienplanung und Schwangerschaftsberatung	30
3.3.2	Kurse, Einsätze und Formen der Zusammenarbeit	30
3.3.3	Sexualinformation	31
3.3.4	Statistik	31
<b>3.4</b>	<b>Information und Koordination</b>	<b>32</b>
3.4.1	Statistik	32
3.4.2	Austausch und Zusammenarbeit	32
<b>4</b>	<b>Schulzahnplegedienst (SZPD)</b>	<b>33</b>
<b>4.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>33</b>
4.1.1	Prophylaxe	33
4.1.2	Pädodontie	33
4.1.3	Kieferorthopädie	33
4.1.4	Aufsichtsaufgaben	33
<b>4.2</b>	<b>Statistik</b>	<b>33</b>
<b>4.3</b>	<b>Gesetzgebung</b>	<b>34</b>



<b>5</b>	<b>Sozialvorsorgeamt (SVA)</b>	<b>34</b>
<b>5.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>34</b>
5.1.1	Sektor Sondereinrichtungen	34
5.1.2	Sektor Pflegeheime	35
<b>5.2</b>	<b>Projekte und besondere Ereignisse</b>	<b>36</b>
5.2.1	Sektor Sondereinrichtungen	36
5.2.2	Sektor Pflegeheime	36
<b>5.3</b>	<b>Statistik</b>	<b>37</b>
5.3.1	Sektor Sondereinrichtungen	37
5.3.2	Sektor Pflegeheime	40
<b>6</b>	<b>Kantonales Sozialamt (KSA)</b>	<b>41</b>
<b>6.1</b>	<b>Hilfe an bedürftige Personen</b>	<b>41</b>
6.1.1	Aufgaben	41
6.1.2	Beitrag zu den sozialpolitischen Massnahmen	41
6.1.3	Koordination	42
6.1.4	Information und Ausbildung	42
6.1.5	Prävention	42
6.1.6	Sozialhilfesystem	43
6.1.7	Vertretungen	43
6.1.8	Statistik und Ausgaben 2014	43
<b>6.2</b>	<b>Koordination der Familienpolitik</b>	<b>44</b>
<b>6.3</b>	<b>Freiburg für alle</b>	<b>45</b>
6.3.1	Information der Öffentlichkeit	45
6.3.2	Zusammenarbeit mit dem Berufsnetzwerk	45
<b>6.4</b>	<b>Hilfe an die Opfer von Straftaten</b>	<b>45</b>
6.4.1	Haupttätigkeit	45
6.4.2	Statistik	46
6.4.3	OHG-Ausgaben	46
<b>6.5</b>	<b>Hilfe an Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, abgewiesene Asylsuchende, Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid, Flüchtlinge</b>	<b>47</b>
6.5.1	Rechtlicher Rahmen	47
6.5.2	Asylstatistik	47
6.5.3	Beherbergung	47
6.5.4	Soziale und finanzielle Begleitung	47
6.5.5	Abgewiesene Asylsuchende	48
6.5.6	Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen	48
6.5.7	Kantonales Integrationsprogramm 2014 bis 2017 für Migrantinnen und Migranten (KIP)	48

---

6.5.8	Flüchtlinge	49
6.5.9	Ausgaben	49
<b>6.6</b>	<b>Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen</b>	<b>49</b>
6.6.1	Haupttätigkeit	50
6.6.2	Statistik	50
<b>7</b>	<b>Jugendamt (JA)</b>	<b>51</b>
<b>7.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>51</b>
<b>7.2</b>	<b>Tätigkeit der Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung</b>	<b>52</b>
7.2.1	Freiburger Kinder- und Jugendpolitik	52
7.2.2	Unterstützung für Projekte zugunsten von Kindern und Jugendlichen	53
7.2.3	Informationsarbeit	53
7.2.4	Öffentlichkeitsarbeit und Koordination	53
<b>7.3</b>	<b>Tätigkeit Sektor Direkte Sozialarbeit (SASD)</b>	<b>54</b>
<b>7.4</b>	<b>Tätigkeit Sektor Intake (Bereitschaftsdienst, Abklärungen und besondere Mandate)</b>	<b>54</b>
<b>7.5</b>	<b>Tätigkeit Sektor Familienexterne Betreuung (SMA)</b>	<b>54</b>
7.5.1	Adoption	54
7.5.2	Pflegefamilien	55
7.5.3	Familienergänzende Tagesbetreuung	55
<b>7.6</b>	<b>Tätigkeiten der OHG-Beratungsstelle</b>	<b>55</b>
<b>8</b>	<b>Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB)</b>	<b>56</b>
<b>8.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>56</b>
<b>8.2</b>	<b>Besondere Tätigkeit</b>	<b>57</b>
8.2.1	Gleichstellung vor: 20 Jahre im Dienst der Gleichstellung und der Familie	57
8.2.2	Gleichstellung und Beruf	58
8.2.3	Gleichstellung und Bildung	58
8.2.4	Umfassende Familienpolitik	58
8.2.5	Gewalt in Ehe und Partnerschaft	58
8.2.6	Frauen im öffentlichen Leben	58
8.2.7	egalite.ch und Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten	58
<b>9</b>	<b>Personalbestand</b>	<b>59</b>

---

---

# 1 Direktion und Generalsekretariat

---

Staatsrätin, Direktorin: Anne-Claude Demierre

Generalsekretär: Antoine Geinoz

## 1.1 Tätigkeit

### 1.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Eine gute Versorgung im Gesundheits- und Sozialbereich für die gesamte Freiburger Bevölkerung: Das ist das stetige Ziel der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD). Ihre Dienste und Ämter stellen eine Vielzahl an Leistungen für Menschen jeden Alters sicher, insbesondere aber für vorübergehend oder dauerhaft geschwächte. Der Staat subventioniert über die GSD ausserdem zahlreiche Institutionen und Vereine, die in den gleichen Bereichen wie sie tätig sind. Drei öffentlich-rechtliche Anstalten, das freiburger spital (HFR), das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) und die Kantonale Sozialversicherungsanstalt (KSVA) sowie das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) sind der GSD administrativ zugewiesen.

Das Generalsekretariat unterstützt die Direktion bei der Führung und der Verwaltung und koordiniert die verschiedenen Verwaltungseinheiten. Es ist zuständig für Finanzen, Personalwesen, Kommunikation, Übersetzung, juristische Beratung und Streitfälle. Ferner ist das Generalsekretariat Ansprechpartner der zentralen Dienste des Staates und vertritt die GSD in verschiedenen Kommissionen. Schliesslich übt es die Aufsicht über die im Kanton tätigen Familienausgleichskassen aus.

### 1.1.2 Besondere Ereignisse

#### a. Gesundheitsplanung

Zu Jahresbeginn hat die Direktion den Bericht, der den Bedarf der Freiburgerinnen und Freiburger an Spitalleistungen bis 2020 definiert, in die Vernehmlassung geschickt. Auf dieser Grundlage hat sie den Entwurf zur Spitalplanung 2015–2020 erstellt, der Anfang 2015 angenommen werden muss. Die Kommission für Gesundheitsplanung hat während diesen beiden grossen Etappen eine positive Stellungnahme abgegeben. Während die durchschnittliche Aufenthaltsdauer insbesondere aufgrund des Substitutionspotentials stationär-ambulant abnehmen soll, deutet die demografische und epidemiologische Entwicklung auf einen gesteigerten Bedarf hin. Auf dieser Planungsgrundlage wurde die Spitalliste erstellt, welche die Zuteilung der Leistungen an die Spitäler (öffentlich und privat) definiert. Die Planung und die Liste werden in Zukunft regelmässig aktualisiert.

#### b. Gesundheitsförderung, Prävention und Jugendaktivitäten

Der kantonale Plan für Gesundheitsförderung und Prävention hat sich in verschiedensten Bereichen konkretisiert, sowohl durch Leistungsaufträge an Institutionen als auch durch die Umsetzung von kantonalen Programmen. Das an Kinder gerichtete Programm «Gesundes Körpergewicht» hat zur Ausbildung für ärztliche Grundversorger und Hebammen beigetragen. In Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) wurde das kantonale Konzept «Gesundheit in der Schule 2014–2017» ausgearbeitet. Im Rahmen des kantonalen Tabakpräventionsprogramms finden 17 Projekte zur Einschränkung des Tabakkonsums statt; diese sind insbesondere auf die Vermeidung des Rauchstarts bei Jugendlichen und den Schutz der Bevölkerung vor Passivrauch ausgerichtet. Im Bereich psychische Gesundheit wurde bei 180 Partnerinnen und Partnern eine Bestandsaufnahme in Hinblick auf die Erstellung eines kantonalen Plans durchgeführt.

Das neue Zahnpflegegesetz wurde im Dezember vom Grossen Rat angenommen. Es hält an der Zahnkontrollenpflicht für Schülerinnen und Schüler fest, egal ob die Kontrollen bei privaten Zahnärztinnen oder Zahnärzten oder dem Schulzahnpflegedienst durchgeführt werden, und festigt den Prophylaxe-Auftrag des Dienstes.

Der Staat subventioniert über die GSD zahlreiche Institutionen im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention, denen sie verschiedene Leistungsaufträge erteilt. Des Weiteren hat die GSD 34 Jugendprojekte unterstützt.

### **c. Palliativpflege**

Ein Palliativpflegekonzept mit Aktionsplan wurde erarbeitet; es soll Anfang 2015 in Vernehmlassung gehen. Die geplanten Massnahmen zielen auf die Koordination zwischen den Institutions-, Vereins- und Privat-Partnerinnen und -Partnern sowie auf die verstärkte Sichtbarkeit des Angebots ab. Sie stärken zudem das mobile Palliativpflege-Team *Voltigo*. Das Konzept schlägt unter anderem Ausbildungen für Palliativpflege für Fachpersonen der Akutpflege und der Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause sowie Beratungen für pflegende Angehörige vor. Diese würden ausserdem professionell begleitet und damit entlastet. Damit möchte man dem stets sehr präsenten Bedürfnis des Verbleibs zu Hause entsprechen – auch bei Personen mit einer unheilbaren Krankheit.

### **d. freiburger spital**

Anfang 2014 hat Claudia Käch, die neue Generaldirektorin des freiburger spitals (HFR), ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Verwaltungsrat hat drei neue Vertreter des Grossen Rates als Mitglieder begrüsst: die Grossräte Yvan Hunziker, André Schoenenweid und Markus Zosso.

Im März hat das HFR den Entwurf der progressiven Umsetzung seiner Strategie 2013–2022, genannt «Polaris», lanciert. Dabei hat es seine Strukturen und Einrichtungen bereits auf verschiedene Weisen verändert und bereichert: Die Palliativpflege wurde nach Châtel-St-Denis in die Villa St-François verlegt, zwei Schritte vom HFR Freiburg – Kantonsspital entfernt. Das ehemalige Gebäude in Châtel-St-Denis wurde vom Gesundheitsnetz Vivisbach übernommen, bleibt jedoch «Eingangstor» für das HFR, da die Sprechstunde in den Bereichen Orthopädie, Chirurgie und Radiologie beibehalten werden. Das Schmerzzentrum, das es bereits in Tafers gab, wurde auf Freiburg ausgedehnt, mit einer neuen Schmerzabteilung im Kantonsspital.

Im November hat das HFR Freiburg – Kantonsspital seine neuen Räumlichkeiten der Intensivpflege auf zwei Etagen in der Nähe der Notfallstation und des Operationsblocks eingeweiht. Es ist zudem mit einer «Stroke Unit» ausgestattet, einer Spezialabteilung für Hirnschläge und Transiente ischämische Attacken, die jährlich rund 600 Freiburgerinnen und Freiburger betreffen. Zusätzlich zu den Ambulanzdiensten hat das HFR ein Projekt für ärztlich begleitete Patiententransporte zwischen den Spitälern (TIM) ausgearbeitet, auf den sich der kantonale mobile ärztliche Dienst für Notfallmedizin und Reanimation (SMUR) stützen kann.

Die Einrichtung hat ihre Leistungen der Gynäkologie und Geburtshilfe in Tafers verstärkt und die Gastroenterologie in Freiburg, wo sie einen Vertrag mit einem Kreis führender Spezialisten abgeschlossen hat. Des Weiteren hat das HFR medizinische Zusammenarbeitsprozesse im Bereich Geburtshilfe mit dem Daler-Spital umgesetzt.

Seitens Infrastruktur wurde die Renovierung und Vergrösserung des Standorts Merlach im gesamten Jahr vorangetrieben, und in Riaz hat das HFR eine Ausschreibung für ein zweites Radiologiegebäude lanciert, wodurch die notwendigen Plätze für die Notfalldienste frei werden.

### **e. Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG)**

Für das FNPG war das Jahr 2014 geprägt von einem starken Belegungsgrad des Zentrums für stationäre Spitalleistungen in den Bereichen Erwachsene und Jugendliche. Das Netzwerk hat seine Entwicklung zudem durch Umsetzung neuer Leistungen für die Freiburger Bevölkerung weitergeführt.

Im April hat das Zentrum für psychische Gesundheit in Bulle seine neuen Räumlichkeiten an der Rue de la Condémine 60 in Betrieb genommen. Neben den ambulanten Leistungen für Kinder und Jugendliche, Erwachsene und Betagte, die bis anhin an der Rue de La Lécheretta 1 behandelt wurden, sind unter dem Dach des Zentrums die Tätigkeiten der Tagesklinik Süd vereint; ein Projekt, das in den letzten Jahren am Standort Marsens entwickelt worden ist. Mit ihren 20 Plätzen bietet die Tagesklinik eine intermediäre Betreuung zwischen stationärem und ambulantem Setting an, die nun umfassender ist und sich näher am Lebensumfeld der Patienten befindet.

Weiter hat das FNPG im Oktober das Zentrum für Abhängigkeitserkrankungen (FZA) eröffnet. Das Zentrum im Haus Père Girard im Franziskanerkloster in Freiburg ist ein spezialisiertes Kompetenzzentrum für die Behandlung von Suchtstörungen und kümmert sich um substanzbezogene und nichtsubstanzbezogene Abhängigkeiten sowie um Abhängigkeiten von legalen und illegalen Substanzen. Das zweisprachige FZA ist neben der GSD und dem

---

Kantonsarzt ein zentrales Glied der kantonalen Politik im Bereich Suchtstörungen und arbeitet eng mit den anderen Gesundheitsakteurinnen und -akteuren zusammen.

Ein Projekt zur Renovierung von Gebäuden des Priesterseminars in der Gemeinde Villars-sur-Glâne wurde lanciert: Dadurch können die Tagesklinik verschoben und ambulante Konsultationen für deutschsprachige Patientinnen und Patienten ab 2017 gewährleistet werden. Im darauffolgenden Jahr wird das FNPG mehr Betten in der Psychiatrie anbieten, davon zwei Abteilungen für Deutschsprachige. Diese Neuerungen sind für die Verbesserung der psychiatrischen Betreuung der deutschsprachigen Kantonsbevölkerung und angesichts der gesteigerten Bedürfnisse bei den Psychiatrieleistungen unumgänglich.

Das FNPG entwickelt sich also weiter, indem es allen Personen, die an einer geistigen Störung, Erkrankung oder Behinderung leiden, angemessene und hochwertige Leistungen gewährleistet und so ihre beziehungs-technische, familiäre, soziale und wirtschaftliche Selbstständigkeit fördert. Seine Fachpersonen tragen zur bereichsübergreifenden Betreuung der Patientinnen und Patienten in ihrem gewohnten Lebensrahmen bei, indem sie ambulante, klinische und stationäre Pflege koordinieren.

#### **f. Senior+**

Das Projekt Senior+ hat 2014 mit der Vernehmlassung, an dem viele Organisationen teilgenommen haben, einen wichtigen Schritt getan. Die drei vorgestellten Gesetzesvorentwürfe – Gesetz über die Seniorinnen und Senioren, Gesetz über die sozialmedizinischen Leistungen und Gesetz über die Pauschalentschädigung – wurden insgesamt positiv aufgenommen. Die Politik zugunsten älterer Menschen hat zum Ziel, die Integration und Autonomie der Seniorinnen und Senioren in unserer Gesellschaft zu fördern, ihre Bedürfnisse zu berücksichtigen und ihre Kompetenzen zur Geltung zu bringen. Der Staat möchte sich hauptsächlich im Bereich Pflege und Betreuung von geschwächten Personen einsetzen, jedoch auch durch Massnahmen bei Infrastrukturen, Wohnsituation und Dienstleistungen. Die neue Gesetzgebung wird dem Grossen Rat 2015 vorgelegt.

#### **g. Asylwesen**

Insbesondere aufgrund der Situation in Syrien hat die Zahl der in der Schweiz angekommenen Asylsuchenden 2014 um rund 10 % zugenommen. Der Kanton Freiburg hat gut 800 Asylsuchende aufgenommen. Sie sind in den vier ständigen Zentren sowie in der befristeten Asylunterkunft in Düdingen untergebracht, die noch bis Ende 2015 zur Verfügung stehen wird. Im Juni hat der Bund den Betrieb der Bundesunterkunft in Châtillon eingestellt. Im Gegenzug versucht er, im Rahmen der Neustrukturierung des Asylbereichs neue Asyl- und Verfahrenszentren umzusetzen, wodurch insbesondere die Verfahren verkürzt werden sollen. Der Kanton Freiburg beteiligt sich im Rahmen der Westschweizer Konferenz der betroffenen Staatsrätinnen und Staatsräte an der Suche nach neuen Standorten. Parallel dazu läuft die Suche nach einer neuen kantonalen Asylunterkunft.

#### **h. Kantonale Strategie im Bereich Kinder- und Jugendpolitik**

Die Vorbereitungen für eine kantonale Strategie im Bereich Kinder- und Jugendpolitik wurden 2014 getroffen. Ein Steuerungsausschuss unter Vorsitz der GSD-Direktorin wurde gebildet; der Bund hat eine finanzielle Unterstützung gewährt. Die Strategie zielt darauf ab, die Prioritäten der Kinder- und Jugendpolitik zu definieren und die Partizipation der Kinder und Jugendlichen zu stärken; daher heisst sie auch «Je participe! Ich mache mit!». Im Frühling 2015 ist der Strategie eine kantonale Tagung gewidmet.

#### **i. 20. Geburtstag des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen**

Das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) wurde 1994 gegründet und hat 2014 mit verschiedenen Veranstaltungen seinen 20. Geburtstag gefeiert. Durch die monatlich organisierten Veranstaltungen konnte das GFB die breite Öffentlichkeit über die Themen seines Zuständigkeitsbereichs sensibilisieren, wie die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, Bekämpfung von Diskriminierung und sexuellem Missbrauch, Prävention von Gewalt in Paarbeziehungen oder Frauen in der Politik. In dieser Zeit des Nachdenkens und der Festlichkeiten konnte das Bewusstsein für den bereits zurückgelegten und den noch bevorstehenden Weg gesteigert werden.

---

## 1.2 Interkantonale Zusammenarbeit

### 1.2.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

Die GDK hat den Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung unterstützt, der dem Volk als Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin» vorgelegt wurde. Der neue Verfassungsartikel fördert eine medizinische Grundversorgung von hoher Qualität, von den Hausarztpraxen über den ambulanten Spitalbereich bis zur Pflege zu Hause. Sie hat ausserdem auf die Annahme der Initiative «Gegen Masseneinwanderung» reagiert, die einen Mangel an Medizinal- und Pflegepersonal nach sich ziehen könnte.

Überdies hat sich die GDK für eine Interkantonale Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung eingesetzt, der alle Kantone beitreten sollten. Bei der hochspezialisierten Medizin hat sie ihre Praxis überarbeitet, um sie den Richtlinien des Bundesverwaltungsgerichts anzupassen: Das interkantonale Beschlussorgan wird in einem ersten Schritt entscheiden, welche Eingriffe und Behandlungen zum Bereich der hochspezialisierten Medizin gehören. In einer zweiten Phase wird es Zuteilungsentscheide fällen. Im Frühling 2014 hat die GSD-Direktorin das Beschlussorgan gemäss üblichem Turnus verlassen; sie wurde durch ihren Kollegen aus Glarus ersetzt.

Die Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung beschäftigen auch die Gesundheitsverantwortlichen: Die Ausgaben der Kantone sind um 1,3 Milliarden Franken gestiegen. Die Kostenverteilung zwischen Versicherern und Gemeinwesen wurde geändert, und die Leistungen wurden von der Zusatzversicherung auf die Grundversicherung übertragen: Die GDK erwartet von den Versicherern eine grössere Prämienreduktion bei den Zusatzversicherungen.

Im Rahmen des Dialogs Nationale Gesundheitspolitik haben der Bund und die Kantone einen Bericht zur psychischen Gesundheit in der Schweiz zur Kenntnis genommen, der die Wichtigkeit von Prävention und Früherkennung unterstreicht.

### 1.2.2 Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)

Die SODK hat eine allgemein positive Stellungnahme zum Entwurf des Eidgenössischen Departements des Innern zur *Altersvorsorge 2020* abgegeben. Sie hat die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des Systems sowie die Flexibilisierung des Altersrücktritts begrüsst. Die SODK wird dafür sorgen, dass die Reform keinen Leistungsabbau und keine Ablastung auf die Kantone zur Folge hat.

Die Akte der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen hat die SODK sehr beschäftigt. Im Rahmen der Einrichtung eines Soforthilfefonds für Betroffene durch den Bund und die Glückskette hat sie sich für ein einfaches System ausgesprochen und sich dafür eingesetzt, dass aufgrund dieser Leistungen keine Sozialleistungen gekürzt werden.

Mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) war die SODK zudem bei einem anderen aktuellen Dossier involviert, nämlich der Neustrukturierung des Asylbereichs. Ihre Mitglieder nehmen daher an den Konferenzen teil, die mit der Suche nach neuen Standorten für die Bundeszentren beauftragt sind.

Schliesslich widmet sich die SODK der Erarbeitung von Qualitätsanforderungen für die Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und für die ausserfamiliären Betreuungseinrichtungen.

### 1.2.3 Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz der lateinischen Schweiz (CLASS)

Die CLASS ist im Berichtsjahr vier Mal zu einer Sitzung zusammengekommen. Sie hat mehrere Dossiers zur obligatorischen Krankenpflegeversicherung behandelt, wie die finanzielle Beteiligung der Kantone bei Nichtbezahlung der Prämien und der Kostenbeteiligung von Versicherten, die Gegenstand eines Verlustscheines waren. Auch die Spitalplanung und die hochspezialisierte Medizin haben die Konferenz weiterhin beschäftigt. Schliesslich haben die CLASS und ihre Gruppierungen die Umsetzung der Finanzierung der Langzeitpflege und die Bearbeitung von Dossiers in Verbindung mit der Invalidenversicherung, der Sozialhilfe und der Prävention und Gesundheitsförderung fortgeführt.

---

#### 1.2.4 Lateinische Konferenz der zuständigen Departementsvorsteher in den Bereichen Asyl und Migration (LKDAM)

Die Direktorin für Gesundheit und Soziales hat an den Sitzungen der LKDAM zur Neustrukturierung des Asylbereichs teilgenommen, insbesondere für die Suche nach Standorten für Bundesasylzentren in den Westschweizer Kantonen.

### 1.3 Streitfälle

Basierend auf Artikel 116 Abs. 1 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (VRG) behandelt die GSD Beschwerden gegen Entscheide ihrer Dienststellen und Ämter, sofern das Gesetz keine Beschwerde beim Kantonsgericht vorsieht. Die Situation bei den Beschwerden präsentierte sich 2014 wie folgt:

Hängige Verfahren am 31. Dezember 2013: 0

Eingereichte Beschwerden: 8

Bearbeitete Beschwerden: 8

*davon:*

Zugelassen: 1

Teilweise zugelassen: 1

Abgelehnt: 4

Klassiert: 1

Sistierung: 1

Von den acht Beschwerden wurden fünf auf Französisch und drei auf Deutsch eingereicht.

### 1.4 Gesetzgebung

#### 1.4.1 Gesetze und Dekrete

Gesetz vom 19. Dezember 2014 über die Schulzahnmedizin (SZMG)

#### 1.4.2 Verordnungen und Reglemente

Verordnung vom 17. Februar 2014 zur Festlegung der provisorischen Tarife der Spitäler und Geburtshäuser

Verordnung vom 17. Februar 2014 zur Genehmigung des Tarifvertrags zur Festsetzung des TARMED-Taxpunktwertes zwischen den Freiburger Spitalern für somatische Pflege, dem Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit und der Einkaufsgemeinschaft HSK

Verordnung vom 17. Februar 2014 zur Festlegung der provisorischen Tarife der Spitäler und Geburtshäuser

Verordnung vom 25. Februar 2014 zur Genehmigung der Tarifverträge 2013 für die spitalmedizinische Versorgung in der allgemeinen Abteilung des Interkantonalen Spitals der Broye

Verordnung vom 11. März 2014 zur Aufhebung der Verordnung über die Ethikkommission für Forschung

Verordnung vom 24. März 2014 über den Kantonsanteil an der Abgeltung von stationären Leistungen

Verordnung vom 24. März 2014 zur Festsetzung des TARMED-Taxpunktwertes 2013 der Freiburger Spitäler für somatische Pflege und des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit für die der tarifsuisse ag sowie Assura und Supra angegliederten Krankenversicherer

Verordnung vom 1. April 2014 zur Genehmigung der Tarifverträge 2012 und 2013 für die spitalmedizinische Versorgung in der allgemeinen Abteilung des freiburger spitals

Verordnung vom 1. April 2014 zur Änderung der Verordnung über die Neuordnung der Pflegefinanzierung

Verordnung vom 8. April 2014 zur Festsetzung der Baserates 2012 und 2013 des freiburger spitals für die der tarifsuisse ag angegliederten Krankenversicherer sowie Assura-Basis SA und SUPRA-1846 SA



---

Verordnung vom 27. Mai 2014 zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung

Verordnung vom 6. Oktober 2014 zur Änderung der Verordnung über die Referenztarife der Spitäler und Geburtshäuser

Verordnung vom 4. November 2014 zur Änderung der Verordnung über die Verbilligung der Krankenkassenprämien

Verordnung vom 4. November 2014 zur Änderung des Jugendreglements

Verordnung vom 4. November 2014 zur Anpassung der Spitalgesetzgebung

Verordnung vom 15. Dezember 2014 zur Genehmigung des Vertrags zwischen Logopädie Freiburg und tarifsuisse AG zur Festlegung des Taxpunktswerts der logopädischen Leistungen

Verordnung vom 15. Dezember 2014 zur Genehmigung der Abkommen über die Pflege zulasten der Krankenversicherung in einer Tagesstätte des Kantons Freiburg

Verordnung vom 23. Dezember 2014 zur Änderung des Reglements über die Gemeindeagenturen der kantonalen AHV-Ausgleichskasse

## 2 Amt für Gesundheit (GesA)

---

Amtsvorsteher: Patrice Zurich

### 2.1 Tätigkeit

Das Amt für Gesundheit (GesA) befasst sich hauptsächlich mit der Planung und dem Management des Gesundheitsbereichs, um der Bevölkerung den Zugang zu Pflegeleistungen und eine gute Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Ausserdem kümmert es sich um die Umsetzung der Gesundheitsförderungs- und Präventionspolitik. In diesem Rahmen betreffen die Tätigkeitsbereiche des GesA im Wesentlichen Planung, Subventionierung bzw. Finanzierung, Kontrolle und Gesundheitspolizei.

Haupttätigkeiten des GesA:

- > Betreuung des Dossiers Spitalplanung
- > Subventionierung bzw. Finanzierung der öffentlichen Spitäler, der Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause sowie der Institutionen und Projekte für Gesundheitsförderung und Prävention
- > Verwaltung der Finanzierung ausserkantonaler Spitalaufenthalte
- > Verwaltung der Berufsausübungsbewilligungen für Gesundheitsfachleute, einschliesslich Stellungnahmen zu Gesuchen um Aufenthaltsbewilligungen für ausländische Gesundheitsfachleute
- > Bewilligungen zum Betrieb von Institutionen des Gesundheitswesens
- > Kontrolle der Heilmittel und ihres Inverkehrbringens, Aufsicht über die Apotheken und Drogerien des Kantons, Betäubungsmittelkontrolle
- > Verwaltung des Spezialfonds für verunfallte Kinder (frühere Schülerunfallversicherung)

Infolge der Änderung vom 21. Dezember 2007 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG), die am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, beteiligt sich der Staat auch an der Finanzierung der Leistungen von Privatspitälern, die auf der kantonalen Spitalliste stehen, wobei für die Finanzierung dieser Leistungen dieselben Bestimmungen gelten wie für die öffentlichen Spitäler. Die Mitarbeitenden haben sich zusätzlich zur bereits erwähnten ordentlichen Tätigkeit auch mit der Finanzierung der öffentlichen und privaten Spitäler und der Geburtshäuser, der Ausarbeitung ihrer Leistungsaufträge und der Bearbeitung der Dossiers im Zusammenhang mit diesen Einrichtungen beschäftigt.

---

Die Zusammenarbeit mit dem Sozialvorgeamt (SVA) beim Projekt der Planung der Langzeitpflege, das Auswirkungen auf die Betreuung durch die Organisationen für Hilfe und Pflege zu Hause hat, sowie die Arbeiten im Rahmen des Projekts Senior+ wurden fortgeführt und werden auch in Zukunft aufrechterhalten.

Zu Beginn des Jahres 2014 hat das Amt eine Tagung zur Zukunft der eHealth im Kanton Freiburg organisiert. An diesem Tag kamen die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) und die Hauptakteurinnen und -akteure des Gesundheitsbereichs zusammen. Zu dieser Thematik hat der Grosse Rat am 26. Juni 2014 das Postulat Elian Collaud / Jean-Pierre Doutaz (vormals Jean-Pierre Siggen / André Ackermann) zur Koordination des elektronischen Austauschs von medizinischen Daten im Interesse der Patientinnen und Patienten erheblich erklärt.

Im Weiteren leitete das GesA Friedhofreglemente von sieben Gemeinden sowie drei Gemeindereglemente über die Beteiligung an den Kosten schulzahnärztlicher Behandlungen sowie drei Vereinbarungen zur Organisation des Schulzahnpflegedienstes in zwei Gemeinden zur Genehmigung an die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) weiter.

Auch im Berichtsjahr bearbeitete das GesA nach wie vor Fragen in Bezug auf die Anwendung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) mit der Europäischen Union (EU) und der Vereinbarung über die europäische Freihandelsassoziation (EFTA) auf dem Gebiet der Krankenversicherung.

Im Rahmen des Programms «Ich ernähre mich gesund und bewege mich ausreichend» wurde eine neue Website aufgeschaltet (Adresse: <http://www.fr.ch/gkg>).

## 2.2 Gesundheitsberufe

### 2.2.1 Berufsausübungsbewilligungen

Den Bestimmungen der Gesundheitsgesetzgebung entsprechend erteilte die GSD die nachfolgenden Berufsausübungsbewilligungen:

- > Hörgeräte-Akustiker/in: 1
- > Ernährungsberater/in: 2
- > Drogist/in: 2
- > Ergotherapeut/in: 4
- > Dentalhygieniker/in 1
- > Pflegefachfrau/Pflegefachmann: 16
- > Medizinische Masseurin/medizinischer Masseur: 1
- > Ärztin/Arzt: 52
- > Zahnärztin/Zahnarzt: 27
- > Tierärztin/Tierarzt: 8
- > Diplomierte Augenoptikerin/diplomierter Augenoptiker: 4
- > Augenoptiker/in: 3
- > Osteopath/in: 10
- > Apotheker/in: 21
- > Physiotherapeut/in: 24
- > Podologin/Podologe: 2
- > Psychologin-Psychotherapeutin/Psychologe-Psychotherapeut: 13
- > Hebamme: 16

Gemäss den Weisungen vom 1. Juli 2011 der Direktion brauchen Gesundheitsfachpersonen, die in einer Institution des Gesundheitswesens oder im Auftrag eines Gemeinwesens arbeiten, keine persönliche Berufsausübungsbewilligung mehr. Allerdings kann jede Gesundheitsfachperson in ihrem eigenen Interesse, aber auch im Interesse der Institution bzw. auf deren Wunsch, eine persönliche Berufsausübungsbewilligung beantragen. Davon betroffen sein können z. B. Kaderärztinnen und Kaderärzte mit einem privatem Nebenerwerb oder Personen, die einem Berufsverband beitreten möchten, der ein solches Vorgehen von seinen Mitgliedern verlangt.

---

## 2.2.2 Betriebsbewilligungen

Den Bestimmungen der Gesundheitsgesetzgebung entsprechend erteilte die GSD die nachfolgenden Betriebsbewilligungen:

- > Einrichtung für ältere Menschen: 8
- > Dienst für Pflege zu Hause: 2
- > Labor für medizinische Analysen: 2
- > Medizinaltechnische Einrichtung: 1
- > Ambulanzdienst: 2
- > Einrichtung zur Bekämpfung von Suchterkrankungen: 1
- > Sonderheim für Behinderte oder Schwererziehbare: 4
- > Ambulante Einrichtung: 5
- > Öffentliche Apotheke: 15
- > Institutionsapotheke: 11
- > Spitalapotheke: 1
- > Apotheke Arztpraxis oder Tierarztzentrum: 5
- > Drogerie: 1

## 2.2.3 Aufsicht über die Gesundheitsberufe

Im Laufe ihres 14. Tätigkeitsjahres hat sich die Kommission für die Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens und die Wahrung der Patientenrechte (die Kommission) mit 19 Klagen, Anzeigen oder anderen Anträgen befasst.

2014 erledigte sie insgesamt 22 Fälle:

- > zwei durch Sanktionsverfügung (Verwarnung) gegen Gesundheitsfachpersonen
- > zwei durch Stellungnahme (Nichtweiterverfolgung) zuhanden der GSD
- > sieben durch Verfügung einer Nichtweiterverfolgung (keine Verletzung des GesG/MedBG festgestellt)
- > eine durch Nichteintretensverfügung
- > drei durch Mediation
- > sieben wurden gegenstandslos oder die Klage wurde zurückgezogen (in zwei Fällen wurde die Klage nach den Erklärungen der Mediatorin an die Klägerin/den Kläger im Stadium der Prämediation zurückgezogen)

Des Weiteren hat die Kommission einen Ausführungsentscheid zu einem ihrer Entscheide des Jahres 2013 gefällt.

Die Aufsichtskommission traf 2014 zu sechs Sitzungen zusammen; die erste Sitzung für ständige und nichtständige Mitglieder diente der Verabschiedung des Jahresberichts 2013. Die Klagen und Anzeigen wurden bei sechs ordentlichen Sitzungen behandelt, an denen nur ständige Mitglieder sowie die nichtständigen Vertreter/innen der von den zu behandelnden Dossiers betroffenen Fachpersonen anwesend waren.

Die Untersuchung der verschiedenen Dossiers führte zur Schaffung von Delegationen, die sich 23 Mal getroffen haben, um die Parteien anzuhören und/oder über die Dossiers zu verhandeln, um schliesslich der ständigen Kommission ihre Berichte zu unterbreiten.

## 2.3 Spitäler

### 2.3.1 Allgemeine Tätigkeiten

Das GesA hat die Leistungsaufträge 2014 des HFR und des FNPG abgeschlossen. Es gibt noch viel zu tun, damit die Ziele der reinen Leistungsfinanzierung erreicht werden.

Die beiden Freiburger Privatkliniken und das Geburtshaus «Le Petit Prince» haben für 2014 einen Leistungsauftrag basierend auf einer zukunftsorientierten stationären Spitaltätigkeit erhalten; die Abrechnung der tatsächlichen Tätigkeit erfolgt im Laufe des Jahres 2015. Für das Interkantonale Spital der Broye (HIB) hat das GesA den Leistungsvertrag 2014 mit dem Amt für Gesundheit des Kantons Waadt und der Erziehungsdirektion ausgehandelt. Die Abrechnungen 2013 der Freiburger Spitäler wurden analysiert und zusätzliche Zahlungen des Staats respektive

Rückzahlungen zugunsten des Staats ausgelöst. Im Übrigen beantwortete das GesA zahlreiche Fragen zum Spitalbereich und wirkte in verschiedenen Kommissionen für interkantonale und eidgenössische Pläne mit.

### 2.3.2 Die Spitäler in Zahlen

Die Betriebsrechnung 2014 des HFR verzeichnet Finanzierungsmittel des Staates Freiburg von insgesamt 163 012 070 Franken. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus:

- > 96 595 641 Franken Leistungseinkauf (für stationäre Akutpflege: 87 880 199 Franken – 3 874 135 Franken Leistungen für Patientinnen und Patienten anderer Kantone. Für nicht akute stationäre Leistungen: 12 751 574 Franken – 161 997 Franken Leistungen für Patientinnen und Patienten anderer Kantone)
- > 25 072 681 Franken für gemeinwirtschaftliche Leistungen und andere Leistungen (24 372 681 Franken + 700 000 Franken Überweisung des Staats an das HFR für das mobile Palliativpflege-Team, ein Betrag, der nur über die Bilanzen läuft)
- > 41 343 748 Franken Übergangsfinanzierung

Die Rechnung 2014 des Staats Freiburg weist für alle Buchungsposten der Kosten in Verbindung mit dem HFR einen Betrag von 163 653 537 Franken aus (96 237 108 Franken für Position 3634.020, 9 349 800 Franken für Position 3634.022, 58 066 629 Franken für Position 3634.023). Dieser Betrag setzt sich zusammen aus:

- > 163 136 429 Franken Anzahlung gemäss Leistungsauftrag (96 720 000 Franken Leistungseinkauf, 25 072 681 Franken für gemeinwirtschaftliche Leistungen und andere Leistungen und 41 343 748 Franken Übergangsfinanzierung). Die Endabrechnung wird im 1. Halbjahr 2015 erstellt und mögliche Korrekturen auf die Staatsrechnung 2015 übertragen
- > 1 000 000 Franken Kreditübertrag 2014 auf 2015
- > - 482 892 Franken Rückzahlungen, insbesondere von Schaden Service Schweiz AG für Spitalaufenthalte von Freiburgerinnen und Freiburgern zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung, die jedoch durch einen Unfall verursacht wurden, für die eine Drittperson verantwortlich ist

Das HFR hat dem Staat in Hinblick auf die Abrechnung 2013 einen Betrag von 5 669 767 Franken rückerstattet (Position 4260.084 der Staatsrechnung 2014).

Der Finanzierungsbetrag des Staates an das FNPG beträgt 32 416 384 Franken. Dieser Betrag umfasst die Überweisung von 1 000 000 Franken aus der provisorischen Abrechnung basierend auf der tatsächlichen Tätigkeit. Die definitive Abrechnung 2014 wird im 1. Halbjahr 2015 erstellt. Die Endabrechnung 2013 führte zu einer Rückerstattung von 5 000 000 Franken an den Staat, davon wurden 3 000 000 bereits in den Jahresrechnungen 2013 des Staates und 2 000 000 Franken in den Rechnungen 2014 verbucht.

Für das HIB belief sich die Finanzierung 2014 zu Lasten des Staates gemäss Leistungsvertrag zwischen den Kantonen Waadt und Freiburg auf 10 984 483 Franken. Die endgültige Abrechnung erfolgt 2015 und wird die stationäre Tätigkeit jedes Kantons separat berücksichtigen. Für 2013 hat das HIB dem Staat 98 728 Franken rückerstattet; damit wird der Tätigkeit jedes Kantons Rechnung getragen.

Für die anderen Einrichtungen hat der Staat einen Gesamtbetrag von 33 191 983 Franken entrichtet, darunter 31 886 184 Franken für die für 2014 gemäss Leistungsaufträgen veranschlagten Leistungen und 1 305 799 Franken als Saldo für die Leistungen 2013. Den einzelnen Einrichtungen wurden folgende Beträge entrichtet:

Clinique Générale:	13 849 393 Franken
Daler-Spital:	19 138 112 Franken
Geburtshaus «Le Petit Prince»:	204 478 Franken

Die Endabrechnung erfolgt im Laufe des Jahres 2015 anhand der tatsächlichen Zahlen.

Gemäss Dekret vom 12. September 2012 wurden 3 360 118 Franken für die Umbau- und Vergrößerungsarbeiten des HFR Meyriez-Murten entrichtet.

### 2.3.3 Statistik

Allgemeine Betriebsstatistik 2014 der kantonalen Spitäler für somatische und psychiatrische Krankenpflege

<b>EINRICHTUNGEN</b>	<b>Betten im Jahresdurch- schnitt</b>	<b>Anzahl Austritte (an jedem Standort) (4)</b>	<b>Anzahl Krankentage (an jedem Standort) (5)</b>	<b>Mittlere Aufenthaltsdauer (an jedem Standort)</b>
<b>HFR freiburger spital</b>				
HFR Freiburg - Kantonsspital	324	12 527	98 895	7.9
HFR Tafers	86	2 607	25 227	9.7
HFR Riaz	104	3 747	33 469	8.9
HFR Billens	49	846	15 043	17.8
HFR Châtel-St-Denis	4	54	1 204	22.3
HFR Meyriez-Murten (1)	-	73	73	1.0
<b>Interkantonaales Spital der Broye (2)</b>				
Interkantonaales Spital der Broye, Standort Estavayer-le-Lac	47	759	18 556	24.4
Interkantonaales Spital der Broye, Standort Payerne	105	5 288	28 294	5.4
<b>FNPG Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit</b>				
Stationäres Behandlungszentrum Marsens	170	2 230	62 533	28.0
Stationäres Behandlungszentrum Marsens (3)			(60 986)	
<b>Privatkliniken Freiburg</b>				
	115	10 529	36 563	3.5
<b>Total für somatische und psychiatrische Krankenpflege</b>	<b>1 004</b>	<b>38 660</b>	<b>319 857</b>	<b>8.3</b>

(1) Behandlungen in der Permanence: Verlegung aus medizinischen Gründen in eine andere ausserkantonale Institution (gemäss Abrechnungsregel SwissDRG entspricht dies einem Spitalaufenthalt)

(2) Die Angaben beziehen sich auf das Interkantonale Spital der Broye als Ganzes (inkl. Waadtländer Patienten)

(3) Anzahl der fakturierten Tage im Jahr 2014

(4) Diese Zahlen umfassen auch die Neugeborenen und berücksichtigen die Fallzusammenführungen gemäss Regeln von SwissDRG

(5) Gemäss Definition der Aufenthaltsdauer durch SwissDRG (in Kraft seit 1. Januar 2012), d. h. Austrittsdatum ./ Eintrittsdatum ./ Freitage; im FNPG wird der Abzug der Freitage anders berechnet

## 2.4 Ausserkantonale Spitalaufenthalte

Mit der am 1. Januar 2012 in Kraft getretenen Änderung des KVG zur Spitalfinanzierung ist die Kostenbeteiligung des Staates für ausserkantonale Spitalaufenthalte stark gestiegen. Die mit der KVG-Änderung eingeführte freie Spitalwahl in der ganzen Schweiz bedeutet, dass sich der Staat Freiburg an den Kosten für einen ausserkantonalen Spitalaufenthalt beteiligen muss, wenn das entsprechende Spital entweder auf der Spitalliste des Kantons Freiburg oder auf der Spitalliste des Kantons, in dem es sich befindet, aufgeführt ist. Diese Beteiligung betrug 49 % des Tarifs des Spitals, in dem die Behandlung durchgeführt wird, wenn ein medizinischer Grund vorliegt (Leistung im Kanton nicht erhältlich oder Notfall ausserhalb des Wohnkantons), und 49 % des Freiburger Referenztarifs, wenn die ausserkantonale Behandlung aus rein persönlichen Gründen stattfindet. Das vom GesA bearbeitete Rechnungsvolumen blieb so hoch wie 2012 und 2013.

---

2014 belief sich die Rechnung des Staates Freiburg für die Finanzierung ausserkantonaler Spitalaufenthalte auf 68 247 372 Franken. Rund 51,5 Millionen Franken betrafen Aufenthalte des laufenden Jahres, wohingegen nahezu 16,7 Millionen Franken der Bezahlung von Rechnungen für Aufenthalte von 2013 oder früher dienten.

Die Software «Electronic Health-Government Platform» (eHGP) dient der Bearbeitung der ausserkantonalen Spitalaufenthalte und wurde im Sinne einer gesteigerten Benutzerfreundlichkeit weiter entwickelt. Das GesA hat bei der Entwicklung dieser Software, die von 14 anderen Kantonen und zahlreichen Spitälern verwendet wird, eine äusserst wichtige Rolle gespielt. Ab dem 2. Halbjahr 2014 haben die ersten ausserkantonalen Einrichtungen begonnen, ihre Rechnungen elektronisch zu übermitteln, insbesondere das Inselspital und die Kliniken der Hirslanden-Gruppe in Bern.

## 2.5 Spitalplanung

Aufgrund der KVG-Änderung bezüglich Spitalfinanzierung muss die Spitalplanung überarbeitet werden, damit sie den neuen gesetzlichen Anforderungen (Art. 58b Abs. 5 KVV) Rechnung trägt, d. h. der Qualität und Wirtschaftlichkeit der stationären Leistungen. Gemäss den neuen Gesetzesbestimmungen müssen die Kantone ihre Spitallisten und -planungen überarbeiten, um ein bedarfsgerechtes Angebot für ihre Bevölkerung zu gewährleisten.

Die Arbeiten für die Spitalplanung 2015 wurden in drei Etappen aufgeteilt: Ermittlung des Bedarfs an stationärer medizinischer Versorgung der Freiburger Bevölkerung, Erarbeitung eines Spitalplanungsberichts und Erstellung der Spitalliste.

Die erste Etappe der Spitalplanung 2015 wurde mit der Veröffentlichung des Berichts über die Bedarfsanalyse im ersten Semester 2014 abgeschlossen. Dank dem Bericht über die Bedarfsanalyse ist eine Beurteilung des Bedarfs der Kantonsbevölkerung an KVG-relevanten stationären Leistungen in Akutsomatik, Rehabilitation, Psychiatrie und Palliative Care unabhängig vom Behandlungsort möglich. Zu diesem Zweck wurde von der aktuellen Nachfrage der Freiburger Bevölkerung an stationärer Versorgung ausgegangen, um die künftigen Bedürfnisse am Zeithorizont 2020 zu bestimmen. Dabei wurden Einflussfaktoren wie die demografische, epidemiologische und medizintechnische Entwicklung berücksichtigt. Bei der Definition der künftigen Leistungsaufträge stützte sich der Kanton auf das Konzept der Spitalplanungsleistungsgruppen, das der Kanton Zürich in Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern entwickelt hat und von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) empfohlen wird.

Die 2. Phase des Prozesses begann mit der Erarbeitung der Pflichtenhefte, durch welche die Leistungsgruppen medizinisch begründeten Anforderungen unterstellt werden, wie zum Beispiel die Kombination von Leistungsgruppen, die eine umfassende Betreuung des Patienten ermöglichen, das Vorhandensein von unterstützenden Disziplinen (Intensivpflege, Notfallstation usw.), die Beachtung von Mindestfallzahlen (kritische Masse), erforderliche Mittel usw. Im Rahmen des am 13. Juni 2014 lancierten Ausschreibungsverfahrens wurden die Spitäler eingeladen, ihre Angebote für die verschiedenen Leistungsgruppen bzw. für einen Eintrag auf der Spitalliste einzureichen. Nach der Analyse aller fristgerecht eingegangenen Angebote wurde ein Vorschlag ausgearbeitet, der die Liste der künftigen Listenspitäler bzw. die Zuteilung der Leistungsaufträge ab 2015 umfasst. Die Ergebnisse dieser Analysen werden im Planungsbericht vorgestellt und die Leistungsaufträge sind auf der Spitalliste aufgeführt.

Die 3. und letzte Etappe des Spitalplanungsprozesses ist die Verabschiedung der Spitalliste durch den Staatsrat für die KVG-relevanten Leistungen. Der Staatsrat trifft seine Entscheidung auf Vorbescheid der Kommission für Gesundheitsplanung und nach Konsultation des Grossen Rates. Der Staatsrat sollte die neue Spitalliste Ende März 2015 verabschieden können. In der Zwischenzeit gilt für die Leistungsaufträge die Spitalliste 2012.

## 2.6 Hilfe und Pflege zu Hause

Das GesA ist für die Subventionierung der staatlich beauftragten Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause zuständig. Es erlässt daher Weisungen für die Erstellung der Voranschläge und Jahresrechnungen und prüft die personenbezogenen Lohndaten des von ihm subventionierten Personals. Für die GSD prüft das Amt die Gesuche um Anpassung der Personaldotation der Dienste und die Gesuche um Betriebsbewilligungen. Es beantwortet ausserdem Fragen im



Zusammenhang mit der Hilfe und Pflege zu Hause und beteiligt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an interkantonalen und eidgenössischen Arbeiten. Ferner beaufsichtigt es die Erhebung der Daten für die eidgenössische Statistik der Hilfe und Pflege zu Hause und validiert die Daten, die dem Bund übermittelt werden. Diese Statistik beinhaltet auch die selbstständig tätigen Pflegefachpersonen, die im Kanton Freiburg wohnhaft sind, sowie die privaten Organisationen für Hilfe und Pflege zu Hause ohne Auftrag.

2014 haben elf von der öffentlichen Hand beauftragte Dienste Leistungen der Hilfe und Pflege zu Hause angeboten. Überdies wurden Leistungen der Ergotherapie zu Hause erbracht, entweder durch die Dienste selbst oder aber durch eine/n private/n Ergotherapeutin/Ergotherapeuten, mit der/dem sie einen Vertrag abgeschlossen haben. Diese zehn Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause, die von den Gemeinden beauftragt werden, und die Freiburger Diabetes-Gesellschaft, die von der GSD beauftragt wird, decken die Bedürfnisse der gesamten Freiburger Bevölkerung und beziehen einen Kantonsbeitrag. Der Beitrag für die von den Gemeinden beauftragten Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause beträgt 30 % der Kosten für Pflegepersonal, Familienhilfen und Haushilfen, wobei der Ertrag aus der Verrechnung der Leistungen zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung vorgängig abgezogen wird. Für die Freiburger Diabetes-Gesellschaft, die von der GSD beauftragt wird, berechnet sich der kantonale Beitrag anhand der Betriebskosten der Fusspflege, wobei der Ertrag aus der Verrechnung der Leistungen zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung vorgängig abgezogen wird.

2014 erreichten die kantonalen Beiträge an die Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause 5 479 352.40 Franken.

<b>Ordentliche Subvention</b>	<b>Anzahlungen 2014</b>	<b>Korrekturen Vorjahre</b>	<b>Entrichteter Restbetrag 2013</b>	<b>Total entrichtet im 2014</b>
Kreditübertrag 2013–2014		-78 000.00		-78 000.00
Saane	1 009 346.00		70 449.30	1 079 795.30
Sense	697 078.00	77 485.75	95 989.15	870 552.90
Greyerz	1 013 396.00	8 509.75	145 037.45	1 166 943.20
See	390 280.00	-8 571.00	28 019.55	409 728.55
Glane	570 064.00		110 090.45	680 154.45
Broye	555 226.00		86 434.40	641 660.40
Vivisbach	411 434.00		58 230.75	469 664.75
Diabetes-Gesellschaft (Art. 7 KLV)	116 800.00		44 052.75	160 852.85
Kreditübertrag 2014-2015	-.-		200 000.00	200 000.00
<b>TOTAL</b>	<b>4 763 624.00</b>	<b>-575.50</b>	<b>838 303.90</b>	<b>5 601 352.40</b>

In den Subventionen 2014 sind 4 763 624 Franken für die Anzahlungen 2014 und 715 728.40 Franken als Saldo 2013 sowie die Berichtigungen der Vorjahre enthalten.

Die kantonalen Beiträge an die anderen Dienste und Leistungen für den Verbleib zu Hause verteilen sich wie folgt:

<b>Unterstützte Einrichtung</b>	<b>Kantonsbeitrag (in Franken)</b>
Freiburger Diabetes-Gesellschaft, Beratung (Art. 9 KLV)	55 750.00
SVF	192 500.00
Pro Senectute, Reinigungsdienst	112 500.00
Freiburgisches Rotes Kreuz, Entlastungsdienst für Angehörige	36 250.00
Schweizerische Alzheimervereinigung, Entlastung zu Hause	22 500.00
<b>Total</b>	<b>419 500.00</b>

Am 1. April 2014 hat der Staatsrat mit rückwirkender Wirkung per 1. Januar 2014 eine Änderung der Verordnung über die Neuordnung der Pflegefinanzierung mit neuen Tarifen für die Leistungen der selbstständigen Pflegefachpersonen angenommen. Die öffentliche Hand übernimmt dadurch unter Anwendung des Bundesgesetzes vom 13. Juni 2008 über die Neuordnung der Pflegefinanzierung die Restpflegekosten bei selbstständigem Pflegefachpersonal. Das GesA ist mit der Überprüfung und der Begleichung der vom Pflegefachpersonal eingereichten Rechnungen betraut. Die Beteiligung der Gemeinden wird ihnen vom Amt dank der Anwendung



---

«DComm» erstattet, die ebenfalls 2014 implementiert wurde. Im Rahmen der neuen Pflegefinanzierung hat das GesA Restpflegekosten für 68 Pflegefachpersonen bezahlt, die 25 348 Stunden bei Freiburger Patientinnen und Patienten geleistet haben, für einen Gesamtbetrag von 198 763.90 Franken; davon wurden 129 196.45 Franken, also 65 %, den Gemeinden weiterbelastet.

Das GesA hat den ausserkantonalen Diensten für Hilfe und Pflege zu Hause einen Beitrag für Leistungen zugunsten von Freiburger Patientinnen und Patienten entrichtet. Diese Beteiligung ist jedoch vernachlässigbar klein.

## **2.7 Palliativpflege**

Infolge eines 2009 vom Grossen Rat angenommenen Postulats hat das GesA die Erstellung eines kantonalen Palliativpflegekonzepts und eines Aktionsplans abgeschlossen. Die Erarbeitung und Umsetzung des Konzepts und der Massnahmen wurden überdies ins Regierungsprogramm 2012–2016 aufgenommen.

Im Laufe der Erarbeitung fanden zahlreiche Treffen mit den vor Ort tätigen Akteurinnen und Akteuren, pflegenden Angehörigen und Gesundheitsfachpersonen statt, die im Laufe dieses Prozesses verschiedene Male konsultiert worden sind. Durch das Konzept können die bereits vom Staat und den halböffentlichen sowie privaten Organisationen unternommenen Initiativen gestärkt werden. Ziel ist ausserdem, neue Projekte umzusetzen, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausbildung von Gesundheitsfachpersonen und zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen.

Das kantonale Palliativpflegekonzept und sein Aktionsplan werden Anfang 2015 in die Vernehmlassung geschickt.

## **2.8 Gesundheitsförderung und Prävention**

### **2.8.1 Planung, Leistungsaufträge und spezifische Projekte**

Der Sektor Gesundheitsförderung und Prävention, geleitet von der kantonalen Beauftragten für Gesundheitsförderung und Prävention, stellt die Zweckmässigkeit der Präventionsaktionen, die Nachkontrolle und die Koordination zwischen den verschiedenen Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekten sicher, die mit den kantonalen Prioritäten in diesem Bereich im Zusammenhang stehen.

2014 hat der Sektor den Aktionsplan des kantonalen Plans für Gesundheitsförderung und Prävention 2007–2011 weiter umgesetzt. Dieser war im Mai 2007 vom Staatsrat für 2007–2011 genehmigt und danach bis 2015 verlängert worden. Der Aktionsplan will in der Gesellschaft eine dauerhafte Wirkung erzielen, indem er von den bekannten Gesundheitsbedürfnissen der Freiburger Bevölkerung ausgeht und sich auf eine langfristige Vision der Gesundheitspolitik des Kantons abstützt.

Der Sektor hat die Ergebnisse der Beurteilung des Kantonalen Plans zur Gesundheitsförderung und Prävention ausgewertet. Die Kantonale Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention, die GSD sowie die Einrichtungen der Gesundheitsförderung und Prävention mit Leistungsauftrag haben die Ergebnisse der Beurteilung 2014 diskutiert.

Der Sektor kümmert sich auch um die Vorbereitung und die Betreuung der Dossiers der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention. Im Jahr 2014 hat die Kommission zu mehreren beim Fonds für die Bekämpfung der Drogenabhängigkeit eingegangenen Anfragen Stellung genommen und sich in Hinblick auf eine Revisionszeit für die Überlegungen zu den Ergebnissen der Bewertung des kantonalen Plans genommen.

Das Budget des Sektors besteht zum einen aus Subventionen für die Leistungen von Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention, zum anderen aus Subventionen für spezifische Projekte. 2014 wurden den Leistungen von Institutionen 2 491 450 Franken und den spezifischen Projekten insgesamt 377 100 Franken zugesprochen. In diesen Beträgen sind auch der Anteil am Alkoholzehntel, den die Eidgenössische Alkoholverwaltung dem Kanton entrichtet, und die Beträge von Gesundheitsförderung Schweiz zugunsten des Freiburger Aktionsprogramms «Gesundes Körpergewicht» enthalten. Die Loterie Romande leistete Unterstützung.

Die diesen Institutionen zugeteilten Aufgaben und deren Ziele sowie die damit verbundenen Leistungen sind in einem Leistungsauftrag der GSD definiert. Demgemäss hat das GesA acht einjährige Leistungsaufträge mit diesen Institutionen abgeschlossen. Diese Arbeit mündete in der Ausarbeitung von 20 Jahreszielen im Zusammenhang mit

---

den strategischen Zielen des kantonalen Plans für Gesundheitsförderung und Prävention. Zwecks besserer Steuerung der staatlichen Ressourcen wurden 2014 auch jährliche Leistungsaufträge mit den Mütter- und Väterberatungsdiensten abgeschlossen.

Die spezifischen Projekte sind gezielte Aktionen zur Gesundheitsförderung und Prävention, die einem bestimmten Thema gelten. Sie sind zeitlich befristet und müssen systematisch evaluiert werden.

## 2.8.2 Kantonale Programme

### a. Gesundes Körpergewicht

Die 2. Phase des kantonalen Freiburger Programms «Ich ernähre mich gesund und bewege mich ausreichend» wurde in Zusammenarbeit mit Gesundheitsförderung Schweiz lanciert. Die Vorsteher der verschiedenen Ämter und Dienste der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) und der GSD steuern dieses Programm. Zu den 2014 umgesetzten Elementen gehören zum Beispiel die Unterstützung verschiedener Projekte im Zusammenhang mit den Themen «Ernährung und Gesundheit», die Organisation einer Schulung für ärztliche Grundversorger, die Umsetzung einer kantonsübergreifenden Fortbildung für Hebammen, die Teilnahme an der Ausstellung *L'Oracle du Papillon* mit Tagen zur Ernährung und der nachhaltigen Entwicklung sowie die Organisation einer halbtägigen Netzwerktagung zum Thema «Selbstwahrnehmung».

### b. Konzept «Gesundheit in der Schule»

Auf Ebene der schulärztlichen Betreuung wurde die Umsetzung des detaillierten jährlichen Massnahmenplans, der auf dem kantonalen Konzept «Gesundheit in der Schule 2014–2017» basiert, gestartet. Die kantonale Fachstelle für Gesundheit in der Schule, die für die Umsetzung des Projekts zuständig ist und aus Vertreterinnen und Vertretern der EKSD und der GSD besteht, hat daher verschiedene Dossiers, die mit diesem Konzept zusammenhängen, betreut und koordiniert. Die Fachstelle hat ausserdem:

- > zehn Projekte zur Gesundheitsförderung und Prävention in den Schulen genehmigt
- > eine Begleitgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern des Schul- und Gesundheitsbereich geschaffen
- > das kantonale Netzwerk Gesundheitsfördernder Schulen verwaltet und einen halbtägigen Informations- und Vorstellungstag für die Gesundheitsinstitutionen des Kantons in Verbindung mit den Schuleinrichtungen organisiert
- > bei der Umsetzung oder Aktualisierung der erzieherischen Instrumente in Verbindung mit dem Konzept, den Gesundheitsprioritäten sowie dem Westschweizer Lehrplan mit den Partnereinrichtungen der Schule und der Gesundheitsförderung zusammengearbeitet

### c. Tabak

Des Weiteren war die Fachstelle an der Lancierung des zweiten Kantonalen Programms zur Tabakprävention 2014–2017 beteiligt, das von der Tabakpräventionsstelle CIPRET umgesetzt und vom Kanton sowie über den nationalen Tabakpräventionsfonds kofinanziert wird. Zu den Haupterrungenschaften des Programms können, neben der Weiterverfolgung der Tätigkeiten des früheren Plans, die Initialisierung neuer Projekte rund um die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Tabakprävention, die Prävention durch Peers in den Freizeitzentren und Projekte in Verbindung mit den Schulen in Abstimmung mit der Fachstelle für Gesundheit in der Schule genannt werden.

### d. Psychische Gesundheit

Der kantonale Plan für Gesundheitsförderung und Prävention betrachtet die psychische Gesundheit als eine der Prioritäten des Kantons Freiburg. Die Ausarbeitung eines kantonalen Plans zur Förderung der psychischen Gesundheit gehört zu den Zielen des Regierungsprogramms 2012–2016 des Staatsrates.

Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme bei 180 Freiburger Partnerinnen und Partnern wurden den Mitgliedern des Projektsteueraussschusses sowie den Mitgliedern der Kantonalen Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention vorgestellt. Dank dem Beitrag der Mitglieder konnte der zusammenfassende Bericht der Bestandsaufnahme ergänzt und abgeschlossen werden; er ist auf der Website des Amtes verfügbar.

---

Diese Arbeiten wurden durch eine Analyse der statistischen Daten ergänzt: einerseits eine selektive Analyse der Literatur (momentan auf der GesA-Website verfügbar), andererseits eine Auswertung von Umfrageergebnissen. Die Untersuchung der Strategien anderer Kantone dient ebenfalls als Grundlage für die Projektentwicklung.

Schliesslich hat der Kanton Freiburg im Rahmen des Projekts «Psychische Gesundheit» des Dialogs Nationale Gesundheitspolitik an einer von Interface geleiteten Studie teilgenommen; die Studie zielte darauf ab, ein detailliertes Bild der Kantonstätigkeiten zu erstellen und die vorhandenen Bedürfnisse auf Kantonsebene auszumachen. Der Bericht ist auf der Website des Bundesamts für Gesundheit abrufbar ([www.bag.admin.ch/themen/gesundheitspolitik](http://www.bag.admin.ch/themen/gesundheitspolitik) > Psychische Gesundheit > Dialog-Projekt Psychische Gesundheit).

#### **e. Alkohol**

Die Ausarbeitung des kantonalen Alkoholaktionsplans (KAAP) wird vom Kantonsarztamt (KAA) und dem Amt für Gesundheit (GesA) gemeinsam geleitet. Zwei Projektleiter gewährleisten die Entwicklung des kantonalen Plans.

Im Jahr 2014 wurde intensiv mit der Partnergruppe des KAAP zusammengearbeitet. Die Partnergruppe besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Gewerbepolizei, der Oberamtmännerkonferenz, der kantonalen Fachstelle für Gesundheit in der Schule, dem Kantonsarztamt, der Kantonspolizei, von REPER, der Suchtpräventionsstelle, dem Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS) und Pro Senectute; sie hat aktiv an verschiedenen Workshops zur Abklärung der prioritären Kantonsbedürfnisse teilgenommen und Überlegungen zur Vision und den Zielen des kantonalen Plans ausgelöst. Die Arbeit mit der Partnergruppe wird 2015 weitergeführt.

Ausserdem besteht durch den Projektleiter eine enge Verbindung zwischen dem KAAP und der Arbeitsgruppe, die mit dem Projekt für die Koordination der Betreuung Suchtkranker betraut ist.

#### **2.8.3 Kantonale, interkantonale und nationale Beziehungen**

Der Sektor Gesundheitsförderung und Prävention ist in der Kantonalen Kommission für die Verwendung des Fonds für die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht vertreten. In diesem Rahmen ist er ebenfalls Teil der Arbeitsgruppe, die mit den Überlegungen zur Verstärkung der Information und Erwachsenenbildung zu den Themen Spiel – Bildschirme – Internet betraut ist.

Ausserdem ist er Mitglied im Steuerungsausschuss des Projekts «Nachhaltige Entwicklung: Strategie und Aktionsplan». Hierbei ist er Mitglied des Audit-Teams «Kompass 21» und hat in diesem Zusammenhang an der Beurteilung der Nachhaltigkeit des Projekts Senior+ und des Bundesgesetzes über die Raumplanung teilgenommen. Weiter hat er an einem Workshop mit der Konsultativkommission für die nachhaltige Entwicklung zur Erarbeitung neuer Massnahmen teilgenommen.

Seit 2014 ist eine neue kantonale Kommission für Suchtfragen im Einsatz. Seither hat der Sektor an den zwei Sitzungen der Kommission teilgenommen.

Der Sektor Gesundheitsförderung und Prävention hat an den Sitzungen der Gruppierung «Groupement de promotion, de prévention et d'éducation à la santé du canton de Fribourg» (GES) teilgenommen. Die Rolle der GES wird momentan überdacht.

Auf interkantonaler Ebene ist der Sektor im Rahmen der «Commission de prévention et de promotion de la santé» (CPPS) des «Groupement des services de santé publique» (GRSP) aktiv. Er ist Mitglied eines Steuerungsausschusses, der für die Umsetzung einer Weiterbildung in den Bereichen Gesundheitsförderung und *Public Health* zuständig ist, sowie einer interkantonalen Arbeitsgruppe zur psychischen Gesundheit.

Auf nationaler Ebene hat er an der Jahresversammlung der Vereinigung der kantonalen Beauftragten für Gesundheitsförderung (VBGF) sowie an anderen Tagungen der VBGF teilgenommen, bei denen es um verschiedene Themen der Gesundheitsförderung und Prävention ging. Zudem ist der Sektor Gesundheitsförderung und Prävention Mitglied des VBGF-Vorstands; seit Ende 2014 hat er das Vizepräsidium des Vorstands inne und hat aktiv an dessen Sitzungen sowie an den VBGF-Tagungen teilgenommen.

Die Sektorchefin (Beauftragte für Suchtprävention und Gesundheitsförderung) ist Mitglied der Expertinnen- und Expertenkommission des Tabakpräventionsfonds.

---

In Verbindung mit der Erarbeitung der nationalen Strategie der Prävention nicht übertragbarer Krankheiten ist der Sektor Mitglied der Arbeitsgruppe, die sich mit dem Teilprojekt zur Prävention der Risikofaktoren auseinandersetzt. Ausserdem hat er während des ganzen Berichtsjahrs an zahlreichen Symposien und Konferenzen teilgenommen, die mit den kantonalen Prioritäten einhergehen.

Schliesslich hat der Sektor Gesundheitsförderung und Prävention im Bereich Weiterbildung mehrere Vorträge gehalten: einen an der Hochschule für Gesundheit zum Thema Gesundheitsförderung und Prävention in der Schweiz und im Kanton Freiburg (allgemeiner Rahmen und Projektbeispiele), einen über die öffentliche Verwaltung, das Führen mit Leistungsauftrag und die Beurteilung an der Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit sowie einen im Rahmen des Certificate of Advanced Studies (CAS) in Gesundheitsförderung und Community Health zum Thema Beurteilung.

## **2.9 Tätigkeit des Kantonsapothekers**

Der Kantonsapotheker hat Informations- und Kontrollaufgaben inne und nimmt an Projekten im Bereich Heilmittel teil (Arzneimittel und Medizinprodukte), um deren angemessene Verwendung zu fördern. Dafür arbeitet er eng mit den Partnerinnen und Partnern zusammen, insbesondere mit den Gesundheitsfachpersonen und den verschiedenen Dienststellen der Kantonsverwaltung, den anderen Kantonen und dem Bund.

### **2.9.1 Information und Ausbildung der Partnerinnen und Partner**

2014 lag der Schwerpunkt auf den Medizinprodukten sowie der Verschreibung und Abgabe von Medikamenten, die der Gesetzgebung über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe unterliegen. Die Hauptpartnerinnen und -partner waren Ärztinnen/Ärzte und Apotheker/innen bei den Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen sowie Zahnärztinnen/Zahnärzte und Technikverantwortliche der Spitäler und Altersheime bei den Medizinprodukten.

Die Information zu den Heilmitteln an Personen mit einer Bewilligung für die Ausübung eines universitären Medizinalberufs, insbesondere solche, die ihre Studien im Ausland absolviert haben und über keine Berufserfahrung in der Schweiz verfügen, wurde verstärkt. Dazu wird bei den Gesprächen im Rahmen der Bewilligung einer selbstständigen Tätigkeit eine Basisinformation abgegeben.

### **2.9.2 Kontrolle**

Im Berichtsjahr wurden in den 71 öffentlichen Apotheken, 47 Pflegeeinrichtungen, elf ärztlichen Privatapotheken, 13 kantonalen Drogerien sowie in den 20 Pharmaunternehmen, die Arzneimittelgrosshandel betreiben, 35 Inspektionen durchgeführt.

2014 verlangten sieben Inspektionen (20 %) einen grossen Zusatzaufwand; die betroffenen Unternehmen haben Korrekturmassnahmen umgesetzt, um ihre Tätigkeit fortführen zu können. Bei sieben Inspektionen (20 %) wurden keine Abweichungen festgestellt. Bei den 21 anderen Inspektionen (60 %) waren die Ergebnisse gut und zufriedenstellend und es wurden nur kleinere und mittlere Unregelmässigkeiten festgestellt.

Durch die Inspektionen werden die Unternehmensleiter angeregt, ein hochwertiges Niveau und angemessene Dienstleistungen im Interesse der Verbraucher/innen von Arzneimitteln und Medizinprodukten, insbesondere Patientinnen und Patienten, zu gewährleisten. Anderer positiver Nebeneffekt der Inspektionen ist die Ermittlung des Informationsbedarfs.

### **2.9.3 Beitrag an verschiedene Projekte**

Ein wichtiges Projekt betrifft die «Pharmazeutischen Dossiers», mit dem Spital- und Notfallärztinnen/-ärzte auf die Arzneimittelanamnese der Patientinnen und Patienten zugreifen und damit unangemessene Behandlungen oder Therapiefehler vermeiden können. Im Jahr 2014 wurden in den Apotheken des Kantons Freiburg zu Jahresbeginn 8609, zu Jahresende 13 973 pharmazeutische Dossiers eröffnet. Die Zahl der Patientinnen und Patienten, die ein pharmazeutisches Dossier eröffnet haben, genügt nun für eine regelmässige Nutzung durch die Notfalldienste der Spitäler und der Ärztinnen und Ärzte, die Informationen für die medikamentöse Therapie benötigen.

Ein neuartiges Projekt zur Kontrolle der von den Zahnärztinnen und Zahnärzten verwendeten Medizinprodukte konnte umgesetzt werden. Eine Vereinbarung mit dem Dachverband (SSO-FR) wurde unterzeichnet, der mit den

Inspektionen der Zahnpraxen zu genauen Rahmenbedingungen beauftragt ist; die Ausbildung der mit den Inspektionen betrauten Personen wurde dabei vom Kantonsapotheker gewährleistet.

#### 2.9.4 Substitutionsbehandlungen

Die administrativen Prozesse und die Rahmenbedingungen für die Umsetzung von substitutionsgestützten Behandlungen Opioidabhängiger werden aktualisiert und gestrafft. Die Ausbildung der betroffenen Gesundheitsfachleute ist eine zwingende Bedingung für die Betreuung der Patientinnen und Patienten.

#### 2.9.5 Fortbildung Offizinapothekerinnen und -apotheker

In Zusammenarbeit mit dem Apothekerverband des Kantons Freiburg wurden neue Normen für die Fortbildung in Offizinpharmazie erstellt. Der Kantonsapotheker ist für die Kontrolle ihrer Anwendung zuständig.

#### 2.9.6 Pharmazeutische Betreuung in Pflegeheimen

Das Konzept der pharmazeutischen Betreuung in Pflegeheimen beschränkt sich nicht mehr nur auf die Gewährleistung einer sicheren und wirtschaftlichen Arzneimittelversorgung: Die zuständigen Apothekerinnen und Apotheker werden Schritt für Schritt vermehrt zur angemessenen Anwendung von Arzneimitteln beitragen; dies werden sie insbesondere durch Analyse der Arzneimittelbehandlung in Zusammenarbeit mit den Ärztinnen und Ärzten für die Kontrolle der Interaktionen erreichen, vor allem, wenn die Therapie sehr komplex ist. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, wurde das Pflichtenheft der Apothekerinnen und Apotheker angepasst. Seine Aktualisierung ging mit Absprache des Apothekerverbands des Kantons Freiburg und der Vereinigung Freiburgerischer Alterseinrichtungen (VFA) über die Bühne.

### 2.10 Krankenversicherung

Seit dem 1. Januar 2012 sind die Gemeinden für die Bearbeitung der Gesuche im Zusammenhang mit der Befreiung von der Versicherungspflicht zuständig, wobei diese bei der Prüfung besonderer Dossiers auf die technische und juristische Unterstützung des GesA zählen können.

Diesbezüglich hat das GesA 623 Stellungnahmen abgegeben: 57 % der Freistellungsgesuche betrafen Personen in Aus- oder Weiterbildung sowie in Lehre und Forschung tätige Personen an Ausbildungsstätten. Knapp 41 % der Gesuche wurden von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingereicht und 2 % betrafen Rentnerinnen und Rentner.

Personenkategorie	Anzahl Stellungnahmen
Ausbildung	358
Arbeitnehmer/innen	253
Rentner/innen	12
Total	623

Unter Berücksichtigung der Änderung per 1. Januar 2015 zur Tätigkeit einer Versicherungsgesellschaft im Bereich der Leistungsdeckung für ausländische Personen in Ausbildung hat das GesA die betroffenen Gemeinden eingeladen, die auf ihrem Gebiet wohnhaften und dieser Versicherung angeschlossenen Personen zu kontaktieren, damit ihr Beitritt zu einem neuen Versicherer mit Zugang zu Leistungen in der Schweiz überprüft werden kann.

Die Daten im Zusammenhang mit der Prämienenkung zugunsten von Personen, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, sind dem Bericht der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSVA) zu entnehmen.

### 2.11 Schülerunfallversicherung

#### 2.11.1 Tätigkeit

Seit der Auflösung der Schülerunfallversicherung ist das GesA mit der Abwicklung der hängigen Fälle betraut; diese betreffen Unfälle, die vor dem 1. September 2006 eingetreten sind. Hinzu kommt die Gewährung von finanziellen Beiträgen in Härtefällen, die nach diesem Datum eintreten bzw. eingetreten sind. Das GesA behandelt alle Anfragen

---

im Zusammenhang mit der Schülerunfallversicherung und verwaltet das Archiv. Oftmals erhält es Informationsanfragen zu alten Dossiers.

### 2.11.2 Leistungen

Die Leistungen des Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung können wie folgt eingeteilt werden:

#### a. **Behandlungskosten für Unfälle, die vor der Aufhebung der Versicherung im 2006 eingetreten sind**

Auch nach der Aufhebung der Schülerunfallversicherung ist die Kostenübernahme für die Behandlung nach den vorher geltenden Regeln gewährleistet, d. h. die komplementäre und subsidiäre Finanzierung aller Behandlungskosten bis fünf Jahre nach dem Ende der obligatorischen Mitgliedschaft. Für Kinder, die zum Zeitpunkt der Abschaffung der Schülerunfallversicherung am 31. August 2006 noch versichert waren, werden die Kosten noch während maximal fünf Jahren nach Beendigung des Besuchs der Schule, in der sie vorher versicherungspflichtig gewesen wären, übernommen (z. B. Sekundarschule, Schule für technische und landwirtschaftliche Berufe, jedoch mit Ausnahme der Universität und der Berufslehre).

Die Ausgaben für die Leistungen sind seit 2011 stabil. 2014 kam es in 14 Fällen zu einer Rückerstattung für einen Gesamtbetrag von 8881.85 Franken (Behandlungskosten). Mit 8661.85 Franken (97,5 %) macht die Zahnpflege fast die gesamten Kosten aus, die Arztkosten betragen 220 Franken (2,5 %).

#### b. **Finanzielle Beiträge zugunsten von Familien verunfallter Kinder in Härtefällen**

Ein finanzieller Beitrag aus dem Fonds ist dazu bestimmt ist, die Lebensbedingungen von nach dem 1. September 2006 verunfallten, von Invalidität oder langfristiger Hilflosigkeit betroffenen Kindern zu verbessern. 2014 wurde kein solcher Beitrag entrichtet.

### 2.11.3 Buchführung

Der Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung wird selbstständig verwaltet und hat eine eigene Buchhaltung. Betriebsrechnung und Rechnungsergebnis des Staates sind daher nicht von diesen Transaktionen betroffen. Bei der Schaffung des Fonds wurde vorgesehen, dass dieser zinsfrei ist.

2014 ist die Rückstellung für garantierte Behandlungen um 8881.85 Franken, die Rückstellung für Restrukturationskosten um 4685.10 Franken gesunken. Der Verlust von 42 009.75 Franken aus dem Rechnungsjahr 2013 wurde durch das Kapital für Laufendes kompensiert.

Das Geschäftsjahr 2014 schloss mit einem negativen Betriebsergebnis von 40 806.05 Franken.

Am 31. Dezember 2014 enthielt der Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung 5 858 599.65 Franken.

## 3 Kantonsarztamt (KAA)

---

Kantonsarzt: Dr. Chung-Yol Lee

### 3.1 Prävention und Gesundheitsförderung

#### 3.1.1 Übertragbare Krankheiten

##### a. **Meldung übertragbarer Krankheiten**

Im Jahr 2014 hat das Kantonsarztamt in enger Zusammenarbeit mit den sanitätsdienstlichen Partnerinnen und Partnern des Kantons, den Westschweizer Kantonen und dem Bund Vorbereitungen für einen eventuellen Ebola-Fall auf Freiburger Boden getroffen.

Die Masernsituation blieb stabil; 2014 sind lediglich drei Fälle gemeldet worden. Die Durchimpfung von 16-jährigen Jugendlichen mit zwei Dosen ist von 88 % im Jahr 2010 auf 91 % im Jahr 2013 gestiegen. Ziel ist es, für die



Ausrottung von Masern gemäss Ziel des Bundes eine Impfabdeckungsrate von 95 % zu erreichen. In diesem Rahmen wurde in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Gesundheit Freiburg ein Kommunikationscoaching für die familiennahen Fachpersonen, «Conseil en matière de vaccination contre la rougeole», organisiert.

#### **b. Impfkampagne gegen Humane Papillomaviren (HPV) für junge Mädchen**

Seit der Lancierung des kantonalen Impfprogramms gegen HPV (Gebärmutterhalskrebs) Ende August 2008 wurden bis Ende 2014 schätzungsweise 12 800 Mädchen geimpft (ca. 10 200 im Rahmen der schulärztlichen Betreuung und ca. 2600 in den Arztpraxen).

### **3.1.2 Nicht übertragbare Krankheiten**

#### **a. Kantonales Programm für die systematische Früherkennung von Brustkrebs**

Die Krebsliga Freiburg hat die systematischen Brustkrebs-Vorsorgeuntersuchungen durch Mammographie auf Mandat des Staats weitergeführt. Seit dem 1. Januar 2014 wurde der systematische Versand von Einladungen auf Frauen bis zum vollendeten 74. Lebensjahr ausgeweitet. Da dieser Versand auf zwei Jahre aufgeteilt wurde, wird die Beteiligung in den Statistiken separat behandelt.

#### **Monitoring der Tätigkeit 2014:**

<b>Versandte Einladungen</b>	<b>19 718</b>
Nicht zugelassene Frauen	225
Zugelassene Frauen	19 493
Durchgeführte Mammographien	10 341
Beteiligung Frauen von 50 bis 69 Jahren	55.8 %
Beteiligung Frauen von 70 und mehr Jahren	36.7 %
Anzahl Frauen für einen Recall <sup>1</sup>	485
Recall-Rate	4.7 %

<sup>1</sup> Es handelt sich um Frauen, bei der die Mammographie eine Anomalie gezeigt hat, die Anlass zu einer Aufforderung für weitere Untersuchungen gab.

Die durchschnittliche Beteiligung in den französischsprachigen Bezirken liegt bei 62 %, also ein sehr hoher Wert, gegenüber 42,3 % in den zwei deutschsprachigen und zweisprachigen Bezirken. Die Zahl der im Rahmen des kantonalen Programms erkannten Krebserkrankungen lag 2013<sup>1</sup> bei 57. Zur Erinnerung: Die Anzahl der erkannten Krebserkrankungen kann erst sechs bis zwölf Monate nach dem Datum der Screening-Mammographie bestätigt werden. Zudem ist zu erwähnen, dass mehrere akkreditierte Freiburger Röntgeninstitute am Programm teilnehmen: das freiburger spital (Standorte Freiburg, Merlach, Riaz), das Daler-Spital, das «Centre d'Imagerie de Fribourg» (CIMED), das Interkantonale Spital der Broye und Givision Bulle. Alle Brustkrebs-Früherkennungsprogramme sind Mitglied von swiss cancer screening, wodurch 2014 Folgendes ermöglicht wurde:

- > eine Aktualisierung des Informationsmaterials an die Frauen
- > die Einführung einer neuen Informatikplattform
- > die aktive Teilnahme an der Erarbeitung von neuen Qualitätsnormen für die organisierte Krebserkennung, die es ab 2015 progressiv umzusetzen gilt
- > gemeinsame Massnahmen für die Evaluierung und Qualitätskontrolle

#### **b. Freiburger Krebsregister**

2013 hat das Freiburger Krebsregister 2606 neue Fälle verzeichnet (alle Lokalisationen und alle Tumorarten zusammengenommen), davon 1281 invasive Krebsfälle (ohne Haut und ohne gutartige Tumore des zentralen Nervensystems, jedoch mit Melanomen).

<sup>1</sup> letzte verfügbare Daten



Altersgruppe	0–19		20–49		50–59		60–69		70–79		80		Total		Total FR
	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	Total M+W
2013	1	2	65	91	136	114	219	146	212	102	209	84	742	539	1281

Die Auswertung dieser Daten seit 2006 weist auf eine progressive Zunahme der Anzahl jährlicher Fälle hin. Diese ist auf das Wachstum der Bevölkerung zurückzuführen, die von 258 252 Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 2006 auf 297 622 im Jahr 2013 gestiegen ist, denn die Häufigkeitsraten (Anzahl Fälle/100 000 Einwohner/innen) bleiben stabil.

Brustkrebs bleibt die häufigste Krebsart bei Frauen, bei Männern ist es Prostatakrebs.

#### Häufigste Krebslokalisationen im Jahr 2013:

Männer		Frauen	
Prostata	196	Brust	175
Bronchien und Lunge	96	Bronchien und Lunge	41
Dickdarm	86	Dickdarm	47

Die Aufteilung nach Altersklasse zeigt, dass 76 % der Krebsfälle nach 50 Jahren auftreten, was die Umsetzung von Früherkennungsmassnahmen und verstärkte Kontrollen ab diesem Alter rechtfertigt; die Gesundheitsförderung und Primärprävention ist jedoch für alle Alterskategorien bestimmt.

Die dritte Ausgabe der Publikation des Krebsregisters zum Thema Lungenkrebs ist wie geplant im September 2014 erschienen und wurde breitflächig an alle Akteurinnen und Akteure des Gesundheitsbereichs verteilt. Sie steht auf der Website des Freiburger Krebsregisters zur Verfügung. Diese Studie zeigt, dass nicht-kleinzelliger Krebs (weniger aggressiv) zahlreicher auftritt. Unabhängig des histologischen Typs des Krebses ist die durchschnittliche Überlebensdauer in Monaten sehr kurz.

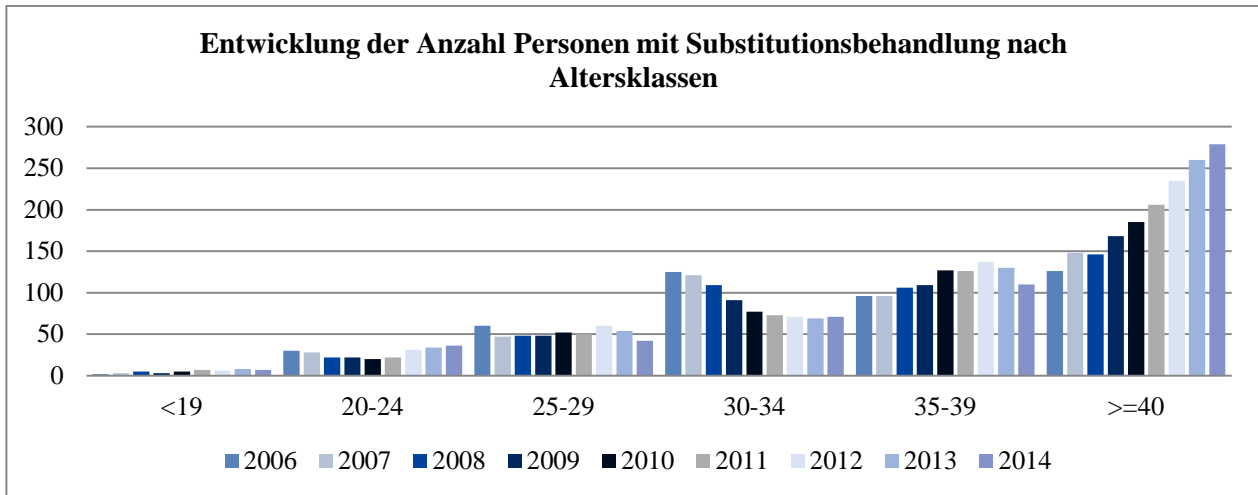
	Fälle 2006–2012		Durchschnittliche Überlebensdauer in Monaten	
	Fallzahl	Prozent	Männer	Frauen
Kleinzelliger histologischer Tumortyp	136	14 %	10	12
Nicht-kleinzelliger histologischer Tumortyp	737	78 %	12	13
Andere	77	8 %	Nicht berechnet	

Details zur Analyse der Daten der Schweizer Krebsregister, mit Aufteilung der Krebsinzidenz, nach Altersklasse, für alle Lokalisationen, sind auf der Website des Nationalen Instituts für Krebs epidemiologie und -registrierung (NICER) verfügbar. Das Freiburger Krebsregister hat sich bei NICER stark für die Umsetzung einer Qualitätskontrolle der Codierung in der Schweiz eingesetzt; durch Neucodierung von zufällig ausgewählten Fällen werden Richtigkeit, Homogenität und Reproduzierbarkeit der Codierung aller Register bewertet.

### 3.1.3 Sucht

#### a. Substitutionsbehandlung drogenabhängiger Personen

Im Jahr 2014 erhielten 545 Personen eine bewilligte Substitutionsbehandlung, davon 438 Männer (80,4 %) und 107 Frauen (19,6 %). Die Betroffenen sind zwischen 17 und 72 Jahren alt. 244 wurden mit Buprenorphin und 301 mit Methadon behandelt. 165 Betroffene wurden im Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) betreut, genauer gesagt in den psychosozialen Zentren von Freiburg und Marsens, 380 Betroffene wurden von 61 berechtigten Ärztinnen und Ärzten ausserhalb des FNPG behandelt. Die Hälfte der Patientinnen und Patienten ist über 40 Jahre alt, was darauf schliessen lässt, dass die Betroffenen heute viel älter werden.



Die Einkommen von einem Viertel der Personen in Substitutionsbehandlung entstammen einer Vollzeitbeschäftigung (115 Personen), während eine von zehn Personen einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht. Ungefähr ein Viertel der Betroffenen bezieht eine IV-Rente (140 Personen) und knapp ein Fünftel Sozialhilfe.

#### b. Koordinationsprojekt für die Betreuung Suchtkranker

Das Indikationssystem, durch das die Weiterleitung und Betreuung von Suchtkranken sowie die Koordination der Leistungen verbessert werden, wurde umgesetzt und ist momentan in einer ersten Testphase. Die ersten Ergebnisse sind ermutigend und eine Evaluierung wird vor der offiziellen Lancierung im Jahr 2015 gemacht. Durch Monitoring der Präindikation und der Indikation kann die Entsprechung der angebotenen Leistungen und der Bevölkerungsbedürfnisse gefördert werden.

#### c. Projekt «Kantonaler Alkoholaktionsplan»

Im Rahmen des Projekts «Kantonaler Alkoholaktionsplan» (KAAP) soll ein Plan zur Umsetzung der strategischen Ziele des Nationalen Programm Alkohol 2008–2012 (NPA) im Kanton Freiburg ausgearbeitet werden. Dieses Projekt wird in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit (GesA) durchgeführt.

2014 konnten in einer zusätzlichen Analysephase die Bedürfnisse und Prioritäten im Zusammenhang mit der Alkoholpolitik des Kantons Freiburg bestimmt werden. Gleichzeitig wurde eine Partnergruppe aus den vor Ort tätigen Akteurinnen und Akteuren, sowie eine Ressourcengruppe, bestehend aus verschiedenen kantonalen Beauftragten, geschaffen und mobilisiert, um eine kantonale Vision zu erarbeiten und mit der Festlegung der Ziele des KAAP zu beginnen. Diese Arbeiten werden im Jahr 2015 fortgeführt.

#### d. Kantonale Kommission für Suchtfragen

Am 23. Juni 2014 hat der Staatsrat acht ständige Mitglieder und elf Gäste ernannt, um die Umsetzung einer Politik für die integrierte und koordinierte Betreuung von Suchtkranken im Kanton zu unterstützen. Der Präsident dieser neuen Kommission wird vom kantonalen Beauftragten für Suchtfragen unterstützt.

#### 3.1.4 Hitzewelle

Das kantonale Informationsdispositiv im Falle einer Hitzewelle fällt in die Zuständigkeit des KAA. Hierzu arbeitet es mit dem MBSA, dem GesA und dem Kantonsapotheker zusammen. Informationen zu einer allfälligen Hitzewelle können auf der Website des KAA eingesehen werden, darunter Broschüren und nützliche Links. Zum Sommerbeginn schickt das KAA gezielte Informationen an die Bevölkerung und an alle seine Partnerinnen und Partner, die sich um Personen kümmern, die bei einer Hitzewelle besonders gefährdet sind. Gibt MeteoSchweiz eine Hitzewarnung heraus, so erinnert das KAA die Bevölkerung und seine Partnerinnen und Partner noch einmal an die zu treffenden Präventionsmassnahmen. Dies war im vergangenen Jahr nicht der Fall.

### 3.1.5 Schulärztliche Betreuung

Die Schulärztinnen und Schulärzte führten im ganzen Kanton Vorsorgekontrollen in der 2. und 7. HarmoS-Stufe sowie in einigen Orientierungsschulklassen durch. In diesem Rahmen werden auch Kontrollen des Impfstatus durchgeführt und Nachholimpfungen organisiert. Die Schulärztinnen und Schulärzte impften 354 Schülerinnen und Schüler gegen Masern, Mumps und Röteln, 195 gegen Diphtherie und Tetanus, 532 gegen Diphtherie-Tetanus-Keuchhusten-Kinderlähmung und 180 gegen Diphtherie-Tetanus-Kinderlähmung, 1491 gegen Diphtherie-Tetanus-Keuchhusten und 23 gegen Kinderlähmung. Wie in den letzten Jahren stiess die Impfung gegen Hepatitis B bei den Jugendlichen in den Orientierungsschulen auf gutes Echo: Rund 2219 Jugendliche liessen sich impfen.

Informationen zur Impfkampagne für junge Mädchen gegen Humane Papillomaviren (HPV) finden sich unter 3.1.1.

Die schulärztliche Betreuung wird derzeit neu überdacht. Ziel ist eine Reorganisation des jetzigen Systems im Rahmen des Konzeptes «Frimesco», das im Auftrag der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) und der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) vom stellvertretenden Kantonsarzt gesteuert und von einer direktionsübergreifenden Gruppe aus Amtsvorsteherinnen und Amtsvorstehern geleitet wird.

### 3.1.6 Tätigkeiten in Verbindung mit dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung

Das kantonale Führungsorgan (KFO) koordiniert in ausserordentlichen Situationen den Einsatz aller Partnerinnen und Partner des Bevölkerungsschutzes (Kantonspolizei, Feuerwehr, Gesundheitsdienste, Zivilschutz, technische Dienste). Das KFO ist auch für die kantonale Organisation für den Katastrophenfall (ORKAF) zuständig. Als Mitglieder des KFO waren der Kantonsarzt und sein Stellvertreter bei diversen Tätigkeiten involviert, namentlich bei den halbmonatlichen Sitzungen sowie der Teilnahme 2014 an der Sicherheitsverbandsübung 2014 (SVU 14), die zwei Szenarien behandelt hat: eine Grippeepidemie und einen Unterbruch in der Stromversorgung. Das KAA hat ferner an der Ausarbeitung eines kantonalen Einsatzplans «Hitzewelle» mitgearbeitet.

Dank einer Teilrevision des Gesundheitsgesetzes vom 16. November 1999 konnte ein sanitätsdienstliches Führungsorgan (SFO) für eine bessere Bewältigung von ausserordentlichen Situationen im Sanitätsbereich, wo Akteurinnen und Akteure nicht in einer dafür geeigneten Organisation zusammengefasst sind, geschaffen werden. Der Staatsrat hat die SF-Verordnung sowie den einschlägigen Ernennungsbeschluss am 26. November 2013 genehmigt. Das Organ übt seine Tätigkeit seit dem 1. Januar 2014 aus.

Das SFO erleichtert die Koordination der Vorbereitung und des Einsatzes aller betroffenen sanitätsdienstlichen Akteurinnen und Akteure und stärkt sie für die Bewältigung von ausserordentlichen Situationen im Sanitätsbereich. Ausserhalb von Krisen sorgt das SFO für die Vorbereitung des kantonalen Gesundheitssystems auf die im Rahmen der kantonalen Risikoanalyse identifizierten Szenarien. Das SFO ist administrativ der GSD zugewiesen und auch dem KFO unterstellt. Es gewährleistet die Verbindung zu den sanitätsdienstlichen Partnerinnen und Partnern der anderen Kantone und des Bundes, namentlich dem BAG und dem sanitätsdienstlichen Koordinationsgremium (SANKO). Zu den ständigen Mitgliedern des SFO gehören die Vertreterinnen und Vertreter der Institutionen des Gesundheitswesens sowie der Gesundheitsfachpersonen, die in ausserordentlichen Situationen im Gesundheitsbereich eine wichtige strategische Rolle spielen: Neben dem Kantonsarzt, der das SFO präsidiert, und der Koordinatorin für ausserordentliche Lagen (wissenschaftliche Mitarbeiterin KAA) gehören dem SFO der Kantonsapotheker, eine Person in Vertretung der HFR-Direktion, eine Vertretung aus dem Bereich der präklinischen Notfallversorgung sowie deren Vertretungspersonen an. Das SFO hat einen modularen Aufbau, damit es die im Krisenfall betroffenen Vertreterinnen und Vertreter der Institutionen des Gesundheitswesens und der Gesundheitsfachpersonen rasch zusammenführen kann. Im Jahr 2014 hat das SFO zwei Ad hoc-Sitzungen organisiert: eine mit den kantonalen Partnerinnen und Partnern, die von den Vorbereitungsarbeiten zum Ebola-Virus betroffen waren, sowie eine mit den Betroffenen des Eidgenössischen Schwing- und Älplerfests, das 2016 in Estavayer-le-Lac stattfinden wird. Des Weiteren hat das KAA seine Zusammenarbeit mit dem Koordinierten Sanitätsdienst des Bundes (VKSD) und im Rahmen des sanitätsdienstlichen Koordinationsgremiums (SANKO), in dem der Kantonsarzt den Kanton Freiburg vertritt, weitergeführt.

## 3.2 Management der Gesundheitsförderung

Das KAA trug zum Management und zur Steuerung verschiedener Projekte bei, darunter:

- > Kantonaler Plan für psychische Gesundheit (in Zusammenarbeit mit der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention und dem GesA)
- > Gesundheit in der Schule (in Zusammenarbeit mit dem Amt für den deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA) und dem Amt für den französischsprachigen obligatorischen Unterricht (FOA) und dem GesA)
- > Sanierung der ehemaligen Deponie «La Pila» und Beantwortung anderer Fragen im Zusammenhang mit der Umweltbelastung, namentlich durch cPCB und Schwermetalle (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt)

### 3.2.1 Überwachung und Planung des Gesundheitssystems

#### a. Institutionen und Fachpersonen des Gesundheitswesens: Zusammenfassung der Anzahl Leistungen

Leistungsart	Anzahl
Gutachten Betriebsbewilligungen für Institutionen des Gesundheitswesens	6
Besuche im Rahmen der Überwachung der Pflegeheime	7
Bewilligungen für Pflegeheim-Unterbringungen vor dem AHV-Alter (vgl. 3.2.1.b)	51
Anfechtung der Tarifstufe für Pflegeheimbewohner/innen	2
Kontrollen der Guten Praxis nach RAI in den Pflegeheimen	3
Beurteilung der postgraduierten Ausbildungen	7
Besuche von ärztlichen und zahnärztlichen Praxen	1
Beurteilungen für die Erteilung von Sozialleistungen	1
Stellungnahmen zur Aufhebung des Berufsheimnisses	45

#### b. Pflegeheim-Unterbringung vor dem AHV-Alter

Nach Artikel 10 Abs. 2 des Reglements über die Pflegeheime für Betagte (PfiHR) kann der Kantonsarzt Ausnahmen gewähren, damit Personen, die noch nicht im AHV-Alter sind, aber wegen Krankheit oder schwerer Behinderung definitiv in einem Heim untergebracht werden müssen, in ein Pflegeheim für Betagte eintreten können. Im Jahr 2014 gingen beim KAA 51 Anträge ein, 46 wurden bewilligt.

#### c. Stellungnahmen zur Aufhebung des Berufsheimnisses

2014 sprach sich das KAA bei der GSD in 45 Fällen dafür aus, einem Gesuch um Aufhebung des Berufsheimnisses stattzugeben.

#### d. Projekte und Arbeitsgruppen

Das KAA hat zur Entwicklung, Betreuung und Steuerung verschiedener Projekte beigetragen, darunter:

- > **Senior+**, kantonales Konzept für betagte Personen
- > **AVAO**, Abteilung zur vorübergehenden Aufnahme und Orientierung in Pflegeheimen
- > **Pflegeheimdotations 2014**, Beurteilungssystem der Personaldotation in Pflegeheimen
- > **Zuständiger Arzt in den Pflegeheimen**, Projekt zur Förderung des Einbezugs von Ärztinnen und Ärzten in den Pflegeheimen
- > **Kantonales Palliativpflegekonzept**
- > **Kurzaufenthalte in den Pflegeheimen**
- > **Neue Modalitäten für die Besuche in Pflegeheimen**, zielt auf die Verbesserung der Pflegeheimbesuche im Rahmen der Erneuerung der Betriebsbewilligungen ab
- > **Spitalplanung**

#### e. Ausserkantonale Spitalaufenthalte

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 hat das KAA 6366 Kostengutsprache gesuche behandelt, was gegenüber dem Vorjahr einer Abnahme um 32 % entspricht (insgesamt bearbeitete Gutsprachen 2013: 9307). Die meisten Gesuche

---

(62 %) stammten von den Universitätsspitalern der Kantone Bern (2608 Gesuche) und Waadt (1310 Gesuche). Die Hälfte der Fälle musste auf den Freiburger Referenztarif beschränkt werden.

### 3.3 Familienplanung und Sexualinformation

Besondere Tätigkeit 2014:

- > Die Zusammenarbeit mit dem Partnernetz wurde durch Sexualberaterinnen für die folgenden Themen verstärkt: illegale und legale Migrantinnen und Migranten, Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Menschen mit Behinderung, sexuell übertragbare Krankheiten, Prostitution, Sexualberatung, Kinderschutz
- > Ein Projekt für eine neue Broschüre zum freiwilligen Schwangerschaftsabbruch wurde 2014 durchgeführt; es wird Anfang 2015 abgeschlossen
- > Nach der Pensionierung der Chefin des Sektors für Familienplanung und Sexualinformation wurde 2014 eine neue Chefin eingestellt

#### 3.3.1 Familienplanung und Schwangerschaftsberatung

Im Rahmen seines Auftrags als Schwangerschaftsberatungsstelle bietet der Sektor für Familienplanung und Sexualinformation auch Gespräche zur Information, Abklärung und Unterstützung an. Ausserdem informiert er über die private und die öffentliche Hilfe, auf die schwangere Frauen bei Austragung ihrer Schwangerschaft zählen können.

Die Zusammenarbeit mit dem interkantonalen Familienplanungszentrum in Payerne wurde 2014 für die Freiburgerinnen und Freiburger weitergeführt.

Der Sektor berät auch in Sachen Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten (STI) und HIV/Aids. Im Rahmen der Beratungsgespräche bietet er in Freiburg, Bulle und Payerne anonyme Aids-Tests an. In diesem Jahr wurden 444 Tests durchgeführt.

Zudem hat der Sektor der Nachfrage von Einzelpersonen, Paaren und Gruppen nach Auskünften auf den Gebieten der sexuellen Gesundheit, des Gefühlslebens und der Schwangerschaft entsprochen. 2014 wurden 625 Gespräche zu verschiedenen Themen geführt, die sich wie folgt aufteilen:

- > Verhütung: 37,44 %
- > Pille danach: 14,08 %
- > IST und HIV/Aids: 5,76 %
- > Schwangerschaft: 15,84 %
- > Schwangerschaftsabbruch: 6,56 %
- > Sexualerziehung und sexuelle Schwierigkeiten: 4,32 %
- > Medizinische Fragen oder Fragen im Zusammenhang mit Fruchtbarkeit: 9,28 %
- > Psychosoziale Sprechstunde oder Gespräche zum Thema Sexualität und Behinderung oder Missbrauch und Gewalt: 6,72 %

Die «Kundschaft» ist jung: 54,4 % sind unter 20 Jahre alt, und 12,8 % davon wiederum jünger als 16 Jahre. Der Sektor bietet auch sexuelle Beratung (Einzelpersonen oder Paare) für Menschen mit Behinderung an (2014: 31 Gespräche).

#### 3.3.2 Kurse, Einsätze und Formen der Zusammenarbeit

Der Sektor für Familienplanung und Sexualinformation wird das gesamte Jahr hindurch für verschiedene Kurse und Einsätze zum Thema sexuelle und reproduktive Gesundheit herangezogen (2014: 40). Diese sind in erster Linie für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II und der Hochschule für Gesundheit Freiburg (HEdS), Jugendliche in Heimen, Lernende, Kinder und Jugendliche in Einrichtungen, Menschen mit Behinderung, Schulmediatorinnen und -mediatoren bestimmt.

Der Sektor arbeitet eng mit Fachleuten aus dem medizinischen, sozialen und pädagogischen Bereich zusammen: HFR, FNPG, JA, Gynäkologinnen und Gynäkologen, Apothekerinnen und Apotheker, Heime und Einrichtungen für Jugendliche, ORS Service AG für Asylsuchende, «Fri-Santé» und «Grisélidis» für Personen in prekären

Verhältnissen und Prostitution, «frauenraum» und «Centre Empreinte». Er wirkt ausserdem in verschiedenen Gruppierungen von Fachleuten im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention mit, wie etwa im «Groupement de coordination du Réseau Santé et Social de la Gruyère», und im «Groupement fribourgeois Coordination SIDA».

Im Rahmen der Prävention von Zwangsheirat wurde in Zusammenarbeit mit dem GFB eine Wegleitung für Fachpersonen erstellt. Eine ähnliche Wegleitung entsteht momentan gemeinsam mit der Fachstelle für die Integration der Migrantinnen und Migranten und für Rassismusprävention für die Prävention von Genitalverstümmelung bei Frauen.

### 3.3.3 Sexualinformation

Der Sektor bietet in den Schulen des Kantons Präventionskurse für sexuellen Missbrauch, entsprechend den Anfragen im Kindergarten und auf der 4. HarmoS-Stufe, sowie Sexualinformationskurse auf der 6. und 10. HarmoS-Stufe. Darüber hinaus hielt er einen Vortrag in der Gewerblichen und Industriellen Berufsfachschule (GIBS) in Bulle, bei dem es in erster Linie um Sexualität und die Prävention von STI und HIV/Aids geht. Der Sektor für Familienplanung und Sexualinformation will sein Netzwerk mit den deutschsprachigen Schulen und Einrichtungen ausbauen.

### 3.3.4 Statistik

#### a. Beratungen Sektor für Familienplanung und Sexualinformation

2014 hat der Sektor für Familienplanung und Sexualinformation 3760 Telefongespräche, 709 ärztliche Konsultationen und 642 Einzel- und Paargespräche geführt. Die folgende Tabelle enthält die genauen Angaben zu den Einzel- und Paargesprächen:

<b>Einzel- und Paargespräche: Herkunft</b>	<b>642</b>
Schweiz	57.01 %
Ausland	29.39 %
Unbekannt	13.60 %
Stadt Freiburg	30.84 %
Saane-Land	21.49 %
Sense	11.99 %
Greyerz	15.88 %
See	2.18 %
Glane	4.05 %
Broye	2.18 %
Vivisbach	1.27 %
Andere Kantone und unbekannter Wohnort	10.12 %

#### b. Einsätze der Sexualpädagoginnen und -pädagogen

2014 hat der Sektor für Familienplanung und Sexualinformation 2773 Sexualerziehungsstunden gegeben, 42 Elternabende abgehalten und rund 50 Fälle betreut. Die folgende Tabelle enthält die genauen Angaben zu den Einsätzen in den Schulklassen:

<b>Klasse</b>	<b>Französisch</b>	<b>Deutsch</b>	<b>Total</b>
Kindergarten, 3. und 4. HarmoS-Stufe (Prävention von sexuellem Missbrauch)	341	18	359
Primarschule, 5. bis 8. HarmoS-Stufe (Sexualinformation)	313	18	331
Orientierungsschulen (Sexualinformation)	247	11	258
Berufsschulen (Prävention von STI und HIV/AIDS)	26	-	26
Andere Einrichtungen	48	5	53



---

## 3.4 Information und Koordination

Die zahlreichen Informations- und Koordinationstätigkeiten im Rahmen der im Bericht aufgeführten Projekte und die Tätigkeiten in Verbindung mit den täglich beim KAA eingehenden Anfragen betreffen verschiedenste Themen und Zielgruppen. Diese Tätigkeiten bedeuten einen grossen Aufwand; aufgrund ihrer Verschiedenartigkeit können sie in diesem Bericht nicht abschliessend zusammengefasst werden.

### 3.4.1 Statistik

Das KAA ist verantwortlich für die Datenerhebung der jährlichen medizinischen Statistik der Spitäler des Kantons und deren Weiterleitung an das Bundesamt für Statistik (BFS). Seit dem 1. Januar 2011 müssen die Spitaleinrichtungen und Geburtshäuser ihre Daten in Übereinstimmung mit «SwissDRG» (DRG = *Diagnosis Related Groups*), dem neuen Tarifsystem für stationäre akutsomatische Spitalleistungen, liefern. Das KAA konnte dem BFS die Daten 2013 für alle betroffenen Einrichtungen des Kantons liefern.

Das KAA sammelte auch im Berichtsjahr Meldungen zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen und übermittelte diese an das BFS, das kantonsspezifische Analysen durchführt. 2014 wurden 289 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet.

### 3.4.2 Austausch und Zusammenarbeit

Die Mitarbeitenden des KAA waren in zahlreichen Arbeitsgruppen und Kommissionen vertreten, darunter:

Kantonsebene:

- > Ständige Kommission für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in der Kantonsverwaltung
- > Expertenkommission für Pflegeheime für Betagte
- > Kantonale Kommission für Suchtfragen
- > Kantonale Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention
- > Beratende Kommission im Bereich der Prostitution
- > Kommission für die Beherbergung Asylsuchender in ausserordentlichen Situationen
- > Kantonales Führungsorgan (KFO)
- > Sanitätsdienstliches Führungsorgan (SFO)
- > «Groupement fribourgeois Coordination SIDA»
- > Arbeitsgruppe «Menschenhandel»
- > Arbeitsgruppe «Zwangsheirat»
- > Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Mädchenbeschneidung
- > Wissenschaftlicher Ausschuss des Krebsregisters

Interkantonale Ebene:

- > Kommission der Kantonsärzte des GRSP
- > Vorstand der Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz (VKS)
- > Steuergruppe Masereliminierungskampagne des Bundes
- > Vorstand der «Association romande et tessinoise des conseillères et conseillers en santé sexuelle et reproductive» (ARTCOSS)
- > Vorstand der «Association romande et tessinoise des éducatrices/teurs, formatrices/teurs en santé sexuelle et reproductive» (ARTANES)

Nationale Ebene:

- > Eidgenössische Kommission für Tabakprävention
- > Eidgenössische Kommission für sexuelle Gesundheit (früher: Eidgenössische Kommission für Aids-Fragen)
- > Vorstand IVR (Vertretung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren)



---

## 4 Schulzahnpflegedienst (SZPD)

---

Amtsvorsteherin: Claude Bertelletto Küng

### 4.1 Tätigkeit

#### 4.1.1 Prophylaxe

Per Frühling 2014 wurde die Unterrichtseinheit der Prophylaxe von 60 auf 45 Minuten gekürzt. Diese Massnahme ermöglicht eine bessere Einbindung in den Unterricht. Dank einer strafferen Organisation sollten grundsätzlich vier Einheiten am Morgen und zwei am Nachmittag abgehalten werden. Zudem können die Auswirkungen der Prophylaxe durch Synergien mit der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (nachfolgend: EKSD) und dem Amt für Gesundheit, Sektion Prävention, verstärkt werden. Aufgrund dieser zwei Feststellungen wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe der EKSD und der Direktion für Gesundheit und Soziales geschaffen.

2014 besuchten die Schulzahnpflegerinnen 1178 Klassen (2013: 1283) und unterwiesen 23 384 Kinder (2013: 23 956). Eine Halbtageskraft ist Ende Juni 2014 in Pension gegangen. Aufgrund der vorgängig vorgestellten Organisationsmassnahmen wurde sie nicht ersetzt.

#### 4.1.2 Pädodontie

Das Jahr 2014 war insbesondere dem Projekt zur Umsetzung neuer mobilen Kliniken gewidmet, die ausschliesslich der Durchführung von Zahnkontrollen dienen. Das Projekt zielt darauf ab, die veralteten Zahnkliniken durch eigenständige Fahrzeuge zu ersetzen.

Durch eine bessere Aufteilung der Arbeit und eine straffere Organisation in den Kliniken für Pädodontie konnte eine Zahnarztstelle aus dem Dienstbestand gestrichen werden.

#### 4.1.3 Kieferorthopädie

Eine Kieferorthopädin, die seit mehreren Jahren für den Schulzahnpflegedienst arbeitet, wurde per Juli 2014 zur Sektorchefin ernannt. Nach einem Mutterschaftsurlaub hat sie insbesondere ihre Tätigkeit in der Klinik für Kieferorthopädie und Pädodontie in Bulle wieder aufgenommen. Dank dem ausgezeichneten Ruf dieser Kieferorthopädin konnte die Klinik eine Auslastung von zwei Tagen pro Woche verzeichnen, Patientenzahl steigend.

Leider hat eine längere krankheitsbedingte Absenz das Finanzergebnis der ersten sieben Monate des Jahres 2014 negativ beeinflusst. Die Teilzeitstelle als Kieferorthopädin/Kieferorthopäde wurde in der Zwischenzeit nicht wieder besetzt. Diese Massnahme hängt vor allem mit der Eröffnung von zwei neuen, privaten Kieferorthopädiekliniken in der Stadt Freiburg und in Dürrenbergen zusammen.

Der Sektor Kieferorthopädie hat 147 neue Patientinnen und Patienten aufgenommen (2013: 292). Bei 8476 Terminen (2013: 9363) wurden insgesamt 1215 Kinder und Jugendliche (2013: 1404) behandelt. Der Jahresumsatz belief sich auf 1 506 149 Franken (2013: 1 851 151 Franken).

#### 4.1.4 Aufsichtsaufgaben

Der Vertrauenszahnarzt hat rund zehn Einspracheentscheide erlassen, davon betraf die Hälfte den Bereich Kieferorthopädie. Die Anzahl Fälle hat im Vergleich zum Vorjahr also um einen Drittel abgenommen. Dieser Rückgang ist im Bereich Pädodontie noch stärker ausgeprägt.

Der SZPD hat mehrere Gemeinden beraten, welche die Schulzahnmedizin in die Hände einer privaten Zahnärztin oder eines privaten Zahnarztes geben möchten. Zwei Gemeinden konnten ihr Projekt 2014 abschliessen.

### 4.2 Statistik

Die statistischen Daten sind nahezu identisch mit denjenigen von 2013, was auf eine Stabilität des SZPD schliessen lässt. Eine Auslastung von weniger als 30 % in einigen Zahnkliniken und/oder sehr eingeschränkte Öffnungszeiten

bestätigen die ausgearbeiteten Optionen zur Neuorganisation des Dienstes, insbesondere die Senkung der Anzahl ortsfeste Kliniken für Zahnbehandlungen.

	1	2	3	4	5	6	7	8
Kliniken	Kinder mit Möglichkeit zur Behandlung in Schulzahnklinik	Anzahl kontrollierte Kinder	Anzahl Kinder mit Reinigung	Anzahl Kinder mit Füllungen	Anzahl Kinder mit Behandlungen	Privat kontrollierte und behandelte Kinder (mit Attest)	Total der Rechnungen	In der Schulzahnklinik kontrollierte und behandelte Kinder in %
Broye, mobile Klinik (80 %)	3 563	1 180	1 008	21	223	2 383	150 766.40	33.12 %
Bulle OS (40 %)	2 568	695	475	4	276	1 873	116 328.80	27.06 %
Bulle, Vudalla (80 %)	3 924	1 090	969	182	548	2 834	211 813.10	27.78 %
Freiburg, Les Buissonnets (100 %)	3 132	1 709	1 086	321	636	1 423	279 185.95	54.57 %
Freiburg, Pérolles (80 %)	3 089	1 488	1 043	295	738	1 601	310 411.35	48.17 %
Düdingen (40 %)	2 687	561	394	142	198	2 126	98 399.05	20.88 %
Marly (40 %)	1 810	685	392	160	288	1 125	125 380.30	37.85 %
Romont OS (80 %)	3 655	1 833	724	246	511	1 822	240 662.70	50.15 %
Saane/Vivisbach, mobile Klinik (100 %)	6 101	1 590	1 106	73	444	4 511	181 655.30	26.06 %
Villars-sur-Glâne (40 %)	1 159	856	431	193	319	303	133 989.55	73.86 %
<b>Total</b>	<b>31 688</b>	<b>11 687</b>	<b>7 628</b>	<b>1 637</b>	<b>4 181</b>	<b>20 001</b>	<b>1 848 592.50</b>	<b>36.88 %</b>

Die Zahlen stammen aus der Software «ZaWin 2014», für Spalte 1 aus dem Dokument «Bestände Klassen und Schüler 2013/14» (EKSD).

### 4.3 Gesetzgebung

Der Entwurf des Gesetzes über die Schulzahnmedizin wurde vom Grossen Rat in der Dezembersession 2014 verabschiedet. Das Inkrafttreten des Gesetzes ist für den 1. August 2016 vorgesehen.

## 5 Sozialvorgeamt (SVA)

Amtsvorsteherin: Maryse Aebischer

### 5.1 Tätigkeit

#### 5.1.1 Sektor Sondereinrichtungen

Der Sektor Sondereinrichtungen befasst sich hauptsächlich mit der Subventionierung der Wohn- und Beschäftigungsstätten für erwachsene Menschen mit Behinderung, die sich durch eine deutliche, für längere Zeit bestehende oder bleibende Beeinträchtigung einer oder mehrerer körperlicher, sensorischer, kognitiver oder psychischer Funktionen kennzeichnen. Er subventioniert auch die Einrichtungen für die Aufnahme von Personen mit Suchtproblemen sowie die sozialpädagogischen Einrichtungen für Minderjährige und junge Erwachsene und die professionellen Pflegefamilien. Der Sektor plant das Platzangebot in diesen Einrichtungen und kontrolliert ihre Tätigkeit. Als Verbindungsstelle im Sinne der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) befasst er sich schliesslich mit der Finanzierung ausserkantonaler Platzierungen.

2014 betragen die Subventionen an die Freiburger Einrichtungen für Erwachsene mit Behinderungen 88 822 732 Franken (2013: 85 316 567 Franken), während sich die Subventionen an die Erziehungsheime und

---

medizinisch-therapeutischen Einrichtungen für Minderjährige und junge Erwachsene auf 16 976 736 Franken beliefen (2013: 18 362 771 Franken).

Das Pilotprojekt der Einrichtung «Le Bosquet», das im Mai 2012 unter dem Namen «Cerf-volant» lanciert wurde und sieben Notbetreuungsplätze in Lossy anbot, ging im April 2014 zu Ende. Durch dieses Projekt konnte die Notwendigkeit für Notbetreuungsplätze für Kinder von null bis sechs Jahre überprüft werden; ihre Anzahl wurde auf drei reduziert. Die Notbetreuungsplätze wurden in das Gebäude von «Le Bosquet» in Givisiez integriert.

Im August 2014 wurde vom Foyer St-Etienne eine neue Betreuungseinrichtung mit neun Plätzen in Sommentier eingeweiht. Durch Übertragung der neun Plätze des Standorts Freiburg verfügt das Foyer St-Etienne über ein dezentralisiertes und bedarfsgerechteres Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche, die im Süden des Kantons wohnen. Die frei gewordenen Plätze im Foyer de Fribourg können insbesondere Jugendlichen von sechs bis 18 Jahren, die aufgrund Platzmangels nicht von einer Notbetreuungsstätte Transit aufgenommen werden können, für eine begrenzte Zeit von 24 bis 38 Stunden zur Verfügung gestellt werden. Das SVA führte zudem verschiedene Diskussionen mit der Direktion von Transit zur Planung von neuen Gebäudebauten, durch welche die momentane Aufnahmekapazität (zehn Plätze) gesteigert werden könnte.

Neben den zahlreichen Beratungs- und Aufsichtseinsätzen bei der Leistungsqualität hat sich das SVA bei verschiedenen schweizweiten Arbeitsgruppen eingesetzt. Insbesondere hat es bei den Arbeiten des Bundesamts für Justiz hinsichtlich der Erarbeitung einer Datenbank für die Planung der Unterbringung in sozialpädagogischen Einrichtungen mitgewirkt.

Als Verbindungsstelle des Kantons Freiburg für den Vollzug der IVSE-Bestimmungen bearbeitet das SVA die Gesuche um Platzierungen in Einrichtungen in anderen Kantonen. Es kontrolliert, ob die einschlägigen gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind und ob der im Gesuch aufgeführte Tagespreis der Einrichtung dem offiziellen IVSE-Preis entspricht. Ausserdem prüft es, ob die Eigenbeteiligung der Person an den Aufenthaltskosten den gesetzlichen Bestimmungen des Kantons Freiburg entspricht und willigt in die Finanzierung des Aufenthaltes ein. Als Verbindungsstelle verwaltet das SVA ausserdem die Dossiers der ausserkantonale wohnhaften Personen, die in den Freiburger Einrichtungen untergebracht sind, und behandelt Streitfälle, die zwischen Kantonen, Institutionen und unterbringenden Diensten auftreten können. 2014 belief sich der Gesamtbetrag für Erwachsene, die in einer ausserkantonalen Einrichtung untergebracht waren bzw. gearbeitet haben, auf 10 000 000 Franken (2013: 9 535 058 Franken). Dies entspricht 244 Kostengutsprachen (2013: 231) und betrifft 183 Menschen mit Behinderung (2013: 183), wobei ein und dieselbe Person unter dem Jahr die Einrichtung wechseln oder mehrere Leistungen beziehen kann (z. B. Heim und Werkstätte). Von den Personen, die Leistungen ausserkantonaler Einrichtungen beziehen, haben 41 eine geistige Behinderung (2013: 42), 33 eine körperliche Behinderung (2013: 38), 50 eine psychische Behinderung (2013: 47), zwölf eine Sinnesbehinderung (2013: zwölf) und 47 leiden an einer Suchterkrankung (2013: 44). Der Betrag zu Lasten der Freiburger öffentlichen Hand für die in ausserkantonalen sozialpädagogischen Einrichtungen platzierten Minderjährigen belief sich 2014 auf 6 001 786 Franken (2013: 5 401 017 Franken) und entsprach 119 Platzierungen für 94 Minderjährige und junge Erwachsene (2013: 122-105). Von diesen Platzierungen waren 39 vom Jugendstrafgericht (2013: 50) und 40 von den Friedensgerichten (2013: 38) angeordnet worden. Die Dauer der ausserkantonalen Unterbringungen kann sich je nach Art der erteilten Leistung stark unterscheiden (Probeaufenthalt für ein paar Tage oder Heimunterbringung für das ganze Jahr).

### 5.1.2 Sektor Pflegeheime

Auf Grundlage der Pflege- und Betreuungspersonaldotationen, die für jedes Heim je nach Pflegebedarfsgrad der beherbergten Personen verlangt werden, berechnet der Sektor den Betreuungs- und Pflegepreis für die 49 Pflegeheime des Kantons. Ein System zur Preisberichtigung aufgrund der Jahresrechnung gewährleistet die Finanzierung der effektiven Kosten. Die Rechnungskontrolle besteht in der Überprüfung der Pflege- und Betreuungspersonaldotation im Verhältnis zu den verrechneten und (im Fall von Spitalaufhalten) reservierten Tagen sowie der Löhne und Lohnnebenkosten im Zusammenhang mit den vom SVA begutachteten Stellungnahmen zu den Anstellungen (jährlich durchschnittlich 500 Stellungnahmen). Das Personal umfasst mehr als 3500 Personen, die sich auf rund 1900 Vollzeitstellen aufteilen. Die Beteiligung der öffentlichen Hand an den Betreuungskosten wird von der kantonalen Ausgleichskasse berechnet.

---

Am 31. Dezember 2014 zählte der Kanton Freiburg 2610 anerkannte Betten (2013: 2596). Am 31. August 2014 belief sich der Bettenbelegungsgrad auf 96,94 % (2013: 97,30 %). Von den Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohnern wohnten 13 nicht im Kanton Freiburg (2013: 18), davon acht im Kanton Waadt, vier im Kanton Bern und eine im Kanton Genf. Dreizehn Freiburgerinnen und Freiburger (gleich viele wie 2013) waren langfristig in einem Pflegeheim eines anderen Kantons untergebracht, wovon fünf im Kanton Bern, zwei im Kanton Basel-Stadt und je eine in den Kantonen Luzern, Aargau, Wallis, Zürich, St. Gallen und Waadt. Neun Freiburgerinnen und Freiburger absolvierten einen ausserkantonalen Kurzaufenthalt im Kanton Bern (gleich viele wie 2013).

Im Rahmen der Budgetdiskussionen 2015 hat der Staatsrat beschlossen, 18 neue Pflegeheimbetten für Langzeitaufenthalte und ein neues Pflegeheimbett für Kurzaufenthalt anzuerkennen. Die 19 Betten wurden dem Glanebezirk zugeteilt, der den Auftrag hat, diese entsprechend Nachfrage und Prioritäten unter den Pflegeheimen aufzuteilen. Die Zuteilung dieser neuen Betten wurde von der beratenden Kommission für Pflegeheime für Betagte (COMEMS) begutachtet.

Ende 2014 gab es in den Tagesstätten des Kantons Freiburg 71 Plätze (2013: 68).

## **5.2 Projekte und besondere Ereignisse**

### **5.2.1 Sektor Sondereinrichtungen**

In Fortführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) im Bereich Behinderung wurde ein Vorentwurf eines Gesetzes für Menschen mit Behinderung sowie ein Vorentwurf eines Gesetzes über die spezialisierten Institutionen und die professionellen Pflegefamilien erarbeitet. Die Redaktion dieser Dokumente fand parallel zur Erarbeitung eines Vorentwurfs der Leitlinien zur zukünftigen Politik für Menschen mit Behinderung statt. Ein Entwurf des Massnahmenplans für die Jahre 2016 bis 2020 schlägt eine erste Konkretisierung der Ziele und Grundlagen der Leitlinien vor. All diese Dokumente werden am Ende des ersten Quartals 2015 in die Vernehmlassung gegeben.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Kantonalen Konzepts zur Förderung der Eingliederung von Menschen mit Behinderung hat das SVA im ersten Halbjahr 2014 eine zweite Testphase des Instruments lanciert, mit dem die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung am besten erkannt werden und sie an die am besten auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Leistungserbringer weitergeleitet werden können. Durch diese Erfahrungen können 2015 die nötigen Änderungen in Hinblick auf eine allgemeine Einführung des Instruments umgesetzt werden.

### **5.2.2 Sektor Pflegeheime**

Am 18. März 2014 hat der Staatsrat der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) die Erlaubnis erteilt, die Gesetzesvorentwürfe im Zusammenhang mit dem Projekt Senior+ sowie den Massnahmenplan 2016–2020 zur Umsetzung des einschlägigen Konzeptentwurfs in die Vernehmlassung zu schicken. Angesichts der Stellungnahmen, die dem gesamten Projekt positiv gegenüberstehen, wurde das KSA damit beauftragt, die Dokumente definitiv zu verfassen und sie dem Staatsrat im 1. Halbjahr 2015 zu übermitteln.

Die Übergangsbestimmung des Bundesgesetzes vom 13. Juni 2008 über die Neuordnung der Pflegefinanzierung lief am 31. Dezember 2013 ab. Seit dem 1. Januar 2014 werden die vom Bundesrat festgelegten Beteiligungen, die für die ganze Schweiz gelten, die sogenannten «KLV-Tarife», auch im Kanton Freiburg angewandt. Der von den Krankenversicherern im Jahr 2014 überwiesene Tagestarif betrug durchschnittlich 55.40 Franken. Im Jahr 2011, vor der Einführung der neuen Pflegefinanzierung, bezahlten die Versicherer einen durchschnittlichen Tarif von 67.40 Franken. Der durch die neue Pflegefinanzierung verursachte Zusatzaufwand für die öffentliche Hand betrug somit über 11 Millionen Franken pro Jahr, noch ohne Berücksichtigung des durchschnittlichen und regelmässigen Anstiegs aufgrund der Schwere der Fälle. Diese Kostenüberwälzung auf die öffentliche Hand ist hauptsächlich auf die Einführung des Beurteilungssystems mit zwölf Pflegestufen zurückzuführen, wie es von der Bundesgesetzgebung verlangt wird und das nur auf den KVG-Leistungen beruht; im Gegensatz zum alten Beurteilungssystem (Freiburger Raster), das auch gewisse sogenannte «Betreuungsleistungen» umfasste.

2014, als die Pflegestufe mit dem neuen Beurteilungssystem mit zwölf Stufen (nachfolgend: RAI) festgelegt wurde, wurde die Pflege- und Betreuungspersonaldotation in den Pflegeheimen noch in Bezug auf das Freiburger Raster

---

berechnet. Ab dem 1. Januar 2015 wird auch die Dotation in Bezug auf RAI definiert. Die Dotation wurde so bestimmt, dass für alle Pflegeheime die gleiche Anzahl VZÄ erhalten bleibt wie gemäss Freiburger Raster. Die Aufteilung der VZÄ in den verschiedenen Pflegeheimen variiert jedoch gewaltig und kann in den verschiedenen Pflegeheimen eine Erhöhung oder einen Verlust der Arbeitsplätze nach sich ziehen. Für 2015 wurden die Preise der Pflegeheime in Verbindung mit der neuen Berechnungsmethode der Dotation festgelegt.

Die Komplexität des Instruments RAI und sein Einfluss auf die Dotation in den Pflegeheimen und die Finanzen der öffentlichen Hand haben die Anstellung einer Mitarbeiterin zu 50 % gerechtfertigt; sie hat den Auftrag, die richtige Anwendung des Instruments in allen Pflegeheimen des Kantons zu gewährleisten. Durch die regelmässige Analyse der von den Pflegeheimen übertragenen, statistischen Daten und der Besuche in den Einrichtungen können die korrekte Anwendung des Instruments sowie sein Einfluss auf die Dotation verfolgt und kontrolliert werden. Die Arbeitsgruppe, welche die Arbeiten zur neuen Pflegeheimdotation begleitet, wird ihre Tätigkeit bis Ende der Übergangszeit (Ende 2016) fortführen und der GSD halbjährliche Berichte zur Situation abgeben.

Die acht Tagesstätten des Kantons Freiburg haben 2014 über 13 000 Betreuungstage geleistet. Ab 2014 verwenden auch sie das Instrument RAI für die Beurteilung ihrer Stätten. Die durchschnittliche Beteiligung der Krankenversicherer in den Tagesstätten betrug 2013 noch 24 Franken. Dank der Fakturierung gemäss RAI stieg diese 2014 auf 43 Franken. In diesem Zusammenhang wurden neue Weisungen ausgegeben. Sie präzisieren gewisse Punkte bei der Organisation und erlauben eine Entwicklung der Sicherheit und Qualität in den Tagesstätten, indem sie gleichzeitig die ständige Präsenz von mindestens zwei Mitarbeitenden gewährleisten, davon eine diplomierte Person – und dies ohne Zusatzkosten für die öffentliche Hand.

Im Jahr 2014 wurde das Pilotprojekt einer Abteilung zur vorübergehenden Aufnahme und Orientierung (AVAO) weitergeführt. Diese Abteilung umfasst 19 Betten und befindet sich im Pflegeheim «La Providence» in Freiburg. Die AVAO wird für eine Dauer von höchstens drei Monaten Betagte nach einem Spitalaufenthalt aufnehmen, die noch nicht nach Hause können, weil die entsprechende Pflege noch nicht organisiert werden konnte oder aber zuerst soziale Begleitmassnahmen umgesetzt werden müssen. In der Abteilung werden auch Personen aufgenommen, die auf einen Pflegeheimplatz warten, jedoch nicht auf Spitalpflege angewiesen sind. 2014 hat die AVAO 116 Bewohner/innen aufgenommen (34 % für Vorbereitungen für die Rückkehr nach Hause, 52 % für Warten auf Unterbringung und 14 % für gemischte Projekte). 30 % der aufgenommenen Personen sind effektiv nach Hause zurückgekehrt, 60 % haben einen Pflegeheimplatz gefunden und 10 % mussten erneut hospitalisiert werden oder sind in der AVAO verstorben. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der AVAO beträgt ungefähr 50 Tage. Im Februar 2015 wird das Projekt AVAO Thema eines zweiten Zwischenberichts zuhanden der GSD sein. Der Bericht wird die im Jahr 2014 festgestellten Projektproblematiken vorstellen. Änderungen in der medizinischen Betreuung wurden notwendig und haben es erlaubt, eine noch engere medizinische Zusammenarbeit mit dem HRF zu entwickeln. Andere Projektziele, wie die Entwicklung von Leistungen in Hinblick auf die Rückkehr nach Hause, verlangen noch Verbesserungen. Eine Änderung des Auftrags der AVAO, durch welche die Vorbereitungsarbeiten einer Rückkehr nach Hause verstärkt werden, sowie eine einjährige Verlängerung des Pilotprojekts werden ins Auge gefasst.

Die Weisungen zu den Spezialabteilungen für Demenzzranke (nachfolgend: SAD) wurden erarbeitet und sind momentan bei der Vereinigung Freiburgerischer Alterseinrichtungen (VFA) in Vernehmlassung. Sie definieren die Kriterien für die Anerkennung dieser Abteilungen sowie die Aufnahme- respektive Austrittsbedingungen der Bewohnerinnen und Bewohner. Die Weisungen schlagen zudem eine zusätzliche Dotation für jede SAD vor, damit sie den besonderen Bedürfnissen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner Rechnung tragen. Die ersten Anerkennungen müssten 2015 erfolgen, ohne finanzielle Zusatzbelastung für die öffentliche Hand. Die zusätzlichen Dotationen werden unter Einhaltung der aktuellen Pflegeheimdotationen gesprochen.

## **5.3 Statistik**

### **5.3.1 Sektor Sondereinrichtungen**

Ende 2014 gab es im Kanton Freiburg für Erwachsene mit Behinderungen 833 Plätze (2013: 831) in den Wohnstätten (Heim ohne und mit Beschäftigung, geschützte Wohnungen) und 1152 Plätze (gleich wie 2013) in den Werk- und

Tagesstätten. Für Minderjährige und junge Erwachsene zählte der Kanton 215 Einrichtungsplätze (2013: 218), wovon 179 in Erziehungsheimen (2013: 182).

Zusätzlich zu den Plätzen in den Institutionen verfügt der Kanton Freiburg per 31. Dezember 2014 über 33 Plätze (gleich wie 2013) für die Aufnahme Minderjähriger in sechs professionellen Pflegefamilien.

Wohnstätte – Geistige Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2014			Anzahl neu geschaffene Plätze 2014
		Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Dezentralisiertes Wohnen	
Wohn- und Werkgenossenschaft Sonnegg	Zumholz	8			
Home-Atelier Linde	Tentlingen	42			
Home-Atelier La Colombière	Misery	41			
Foyer La Rosière	Estavayer-le-Lac		16	11	
Home Clos Fleuri	Bulle	39	35		
Fondation glânoise en faveur des personnes handicapées mentales et IMC	Ursy	39		16	
Homato, Les Buissonnets	Freiburg	32			
Sensler Stiftung für Behinderte (SSB)	Tafers	13	31	16	
Communauté de La Grotte et Béthanie	Freiburg		15		
Stiftung des Seebezirks für Erwachsene Behinderte (SSEB)	Murten		14	10	
Fara	Freiburg		24	24	
La Belle Etoile	Châtel-St-Denis		16	4	
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>214</b>	<b>151</b>	<b>81</b>	<b>0</b>

Wohnstätte – Psychische Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2014			Anzahl neu geschaffene Plätze 2014
		Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Dezentralisiertes Wohnen	
Fondation Horizon Sud	Marsens	85	22	32	
La Traversée 3	Seiry	12			
Foyer St-Louis	Freiburg	8	36		
Applico	Schmiten	8		12	2
La Traversée 1	Freiburg			13	
La Traversée 4	Freiburg			14	
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>113</b>	<b>58</b>	<b>71</b>	<b>2</b>

Wohnstätte – Körperliche Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2014			Anzahl neu geschaffene Plätze 2014
		Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Dezentralisiertes Wohnen	
Association St-Camille	Marly	59		12	
Linde, deutschsprachige Abteilung	Tentlingen	7			
SSEB Holzgasse	Kerzers	15			
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>81</b>	<b>0</b>	<b>12</b>	<b>0</b>



Wohnstätte – Sucht	Ort	Stand am 31.12.2014			Anzahl neu geschaffene Plätze 2014
		Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Dezentralisiertes Wohnen	
Le Torry	Freiburg	20			
Centre Le Radeau	Orsonnens	12			
Fondation Le Tremplin	Freiburg	14		6	
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>46</b>	<b>0</b>	<b>6</b>	<b>0</b>

Beschäftigungsstätte – Geistige Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2014		Anzahl neu geschaffene Plätze 2014
		Werkstätte	Tagesstätte	
Home-Atelier Linde	Tentlingen		6	
Home-Atelier La Colombière	Misery		16	
Foyer La Rosière	Estavayer-le-Lac	63	6	
Home Clos Fleuri	Bulle	110		
Homato, Les Buissonnets	Freiburg		9	
Sensler Stiftung für Behinderte (SSB)	Tafers	135		
Stiftung des Seebezirks für Erwachsene Behinderte (SSEB)	Murten	70		
Fara	Freiburg	88	10	
Fondation glânoise en faveur des personnes handicapées mentales et IMC	Romont	60		
La Belle Etoile	Châtel-St-Denis	40	5	
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>566</b>	<b>52</b>	<b>0</b>

Beschäftigungsstätte – Psychische Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2014		Anzahl neu geschaffene Plätze 2014
		Werkstätte	Tagesstätte	
Fondation Horizon Sud	Marsens	137		
Fondation St-Louis	Freiburg	35	2	
La Traversée 3	Seiry		4	
Centre d'intégration socio-professionnelle CIS (AOPH)	Freiburg	91		
Fondation L'Estampille	Freiburg	40		
Applico	Schmitten	40		
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>343</b>	<b>6</b>	<b>0</b>

Beschäftigungsstätte – Körperliche Behinderung	Ort	Stand am 31.12.2014		Anzahl neu geschaffene Plätze 2014
		Werkstätte	Tagesstätte	
Association St-Camille	Marly	163		
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>163</b>	<b>0</b>	<b>0</b>



Beschäftigungsstätte – Sucht	Ort	Stand am 31.12.2014		Anzahl neu geschaffene Plätze 2014
		Werkstätte	Tagesstätte	
Le Tremplin	Freiburg	20		
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>20</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Sozialpädagogische Einrichtungen	Ort	Stand am 31.12.2014	Anzahl neu geschaffene Plätze 2014
Le Bosquet	Givisiez	21 (davon 3 Notbetreuung)	-3 (gegenüber Situation mit Pilotprojekt)
Foyer St-Etienne	Freiburg	42	
Foyer St-Etienne, Time Out	Villars-sur-Glâne	10	
Foyer Bonnesfontaines	Freiburg	28	
Nid Clairval	Givisiez	17	
Foyer des Apprentis	Freiburg	17	
La Traversée 2	Corminboeuf	14	
Kinderheim Heimelig	Kerzers	12	
Transit accueil d'urgence	Villars-sur-Glâne	10	
Aux Etangs	Freiburg	8	
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>179</b>	<b>0</b>

Andere Einrichtungen für Minderjährige	Ort	Stand am 31.12.2014	Anzahl neu geschaffene Plätze 2014
Therapeutische Tagesstätte	Givisiez	18	
Tagesklinik	Freiburg	10	
Le Bosquet (IV-Sektor)	Givisiez	8	
<b>Total Anzahl Plätze</b>		<b>36</b>	<b>3</b>

### 5.3.2 Sektor Pflegeheime

Am 31. Dezember 2014 betrug die Anzahl anerkannter Betten im Sinne des Kantonalen Pflegeheimgesetzes 2610 (2013: 2596), wovon 2531 Lang- und 79 Kurzzeitbetten. 2015 wird die Anzahl anerkannter Betten 2549 (Langzeitaufenthalte) bzw. 80 (Kurzzeitaufenthalte) betragen.

#### Anzahl anerkannter Betten für Langzeit- und Kurzzeitaufenthalte nach Bezirk

	2014		2015	
	Betten für Langzeitaufenthalte	Betten für Kurzzeitaufenthalte	Betten für Langzeitaufenthalte	Betten für Kurzzeitaufenthalte
Saane	826	33	826	33
Sense	375	16	375	16
Greyerz	475	5	475	5
See	259	6	259	6
Glâne	188	4	206	5
Broye	194	11	194	11
Vivisbach	149	4	149	4
Les Camélias, Marsens	15	0	15	0
Institution de santé pour les religieuses et religieux (ISRF), Freiburg	50	0	50	0
<b>KANTON</b>	<b>2 531</b>	<b>79</b>	<b>2 549</b>	<b>80</b>

## Anzahl Plätze in Tagesstätten nach Bezirk Ende 2014

	Einrichtung	Anzahl Plätze	Anzahl geöffneter Tage pro Woche
Saane	Home médicalisé du Gibloux, Farvagny	8	5
	Pflegeheim des Saanebezirks, Villars-sur-Glâne	8	5
Sense	Tagesheim St. Wolfgang, Düdingen	15	5
	Die Familie im Garten, St. Ursen	11	5
Greyerz	Foyer Home de la Jogne, Charmey	7	4
See	Tagesstätte Les Platanes, Jeuss	8	5
Broye	Foyer Les Mouettes, Estavayer-le-Lac	4	4
Vivisbach	Maison St-Joseph, Châtel-St-Denis	10	5
<b>KANTON</b>		<b>71</b>	

## 6 Kantonales Sozialamt (KSA)

Amtsvorsteher: François Mollard

### 6.1 Hilfe an bedürftige Personen

#### 6.1.1 Aufgaben

Das Kantonale Sozialamt (KSA) hat zur Aufgabe, sozialpolitische Massnahmen vorzuschlagen, das kantonale Sozialhilfesystem zu evaluieren und zu verbessern, über sein gutes Funktionieren zu wachen und für die Koordination und die Harmonisierung der Praxis zu sorgen, so dass eine Gleichbehandlung unter den begünstigten Personen gewährleistet ist. Gemäss Sozialhilfegesetz (SHG) ist es zuständig für Entscheide über die materielle Hilfe an Personen, die sich im Kanton aufhalten oder vorübergehend hier sind, sowie an Personen ohne festen Wohnsitz (Art. 8 und 21). Es pflegt die im Bundesgesetz definierten interkantonalen Beziehungen und verteilt die Lasten der materiellen Hilfe auf die Gemeinden, den Kanton und die übrigen Kantone. Das KSA sorgt für die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit unter den öffentlichen, privaten und ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteuren und mit den Kirchen. Die im SHG festgehaltenen Koordinations-, Informations- und Präventionsaufgaben sind Teil der fortlaufenden Tätigkeiten des Amtes.

#### 6.1.2 Beitrag zu den sozialpolitischen Massnahmen

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des KSA im Jahr 2014 war die kantonale Politik der sozialen und beruflichen Eingliederung. Es wurde beauftragt, die Strategie umzusetzen, die vom Staatsrat basierend auf dem Empfehlungen der Kommission zur prospektiven Untersuchung der Politik im Bereich Langzeitarbeitslosigkeit genehmigt wurde. Das KSA hat die Vernehmlassung zur Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen den Regionalen Sozialdiensten (RSD) und den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) abgeschlossen und die Umsetzung gemäss Artikel 33 des Gesetzes über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG) gewährleistet. Weiter hat das KSA gemäss Artikel 86 BAMG bei der Steuerung von *Integrationspool+* mitgewirkt und diese Strukturen in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) evaluiert. Zudem war das Amt bei der neuen Massnahme *Zukunft 20–25* aktiv; diese zielt darauf hin, Jugendlichen mit Sozialhilfe eine Berufsausbildung anzubieten und damit ihre Selbstständigkeit zu fördern.

Des Weiteren war das KSA an den Arbeiten der kantonalen Koordinationskommission für die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) beteiligt. Dank dieses Einsatzes und durch seine Mitarbeit in der kantonalen Kommission für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt kann das KSA zum Ausbau der Massnahmen beitragen, mit denen verhindert werden kann, dass mehr Menschen auf Sozialhilfe zurückgreifen müssen.

---

Im Berichtsjahr hat das KSA die Erstellung des regelmässigen Berichts über die Armut im Kanton Freiburg weitergeführt. Dieser Bericht leistet dem Postulat Burgener Woeffray/Fasel (P 2072.10) Folge; seine Präsentation ist für 2015 geplant.

Im Bereich Wohnen hat das KSA die Besorgnisse der RSD zu den Schwierigkeiten von Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügern bei der Wohnungssuche aufgegriffen. Dazu hat es die betroffenen Kreise zusammengerufen und zwei Arbeitsgruppen geschaffen. Weiter hat das KSA die Vernehmlassung zum Konzept zur Festlegung des Rahmens für die Umsetzung der Revisions- und Inspektionsarbeiten nach Artikel 21a ff. SHG abgeschlossen.

### 6.1.3 Koordination

Das KSA bemüht sich nach wie vor um die Koordination unter den RSD und den Organisationen, die Eingliederungsmassnahmen anbieten. Es aktualisiert regelmässig den Katalog der sozialen Eingliederungsmassnahmen (SEM), der auf der Website des KSA abrufbar ist. Die Harmonisierung der Praxis und die Gewährleistung der Gleichbehandlung innerhalb des Freiburger Sozialwesens sind eine weitere Aufgabe des KSA. Für diese hat sich das Amt unermüdlich eingesetzt, was sich äussert in der Bereitstellung eines Verzeichnisses der Sozialhilferichtlinien und -verfahren für die RSD und die Sozialkommissionen, Besuchen bei den RSD und den Sozialkommissionen und der Zentralisierung des Informatiksystems für die Übermittlung der Sozialhilfedaten.

Damit es auf ein leistungsstarkes Steuerungsinstrument zurückgreifen kann, mit dem interkantonale Vergleiche im Sozialhilfebereich angestellt werden können, stellt das KSA die Koordination zwischen den RSD und dem Bundesamt für Statistik (BFS) bei der Sammlung der nötigen Daten für die schweizerische Sozialhilfestatistik (SOSTAT) sicher.

### 6.1.4 Information und Ausbildung

Über seine Website ([www.fr.ch/ksa](http://www.fr.ch/ksa)) stellt das KSA einen regelmässigen Informationsaustausch sicher. Das KSA unterhält zudem eine enge Beziehung mit den RSD, indem es regelmässig an den Sitzungen der französischsprachigen und deutschsprachigen Gruppierung der RSD des Kantons teilnimmt und die Organisatorinnen und Organisatoren der Eingliederungsmassnahmen trifft. Es beteiligt sich an der Ausbildung von Fachpersonen der verschiedenen, im Rahmen der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) betroffenen Dienste; zudem organisiert das KSA gemeinsam mit der Universität Freiburg die Konferenz für Sozialfragen, die alle zwei Jahre stattfindet. Am 4. April 2014 fand die 8. Ausgabe dieses Austausch- und Diskussionstags statt, dieses Jahr mit der Territoriumsfrage: *«Territorium oder Territorien? Staatliches Handeln am richtigen Ort.»*

### 6.1.5 Prävention

Um die Aktionen zur Stärkung der Sozialhilfe bei der Bevölkerung besser bekannt zu machen, verwaltet das KSA zwei vom Staatsrat eingesetzte Fonds. Der Sozialfonds leistet Beitragsleistungen an private, als gemeinnützig anerkannte, nicht gewinnorientierte Sozialeinrichtungen, die in der Regel nicht vom Staat subventioniert werden, dies für Sozialprojekte zugunsten von Personen, die in unsicheren Verhältnissen oder in Armut leben. Dank dieses Fonds wurden im Berichtsjahr 40 Stiftungen oder Vereine mit insgesamt 469 059.80 Franken unterstützt.

Ein weiterer Fonds ist der Prävention und Bekämpfung der Spielsucht gewidmet; er bezweckt die Unterstützung von Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung der Spielsucht. Per 1. Januar 2014 wurde das Mandat der Kommission auf die Bekämpfung der Verschuldung ausgedehnt. 2014 wurde dem Verein REPER ein Betrag in Höhe von 45 000 Franken überwiesen, welcher der Finanzierung eines Projekts zur Prävention, Früherfassung und Frühintervention im Bereich Spielsucht dient. Ein weiterer Betrag von 34 000 Franken wurde REPER für die Unterstützung der Prävention in der Schule in Form von interaktiven Veranstaltungen zu Cybermobbing überwiesen. Ausserdem wurden dem Interkantonalen Programm zur Bekämpfung der Glücksspielsucht (PILDJ, «Programme Intercantonal de Lutte contre la Dépendance au Jeu») als Kantonsanteil für die von der CLASS (Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz der lateinischen Schweiz) unterstützten Projekte 55 189 Franken rückerstattet. Insgesamt wurden 2014 Subventionen in Höhe von 172 873.10 Franken entrichtet. Eine Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem Lausanner Universitätsinstitut für Sozial- und Präventivmedizin (IUMSP) zur Unterstützung einer Längsschnittstudie zu Jugendlichen und Glücksspiel in der Westschweiz wurde abgeschlossen.

Das KSA gewährleistet insbesondere den Vorsitz der Kantonalen Kommission für die Prävention und Bekämpfung von Überschuldung und Spielsucht. Die Kommission beaufsichtigt die Darlehen für die Entschuldung physischer Personen. In Zusammenarbeit mit Caritas Freiburg und den öffentlichen und privaten Sozialdiensten befasst sich das KSA mit der Handhabung und der Verwaltung dieses Instruments für die Sanierung heikler sozialer Situationen.

Schliesslich trug das KSA in diesem Rahmen regelmässig zur Schulung der neuen Staatsangestellten und der Gemeinden bei, damit diese in der Lage sind, Risiken vorzubeugen und mit Situationen von Gewalt im öffentlichen Dienst umzugehen. Ausserdem hat es verschiedene Anfragen von RSD, die mit Gewaltsituationen konfrontiert waren, beantwortet.

#### 6.1.6 Sozialhilfesystem

Das KSA sorgt dafür, dass die RSD und die Sozialkommissionen ihre Sozialhilfeaufgaben erfüllen. Insbesondere hat es die Anpassung der SHG-Richtlinien gemäss den neuen Bestimmungen der SKOS organisiert, die am 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist. Zudem übermittelt es ihnen regelmässig Rechtsgutachten, Informationen über die einschlägige Rechtsprechung sowie Synthesen der Antworten auf Fragen von Seiten der RSD zur Anwendung der Sozialhilferichtsätze. Das KSA unterhält ferner enge Beziehungen zu mehreren spezialisierten Sozialdiensten (Art. 14 SHG), die im Rahmen von Vereinbarungen vom Staat subventioniert werden und auf ihrem spezifischen Gebiet die RSD unterstützen sollen.

#### 6.1.7 Vertretungen

Aufgrund seiner Aufgaben nach SHG ist das KSA in verschiedenen kantonalen, interkantonalen und nationalen Kommissionen vertreten.

#### 6.1.8 Statistik und Ausgaben 2014

##### a. Materielle Hilfe SHG

Der Aufwand für die im 2014 erteilte materielle Hilfe an Bedürftige, die im Kanton wohnen oder sich hier aufhalten, belief sich (vor der Aufteilung Kanton/Gemeinden und unter Berücksichtigung der persönlichen Rückerstattungen) auf 42 443 224.75 Franken (2013: 35 218 360.50 Franken = Anstieg von 20,51 %) und verteilte sich auf 5287 Dossiers (2013: 5042 = Anstieg von 4,86 %), die insgesamt 9941 Personen betrafen (2013: 9587 = Anstieg von 3,69 %). Es gilt zu erwähnen, dass Bezüger/innen von materieller Hilfe im Sinne des Sozialhilfegesetzes seit dem 1. Januar 2014 keine 100 %-ige Prämienverbilligung in der Krankenversicherung mehr erhalten. Der Kanton übernahm zudem die materiellen Hilfeleistungen an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz in anderen Kantonen in Höhe von 3 900 222.50 Franken (2013: 3 725 287.45 Franken) und an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz im Ausland in Höhe von 110 000 Franken (2013: 110 000 Franken).

##### AUFTEILUNG GEMEINDEN/STAAT ART. 32/33 SHG

Personenkategorie	Zu Lasten des Staates Fr.	Total %	Zu Lasten der anderen Kantone Fr.	Total %	Zu Lasten der Gemeinden Fr.	Total %	Total Fr.
Schweizer	8 833 008.55	52.61	1 351 877.25	83.49	12 680 383.90	52.76	22 865 269.70
Ausländer	7 955 759.55	47.39	267 310.65	16.51	11 354 884.85	47.24	19 577 955.05
<b>Total</b>	<b>16 788 768.10</b>	<b>100</b>	<b>1 619 187.90</b>	<b>100</b>	<b>24 035 268.75</b>	<b>100</b>	<b>42 443 224.75</b>

Materielle Hilfe 2014: im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

##### AUFTEILUNG DER DOSSIERS NACH SOZIALHILFEURSACHE

Sozialhilfeursache	Anzahl Dossiers	Total %
Arbeitslosigkeit/Vorschüsse Arbeitslosenentschädigung	692	12.09
Einelternfamilie/getrenntes Paar	614	10.73
Krankheit/Unfall/Spital	420	7.34
Hilfe an Kinder	37	0.65
Schutzaufsicht	45	0.79
AHV/IV/EL: Vorschüsse/ungenügende Leistungen	605	10.57
Ungenügende Einkommen	2 171	37.93

## AUFTEILUNG DER DOSSIERS NACH SOZIALHILFEURSACHE

Unterbringung im Pflegeheim/Heim für Betagte	28	0.49
Drogen/Alkohol	171	2.99
Spital/Unfall/Krankheit: vorübergehend anwesende Personen	22	0.38
Heimschaffung: vorübergehend anwesende Personen	122	2.13
Arbeitslosigkeit: Aussteuerung	797	13.91
<b>Total Dossiers</b>	<b>5 724</b>	<b>100</b>

*Hinweis:*

*Das Total der Dossiers bei der Erfassung der Sozialhilfeursachen ist höher als die tatsächliche Anzahl Dossiers (2014: 5287), da Dossiers, bei denen die Ursache im Laufe eines Jahres wechselt, doppelt gezählt werden.*

### b. Kantonaler Entschuldungsfonds

Die Kommission trat zu vier Sitzungen zusammen und entschied über sieben Entschuldungsanträge. Sie hat fünf positive Entscheide für einen Gesamtbetrag von 78 718.30 Franken gesprochen, zwei Anträge wurden von den Ersuchenden zurückgezogen.

		Fr.
Für Darlehen verfügbare Summe am 1. Januar 2014		1 138 993.55
Vom Fonds geliehene Summe	./.	53 984.85
Dem Fonds rückerstattete Summe	+	175 948.80
Verschiedene Verwaltungskosten	./.	13 164.80
Wiederauffüllung des Fonds (ohne Darlehen)	+	13 164.80
<b>Für Darlehen verfügbare Summe am 31. Dezember 2014</b>		<b>1 136 835.20</b>

### c. Inspektion und Revision SHG

Auf Ersuchen der Sozialkommissionen, der Regionalen Sozialdienste, der Direktion oder von Amtes wegen hat das KSA Inspektionen durchgeführt, um zu überprüfen, ob die Bedingungen für die Bedarfsbestimmung erfüllt sind und die Sozialhilfeleistungen zweckgemäss verwendet werden. 2014 fanden diese Inspektionen zum fünften Mal in Folge statt: 48 Fälle wurden inspiziert, von denen 19 im Laufe des Jahres angekündigt und acht abgeschlossen wurden. Am 31. Dezember 2014 waren 40 Inspektionen im Gange.

Zudem ist das Amt beauftragt, bei den Dossiers der Begünstigten regelmässig Revisionen durchzuführen. Bei den Revisionen wird überprüft, ob die für die Sozialhilfe geltenden Gesetze und Richtsätze richtig angewandt und die erteilten Sozialhilfemittel zweckbestimmt verwendet werden. 2014 fand in sechs RSD eine Revision statt.

### d. Begleiterkarte

Menschen mit Behinderung dürfen auf den Strecken der am direkten Personenverkehr beteiligten schweizerischen Transportunternehmen kostenlos eine Begleitperson mitnehmen. Dazu brauchen sie eine Begleiterkarte, die von den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) zur Verfügung gestellt und im Kanton Freiburg vom KSA ausgegeben wird. 2014 wurden 411 Begleiterkarten ausgestellt.

## 6.2 Koordination der Familienpolitik

Die Massnahmen der Familienpolitik decken zahlreiche Bereiche ab, denn die Familienpolitik ist eine typisch interdisziplinäre Angelegenheit, die sich am Schnittpunkt diverser öffentlicher Interventionen und Konzeptionen der Sozialpolitik befindet. Zur Förderung einer umfassenden Sichtweise dieser Massnahmen, der Bedürfnisse der Familien des Kantons und der verschiedenen bevorstehenden Herausforderungen stellt das KSA die Koordination sicher, so dass in Zusammenarbeit mit dem Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) eine echte kantonale Strategie entstehen kann.

Schwerpunkt der Tätigkeit in diesem Bereich war die Ausarbeitung eines Projekts für Ergänzungsleistungen zugunsten der Familien, das ebenfalls einem Auftrag der neuen Kantonsverfassung entspricht. Dieses Projekt wird in

---

Zusammenarbeit mit der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSVA) geleitet. Das KSA hat insbesondere für die Schweizer Kantone einen Vergleich der verschiedenen Systeme der Ergänzungsleistungen für Familien erstellt, um damit die für den Kanton Freiburg vorgeschlagene Lösung zu untermauern.

Des Weiteren hat das KSA an verschiedenen Treffen auf Kantons- oder Bundesebene teilgenommen, dank denen es die wichtigsten Entwicklungen in diesem Bereich mitverfolgen konnte, und hat zu verschiedenen kantonalen und eidgenössischen Vernehmlassungen Stellung genommen.

### 6.3 Freiburg für alle

Die Anlaufstelle für soziale Information und Orientierung, *Freiburg für alle*, hat den Auftrag, allen Bürgerinnen und Bürgern einen einfachen, gerechten, neutralen und benutzerfreundlichen Zugang zu individuell zugeschnittenen Informationen zu ermöglichen. Da das kantonale Sozialhilfesystem komplex und nicht überall bekannt ist, gibt *Freiburg für alle* allen Personen, die eine Information brauchen, Auskunft und leitet sie an die am besten auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Hilfsdienste weiter; all dies geschieht in absoluter Vertraulichkeit und vollkommen unverbindlich. Das Ziel von *Freiburg für alle* ist es, präventiv zu handeln und so einer Verschlechterung der sozialen Lage vorzubeugen und die Nutzung von den in unserem Kanton zur Verfügung gestellten Leistungen zu optimieren. Im Jahr 2014 haben sich insgesamt 1120 Personen an die Anlaufstelle gewandt.

#### 6.3.1 Information der Öffentlichkeit

Die Tätigkeiten von *Freiburg für alle* umfassen in erster Linie die Anfragenbearbeitung am Schalter, per Telefon oder E-Mail. 2014 waren die meistbehandelten Themen das Sozialwesen, insbesondere Budget- und Wohnprobleme, und Arbeit, vor allem Probleme im Zusammenhang mit der Arbeitssuche bei arbeitslos und nicht arbeitslos gemeldeten Personen.

*Freiburg für alle* hat 2014 unter anderem ein sechsmonatiges Pilotprojekt mit dem Namen «Aller vers» entwickelt, das darauf abzielt, die gesamte Bevölkerung aller Kantonsbezirke zu treffen. Eine Sozialarbeiterin hat je eine Woche in einer der grossen Einkaufszentren von Murten, Düdingen, Bulle, Estavayer-le-Lac und La Tour-de-Trême Bereitschaftsdienst gewährleistet. Das Projekt wird Anfang 2015 in anderen Bezirken weitergeführt und danach evaluiert.

Zusammenarbeiten mit verschiedenen anderen Organisationen wie das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH), frauenraum oder «Les Peupliers» wurden geschaffen, um die Nutzerinnen und Nutzer über die im Freiburger sozio-medizinischen Netzwerk verfügbaren Leistungen zu informieren.

#### 6.3.2 Zusammenarbeit mit dem Berufsnetzwerk

Zur besseren Kenntnis der Leistungen des sozio-medizinischen Netzwerks und zur Überprüfung der Pertinenz der verfügbaren Informationen hat *Freiburg für alle* 2014 nicht weniger als 15 Vereinigungen und Dienste getroffen. Zudem wurden «Espaces Porte-voix» umgesetzt, also Plattformen für den Austausch mit der Öffentlichkeit in den Räumlichkeiten von *Freiburg für alle*; bei dieser Gelegenheit haben sich Organisationen wie «Empreinte» oder die Patientenvereinigung («Fédération suisse des patients») vorgestellt. Schliesslich wurde *Freiburg für alle* eingeladen, sich beim RAV des Saanebezirks, bei SOS Werdende Mütter in Châtel-St-Denis und dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) in Bern vorzustellen.

### 6.4 Hilfe an die Opfer von Straftaten

Das KSA ist mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 23. März 2007 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG; SR 312.5) betraut. Die Opferhilfe umfasst drei Bereiche: Soforthilfe und längerfristige Hilfe durch zwei Opferberatungsstellen des Kantons, Gewährleistung der Rechte im Strafverfahren sowie Anspruch des Opfers auf Entschädigung und Genugtuung durch den Kanton, in dem die Straftat stattgefunden hat, wenn weder der Straftäter noch die sozialen oder privaten Versicherungen diese zahlen können oder müssen.

#### 6.4.1 Haupttätigkeit

Das KSA kümmert sich in diesem Bereich um Folgendes: Es überwacht einerseits den reibungslosen Ablauf der Verfahren, die nötig sind, um Opfern nach dem Verbrechen eine effiziente und bedarfsgerechte Hilfe zu



gewährleisten; andererseits wacht es über den guten Betrieb der beiden kantonalen Opferberatungsstellen (Frauenhaus Freiburg für Frauen und ihre Kinder, Beratungsstelle für alle anderen Opfer im Sinne des OHG ). Die zwei Beratungsstellen befinden über die Erteilung einer Soforthilfe entsprechend den kantonalen Richtlinien, wohingegen das KSA über eine längerfristige Hilfe befindet, unter Vorbehalt einer Einsprache und einer allfälligen Beschwerde bei der GSD. Das KSA erhält und überprüft alle Rechnungen im Zusammenhang mit der Soforthilfe, welche die beiden Beratungsstellen erteilen. Das KSA hat ausserdem die alleinige Zuständigkeit, um über Entschädigungs- und Genugtuungsgesuche zu befinden (Beschwerden beim Kantonsgericht vorbehalten). Nach kantonalen Gesetzgebung ist das KSA ebenfalls für die Verbreitung von Informationen über das kantonale Dispositiv und die möglichen Leistungen an Opfer im Rahmen des OHG in der Öffentlichkeit und bei den Partnerstellen zuständig. Generell kümmert sich das KSA inner- und ausserhalb des Kantons um die erforderliche Koordination und erfüllt Aufgaben in Zusammenhang mit der Fortbildung des Personals der Opferberatungsstellen, der Entrichtung des kantonalen Pauschalbetrags an das Frauenhaus Freiburg sowie an die Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ) im Rahmen der Betreuung der Opfer von Menschenhandel. Die Aufteilung der Kosten der Soforthilfe und der längerfristigen Hilfe zwischen dem Staat und den Gemeinden erfolgt nach Artikel 9 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes über die Opferhilfe (AGOHG): 45 % zulasten des Staats und 55 % zulasten der Gemeinden. Seit dem 1. Januar 2014 werden die Gebühren für die persönliche Hilfe der Opferberatungsstelle im gleichen Verhältnis zwischen dem Staat und den Gemeinden aufgeteilt. Der Staat kommt weiterhin für die gesamten Ausgaben für Entschädigungen und Genugtuung auf, vorbehaltlich der vom Amt zurückerhaltenen Beträge bei strafbaren Handlungen.

#### 6.4.2 Statistik

Vom KSA bearbeitete Dossiers (alle Leistungen zusammengefasst)	418
Buchungseinträge (Ein- und Ausgänge zusammengefasst)	767
Formelle Entscheide (ohne Entscheide über Soforthilfe der Opferberatungsstellen)	91
Entscheide über längerfristige Hilfe einschliesslich Anwaltskosten	63
Entscheide über Entschädigungen und Genugtuung	28
Beschwerden beim Kantonsgericht (Verfahren hängig)	1

Die Zahl der bearbeiteten Dossiers ist von 278 im Jahr 2007 auf 418 im Jahr 2014 gestiegen, was bedeutet, dass die Arbeitslast von Jahr zu Jahr nahezu kontinuierlich zugenommen hat. Hinzu kommt die seit Ende 2009 alljährlich erforderliche Arbeit für die Rückerstattung der Leistungen der Soforthilfe und der längerfristigen Hilfe beim Wohnkanton der Opfer (Art. 18 OHG).

#### 6.4.3 OHG-Ausgaben

2014 beliefen sich die OHG-Ausgaben auf insgesamt 1 343 136 Franken (2013: 1 347 154 Franken). Diese Entwicklung der jährlichen Ausgaben 2014 lässt trotz des nahezu kontinuierlichen Anstiegs der Arbeitslast und der Anzahl behandelter Dossiers auf eine gewisse Kosteneindämmung schliessen. Einzelheiten dazu können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

#### Tätigkeit und Aufwand im Rechnungsjahr 2014

Beiträge des Staates an die Beratungsstelle und Partner/innen des Dispositivs	Fr.	<b>771 508.00</b>
Kosten für Soforthilfe	Fr.	<b>371 844.85</b>
Kosten für längerfristige Hilfe	Fr.	<b>61 449.35</b>
Anwaltskosten	Fr.	<b>34 831.85</b>
Hilfe und Rückerstattungen an andere Kantone (Art.18 OHG)	Fr.	<b>4 125.00</b>
Zwischen Staat und Gemeinden aufzuteilende Hilfe	Fr.	472 251.05
Kostenbeteiligung für Ausrichtung der Hilfe der Opferberatungsstelle	Fr.	455 000.00
*Unter Staat und Gemeinden aufzuteilender Gesamtbetrag (45 %/55 %)	Fr.	927 251.05



## Tätigkeit und Aufwand im Rechnungsjahr 2014

Entschädigung (materieller Schaden)	Fr.	9 977.50
Genugtuung	Fr.	89 399.35
OHG-Streitfälle für Genugtuung und Entschädigung	Fr.	-
Aufwand 100 % zu Lasten des Staates	Fr.	99 376.85
<b>Total</b>	<b>Fr.</b>	<b>1 343 135.90</b>

## 6.5 Hilfe an Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, abgewiesene Asylsuchende, Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid, Flüchtlinge

### 6.5.1 Rechtlicher Rahmen

Das KSA ist mit der Anwendung des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG) betraut, namentlich mit der Aufnahme, Beherbergung und Betreuung von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen, abgewiesenen Asylsuchenden sowie Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE-Personen), die dem Kanton vom Bundesamt für Migration (BFM) zugeteilt worden sind, und mit der Entrichtung der materiellen Hilfe oder der Nothilfe an diese Personen. Nach Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16. Dezember 2005 (AuG) und der Verordnung vom 24. Oktober 2007 über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) obliegt dem KSA auch die Förderung der Integration vorläufig aufgenommener Personen. Das KSA trägt ferner basierend auf derselben Gesetzgebung die Verantwortung für Personen mit Flüchtlingsstatus mit einer Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B) sowie für vorläufig aufgenommene Personen (Ausweis F).

Seit dem 1. Januar 2008 kümmert sich die Organisation für Regie- und Spezialaufträge (ORS Service AG, nachfolgend: ORS) um Aufnahme, Betreuung und Beherbergung von Asylsuchenden (Ausweis N), vorläufig aufgenommenen Personen (Ausweis F), abgewiesenen Asylsuchenden und NEE-Personen. Dieser Auftrag wurde ihr vom Staatsrat erteilt. Caritas Schweiz Abteilung Freiburg (nachfolgend: Caritas) ist indes weiterhin für die soziale und finanzielle Begleitung und die Integration von Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung von weniger als fünf Jahren (Ausweis B) und von vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen (Ausweis F) zuständig.

### 6.5.2 Asylstatistik

2014 ist die Zahl der in der Schweiz verzeichneten Asylanträge im Vergleich zum Vorjahr stark angestiegen: 23 765 gegenüber 21 465 im Jahr 2013. Die Zahl der dem Kanton zugewiesenen Asylsuchenden belief sich auf 794 (2013: 642). Der Bestand an im Kanton wohnhaften Asylsuchenden ist somit deutlich angestiegen: Am 31. Dezember 2014 belief er sich auf 1465 Asylsuchende, vorläufig aufgenommene Personen, NEE-Personen und abgewiesene Asylsuchende (2013: 1401).

### 6.5.3 Beherbergung

Unter Berücksichtigung dieser Situation wurde mit Zustimmung der Gemeinde eine Verlängerung der befristeten Asylunterkunft in Düdingen bis 31. Dezember 2015 beschlossen, ohne mögliche weitere Verlängerung über dieses Datum hinaus.

Im Übrigen wurden die Asylsuchenden in den vier dauerhaften Unterkünften des Kantons untergebracht, namentlich im «Foyer des Remparts» und im «Foyer du Bourg», beide in der Stadt Freiburg, im «Foyer du Lac» in Estavayer-le-Lac und im «Foyer des Passereaux» in Broc. Diese Unterkünfte können insgesamt 287 Personen aufnehmen.

Per 31. Dezember 2014 leben in den kantonalen Asylunterkünften über 1500 Personen. Die Aufnahmezentren des Kantons mit einer Aufnahmekapazität von 401 Plätzen, darin eingeschlossen die befristete Unterkunft in Düdingen und die Unterkunft «Foyer de la Poya», sind zu 100 % belegt. Darüber hinaus waren in den anderen von ORS verwalteten Beherbergungsstrukturen per 31. Dezember 2014 1071 Personen untergebracht.

### 6.5.4 Soziale und finanzielle Begleitung

Zur Erinnerung: Seit dem 1. Januar 2008 entrichtet der Bund den Kantonen eine Gesamtpauschale für Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen. Für vorläufig aufgenommene Personen, die Sozialhilfe beziehen, wird diese

---

Pauschale während der ersten sieben Jahre ihres Aufenthalts in der Schweiz ausgerichtet. Nach Ablauf dieser Frist geht die finanzielle Zuständigkeit an den Kanton über.

Im Rahmen der Struktur- und Sparmassnahmen wurden die Sozialhilferichtsätze für Personen aus dem Asylbereich geändert: Das Taschengeld wurde von zwei auf einen Franken pro Tag und Erwachsenen reduziert. Die revidierten Richtlinien sind per 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

#### 6.5.5 Abgewiesene Asylsuchende

Am 31. Dezember 2014 zählte der Kanton Freiburg 177 abgewiesene Asylsuchende (31. Dezember 2013: 189), darunter 58 verletzte Personen. Hinzu kommen 18 abgewiesene Asylsuchende, die im Rahmen des Dublin-Verfahrens auf die Ausweisung in einen Drittstaat warten (Stand: 31. Dezember 2014). Am 31. Dezember 2014 waren in der Notunterkunft «La Poya» 52 NEE-Personen untergebracht. Die Kosten in Zusammenhang mit dem weiteren Aufenthalt in der Schweiz von abgewiesenen Asylsuchenden und NEE-Personen trägt der Kanton. Zum Ausgleich entrichtet der Bund dem Kanton für alle neu zugeteilten, abgewiesenen Asylsuchenden und NEE-Fälle eine Gesamtpauschale.

#### 6.5.6 Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen

Im Laufe des Jahres 2014 hat die ORS die in ihrem Aktionsplan angekündigten Beschäftigungsprogramme durchgeführt. Der Aktionsplan war im Vorfeld vom KSA genehmigt worden. Die Aktivitäten richten sich an Asylsuchende mit hängigem Verfahren und vorläufig aufgenommene Personen, die seit weniger als sieben Jahren in der Schweiz sind, und sollen Untätigkeit bekämpfen, den Betroffenen einen Rahmen und Regeln geben, an die sie sich zu halten haben, und ihre Eingliederungsaussichten vor Ort oder aber die Aussichten auf eine Rückkehr in ihr Herkunftsland steigern. 2014 wurden die folgenden Programme angeboten: Nähen und Dekoration, Kochen, Velo-Reparaturwerkstätte, Streichen und Renovieren von Wohnungen, Wäscherei-Büglerei, Sprachen-Informatik-Allgemeinwissen, gemeinnütziges Programm. Auch das Bäckerei-Programm, das in Zusammenarbeit mit einer privaten Vereinigung auf die Beine gestellt worden war, wurde weitergeführt.

Im gleichen Rahmen ist die ORS für den Betrieb einer Veloausleihstation in der Agglomeration und in Bulle zuständig (Instandhaltung und gleichmässige Verteilung der Velos auf die Stationen), der von den Asylsuchenden gewährleistet wird. Diese Tätigkeit fördert nicht nur die Integration der Asylsuchenden, sondern rückt sie auch in ein positives Licht.

#### 6.5.7 Kantonales Integrationsprogramm 2014 bis 2017 für Migrantinnen und Migranten (KIP)

Seit dem 1. Januar 2008 sind vorläufig aufgenommene Personen mit Sozialhilfe verpflichtet, an Integrationsmassnahmen teilzunehmen. Das KSA ist verantwortlich für die Ausarbeitung, Einführung und Evaluation spezifischer sozialer und beruflicher Eingliederungsmassnahmen für diese Personenkategorie. Ausserdem muss es die Massnahmen validieren und in einen Katalog aufnehmen.

Seit dem 1. Januar 2014 sind die spezifischen Eingliederungsmassnahmen Teil des vom BFM validierten, kantonalen Integrationsprogramms für Migrantinnen und Migranten (KIP). Das KSA hat bei der Einrichtung des besagten Integrationsprogramms aktiv mit der Fachstelle für die Integration der MigrantInnen und für Rassismusbekämpfung zusammengearbeitet. In diesem Rahmen hat das KSA geplante Massnahmen sowie Instrumente zur Beurteilung der Zielerreichung des KIP umgesetzt. Das KSA und die Fachstelle für die Integration der MigrantInnen und für Rassismusbekämpfung koordinieren ihre Projekte und die Strategie in einer KIP-Steuerungsgruppe. Diese hat zum gemeinsamen Ziel, die Integration von Personengruppen mit mehreren Ausgrenzungsfaktoren zu intensivieren. Eine Netzwerkgruppe für Integrationsfragen, bestehend aus dem Freiburger Gemeindeverband, der Stadt Freiburg sowie 18 Ämtern und Institutionen des Staates, wurde zusammengestellt. Das KSA und die Fachstelle für die Integration der MigrantInnen und für Rassismusbekämpfung haben zudem der Dolmetschvermittlungsstelle von Caritas Schweiz in Luzern, «se comprendre», ein Mandat erteilt.

Die Herausforderung bei der effizienten Umsetzung des KIP ist auch finanzieller Natur, da durch die Investitionen in Eingliederungsmassnahmen auch die Sozialhilfeausgaben für Personen aus dem Asylbereich zu Lasten des Kantons zurückgehen.

---

Seit dem 1. Januar 2008 entrichtet der Bund für jede neue vorläufig aufgenommene Person, für jeden neuen anerkannten Flüchtling und für jeden neuen vorläufig aufgenommenen Flüchtling eine einmalige Integrationspauschale.

### 6.5.8 Flüchtlinge

Das Reglement für die Anforderung an den Wohnsitz für Flüchtlinge mit anerkanntem Flüchtlingsstatus wurde von den Bundeskammern im Rahmen der AsylG-Revision vom 14. Dezember 2013 geändert. Ab 1. Februar 2014 wird die Gewährung der Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) von Artikel 34 AuG geregelt; sie wird von nun an nach zehn und nicht nach fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet, dass die soziale und finanzielle Begleitung und die Integration von Flüchtlingen mit Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B) länger im Zuständigkeitsbereich des Kantons, respektive der Caritas, bleiben werden. Folglich wird die Anzahl der von Caritas betreuten Flüchtlinge mit Aufenthaltsbewilligung von Jahr zu Jahr steigen.

Die Zahl der 2014 von Caritas betreuten Flüchtlinge mit anerkanntem Flüchtlingsstatus und der vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge ist im Vergleich zu 2013 stark gestiegen. Dies lässt sich insbesondere durch die Strategie des BFM erklären, das eine grosse Zahl pendenter Dossiers bearbeitet hat. So ist die Zahl der Flüchtlinge mit anerkanntem Flüchtlingsstatus (Ausweis B) und der vorläufig in der Schweiz aufgenommenen Flüchtlinge (Ausweis F), die von Caritas betreut werden, von 441 (31.12.2013) auf 693 (31.12.2014) gestiegen. Die Zahl der Flüchtlinge mit anerkanntem Flüchtlingsstatus, die seit mehr als fünf Jahren in der Schweiz leben und von Caritas betreut werden, liegt per 31. Dezember 2014 bei 43. Am 31. Dezember 2014 betrug die Zahl der seit mehr als sieben Jahren vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge, die von Caritas betreut werden, 34 (31.12.2013: 16).

Des Weiteren wurde die Vereinbarung des Staates mit Caritas überarbeitet. Am 2. Dezember 2014 hat der Staatsrat das «Flüchtlingsmandat 2015» genehmigt, das die Vereinbarung zwischen dem Staatsrat und der Caritas Schweiz in Luzern sowie den Nachtrag 2015 umfasst. Das «Flüchtlingsmandat 2015» tritt am 1. Januar 2015 in Kraft.

### 6.5.9 Ausgaben

Die materielle Hilfe an Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen, die Kosten für das Betreuungs- und Verwaltungspersonal sowie die Betriebskosten der Beherbergungszentren beliefen sich 2014 auf 19 120 837 Franken, wovon 4 026 898 Franken zu Lasten des Staates.

Die materielle Hilfe an abgewiesene Asylsuchende und NEE-Personen, die Kosten für das Betreuungs- und Verwaltungspersonal sowie die Betriebskosten der Notunterkunft «La Poya» beliefen sich 2014 auf 2 175 760 Franken, wovon 914 895 Franken zu Lasten des Staates.

Die Kosten für materielle Hilfe und Betreuung zugunsten von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen beliefen sich 2014 auf 6 816 841 Franken, wovon 327 231 Franken zu Lasten des Kantons.

Die Kosten für die Integration von vorläufig aufgenommenen Personen aus dem Asylbereich beliefen sich 2014 auf 550 000 Franken. Die Kosten 2014 für die Integration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen betrugen 617 544 Franken.

## 6.6 Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen

Das KSA hat den Auftrag, beim Inkasso von Alimenten zugunsten von im Kanton wohnhaften Kindern, Ehegatten oder Ex-Ehegatten, die durch ein vollstreckbares Urteil oder eine anerkannte Vereinbarung geregelt wurden, die entsprechende Hilfe zu leisten. Gleichzeitig kann das KSA eine Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen leisten, wenn die finanzielle Situation der Bezügerinnen und Bezüger dies rechtfertigt und die Unterhaltsbeiträge nicht bezahlt werden; diese belaufen sich auf höchstens 400 Franken pro Monat und Kind bzw. auf höchstens 250 Franken pro Monat für die Ehegattin bzw. den Ehegatten oder die Ex-Ehegattin bzw. den Ex-Ehegatten (s. Art. 89 Abs. 2 Bst. a Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, EGZGB; Beschluss vom 14. Dezember 1993 über die Eintreibung von Unterhaltsforderungen und die Ausrichtung von Vorschüssen). Hier muss das KSA einerseits seine Aufgabe im Zusammenhang mit der Eintreibung von Unterhaltsforderungen bewältigen und sich andererseits um Information, Beratung und Anhörung der Leistungsempfänger, aber auch der Personen, welche die Unterhaltsbeiträge

entrichten müssen, kümmern. Hinzu kommen Verwaltung und Betreuung im administrativen, finanziellen und juristischen Bereich sowie in Kostenrechnungs- und Buchungsbelangen.

### 6.6.1 Haupttätigkeit

Das KSA ist in diesem Bereich für Folgendes zuständig: Bestimmung des Anspruchs auf Inkassohilfe und Unterhaltsvorschüsse, Vorbereitung und Begründung der damit verbundenen Entscheide, periodische Überprüfung der Dossiers und der Leistungsansprüche der Bezügerinnen und Bezüger, Information und Empfang dieser Personen sowie der Schuldnerinnen und Schuldner, monatliche Verrechnung der Unterhaltsbeiträge, Auszahlung der Vorschüsse und Verwaltung des Debitorenwesens im Fall von unrechtmässig bezogenen Vorschüssen, Inkasso der Unterhaltsbeiträge, Bearbeitung von juristischen Fragen in diesem Zusammenhang, Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen (Betreibungen, Lohnpfändungen, Anforderung von Sicherheitsleistungen, Strafanzeigen), Vertretung des KSA vor den Oberämtern und den Zivil- und Strafgerichten des Kantons.

### 6.6.2 Statistik

#### **Inkassoschritte 2014**

Erscheinen vor dem Präsidenten der Bezirkszivilgerichte des Kantons	15
Erscheinen vor den Strafbehörden	107
Betreibungsgesuche	485
Gesuche um Lohnpfändungen	41
Strafanzeigen	171

#### **Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen 2014**

Gesamtsumme der vom Staat entrichteten Unterhaltsvorschüsse und der überwiesenen, eingetriebenen Verfahrenskosten am 31. Dezember 2014	Fr. 6 300 799
--	---------------

#### **Eintreibung von bevorschussten Unterhaltsbeiträgen 2014**

Betrag der eingetriebenen bevorschussten Unterhaltsbeiträge	Fr. 2 980 023
> davon wurden 59 757.88 Franken über die vom Staat beauftragte Inkassostelle eingebracht	
> Inkassoanteil: 47,30 % (46,78 % im Jahr 2013)	
> Nicht eingebrachter Betrag, zu gleichen Teilen zwischen dem Staat und den Gemeinden aufgeteilt (Art. 81 Abs. 2 EGZGB)	
Wiedereinbringung der Unterhaltsbeiträge, die durch die vom Staat ausgerichteten Vorschüsse nicht gedeckt werden konnten und ausschliesslich die Unterhaltsschuldner betreffen	Fr. 2 551 645.16
<b>Vom KSA im Rahmen der Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen eingezogener Gesamtbetrag</b>	<b>Fr. 5 531 668.86</b>

---

## Dossierbearbeitung 2014

Dossiers in Bearbeitung am 31. Dezember 2014 (2013: 1611)	1 663
> davon Dossiers, welche die Anwendung des «New Yorker Übereinkommens» betreffen (Gläubiger oder Schuldner der Unterhaltspflicht wohnt im Ausland, die andere Person muss im Kanton wohnhaft sein)	58
Neue Anträge 2014 (2013: 245)	278
Entscheid (Eröffnung, Schliessung, ...)	732
Aufgrund eines Entscheids durchgeführte und formalisierte Revisionen	1 033
Einsprachen	31
> Anerkannt	13
> Abgelehnt	13
Beschwerden von Begünstigten	4
> Von der GSD abgelehnte Beschwerden	1
> Vom Kantonsgericht ebenfalls abgelehnte Beschwerden	1
> Verfahren hängig	1
<b>Abgeschlossene Dossiers</b>	<b>384</b>

Als Mitglied der Westschweizer Konferenz der kantonalen Ämter für Inkasso und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen hat das KSA an zwei Sitzungen in Freiburg und in Neuenburg teilgenommen.

## 7 Jugendamt (JA)

---

Amtsvorsteher: Stéphane Quéru

### 7.1 Tätigkeit

Das Jugendamt (JA) hat den Auftrag, die kantonale Kinder- und Jugendpolitik auszubauen und die verschiedenen Kinderschutzmandate in Anwendung der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung auszuführen. Des Weiteren informiert es die Bevölkerung in Koordination mit den Jugendbeauftragten über die Unterstützungsmittel für Kinder und Jugendliche.

Im Jahr 2014 hat das Jugendamt sein Führungsteam neu organisiert: Die Verwaltung der Human Resources, der Finanzbereich und der Administration des Amtes wurden dem stellvertretenden Amtsvorsteher anvertraut. Die Leitung der drei regionalen Sektoren der Direkten Sozialarbeit wurde der Stellvertreterin des Amtsvorstehers zugewiesen.

Der Einsatz im Bereitschaftsdienst wurde für alle Fachpersonen für Kinderschutz der Sektoren Sozialarbeit und Bereitschaftsdienst allgemein eingeführt. Nur die Polizei kann diesen Dienst aktivieren. Im Jahr 2014 hat der Bereitschaftsdienst 45 Einsätze zu insgesamt 43,60 Stunden geleistet.

Das Jugendamt hat mehrere interne Arbeitsgruppen im Bereich Koordination der Unterbringung von Kindern und Koordination von sektorübergreifenden Interventionen bei Misshandlungen von Kindern ins Leben gerufen.

Das Amt ist in den Konferenzen der kantonalen Verantwortlichen für Kinderschutz und Jugendhilfe der Schweiz und der lateinischen Kantone vertreten. Diese Konferenzen hängen von der SODK (Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren) und der CLASS (Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz der lateinischen Schweiz) ab und haben zum Ziel, die besten Lösungen zu finden, um die Praxis im Bereich Kinderschutz und Jugendförderung auf interkantonaler Ebene zu vereinheitlichen. Die diskutierten Themen betreffen sowohl die Organisation der Dispositive und die vom neuen Bundesrecht im Kinder- und Erwachsenenschutz unterstützten Vorgehen, als auch die Motivation für Jugendaktivitäten.

---

## 7.2 Tätigkeit der Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung

Die Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung setzt die Kinder- und Jugendpolitik um. Sie ist in vier Bereichen tätig und leitet ausserdem das Projekt «Bildungslandschaften».

### 7.2.1 Freiburger Kinder- und Jugendpolitik

#### a. Bericht über die Freiburger Politik – Bestandsaufnahme

Die Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung hat die Redaktion des Berichts «Unterstützung der Kinder und Jugendlichen im Kanton Freiburg – Stand der aktuellen Politik und Entwicklungspotenzial» vorangetrieben.

#### b. Kantonale Strategie «Je participe! I mache mit!» 2015–2017

Im Rahmen des Mandats der GSD hat die Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung die Vorbereitungen für die Lancierung einer kantonalen Strategie im Kinder- und Jugendbereich geleitet. Dafür wurde beim Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) ein Gesuch um Co-Finanzierung eingereicht, das einen Betrag von 450 000 Franken während drei Jahren genehmigt hat. Nach dieser positiven Entscheidung wurde unter der Schirmherrschaft der Direktorin für Gesundheit und Soziales ein Steuerungsausschuss ernannt. Die Kommission für Jugendfragen (JuK), die sich 2014 zu drei ordentlichen Sitzungen getroffen hat, hat die Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung bei diesem Vorhaben unterstützt.

#### c. Programm «Bildungslandschaften»

Die Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung hat den Auftrag, die Gemeinden bei der Ausarbeitung ihrer Lokalpolitik zugunsten der Kinder und Jugendlichen zu unterstützen. In diesem Zusammenhang koordiniert sie, in enger Zusammenarbeit mit der EKSD, das 2012 von der Jacobs Foundation lancierte Programm «Bildungslandschaften Schweiz» und unterstützt drei lokale Projekte (Vivisbachbezirk, Glanebezirk und Schönbergquartier, Freiburg). Die Umsetzung des Programms im Kanton Freiburg war 2014 von der Organisation des zweiten Treffens des Freiburger Netzwerks der Bildungslandschaften geprägt. Das Treffen im Zeichen des Themas «Übergang zwischen obligatorischer Schulzeit und Berufswelt» fand am 9. Oktober in Romont statt; rund 60 Vertreterinnen und Vertreter aus Erziehung, Weiterbildung und Berufsberatung, Arbeitgeberschaft und Jugendhilfe nahmen daran teil. Die drei Freiburger Bildungslandschaft-Projekte wurden während des gesamten Jahres umgesetzt; im Oktober 2014 entschied sich die Jacobs Foundation für ein viertes Projekt: Bildungslandschaft «Bulle professionnelle». Mit den vier Projekten soll die systematische Zusammenarbeit zwischen den schulischen und den ausserschulischen Akteurinnen und Akteuren verstärkt werden.

#### d. FriTime

Das kantonale Projekt «FriTime» wurde vom Amt für Sport, dem Amt für Gesundheit und dem Jugendamt lanciert und möchte die Freiburger Gemeinden im Sinne des Auftrags der Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung bei der Entwicklung ihrer Kinder- und Jugendpolitik unterstützen. Das Projekt «FriTime» zielt darauf ab, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich für eine sportliche, kulturelle oder künstlerische Aktivität zusammenzufinden. 2014 sind in der Vereinigung die Gemeinden Murten, Schmitten, Le Glèbe und Cugy zu den Gemeinden Ursy, Hauterive, Bulle und Romont dazugekommen. Zudem wurden viele interessierte Gemeinden kontaktiert, die dem Projekt im Jahr 2015 beitreten möchten. Eine Zusammenarbeit mit Ujoin.ch wurde umgesetzt, um den Gemeinden ein neues Informationsinstrument für die umgesetzten Aktivitäten anzubieten. Das Projekt läuft über vier Jahre (2013–2016) und wird durch die Kinder- und Jugendsubvention der GSD, der Loterie Romande und LORO-Sport unterstützt.

#### e. Massnahmenportfolio zugunsten der nachhaltigen Entwicklung

Die 67 spielerischen und benutzerfreundlichen Massnahmenblätter des Massnahmenportfolios im Bereich nachhaltige Entwicklung für die Freiburger Gemeinden wurden 2014 aktualisiert. Die Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung hat aktiv zur Aktualisierung der Massnahmenblätter «Kinder und Jugend» beigetragen.



---

## 7.2.2 Unterstützung für Projekte zugunsten von Kindern und Jugendlichen

### a. Kinder- und Jugendsubvention

Die GSD gewährt Finanzhilfe für Projekte, die für Kinder und Jugendliche und/oder von diesen entwickelt werden. 2014 sind 52 Projekte eingegangen und 34 Anträge wurden für einen Gesamtbetrag von 199 500 Franken angenommen. Von den angenommenen Anträgen sind 18 Projekte französischsprachig, acht deutschsprachig und ebenfalls acht zweisprachig. Die GSD entscheidet auf Stellungnahme der Kommission für Jugendfragen über die finanzielle Hilfe für Projekte im Interesse der Jugend.

Die unterstützten Jugendprojekte betreffen sehr unterschiedliche Bereiche: Theaterstück mit Betagten, Einrichtung eines Skateparks, Schaffung eines Jugendradios, Organisation von Aktivitätswochen während den Ferien, Erneuerung eines Jugendlokals, mehr Jugendbücher für Kinder mit Migrationshintergrund, Integrationsprojekte für Jugendliche in Schwierigkeiten, Projekt zur Verstärkung der Toleranz und des Respekts zwischen Jugendgruppen, Projekt zur Schaffung von Tanzgruppen «Roundabout» für junge Mädchen in den deutschsprachigen Gemeinden, FriTime-Aktivitäten in den Kantonsgemeinden, Vorbereitung der Aktion 72 Stunden, Ausbildung für Jugendliche, die sich für Journalismus interessieren, kulturelle Aktivitäten für Kinder und Jugendliche, Midnight, Open Sunday, Hip Hop-Workshops und Textverfassung, Percussionsworkshops, Rollenspiele, Liegestühle auf dem Grand-Places, Urban Project, Maxi-Beaux-Arts (Kreativateliers für Jugendliche), Jugendaustausch und gemeinsame Arbeit, Aktivitäten der jungen Samariter, 10-jähriges Jubiläum des Centranim, Schaffung eines «Maison des Générations» (Haus der Generationen), Veröffentlichung eines Erziehungsleitfadens, Verzeichnis der Ferienlager und und und.

### b. Kantonales Kinder- und Jugendnetzwerk «Frisbee»

2014 hat sich das Kantonale Kinder- und Jugendnetzwerk «Frisbee», das im Jahr 2013 auf Anstoss der Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung gegründet wurde, gefestigt. Frisbee ist Ansprechpartner des Staats Freiburg für Fragen zur Kinder- und Jugendpolitik, wird von zwei Mitgliedern der Kommission für Jugendfragen vertreten und wird an der Definition der kantonalen Politik mitwirken.

## 7.2.3 Informationsarbeit

Nach sieben Tätigkeitsjahren hat die Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung im Juni 2014 einen Tätigkeitsbericht zu den zwischen 2007 und 2013 durchgeführten Aktionen veröffentlicht.

## 7.2.4 Öffentlichkeitsarbeit und Koordination

Im Rahmen ihres Auftrags als Vertreterinnen der Interessen der Kinder und Jugendlichen und der Koordination der Tätigkeiten zugunsten von Kindern und Jugendlichen haben die Kinder- und Jugendbeauftragten 2014 an rund 80 externen Sitzungen teilgenommen, die mit Partnerinnen und Partnern anderer Direktionen, der Gemeinden oder des Vereinswesens organisiert wurden.

Die Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung hat an den Sitzungen des Kantonalen Rats für Prävention und Sicherheit (KRPS) teilgenommen, der einen dynamischen und bereichsübergreifenden Ansatz zur Stärkung der bürgernahen Sicherheit und der Interventionsmöglichkeiten bei Jugendlichen unterstützt. Des Weiteren ist die Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung Gastmitglied der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention und der neu geschaffenen Kantonalen Kommission für Suchtfragen.

Darüber hinaus nimmt die Fachstelle an den Treffen der Konferenz der kantonalen Beauftragten für Kinder- und Jugendförderung (KKJF) und an der Westschweizer Konferenz der Kinder- und Jugendbeauftragten («Conférence romande des délégué-e-s à l'enfance et à la jeunesse», CRDEJ) teil.

Weiter ist die Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung kantonale Ansprechpartnerin des BSV für das nationale Projekt «Jugend und Gewalt»: Als Mitglied des nationalen Netzwerks vermittelt sie nationale Informationen an die interessierten kantonalen Akteurinnen und Akteure. Im Januar 2014 hat sie überdies ein Treffen organisiert, damit das BSV sein Programm präsentieren und den Austausch mit den rund 80 anwesenden Freiburger Akteurinnen und Akteuren fördern kann.



### **7.3 Tätigkeit Sektor Direkte Sozialarbeit (SASD)**

Seit dem 1. Januar 2014 bestimmt der Sektor Direkte Sozialarbeit die drei regionalen Teams aus Fachpersonen für Kinderschutz, welche die Aufträge der verschiedenen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB), Bezirkszivilgerichte und Jugendstrafgerichte ausführen. Die Region Zentrum-Nord umfasst die Stadt Freiburg sowie den Sense- und Seebezirk. Die Region West deckt Saane-Land und den Broyebezirk ab. Die Region Süd erstreckt sich auf die Bezirke Greyerz, Glane und Vivisbach.

Im Jahr 2014 hat der Sektor seine Interventionen unter Einhaltung der kantonalen Gesetzgebung zur Anwendung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (KESG und KESV) gestärkt.

2014 haben die drei Sektoren des SASD 1852 Mandate ausgeführt. Die KESB haben 1795 Mandate erteilt (97 %), dabei zu erwähnen sind die 894 Mandate (49,8 %) betreffend Überwachung des persönlichen Verkehrs infolge einer Trennung oder Scheidung. Diese Zahl ist beunruhigend, da quasi die Hälfte der Kapazitäten der drei Sektoren bei Interventionen in diesen Situationen des permanenten Konflikts zwischen Eltern, Ex-Partnerinnen und -partnern, eingesetzt werden müssen. Diese Konflikte ziehen oft eine Instrumentalisierung der Kinder nach sich. Und daraus folgt, dass die Akteurinnen und Akteure der Staatsdienste in diesen Konflikten oft angegriffen werden, während sie eigentlich die Kinder beschützen sollten. Obwohl die neue Scheidungsgesetzgebung und die systematische gemeinsame elterliche Sorge in solchen Situationen per 1. Juli 2014 eingeführt worden waren, sind keine Verbesserungen zu beobachten.

Die Daten zeigen ausserdem, dass die Jugendstrafgerichte lediglich 56 Mandate (3 %) an das Jugendamt erteilt haben.

### **7.4 Tätigkeit Sektor Intake (Bereitschaftsdienst, Abklärungen und besondere Mandate)**

Die kantonale Kinder- und Jugendgesetzgebung verlangt, dass die notwendigen Schutzmassnahmen innert kürzester Fristen getroffen werden. Um diesen Anforderungen zu entsprechen, bietet der Sektor Intake mit seinen zwei Gruppen verschiedene Leistungen an.

Seit 2003 bietet Intake niederschwellige Konsultationen in Form eines Bereitschaftsdienstes: Kinder, Eltern sowie alle Fachpersonen und Kinderschutzbehörden können dieses Angebot besonders in Notfällen in Anspruch nehmen.

2014 haben die Fachpersonen für Kinderschutz dieser Gruppe 814 Situationen betreut, davon wurden mehr als die Hälfte (440 Situationen) ohne Mandat während drei Monaten betreut. Zudem gewährleisteten die Fachpersonen für Kinderschutz die Vertretung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (35 im Jahr 2014). Die Bereitschaftsgruppe leitet alle Vorgehen zu internationalen Kindesentführungen (im Jahr 2014 fünf Fälle). Zwei Fachpersonen für Kinderschutz der Bereitschaftsgruppe haben an der Plattform Jugendliche teilgenommen.

Seit 2010 hat sich eine zweite Gruppe von Fachpersonen für Kinderschutz auf soziale Abklärungen spezialisiert, die entweder von den KESB oder von den Bezirkszivilgerichten im Rahmen von Scheidungsverfahren angeordnet werden. Im Jahr 2014 wurden für die KESB 74 Abklärungen durchgeführt, für die Bezirkszivilgerichte 48.

### **7.5 Tätigkeit Sektor Familienexterne Betreuung (SMA)**

Der SMA stellt den Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung über die Aufnahme von Kindern und die Umsetzung des familienergänzenden Betreuungsdispositivs sicher. Ausserdem ist er kantonale Zentralbehörde im Adoptionsbereich. Seine Tätigkeit umfasst die Beurteilung, Bewilligung und Beaufsichtigung der familienexternen Betreuung in den Bereichen Adoption, Pflegefamilien und familienergänzende Tagesbetreuungseinrichtungen.

#### **7.5.1 Adoption**

Dieser Bereich durchläuft wichtige Veränderungen, und die im Bundesparlament laufenden Debatten werden aufmerksam verfolgt.

Im Jahr 2014 hat der SMA 71 Dossiers von Paaren, die ein Kind adoptieren möchten, betreut. Im Bereich der internationalen Adoption sind vier Kinder hinzugekommen. Im Bereich der nationalen Adoption hat die Zentralbehörde eines anderen Kantons ein Kind in die Obhut eines Freiburger Paares gegeben.

---

## 7.5.2 Pflegefamilien

Im Jahr 2014 hat der SMA 160 Pflegefamilien und sechs professionelle Pflegefamilien betreut.

Der Sektor hat eine Zunahme der Fälle festgestellt, die auf zwei Faktoren zurückzuführen ist: Erstens setzt die Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern (PAVO) seit 2013 die Bewilligung und Aufsicht von Pflegefamilien mit Kindern von null bis 18 Jahren voraus. Zweitens verlangt das Amt für Bevölkerung und Migration eine soziale Abklärung zur Bewertung, ob ausländische Kinder, die von ihren Eltern oder einer Behörde untergebracht wurden, von Mitgliedern ihrer erweiterten Familie auf Freiburger Gebiet untergebracht werden können.

Die PAVO wurde per 1. Januar 2014 aktualisiert. Neu müssen die Organisationen für Familienplatzierung berücksichtigt werden. Diese Organisationen, Verbände oder kommerzielle Unternehmen engagieren Pflegefamilien und bieten den Sozialdiensten Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder an. Dieses Betreuungssystem ist in der Westschweiz noch praktisch unbekannt, während in der Deutschschweiz seit vielen Jahren über 60 Organisationen in diesem Bereich aktiv sind. Im Jahr 2014 haben bereits zwei Organisationen angefragt, mit Pflegefamilien auf Freiburger Gebiet zusammenzuarbeiten.

## 7.5.3 Familienergänzende Tagesbetreuung

Der Sektor SMA hat an einer Arbeitstagung teilgenommen, die vom Verband der Tageselternvereinigungen für die Koordinatorinnen organisiert wurde, um die Funktionsweise des JA zu erklären und Fälle, die Kinderschutzmassnahmen verlangen, zu diskutieren.

Gemeinsam mit dem Amt für Vermessung und Geomatik hat der Sektor eine Kartographie der familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen erstellt. Dieses Tool wurde am 2. Juni 2014 aufgeschaltet.

Das Gesetz vom 9. Juni 2011 über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen (FBG) verankert zwei Fonds zur Schaffung von Plätzen; in den ausserschulischen Betreuungseinrichtungen bis Ende Juni 2014 und in den Krippen bis Ende Dezember 2014. Beide Fonds sind ausgeschöpft und die Ziele des Staatsrats konnten erreicht werden. Am 31. Dezember 2014 gab es im Kanton 87 ausserschulische Betreuungseinrichtungen mit 1394 bewilligten Plätzen für die Betreuung am Morgen, 2539 Plätzen für die Betreuung am Mittag und 1883 Plätzen für die Betreuung am Nachmittag. Zudem gibt es 56 Krippen, für die 1511 Plätze genehmigt wurden.

Weiter beaufsichtigt der Sektor SMA 131 Kindergärten und/oder Spielgruppen, die auf dem gesamten Kantonsgebiet verteilt sind.

Der SMA hat zahlreiche Gemeinden und Vereine bei der Schaffung von ausserschulischen Betreuungseinrichtungen oder Einrichtungen für die Betreuung von Kindern im Vorschulalter begleitet, damit sie die FBG-Unterstützung erhalten. Die Gemeinden des Seebezirks haben die ausserfamiliäre Betreuung in einer Vereinigung zusammengeschlossen; die Bewilligungen für diese Strukturen wurden erteilt. Viele neue Strukturen haben ihre neuen Tarife bewilligen lassen.

Der Rechtsdienst des JA hat zehn Gemeindereglemente zum FBG begutachtet, die der Staatsrätin und Direktorin der GSD zur Genehmigung unterbreitet wurden.

## 7.6 Tätigkeiten der OHG-Beratungsstelle

Die Opferberatungsstelle funktioniert seit April 2013 als Kontaktstelle für Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen. Dieser Auftrag hat eine grosse Investition seitens des Sektors Männer verlangt, da die Betreuung solcher Situationen durchschnittlich mehr Zeit verlangt als die anderen OHG-Fälle. Daher mussten die Fachpersonen des Sektors Kinder Fälle des Sektors Männer übernehmen (65 Fälle / 26 im Jahr 2013).

Das Programm für die Verwaltung der Dossiers und Statistiken wurde aktualisiert. Dadurch können dem BFS vollständige Statistiken übermittelt werden und die Arbeit der OHG-Fachpersonen wird vereinfacht.

Auf kantonaler Ebene wirkt die Beratungsstelle an der kantonalen OHG-Koordination, im CAN-TEAM (*Child Abused and Neglected-Team*), in der Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen und in der Arbeitsgruppe «Menschenhandel» mit.

---

Auf nationaler Ebene vertritt sie den Kanton innerhalb der Interessengruppe/Schweizerische Verbindungsstellen-Konferenz OHG (SVK-OHG), COROLA und Region 2 sowie bei den Treffen mit den OHG-Beratungsstellen für Kinder, die sexuell missbraucht wurden, teil. Schliesslich nimmt sie an Treffen der kantonalen Kontaktstellen für Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen teil.

Im Jahr 2014 betreute der Sektor Kinder der Fachstelle 283 Fälle. Es war ein leichter Anstieg der neuen Anfragen zu verzeichnen (4 %). Der Sektor Männer betreute 363 Fälle. Die Anzahl Neufälle stieg für diesen Sektor im Zusammenhang mit den Anfragen der Opfer von Zwangsmassnahmen (53 neue Anfragen im Jahr 2014, 19 übernommene Fälle von 2013) um 20 %.

Des Weiteren haben die Mitarbeitenden der OHG-Beratungsstelle 647 Gespräche und 629 Telefonberatungen (länger als 15 Minuten) geführt. Ausserdem haben sie 1741 andere Telefongespräche im Zusammenhang mit der Opferbetreuung geführt, 34 Mal ein Opfer begleitet (Polizei, Anwalt, Gericht, ...), 760 Mal Fachpersonen des Netzwerks im Rahmen der Nachbetreuung kontaktiert, 88 Informations- und Triagegesuche bearbeitet und die Beratungsstelle 16 Mal vorgestellt (Schulungen, Anfragen von Einzelpersonen oder Journalisten).

## 8 Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB)

---

Leiterin: Geneviève Beaud Spang

### 8.1 Tätigkeit

In Erfüllung seines Auftrags ist das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) in verschiedenen Bereichen tätig: Es berät Personen, die sich im Rahmen des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG) geschädigt fühlen und erteilt diesen Rechtsauskünfte. Es bietet Beratungen an, betreut Privatpersonen und gibt Auskünfte zu Fragen im Zusammenhang mit der Diskriminierung im Berufsleben (privater und öffentlicher Bereich). Das GFB erteilt Personen, die im Sinne des GIG diskriminiert werden, juristischen Rat und informiert Privatpersonen und Berufsleute zu Fragen über Gleichstellung und Familie, u. a. über die Website [www.familien-freiburg.ch](http://www.familien-freiburg.ch).

Das GFB verfasst Stellungnahmen und beantwortet verwaltungsinterne Vernehmlassungen oder Vernehmlassungen zu Gesetzesentwürfen auf kantonaler Ebene und auf Bundesebene: Im Jahr 2014 wurden 26 Stellungnahmen verfasst.

Es führt das Ko-Präsidium des «Nationalen Zukunftstages», beteiligt sich an der Gruppe für Rechtsfragen der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG) und besucht die Sitzungen der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF), besonders die jährliche Sitzung der Kontaktpersonen für Familienfragen in den Kantonen.

Des Weiteren führt das GFB das Sekretariat der kantonalen Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen, die im Berichtsjahr drei Plenarsitzungen abgehalten hat. Überdies hat sich eine Arbeitsgruppe mehrere Male ehrenamtlich getroffen, um das Familientreffen vorzubereiten.

Das GFB verwaltet ausserdem das Sekretariat der Kantonalen Schlichtungskommission für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben, die aus dem GIG hervorgeht. Diese Gruppe ist 2014 zwei Mal zusammengekommen. Beim GFB sind zudem einige Anfragen für juristische Auskünfte und Beratungen eingegangen. Die Kantonale Schlichtungskommission für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben ist Mitglied der Schweizerischen Konferenz der Schlichtungsstellen und hat am Jahrestreffen dieser Konferenz teilgenommen.

Das GFB führt das Präsidium der Kantonalen Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen und verwaltet das Sekretariat. Im Jahr 2014 fanden drei Plenarsitzungen, eine Ausbildungssitzung für Berufsfachleute und eine

---

Arbeitsgruppensitzung statt. Zudem ist das GFB Mitglied der Schweizerischen Konferenz gegen häusliche Gewalt und hat an einer Plenarsitzung sowie an einem vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) organisierten, nationalen Kongress teilgenommen. Des Weiteren ist das GFB Mitglied der Konferenz der lateinischen Kantone gegen häusliche Gewalt («Conférence latine contre la violence domestique», CLVD) und hat zwei Sitzungen dieser Konferenz beigewohnt.

Ferner leitet das GFB die Gruppe der Vertrauenspersonen gegen sexuelle Belästigung in der Kantonsverwaltung. Diese Gruppe hat zur Teilnahme an einer spezifischen Ausbildung eingeladen, die vom GFB angeboten wird. Das GFB hat mehrere Personen, Dienste und Unternehmen begleitet, die wegen sexueller Belästigung Hilfe gesucht haben.

Das GFB führt zudem das Sekretariat des Klubs für Familienfragen des Grossen Rats: Der Vorstand hat drei Mal getagt und die Generalversammlung fand zwei Mal statt.

Das GFB hat mehrere Interviews in verschiedenen lokalen und Westschweizer Medien gegeben. Es hat mehrere Medienmitteilungen verfasst, insbesondere im Rahmen seines 20-jährigen Bestehens und der entsprechenden monatlichen Veranstaltungen.

## **8.2 Besondere Tätigkeit**

### **8.2.1 Gleichstellung vor: 20 Jahre im Dienst der Gleichstellung und der Familie**

2014 wurde das GFB zwanzig Jahre alt. Um dieses Ereignis zu feiern, hat das GFB jeden Monat eine Aktion zu einem seiner Arbeitsthemen organisiert. Im Januar und Oktober lag der Schwerpunkt auf dem Gleichstellungsgesetz (GIG); das GFB hat eine Weiterbildung «Das Gleichstellungsgesetz anwenden» sowie eine Präsentation und Diskussion zu «Worum geht es bei sexueller Belästigung?» organisiert. Der Monat Februar stand im Zeichen der Gleichstellung bei der Arbeit und ihrer Auswirkungen auf das Privatleben. Das GFB hat die Freiburger Bevölkerung zu einem «Gleichstellungscafé» eingeladen, um ihre Meinung zu diesem Thema zu hören. Im Monat März und November wurden die Fachleute aus dem Gesundheits- und Sozialbereich sowie die Bevölkerung für die Thematik der Gewalt in Paarbeziehungen sensibilisiert. Konkret wurden auf der Website [www.fr.ch/gewalt](http://www.fr.ch/gewalt) Arbeitsdokumente aufgeschaltet und eine Vorführung des Films «Ne dis rien» von Icíar Bollain, gefolgt von einem Netzwerkapero, organisiert. Im April hat das GFB die kantonalen Parteien getroffen, um gemeinsam ein Instrument für «Good Practices» für die ausgeglichene Vertretung der Geschlechter in der Politik zu erarbeiten und interessierte Personen zu ermutigen, sich politisch zu engagieren. Im Mai gab die interaktive Ausstellung «Mädchen oder Junge – Was macht das für einen Unterschied?» 600 Schülerinnen und Schülern von sechs bis elf Jahren des Kantons sowie vielen Familien die Möglichkeit, die Welt mit anderen Augen und frei von allen Stereotypen zu betrachten. Parallel dazu wurde in den Bibliotheken des Kantons die Aktion «Mädchen und Jungs: Die gleichen Superkräfte!» durchgeführt. Im Monat Juni hat die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen mit der logistischen Unterstützung des GFB am Familientreffen die Frage der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben und damit eine immer noch sehr aktuelle Herausforderung thematisiert. Im Juli standen die Türen des GFB für alle offen und die Räumlichkeiten wurden mit «Mikroausstellungen» zu den Arbeitsthemen des GFB geschmückt. Im gleichen Monat wurde der GFB-Katalog auf dem Westschweizer Bibliotheksverbund (RERO) offiziell eingeweiht. Im August fand eine grosse Werbekampagne für die Website [www.familien-freiburg.ch](http://www.familien-freiburg.ch) statt, und im September konnten die Kantonseinwohnerinnen und -einwohner in den Schaufenstern der Lausannegasse und des Burgquartiers die 73 Fotos bewundern, die für den früher im Jahr lancierten Wettbewerb «Aus den Klischees ausbrechen» aufgenommen worden waren. Dieser Wettbewerb stand allen offen und forderte die Kreativität von Hobby- und Berufsfotografinnen und -fotografen, indem er sie aufforderte, über geschlechtsspezifische Stereotypen nachzudenken. Das Jubiläumsjahr ging am 11. Dezember mit einer grossen Feier zu Ende: Über 140 Personen sahen den Kurzdokumentarfilm «Travail, famille – on s'organise» über die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, der die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen beim Familientreffen für das GFB umgesetzt hatte. Die Gäste hatten damit die Gelegenheit, dieses besondere Jahr mit gegenseitigem Lernen, Austausch und verstärkter Wahrnehmung rund um einen Geburtstagskuchen abzuschliessen.

---

### 8.2.2 Gleichstellung und Beruf

Im 2014 hat das GFB seinen 20. Geburtstag dazu genutzt, das Gleichstellungsgesetz (GIG) in den Vordergrund zu rücken, indem es verschiedene gezielte Veranstaltungen für Fachpersonen und die Bevölkerung organisiert hat. Ausserdem hat es eine Informationskarte über das GIG in sieben Sprachen verfasst.

Das GFB leitet das Projekt zum Plan für die Gleichstellung von Frau und Mann innerhalb der Kantonsverwaltung (PGKV). Es steuert dieses Projekt im Rahmen einer von der Direktorin für Gesundheit und Soziales präsidierten Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern aller staatlicher Direktionen, der Universität, der Fachhochschulen, des Amtes für Personal und Organisation (POA) und des GFB. Diese Gruppe ist 2014 vier Mal zusammengekommen. Darüber hinaus haben das GFB und das POA konkrete Massnahmen zum Aktionsplan erarbeitet.

### 8.2.3 Gleichstellung und Bildung

Das GFB hat für den Kanton Freiburg den 14. «Nationalen Zukunftstag – Seitenwechsel für Mädchen und Jungs» organisiert. Einer der Schwerpunkte dieses Tages richtete sich an die Schülerinnen und Schüler der 7. HarmoS-Stufe: Sie alle waren eingeladen, Arbeitswelten und Berufe kennenzulernen, die traditionellerweise vom anderen Geschlecht ausgeübt werden. Mehrere hundert Kinder haben daran teilgenommen. Ein anderes Modul richtete sich an die Schülerinnen und Schüler der 10. HarmoS-Stufe: Die Mädchen durften die Bereiche Technik und Informatik in Unternehmen, an der Hochschule für Technik und Architektur und an der Universität entdecken, die Jungen wiederum die Berufe des Gesundheits-, Sozial- oder Erziehungswesens in Kinderkrippen und Heimen für Betagte. 110 Jugendliche (Mädchen und Jungs) haben an den verschiedenen Workshops dieses Moduls teilgenommen. All diese Projekte wurden in Partnerschaft mit verschiedenen Dachorganisationen, der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport und den Berufsberaterinnen und Berufsberatern organisiert. Zudem hat das GFB bei einem kantonalen Treffen der Berufsberaterinnen und -berater die geschlechtsspezifischen Herausforderungen der Berufswahl vorgestellt, und sich dafür auf die neuesten Arbeiten des NFP 60 gestützt. Das GFB ist Teil des Steuerungsausschusses des «Nationalen Zukunftstages», hat das Co-Präsidium des Vereins inne und trägt die Verantwortung für die Koordination in der Westschweiz.

### 8.2.4 Umfassende Familienpolitik

In seinen Aktionen der Monate Juni, September und Dezember hat das GFB den Schwerpunkt auf die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben gelegt. Das GFB unterhält eine Zusammenarbeit mit *Freiburg für alle* und aktualisiert laufend die Website [www.familien-freiburg.ch](http://www.familien-freiburg.ch).

### 8.2.5 Gewalt in Ehe und Partnerschaft

Neben den Aktionen zum 20. Jubiläum des GFB und dem 10. Geburtstag der Kantonalen Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen schliesst das GFB momentan ein kantonales Konzept gegen Gewalt in Paarbeziehungen ab und bereitet eine Präventionskampagne für Jugendliche vor.

Überdies hat das GFB in Zusammenarbeit mit den Berufsfachleuten des Kantons Freiburg, die im Bereich Zwangsheirat tätig sind, einen Leitfaden für die Betreuung der Opfer von Zwangsheirat erarbeitet. Der Leitfaden richtet sich in erster Linie an Fachpersonen. In diesem Rahmen konnte für sechs Monate eine Koordinatorin im 50 %-Pensum angestellt werden; diese Stelle wurde vom Bund finanziert.

### 8.2.6 Frauen im öffentlichen Leben

Zu seinem 20. Jubiläum hat das GFB neue «Tools» zur Gleichstellung in der Politik online geschaltet.

### 8.2.7 [egalite.ch](http://egalite.ch) und Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten

Das GFB trägt zu den Arbeiten der Westschweizer Gleichstellungskonferenz bei und nahm an den «Assises de l'égalité» teil, die im November in Neuenburg stattgefunden haben.

Das GFB ist Mitglied der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten und ist in der dieser Instanz angegliederten Gruppe für Rechtsfragen aktiv.

## 9 Personalbestand

<b>BEHÖRDEN – DIREKTIONEN</b>		<b>Rechnung 2014</b>	<b>Rechnung 2013</b>	<b>Differenz</b>
Finanzstellen		VZÄ	VZÄ	VZÄ
<b>Gesundheit und Soziales</b>		<b>165.03</b>	<b>165.00</b>	<b>0.03</b>
ZENTRALVERWALTUNG		135.02	135.59	-0.57
3600/SASS	Generalsekretariat	6.62	7.00	-0.38
3605/SANT	Amt für Gesundheit	14.10	13.92	0.18
3606/DENT	Schulzahnpflegedienst	24.24	25.74	-1.50
3608/SMED	Kantonsarztamt	14.73	14.73	
3645/SOCI	Sozialvorsorgeamt	11.42	11.33	0.09
3650/AISO	Kantonales Sozialamt	15.97	16.09	-0.12
3665/OCMF	Jugendamt	47.94	46.78	1.16
SPITALWESEN		15.36	14.54	0.82
3619/EMSC	FNPG Pflegeheim «Les Camélias»	15.36	14.54	0.82
BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN		14.65	14.87	-0.22
3624/MABU	Wäscherei Marsens	14.65	14.87	-0.22

# Tätigkeitsbericht

Finanzdirektion

—

2014



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Direction des finances DFIN**  
**Finanzdirektion FIND**



# Inhalt

---

<b>1</b>	<b>Direktion und Generalsekretariat (GS-FIND)</b>	<b>7</b>
<b>1.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>7</b>
1.1.1	Ordentliche Tätigkeit	7
1.1.2	Besondere Ereignisse	7
<b>1.2</b>	<b>Interkantonale Zusammenarbeit</b>	<b>8</b>
1.2.1	Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren	8
1.2.2	Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz	8
1.2.3	Conférence romande de la Loterie et des Jeux	9
1.2.4	Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesezt	9
<b>1.3</b>	<b>Streitfälle</b>	<b>9</b>
<b>1.4</b>	<b>Gesetzgebung</b>	<b>9</b>
1.4.1	Gesetze und Dekrete	9
1.4.2	Verordnungen, Beschlüsse und Reglemente	10
<b>2</b>	<b>Finanzverwaltung (FinV)</b>	<b>10</b>
<b>2.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>10</b>
2.1.1	Aktualisierung des Finanzplans	10
2.1.2	Struktur- und Sparmassnahmen	11
2.1.3	Voranschlagsentwurf 2015	11
2.1.4	Analyse der Erlassentwürfe der Direktionen und der Geschäfte zuhanden des Staatsrats	12
2.1.5	Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen	12
2.1.6	Neue Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement (NIGEFI)	12
2.1.7	Periodische Überprüfung der Subventionen	13
2.1.8	Staatsrechnung 2014	13
2.1.9	Finanzdienst und Tresorerieverwaltung	14
2.1.10	Kantonaler Finanzdienst	14
2.1.11	Periodische Berichte über den Stand der Rechnung und Budgetkontrolle	14
2.1.12	Leistungsorientierte Führung (LoF)	15
2.1.13	Weitere Aktivitäten	16
<b>3</b>	<b>Kantonale Steuerverwaltung (KSTV)</b>	<b>16</b>
<b>3.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>16</b>
3.1.1	Steuerveranlagungen	16
3.1.2	Steuerbezug	18
3.1.3	Personalschulung	19

3.1.4	Vorarbeiten und Sonstiges	19
3.1.5	Statistiken	19
3.1.6	Zusammenarbeit	19
3.1.7	Informatik der KSTV	20
<b>4</b>	<b>Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern (ESSA)</b>	<b>21</b>
<b>4.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>21</b>
4.1.1	Ordentliche Tätigkeit	21
<b>5</b>	<b>Amt für Personal und Organisation (POA)</b>	<b>21</b>
<b>5.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>21</b>
5.1.1	Allgemeines	21
5.1.2	Personaladministration	22
5.1.3	Gehaltsadministration	22
5.1.4	Informatik	22
5.1.5	Juristische Tätigkeit	22
5.1.6	Sozialversicherungen	22
5.1.7	Sozialfonds	23
5.1.8	Care Management	23
5.1.9	Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz	24
5.1.10	Bewertung der Funktionen	24
5.1.11	Ausbildung und Entwicklung	25
5.1.12	Organisation	26
<b>5.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>26</b>
<b>6</b>	<b>Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA)</b>	<b>27</b>
<b>6.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>27</b>
6.1.1	ITA seit einem halben Jahrhundert im Dienst des Staates	27
<b>6.2</b>	<b>Kommissionen, Zusammenarbeit und Partnerschaft</b>	<b>28</b>
6.2.1	Informatikkommission des Staates	28
6.2.2	Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU)	28
6.2.3	Zusammenarbeit und Partnerschaft	28
<b>6.3</b>	<b>Sicherheit der Informationssysteme</b>	<b>28</b>
6.3.1	Sicherheitsaudits	28
<b>6.4</b>	<b>Sektion «Zentrale Dienste» (ZD)</b>	<b>29</b>
<b>6.5</b>	<b>Sektion «Computing Service &amp; Network» (CS)</b>	<b>29</b>
6.5.1	Sektor Desktop	29
6.5.2	Sektor Middleware	30
6.5.3	Sektor Data Center	30

6.5.4	Sektor Networking & Telephony	30
6.5.5	Sektor Service Desk	31
<b>6.6</b>	<b>Sektion «Solution Engineering» (SE)</b>	<b>31</b>
6.6.1	Sektor Project Management Office (PMO)	31
6.6.2	Sektor Application Engineering (AE)	32
6.6.3	Sektor Application Services (AS)	32
6.6.4	Sektor Architektur & Integration (AI)	32
<b>7</b>	<b>Amt für Vermessung und Geomatik (VGA)</b>	<b>33</b>
<b>7.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>33</b>
7.1.1	Allgemeines	33
7.1.2	Parzellarvermessung	33
7.1.3	2014 beschlossene Operate	33
7.1.4	Operate in Bearbeitung	33
7.1.5	2014 beendete Operate	33
7.1.6	Unterhalt und Nachführung	34
7.1.7	Nomenklatur und Adressen	34
7.1.8	Datenbank der amtlichen Vermessung (BDMO und DSK2)	34
7.1.9	Ersatz der Anwendung Autodesk TB3	34
7.1.10	Referenzrahmen LV95	34
7.1.11	Gebäude- und Adressreferenzdatensatz	34
7.1.12	Weitere AV-Aktivitäten	35
<b>7.2</b>	<b>GIS-Kompetenzzentrum (Landinformationssystem)</b>	<b>35</b>
7.2.1	Koordination	35
7.2.2	Projekte und realisierte Vorhaben	36
7.2.3	Geografische Daten	37
7.2.4	Information und Promotion	37
<b>7.3</b>	<b>Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)</b>	<b>37</b>
7.3.1	Tätigkeit	37
7.3.2	Stand der Arbeiten	38
<b>7.4</b>	<b>«Geoinformation»</b>	<b>38</b>
7.4.1	Gesetzliche Grundlagen und Organisation	38
7.4.2	Minimale Geodatenmodelle	38
<b>8</b>	<b>Grundbuchämter (GBA)</b>	<b>38</b>
<b>8.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>38</b>
8.1.1	Grundbuchführung	39
8.1.2	Information und Auskünfte	39
8.1.3	Einführung des eidgenössischen Grundbuchs	39

---

8.1.4	Informatisierung des Grundbuchs	39
<b>8.2</b>	<b>Steuerveranlagung</b>	<b>40</b>
8.2.1	Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern	40
8.2.2	Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes	40
8.2.3	Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer	40
<b>8.3</b>	<b>Informatik der Grundbuchämter</b>	<b>40</b>
8.3.1	Datenextraktion und Datenabfrage	40
8.3.2	Informatikprojekte	40
<b>8.4</b>	<b>Weitere Aktivitäten</b>	<b>41</b>
8.4.1	Vereinigung der Freiburger Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter	41
8.4.2	Austausch mit Instanzen anderer Kantone	41
<b>8.5</b>	<b>Aufsichtsbehörde über das Grundbuch</b>	<b>41</b>
<b>9</b>	<b>Finanzinspektorat (FI)</b>	<b>42</b>
<b>9.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>42</b>
9.1.1	Ordentliche Tätigkeit	42
9.1.2	Revisionsberichte 2014	43
9.1.3	Sonstiges	44
<b>10</b>	<b>Personalbestand</b>	<b>44</b>

---

---

# 1 Direktion und Generalsekretariat (GS-FIND)

---

Staatsrat Direktor: Georges Godel

Generalsekretär: Pascal Aeby

## 1.1 Tätigkeit

Das Generalsekretariat der Finanzdirektion (GS-FIND) bereitet die Geschäfte vor, die dem Staatsrat von der Finanzdirektion unterbreitet werden, und betreut die Dossiers anderer Direktionen zuhanden des Staatsrates, namentlich solche, bei denen es um wichtige finanzielle, personelle oder IT-Belange geht. Zu den Aufgaben des GS-FIND gehören auch die administrative Abwicklung der Geschäfte, die an den Grossen Rat überwiesen werden, sowie die Nachbetreuung der Erlasse und die Verwaltung mancher Dossiers, namentlich in internen oder externen Vernehmlassungsverfahren. Es verwaltet ausserdem das Vermögensversicherungsportefeuille des Staates und ist für die Beziehungen zur Gesellschaft der Loterie Romande und zur kantonalen Kommission der Loterie Romande zuständig.

Zu den administrativen Aufgaben des Sekretariats gehören das Bearbeiten der Korrespondenz, Telefon-, Schalter- und Empfangsdienst, Terminverwaltung und Reservationen, der logistische Support (namentlich Materialbestellungen) sowie Ablage und Archivierung.

Die beiden in Teilzeit beschäftigten Übersetzerinnen des GS-FIND kümmern sich um die deutsche Übersetzung der französischen Texte, vor allem der amtlichen Texte zuhanden des Staatsrates, der Texte der Direktion (Korrespondenz, Entscheide), aber auch von Texten der einzelnen Ämter. Die Übersetzerinnen erteilen ausserdem intern Auskünfte zu sprachlichen Fragen, kontrollieren auf Anfrage deutsche Texte, stellen fachspezifische Dokumentationen zusammen und wirken bei den Terminologearbeiten in den Bereichen mit, die in die Zuständigkeit der FIND fallen.

Die Rechtsabteilung befasst sich mit den Streitverfahren, der Ausarbeitung und Revision von Erlassen und Reglementen, der Beantwortung von Vernehmlassungen sowie der internen oder externen juristischen Beratung vor allem der Ämter der FIND, die über keine Juristen verfügen.

Die ebenfalls dem GS-FIND angehörende Kommunikationsbeauftragte verfasst Medienmitteilungen, bereitet Medienkonferenzen vor, verfolgt das aktuelle Geschehen und betreut die Website der Direktion. Sie redigiert und/oder überarbeitet Ansprachen des Finanzdirektors, stellt Recherchen an und verfasst diverse Texte für ihn. In Zusammenarbeit mit den Ämtern kümmert sie sich ausserdem um die Beziehungen zu den Medien. Sie befasst sich auch mit den Gesuchen um Zugang zu Dokumenten.

### 1.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Der Betrag des Gewinnfonds der Loterie Romande für kulturelle und soziale Zwecke bei der Finanzverwaltung beläuft sich per Ende 2014 auf 9 943 542 Franken (7 986 796 Franken Ende 2013).

Der Betrag des Lotterieabgabefonds zur Verfügung des Staatsrats bei der Finanzverwaltung beläuft sich per Ende 2014 auf 1 934 917 Franken (2 038 240 Franken Ende 2013).

### 1.1.2 Besondere Ereignisse

Die FIND organisierte am 27. Mai ein Diskussionsforum mit Workshops zum Thema «Die Unternehmen im Zentrum der steuerpolitischen Debatte» mit Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), als Gastreferentin. Es ging dabei um folgende Themen:

- > die finanziellen Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III, mit Serge Gaillard, Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung;

- 
- > die neuen fiskalischen Herausforderungen für die juristischen Personen, mit Adrian Hug, Direktor der Eidgenössischen Steuerverwaltung;
  - > die Unternehmensbesteuerung im Brennpunkt des internationalen politischen Interesses, mit Christoph Schelling, Botschafter, Leiter der Abteilung Steuern des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen.

Im September schickte das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) den Entwurf des Bundesgesetzes über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III) in die Vernehmlassung. Diese Thematik beanspruchte die FIND, die die Stellungnahme des Staatsrats zuhanden der Konferenz der Kantonsregierung, der Konferenz der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren und des EFD vorbereitete, im Berichtsjahr stark.

In diesem Zusammenhang zeigte die FIND dem Wirtschaftsclub des Grossen Rats am 11. Dezember die Herausforderungen der Unternehmenssteuerreform III auf. Die Strategie des Kantons Freiburg und die diesbezüglichen Beschlüsse der Regierung wurden am 15. Dezember an einer Medienkonferenz in Anwesenheit des Gesamtstaatsrats vorgestellt.

Die Arbeiten zur Schaffung der Fachstelle für Personalbewirtschaftung bei der FIND laufen, und die oder der Verantwortliche wird dem GS-FIND angegliedert sein. Die Stelle wurde Ende 2014 ausgeschrieben und dürfte voraussichtlich im Frühjahr 2015 besetzt werden.

## **1.2 Interkantonale Zusammenarbeit**

### **1.2.1 Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren**

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren FDK traf sich im Jahr 2014 zu vier Sitzungen, nämlich am 31. Januar, am 5./6. Juni, am 26. September und am 12. Dezember.

An der Sitzung vom 5./6. Juni fand im Kanton Appenzell die jährliche Generalversammlung statt.. Die FDK ist der Zusammenschluss aller kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Zu ihren Plenarversammlungen sind in der Regel die Vorsteherin des eidgenössischen Finanzdepartements EFD, Vertreterinnen und Vertreter der Eidgenössischen Finanzverwaltung und der Eidgenössischen Steuerverwaltung sowie Vorsteherinnen und Vorsteher der kantonalen Finanz- und Steuerverwaltungen eingeladen. Es standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- > Reform der Unternehmensbesteuerung (USR III) und Stellungnahmen zuhanden des EFD;
- > Zweiter NFA-Wirksamkeitsbericht und Stellungnahme der Kantonsregierungen vom 20. Juni 2014 zu diesem Wirksamkeitsbericht;
- > Eidgenössische Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre»;
- > Prüfung der Berichte und der Jahresrechnung der FDK und ihrer Organe (namentlich Vorstand, Koordinations- und Beratungsstelle für Fragen der Steuerpolitik, Schweizerische Informatikkonferenz, Schweizerische Steuerkonferenz, Arbeitsgruppe Finanzausgleich, Revisionsstelle).

Die FDK befasste sich an ihrer Plenarversammlung vom 12. Dezember hauptsächlich mit der USR III und stellte dem EFD am 16. Dezember ihre diesbezügliche Stellungnahme zu.

### **1.2.2 Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz**

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz, die der Zusammenschluss der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der sechs Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin ist, traf sich im Jahr 2014 zu vier Sitzungen, nämlich am 23. Januar im Wallis, am 15. Mai in Lausanne, am 4. September in Genf und am 6. November in Neuenburg. Zu ihren Sitzungen sind in der Regel Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Finanzverwaltungen sowie der Eidgenössischen Finanzverwaltung eingeladen.

Im Berichtsjahr standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- > Sparmassnahmen der Kantone;
- > Unternehmenssteuerreform III;
- > Eidgenössische Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre»;

- 
- > NFA und Position der Geberkantone vor dem Hintergrund des Wirksamkeitsberichts;
  - > Austausch von Informationen über die Jahresrechnungen und Voranschläge der vertretenen Kantone, insbesondere über die Steuereinnahmen und über die Risiken für eine Verschlechterung der Kantonsfinanzen.

Am 3. November äusserte sie sich an einer Medienkonferenz zu ihrer ablehnenden Haltung zur Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre».

### 1.2.3 Conférence romande de la Loterie et des Jeux

Mit der Konvention zwischen den sechs Westschweizer Kantonen über die Loterie Romande wurde die Conférence romande de la Loterie et des Jeux (CRLJ), die Westschweizer Konferenz der Lotterie und der Spiele eingesetzt. Sie hat die Aufgabe, die Koordination von Gesetzgebung und Verwaltungspolitik bezüglich Lotterien und Geldspielen im Rahmen der den Kantonen vom Bundesrecht und der interkantonalen Vereinbarung zugestandenen Befugnisse zu fördern. Der Finanzdirektor vertritt in dieser Konferenz den Kanton Freiburg.

2014 tagte die Konferenz einmal, und zwar am 24. November im Haus der Kantone in Bern. Haupttraktanden waren:

- > die nächsten Termine in Zusammenhang mit dem Abschluss der Vernehmlassung zum Entwurf zum neuen Bundesgesetz über Geldspiele;
- > voraussichtliche Ergebnisse der Loterie Romande für 2014;
- > Gerichtsverfahren in Zusammenhang mit Tactilo und Euro Lotto.

### 1.2.4 Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz

Diese Fachdirektorenkonferenz, in der der Finanzdirektor und der Sicherheits- und Justizdirektor den Kanton Freiburg vertreten, hielt im Berichtsjahr zwei Sitzungen ab, und zwar am 30. Juni und am 24. November. Behandelte Themen waren etwa die Spielsuchtabgabe und das Geldspielgesetz.

## 1.3 Streitfälle

Die Rechtsabteilung behandelt Einsprachen, Steuerbefreiungs- und Steuererlassgesuche sowie Haftungsforderungen gegenüber dem Staat. Die Zahl der Fälle ist gegenüber 2013 in etwa gleich geblieben.

Wichtig ist die Information, die der Staatsrat am 5. Dezember vom kommissarischen Verwalter des Vorsorgefonds der Vorsorgestiftung des Gemeindeverbands der medizinisch-sozialen Dienste des Saanebezirks (ACSMS) erhielt, nämlich dass dieser Fonds offenbar den Grossteil seines Vermögens verloren hat. Die Haftung des Staates kann nicht ausgeschlossen werden, namentlich weil bis Ende 2011 die ehemalige Freiburger Aufsichtsbehörde, das «Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge (ASVA)» für die Aufsicht zuständig war. Der Staat könnte weiter auch haftbar gemacht werden aufgrund der Aufsicht durch die «Bernische BVG- und Stiftungsaufsicht (BBSA)» ab 1. Februar 2012.

## 1.4 Gesetzgebung

Im Folgenden sind die Gesetze und Dekrete sowie die Verordnungen und Beschlüsse, die im Jahr 2014 in den der Finanzdirektion unterstehenden Bereichen erlassen wurden, in chronologischer Reihenfolge aufgeführt.

### 1.4.1 Gesetze und Dekrete

- > Dekret vom 20. Februar 2014 über die kompensierten Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2013;
- > Dekret vom 14. Mai 2014 zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2013;
- > Gesetz vom 19. November 2014 zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern;
- > Gesetz vom 19. November 2014 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2015;
- > Dekret vom 19. November 2014 zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2015;
- > Gesetz vom 21. November 2014 zur Änderung des Gesetzes über die Pensionskasse des Staatspersonals (neuer Finanzierungsplan).



## 1.4.2 Verordnungen, Beschlüsse und Reglemente

- > Beschluss vom 18. März 2014 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 1. Quartal 2014 (180. Gewinnverteilung);
- > Verordnung vom 27. Mai 2014 über die massgebenden Beträge gemäss der letzten Staatsrechnung;
- > Beschluss vom 17. Juni 2014 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 2. Quartal 2014 (181. Gewinnverteilung);
- > Verordnung vom 23. Juni 2014 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (Gerichtsschreiber/in beim Kantonsgericht);
- > Verordnung vom 30. Juni 2014 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (Unterricht der Sekundarstufe I und beruflicher Unterricht);
- > Verordnung vom 19. August 2014 zur Änderung des Reglements über den Sozialfonds;
- > Beschluss vom 16. September 2014 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 3. Quartal 2014 (182. Gewinnverteilung);
- > Verordnung der Finanzdirektion vom 7. November 2014 über den Bezug der Steuerforderungen;
- > Verordnung vom 2. Dezember 2014 über die Festsetzung der Gehaltsskalen des Staatspersonals für das Jahr 2015;
- > Verordnung vom 2. Dezember 2014 zur Änderung des Tarifs der Gebühren der Kantonalen Steuerverwaltung;
- > Verordnung vom 10. Dezember 2014 über die elektronische Abgabe der Steuererklärung der natürlichen Personen;
- > Beschluss vom 10. Dezember 2014 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 4. Quartal 2014 (183. Gewinnverteilung);
- > Verordnung vom 15. Dezember 2014 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (allgemeine Verwaltung, Laboratorium, Konservatorium);
- > Verordnung vom 15. Dezember 2014 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (Handwerk und Betrieb, Justiz, Universität);
- > Verordnung vom 23. Dezember 2014 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (Kaderfunktionen).

## 2 Finanzverwaltung (FinV)

---

Staatsschatzverwalter: Daniel Berset (bis 30. September 2014); Laurent Yerly (ab 1. Oktober 2014)

### 2.1 Tätigkeit

Die FinV war im Jahr 2014 hauptsächlich in folgenden Aufgabenbereichen tätig: Weitere Umsetzung und Follow-Up der Struktur- und Sparmassnahmen, Aufstellung des Staatsvoranschlags 2015, Aktualisierung des Finanzplans, Analyse der Erlassentwürfe der Direktionen und Finanzbeziehungen mit dem Bund, weitere Umsetzung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement sowie der leistungsorientierten Führung. Sie hat auch aktiv bei der Stellungnahme des Staates zur Unternehmenssteuerreformvorlage (USR III) mitgewirkt. Die FinV war auch in den Bereichen Führung der Staatsbuchhaltung und Abschluss der Staatsrechnung, Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit den Kreditoren, Inkasso und Debitorenverwaltung, Finanzdienst und Tresorerieverwaltung, Überprüfung der Subventionen und Budgetkontrolle aktiv.

#### 2.1.1 Aktualisierung des Finanzplans

Nach der Hälfte der Legislaturperiode hat der Staatsrat die mittelfristigen Finanzperspektiven überprüft. Diese Aktualisierung und Verlängerung der Schätzungen bis ins Jahr 2018 mussten in einem schwierigen Umfeld für die Kantonsfinanzen und für einen mit grossen Unsicherheitsfaktoren behafteten Zeitraum durchgeführt werden.

Der schliesslich verabschiedete Finanzplan weist folgende Hauptergebnisse aus (in Millionen Franken):

	2016	2017	2018
Defizit der Erfolgsrechnung	- 92.4	- 139.7	- 146.9
Ausgabenüberschuss der Investitionsrechnung (Nettoinvestitionen)	- 209.2	- 217.7	- 176.9
Finanzierungsbedarf	195.5	252.3	226.6

Trotz des Sparprogramms 2013 und trotz zahlreicher Anpassungen der ursprünglichen Schätzungen zeigen die Endergebnisse, dass es schlecht um die Staatsfinanzen steht. Sie verdeutlichen insbesondere die grosse Herausforderung für den Kanton, nach wie vor stark steigende dauerhafte Bedürfnisse mit Ressourcen zu decken, die ihrerseits teilweise nicht langfristig gesichert sind oder ganz einfach wegfallen könnten. Ungewissheit besteht diesbezüglich vor allem hinsichtlich dreier wichtiger Einnahmequellen: Gewinnausschüttung der SNB, Finanzausgleich des Bundes und Unternehmenssteuerreform.

### 2.1.2 Struktur- und Sparmassnahmen

Die meisten in der Botschaft Nr. 2013-DFIN-20 vom 3. September 2013 zum Struktur- und Sparmassnahmenprogramm 2013-2016 des Staates Freiburg (SSM) präsentierten Massnahmen sind ab dem 1. Januar 2014 unter der Hauptverantwortung der Verwaltungseinheiten und der direkt betroffenen Direktionen und in punktueller Zusammenarbeit mit der FinV umgesetzt worden.

In der Botschaft zu den SSM wurde auch gesagt, dass zusätzlich zu den ab 2014 und den bereits 2013 in Kraft gesetzten Massnahmen für 2015 oder 2016 diverse weitere Massnahmen geplant seien, für die es weitere Abklärungen brauche, bevor darüber entschieden werden könne. Die FinV wirkte während des ganzen Jahres 2014 an den entsprechenden notwendigen Arbeiten mit. Sie kümmerte sich insbesondere nach Konsultation der Direktionen um die Inventarnachführung der jeweiligen Massnahmen und um die Aktualisierung der entsprechenden Kontrollblätter. Die FinV arbeitete auch Umstellungs- und Priorisierungsvorschläge für einige Massnahmen zuhanden des Staatsrates aus und war überdies in den meisten Arbeitsgruppen vertreten, die 2014 in der Kantonsverwaltung eingesetzt wurden, um sich mit den restlichen noch zu konkretisierenden MSE zu befassen.

Bei der Aktualisierung des Finanzplans und der Aufstellung des Voranschlags zeigte sich, dass die finanziellen Aussichten weiter beunruhigend sind und die bisher im Rahmen des SSM-Programms getroffenen oder angekündigten Massnahmen trotz ihrer bedeutenden Auswirkungen wahrscheinlich nicht ausreichen, um das verfassungsmässig und gesetzlich vorgeschriebene Haushaltsgleichgewicht mittel- und langfristig zu gewährleisten. Die FinV schlug somit noch weitere Massnahmen vor. Die Massnahmen, für die sich der Staatsrat entschied, wurden an der Medienkonferenz vom 13. Oktober 2014 zum Voranschlag 2015 und zur Finanzplanung 2016-2018 vorgestellt. Sie werden künftig gleich wie die anderen SSM nachverfolgt.

### 2.1.3 Voranschlagsentwurf 2015

Die Aufstellung des Voranschlagsentwurfs 2015 war eng an die Aktualisierung des Finanzplans gekoppelt. Die Entscheide aus dieser mittelfristigen Planung konnten auf die Budgetierung 2015 übertragen werden und haben diese vereinfacht und beschleunigt. Am 8. September 2014 verabschiedete der Staatsrat einen Voranschlagsentwurf 2015 mit den folgenden Hauptergebnissen:

- > Überschuss von 0,2 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung;
- > Nettoinvestitionen von 139,2 Millionen Franken;
- > Finanzierungsfehlbetrag von 27,2 Millionen Franken;
- > Subventionsquote (Anteil der kantonalen Subventionen gemessen am kantonalen Steueraufkommen) von 38,5 % (gesetzliche Obergrenze: 41 %).

Alle finanzrechtlichen Vorschriften sind damit eingehalten. Am 19. November 2014 verabschiedete der Grosse Rat diesen Voranschlagsentwurf 2015 ohne die geringste Änderung.

#### 2.1.4 Analyse der Erlassentwürfe der Direktionen und der Geschäfte zuhanden des Staatsrats

Im Jahr 2014 hat die FinV zuhanden der Direktionen, Dienststellen und Anstalten ihre Stellungnahme zu über 54 finanzwirksamen Geschäften abgegeben. Sie hat dabei namentlich zu folgenden wichtigen Themen detailliert Stellung genommen: Vorlage zur Unternehmenssteuerreform III, Gesetzesvorentwurf zur Schulzahnmedizin, verschiedene Dekrete in Bezug auf die Technologieplattformen in Verbindung mit Bluefactory, Verkehrs- und Strassendekrete, Dekrete über Liegenschaftserwerb, Ausrüstungserwerb und Strassen. Die FinV hat auch ihre Stellungnahme abgegeben zu den Vernehmlassungen über die Leistungsaufträge der Privatspitäler, des HFR und des FNPG, das Konzept Gesundheit in der Schule und Senior +. Diese wichtige Arbeit im «Vorfeld» trägt dazu bei, dass die Entwürfe effizienter vorbereitet und präsentiert werden und auch den finanziellen Aspekten zum Vornherein mehr Rechnung getragen werden kann. Die FinV gibt ausserdem zuhanden des Finanzdirektors ihre Stellungnahme ab zu allen finanzwirksamen Geschäften (Botschaften, Gesetze, Dekrete, Beschlüsse, Verordnungen, Berichte), die dem Staatsrat im Laufe des Jahres unterbreitet werden.

2014 wurde die FinV erneut sehr von der Entwicklung des Bluefactory-Standorts sowie vom ALP-Projekt (Agroscope Liebefeld-Posieux) am Standort Grangeneuve in Anspruch genommen.

#### 2.1.5 Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen

2014 hat sich die FinV im Rahmen des Finanzausgleichssystems zwischen Bund und Kantonen mit folgenden Punkten befasst:

- > Kontrolle der Daten und Analyse der finanziellen Auswirkungen des eidgenössischen Ausgleichssystems (in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Steuerverwaltung): Prüfung der von der BAK Basel Economics erstellten Mehrjahresprognosen; Überprüfung der vom Bund in die Vernehmlassung geschickten Zahlen 2015, Schätzung der Auswirkungen der Gewinne von Gesellschaften, denen Steuererleichterungen gewährt wurden oder die um solche ersuchen, auf die Ressourcenausgleichszahlungen;
- > Interventionen auf eidgenössischer und interkantonaler Ebene: Vorbereitung der Antworten des Staatsrats auf die Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2015 und auf die Vernehmlassung zum Wirksamkeitsbericht 2012-2015 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen; Verfassen von Notizen und Durchführung verschiedener Simulationen zuhanden der Freiburger National- und Ständeräte zur laufenden Überprüfung des eidgenössischen Finanzausgleichssystems (s. Botschaft des Bundesrats zur Festlegung des Ressourcen- und Lastenausgleichs zwischen Bund und Kantonen für die Beitragsperiode 2016–2019) und zu den Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III auf den Finanzausgleich;
- > Koordinationsarbeiten in Zusammenhang mit den Programmvereinbarungen im Umweltbereich: Zusammenstellung der Jahresberichte 2013 und Übermittlung ans Bundesamt für Umwelt, Vorbereitung der Antworten des Kantons auf die Anhörung zu den Verordnungsanpassungen und zur Revision des Handbuchs zu den Programmvereinbarungen für die Programmperiode 2016-2019; diverse Austausche mit den betroffenen kantonalen Direktionen und Verwaltungseinheiten;
- > Pflege administrativer Kontakte mit der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren, der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz, dem Eidgenössischen Finanzdepartement sowie den Finanzverwaltungen anderer Kantone, Beantwortung zahlreicher Fragen zur NFA und zu ihrer Umsetzung.

#### 2.1.6 Neue Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement (NIGEFI)

2014 befasste sich die Sektion Nigefi mit ihren regulären Aufgaben Softwarebetrieb und -unterhalt der SAP-Plattform. Sie leitete auch verschiedene Projekte im applikativen und technischen Bereich.

Auf technischer Ebene installierte die Sektion im Rahmen des Projekts des Amtes für Landwirtschaft die SAP-Plattform «CRM» (Customer Relationship Management).

---

### 2.1.6.1 2014 realisierte Applikationsprojekte

- > Implementierung des SD-Fakturierungstools bei der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsfachschule Bulle und beim Kantonsarztamt;
- > Implementierung der Applikation zur Nachkontrolle der Strafbefehle für die Oberämter;
- > Entwicklung einer Verwaltungsapplikation zur elektronischen Bearbeitung von Gerichtsurkunden. Mit dieser Applikation können die Lieferscheine für die Gerichtsurkunden der Post elektronisch übermittelt werden, aber auch die Empfangsbestätigungen automatisch empfangen und in die Applikation zur Nachverfolgung der Strafbefehle integriert werden.
- > Implementierung eines Prüfberichts für die Nachkontrolle der Subventionen, der Anlagen und der Verpflichtungskredite in den «Business Intelligence»-Tools.

### 2.1.6.2 Laufende Applikationsprojekte

- > Implementierung des Subventionsverwaltungsmoduls für das Amt für Landwirtschaft in Zusammenarbeit mit dem ITA.

### 2.1.7 Periodische Überprüfung der Subventionen

- > *Subventionsüberprüfungen 2014 und Nachkontrolle der beschlossenen Massnahmen*

2014 haben sich die Arbeiten auf die zuvor geplanten und noch nicht abgeschlossenen Überprüfungen sowie auf die nach Planung für 2014 vorgesehenen Überprüfungen konzentriert. Die FinV hat ausserdem aktiv an der Umsetzung der Struktur- und Sparmassnahmen für die insbesondere die Subventionen betreffenden Bereiche mitgewirkt. Da jedoch der für die Durchführung der Subventionsüberprüfungen Verantwortliche zum Staatsschatzverwalter ernannt worden ist und dieses Amt im Berichtsjahr angetreten hat, konnte die Planung der Überprüfungen nicht eingehalten werden. Ende Jahr wurden mehr Mittel zur Verfügung gestellt, damit dieser Rückstand 2015 wettgemacht werden kann.

- > *Regelmässige Kontrolle der SubG-Vorschriften*

Das SubG sieht in Artikel 21 Abs. 2 vor, dass das Gesamtvolumen der Subventionen für Funktionsausgaben nicht mehr als einen bestimmten Anteil am gesamten kantonalen Steueraufkommen betragen darf. Während des ganzen Voranschlagsverfahrens wird somit mit Berechnungen sichergestellt, dass diese Vorschrift eingehalten wird. Die Obergrenze der Nettosubventionen für Funktionsausgaben liegt bei 41 % des kantonalen Steueraufkommens.

Im Staatsvoranschlag 2014 betrug die Quote der Nettosubventionen für Funktionsausgaben im Verhältnis zum Steueraufkommen 38,6 % und im Staatsvoranschlag 2015 38,5 %, weitgehend unter dem Einfluss der im Bereich der Subventionen beschlossenen Struktur- und Sparmassnahmen.

Ausserdem prüfte die FinV gemäss SubG auch im Detail mehrere Textentwürfe zur Spezialgesetzgebung über die Subventionen. Überprüft wurde insbesondere die Übereinstimmung der vorgeschlagenen Texte mit den Vorschriften und Grundsätzen der Gesetzgebung über die Subventionen.

- > *Weitere Aufgaben im Subventionswesen*

Die FinV war auch in verschiedenen Arbeitsgruppen, Kommissionen und Steuerungsausschüssen aktiv, die sich mit Subventions- oder Finanzfragen der öffentlichen Hand im weiteren Sinne befassten.

### 2.1.8 Staatsrechnung 2014

Die Staatsbuchhaltung erfasst sämtliche Vorgänge, die zur Erstellung der Staatsrechnung notwendig sind. Der grösste Arbeitsaufwand besteht in der Erfassung der Lieferantenrechnungen, die zu zwei Dritteln von der Staatsbuchhaltung und zu einem Drittel von den Dienststellen erledigt wird, bei denen aufgrund der Menge der zu bearbeitenden Rechnungen eine dezentrale Erfassung sinnvoll ist. Die Buchhaltung ist für die Kontokorrente Staat-Gemeinden zuständig und kümmert sich um die Nachführung dieser Konten. Die Finanzbeziehungen mit dem Bund werden über ein Kontokorrent geregelt, über das die meisten Finanzvorgänge laufen. Die Staatsbuchhaltung ist an den Arbeiten zur Einführung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement beteiligt und unterstützt die

Verwaltungseinheiten bei der Reorganisation ihrer Buchhaltung. Sie ist ebenfalls sehr aktiv in der Führung des Finanzdienstes.

Die Staatsrechnung für das Jahr 2014 wird als Sonderpublikation herausgegeben, die eine erläuternde Botschaft sowie die detaillierte Rechnung und Bilanz enthält. Für Näheres verweisen wir auf diese Dokumente.

### 2.1.9 Finanzdienst und Tresorerieverwaltung

Die wichtigsten Arbeiten in diesem Bereich können wie folgt zusammengefasst werden:

- > Ausführung der Zahlungen für die gesamten Budgetausgaben des Staates, mit Ausnahme der Ausgaben einiger Anstalten,
- > Erfassung des Bezugs sämtlicher budgetierter kantonaler Einnahmen,
- > Verwaltung der allgemeinen Bankkonten des Staates und entsprechende Buchführung und Betreuung des Tresoreriebudgets.

Die vom Finanzdienst der FinV erledigten Geschäfte haben sich zwischen 2013 und 2014 umfangmässig wie folgt verändert:

	2013	2014
Bankverkehr DTA (in Millionen Franken)	1 804.13	1 725.40
Bank- und Postkonten:		
Erfasste Buchungen	10 048	9 616

Weitere Tätigkeiten dieses Sektors sind:

- > Verwaltung der flüssigen Mittel sowie der Fonds und Stiftungen: Im Jahr 2014 betrug das Volumen der kurzfristigen Darlehen 542 Millionen Franken (2013: 587 Millionen Franken). Die Zahl der Darlehen lag bei 13, gleich wie 2013. Die FinV verwaltet und führt die Buchhaltung von 55 Fonds und Stiftungen.
- > Im Jahr 2014 sind die mittel- und langfristigen Schulden des Staates vollumfänglich getilgt worden. Sie beliefen sich 2013 auf 50 Millionen Franken.
- > Verwaltung der Darlehen: Die FinV kümmert sich um die Rechnungsführung und die Verwaltung der Darlehen für die Investitionshilfe in Berggebieten (14,54 Millionen Franken, 169 Darlehen) und die Neue Regionalpolitik (6,03 Millionen Franken, 8 Darlehen).
- > Weitere Aufgaben: Weitere Aufgaben der FinV sind die Verwaltung des Wertschriftenportefeuilles des Staates, die Rechnungsführung für die den öffentlichen Institutionen gewährten Darlehen und Vorschüsse, die Rechnungsführung und Auszahlung der Finanzhilfen aus dem Tourismusfonds sowie die Rückforderung der Verrechnungssteuer bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung.

### 2.1.10 Kantonaler Finanzdienst

Der kantonale Finanzdienst kümmert sich insbesondere um das Inkasso, die Debitorenverwaltung und die Zahlungsausstände aller Dienststellen des Staates, die über keine entsprechende Infrastruktur verfügen und die Debitoren nicht selber verwalten. Mit der Einrichtung dieses Dienstes und der Verwendung der SAP-Anwendungssoftware konnte das Inkasso- und Mahnverfahren erheblich verbessert und rationalisiert werden. Das Arbeitsvolumen des Finanzdienstes steigt ständig, da sich die meisten mit SAP fakturierenden Dienststellen für die Inkassoverwaltung an ihn wenden.

Im Jahr 2014 belief sich der Gesamtbetrag der bearbeiteten Rechnungen auf nahezu 283 Millionen Franken (2013: 232 Millionen Franken) für annähernd 220 000 (208 000) Rechnungen. Ende 2014 waren Betreibungsverfahren im Betrag von 864 000 Franken (833 000 Franken) in 1800 Dossiers (1904 Dossiers) eingeleitet. 2014 wurden 46 686 Rechnungen im Betrag von mehr als 6 Millionen Franken bar oder mit Karte bezahlt.

### 2.1.11 Periodische Berichte über den Stand der Rechnung und Budgetkontrolle

Auf der Grundlage der Zwischenrechnungsberichte der Dienststellen und Anstalten, die bei Bedarf von den Direktionen ergänzt werden, erstellt die FinV dreimal pro Jahr eine kommentierte Zusammenfassung zuhanden des Staatsrats. Dieses Dokument zeigt den Stand der Budgetumsetzung auf: Es lokalisiert die grössten Abweichungen

---

zwischen Ausgaben und Einnahmen per 30. April, 31. Juli und 30. September und gibt an, welche Korrekturmassnahmen geplant sind. Dieses Vorgehen ermöglicht eine bessere Steuerung der Kantonsfinanzen und ist eine sinnvolle Ergänzung zur Budgetkontrollarbeit. Ab Herbst wurde dadurch absehbar, dass die Erfolgsrechnung 2014 ins Lot gebracht werden könnte, trotz ausbleibendem SNB-Gewinnanteil, der mit 23,7 Millionen Franken budgetiert war.

Die ordentliche Budgetkontrolle wird in einem ersten Schritt von der Staatsbuchhaltung vorgenommen, die insbesondere darauf achtet, dass die zur Zahlung vorgelegten Rechnungen mit den in den Voranschlagsnachweisen detailliert ausgewiesenen Krediten übereinstimmen, bevor sie verbucht werden. Die Budgetkontrolle befasst sich auch mit den Kreditüberschreitungen. Die Abteilung Finanzplanung und Budgetkontrolle bearbeitet sämtliche Nachtragskreditbegehren. Sie nimmt zu diesen Begehren Stellung und unterbreitet sie anschliessend dem Staatsrat. 2014 hat der Staatsrat 30 Begehren (2013:25) in einem Gesamtbetrag von 31,8 Millionen Franken (28,2 Millionen Franken) gutgeheissen, was 0,99 % (0,87 %) der für das Jahr 2014 budgetierten effektiven Gesamtausgaben entspricht. Dieses Nachtragskreditvolumen liegt um rund 50 % über dem Durchschnitt von 0,60 % für den Zeitraum 2002-2013. Diese Zunahme ist in erster Linie auf die neue Spitalfinanzierung zurückzuführen, deren Auswirkungen in den ersten Jahren ihrer Umsetzung schwer abzuschätzen sind. Dem Grossen Rat wird in der Märzsession 2015 dazu eine ausführliche Botschaft unterbreitet.

#### 2.1.12 Leistungsorientierte Führung (LoF)

Anfang 2014 trat mit der Neuausrichtung der Umsetzung der leistungsorientierten Führung beim Staat Freiburg die Sektion FIMIS (Finanzmanagement und Subventionsverwaltung) an die Stelle der Sektion LoF, deren Aufgabe sich ausschliesslich auf die leistungsorientierte Führung (LoF) beschränkt hatte. Die neue Sektion behält die auf die LoF bezogenen Aufgaben, übernimmt aber auch weiterreichende Aufgaben in den Bereichen Subventionsüberprüfungen, Kostenrechnung, finanzielles Follow-Up der Beteiligungen des Staates Freiburg, Einführung von Hilfsinstrumenten für die Finanzverwaltung und das Follow-Up der Mandate. An sich sind diese Aufgaben nicht neu, werden aber innerhalb der FinV besser differenziert und aufgeteilt. Mehrere dieser Aufgaben werden entsprechend der spezifischen Bedürfnisse und der verfügbaren Mittel stufenweise ausgeführt.

Bezüglich der leistungsorientierten Führung besteht der Auftrag der Sektion FIMIS in ihrer Planung, Organisation und schrittweisen Einführung in den Verwaltungseinheiten des Staates.

##### > *Jahresrechnungen 2013 der Verwaltungseinheiten mit LoF*

In Anwendung der geltenden Gesetzgebung legten die Verwaltungseinheiten mit LoF ihre Ergebnisse bezüglich Aufwand, Ertrag sowie Saldo der einzelnen Leistungsgruppen und Leistungen vor und lieferten auch Kennzahlen und Kommentare zu ihren Tätigkeiten. Die Sektion hat das Verfahren zu Aufstellung und Abschluss der Rechnung 2013 koordiniert und die betreffenden Einheiten dabei unterstützt.

##### > *Controlling der Einheiten mit LoF per 31. Dezember 2013 und 31. August 2014*

Die Verwaltungseinheiten mit LoF haben dem Staatsrat ihre Controllingberichte per 31. Dezember 2013 und per 31. August 2014 übermittelt. Diese von den betreffenden Direktionen genehmigten Berichte wurden von der Sektion FIMIS analysiert. Die Sektion hat die Erstellung dieser Controllingberichte koordiniert und die LoF-Einheiten unterstützt.

##### > *Budgets 2015 der Verwaltungseinheiten mit LoF*

Die Verwaltungseinheiten mit LoF haben im Rahmen des ordentlichen Voranschlagsverfahrens ihre Budgets 2015 nach Leistungen und Leistungsgruppen aufgestellt. Die Sektion FIMIS hat die Erstellung dieser Budgets koordiniert und die LoF-Einheiten unterstützt.

##### > *Entwicklung der Kostenrechnung*

Parallel zu ihren Haupttätigkeiten hat die Sektion FIMIS verschiedene Arbeiten zur Verbesserung bestimmter LoF-Verfahren, -Konzepte und -Instrumente durchgeführt.



---

Anhand einer internen Evaluation der Funktionsweise und der Nutzung der LoF beim Staat sprach sich der Staatsrat 2013 für eine Reorientierung der LoF aus. Sofern nicht ausdrücklich verlangt, wird die LoF kurzfristig künftig nicht mehr aktiv auf weitere Verwaltungseinheiten ausgeweitet. Je nach Bedarf der Einheiten kann jedoch für Geschäftsführungszwecke eine Kostenrechnung vorgeschlagen werden. Dies war 2014 beim Schulzahnpflegedienst der Fall.

### 2.1.13 Weitere Aktivitäten

- > Antworten auf eidgenössische, interkantonale und kantonale Vernehmlassungen;
- > Mitwirkung in verschiedenen Arbeitsgruppen und Kommissionen: Beratende Kommission für die Unterstützung und Begleitung behinderter und gefährdeter Personen, Steuerungsausschüsse (Polycom, Autobahnanschluss Freiburg-Süd/Zentrum); Baukommissionen (Kollegium Gambach, HF-SA und HfG, Modulgebäude für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg, Kollegium des Südens, Poyabrücke, Autobahnamt, Polizeigebäude in Granges-Paccot, Strassenverbindung Romont–Vaulruz); Arbeitsgruppen (Aufgabenteilung Staat/Gemeinden, Evaluierung des interkommunalen Finanzausgleichs, kantonale Umsetzung von Art. 5 Abs. 1 des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes, Bluefactory); Vergabekommission für die Erneuerung der technischen Geräte und Anlagen der HTA-FR; Kommissionen Tourismusförderungsfonds, Senior +, Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme, Bewertung grosser Immobilien- und Mietvorhaben, neue Rechtsform der tpf;
- > Einschätzung der Konjunkturlage im Hinblick auf den Voranschlag 2015;
- > Erstellung der Statistik der Arbeitsstellen für die Staatsrechnung 2013 und den Voranschlag 2015;
- > Vorbereiten der Unterlagen für die Medienkonferenzen zu Staatsrechnung 2013 und Voranschlag 2015;
- > Ausarbeitung des Berichts über die finanziellen und personellen Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2014 gefassten Beschlüsse;
- > Herausgabe des Faltprospekts zu den statistischen Finanzkennzahlen des Staates, Ausgabe 2014;
- > Aktualisierung und Unterhalt der Website der FinV;
- > monatliche Fakturierung der Kosten für Posttaxen und private Telefongespräche an die Ämter;
- > Vertretung des Staates im Verwaltungsrat der Agy Expo SA, der Grenette SA, der kantonalen Lehrmittelverwaltung und der Remontées mécaniques fribourgeoises SA;
- > Beantwortung verschiedener Umfragen zu laufenden oder geplanten Sparprogrammen anderer Kantone.

## 3 Kantonale Steuerverwaltung (KSTV)

---

Vorsteher: Alain Mauron

### 3.1 Tätigkeit

#### 3.1.1 Steuerveranlagungen

##### 3.1.1.1 Veranlagung der natürlichen Personen

Zu Beginn des Jahres 2014 hat die KSTV für die Steuerpflichtigen in allen Bezirken insgesamt acht Informationstreffen organisiert, an denen sie Fragen zur Steuererklärung für die Steuerperiode 2013 beantwortete.

Seit der Steuerperiode 2003 können die Steuerpflichtigen ihre Steuererklärung elektronisch ausfüllen. Die entsprechende Software namens FriTax kann von der Website der KSTV heruntergeladen werden. Sie bietet zwei verschiedene Möglichkeiten für die Erfassung der Steuerdaten: Mit einem Assistenten geführte Eingabe oder Direkteingabe der Daten auf den Formularen am Bildschirm. Die ausgedruckten Formulare und das dazugehörige Barcode-Blatt müssen anschliessend per Post der KSTV zugestellt werden. Die Barcodes, die die Daten enthalten, erlauben ein rascheres Erfassen der Steuererklärungen. Es konnten über 107 000 Steuererklärungen (2013: 106 000



---

Steuererklärungen) mit optischen Lesern erfasst werden, was mehr als 58 % (60 %) der abgegebenen Steuererklärungen entspricht.

Bis Ende Dezember 2014 haben über 89 % (92 %) der Steuerpflichtigen ihre Steuerveranlagung und die Schlussabrechnung 2013 erhalten. Die noch nicht veranlagten Steuereinsteller betreffen hauptsächlich Selbstständigerwerbende, die ihre Steuererklärung häufig etwas später einreichen. Die KSTV behandelte parallel zu den Veranlagungen auch die eingegangenen Einsprachen und Beschwerden.

#### 3.1.1.2 Veranlagung der juristischen Personen

Der erste Teil des Jahres 2014 wurde darauf verwendet, die Veranlagungen der Steuerperiode 2012 abzuschliessen. Die im Berichtsjahr geleistete Arbeit bestand aber hauptsächlich darin, die Veranlagungen der Steuerperiode 2013 zu überprüfen. Im Rahmen der Ermittlungsarbeiten wurden 150 (116) Expertisen durchgeführt. Bis Ende Dezember 2014 erhielten rund 62 % (66 %) der juristischen Personen ihre Veranlagungsanzeige für die Steuerperiode 2013.

Bis 31. Dezember 2014 bearbeitete die Abteilung juristische Personen 14 135 Dossiers, rund 6 % mehr als per 31. Dezember 2013 (13 319 Dossiers).

#### 3.1.1.3 Steuerbefreiung wegen gemeinnütziger oder öffentlicher Zwecke

2014 wurden 48 (40) Steuerbefreiungsentscheide eröffnet, wobei in 10 Fällen die Steuerbefreiung verweigert wurde, und es wurden 45 (49) neue Steuerbefreiungsgesuche eingereicht. Am 31. Dezember 2014 waren noch 41 (31.12.2013: 49) Dossiers hängig. Schliesslich wurden 2014 noch 25 frühere Steuerbefreiungsverfügungen überprüft.

#### 3.1.1.4 Grundstückgewinnsteuern

Als Grundstücksgewinne besteuert werden nur Gewinne, die sich bei Veräusserung eines Grundstückes des Privatvermögens ergeben. Gewinne aus der Veräusserung eines Grundstückes aus dem Geschäftsvermögen oder dem, was steuerrechtlich als Geschäftsvermögen gilt, unterliegen der ordentlichen Steuer. Der Grundstücksgewinnsteuerertrag beläuft sich in der Staatsrechnung 2014 auf 31 894 000 Franken (2013: 30 840 000 Franken).

Die Besteuerung wird aufgeschoben bei Veräusserung einer dauernd und ausschliesslich selbstgenutzten Wohnliegenschaft (Einfamilienhaus oder Eigentumswohnung), soweit der dabei erzielte Erlös innert zwei Jahren vor oder nach der Veräusserung zum Erwerb oder zum Bau einer gleichgenutzten Ersatzliegenschaft in der Schweiz verwendet wird. 2014 ist die Besteuerung in 370 (209) Fällen so aufgeschoben worden, was betragsmässig 41 713 000 Franken (31 715 000 Franken) steuerbaren Grundstücksgewinn ausmachte. Der entsprechende Steuerausfall für den Kanton beläuft sich auf 5 483 000 Franken (3 066 000 Franken).

#### 3.1.1.5 Steuerhinterziehungsverfahren und Nachsteuern

2014 wurden 456 (409) Steuerhinterziehungs- und/oder Nachsteuerverfügungen für die Kantons- und Bundessteuern erlassen:

Bei den Kantonssteuern beliefen sich die Nachsteuern oder hinterzogenen Steuern samt Verzugszinsen auf 5 260 000 Franken (4 998 000 Franken) und die Steuerbussen auf 349 000 Franken (239 000 Franken). Der Gesamtbetrag der Nachsteuern und Steuerbussen samt Verzugszinsen bei der direkten Bundessteuer belief sich auf 1 855 000 Franken (1 713 000 Franken).

Die straflosen Selbstanzeigen haben 2014 auf Kantonsebene Einnahmen (samt Verzugszinsen) von 3 921 000 Franken (3 443 000 Franken) auf nicht deklariertem Kapital in Höhe von 57 520 000 Franken (57 240 000 Franken) und nicht deklariertem Einkommen im Betrag von 11 368 000 Franken (10 126 000 Franken) generiert. Diese Zahlen sind in den oben angegebenen Beträgen einberechnet.

Die vereinfachte Nachbesteuerung von Erben hat 2014 Kantonssteuereinnahmen (samt Verzugszinsen) von 425 000 Franken (753 000 Franken) auf nicht deklariertem Kapital in Höhe von 30 718 000 Franken (37 665 000 Franken) und nicht deklariertem Einkommen im Betrag von 989 000 Franken (2 242 000 Franken) generiert. Diese Zahlen sind ebenfalls in den oben angegebenen Beträgen einberechnet.

---

### 3.1.2 Steuerbezug

#### 3.1.2.1 Bezug der Kantonssteuern

Die KSTV fakturierte die Steuer 2014 in der Regel in neun Raten, zahlbar zwischen Mai 2014 und Januar 2015 jeweils am Monatsende, wobei der Betrag der einzelnen Akontozahlungen aber nicht weniger als 20 Franken betragen darf. Die Steuerpflichtigen konnten aber auch den gesamten Steuerbetrag bis zur Fälligkeit der ersten Rate bezahlen; 50 000 (45 500) Steuerpflichtige machten von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Gleichzeitig mit der Eröffnung der Veranlagungsanzeigen, die vorwiegend das Jahr 2013 betrafen, wurde eine Schlussabrechnung erstellt. Ein Saldo zu Gunsten der Steuerpflichtigen wird diesen auf ihr Post- oder Bankkonto überwiesen, und die KSTV verwaltete so rund 178 500 Konten (169 000 Konten).

Was das Inkassoverfahren betrifft, so leitete die KSTV 21 350 (20 400) verbindliche Zahlungsvereinbarungen weiter und stellte Betreibungsbegehren, auf die hin 17 300 (16 350) Zahlungsbefehle ergingen. Sie reichte auch 62 (128) Strafklagen für veruntreute gepfändete Gegenstände ein.

Die 2013 geschaffene Einheit «Verlustscheinverwaltung» setzte 2014 die aktive Bewirtschaftung der ausstehenden Forderungen um. Da die Verjährungsfrist 20 Jahre nach der Ausstellung des Verlustscheines beträgt, läuft die Verjährungsfrist aller vor 1997 ausgestellten Verlustscheine am 31. Dezember 2016 ab, die im Jahr 1997 ausgestellten Verlustscheine verjähren am entsprechenden Datum des Jahres 2017 und so jedes Jahr weiter.

Die Abteilung Steuerbezug und Steuerausstände hat je nach Priorität den Schwerpunkt auf die verwertbaren Verlustscheine (Steuerpflichtige mit bekannter Adresse und Finanzlage), Massnahmen zur lediglich vorübergehenden Sicherstellung von Forderungen vor ihrer Verjährung (Schuldner, aufgrund derer finanziellen Lage keine Verwertung möglich ist) oder Verlustscheine gelegt, die aufwändige Recherchearbeiten zur Eruiierung der Adresse und Finanzlage erfordern (Schuldner, die nicht mehr im Kanton wohnhaft sind).

2014 belaufen sich die im Rahmen der Übernahme von Verlustscheinen eingekommenen Beträge für die Kantonssteuer vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 auf rund 4 900 000 Franken (3 008 000 Franken). Dieser Betrag ist aussergewöhnlich und darauf zurückzuführen, dass die Abteilung Steuerbezug vorrangig die Verlustscheine über die höchsten Beträge übernommen hat. So sind hier in den kommenden Jahren sinkende Einnahmen zu erwarten.

#### 3.1.2.2 Bezug der Gemeinde- und Kirchensteuern durch die KSTV

Im Jahr 2014 nahmen 56 (55) Gemeinden diese Dienstleistung des Staates für den Bezug ihrer ordentlichen Steuern in Anspruch.

Mit der Informatikanwendung kann die Dienstleistung für den Steuerbezug auch den Pfarreien des Kantons angeboten werden, sofern die Steuern bei allen Pfarreimitgliedern einer bestimmten Gemeinde erhoben werden. Die KSTV nimmt die Steuern der natürlichen Personen für zahlreiche Pfarreien in 131 (132) Gemeinden des Kantons ein. Diese Steuern werden auf der Grundlage einer Vereinbarung bezogen. Die Kirchensteuer der juristischen Personen wird gemäss dem Artikel 17a des Gesetzes über die Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat seit dem Steuerjahr 2001 von der Kantonalen Steuerverwaltung bezogen.

#### 3.1.2.3 Steuererlasse

Gestützt auf Artikel 212 DStG entscheidet die Finanzdirektion nach Anhören der Gemeindebehörde über Steuererlassgesuche. Zu diesem Zweck stellt die KSTV die notwendigen Ermittlungen an, unterbreitet eine Stellungnahme und bereitet die Entscheide der Finanzdirektion vor.

2014 wurden 378 (397) Steuererlassgesuche eingereicht, 51 Gesuche stammten noch aus dem Jahr 2013. 150 (142) Steuerpflichtige erhielten einen abschlägigen Bescheid, während 142 (192) Steuerpflichtigen ein Steuererlass gewährt wurde. In 139 (185) Fällen wurde die Steuer für ein Jahr erlassen, in 3 (6) Fällen die Steuer für zwei Jahre und in keinem (1) Fall die Steuer für mehr als zwei Jahre. Auf 69 (74) Gesuche konnte nicht eingetreten werden, da die formellen Voraussetzungen für einen Steuererlass nicht erfüllt waren. In 5 (5) Fällen wurde ein Revisionsbegehren gestellt. Der Betrag der erlassenen Kantonssteuern beläuft sich auf 129 000 Franken (185 000 Franken).

### 3.1.3 Personalschulung

Im Laufe des Berichtsjahres nahmen mehrere Mitarbeitende an den Kursen teil, die im Rahmen des von der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) für alle Steuerverwaltungen bereitgestellten Aus- und Weiterbildungskonzeptes organisiert werden. Eine Mitarbeiterin und ein Mitarbeiter besuchen gegenwärtig den Ausbildungskurs I (Basiskurs) und vier Mitarbeiter den Ausbildungskurs IIB (Selbstständigerwerbende und juristische Personen). Mit bestandener schriftlicher Prüfung erwarben drei Mitarbeiter das Zertifikat SSK-Kurs I (Veranlagung von unselbständigerwerbenden Steuerpflichtigen), drei Mitarbeiter das Zertifikat SSK-Kurs IIA (Veranlagung von schwierigen Fällen Unselbstständigerwerbender), eine Mitarbeiterin und zwei Mitarbeiter das Zertifikat SSK-Kurs II (nach dem alten Konzept der Veranlagung Unselbstständigerwerbender und juristischer Personen) und drei weitere Mitarbeiter mit dem Zertifikat SSK-Kurs III den Titel Steuerexperte SSK. Die neuen Mitarbeitenden kamen in den Genuss einer zentralisierten internen Schulung. Die Vertiefung gewisser Themen und Fallstudien gaben ihnen Gelegenheit, sich die notwendigen Grundkenntnisse anzueignen und sich mit dem Steuersystem vertraut zu machen.

### 3.1.4 Vorarbeiten und Sonstiges

Neben der Veranlagung und dem Bezug der verschiedenen Steuern, mit denen sich das Personal grösstenteils beschäftigt, erfüllt die KSTV auch andere Aufgaben, insbesondere im Rechtswesen, im Bereich der Statistik und bei der Aufstellung von Rechnung und Voranschlag. Den verschiedenen Instanzen im Kanton und beim Bund wurden zahlreiche Stellungnahmen, Bemerkungen, Berechnungen von finanziellen Auswirkungen und Antworten auf Vernehmlassungen abgegeben. Die KSTV bereitete auch die Antworten auf die parlamentarischen Vorstösse zum Steuerwesen vor, und viel Arbeit fiel auch im Vorfeld der Steuererklärung 2014 an, vor allem mit der inhaltlichen Überarbeitung der zahlreichen Steuerformulare und der Wegleitung für das Ausfüllen der Steuererklärung, aber auch mit der Aufstellung der neuen Steuertarife für die Quellensteuer.

### 3.1.5 Statistiken

Die Steuerstatistiken 2012 sind Anfang November 2014 veröffentlicht worden. Sie liefern auf 40 Seiten mit Kommentaren, Tabellen und Grafiken die Daten über den Ertrag der Kantonssteuern auf dem Einkommen und dem Vermögen der natürlichen Personen und über den Ertrag der kantonalen Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen. Diese Statistiken und die Statistiken der Vorjahre sind auf der Website der KSTV unter der Adresse [www.fr.ch/kstv](http://www.fr.ch/kstv) zu finden.

### 3.1.6 Zusammenarbeit

#### 3.1.6.1 Innerkantonal

Die KSTV ist im Besitz von umfangreichem Zahlenmaterial, das für gewisse Untersuchungen sehr wertvoll ist, und wird unter Wahrung des Datenschutzes von anderen Dienststellen des Staates, wie beispielsweise der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt, dem Amt für Gemeinden oder dem Amt für Statistik um Statistiken angefragt. Ferner beantwortete die KSTV zahlreiche Fragen von Gemeinde- und Kirchenbehörden im Zusammenhang mit der Aufstellung ihrer Budgets. Im Bereich Verwaltung verschickte sie im Jahr 2014 für sich und auch für andere Dienststellen des Staates (Betreibungsämter, Amt für Personal und Organisation, kantonale Ausgleichskasse, Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt usw.) mit rund 2 100 000 (2 100 000) Postsendungen rund 4 300 000 (4 100 000) Unterlagen. Diese Postsendungen wurden zu mehr als der Hälfte für andere Dienststellen ausgeführt.

#### 3.1.6.2 Steuerwesen

Die Eidgenössische Steuerverwaltung und die kantonalen Steuerverwaltungen sind in der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) zusammengeschlossen. Die Mitglieder des KSTV-Führungsstabs sowie gewisse Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in dieses Gremium eingebunden. So ist der Kanton Freiburg in den Kommissionen «Selbstständigerwerbende und juristische Personen» (über die Arbeitsgruppen «Unternehmenssteuern» und «Landwirtschaft»), «Einkommens- und Vermögenssteuern» (über die Arbeitsgruppe «Vorsorge») und «Logistik» (über die Arbeitsgruppen «WVK – Bewertung von nicht kotierten Wertpapieren» und «Formulare») vertreten.

---

### 3.1.7 Informatik der KSTV

#### 3.1.7.1 Datenplattform SEDEX

Das Organ der Schweizerischen Steuerkonferenz hat eine Plattform für den elektronischen Datenaustausch eingerichtet. Die Meldungen werden elektronisch über die Datenplattform SEDEX (Secure Data EXchange) ausgetauscht und direkt in den Fachanwendungen verarbeitet. Die KSTV kann via SEDEX diverse Dokumente empfangen und versenden. Dieser Datenaustausch soll laufend auf weitere elektronische Dokumente ausgeweitet werden. Das System ist so angepasst worden, dass die der KSTV von den Unternehmen via Swisdec zugestellten Lohnausweise automatisch in den elektronischen Dossiers der Steuerpflichtigen empfangen und archiviert werden.

#### 3.1.7.2 Elektronischer Eingang der Veräusserungsanzeigen der Grundbuchämter

Der Empfang und die automatische Integration der Veräusserungsanzeigen aus der Software Capitastra der Grundbuchämter sind in die Veranlagungsanwendung für die Grundstückgewinne integriert worden. Die Produktivsetzung erfolgte Anfang 2014. Im selben Jahr ist der Prozess erweitert worden, um diese Dokumente in den elektronischen Dossiers der Steuerpflichtigen archivieren zu können. Der Zugang zu den Veräusserungsanzeigen läuft also über die Anwendung für die ordentliche Veranlagung der natürlichen Personen.

#### 3.1.7.3 FriTax+

Das 2013 lancierte Projekt FriTax+ ist im Laufe des Jahres 2014 weiterentwickelt worden. Entsprechend der Herausforderung 7 des Regierungsprogramms wird mit dem Projekt FriTax+ die elektronische Abgabe der Steuererklärung eingeführt, mit der es weniger Belege und keine handschriftliche Unterschrift mehr braucht. Ausserdem werden die Steuererklärungen mit den beigelegten Bestätigungen automatisch ins elektronische Dossier der Steuerpflichtigen aufgenommen. Die Veranlagungsanwendung für die natürlichen Personen ist ebenfalls modifiziert worden, um die Arbeit automatisch nach dem System FIFO (First In First Out) auf die Steuereinschätzer/innen verteilen zu können. So werden alle elektronisch eingereichten Steuererklärungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe veranlagt.

#### 3.1.7.4 Kostenpflichtige Fristverlängerungen

Eine der Massnahmen des vom Staatsrat beschlossenen Struktur- und Sparmassnahmenprogramms ist die Fakturierung der Fristverlängerung für die Abgabe der Steuererklärung. Mit einer Softwareentwicklung kann der steuerpflichtigen Person ohne manuelles Eingreifen eine Fristerstreckung gewährt werden, für die sie mit dem der Steuererklärung beiliegenden Einzahlungsschein 20 Franken bezahlt. Auch für die Treuhänder, die sich um die Steuererklärung mehrerer Steuerpflichtiger kümmern, ist ein spezielles System entwickelt worden, das ihnen die Arbeit erleichtern soll.

#### 3.1.7.5 Erneuerung XPL

Die 2013 begonnene Studie zur vollständigen Erneuerung des Systems, mit dem das Register der Steuerpflichtigen und der Partner verwaltet wird (XPL), der Applikation für die Quellensteuer sowie der Anwendungssicherheit bei der KSTV ist 2014 fortgesetzt worden. Diese Studie wurde nötig, um den Fortbestand dieses Werkzeugs zu gewährleisten, das für das Applikationssystem der Steuerverwaltung unabdingbar ist. Mit der Technologie, auf der XPL gegenwärtig beruht, können nämlich mittelfristig die Wartung und der reibungslose Betrieb von XPL nicht garantiert werden. Zudem ist der Datenaustausch in den heutigen Informationssystemen unumgänglich geworden. Da XPL nicht im Hinblick darauf konzipiert worden ist, kann es die Rolle als Bezugssystem für Daten nicht erfüllen. Gemäss Regierungsprogramm wird sich dieses Grossprojekt über mehrere Jahre erstrecken.

#### 3.1.7.6 Dematerialisierung

Die 2013 lancierte Studie eines Projekts zur Dematerialisierung der Dokumente beim Staat Freiburg ist 2014 fortgeführt worden. Ein erstes Ergebnis dieses Projekts dürfte die Dematerialisierung der Lohnausweise der Steuerpflichtigen sein.

---

## 4 Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern (ESSA)

---

Dienstchef: Kurt Aebischer

### 4.1 Tätigkeit

#### 4.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Im Jahr 2014 bearbeitete das ESSA 1946 von den Friedensgerichten aufgenommene Steuerinventare bei Todesfall und von den Friedensgerichten ausgestellte Erklärungen für Nichtvorhandensein von Vermögen (2013: 1963). Auf dieser Grundlage stellte es 370 (319) Erbschafts- und Schenkungssteuerrechnungen aus, die dem Kanton Steuereinnahmen von insgesamt 4 065 560.90 Franken einbrachten.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuern teilen sich wie folgt auf:

Erbschaftssteuern: 309 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 3 714 369.60 Franken

Schenkungssteuern: 61 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 351 191.30 Franken

2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
4 438 309	2 086 927	3 839 245	3 985 392	8 091 625	5 361 589	3 691 673	4 065 561

Das ESSA steht auch in Verbindung mit der Kantonalen Steuerverwaltung (KSTV) und übermittelt jeweils dem betroffenen Sektor ein Exemplar der Steuerinventare und der Erklärungen für Nichtvorhandensein von Vermögen. Am 4. Februar 2014 fand die erste Sitzung zum Start des Integrationsprojekts ESSA/KSTV statt.

Das ESSA beantwortet zahlreiche Anfragen von Treuhandbüros, Notariaten, Banken, Versicherungsgesellschaften und Privaten zur Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Es bildet auch einen Lernenden aus, und im November 2014 hat es seinen Leistungskatalog nachgeführt.

## 5 Amt für Personal und Organisation (POA)

---

Dienstchef: Markus Hayoz

### 5.1 Tätigkeit

#### 5.1.1 Allgemeines

Bei der Erfüllung seines Auftrags erbringt das POA sehr viele Leistungen für die politischen Organe, die Exekutive, die verantwortlichen Vorgesetzten, das Personal und Dritte, die sich folgendermassen gliedern lassen:

- > Klassische Leistungen in Zusammenhang mit der allgemeinen Personalverwaltung: Personalrekrutierung, Verträge, Gehälter, Personal- und Stellenvoranschlag, Informatik;
- > Leistungen in seiner Funktion als Kontroll- und Beratungsorgan des Arbeitgebers Staat: Controlling und Berichtswesen zuhanden des Staatsrates, Entwürfe von Antworten auf parlamentarische Vorstösse, die den Tätigkeitsbereich des POA betreffen, Stellungnahmen, Beratung von Verwaltungseinheiten und Vorgesetzten, juristische Verfahrensbetreuung sowie Unterstützung in Informatik- und Organisationsfragen;
- > Leistungen in Zusammenhang mit der Unterstützung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: soziale und juristische Betreuung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in Schwierigkeiten befinden (Arbeitsunfähigkeit, Konflikte am Arbeitsplatz, finanzielle Probleme), Hilfe bei Kontakten mit den Sozialversicherungen, Förderung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz;

- 
- > Leistungen in Zusammenhang mit der Personal- und Organisationsentwicklung, hauptsächlich bei der Umsetzung von HR-Projekten, bei Funktionsbewertungen, bei der Personalweiterbildung sowie bei der Entwicklung und Begleitung von Organisationsprojekten.

Es lässt sich eigentlich nicht zwischen wichtigeren und weniger wichtigen Dienstleistungen des POA unterscheiden, einige haben jedoch Priorität, insbesondere die Gehaltsabwicklung. Das POA muss dafür sorgen, dass die Gehälter der rund 17 500 Staatsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter jeden Monat in Einhaltung der geltenden eidgenössischen und kantonalen Vorschriften richtig berechnet und ausbezahlt werden.

### 5.1.2 Personaladministration

Das POA kümmert sich um die Rekrutierung, nimmt Stellung zur Einreihung und stellt die Verträge für das Staatspersonal aus. Es verwaltet ausserdem auch alle AHV-Vorschussanträge.

2014 wurden mit 998 Stelleninseraten in den verschiedenen Publikationskanälen 657 Arbeitsstellen ausgeschrieben (625 im Jahr 2013 und 596 im Jahr 2012), und es wurden 893 Verträge und Nachträge ausgestellt. 2014 konnten 168 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Sektoren von einem AHV-Vorschuss profitieren (141 im Jahr 2013 und 197 im Jahr 2012), und bei 39 Gesuchen um Teilpensionierung wurde ausserdem ein teilweiser AHV-Vorschuss gewährt.

### 5.1.3 Gehaltsadministration

Das POA verwaltet die Gehaltsdossiers der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralverwaltung und des Unterrichtswesens. Es nimmt die allgemeinen Aufgaben wahr, die zur Gehaltsadministration gehören: Bestätigungen für die Arbeitslosenversicherung, Mutterschaftsentschädigung, Erwerbsersatz, Auszahlung der Entschädigungen und Rückerstattung von Auslagen, Auszahlung der Sitzungsgelder für die Kommissionsmitglieder sowie diverse Bestätigungen (für Krippen, Versicherungen, Steuerbehörden usw.). Hauptaufgabe des POA in diesem Bereich ist die Verwaltung der in seine Zuständigkeit fallenden Gehälter, die gemäss Dienstverhältnis, den gesetzlichen Bestimmungen, den Gehaltsskalen und den für gewisse Personalkategorien geltenden besonderen Gehaltsskalen ausgezahlt werden müssen.

### 5.1.4 Informatik

Die Sektion Informatikdienste (SPO-I) des POA befasst sich mit der Planung aller Operationen im Zusammenhang mit der technischen Verwaltung des Personals, den Gehaltszahlungen und der Verwaltung der Module für die Personalbewirtschaftung und die Zeitwirtschaft (GTA). Diese Sektion ist für den Unterhalt und die Weiterentwicklung der Personalbewirtschaftungssoftware in Zusammenarbeit mit den Benutzerinnen und Benutzern und den Informatikerinnen und Informatikern zuständig, und sie schult und berät die Benutzerinnen und Benutzer der Software. Sie kümmert sich auch um die Stellenbewirtschaftung, den Voranschlag, die Rechnung und die Kontrolle des Personalbestandes.

### 5.1.5 Juristische Tätigkeit

Das POA leistet die für Personalentwicklung und Personalmanagement erforderliche rechtliche Unterstützung und hat auch 2014 seine allgemeinen Aufgaben in der Abgabe von Stellungnahmen sowie in der Beratung und Unterstützung aller Direktionen und Dienststellen, der Anstalten des Staates mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie gewisser subventionierter Institutionen wahrgenommen. Das POA hat 2014 auch mehrmals den Arbeitgeber Staat bei Anfechtungen der Funktionsbewertung und bei Kündigungsverfahren juristisch unterstützt.

### 5.1.6 Sozialversicherungen

Das POA gewährleistet einen Teil der sozialen und juristischen Betreuung der wegen Krankheit oder Unfall arbeitsunfähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralverwaltung. Zusammen mit den entsprechenden Verwaltungseinheiten informiert es die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die anwendbaren Verfahren wie Beendigung des Dienstverhältnisses, allfällige Wiederaufstellung und Senkung des Beschäftigungsgrads und unterstützt sie bei den Kontakten mit den Sozialversicherungen, insbesondere der



Pensionskasse des Staatspersonals und den IV-Stellen. Die Sektion bearbeitete im Berichtsjahr 114 IV-Rentengesuche, gegenüber 56 Gesuchen im Jahr 2013.

Was die obligatorische Unfallversicherung betrifft, so ist das gesamte Personal des Staates und seiner Anstalten (das vollzeitlich, teilzeitlich und vorübergehend angestellte Personal) gemäss UVG versichert. Im Jahr 2014 betrug der versicherte Lohn 80 % von maximal 126 000 Franken, bei einer UVG-Lohnsumme von über 1,2 Milliarden Franken. Die Prämien für Nichtberufsunfallrisiken gehen ganz zu Lasten des Personals.

Die Prämienzahlungen gehen zu einem Viertel an die SUVA und zu drei Vierteln an einen Pool von Privatversicherern, der 2014 durch die Basler Versicherungen vertreten wurde. Ein Siebtel der Lohnsumme ist bei der SUVA und sechs Siebtel sind beim Pool der Privatversicherer versichert.

Das UVG-Büro untersteht dem POA und ist für die Versicherten das Verbindungs-, Koordinations- und Informationsorgan zur SUVA und den Basler Versicherungen. 2014 sind rund 2377 Unfallmeldungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgenommen, kontrolliert und ergänzt worden, wobei 19,25 % auf die SUVA und 80,75 % auf die Basler Versicherungen entfielen. Die Unfallmeldungen betrafen zu 23 % Berufs- und zu 77 % Nichtberufsunfälle. Etwa 37 % der Unfälle führten zu Arbeitsunfähigkeit.

	2012	2013	2014
Anzahl Versicherungsfälle UVG	2 393	2 409	2 377
Berufsunfälle	570	626	534
Rückvergütete Taggeldentschädigungen (in Tausend Fr.)	3 562	3 167	3 798
Anzahl Taggelder (30 Tage pro Monat)	23 721	20 407	24 700

Rückvergütungen Dritter (Fr.)	2013	2014
Invalidenversicherung	198 117	317 173
Militärversicherung	0	7 580
Haftpflichtversicherung haftbarer Dritter	0	0

Im Rahmen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) stellte das UVG-Büro im Jahr 2014 rund 600 Unfallversicherungsbestätigungen aus.

### 5.1.7 Sozialfonds

Das POA verwaltet die Dossiers und führt das Sekretariat des Sozialfonds für das Staatspersonal. Über diesen Fonds kann Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich vorübergehend in finanziellen Schwierigkeiten befinden, materielle Hilfe für ihren Lebensunterhalt und/oder den ihrer Familie gewährt werden.

Im Jahr 2014 sind beim Sekretariat des Sozialfonds 29 Gesuche eingegangen. Zehn davon wurde stattgegeben, 19 Gesuche sind dem Vorstand gar nicht zum Entscheid vorgelegt worden, da sie entweder die Voraussetzungen für eine Darlehensgewährung nicht erfüllten, keine Rückzahlungsmöglichkeiten ohne Unterschreitung des Existenzminimums der betreffenden Person bestand oder weil die betreffende Person nichts weiter unternommen hat. Zwölf Gesuche sind in Zusammenarbeit mit der CARITAS Freiburg bearbeitet worden, wovon in neun Fällen letztlich kein Darlehen beantragt worden ist.

### 5.1.8 Care Management

Die vom Staat Freiburg und der Pensionskasse des Staatspersonals gemeinsam finanzierte Beratungsstelle Care Management (SPO-M) betreute und unterstützte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch im Berichtsjahr bei Arbeitsunfähigkeit und/oder Schwierigkeiten am Arbeitsplatz und war auch präventiv tätig.

Die Sektion, die grossen Wert auf die Zusammenarbeit mit den verschiedenen betroffenen Partnern legt, hat im Berichtsjahr 211 neue Dossiers eröffnet und 378 Fälle betreut. Insgesamt wurden 417 Mitarbeitende betreut, denn von den 378 Fällen betrafen neun Fälle Arbeitsteams und somit jeweils mehrere Mitarbeitende. 2014 wurden 212 Dossiers abgeschlossen.



Obschon beim Staatspersonal noch keine Werbung für diese Beratungsstelle erfolgt ist, wenden sich immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sie:

	2013	2014
Anzahl betreute Personen	344	417
Anzahl bearbeitete Fälle	304	378

Dabei waren folgende Interventionen notwendig:

	2013	2014
Treffen mit der betroffenen Person	228	397
Treffen mit einer/mehreren beteiligten Personen	61	103
Netzgespräche	87	55
Telefongespräche	621	1227
E-Mail-Verkehr	962	1360
Briefverkehr	54	60

Seit 2014 ist die Sektion SPO-M auch für die Belange der Anstellung invalider Personen gemäss dem Beschluss über die Anstellung invalider Personen zuständig und wickelt das Anstellungsverfahren ab. Gegenwärtig sind 56 Personen über den Kredit gemäss diesem Staatsratsbeschluss angestellt. Der Kredit ist vollständig ausgeschöpft, so dass gegenwärtig keine Neuanstellungen möglich sind. 15 Personen stehen auf einer Warteliste.

#### 5.1.9 Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Die Aufgabe der Sektion für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz (SPO-S) besteht in der Umsetzung des Systems für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (SGA-System) sowie der Beratung und Überwachung der Anwendung der Gesetzgebung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (SGA).

Der Kurs zum Thema «Vorbeugung und Umgang mit Gewalt im Berufsalltag» wurde 2014 in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Soziale Arbeit (HF-SA) weitergeführt. Für die Neuestellten der 60 als «risikoträchtig» eingestuften Verwaltungseinheiten wurden sechs Kursmodule in Französisch und Deutsch organisiert; 96 Kadermitglieder und Mitarbeitende besuchten diese zweitägige Ausbildung.

Die 2010 von der Sektion SPO-S in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG) konzipierte Ausbildung zur Erste-Hilfe-Bezugsperson wurde 2014 weiter angeboten. Es wurden acht Kurse durchgeführt (einer davon in Deutsch). An der eintägigen Basisausbildung und am halbtägigen Auffrischkurs nahmen insgesamt 59 Mitarbeitende aus 19 Verwaltungseinheiten des Staates teil.

Die ständige Kommission zur Förderung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz in der kantonalen Verwaltung (SGA-Kommission) tagte zweimal.

Im Rahmen einer Ernstfallübung wurde das Finanzgebäude im Oktober 2014 zum ersten Mal evakuiert.

2014 wurde die SGA-Sektion auch öfters gebeten, sich vor Ort zum Thema Arbeitsplatzergonomie in verschiedenen Verwaltungseinheiten zu äussern.

#### 5.1.10 Bewertung der Funktionen

Die Sektion Bewertung (SPO-E) verwaltet und entwickelt das Funktionsbewertungssystem EVALFRI für alle Funktionen beim Staat. Sie ist für die praktische Umsetzung und Kontrolle der diesbezüglichen Entscheide des Staatsrates zuständig. Die Sektion SPO-E führt auch das Sekretariat der Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen (KBF).

Die KBF hat im Berichtsjahr 13 Vollversammlungen, zwei Validierungssitzungen und drei Sitzungen zum Dossierstudium abgehalten. Sie hat sich weiter mit der dritten und vierten Etappe des vierten Mandats beschäftigt und diese mit zwei am 15. Dezember 2014 verabschiedeten Einreihungsbeschlüssen zum Abschluss gebracht, die am 1. Januar 2015 in Kraft treten.

Hingegen konnte die KBF ihre Arbeiten betreffend die zweite Etappe dieses vierten Mandats, die die Bewertung der Funktionen im Bereich der Informatik (EvalTIC) betrifft, und die in enger Zusammenarbeit mit dem ITA durchgeführt werden müssen, nicht wie gewünscht voranbringen.

Wie vom POA vorgeschlagen hat der Staatsrat der KBF ein fünftes Mandat übertragen, in dessen Rahmen in mehreren Etappen verschiedene Funktionen bewertet werden sollen. Die erste Etappe dieses fünften Mandats zur Bewertung von 16 Funktionen hat im September mit fünf vom Sekretariat der KBF organisierten Präsentations Sitzungen begonnen.

Die Berichte der KBF und des POA zur Überarbeitung des Evalfri-Kriteriums der Fachausbildung für die Funktionen «Lehrer/in OS» und «Berufsfachschullehrer/in» wurden dem Staatsrat unterbreitet, der sie mit der Verabschiedung der Verordnung vom 30. Juni 2014 gutgeheissen hat.

Am 10. Dezember 2014 genehmigte der Staatsrat 25 Funktionsbeschreibungen, die ihm die KBF vorgelegt hatte.

Bei Reorganisationen sowie bei der Prüfung der jährlichen Beförderungen und der Einreihung neuer Stellen prüft die Sektion SPO-E die korrekte Zuweisung von Arbeitsstellen zu Referenzfunktionen in Anwendung von Evalfri. In diesem Zusammenhang führte die Sektion SPO-E unter anderem neun Funktionsbewertungen im Kurzverfahren durch.

Neben den Bewertungsarbeiten kümmerte sich die Sektion SPO-E auch um den weiteren Verfahrensverlauf für die an den Staatsrat gerichteten Gesuche um einen formellen Entscheid in Zusammenhang mit der Einreihung der Funktionen. Im Berichtsjahr wurden zwei neue Gesuche um einen formellen Entscheid eingereicht.

#### 5.1.11 Ausbildung und Entwicklung

Der Schwerpunkt der Arbeit der Sektion Ausbildung und Entwicklung (SPO-F) lag 2014 auf der Inbetriebnahme und Verbreitung verschiedener Online-Schulungen (E-Learning) für neu angestellte Staatsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter.

Das Weiterbildungsprogramm wurde wie folgt genutzt:

	2013	2014	Anz. Kurse 2014
Allgemeine Weiterbildung	566	629	64
Kaderweiterbildung	110	150	16
Sprachkurse	111	105	19
Informatikkurse	321	226	65
<b>Total</b>	<b>1108</b>	<b>1110</b>	<b>164</b>

Die Sektion SPO-F sorgt für die Förderung der beruflichen Grundbildung beim Staat. Dazu unterstützt sie die Bereitstellung von Lehrstellen bei den Verwaltungseinheiten, kümmert sich um das Anstellungsverfahren für Lernende, führt die neuen Lernenden ein, berät und informiert die Lernenden und ihre Ausbilder/innen, bietet den Lernenden ein Weiterbildungsprogramm an und wirkt an der Organisation der überbetrieblichen Kurse und der Lehrabschlussprüfungen mit.

Um für die Lehre beim Staat Freiburg zu werben, gibt das Amt für Personal und Organisation Broschüren heraus, in denen die Lehrberufe beim Staat Freiburg vorgestellt werden. Im Berichtsjahr kamen vier neue Broschüren heraus (Laborant/in EFZ, Informatiker/in EFZ, Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft EFZ und Köchin/Koch EFZ).

Die Website des Lehrlingswesens beim Staat Freiburg ([www.fr.ch/Lehre](http://www.fr.ch/Lehre)) ist das Informationsportal für alle, die sich für eine Lehrstelle beim Staat Freiburg bewerben wollen.

2014 haben 159 Lernende eine berufliche Grundbildung beim Staat begonnen. Ende 2014 waren 381 Lernende beim Arbeitgeber Staat in Ausbildung (gegenüber 363 Ende 2013), und zwar in 25 Berufen.

Das Weiterbildungsangebot für die Lernenden besteht in verwaltungsspezifischen und allgemeinen Schulungen sowie Sprachentandems in der Partnersprache. 2014 wurden zwei Einführungstage organisiert, an denen 101 neue Lernende teilnahmen. Das Weiterbildungsprogramm der Lernenden wurde wie folgt genutzt:

	2013	2014
Interne Schulung der Lernenden	192	257
Weiterbildung der Lernenden	327	342

2014 wurden beim Staat Freiburg gemäss den der Sektion SPO-F von den Verwaltungseinheiten übermittelten Anträgen 311 bezahlte und unbezahlte Praktika absolviert (274 im Jahr 2013). Bis Ende 2014 konnten im Rahmen der Massnahmen für die Integration von jungen Stellensuchenden 32 junge Erwachsene beim Staat Berufserfahrung sammeln (34 im Jahr 2012 und 2 im Jahr 2013).

### 5.1.12 Organisation

Die für die Organisation zuständige Sektion SPO-O hat eine beratende und unterstützende Funktion bei der Ausarbeitung, Umsetzung und Anpassung der Organisations- und Führungsvorschriften. Sie stellt moderne Instrumente und Methoden zur Verfügung, die die Verwaltungseinheiten beim Aufbau rationeller, wirksamer und transparenter Organisationsstrukturen unterstützen.

2014 begleitete und unterstützte das SPO-O mehrere Verwaltungseinheiten bei ihren Anstrengungen bezüglich Optimierung oder Reorganisation ihrer Organisation oder der Nachverfolgung von an Dritte übertragenen Arbeiten in den folgenden Bereichen:

- > Beratung der Direktionen und der Verwaltungseinheiten im Bereich Arbeitsorganisation;
- > Workshops über die Werte einer Dienststelle und Redaktion einer Charta;
- > Definition der Bedürfnisse, Formalisierung der Mandate, Realisierung von Mandaten (Prozess, Vision, Strukturen, Teambuilding usw.);
- > Mitfinanzierung von Mandaten (Verfahren und Erkundigungen über die Empfänger);
- > Entwicklung und Bereitstellung von Werkzeugen und Methoden;
- > Projektleitung für Direktionen oder Verwaltungseinheiten, Leitung von bereichsübergreifenden Projekten, Mitwirkung (Experte, Beratung usw.);
- > Organisationscoaching.

In diesem Rahmen begleitete die Sektion mehrere Verantwortliche (Organisationscoaching) und betreute Mandate in verschiedenen Dienststellen des Staates, die sich wie folgt aufteilten:

- > Organisationsmandate: 15 Mandate, rund 850 Stunden;
- > Coaching: 3 Mandate, rund 300 Stunden;

Die Sektion SPO-O bot ausserdem auch verschiedene Leistungen in Organisationsberatung an. In diesem Zusammenhang entwickelte sie neue Organisationstools zur Unterstützung der Verantwortlichen in ihrem Arbeitsmanagement. Sie traf sich mit den Verantwortlichen mehrerer Verwaltungseinheiten, um ihren Bedarf an Organisationsmandaten abzuklären (rund 50 Stunden).

Zur weiteren Unterstützung der Verantwortlichen erarbeitete das SPO-O auch einen neuen Leitfaden für die Pflichtenhefte (Überprüfung und Validierung von 155 neuen Pflichtenheften). Es entwickelte zudem neue Organisationstools und führte drei Schulungstage zum Thema Staat speziell für die Lernenden durch.

Im Rahmen des Voranschlagsverfahrens gab die Sektion für das Stellenbudget ein neues Formular für die entsprechenden Angaben heraus, bearbeitete rund 500 Anträge hauptsächlich für Pauschalbeträge, Praktika, neue Stellen sowie Stellenumlegungen und -streichungen und bereitete den entsprechenden Bericht zuhanden der Direktionen und des Staatsrates vor.

Schliesslich führte die Sektion im Rahmen neuer Projekte bei den Verwaltungseinheiten eine Qualitätsumfrage durch und stellte ihnen anschliessend ein Zusammenfassung der Ergebnisse zu; 2015 geht es dann weiter mit der Erarbeitung eines Informationsdokuments zum Thema Qualitätsmanagement.

## 5.2 Besondere Ereignisse

Das POA wirkte 2014 an der Umsetzung der das Staatspersonal in den Jahren 2014-2016 betreffenden Struktur- und Sparmassnahmen (SSM) mit. Es handelt sich dabei um folgende Massnahmen:

- 
- > Keine Teuerungsanpassung der Gehälter, so lange der Referenzindex von 112,0 Punkten (Basis Mai 2000 = 100 Punkte) nicht erreicht ist;
  - > keine jährliche Lohnerhöhung (Gehaltsstufe) 2014; 2015 und 2016 Gewährung des vollen Gehaltstufenbetrags ab 1. Juli.

Das POA hat das elektronische Rekrutierungssystem mit der Möglichkeit der Onlinebewerbung weiter schrittweise bei den Dienststellen und Anstalten des Staates eingeführt.

Das Projekt «Zeitwirtschaft und Aktivitätenmanagement» (GTA) soll den Verwaltungseinheiten eine einheitliche Informatikanwendung für die Zeitwirtschaft und das Aktivitätenmanagement zur Verfügung stellen. 2014 ist diese Zeitwirtschaftsanwendung beim POA und beim ITA getestet worden.

2014 ist das Reglement über den Sozialfonds für das Staatspersonal geändert worden. Die Verzinsung der Darlehen von über 10 000 Franken wird künftig jährlich vom Vorstand beschlossen. Ausserdem können nach positiver Stellungnahme der Anstellungsbehörde der betreffenden Person auch Darlehen von über 25 000 Franken gewährt werden.

## 6 Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA)

---

Direktor: Philippe Savary

### 6.1 Tätigkeit

Die Entwicklung der Informationssysteme ist heutzutage von laufender Veränderung und immer kürzeren Lebenszyklen geprägt. Die Herausforderungen dieser Entwicklung liegen in der Technologie, den Betriebskosten, die im Griff behalten werden müssen, und auch in der zunehmenden Komplexität der Informationssysteme.

Mit dem Ziel, die IT-Ressourcen zu optimieren, hat das ITA in diesem Kontext die Verfügbarkeit der für den Verwaltungsbetrieb notwendigen Informatik- und Telekommunikationsmittel gewährleistet und die Modernisierungsbestrebungen des Staates unterstützt.

Die Haupttätigkeiten des ITA waren:

- > Planung und Steuerung der Projekte im Rahmen der kantonalen IT-Governance;
- > Umsetzung von Informatiklösungen in den Bereichen Anwendungen und Infrastruktur;
- > Betrieb und Support der zentralen Infrastrukturen (Server, Speichersysteme, Telefonie und Telekommunikation), der Desktop-Computer und der Anwendungen.

2014 konnte die 2012 eingeleitete leistungsorientierte Führung (LoF) konsolidiert werden, die eine optimale Kostenanalyse der IT-Dienstleistungen ermöglicht.

Mit der Einführung von Prozessabläufen, namentlich für die Verwaltung von Beschaffungen und des Bestandes, können eine interne Kontrolle in diesen Bereichen gewährleistet und ein Inventar des an die Verwaltungseinheiten gelieferten und von ihnen genutzten Materials geführt werden.

Im Berichtszeitraum leitete das ITA 48 Projekte (2013: 54), wovon 19 grössere, und führte zwölf Vorstudien durch. Das ITA gewährleistete auch die Wartung und den technischen Support für sieben generische Softwareplattformen und von 160 branchenspezifischen Anwendungen (wovon rund 30 vom ITA entwickelt). Ende Dezember 2014 zählte das ITA mehr als 734 Applikationen, die in der Kantonsverwaltung in Betrieb sind.

#### 6.1.1 ITA seit einem halben Jahrhundert im Dienst des Staates

Das Amt für Informatik und Telekommunikation hat 2014 sein fünfzigjähriges Bestehen gefeiert. Am 2. November 1964 wurde in Zusammenarbeit mit der Universität und den Freiburgischen Elektrizitätswerken der erste Computer des Staates Freiburg in Betrieb genommen. Das war der Beginn des Centre électronique Fribourg (CEF). 1973 wurde

---

unter dem Namen «Rechenzentrum Freiburg» Centre de calcul Fribourg (CCF) eine einfache Gesellschaft gegründet, deren Teilhaber der Staat und die Universität sowie die Freiburger Kantonalbank waren. 1981 entschied sich die Kantonalbank für eine eigene Infrastruktur und trat aus der Gesellschaft aus. Die Gesellschaft wurde aufgelöst, der Name CCF aber blieb, bis das Amt 1985 in «Informatikzentrum des Staates Freiburg» Centre Informatique de l'Etat de Fribourg (CIEF) umbenannt wurde. 2003 erhielt es schliesslich seinen heutigen Namen «Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA)».

Zur Feier dieses Jubiläums wurden im Berichtsjahr verschiedene Aktionen und Veranstaltungen organisiert, so etwa ein Tag der offenen Tür sowie eine besondere jährliche Informationsveranstaltung im Forum Freiburg.

## **6.2 Kommissionen, Zusammenarbeit und Partnerschaft**

### **6.2.1 Informatikkommission des Staates**

Die Informatikkommission des Staates ist das beratende Organ des Staatsrates in Informatikbelangen. Ihre Aufgaben sind im Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Planung und die Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten (SGF 122.96.11) festgehalten. Die Informatikkommission des Staates tagte 2014 unter dem Vorsitz des Finanzdirektors sechsmal. Gemäss ihren Befugnissen hat die Kommission zu den Tätigkeiten und wichtigen Projekten ihre Stellungnahme abgegeben oder wurde darüber informiert. Sie ist auch zusammengekommen, um eine neue Verordnung zu erarbeiten, die insbesondere eine Neuzuteilung der Aufgaben und Befugnisse an die Informatikkommission, die Kommission für Informatik im Unterrichtswesen sowie an das ITA vorsieht. Ihre Arbeiten mündeten in einen Vorentwurf, der Ende Jahr bei den Direktionen in die Vernehmlassung geschickt wurde.

### **6.2.2 Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU)**

Die kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU) ist das beratende Organ des Staatsrates für Fragen der Informatik im Unterrichtswesen. Ihre Aufgaben sind im Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Planung und die Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten (SGF 122.96.11) festgehalten. Die KK-IU tagte 2014 einmal. Gemäss ihren Befugnissen gab die Kommission ihre Stellungnahme ab und wurde über den Voranschlag 2015 sowie über die Projekte «Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme» und «Wartungszentrum für Schulen» informiert. Die Mitglieder der KK-IU wurden auch über die Arbeiten der Informatikkommission zur oben erwähnten Verordnung informiert.

### **6.2.3 Zusammenarbeit und Partnerschaft**

Die interkantonale Zusammenarbeit insbesondere mit den Kantonen Waadt, Wallis, Jura, Tessin und St. Gallen in Bereichen wie der Steuerveranlagung und der Betriebsverwaltung wurde fortgeführt.

Ausserdem wurde mit einer Deutschschweizer Firma vertraglich eine Partnerschaft abgeschlossen. Dieser Vertrag sieht die grundsätzliche Zusammenarbeit und die Auslagerung von Projektleistungen im Rahmen der Implementierung der Betriebsverwaltungslösung (THEMIS) für die externen Kunden vor.

Das ITA ist übrigens auch sehr aktiv in der Schweizerischen Informatikkonferenz (CSI/SIK), wo es insbesondere in der Arbeitsgruppe IAM (Identity & Access Management) mitwirkt.

## **6.3 Sicherheit der Informationssysteme**

2014 widmete sich das ITA der Revision der Dokumente über die Informatiksicherheit. Ebenfalls in Arbeit sind der Entwurf einer Richtlinie für die Bekanntgabe und Bearbeitung digitaler Daten durch Dritte ausserhalb des staatlichen Bereichs sowie eine allgemeine Sicherheitspolitik für die Informationssysteme. Diese Sicherheitspolitik bestimmt den Perimeter, die Umsetzungsgrundsätze sowie die Verantwortlichkeiten, die für die Einhaltung der Datenschutzvorschriften ganz allgemein notwendig sind.

### **6.3.1 Sicherheitsaudits**

Vor dem Einsatz einer über das Internet zugänglichen Plattform oder Applikation führt das ITA immer ein Audit durch um sicherzustellen, dass diese im Hinblick auf Anwendungssicherheit praxiskonform ist und keine Sicherheitslücke entsteht.

---

2014 wurden die Applikationen Primeo, Bomgar, Infomat\_WEB sowie die Websites von SSPR und [www.fr.ch](http://www.fr.ch) einem Audit unterzogen. Mit der Korrektur geringfügiger Risiken und der Umsetzung der Empfehlungen konnte die Sicherheit der betreffenden Plattformen erhöht werden.

## 6.4 Sektion «Zentrale Dienste» (ZD)

Die Sektion ZD unterstützt die Direktion des ITA bei der Finanz- und Budgetplanung, der Finanzbuchhaltung und Kosten-/Leistungsrechnung, bei Geschäftsverträgen, bei der Personalverwaltung, in den Bereichen Infrastrukturverwaltung und Logistik und bei den Geschäftsbeziehungen mit ihren Kunden (Direktionen, Anstalten des Staates, Dienststellen, Gemeinden, andere Kantone und Bund).

Die IT-Dienstleistungsanfragen sämtlicher Verwaltungseinheiten sowie verschiedener Kunden werden ebenfalls von der Sektion ZD bearbeitet. Sie nimmt die Anfragen entgegen, prüft und analysiert sie und stellt die Koordination mit den zuständigen Bereichen des ITA sicher, um die Bedürfnisse und Erwartungen der Kunden sicherzustellen.

Ende Jahr hat die Sektion ZD ihr Team mit einer für das Personalwesen zuständigen Mitarbeiterin ergänzt, die kurzfristig die gesamte operative Personalleitung übernehmen wird. Mittelfristig werden alle HR-Management-Prozesse wie beispielsweise die Bedarfsplanung, die Leistungsbeurteilung sowie die Weiterbildungspolitik erfasst, geprüft und einem Controlling unterzogen.

In Bezug auf das Qualitätsmanagement bestanden die Hauptarbeiten in der Optimierung des Ablaufs der Hardwarebeschaffung (Kauf, Lagerung, Inbetriebnahme und Betreuung der Hardware in den verschiedenen Dienststellen der Verwaltung).

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit geben die folgenden Zahlen einen Einblick in die von der Sektion ZD 2014 geleistete Arbeit: rund 850 Bestellungen an Lieferanten und 300 Schreiben, Bearbeitung von 8000 E-Mails, Personaladministration für 150 Mitarbeitende, 20 Anstellungsverfahren, Erfassung von 6500 Buchungen in SAP, wovon 3800 bezogen auf Lieferantenrechnungen, Verwaltung und Betreuung von 450 Geschäftsverträgen und Verwaltung der auf drei Standorte verteilten Räumlichkeiten (3400 m<sup>2</sup>).

## 6.5 Sektion «Computing Service & Network» (CS)

Die Sektion Computing Service & Network stellt den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltungsdienststellen und des freiburger spitals (HFR) die IT-Werkzeuge an ihrem Arbeitsplatz zur Verfügung und kümmert sich um die zentralen IT-Infrastrukturen und den Benutzersupport. Für diese Aufgaben sind fünf Fachbereiche zuständig.

### 6.5.1 Sektor Desktop

Die Leistungen dieses Sektors sind im Wesentlichen direkt auf die Endbenutzerinnen und -benutzer ausgerichtet, insbesondere im technischen und administrativen Umfeld im Bereich der Arbeitsplatzsysteme (PCs, Laptops, Tablets, Drucker und Peripheriegeräte) sowie auf den Benutzersupport mit Fernwartung.

Ein Grossprojekt, das den Sektor Desktop das ganze Jahr lang beschäftigte, war die Migration auf Windows 7. Gegenwärtig laufen 95 % der Computer in den Dienststellen der Kantonsverwaltung, beim HFR und den postobligatorischen Schulen mit diesem Betriebssystem. Dabei wurde der Schwerpunkt auf standardisierte Arbeitsplätze und Nutzung der neuesten Technologien gelegt, insbesondere auf die Anwendungsvirtualisierung.

Parallel zu diesem Projekt wurde auch die Umsetzung von Energiesparmassnahmen bei den Desktop-PCs, die Bestandteil der Strategie «Nachhaltige Entwicklung des Kantons Freiburg» sind, am Kollegium St. Michael geprüft. Diese Lösung soll im Laufe des Jahres 2015 flächendeckend eingerichtet werden.

Neben der Einrichtung neuer PCs ersetzte der Sektor etwas mehr als 800 PCs in den Dienststellen der Kantonsverwaltung sowie für das freiburger spital, das heisst rund einen Sechstel des gesamten Bestandes. Mit dieser Erneuerung des PC-Bestands kann ein homogener und leistungsstarker Computerpark erhalten und auch der Unterhalt erleichtert werden.



### 6.5.2 Sektor Middleware

Dieser Sektor, der die technische Software (z.B. Datenbanken, Plattform für die elektronische Dokumentenverwaltung DMS) zur Verfügung stellt und betreibt, spielt eine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen dem Betrieb der Informatikinfrastruktur und der Entwicklung neuer Lösungen. In dieser Rolle hat er zahlreiche branchenspezifische Projekte begleitet und unterstützt. 2014 wurde die Implementierung der im Rahmen des Projekts Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme gewählten Lösung (ESCADA) in den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe 2 vorangetrieben. Es wurden neue Lösungen wie PRIMEO für die Primarschulen, die Debitorenverwaltung und die Entscheidungshilfe in SAP sowie ein Intranet der Kantonsverwaltung installiert. Die technische Auftragskoordination ist in unvermindert hohem Tempo weitergegangen, um die Nachfrage der Kunden befriedigen zu können.

### 6.5.3 Sektor Data Center

Dieser Sektor ist für den Unterhalt und den Betrieb der zentralen Infrastrukturen des DataCenter (Rechenzentrum) zuständig. Diese Infrastrukturen bestehen im Wesentlichen aus physischen und virtuellen Servern, Speicher- sowie Datensicherungssystemen.

Ende 2014 umfasste der Serverpark 1197 Rechner (2013: 1030) verteilt auf zwei DataCenter, wovon rund 84 % (79 %) virtuelle Server sind. Die Nutzung dieser Technologie ermöglicht unter anderem einen viel geringeren Energieverbrauch und gehört zu den Massnahmen des ITA im Rahmen der Strategie «Nachhaltige Entwicklung des Kantons».

2014 hat dieser Sektor zur Erneuerung des Serverparks und für neue Informatiklösungen im Rahmen von Projekten mehr als 260 (245) neue Server eingerichtet.

Weitere Tätigkeiten des Sektors waren im Berichtsjahr:

- > Verwaltung der Basis-Infrastruktur, um die Redundanz der Server und Speichersysteme zu gewährleisten und das zunehmende Datenvolumen der Verwaltungsdienststellen zu bewältigen;
- > Aktualisierung der VMware-Virtualisierungsinfrastruktur, die das Umschalten von einem Standort auf einen anderen erleichtert, wenn ein Produktionsstandort über längere Zeit ausfällt. Diese Aktualisierung wird im ersten Halbjahr 2015 fortgeführt;
- > Einrichtung eines Tools zur optimalen Identitätsverwaltung für die Überprüfung des Zugriffs auf die Informatiksysteme. Mit diesem Projekt wird die notwendige Authentifizierung von staatsexternen Nutzerinnen und Nutzern abgedeckt. Es wird 2015 fortgeführt.

Im zweiten Halbjahr 2014 waren auf den 2011 angeschafften Speichersystemen grössere Zwischenfälle zu verzeichnen. Mit diesen Erfahrungen können die Verfahren zur Wiederaufnahme des Betriebs verbessert und der Rahmen des künftigen DataCenter-Konzepts abgesteckt werden.

Nichtsdestoweniger wurden die zentralen Informatikinfrastrukturen ausgebaut und auf dem neuesten technologischen Stand gehalten; sie sind somit Garant für ein verlässliches, leistungsstarkes und sicheres Informationssystem des Staates Freiburg.

### 6.5.4 Sektor Networking & Telephony

Im Bereich der Telefonie wurde eine Vorstudie zur Migration der Anlagen der Einsatz- und Alarmzentrale der Kantonspolizei und der Sanitätsnotrufzentrale 144 auf «VoIP» durchgeführt, die 2015 in ein entsprechendes Umsetzungsprojekt münden wird.

Der Sektor hat auch aktiv an der Umsetzung des Funksicherheitsnetzes POLYCOM der Kantonspolizei und beim Wechsel eines der Dienstleister für den Internetzugang mitgearbeitet.

Es wurde auch ein neues Konzept für die WLAN-Netzwerke ausgearbeitet, und ein Pilotstandort, das Kollegium Gambach, profitiert bereits von dieser neuen Lösung. Die übrigen Kollegien und Schulen der Sekundarstufe 2 sollen bis Anfang 2015 schrittweise migriert werden. Mit der Einführung bei den anderen Dienststellen und Anstalten der Kantonsverwaltung soll im Frühjahr 2015 begonnen werden.



---

### 6.5.5 Sektor Service Desk

Der Service Desk ist eine zentrale Anlaufstelle für die Mitarbeitenden beim Staat, beim freiburger spital und an den postobligatorischen Schulen für die Meldung von IT-Störungen. Er bietet ihnen Support und Beratung bei der täglichen Arbeit mit den IT-Hilfsmitteln. Er gewährleistet auch die Kommunikation zwischen dem ITA und den Benutzern und kündigt beispielsweise Interventionen an, die einen Unterbruch der Dienstleistung zur Folge haben. Er publiziert die Dokumentation für den Support und verwaltet die Supportsite für die Benutzer/innen.

2014 nahm die Zahl der Tickets gegenüber dem Vorjahr signifikant ab (38 000 gegenüber 40 000 Tickets). Dieser Rückgang ist auf die Einrichtung eines ständigen Verbesserungsprozesses (Problemmanagement) sowie auf die höhere Zuverlässigkeit der verschiedenen Plattformen und Desktop-PCs zurückzuführen.

Die wichtigsten Projekte des Sektors betrafen 2014 die Verbesserung des Betriebs der Plattform EasyVista und die Einrichtung eines neuen universellen Tools für den Fernzugriff auf Arbeitsplätze.

## 6.6 Sektion «Solution Engineering» (SE)

Die Sektion Solution Engineering erbringt folgende Leistungen:

- > Ausarbeitung der Informatikarchitektur des Staates, Rahmenplan, Vorstudien sowie Verwaltung von Projektportfolios im Rahmen der IT-Governance;
- > Beschaffung, Entwicklung und Integration von branchenspezifischen sowie von generischen Software-Lösungen;
- > Support und Wartung der Software-Lösungen.

Die Mitarbeitenden der Sektion waren 2014 an der Realisierung von 12 Vorstudien und 48 Projekten beteiligt, und sie haben auch den technischen Support von 160 branchenspezifischen Anwendungen (wovon etwa 30 vom ITA entwickelt) und sieben generischen Applikationen geleistet.

Für diese Aufgaben sind vier Fachbereiche zuständig.

### 6.6.1 Sektor Project Management Office (PMO)

Der Sektor Project Management Office verwaltet unter der Verantwortung des ITA das Informatikprojektportfolio. Er begutachtet die Anträge der Dienststellen, gewährleistet die Betreuung und den Ablauf der Projekte und unterstützt die Entscheidungsträger bei der Projektwahl und der Projektsteuerung. Schliesslich entwickelt und fördert er auch die Projektmanagementkultur und gewährleistet die Methodenanwendung.

Die wichtigsten 2014 durchgeführten Projekte sind:

- > Ausarbeitung einer E-Government-Strategie zum Ausbau der Online-Dienstleistungen der Freiburger Kantonsverwaltung gemäss Regierungsprogramm 2012-2016 (Herausforderung Nr. 7);
- > Neubestimmung von Umfang und Zielsetzung des Projekts der Online-Verwaltung der Baugesuche für die Antragstellenden, die Gemeinden und die kantonalen Ämter;
- > Softwarelösung für die Veröffentlichung der Geschäfte des Grossen Rats, die Anfang 2015 umgesetzt wird;
- > Harmonisierung der Verwaltung der IT-Infrastrukturen der Schulen der Sekundarstufe 2 (allgemeinbildende Schulen und berufliche Grundbildung) sowie der Pädagogischen Hochschule;
- > Harmonisierung der Schulverwaltungs-Informationssysteme der Schulen der allgemeinbildenden Sekundarstufe 2 (Lösung Escada) und der Primarschulen (Lösung Primeo);
- > Ersatz des Systems der Einsatzzentrale der Sanitätsnotrufzentrale 144 Freiburg;
- > Umsetzung der Softwarelösung für die Verwaltung der Wahlen und Abstimmungen;
- > Einführung der Softwarelösung THEMIS in den Betriebsämtern der Kantone St. Gallen und Tessin;
- > Abschluss der Einführung der neuen Softwareversion von Tribuna für sämtliche Instanzen der Gerichtsbehörden;
- > Einrichtung einer neuen FriTax-Lösung für die elektronische Übermittlung der Steuererklärungen.

---

## 6.6.2 Sektor Application Engineering (AE)

Der Sektor Application Engineering entwickelt spezifische Verwaltungsanwendungen und sorgt für deren Unterhalt. Er stellt auch die Qualität der spezifischen Entwicklungen sicher, mit denen externe Partner betraut sind. In diesem Zusammenhang erlässt er die einzuhaltenden Standards.

Die intern realisierten spezifischen Entwicklungen konzentrieren sich grundsätzlich auf kantonübergreifende Kompetenzpole oder auf strategische Lösungen. 2014 hat der Sektor rund 20 Anwendungen für sieben Verwaltungsdirektionen entwickelt, unterhalten sowie den entsprechenden Benutzersupport gewährleistet. 2014 befasste sich der Sektor vor allem mit der Entwicklung und dem Unterhalt von Applikationen für folgende Projekte:

- > Entwicklung und Produktivsetzung von PRIMEO, einer Verwaltungssoftware für die Primarschulen, für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport;
- > Erweiterungen der vom ITA für die Betreibungsämter entwickelten Anwendung (THEMIS);
- > Abschluss der Einführung von THEMIS in 53 Betreibungsämtern des Kantons St. Gallen in Zusammenarbeit mit einem Partner. Diese Migration, die in neun aufeinander folgenden Etappen durchgeführt wurde, startete im Februar 2014 und wurde im Dezember 2014 abgeschlossen;
- > Lieferung von THEMIS an den Kanton Tessin im Dezember 2014 mit stufenweiser Einführung in den acht Betreibungsämtern im ersten Quartal 2015;
- > Prüfung einer Ersatzlösung zur Verwaltung und Veranlagung der quellensteuerpflichtigen Personen;
- > Abgabe des Corporate Design-Manuals «Internet» des Staates Freiburg an die Staatskanzlei.

## 6.6.3 Sektor Application Services (AS)

Der Sektor Application Services gewährleistet die Wartung der betriebenen Softwarelösungen und garantiert den 2nd Level Support.

Der Sektor leistete 2014 rund 4500 Arbeitstage und investierte mit 3300 Tagen davon rund 73 % seiner Arbeitszeit in Betriebsleistungen. Gegenüber dem Vorjahr haben die Betriebsleistungen um 13 % zugenommen, hauptsächlich aufgrund umfangreicher Aktualisierungen von Softwarelösungen sowie der Übernahme neuer, von den Kunden verlangten Leistungen. So hat der Sektor sein Team mit neuen Mitarbeitenden aufgestockt, um Standardisierung und Vereinfachung der Arbeiten voranzutreiben und den starken Anstieg neu zu betreuender Lösungen (+ 30 gegenüber dem Vorjahr) bewältigen zu können.

## 6.6.4 Sektor Architektur & Integration (AI)

Die Aufgabe des Sektors Architektur & Integration ist es, ein leistungsstarkes, kohärentes und homogenes Informationssystem zu garantieren. Der Sektor erarbeitet und unterhält die Kartografie des Informationssystems und unterstützt die Entscheidungsträger bei der Weiterentwicklung der Informationssysteme. Er stellt auch die Normen und Standards für die IT-Architektur auf und überprüft deren Einhaltung in den Projekten. Schliesslich richtet er auch Plattformen für den applikationsübergreifenden Datenaustausch ein, die von Fachapplikationen wiederverwendet werden können.

2014 wurden folgende, eng mit den Aufgaben des Sektors AI zusammenhängende Leistungen erbracht:

- > Automatisierter elektronischer Austausch mit dem Bund und den anderen Kantonen: Die Arbeiten konzentrierten sich hier auf den Austausch von Steuerdaten, den Austausch der Lohnausweise und die elektronische Bearbeitung der Steuererklärung;
- > verbesserte und erweiterte Nutzung der Plattform FriPers mit den Daten der Einwohnerkontrollen der Freiburger Gemeinden, insbesondere mit der regelmässigen Übermittlung dieser Daten an interne Dienststellen sowie externe Partner;
- > grössere Abdeckung des kartografischen Informationssystems und Zurverfügungstellung der gesammelten Daten zur einfachen und benutzerfreundlichen Nutzung;
- > Umsetzung der praxiskonformen IT-Architekturplanung zur Abstimmung der fachspezifischen Bedürfnisse mit der Leistungsfähigkeit des Informationssystems;

- 
- > erweiterte Verwaltung der Identitäten und der Zugriffe: Die Massenpflege der Informatikkonten der Schüler/innen und Lehrer/innen der Schulen wurde ausgeweitet, und es wurde eine User-Self-Service- Plattform zur Zurücksetzung des Passworts eingerichtet. Hier werden 2015 neue Komponenten folgen, so dass die Identitäten mit Partnern geteilt werden können.

## 7 Amt für Vermessung und Geomatik (VGA)

---

Kantonsgeometer: Remo Durisch

### 7.1 Tätigkeit

#### 7.1.1 Allgemeines

Das Amt für Vermessung und Geomatik (VGA) führt die im Bundesgesetz über die Geoinformation und den dazu gehörenden kantonalen Gesetzen aufgeführten Aufgaben durch. Es leitet, überwacht, kontrolliert und koordiniert die Arbeiten der amtlichen Vermessung (AV). Es sorgt für die Erfassung und Nachführung der zur Erstellung und Führung des Grundbuchs notwendigen Informationen. Das GIS-Kompetenzzentrum (GIS-KZ) koordiniert unter der Leitung des GIS-Koordinators die Tätigkeiten auf dem Gebiet der Geoinformationssysteme innerhalb der Verwaltung. Das VGA koordiniert zudem die ersten Arbeiten für die Erstellung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBK).

#### 7.1.2 Parzellarvermessung

Die Programmvereinbarung 2012-2015, die vom Kanton am 21. August 2012 unterzeichnet wurde, sieht den Abschluss der Ersterhebungen und Erneuerungen, die periodische Nachführung sowie die Vorarbeiten für die Einführung des neuen Referenzsystems LV95 vor. Der Bund beteiligt sich seinerseits mit einem Beitrag von insgesamt rund 2,04 Millionen Franken. Zu Beginn eines jeden Jahres wird zwischen swisstopo und dem VGA eine für das Jahr gültige Rahmenvereinbarung getroffen. Die vom Kanton Freiburg am 28. Januar 2014 unterzeichnete Vereinbarung sah die Realisierung von Arbeiten im Umfang von 442 100 Franken vor.

#### 7.1.3 2014 beschlossene Operate

Das VGA hat zwei Pilotprojekte für die periodische Nachführung (PNF) gestartet, mit der all diejenigen Daten im Vermessungswerk aktualisiert werden sollen, die keinem Meldeverfahren unterliegen (z. B. Waldränder, Wasserläufe). Mit diesem neuen Verfahren lässt sich die Datenaktualität durch die vorgegebene angemessene und regelmässige Periodizität verbessern.

#### 7.1.4 Operate in Bearbeitung

Die gegenwärtig in Bearbeitung stehenden Operate betreffen 50 080 ha (2013: 58 167), was 30,1 % (32,4 %) des Kantonsgebiets (ohne Gewässer = 5 %) entspricht, während bereits 108 537 ha (104 631 ha) oder 65,0 % (62,6 %) des Kantons definitiv in der Datenbank verwaltet werden.

#### 7.1.5 2014 beendete Operate

Die Ersterhebungen von Chésopelloz Los 1, Corserey Los 1, Haut-Intyamon (Sektor GZ Lessoc), Kleinbösing Los 1, Mézières Los 3, Oberschrot Los 1, Villarepos Lose 1&2 und Villaz-Saint-Pierre Los 1 sowie die Erneuerung von Charmey Los 1a wurden verifiziert und auf dem kantonalen Server zur Verfügung gestellt. Nach Abzug der Kostenbeteiligungen des Bundes und des Kantons wurden die Restkosten der neuen Parzellarvermessungen verteilt und den Gemeinden und den betroffenen Eigentümern der Gemeinden Chésopelloz Los 1, Corpataux-Magnedens Los 2b, Ecuwillens Los 3 (Hauterive), Les Montets (Frasses) Los 3 und Vuisternens-devant-Romont Los 3 in Rechnung gestellt.

### 7.1.6 Unterhalt und Nachführung

2014 stellten die amtlichen Geometer dem Amt 2244 (3041) Mutationsverbale zu. 921 (936) dieser Verbale sind Grenzänderungs- oder Teilungsverbale, 993 (1058) wurden nach der Kontrolle durch das Amt visitiert. Betreffend die Katasteraufnahme der neuen oder abgeänderten Gebäude hat das Amt 2666 (3178) Mandate und 1954 (2234) Kontrollvisa erteilt. Mehr als vier von fünf Mutationen betreffen die Datenbank.

### 7.1.7 Nomenklatur und Adressen

Die Verordnung über die geografischen Namen (GeoNV), die seit dem 1. Juli 2008 in Kraft ist, sieht vor, dass alle Strassen von Ortschaften und anderen bewohnten Agglomerationen einen Namen haben müssen. Die Verordnung bestimmt auch, dass einzig und allein die Schreibweise der Strassennamen der amtlichen Vermessung in den amtlichen Dokumenten des Bundes (Die Post), der Kantone und der Gemeinden verwendet werden darf. Seit September 2010 werden ebenfalls die projektierten Gebäude mit ihren Adressen erfasst.

In Zusammenarbeit mit den kantonalen Nomenklaturkommissionen hat das Amt zahlreiche neue Strassennamen geprüft und in die kantonale Datenbank aufgenommen.

### 7.1.8 Datenbank der amtlichen Vermessung (BDMO und DSK2)

Die Datenbank ist seit Anfang 2007 in Betrieb. Die Daten sind in 17 verschiedene Informationsthemen (oder Kategorien) aufgefächert. Heute enthält die BDMO 12 610 586 (11 858 150) Objekte. In dieser Datenbank können in Absprache mit den Geometerbüros die dem «Plan für das Grundbuch» zugrunde liegenden geometrischen Daten erfasst, geändert und veröffentlicht werden.

Die Grundbuchämter haben zusammen mit dem VGA mit der Prüfung der Einführung der automatischen Übertragung der Mutationsdaten (Prozess Geometer) in die Datenbank des Grundbuchs (Capitastra) begonnen. Dies hätte den Vorteil, dass die Mutationen elektronisch bearbeitet werden könnten, ohne Änderung der mit den Liegenschaften verbundenen Rechte.

### 7.1.9 Ersatz der Anwendung Autodesk TB3

Mit Autodesk wurde im Rahmen des Migrationsprojekts der Anwendung der Datenverwaltung der amtlichen Vermessung «Topobase 3 MO'2003» ein Leistungsvertrag unterzeichnet. Das Projekt hat eine ISO-Migration auf «Oracle 11» und «Autodesk Map2014» unter Beibehaltung der Datenbankstruktur zum Ziel. Die Produktivsetzung der neuen Version soll im 2. Quartal 2015 erfolgen.

### 7.1.10 Referenzrahmen LV95

Wegen des zunehmenden Gebrauchs von Positionierungsgeräten wie z.B. den GPS-Navigatoren und um von diesen technologischen Vorteilen voll profitieren zu können, wurde der mehr als hundertjährige schweizerische Referenzrahmen erneuert und an den europäischen Referenzrahmen angebunden. Der neue, LV95 genannte Referenzrahmen basiert auf der Landesvermessung von 1995 und sollte ab 2016 den gegenwärtigen Referenzrahmen LV03 ablösen.

Das VGA hat 294 alte Losperimeter im Kanton Freiburg erfasst, welche möglicherweise lokale Spannungen aufweisen könnten. Die Aufbewahrungsgeometer und die ausführenden Geometer füllten für die Analyse der in der BDMO vorhandenen Lose einen Fragebogen aus. Gleichzeitig erhoben die Geometerbüros 6564 Punktkoordinaten in LV95. Diese Punkte dienen dazu, die Spannungen zu identifizieren und die Dreiecksvermaschung CHENyx06 zu verdichten und eine Dreiecksvermaschung FRENyx16 zu erstellen, welche die lokalen Spannungen besser berücksichtigt und somit für den Referenzrahmenwechsel aller Geodaten des Kantons verwendet werden kann. Dieses Verfahren wird auch in den meisten anderen Kantonen angewendet.

### 7.1.11 Gebäude- und Adressreferenzdatensatz

Das Amt wurde im Juni 2014 mit der operativen Leitung der «Harmonisierung» des Registers und der Daten des Staates beauftragt. Die Ziele sind:

- > Garantieren, dass die Georeferenzdaten (im Sinne von Art. 3, Abs. 1, Bst. f) bezüglich der Gebäude und Adressen die notwendige Genauigkeit aufweisen, vollständig vorhanden und verfügbar sind;
- > Identifikation aller Gebäude über eine Geometrie und einen eidgenössischen Gebäudeidentifikator (EGID);
- > Korrigieren und Harmonisieren der Gebäude und der Adressen der amtlichen Vermessung (AV) mit dem Eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregister (GWR);
- > Einführen von Organisations- und Verfahrensabläufen zur verlässlichen und effizienten Nachführung der Gebäude und Adressen mit Vorschlag eines Nachführungsintervalls;
- > Zurverfügungstellung dieses Referenzdatensatzes per Ende 2015 über das komplette Gebiet des Kantons Freiburg.

#### 7.1.12 Weitere AV-Aktivitäten

Das Amt hat für die Fixpunkte nur eine minimale Leistung sichergestellt und hat nur auf Verlangen interveniert, wenn ihm ein bedrohter Punkt signalisiert wurde. Die Tätigkeit des Amtes konzentrierte sich auf die Begleitung der Geometerbüros bei der Umsetzung des neuen Referenzsystems der Landesvermessung (LV95) in den neuen Vermessungsoperaten.

Der BP-AV, der den Übersichtsplan 1:5000 ersetzt, ist für das ganze Kantonsgebiet für alle Ämter des Staates verfügbar. Dieses jährlich nachgeführte Produkt stammt direkt aus der kantonalen Vermessungsdatenbank und wird an Orten ohne numerische AV durch das Produkt swissTLM3D von swisstopo ergänzt.

Die jährliche Nachführung 2014 der 3071 (2998) Pläne für das Grundbuch wurde anhand der im Jahre 2013 erstellten Mutationsverbale kontrolliert.

Die Sicherheitskopien und die Archivierung der 2014 von den Geometern und dem VGA gemachten Feldaufnahmen und Skizzen wurden in die «GED DSK» integriert.

Das Amt stellt auch weiterhin die Daten der AV, die Teil der Geobasisdaten sind, auf den Abgabeservern der kantonalen Verwaltung zur Verfügung, um sie so den Benutzern und auch Nichtfachleuten zugänglich zu machen.

Das Grundbuch und das Amt verwalten beide an die Liegenschaften gebundene Informationen, und eine Koordination ist unverzichtbar, um die Verbindungen zwischen den Internet-Plattformen des Grundbuches und der amtlichen Vermessung zu garantieren. Die Arbeiten zur Zusammenschaltung der Datenbanken des Grundbuches und der amtlichen Vermessung haben 2009 begonnen und gehen im Rahmen des Projekts «CAPI6», der Ersetzung und Verbesserung der Programme «Mutationsregister der AV» und «Verwaltung der Liegenschaftsbeschreibungen», weiter.

Das VGA hat sich entschieden, die numerischen Daten der amtlichen Vermessung so schnell wie möglich bereitzustellen. Damit dies möglich ist, werden die Daten mit einem zusätzlichen Attribut ergänzt, um den Stand der Arbeiten ersichtlich zu machen. Die verschiedenen Arbeitsetappen sind: «In Arbeit» (Daten stehen nicht zur Verfügung) / «In Verifikation» (Daten sind erhältlich, jedoch weder vom VGA validiert, noch rechtskräftig) / «In die BDMO transferiert» (Daten sind erhältlich, sind durch das VGA freigegeben, jedoch noch nicht rechtskräftig) und «In die BDMO transferiert und im GB eingetragen» (Daten sind erhältlich und rechtskräftig).

## 7.2 GIS-Kompetenzzentrum (Landinformationssystem)

### 7.2.1 Koordination

Die GIS-Koordination betrifft folgende Bereiche:

- > Aufgaben der IT-Governance im Bereich der Geoinformation (NB: Zusammenarbeit mit dem ITA): 2014 wirkte das GIS-Kompetenzzentrum an Grundsatzüberlegungen zu den Datenzugangssystemen und der Daten-Governance mit, definierte die Grundsätze für die Sicherung der Anwendungen und Dienste auf ArcGIS for Server (mit Authentifizierung), führte ein Reporting ein, sammelte erste Nutzungserfahrungen mit der Collaboration-Plattform ArcGIS Online und klärte die GIS-Projektleitungsmodalitäten.
- > Geodatenverwaltung: 2014 prüfte das GIS-Kompetenzzentrum verschiedene Fragen zur Verbreitung von Geodaten (Austausch zwischen Behörden, Open Government Data), befasste sich mit mehreren komplexen



---

Geodatenanfragen, definierte die Grundsätze und Zuständigkeiten für die Metadatenverwaltung und beschloss neue Standards für die Metadaten (z.B. Erfassungsformulare, Übernahme der Geokategorien gemäss Standard eCH-0166).

- > Gemeinsamen Zielen aller staatlichen Dienststellen dienende Vorhaben: 2014 startete das GIS-Kompetenzzentrum die Arbeiten zur Migration des Geoportals (<http://www.geo.fr.ch>). Es stellte auch erste Überlegungen zur Erstellung eines Downloaddienstes für Geobasisdaten an.
- > Projekte entsprechend den Bedürfnissen von mit der Raumplanung befassten Ämtern und Geodatenutzern.

Auf nationaler Ebene erfolgt diese Koordination im Rahmen der Aktivitäten von Fachverbänden wie der geosuisse, im Rahmen von Projekten des Bundes (z.B. nationales Geodatenportal, MISTRA) sowie im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Bundesämtern (z.B. swisstopo für die Erstellung gemeinsamer Geodaten oder dem BAFU für das Wasserqualitätsmanagement).

Im Bereich Geoinformation findet der Austausch zwischen den Kantonen hauptsächlich über die Konferenz der kantonalen Geodaten-Koordinationsstellen und GIS-Fachstellen (KKGEO) und ihre Fachgruppen (z.B. IGArc «Interessengemeinschaft ArcGIS» und «coordination intercantonale romande») statt.

Die von den Kantonen finanzierte interkantonale Koordination in der Geoinformation (IKGEO) stellt die Zusammenarbeit mit dem Bund bei der Anwendung des GeoIG und die Mitarbeit bei der Schaffung der nationalen Geodateninfrastruktur (NGDI) sicher. Der GIS-Koordinator ist der offizielle Ansprechpartner der IKGEO für den Kanton Freiburg.

Die IKGEO ist bei verschiedenen, höchst strategischen Projekten tätig: Harmonisierung der Geobasisdaten, Austausch von Geobasisdaten unter Behörden, Aufbau eines nationalen Geoportals (Zusammenlegung der harmonisierten Geodienste) sowie Einführung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBK).

Schliesslich ist noch die interkantonale Zusammenarbeit in gewissen Bereichen und Projekten zu nennen, so für 2014: mit dem Kanton Genf für die Online-Erzeugung der Altlasten-Bescheinigungen; mit den Kantonen Genf und Waadt für den digitalen Plan für das Grundbuch; mit den Kantonen Genf, Neuenburg und Jura für die Planung eines neuen LIDAR-Flugs; mit dem Kanton Waadt für die Oberflächengewässer; mit den Kantonen Waadt und Bern für die Trinkwasserinfrastrukturen, die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Regionen (z.B. Freiburger Gemeindeverband und INNOREG FR) und der Austausch mit den Kirchenbehörden, den Hochschulen (z.B. der HEIG-VD) und privaten Partnern.

## 7.2.2 Projekte und realisierte Vorhaben

Die wichtigsten kantonalen Projekte des GIS-Kompetenzzentrums waren 2014:

- > HarmBat – Harmonisierung der Gebäude und Wohnungen / PerCo – Baubewilligungen / Gebäude- und Adressreferenzdatensatz, Migration Topobase – Ersatz der Anwendung für die Verwaltung der AV-Daten (VGA), SDSI-SEn – Leitschema des Informationssystems des AfU, SI-BienFond – Liegenschaftsinformationssystem des TBA (TBA), MISTRA – Informations- und Verwaltungssystem der Strassen (TBA) und MISTRA-MD – Langsamverkehr (AfU), QualEaux – Verwaltung der Wasserqualität (AfU), SIPO – Kataster der belasteten Standorte (AfU), SAE144 – Hilfssystem der Sanitätseinsatzzentrale 144 (HFR), SIAF – Archäologisches Informationssystem Freiburg (AAFR), AquaFri – Trinkwasserinfrastrukturen (LSVW).

Mehrere Geoportale und Geodienste wurden oder werden für Ämter der Verwaltung entwickelt:

- > InfoMAT Web – Materialabbau (Zugriffskontrolle, BRPA), PSSSIC – Sachplan strategischer Sektoren und Arbeitszonen von kantonalen Bedeutung (öffentlicher Zugriff, BRPA), CertifSipo – Online-Erzeugung der Altlasten-Bescheinigungen (öffentlicher Zugriff, AfU), FaunaMap – Jagd und Landfauna / Fischerei und Wasserfauna (beschränkter interner Zugriff, WaldA), Bekämpfung des Asiatischen Laubholzbockkäfers (öffentlicher Zugriff, WaldA), digitaler Plan für das GB (öffentlicher Zugriff, VGA), Gebäudesuche mittels EGID (öffentlicher Zugriff, AfE), Kartografie der Betreuungseinrichtungen im Kanton Freiburg (öffentlicher Zugriff, JA), Geodienste für SIPO – Verwaltung des Katasters der belasteten Standorte (Zugriffskontrolle, AfU).

### 7.2.3 Geografische Daten

Das GIS-Kompetenzzentrum verwaltet zahlreiche Geodatenätze (rund 550 vektorielle und 150 Rasterdatensätze) sowie die dazugehörigen Metadaten (über 450 in geocat.ch, dem geografischen Datenkatalog erfasste Metadatenblätter). Im Laufe des Jahres 2014 konnte das kantonale GIS in folgenden Bereichen um einige interessante Datenpakete angereichert werden (wovon einige noch in Bearbeitung sind): Orthophotos Swissimage 2013 (Farbe und IR), Geologische Vektordaten (GeoCover), Historische Karten (Stadt Freiburg), amtliche Vermessung (BP-AV, Lose, Daten in Überprüfung und in Arbeit, Adressen), Verkehrsunfälle, Verkehr (Verkehrszählungen und Modellierung), Haltestellen ÖV, Velowanderwege, Geodaten des Sachplans der strategischen Sektoren und Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung, Gefahrenkarte Mittelland: Hochwasser, Landwirtschaft (Betriebsflächen, Anbau, Bodeneignung, Alpen, Erosionsrisiko der landwirtschaftlichen Nutzfläche), Wald (Waldstandorte im ganzen Kanton, spektakuläre Bäume, Werkhöfe, Grundwasserschutzzone S im Wald, Asiatischer Laubholzbockkäfer usw.), Wildtiermanagement (Beobachtung von Land- und Wassertieren, Wildtierzählungen, Telemetrie, Fallwild, Schäden an Kulturen, Wildruhezonen, Jagdstatistiken, elektrische Befischung, Gewässerverschmutzung usw.), Einzugsgebiete für eine gesamtheitliche Gewässerbewirtschaftung auf regionaler Ebene, Natur und Landschaft (Amphibienlaichgebiete, Auengebiete, Schutzzonen auf Gemeindeebene), katholische und reformierte Pfarreien, Schulkreise und Schulinspektorskreise, vor- und ausserschulische Betreuungsstrukturen, Radonmessungen in Gebäuden.

Mit der Aufhebung des Schweizer Umweltdatenkatalogs (Envirocat) mussten einige Karteblätter nach entsprechender Anpassung in geocat.ch transferiert werden.

### 7.2.4 Information und Promotion

Die Website des kantonalen GIS (<http://www.sysif.ch>) stellt dem breiten Publikum Hintergrundinformationen zur Verfügung. Ihr Inhalt wird regelmässig aktualisiert, insbesondere die Rubrik «SYSIF im Dienst der Öffentlichkeit».

Das Geoportal des Kantons Freiburg wurde 2014 weiter ausgebaut: So wurde auf der Karte «Bau- und Raumplanung» das gute Landwirtschaftsland hinzugefügt, und die Karte «Natur und Landschaft» wurde mehrmals nachgeführt. Es wurde eine Karte «Wald» vorbereitet, und die Karte «Mobilität», an der das TBA, das MobA und der Freiburger Tourismusverband mitwirken, ist in Arbeit.

Das GIS-Kompetenzzentrum hat mit seiner Beratung und der Lieferung von Karten eng an der Einrichtung der interaktiven Installation GeoCity im Rahmen der Ausstellung «L'Oracle du Papillon» mitgewirkt.

Das GIS-Kompetenzzentrum organisierte mehrere Kurse für die Mitarbeitenden des Staates Freiburg. Rund zwanzig Personen haben den Einführungskurs ArcGIS for Desktop besucht, und es wurden auch mehrere Kurse für Fortgeschrittene (lineare Segmentation, ArcGIS Online) angeboten. In Zusammenarbeit mit swisstopo wurde für Mitarbeitende von sieben Dienststellen ein Einführungskurs in geocat.ch organisiert. Schliesslich wurden auch in verschiedenen Präsentationen das Geoportal des Kantons Freiburg sowie andere Geoportale (z. B. die Applikation Vorbescheid BPA) vorgestellt.

## 7.3 Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)

### 7.3.1 Tätigkeit

Der Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) ist ein Instrument zur Publikation von zuverlässigen Informationen über das Grundeigentum. In einer ersten Etappe erfolgt die Einführung in acht Pilot-Kantonen, die die Funktionsprinzipien definieren und im Rahmen von sieben vorrangigen Projekten Überlegungen über gewisse spezifische Aspekte anstellen. Mit allen anderen Kantonen wird Freiburg an der zweiten Etappe teilnehmen, die 2016 beginnen und 2020 mit der vollständigen Nutzung des ÖREB-Katasters in der ganzen Schweiz enden wird. Die Kantone der zweiten Etappe verfolgen mit grosser Aufmerksamkeit die Erfahrungen der Pilot-Kantone, die ihnen für ihre eigenen Arbeiten dienen werden. In der Zwischenzeit führen sie verschiedene Vorbereitungsarbeiten aus, wie die Schaffung kantonaler Rechtsgrundlagen (z.B. kantonale Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen), die Einsetzung einer geeigneten Organisation und die Vorbereitungen der verlangten Geodaten.



### 7.3.2 Stand der Arbeiten

Am 7. November 2014 fand in Olten die 3. Orientierungsveranstaltung zur Einführung der 1. Etappe statt.

Seit 2014 stellen die Kantone Bern, Jura, Neuenburg, Nidwalden, Obwalden, Thurgau und der Zürich ihren ÖREB-Kataster über einen Teil oder über ihr ganzes Kantonsgebiet zur Verfügung. Sie können eingesehen werden unter [www.cadastre.ch/](http://www.cadastre.ch/), indem das jeweilige Kantonskürzel beigefügt wird, zum Beispiel «[www.cadastre.ch/JU](http://www.cadastre.ch/JU)».

## 7.4 «Geoinformation»

### 7.4.1 Gesetzliche Grundlagen und Organisation

Im Hinblick auf die Umsetzung der Bestimmungen des kantonalen Gesetzes über Geoinformation (KGeoIG) sowie der Bundesgesetzgebung hat das Amt die Erarbeitung der kantonalen Verordnung über Geoinformation (KGeoIV) eingeleitet. Die dazu eingesetzte kleine Arbeitsgruppe hat einen ersten Entwurf ausgearbeitet, der anschliessend einem weiteren Kreis von Betroffenen zur Prüfung unterbreitet wird.

### 7.4.2 Minimale Geodatenmodelle

Das GIS-Kompetenzzentrum beschäftigte sich im Rahmen von Vorbereitungsarbeiten oder Anhörungen mit den folgenden minimalen Geodatenmodellen der Geobasisdaten des Bundesrechts: Kataster der belasteten Standorte (ID 115.2, 116, 117, 118 und 119, Anpassung), Kantonale Erhebungen der Luftbelastung (Messnetze) (ID 122.1, 2. Anhörung und Publikation), Landwirtschaftliche Bewirtschaftung (ID 149, 151, 152 und 153, Anpassung), Naturereigniskataster (ID 167.1, 1. Anhörung), Pärke von nationaler Bedeutung (ID 187.1, 1. und 2. Anhörung), Kantonales Inventar der Trockenwiesen von nationaler, regionaler und lokaler Bedeutung (ID 189.1, 1. und 2. Anhörung), Ruhezone für Wildtiere (inkl. Routennetz) (ID 195.1 und 195.2, 1. und 2. Anhörung), Planerischer Gewässerschutz (ID 130, 131 und 132, 2. Anhörung und Publikation), Lärmbelastungskataster für Haupt- und übrige Strassen (ID 144.1, Publikation), Strassenverkehrszählung – übergeordnetes Netz (ID 13) und regionales und lokales Netz (ID 14) (1. Anhörung), Velowegnetze und Fuss- und Wanderwegnetze (ID 67 und 79, Schaffung einer Fachinformationsgemeinschaft), Inventar der bestehenden Wasserentnahmen (ID 140, 2. Anhörung).

## 8 Grundbuchämter (GBA)

Die Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter sind (in alphabetischer Reihenfolge): René Aeby (Sensebezirk), Joseph Borcard (Broyebezirk), Anita Bulliard (Vivisbachbezirk), Séverine Doutaz (Greyerzbezirk), Josef Haag (Seebezirk), Denise Jan (Glanebezirk), Bertrand Renevey (Saanebezirk).

### 8.1 Tätigkeit

Das Grundbuch ist ein öffentlicher Dienst, der die Änderungen an Grundeigentum, Rechten an Grundstücken (Dienstbarkeiten, Grundlasten, Vormerkungen und Anmerkungen) sowie Grundpfandrechten (Grundpfandverschreibungen und Schuldbriefe) rechtsgültig führt. Es gibt ebenfalls Auskunft über die an Grundstücken bestehenden Rechte.

Die wichtigsten Tätigkeiten der sieben Grundbuchämter sind die Führung des Grundbuchs, das heisst der verschiedenen Dokumente des Grundbuchs in Papier- oder elektronischer Form, Information und Auskunftserteilung (Öffentlichkeit des Grundbuchs), Einführung des eidgenössischen Grundbuchs und Bearbeitung von Güterzusammenlegungs dossiers sowie Informatisierung des Grundbuchs.

Als Steuerbehörden erheben die Grundbuchämter die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern sowie die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes.

### 8.1.1 Grundbuchführung

Die Grundbuchanmeldungen werden nach Reihenfolge ihres Eingangs im Tagebuch eingeschrieben und nach formaler und rechtlicher Kontrolle ins Hauptbuch eingetragen.

2014 wurden bei den Grundbuchämtern 30 739 Eintragungsbegehren gestellt (2013: 31 618), die 110 193 (117 457) Grundstücke betrafen.

Die Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter entscheiden über Eintrag oder Abweisung der Grundbuchanmeldungen und prüfen, ob die rechtlichen Voraussetzungen für den Grundbucheintrag erfüllt sind. 2014 wurden 1137 (1376) Anmeldungen abgewiesen.

Für die Bearbeitung der Grundbuchanmeldungen werden Gebühren erhoben. Diese beliefen sich 2014 auf insgesamt 8 338 175 Franken (9 445 783 Franken). Die Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter entscheiden auch über Einsprachen.

### 8.1.2 Information und Auskünfte

Das Grundbuchamt gibt auf Antrag oder von Amtes wegen Auskunft über die Rechtsverhältnisse an Grundstücken und publiziert den Erwerb von Eigentum im Amtsblatt.

- > Die Grundbuchämter stellen auf Antrag von Personen, die ein Interesse glaubhaft machen, offizielle, rechtsgültige Grundbuchauszüge in Papierform aus, die von der Grundbuchverwalterin oder vom Grundbuchverwalter bzw. von der Adjunktin oder vom Adjunkten unterzeichnet sind. 2014 wurden 13 173 (14 915) Auszüge bestellt, die sich auf 23 954 (25 445) Grundstücke bezogen.
- > Die Grundbuchämter erteilen auch weitere Auskünfte über den Inhalt des Grundbuchs (Bestätigung, ob bestimmte Rechte eingetragen sind oder nicht, Beantwortung steuerlicher Fragen in Zusammenhang mit einem Rechtsgeschäft usw.) oder zu allgemeineren zivilrechtlichen oder steuerrechtlichen Belangen im Zusammenhang mit Grundstücken. Diese Auskünfte werden am Schalter, per Post, E-Mail, Telefon oder Fax erteilt.

Die Grundbuchämter erstellen die obligatorischen Anzeigen aufgrund von Artikel 969 ZGB. So werden zum Beispiel Inhaber eines vorgemerkten Vorkaufsrechts über die Eigentumsübertragung an einen Dritten informiert.

Die Grundbuchämter übermitteln auch kantonalen und kommunalen Verwaltungsdienststellen Informationen, die diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Die Zahl dieser Meldungen ist je nach Anzahl und Art der bearbeiteten Anmeldungen unterschiedlich.

Die im Hauptbuch eingetragenen Grundstückserwerbe werden ein- bis zweimal monatlich im Amtsblatt veröffentlicht. 2014 wurden 4901 (5551) Grundstückserwerbe veröffentlicht.

### 8.1.3 Einführung des eidgenössischen Grundbuchs

Zur Einführung des eidgenössischen Grundbuchs einer Gemeinde oder eines Teils einer Gemeinde erstellen die Grundbuchämter für die einzelnen Grundstücke Dokumente beziehungsweise eine Datenbank nach Bundesgesetzgebung mit Wirkungen gemäss Bundesrecht. Nach einer Bereinigung der Einträge, welche zusammen mit den Berechtigten durchgeführt wird, ersetzt das eidgenössische Grundbuch die alten sogenannten «Kantonalen Kataster». Im Rahmen dieses Verfahrens können die Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter die zur Begründung neuer Rechte notwendigen Beurkundungen vornehmen.

Im Jahr 2014 wurde das eidgenössische Grundbuch der folgenden Gemeinden oder von Teilen von Gemeinden in Kraft gesetzt: Chésopelloz, Les Montets, Vuisternens-devant-Romont (Los 3: Sektoren Estévenens, La Neirigue, Les Eccassey). Arbeiten für andere Gemeinden/Teile von Gemeinden sind im Gang.

### 8.1.4 Informatisierung des Grundbuchs

Die elektronische Erfassung des eidgenössischen Grundbuchs wurde fortgesetzt. Am 31. Dezember 2014 waren 167 963 Grundstücke vollständig informatisiert, das heisst 80,50 % der 208 658 Grundstücke im Kanton.

In allen Grundbuchämtern ist das Einscannen der Grundbuchdokumente fortgesetzt worden. 2014 wurden 74 853 (76 956) Dokumente eingescannt.

---

## 8.2 Steuerveranlagung

Neben seinen zivilrechtlichen Aufgaben ist das Grundbuchamt auch Steuerbehörde und veranlagt die Handänderungssteuern, Grundpfandrechtssteuern und die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes.

### 8.2.1 Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern

Diese Steuern werden in Anwendung des Gesetzes vom 1. Mai 1996 über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern erhoben. 2014 beliefen sich der Gesamtbetrag der Handänderungssteuern auf 28 521 108 Franken (31 156 690 Franken) und der Gesamtbetrag der Grundpfandrechtssteuern auf 11 705 734 Franken (13 971 393 Franken).

### 8.2.2 Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes

Diese Steuer wird gemäss Gesetz vom 28. September 1993 bei der Veräusserung von produktivem Boden erhoben, die eine Verminderung des Kulturlandes zur Folge hat. Der Gesamtbetrag dieser Steuer belief sich 2014 auf 4 144 178 Franken (4 679 297 Franken).

### 8.2.3 Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer

Die Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer musste 2014 zu einer Beschwerde Stellung nehmen und hat einen Schätzungsbericht verfasst.

Die Beschwerde zeigte auf, dass die Schätzungskommission von einer Gemeindeschreiberei falsche Auskünfte erhalten hatte, so dass sie ihre ursprüngliche Schätzung, die auf falschen Angaben beruhte, korrigieren musste.

Der Personalbestand der Kommission ist unverändert geblieben. Praktisch die Hälfte der Mitglieder erreichen 2015 die maximale Amtszeit und ihr Mandat läuft damit aus. Die Kommissionsmitglieder bedauern, dass bis heute nichts unternommen wurde, um im Voraus den Ersatz der austretenden Mitglieder und damit der Funktionsfähigkeit der Schätzungskommission zu gewährleisten.

## 8.3 Informatik der Grundbuchämter

Der Informatiker der Grundbuchämter hat seine Aufgabe, die in der Planung, Konzeption und Verwaltung des Grundbuch-Informationssystems besteht, weitergeführt. Die Sicherstellung der Nachhaltigkeit, der Qualität sowie der Sicherheit des Systems und der Daten bleiben vorrangig.

### 8.3.1 Datenextraktion und Datenabfrage

Die Gesamteinnahmen im Zusammenhang mit der Zurverfügungstellung von Grundbuchdaten (Gebühren für die Zustellung von Daten und die Internetabfrage) beliefen sich 2014 auf 284 160 Franken (300 041 Franken), was einer Abnahme um 5,58 % entspricht. Bei der elektronischen Datenübertragung konnten 2014 178 Lieferungen ausgeführt werden, und 144 dieser Lieferungen wurden zum Betrag von 38 611 Franken (37 470 Franken) in Rechnung gestellt. Es waren 243 840 Datenabfragen über Internet mit Intercapi zu verzeichnen, was einer Abnahme um 1,64 % gegenüber 2013 entspricht, und die Abfragegebühren beliefen sich auf 245 549 Franken und nahmen somit um 6,48 % ab. Bei der öffentlichen und gebührenfreien Abfrage der Daten des eidgenössischen Grundbuchs über die Applikation «RFpublic» (begrenzt auf 50 Abfragen pro Tag und pro Session) wurden im Berichtsjahr 646 929 Abfragen registriert. Die entspricht durchschnittlich 1540 Suchanfragen pro Tag und einer erneuten Zunahme um 12,8 % gegenüber 2013.

### 8.3.2 Informatikprojekte

Um die Kontinuität in der informatisierten Grundbuchführung zu gewährleisten und die Leistungen an die verschiedenen Partner aufrecht zu erhalten, wurde das IT-Migrationsprojekt 2014 weitergeführt. Bei diesem Projekt ist trotz der grossen Anstrengungen ein zweimonatiger Rückstand zu verzeichnen, der auf mangelnde Ressourcen und unerwartete technische Schwierigkeiten zurückzuführen ist. Im Rahmen der Vernetzung der Fachapplikation des Grundbuchs mit dem System der amtlichen Vermessung sowie der Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs mit der Plattform Six-Terravis (zentrales elektronisches Auskunftsportal zwischen den Behörden – Grundbuchämter,

---

Amtliche Vermessung und institutionelle Organisationen) wurden Vorstudien durchgeführt und verfasst. Das «Comité informatique», bestehend aus drei Grundbuchverwaltern und dem Informatikverantwortlichen, hat sich 2014 zur Klärung von Fragen in Zusammenhang mit diesen Projekten sechsmal getroffen. Es hat auch die bernische Grundbuchführung besucht und sich dort mit Spezialisten des elektronischen Geschäftsverkehrs ausgetauscht im Hinblick auf die Einführung dieses Verfahrens in unserem Kanton.

Weiter nahmen Mitglieder des «Comité informatique» auch mehrfach an interkantonalen Fachgruppentreffen der «Expertengruppe GB und Capitastra» mit Vertretern von Kantonen mit der gleichen Grundbuch-Informatiklösung (Capitastra und Intercapi) teil, um Erfahrungen auszutauschen, nach Synergien für die Entwicklung und den Unterhalt der Softwarepakete für die Grundbuchverwaltung und zur Qualitätssteigerung und Kostensenkung zu suchen.

Sie haben auch an mehreren Sitzungen im Rahmen des E-Government-Projekts teilgenommen, namentlich eGris (Elektronisches Grundstückinformationssystem). Der Informatikverantwortliche ist Mitglied der vom Bundesamt für Justiz geleiteten «Begleitgruppe zu Informatikthemen des Grundbuchs», die sich aus einigen kantonalen Vertretern der Grundbuchämter und der amtlichen Vermessung sowie Softwarefabrikanten und Vertretern von SIX-Terravis AG zusammensetzt. Er war auch Mitglied der Arbeitsgruppe zur Definition des Standards eCH 131 Meldungen der amtlichen Vermessung an Dritte. Ein Grundbuchverwalter ist Mitglied des Steuerungsausschusses des Projekts eGris.

## **8.4 Weitere Aktivitäten**

### **8.4.1 Vereinigung der Freiburger Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter**

Die Vereinigung setzt sich aus den Grundbuchverwalterinnen und -verwaltern, ihren Adjunktinnen und Adjunkten sowie dem Informatikverantwortlichen zusammen. Die Mitglieder hielten 2014 fünf Arbeitssitzungen ab mit dem Ziel, allgemeine oder juristische Fragen zu beantworten, die Praxis der Grundbuchämter zu vereinheitlichen, kantonale und eidgenössische Projekte zu prüfen und sich über die Entwicklungen im Bereich der Informatik zu informieren.

Im Januar 2014 traf sich der Vorstand der Vereinigung mit einer Delegation der Freiburger Notariatskammer und der Vereinigung der Freiburger Geometer/innen.

Mehrere Mitglieder nahmen an den vom Bundesamt für Justiz zum Thema «Elektronische Übermittlung» organisierten Informationsveranstaltungen vom 30. April 2014 (deutsch) und vom 14. Mai 2014 (französisch) teil, und verschiedene Mitglieder besuchten die von der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern organisierte Präsentation des elektronischen Geschäftsverkehrs.

Die Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter haben sich im Berichtsjahr mit den Chefinnen und Chefs oder Mitarbeitenden anderer Dienststellen getroffen und verschiedene Punkte in Zusammenhang mit der Tätigkeit der Grundbuchämter besprochen. Es handelt sich dabei um das Amt für Vermessung und Geomatik, das Amt für Justiz, das Bau- und Raumplanungsamt, das Amt für Umwelt und die Kantonale Steuerverwaltung.

Eine Grundbuchverwalterin hat die Finanzdirektion in der Studiengruppe «guichet unique» (ein Auskunftsschalter pro Bezirk) vertreten.

Ein Grundbuchverwalter hat die Grundbuchämter im Steuerungsausschuss und im juristischen Komitee des HarmBat-Projekts vertreten.

### **8.4.2 Austausch mit Instanzen anderer Kantone**

Zwei Grundbuchverwalter haben an den «Colloque romand des inspecteurs des Registres fonciers de la Suisse romande et du Tessin» teilgenommen, an denen jeweils Fragen allgemeiner Art zur Grundbuchführung erörtert werden.

## **8.5 Aufsichtsbehörde über das Grundbuch**

Die Aufsichtsbehörde über das Grundbuch hat die laufenden Geschäfte erledigt und die sich stellenden juristischen Fragen behandelt. Sie hat alle Grundbuchämter besucht und Stichkontrollen vorgenommen. Bei der Behörde wurden fünf Rekurse anhängig gemacht (neun im Jahr 2013). Es wurden sechs Entscheide gefällt: eine Gutheissung, vier

---

Abweisungen und ein Abschreibungsbeschluss. In zwei Dossiers wurde beim Kantonsgericht Beschwerde eingereicht, die eine wurde abgewiesen und die andere ist noch hängig. Zwei Fälle wurden ins Jahr 2015 übertragen.

2014 wurde die Aufsichtsbehörde über das Grundbuch präsiert von Bettina Hürlimann-Kaup, Professorin an der Universität Freiburg. Als Mitglieder gehörten der Behörde an Pierre-Henri Gapany, Anwalt und Vizepräsident der Aufsichtsbehörde, sowie Catherine Overney, Richterin am Kantonsgericht. Alexandra Rumo-Jungo, Professorin an der Universität Freiburg, Jérôme Delabays, Kantonsrichter, und Ludovic-Jean Egger, Notar, gehörten der Aufsichtsbehörde als Ersatzmitglieder an.

Das Sekretariat der Aufsichtsbehörde wurde von Séverine Zehnder, Gerichtsschreiberin am Kantonsgericht, geführt.

## 9 Finanzinspektorat (FI)

---

Dienstchefin: Irène Moullet

### 9.1 Tätigkeit

#### 9.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Dem Finanzinspektorat obliegt die Kontrolle der Kantonsfinanzen. Mit seiner Tätigkeit sollen die korrekte Rechtsanwendung, der wirtschaftliche und haushälterische Einsatz der finanziellen Mittel sowie die Richtigkeit und Rechtmässigkeit der Buchungen gewährleistet werden.

Die ordentliche Tätigkeit des Finanzinspektorats besteht in der rechtlichen, technischen und wirtschaftlichen Kontrolle der Kassen und Buchhaltungen des Staates sowie der Anstalten und Betriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit. Das Finanzinspektorat ist ein selbstständiger, administrativ der Finanzdirektion zugewiesener Dienst und übt als solcher seine Aufgaben unabhängig und selbstständig aus. Es kann keine operativen Aufgaben wahrnehmen. Das Finanzinspektorat kann jederzeit und unangemeldet Kontrollen vornehmen, sei es auf eigene Initiative oder im Auftrag des Staatsrates oder der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates. Auf Ersuchen eines Mitglieds des Staatsrates kann es auch eine der Direktion dieses Mitglieds untergeordnete Verwaltungseinheit kontrollieren.

Mit Blick auf die ordnungsgemässe Rechnungslegung wird die Korrektheit der Organisationsabläufe sowie der Prozesse und Verfahrensabläufe bei der Führung der Buchhaltung und der Rechnungslegung geprüft. Diese Prüfung umfasst die Analyse und die Validierung der zentralen Finanzvorfälle wie Löhne, Einkauf, Fakturierung und Gewährung von Subventionen. Ausserdem wird auch der Rechnungslegungsprozess unter die Lupe genommen, namentlich bezüglich der Einhaltung der Vorschriften des Gesetzes vom 25. November 1994 über den Finanzhaushalt des Staates (FHG).

Bei der Überprüfung der Rechtmässigkeit der Ausgaben geht es darum sicherzustellen, dass diese Verpflichtungen von den dazu befugten Personen und in Einhaltung des Finanzhaushaltsgesetzes sowie der Spezialgesetze eingegangen sowie die gewährten Budgets eingehalten worden sind.

Bei der jährlichen Planung seiner Kontrollen legt das Finanzinspektorat nach Massgabe der Grösse der Ämter und der Einschätzung des finanziellen Risikos autonom und unabhängig die Häufigkeit seiner Kontrollen fest. So werden gewisse Ämter und Anstalten jährlich kontrolliert, während andere, mit weniger Risiken behaftete Ämter weniger häufig kontrolliert werden. Es müssen jedoch alle Ämter in angemessenen Abständen überprüft werden.

Das Finanzinspektorat versucht bei seinen Kontrollen Mängel und Schwachpunkte aufzuzeigen. Es gibt Empfehlungen ab, die sich positiv auf die Wertschöpfung auswirken.

Das Finanzinspektorat hat eine Datenbank mit allen seinen Empfehlungen angelegt. Damit wird ein einheitliches Verfahren angestrebt, mit dem sichergestellt werden kann, dass die abgegebenen Empfehlungen umgesetzt werden oder dass eine Nichtumsetzung begründet ist.

Den Abschluss jeder Kontrolle bilden in der Regel ein Gespräch mit den für die Rechnungslegung zuständigen Personen sowie die Abgabe eines Prüfberichts. Dieser Bericht wird der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates, dem Staatsrat, der Finanzverwaltung sowie den verantwortlichen Personen der kontrollierten Ämter und Anstalten zugestellt. Der Bericht enthält nicht alle Prüfergebnisse, sondern nur diejenigen Punkte, denen besondere Beachtung zu schenken ist.

Das Finanzinspektorat kann eine aussenstehende Fachperson beauftragen, wenn für eine Kontrolle besondere Fachkenntnisse erforderlich sind. 2014 wurde ein Bauexperte beigezogen.

### 9.1.2 Revisionsberichte 2014

Das Finanzinspektorat hat 82 Prüfberichte und 32 Empfehlungen abgegeben.

2014 hat das Finanzinspektorat eine Kontrolle im Auftrag des Staatsrats und eine Kontrolle im Auftrag der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission durchgeführt, in Anwendung von Artikel 48 Abs. 3 FHG.

Die Prüfberichte teilen sich wie folgt auf:

	2014	2013
Richterliche Behörde – Vollziehende Behörde – Verwaltung	56	66
Fonds und Stiftungen:	13	13
Diverse Aufträge:	13	11

Die Prüfberichte verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Direktionen:

	2014	2013
Staatskanzlei	2	4
Erziehung, Kultur und Sport	10	24
Sicherheit und Justiz	14	17
Institutionen und Land- und Forstwirtschaft	13	6
Volkswirtschaft	15	13
Gesundheit und Soziales	14	12
Finanzen	7	8
Raumplanung, Umwelt und Bauwesen	7	5

Das genaue Verzeichnis der Kontrollarbeiten ist dem Staatsrat und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates zugestellt worden.

Bei den dezentralisierten Ämtern nimmt das Finanzinspektorat ämterübergreifende Prüfungen vor. So werden alle Ämter, die dieselbe Dienstleistung erbringen, nach einem einheitlichen Programm geprüft. Mit diesem Vorgehen können die «Best Practices» eruiert und die Gleichbehandlung gewährleistet werden. 2014 hat das Finanzinspektorat die sieben Betriebsämter und die sieben Oberämter des Kantons kontrolliert. Das Amt für Justiz, das an der administrativen Leitung der Gerichtsbehörden mitwirkt, ist über die Ergebnisse dieser Arbeiten informiert worden.

2014 hat das Finanzinspektorat Kassakontrollen in den Dienststellen, Ämtern und Anstalten mit eigener Kasse durchgeführt.

2014 hat das Finanzinspektorat erstmals die Ordnungs- und Rechtmässigkeit der Erhebung der direkten Bundessteuer und der Ablieferung des Bundesanteils für das Jahr 2013 an die Eidgenössische Steuerverwaltung geprüft. Diese Prüfung kommt der Vorschrift nach dem neuen Artikel 104a DBG nach und muss künftig jährlich erfolgen.



### 9.1.3 Sonstiges

Das Finanzinspektorat nimmt an der «Conférence des Chefs des contrôles financiers des cantons latins» und an der «Schweizerischen Konferenz der Finanzkontrollen» teil.

Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) setzt verschiedene Fachgruppen ein, und das Finanzinspektorat wirkt in einer Fachgruppe zum Thema Steuern und NFA mit.

Ein Finanzinspektor vertritt den Staat im Verwaltungsrat der Bergbahnen La Berra SA.

Das Tätigkeitsgebiet und die Berufsstandards, denen das Finanzinspektorat entsprechen muss, erfordern eine ständige Weiterbildung. Die «Conférence des Chefs des contrôles financiers des cantons latins» organisiert jedes Jahr ein zweitägiges Weiterbildungsseminar für alle Mitarbeitenden der kantonalen Finanzkontrollen. An diesem Seminar nehmen rund hundert Personen aus der internen Finanzkontrolle auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene teil. 2014 präsidierte die Vorsteherin des Finanzinspektorats das Organisationskomitee dieses Seminars, und die Mitarbeitenden des Finanzinspektorats nahmen am Seminar teil.

## 10 Personalbestand

Personalbestand der Finanzdirektion per 31. Dezember 2014, in Vollzeitäquivalenten (VZÄ):

		Rechnung 2014 VZÄ	Rechnung 2013 VZÄ	Differenz VZÄ
<b>Finanzdirektion</b>		<b>397,00</b>	<b>392,66</b>	<b>4,34</b>
3700 / FINS	Generalsekretariat	6,34	6,42	- 0,08
3705 / TRES	Finanzverwaltung	25,77	25,22	0,55
3710 / IFEF	Finanzinspektorat	7,20	7,04	0,16
3725 / CIEF	Amt für Informatik und Telekommunikation	90,52	91,69	- 1,17
3730 / OPER	Amt für Personal und Organisation	30,40	29,08	1,32
3740 / SCCF	Kantonale Steuerverwaltung	183,89	180,11	3,78
3745 / ENRE	Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern	2,53	2,59	- 0,06
3760 / SCAD	Amt für Vermessung und Geomatik	18,22	17,95	0,27
3765 / RFON	Grundbuchämter	32,13	32,56	- 0,43



# Inhaltsverzeichnis

---

<b>1</b>	<b>Direktion und Generalsekretariat (RUBD und GS-RUBD)</b> .....	<b>5</b>
1.1	Tätigkeit .....	5
1.2	Aussergewöhnliche Ereignisse .....	8
1.3	Interkantonale Zusammenarbeit.....	9
1.4	Streitfälle (Beschwerden/Verfügungen im Berichtsjahr).....	10
1.5	Gesetzgebung .....	10
<b>2</b>	<b>Amt für Natur und Landschaft (ANL)</b> .....	<b>10</b>
2.1	Tätigkeit .....	10
2.2	Vertretung und Aussenbeziehungen .....	14
<b>3</b>	<b>Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)</b> .....	<b>14</b>
3.1	Tätigkeit .....	14
3.2	Koordination, Verwaltung und Studien.....	15
3.3	Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen.....	15
3.4	Kantonalplanung.....	15
3.5	Regionalplanung .....	16
3.6	Materialausbeutungen und Geologie .....	16
3.7	Naturgefahren.....	16
3.8	Ortsplanung.....	16
3.9	Baubewilligungen .....	17
3.10	Beschwerden.....	17
3.11	Kommissionen .....	18
<b>4</b>	<b>Amt für Mobilität (MobA)</b> .....	<b>18</b>
4.1	Tätigkeit .....	18
4.2	Statistiken und Prognosen.....	19
4.3	Öffentlicher Verkehr und Güterverkehr .....	20
4.4	Mobilität und Raum.....	21
<b>5</b>	<b>Tiefbauamt (TBA)</b> .....	<b>22</b>
5.1	Tätigkeit .....	22
5.2	Sektion Finanzverwaltung.....	25
5.3	Sektion Verwaltung.....	25
5.4	Sektion Strassenprojekte .....	27
5.5	Sektion Strassenunterhalt.....	34
5.6	Sektion Gewässer .....	35

---

<b>6</b>	<b>Amt für Umwelt (AfU)</b> .....	<b>38</b>
6.1	Tätigkeit.....	38
6.2	Gewässerschutz .....	39
6.3	Labor.....	42
6.4	Stoffe .....	43
6.5	Luftreinhaltung .....	43
6.6	Lärmschutz .....	44
6.7	Nichtionisierende Strahlung (NIS) .....	44
6.8	Umweltverträglichkeitsprüfungen .....	44
6.9	Bodenschutz .....	44
6.10	Biologische Sicherheit.....	45
6.11	Schutz vor Störfällen.....	45
6.12	Abfall.....	45
6.13	Belastete Standorte.....	46
<b>7</b>	<b>Hochbauamt (HBA)</b> .....	<b>47</b>
7.1	Tätigkeit.....	47
7.2	Zusammenfassung der Ausgaben.....	51
<b>8</b>	<b>Personalbestand</b> .....	<b>51</b>

---

# 1 Direktion und Generalsekretariat (RUBD und GS-RUBD)

Staatsrat, Direktor: Maurice Ropraz.

Generalsekretär: Olivier Kämpfen.

## 1.1 Tätigkeit

Die Direktion und das Generalsekretariat haben ihre operativen und strategischen Aufgaben zugunsten von Bevölkerung, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zur allgemeinen Zufriedenheit erfüllt.

Die wichtigsten Aspekte der Tätigkeit sind nachfolgend zusammengefasst.

### *Einweihung der Poyabrücke*

Die Poyabrücke wurde im Rahmen eines dreitägigen Festes eingeweiht (10. bis 12. Oktober 2014): Der offizielle Anlass fand am Freitag, 10. Oktober, im Beisein von rund 750 geladenen Gästen und von Bundesrätin Doris Leuthard statt. Die Feierlichkeiten setzten sich am Samstag, 11. Oktober, mit dem Tag der offenen Baustelle und einem Konzert von Gustav im unterirdischen Kreisel fort. Ungefähr 50 000 Personen nahmen teil. Am Sonntag, 12. Oktober, schliesslich wurde das Bauwerk dem Verkehr übergeben.



### *Verwirklichung der 2. Etappe der RER Fribourg | Freiburg*

Nach bedeutenden Infrastrukturarbeiten (namentlich Renovierung der Bahnhöfe Grolley und Cheyres) auf der Linie Fribourg/Freiburg–Payerne–Estavayer-le-Lac–Yverdon-les-Bains konnte am 14. Dezember 2014 der Halbstundentakt auf dieser Linie eingeführt werden.

### *Inkrafttreten des teilrevidierten RPG am 1. Mai und Raum 2030*

Die Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) und dessen Ausführungsverordnung traten am 1. Mai 2014 in Kraft. Der Kanton muss das neue Recht nun auf kantonaler Ebene umsetzen, damit das Bauzonenmoratorium, das mit dem teilrevidierten RPG eingeführt wurde, aufgehoben wird. Das entsprechende kantonale Projekt Raum 2030 besteht aus zwei Etappen: In der ersten Etappe (Anpassung des kantonalen Raumplanungs- und Baugesetzes RPBG) müssen die Instrumente für die Verwaltung der Bauzone und ein System der Mehrwertabgabe eingeführt werden. Die zweite Etappe (Totalrevision des kantonalen Richtplans) wird bis 2019 dauern und ihren Abschluss in der Genehmigung durch den Bundesrat des neuen Richtplans finden.

### *Verbesserung des Baubewilligungsverfahrens beim Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)*

2014 wurden 5 Massnahmen für eine effizientere Behandlung der Dossiers innerhalb der Kantonsverwaltung beschlossen. Ein externer Experte wurde beauftragt, die Prozesse für die Bearbeitung der Orts- und Detailbebauungspläne (OP und DBP) sowie der Baubewilligungsgesuche zu analysieren. Des Weiteren wurde das BRPA für die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) und für die laufende Behandlung der Dossiers mit 4 zusätzlichen Vollzeitäquivalenten (VZÄ) verstärkt. Darüber hinaus erhielt eine Person beim BRPA den Auftrag, eine wirksamere Begleitung der Dossiers zu gewährleisten. Sie wird dafür sorgen, dass die kantonalen Dienststellen die Fristen für das Verfassen der Gutachten einhalten. Für Baubewilligungsgesuche gilt nun: Wenn eine Dienststelle innerhalb der ihr gewährten Frist keine Stellungnahme übermittelt, geht das BRPA davon aus, dass die betroffene Dienststelle auf ein Gutachten verzichtet und dass die nächste Etappe des Prozesses eingeleitet werden kann. Und schliesslich wurde beschlossen, das Programm DATEC Ende 2015 durch eine spezifische Anwendung zu ersetzen, welche die Übermittlung und die Verwaltung bzw. Begleitung der Dossiers ermöglichen wird.

---

## **Schaffung des ANL am 1. Januar**

Das Büro für Natur- und Landschaftsschutz wurde zum Amt für Natur und Landschaft (ANL). Mit dieser Änderung des Status gewinnt der Natur- und Landschaftsschutz an Sichtbarkeit. Zudem können diese Interessen auf diese Weise besser verteidigt werden.

### **1.1.1 Vertretung des Staats**

Der Direktor vertrat den Staat in den Verwaltungsräten der folgenden Unternehmungen:

#### **1.1.1.1 ftth fr AG (Fiber To The Home)**

Mit diesem Projekt soll auf dem gesamten Kantonsgebiet das Glasfasernetz bis zum Endkunden gebracht werden. Bis 2028 sollen über 90 % der Wohnungen und 100 % der Unternehmen angeschlossen sein. Der Staat hält 10,64 % der Aktien (5 Mio. Franken) und sprach ein zinsloses Darlehen von 35 Millionen Franken mit einer maximalen Laufzeit von 30 Jahren an das Unternehmen. 2014 kam das Unternehmen fünfmal zusammen.

#### **1.1.1.2 Rose de la Broye SA**

1999 räumte der Staat dem Unternehmen Rose de la Broye SA für 50 Jahre ein Baurecht ersten Grades ein. Das Unternehmen Rose de la Broye SA seinerseits räumte dem Unternehmen Lully.01 SA ein Baurecht zweiten Grades für den Betrieb einer Autobahnraststätte auf der A1 ein. Der Verwaltungsrat tagte zweimal.

#### **1.1.1.3 Tunnel du Grand-Saint-Bernard SA**

Der Staat ist Minderheitsaktionär dieses Unternehmens. Der Tunnel wurde 1964 dem Verkehr übergeben und wird jährlich von etwa 650 000 Fahrzeugen durchquert. Der Verwaltungsrat tagte viermal.

### **1.1.2 Mitarbeit in Arbeitsgruppen**

Der Staatsrat bzw. sein Stellvertreter hat die Direktion in mehreren Arbeitsgruppen und Steuerungsausschüssen vertreten:

- > Poyaprojekt
- > La Pila
- > Umfahrungsstrasse von Düdingen
- > Verbesserung der Strassenverbindung Romont–Vaulruz
- > nachhaltige Entwicklung
- > Autobahnanschluss Freiburg Süd
- > HarmBat
- > E-Government
- > Aufgabenentflechtung zwischen Staat und Gemeinden
- > Kommission für die vom Staat erlassenen Normvorschriften für die Gemeinden
- > Plan für die Gleichstellung von Frau und Mann in der kantonalen Verwaltung (PGKV)
- > kantonale Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention
- > Fachstellenkonferenz
- > Kommission der Kontaktpersonen für Datenschutz

Der Direktor führt den Vorsitz der folgenden staatlichen Baukommissionen:

- > Gebäude EVA, ehemals Gebäude des Autobahnamts (ABA)
- > vereinigt Kantonsgesicht
- > Adolph Merkle Institut
- > Kollegium des Südens
- > Kollegium Gambach

### **1.1.3 Nachhaltige Entwicklung**

Im *Jahresbericht 2014 Nachhaltige Entwicklung*, der unter der Adresse [www.fr.ch/daec-dd/de/pub/index.cfm](http://www.fr.ch/daec-dd/de/pub/index.cfm) erhältlich ist, beschreibt im Detail, wie weit die nachfolgend aufgeführten Massnahmen bereits umgesetzt werden

---

konnten. Die Verantwortliche Nachhaltige Entwicklung trug zur Verwirklichung der Baustelle 3.7.6 *Umsetzung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung beim Staat Freiburg* der Herausforderung 7 *Sicherstellung des Gleichgewichts der Kantonsfinanzen und Weiterführung der Modernisierung der Public Governance* bei, die im *Regierungsprogramm für die Legislaturperiode 2012–2016* definiert wurde.

#### 1.1.3.1 Strategie Nachhaltige Entwicklung

Die Nachhaltige Entwicklung, die der RUBD unterstellt ist, koordiniert und unterstützt seit 2009 die Umsetzung der *Strategie Nachhaltige Entwicklung* des Staats Freiburg. 2014 wurden 20 (19) Massnahmen von insgesamt 25 umgesetzt, was einem Anteil von 4/5 entspricht.

- > Für 13 (12) Massnahmen ist die Finanzierung sichergestellt.
- > 5 (3) Massnahmen konnten ohne Kostenfolgen umgesetzt werden.
- > 2 (3) Massnahmen sind beendet.

Der Staatsrat zog im Juni 2014 nach zweieinhalb Jahren eine erste Bilanz über die Umsetzung der Strategie und beschloss, 4 Massnahmen anzupassen bzw. deren 3 zu streichen. Die Konsultativkommission «Nachhaltige Entwicklung» kam 2014 einmal und der Steuerungsausschuss «Nachhaltige Entwicklung» zweimal zusammen. Diese beiden Gremien trafen sich zudem einmal im Herbst für ein Brainstorming; Ziel war, Ideen für neue Massnahmen zu sammeln, um diese dann 2015 weiterentwickeln zu können.

#### 1.1.3.2 Massnahmenportfolio für die Freiburger Gemeinden

Das Portfolio mit Massnahmen zugunsten der nachhaltigen Entwicklung für die Freiburger Gemeinden ([http://www.fr.ch/daec-dd/de/pub/gemeinden/massnahmen\\_portfolio.htm](http://www.fr.ch/daec-dd/de/pub/gemeinden/massnahmen_portfolio.htm)), das 2013 vom Staat Freiburg und dem Freiburger Gemeindeverband ausgearbeitet und im Herbst 2014 aktualisiert wurde, umfasst gut sechzig Massnahmenblätter und will die Verantwortlichen in den Gemeinden inspirieren. Des Weiteren sollen ab 2015 jedes Jahr Seminare organisiert werden, um das Portfolio bekannt zu machen und den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, ihre Erfahrungen auszutauschen. Das Portfolio wurde im März 2014 der Oberamtmännerkonferenz vorgestellt; seit April 2014 steht den Gemeinden zu diesem Thema eine PowerPoint-Präsentation zur Verfügung.

#### 1.1.3.3 Information und Schulung

Um ein möglichst breites Publikum für die nachhaltige Entwicklung zu begeistern, hat die Verantwortliche Nachhaltige Entwicklung im Jahr 2014 den kantonalen und kommunalen Akteuren sowie bei Weiterbildungskursen die *Strategie Nachhaltige Entwicklung* und das *Massnahmenportfolio* präsentiert.

#### 1.1.4 Agglomerationspolitik

In seiner Sitzung vom 18. August 2009 teilte der Staatsrat die Verantwortung für die Agglomerationspolitik des Bundes der RUBD zu. Der Koordinator der Agglomerationspolitik ist beim Generalsekretariat angestellt und ist sowohl für die Koordination innerhalb der Kantonsverwaltung als auch für die Koordination mit den Bundesämtern und den Agglomerationen zuständig.

##### 1.1.4.1 Agglomerationsprogramme

Die Massnahmen des Agglomerationsprogramms der 1. Generation von Mobul werden gegenwärtig umgesetzt. Ende 2014 waren rund 35 % (25 %) der Massnahmen verwirklicht. Aus dem Infrastrukturfonds erhielt Mobul 974 200 (697 200) Franken.

Der Bund nahm die definitive Beurteilung der Agglomerationsprogramme der 2. Generation vor. Das Programm der Agglomeration Freiburg schnitt in dieser Beurteilung sehr gut ab. Der Bund sagte für die Massnahmen der Liste A eine Mitfinanzierung von 23,24 Millionen Franken zu. Damit beteiligt sich der Bund zu 40 % an diesen Massnahmen – und somit in höherem Mass als bei allen anderen Agglomerationsprogrammen. Die Leistungsvereinbarung steht vor dem Abschluss, sodass die Umsetzung der Massnahmen 2015 wird beginnen können. Das Agglomerationsprogramm Rivelac hingegen wurde negativ beurteilt. Entsprechend machte der Bund auch keine finanzielle Zusage.

#### 1.1.4.2 Koordination

Der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektor nahm an einer Sitzung der Tripartiten Agglomerationskonferenz teil und kam dreimal mit den politischen Vertretern der Agglomerationen zusammen.

Der Koordinator der Agglomerationspolitik vertritt den Kanton in der Projektleitung des Bundesamts für Strassen (ASTRA) für das Projekt zum Ausbau des Autobahnanschlusses Freiburg Süd der A12; die Projektsteuerung und die Projektleitung hielten je zwei Sitzungen ab. In verschiedenen Sitzungen wurden 107 Massnahmen (94 für Freiburg, 8 für Mobul und 5 für Rivelac) behandelt.

#### 1.1.5 Öffentliches Beschaffungswesen

Über das Kompetenzzentrum für das öffentliche Beschaffungswesen hat die RUBD mehrere Rechtsgutachten zuhanden der Direktionen und Ämter verfasst. Des Weiteren hat die Direktion zahlreiche juristische Fragen von Gemeinden und Privatpersonen beantwortet, namentlich von Büros, die mit der Ausarbeitung eines Pflichtenhefts beauftragt waren. Im Herbst 2014 gab die RUBD die Revision der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen intern und bei externen Partnern in die Vernehmlassung. Die Direktion übergab dann den von ihr verfassten Synthesebericht dem Staatsrat, der ihn wiederum an die für das öffentliche Beschaffungswesen zuständige kantonale Behörde weiterleitete.

#### 1.1.6 Rechtswidrige Bauten

Die Direktion hat in 12 (12) Dossiers über rechtswidrige Bauten geurteilt.

#### 1.1.7 Sonderbewilligungen

Die Direktion hat die Sonderbewilligungsgesuche für Bauten ausserhalb der Bauzone behandelt:

- > 244 Verfügungen im vereinfachten Verfahren
- > 388 Verfügungen im ordentlichen Verfahren
- > 31 Verweigerungen der Sonderbewilligung

### 1.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

Die folgenden Ereignisse waren prägend für 2014.

#### 1.2.1 Raumplanung

- > Inkrafttreten der Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG)
- > Start des Projekts Raum 2030 (Änderung des RPBG und Totalrevision des kantonalen Richtplans)
- > Neudefinition von HarmBat
- > Vergabe eines externen Mandats, um die Prozesse für die Bearbeitung der OP, DBP und Baubewilligungsgesuche zu evaluieren
- > Umsetzung beim BRPA von 5 Sofortmassnahmen für eine kürzere Bearbeitungsdauer der Dossiers
- > Aktualisierung des Sachplans der strategischen Sektoren und der Arbeitszonen von kantonalen Bedeutung
- > Erweiterung von Bumotec in Vuadens und von verschiedenen Arbeitszonen, insbesondere in Bulle, Farvagny und Kerzers

#### 1.2.2 Umwelt

- > Umsetzung des kantonalen Gewässergesetzes, Abgrenzung der Einzugsgebiete.

#### 1.2.3 Tief- und Hochbau

- > Einweihung der Poyabrücke
- > Einweihung des neuen Kollegiums Gambach
- > Einweihung des Adolphe-Merkle-Instituts
- > Einweihung der neuen Gebäude für die Justiz und die Polizei an der Rue de l'Europe in Bulle
- > Einweihung der Bahnhofstabelle Fribourg/Freiburg Poya
- > Beginn der Arbeiten für die Ortsdurchfahrt von Jaun
- > Beginn der Planungsstudien für die Umfahrungsstrassenprojekte, die in die Kategorie I eingeteilt wurden

- 
- > Nachführung der Richtlinie über den Einsatz von Holz bei öffentlichen Bauten
  - > Überlegungen zur Umnutzung der Poya-Kaserne

#### 1.2.4 Anderes

- > Verwirklichung der 2. Etappe der RER Fribourg | Freiburg und Ausbau des Busangebots in der Broye
- > Übermittlung der Projekte der Planungsregion West für STEP AS 2030
- > Ernennung des neuen Kantonsarchitekten
- > Ernennung des neuen Vorstehers des Amts für Mobilität
- > Abstimmung FABI-Vorlage

### 1.3 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Direktor oder eine Stellvertretung nimmt an den folgenden Konferenzen und Vereinigungen teil:

#### 1.3.1 Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)

Die Konferenz kam zweimal zusammen und befasste sich dabei mit den aktuellen Fragen zur Raumplanung, zum Umweltschutz und zum öffentlichen Beschaffungswesen.

#### 1.3.2 Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz der Westschweiz (CDTAPSOL)

Anlässlich der beiden Sitzungen in diesem Jahr koordinierte die Konferenz die Interessenvertretung der Mitgliedkantone auf nationaler Ebene.

#### 1.3.3 Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Die Konferenz tagte zweimal und besprach die Herausforderungen, denen sich die Agglomerationen stellen müssen, sowie den künftigen Interventionsrahmen.

#### 1.3.4 Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)

An den beiden diesjährigen Sitzungen waren die Umsetzung der FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) und nationale Fragen der Mobilität auf der Tagesordnung.

#### 1.3.5 Westschweizer Verkehrsdirektorenkonferenz (CTSO)

Die Konferenz kam zweimal zusammen und koordinierte dabei die Arbeiten für die Eisenbahnplanung (STEP 2030).

#### 1.3.6 Westschweizer Baudirektoren-Konferenz (CRTP)

Am 5. und 6. Juni 2014 fand in Chiasso die Generalversammlung der CRTP statt, in der sich die Westschweizer Kanton sowie die Kantone Bern und Tessin zusammengeschlossen haben. Die Generalversammlung ermöglichte den Gedankenaustausch zwischen Regierungsvertretern und Amtsvorstehern über die langfristige Finanzierung der Nationalstrassen (NAF), über das neue Raumplanungsrecht und über andere Themen.

#### 1.3.7 Verein OUESTRAIL

Der Ausschuss OUESTRAIL besteht aus rund vierzig Personen, welche die kantonalen und nationalen Parlamente und Regierungen, die kantonalen Ämter, die für den öffentlichen Verkehr zuständig sind, sowie die Transportunternehmen vertreten. Er vertritt die Interessen der Westschweiz sowie der Kantone Bern und Basel, um ein gutes Eisenbahnangebot sicherzustellen, das für die Entwicklung dieser Regionen unerlässlich ist.

#### 1.3.8 Westschweizer Konferenz über das öffentliche Beschaffungswesen (CROMP)

Die Konferenz kam am 21. Januar, 8. April und 25. November 2014 in Lausanne zusammen. Sie befasste sich dabei hauptsächlich mit der Revision der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen.

#### 1.3.9 Fachkonferenz öffentliches Beschaffungswesen (FöB)

Die FöB kam am 26. März 2014 in Zürich und am 25. November 2014 im Haus der Kantone in Bern zusammen. Sie befasste sich dabei um die gleichzeitige Revision des nationalen und interkantonalen Rechts im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens.



---

## 1.4 Streitfälle (Beschwerden/Verfügungen im Berichtsjahr)

Die Situation kann wie folgt zusammengefasst werden:

- > Es wurden 67 (86) Beschwerden gegen Verfügungen der Gemeindebehörde zur Ortsplanung eingereicht.
- > Es gab 17 (6) Beschwerden gegen Verfügungen der Gemeindebehörde zu Gemeindestrassenprojekten oder gegen Verfügungen des Amts für Umwelt.
- > Die RUBD behandelte 43 (50) Beschwerden gegen Ortspläne.
- > 4 (3) Gemeinden haben gegen die Verfügungen der RUBD zur Ortsplanung rekuriert.
- > Die RUBD behandelte 14 (3) Beschwerden gegen Verfügungen zu Gemeindestrassenprojekten oder gegen Verfügungen des Amts für Umwelt.
- > Ende Jahr waren 117 (84) Beschwerden im Zusammenhang mit Ortsplänen bei der RUBD hängig.
- > Es waren 12 (9) Beschwerden im Zusammenhang mit Gemeindestrassenprojekten oder Verfügungen des Amts für Umwelt bei der RUBD hängig.

Die Direktion verfolgt das Dossier der ehemaligen Verantwortlichen des ABA.

## 1.5 Gesetzgebung

### 1.5.1 Gesetze und Dekrete

- > Dekret vom 12. September 2014 über Beiträge an den Bau, den Umbau und die Erweiterung von Orientierungsschulen im Jahr 2014 und in den folgenden Jahren.

### 1.5.2 Verordnungen und Reglemente

- > Verordnung vom 4. Februar 2014 über die Änderungen des kantonalen Richtplans
- > Verordnung vom 4. Februar 2014 über die Änderungen des kantonalen Verkehrsplans
- > Reglement vom 27. Mai 2014 über den Natur- und Landschaftsschutz
- > Verordnung vom 10. Dezember 2014 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Raumplanungs- und Baugesetz
- > Verordnung vom 15. Dezember 2014 zur Änderung des Gewässerreglements (Abgrenzung der Einzugsgebiete)

# 2 Amt für Natur und Landschaft (ANL)

---

Mit dem Inkrafttreten am 1. Januar 2014 des kantonalen Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz (NatG) wurde das Büro für Natur- und Landschaftsschutz als Amt für Natur und Landschaft zur eigenständigen Verwaltungseinheit.

Amtsvorsteher: Marius Achermann.

## 2.1 Tätigkeit

### 2.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Amt ist zuständig für die Umsetzung der eidgenössischen und kantonalen Natur- und Landschaftsschutzgesetzgebung und für die Erhaltung der einheimischen Fauna und Flora sowie deren natürlichen Lebensräume. Es ist zudem die kantonale Fachstelle für den Landschaftsschutz sowie für die Schaffung und Verwaltung der regionalen Naturpärke.

#### 2.1.1.1 Gutachten und Stellungnahmen

2014 begutachtete das ANL 646 Dossiers. Im Vergleich zu den 435 Dossiers im Jahr 2013 bedeutet dies eine Zunahme von über 48 %.

Die verschiedenen Dossiers lassen sich wie folgt einteilen:

- > 342 (175) Bauvorhaben innerhalb von Landschaftsschutzgebieten
- > 105 (86) Ortspläne, Detailbebauungspläne, Quartierpläne und generelle Entwässerungspläne
- > 66 (39) Projekte für Gewässerverbauungen
- > 41 (36) Projekte in Verbindung mit der Produktion oder dem Transport von Energie
- > 30 (13) Strassenprojekte
- > 18 (20) Bahninfrastrukturen
- > 17 (25) Gesuche für den Betrieb von Kiesgruben und/oder Deponien
- > 12 (17) Boden- und Waldverbesserungsprojekte
- > 15 (12) Stellungnahmen im Rahmen von Gesetzesänderungen und Beschwerden



Für die Prüfung dieser Dossiers wurden zahlreiche Ortsbesichtigungen sowie Arbeits- und Koordinationssitzungen mit den Gesuchstellern, den Projektverfassern und den betroffenen kantonalen und eidgenössischen Dienststellen abgehalten.

#### 2.1.1.2 Biotopschutz

Das Amt koordiniert den gesamtheitlichen Schutz (Unterschutzstellung, Pflege und bei Bedarf Revitalisierung) der Biotope von nationaler oder kantonaler Bedeutung. Um den Fortbestand der 4 Moorlandschaften, 20 Auengebiete, 30 Hochmoore, 40 Flachmoore, 40 Amphibienlaichgebiete und über 100 Magerwiesen, die auf dem Kantonsgebiet in einem Inventar von nationaler Bedeutung identifiziert sind, sicherzustellen, arbeitet das Amt eng mit Fachpersonen zusammen, die mit dem Ausarbeiten der Pflegepläne und der Kontrolle der Wirksamkeit der Massnahmen beauftragt sind, sowie mit den betroffenen staatlichen Dienststellen und Privatpersonen. Auch dieses Jahr leisteten junge Menschen, die Zivildienst leisten, Personen, die im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen angestellt wurden, Försterteams, die mit einer spezifischen Arbeit beauftragt wurden, sowie Freiwillige, die in ihrer Freizeit die natürlichen Lebensräume pflegen, ein enormes Arbeitspensum zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes. 2014 wurden auf rund zwanzig Stätten im Kanton spezifische Arbeiten durchgeführt, teilweise unter der Aufsicht einer Ad-hoc-Kommission.

Die Zusammenarbeit mit den Landwirtinnen und Landwirte ist unabdingbar für die Erhaltung der Trockenwiesen und -weiden, die Einhaltung der Nutzungseinschränkungen in den Pufferzonen am Rand der besonders sensiblen Lebensräume sowie die adäquate Bewirtschaftung der nutzbaren Flachmoore. 2014 haben die Änderungen der Agrarpolitik des Bundes (Änderung der Bundesverordnung über die Direktzahlungen an die Landwirtschaft, mit der namentlich die neuen Biodiversitätsbeiträge für Sömmerungsflächen eingeführt wurden) geholfen, Verträge mit Landwirten abzuschliessen; denn ohne Bewirtschaftungsvereinbarung mit der für den Naturschutz zuständigen kantonalen Dienststelle erhalten Landwirte, die Biotope von nationaler Bedeutung bewirtschaften, keine Biodiversitätsbeiträge für diese Flächen. Diese neuen Bestimmungen des Bundesrechts nahmen die Person, die für die Verhandlung mit den Landwirten zuständig ist, zwar stark in Anspruch, doch haben sie auf der anderen Seite dazu beigetragen, dass rund vierzig neue Vereinbarungen abgeschlossen werden konnten. Dadurch konnte der Kanton Freiburg seinen Rückstand der letzten Jahre in der Umsetzung des Inventars der Magerwiesen und -weiden von nationaler Bedeutung aufholen.

Die Schaffung der für den Schutz der wertvollen Biotope erforderlichen Rahmenbedingungen ist für Amphibienlaichgebiete in (ehemaligen) Kiesgruben besonders heikel; denn auch wenn die meisten Landwirte offen sind für Gespräche und für die Einrichtung von landwirtschaftlich genutzten Wanderbiotopen, nimmt die Suche nach einer Lösung für die definitive Instandsetzung doch viel Zeit in Anspruch, weil die betroffene Grundeigentümerschaft oft weniger gewillt ist, Lebensräume für geschützte Arten zu erhalten.

Um die Fristen für die Bezeichnung der Biotope von kantonaler Bedeutung gemäss Reglement über den Natur- und Landschaftsschutz (NatR) einhalten zu können, hat das Amt die Studien begonnen, die nötig sind, um die Liste der Biotope zu erstellen und sie dann bei den Gemeinden und den interessierten Kreise in die Vernehmlassung zu geben.

### 2.1.1.3 Artenschutz

Wie jedes Jahr hat das Amt auch dieses Jahr die Frühlingsaktion zum Schutz der Amphibien durchgeführt, dank der diese Tiere ihre Laichplätze erreichen können, ohne von den Autos überfahren zu werden. 2014 wurden die Schutzzäune an 12 Standorten im ganzen Kanton errichtet.

Asylbewerberinnen und -bewerber der Asylunterkunft von Châtillon unterstützten die zahlreichen freiwilligen Helferinnen und Helfer (von denen einige schon seit über 10 Jahre mithelfen) und das VAM-Team (Verein für aktive Arbeitsmarktmassnahmen) bei dieser Aktion, dank der knapp 13 500 Tiere gerettet werden konnten (alleine beim Schutzzaun in Neirigue, der dieses Jahr zum ersten Mal aufgestellt worden war, wurden 3500 Tiere sicher über die Strasse gebracht).



Im Auftrag des ANL untersuchte die Fledermausschutzgruppe des Kantons Freiburg (FriBat) die öffentlichen Gebäude, um festzustellen, ob sich darin Fledermauskolonien befinden.

In Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle für Amphibien- und Reptilienschutz in der Schweiz (karch) wurden die vielversprechenden Sektoren entlang der SBB-Geleise aktiv untersucht (Verlegen von Metallplatten), um die Verbreitungsgebiete der Reptilien (Blindschleiche, Eidechsen) zu bestimmen.

Die Aktionspläne für die gefährdeten Pflanzenarten der Westschweizer Koordination für den Schutz der Flora wurden umgesetzt. Vier unter ihnen (für die Zwiebelorchis, den Alpen-Mohn, den Sumpfqüendel und die Fadenwurzelige Segge) wurden einer weitreichenden Aktualisierung unterzogen.

Andere Arten, die der Bund in die Roten Listen der bedrohten Arten aufgenommen hat, erhalten in den Vernetzungsprojekten eine besondere Aufmerksamkeit. Als Beispiele können das Braunkehlchen, der Schwarzblaue Bläuling oder der Dreiteilige Ehrenpreis genannt werden, deren Lebensräume auf eine Weise gepflegt werden müssen, die durch ein Standardprogramm für die Erhaltung der Artenvielfalt in der Landwirtschaft nicht abgedeckt wird. Das Amt schlägt den betroffenen Landwirten Bewirtschaftungsmassnahmen vor, die den Bedürfnissen dieser Arten gerecht werden.

### 2.1.1.4 Bekämpfung der Neobiota

Eine wirkungsvolle Bekämpfung der invasiven gebietsfremden Arten braucht eine gute Koordination und Kontinuität. Bis das Konzept nach NatG steht, legt das Amt den Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Neobiota in den Naturschutzgebieten, in den Sektoren, in denen die gebietsfremden Pflanzen die einheimischen Arten, die geschützt oder schutzwürdig sind, bedrohen, und in den Standorten, bei denen die zeitliche und finanzielle Investition in einem guten Verhältnis zu den Erfolgsaussichten steht.

Neben den Aktionen zur konkreten Entfernung von Neobiota (Ausreissen der Pflanzen) in gut zehn Naturschutzgebieten, hat das Amt im Rahmen der Aktivitäten des Naturparks Gantrisch einen Kurs für Gemeindeangestellte organisiert.

### 2.1.1.5 Information und Sensibilisierung

Weil das ANL im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz (NatG) und seines Ausführungsreglements (NatR) wichtige Aufklärungsarbeit leistete, musste es sich im Übrigen im Bereich der Information und Sensibilisierung darauf beschränken, auf Anfragen aus der Öffentlichkeit zu antworten (gut hundert Gesuche im Jahr), seinen Internetauftritt nachzuführen, die jährliche Ausstellung im Pro-Natura-Zentrum Champ-Pittet (finanziell) zu unterstützen, an einem Tag zu den Auengebieten in Tentlingen teilzunehmen und je nach Zeitgeschehen Medienmitteilungen zu veröffentlichen (Start und Ergebnisse der Amphibien-Rettungskation, Entdeckung einer Fledermausart, die im Kanton als verschwunden galt).

### 2.1.1.6 Regionale Naturpärke

Die beiden regionalen Naturpärke des Kantons (Gruyère Pays-d'Enhaut und Gantrisch) sind in Betrieb. 2014 haben die Verantwortlichen der beiden Pärke neben dem normalen Geschäftsgang Vorschläge für die Pflegepläne vorbereiten müssen. Diese wurden darauf mit Blick auf den Abschluss der Programmvereinbarung für 2016–2019 dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) unterbreitet. Für diese Arbeiten war eine enge Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen nötig, weil die Freiburger Naturpärke deutlich über die Kantonsgrenzen hinausreichen.

### 2.1.1.7 Ökologischer Ausgleich

Das Programm «Freiburger Schulen pflanzen Hecken» wurde fortgeführt. Auch wenn das Wetter nicht immer mitspielte, konnten mehrere Dutzend Meter Hecken gepflanzt werden.

Im Rahmen der Projekte für die Vernetzung von Biodiversitätsförderflächen (früher ökologische Ausgleichsflächen genannt) konnten weitere Massnahmen zur Schaffung von neuen Lebensräumen verwirklicht werden. Mit den 9 im Jahr 2014 anerkannten Projekten zählt der Kanton Freiburg nun 48 solcher Vernetzungen. Damit werden über zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Kanton abgedeckt.



### 2.1.2 Ausserordentliche Tätigkeit

Gewisse Themen erforderten 2014 eine besondere Anstrengung.

#### 2.1.2.1 NatG und NatR

Im Berichtsjahr wurden das kantonale Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz (NatG) sowie sein Ausführungsreglement (NatR) in Kraft gesetzt (am 1. Januar bzw. 1. Juli). Nach intensiven Vorbereitungsarbeiten für ein rasches Inkraftsetzen des Ausführungsreglements legte das Amt ein besonderes Augenmerk auf die Information der Gemeinden. So hat das ANL eine Vollzugshilfe ausgearbeitet und anlässlich von Informationsveranstaltungen in den Bezirken, die mit den Oberämtern organisiert wurden, an alle Gemeinden verteilt. Diese Vollzugshilfe behandelt die Vorinventare der Biotope, die die Gemeinden bei der nächsten Ortsplanungsrevision erstellen müssen, wie auch das Gehölz ausserhalb des Waldareals, für das nach dem Willen des Gesetzgebers die Gemeinden zuständig sind.

Das Amt hat zudem mit der Ausarbeitung des kantonalen Landschaftskonzepts begonnen, das die Landschaften von kantonaler Bedeutung bestimmen und eine Methodologie für die Gemeinden zur Bestimmung der Objekte, die auf lokaler Ebenen geschützt werden sollen, definieren wird.

#### 2.1.2.2 Landschaftsqualitätsbeiträge

Zu den Neuerungen der Agrarpolitik AP 14–17 gehört die Einführung der Landschaftsqualitätsbeiträge. Das ANL beteiligte sich an der Ausarbeitung der kantonalen Anforderungen für Direktzahlungen. Ende 2014 gab es auf dem gesamten Kantonsgebiet solche Projekte.

#### 2.1.2.3 Raumwirksame Sachpläne

Das Amt hat viel Zeit in die Analyse der von anderen Ämtern ausgearbeiteten Sachplänen investiert, die weitreichende Auswirkungen auf die Natur und die Landschaft haben können. In diesem Zusammenhang können erwähnt werden: das kantonale Windkraftkonzept; die strategischen Planungen für die Revitalisierung der Fliessgewässer, für die Sanierung von Sunk und Schwall und für die Sanierung des Geschiebehauhalts; oder auch die forstliche Planung des Kantons.

#### 2.1.2.4 Teilrevision der VBLN

Auf Gesuch der RUBD hat das Amt die Vernehmlassung auf kantonaler Ebene zur Teilrevision der Bundesverordnung über das Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler (VBLN) organisiert und darauf gestützt die Stellungnahme des Staatsrats vorbereitet.

---

## 2.2 Vertretung und Aussenbeziehungen

### 2.2.1 Konferenzen, Kommissionen und Arbeitsgruppen

Das Amt hat sich an den Arbeiten der in seinem Tätigkeitsbereich aktiven Instanzen, Konferenzen und Kommissionen beteiligt:

- > Konferenz der kantonalen Beauftragten für Natur und Landschaft (KBNL) und technische Arbeitsgruppen dieser Konferenz (u. a. BIOP)
- > Westschweizer Konferenz der Naturschutz-Fachstellenleiter (CIRC)
- > Westschweizer Koordinationsstelle für den Schutz der Flora
- > Führungsausschuss der Vereinigung La Grande Cariçaie
- > Kommission für die Verwaltung des Fonds «NatureMade Star» für die Staumauer bei der Mageren Au
- > Konsultativkommission für die Vernetzung
- > Verwaltungskommission für die Moore von Sâles
- > Kommission für die Umsetzung des Nutzungskonzepts für den Pérolles-See und seine Umgebung
- > Kommission für die Umsetzung des Bewirtschaftungsplans der Kleinen Saane
- > Beratungsgruppe Biodiversität Landwirtschaft (BBL)
- > Möserkommission Rechthalten-St. Ursen
- > Grengspitzkommission

Das Amt verfolgt auch die Arbeiten der Kommissionen und Gruppen, in denen es nicht vertreten ist:

- > Auredkommission
- > Möserkommission Düdingen
- > Biotopverbund Grosses Moos
- > Kommission Marais du Crêt
- > Gruppe Torfmoor von Villaraboud

### 2.2.2 Jährliche Treffen

2014 hat das Amt die folgenden jährlichen Treffen organisiert:

- > Treffen zwischen dem Kanton Freiburg (RUBD, ILFD) und dem Bundesamt für Umwelt (BAFU)
- > Treffen zwischen der RUBD und der ILFD sowie den Nichtregierungsorganisationen, die im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes tätig sind

## 3 Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)

---

Amtsvorsteherin: Giancarla Papi.

### 3.1 Tätigkeit

Das BRPA koordiniert die Raumplanung auf kantonal, regionaler und lokaler Ebene.

Im Kapitel der aussergewöhnlichen Tätigkeiten sind für 2014 die beschleunigte Behandlung der Dossiers für Ortsplanungsgesamtrevisionen vor dem Inkrafttreten des revidierten Raumplanungsgesetzes des Bundes, die Arbeiten für die Änderung des RPBG (namentlich für die Einführung der Mehrwertabgabe) und der Beginn der Arbeiten für die Totalrevision des kantonalen Richtplans zu erwähnen.

Zusammen mit der Oberamtmännerkonferenz und dem Freiburger Gemeindeverband hat das Amt in einem Bericht Bilanz zum neuen Verfahren für die Behandlung von Baubewilligungsgesuchen im ordentlichen Verfahren gezogen.



---

Das BRPA hat verschiedene Ortspläne (OP) und Detailbebauungspläne (DBP) sowie deren Reglemente geprüft und zahlreiche Baubewilligungsgesuche bearbeitet. Ferner hat es die Reglemente über Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben sowie die Materialausbeutungsgesuche geprüft und sämtliche diesbezüglichen juristischen Probleme und die Probleme im Zusammenhang mit Naturgefahren behandelt. Im Namen der RUBD hat das BRPA zudem die Beschwerden instruiert, die sich gegen Gemeindeentscheide zu OP und DBP richteten.

Es hat zu parlamentarischen Vorstössen über die Raumplanung und das Bauwesen Stellung genommen und in verschiedenen Kommissionen für die Raumplanung und das Bauwesen mitgewirkt. Weiter hat das Amt verschiedene Gesetzesentwürfe und Sachpläne geprüft, die ihm vom Bund, dem Kanton Freiburg oder den Nachbarkantonen zur Vernehmlassung unterbreitet wurden.

## **3.2 Koordination, Verwaltung und Studien**

### **3.2.1 Allgemeines**

Die Zusammenarbeit mit den Raumplanungsämtern der Kantone Waadt und Bern sowie mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) wurde weiterverfolgt. Zudem stand das Amt über die Conférence des offices romands d'aménagement du territoire (CORAT) und der Kantonsplanerkonferenz (KPK) regelmässig in Kontakt mit den Raumplanungsämtern der übrigen Kantone.

## **3.3 Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen**

Das BRPA hat sich an den Arbeiten der in seinem Tätigkeitsbereich aktiven kantonalen, interkantonalen und nationalen Instanzen, Konferenzen und Kommissionen beteiligt.

### **3.3.1 Geoinformatik und Informatik**

Das Informatikkonzept des BRPA besteht hauptsächlich aus geografischen Daten und aus Anwendungen, die auf geografischen Informationssystemen beruhen. In diesem Zusammenhang wurde die Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA), dem Amt für Vermessung und Geomatik (VGA) und mit dessen GIS-Kompetenzzentrum (GIS-KZ) fortgesetzt.

Die Computerisierung des Amtes betraf namentlich folgende Bereiche:

- > Um die jährlichen Berichte über den Stand des Materialabbaus elektronisch erfassen und abrufen zu können, wurde die Anwendung InfoMAT-WEB in Betrieb genommen. Diese Anwendung wurde an der Conférence Francophone Esri in Versailles vorgestellt.
- > Der Sachplan der strategischen Sektoren und Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung wurde in das Geoportal des Kantons Freiburg integriert ([www.sit.fr.ch/pszaic](http://www.sit.fr.ch/pszaic)).
- > Es wurden GIS-Anwendungen für die Verwaltung der für die Raumplanung relevanten Informationen entwickelt (Begleitung der Ortsplanungsverfahren).
- > Die Zonennutzungspläne (ZNP) und DBP wurden in vektorieller Form erfasst und auf dem Geoportal des Kantons publiziert. Die Pläne (ZNP und DBP) auf Papier wurden systematisch eingescannt.
- > Im Rahmen der Vereinbarung mit dem Bundesamt für Landestopografie (swisstopo) für das Projekt GeoMOL-CH hat das BRPA technische Lösungen für die Definition der Geodaten-Infrastruktur bewertet, die es erlauben werden, die digitalen geologischen Modelle des Projekts zu erfassen und abzufragen.
- > Das BRPA stellte weiterhin die Wartung der Anwendung DATEC sicher und beteiligt sich aktiv an der Entwicklung des neuen Informatiksystems für die Verwaltung und Kontrolle der Baubewilligungsgesuche.

## **3.4 Kantonalplanung**

### **3.4.1 Richtplanung**

Der Staatsrat hat die Projektstruktur für die Totalrevision des kantonalen Richtplans eingerichtet. Die Projektoberleitung wurde bestimmt und kam bereits einmal zusammen. Die Vorbereitungsarbeiten haben begonnen und haben zum Ziel, das kantonale Planungsprogramm zu definieren.

Für die Umsetzung des revidierten Raumplanungsgesetzes des Bundes begann das Amt mit den Arbeiten für das Monitoring der Bauzonenentwicklung, die für die Revision des kantonalen Richtplans nötig sind. Zusammen mit der

---

Agglomeration Freiburg führt das BRPA unter dem Namen Raum+ ein Programm für das elektronische Monitoring der Bauzone durch.

Das Amt schloss die Revision des Sachplans der strategischen Sektoren und der Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung ab. Dabei wurden die strategischen Sektoren in den Sachplan integriert. Das Ergebnis kann online über das Geoportal abgerufen und bei Bedarf auch ausgedruckt werden. Mit dieser neuen Form ist es möglich, den Sachplan fortlaufend nachzuführen. Die dabei gewonnenen Daten erlaubten es, auf das Postulat Collomb/Wicht zur aktiven Bodenpolitik zu antworten.

Das Amt brachte das Dossier zur Änderung der Themen «Gesamtverkehrskonzept» und «Öffentlicher Verkehr» des kantonalen Richtplans zum Abschluss, die mit dem kantonalen Verkehrsplan in Zusammenhang stehen. Der Staatsrat genehmigte diese Änderungen im Februar 2014.

### **3.5 Regionalplanung**

Auch dieses Jahr begleitete und unterstützte das BRPA die Regionen und Agglomerationen. Das Amt prüfte den regionalen Richtplan des Seebezirks (Vorprüfung) und denjenigen des Sensebezirks (Schlussprüfung). Letzterer wurde im Juni 2014 vom Staatsrat genehmigt. Darüber hinaus prüfte das Amt die Änderung des Richtplans der Agglomeration Freiburg (Strategiebericht). Im Frühjahr 2014 genehmigte der Staatsrat dieses Dokument.

Die Arbeitshilfe für die Regionalplanung wurde überarbeitet. Ausserdem hat das Amt ein Dokument zur Sensibilisierung und zur Popularisierung der Regionalplanung verfasst. Die Arbeitshilfe steht nur in elektronischer Form zur Verfügung.

### **3.6 Materialausbeutungen und Geologie**

Das Amt hat an der Überarbeitung der Verordnung über die finanziellen Sicherheiten für Materialausbeutungen und Deponien gearbeitet und schlug ein System der Beurteilung in Etappen vor. Die Erteilung von Abbaubewilligungen für die bestehenden Ausbeutungen erfolgte parallel zur Prüfung der Gesuche für neue Ausbeutungen.

Das BRPA führte die Zusammenarbeit mit swisstopo für die Verwaltung der geologischen Daten weiter und arbeitet nun auch mit den Kantonen Waadt und Genf zusammen.

### **3.7 Naturgefahren**

Das BRPA führte in Zusammenarbeit mit der Naturgefahrenkommission (KNG) die Umsetzung der im kantonalen Richtplan festgelegten vorsorglichen Massnahmen in den Bereichen Raumplanung und Bauwesen weiter. Dazu gehören insbesondere:

- > die Berücksichtigung der Grundlagenstudien – namentlich der Gefahrenkarten – in der Gemeindeplanung (OP, DBP) und bei baupolizeilichen Arbeiten
- > die systematische Prüfung aller Dossiers für OP, DBP oder Baubewilligungsgesuche unter dem Gesichtspunkt der Naturgefahren
- > die Prüfung der von den Gesuchstellern eingereichten geologischen und geotechnischen Expertisen

### **3.8 Ortsplanung**

#### **3.8.1 Ortspläne**

Die RUBD genehmigte 10 (8) OP-Gesamtrevisionen. Es handelte sich um die Dossiers der Gemeinden Bösing, Dompierre, Estavayer-le-Lac/Font, Farvagny, Kerzers, Le Pâquier, Marly, Massonnens, Montet und St. Antoni. Der RUBD wurden des Weiteren 36 (35) geänderte Ortspläne (OP) und Gemeindebaureglemente (GBR) zur Genehmigung unterbreitet.

Das BRPA hat 14 (16) OP-Gesamtrevisionen sowie Änderungen an 35 (32) OP (ZNP und GBR) vorgeprüft. Dazu kamen 16 (18) Vorgesuche zu OP-Revisionen.

#### **3.8.2 Detailbebauungspläne**

Die RUBD genehmigte 21 (21) Detailbebauungspläne (DBP); unter diesen gab es 10 (11) neue und 11 (10) geänderte DBP.



---

14 (26) Dossiers wurden vorgeprüft. Darüber hinaus wurden 46 (34) DBP aufgehoben – alle im Rahmen von Gesamtrevisionen.

Dem ist anzufügen, dass die zur Genehmigung oder Vorprüfung unterbreiteten Dossiers auch auf deren Konformität zum neuen Baurecht (RPBG, IVHB) hin untersucht wurden. Die notwendigen Anpassungen wurden in zahlreichen Sitzungen und Briefwechseln besprochen. Die 2014 bewilligten Dossiers entsprechen mehrheitlich noch nicht dem neuen kantonalen Recht.

### **3.9 Baubewilligungen**

2014 gingen beim BRPA 3181 (3227) Baubewilligungsgesuche für Neubauten, Umbauten, Vergrösserungen, Renovierungen und Abbrüche ein. 2608 (2506) wurden an die Oberämter, 244 (546) an die Gemeinden und 43 (28) an den Bund weitergeleitet. Des Weiteren hat das Amt 441 Vorprüfungsgesuche begutachtet.

Auf Antrag des BRPA hat die RUBD 388 Sonderbewilligungen für Bauten oder Umbauten ausserhalb der Bauzone (Projekte in Verbindung mit der Landwirtschaft sowie andere Projekte) und für Deponien im ordentlichen Verfahren und deren 244 im vereinfachten Verfahren (801) erteilt.

Im gleichen Zeitraum wurden 31 (26) Sonderbewilligungen für nicht zonenkonforme Neubauten, Ausbauten, Umbauten oder Anlagen verweigert.

### **3.10 Beschwerden**

#### **3.10.1 Entscheide der RUBD über Beschwerden gegen Gemeindeentscheide zu Einsprachen betreffend die Raumplanung**

Am 31. Dezember 2014 waren 117 (84) Beschwerden bei der RUBD hängig.

2014 wurden 67 (86) Beschwerden gegen Gemeindeentscheide eingereicht. Keine wurde zurückgezogen.

2014 traf die RUBD 43 (50) Entscheide zu Beschwerden. Dagegen wurden 19 (19) Beschwerden beim Kantonsgericht eingereicht.

#### **3.10.2 Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide der RUBD über Bauten ausserhalb der Bauzone**

Beim Kantonsgericht wurden 6 (10) Beschwerden gegen die Erteilung oder Verweigerung von Sonderbewilligungen durch die RUBD eingereicht.

#### **3.10.3 Entscheide des Kantonsgerichts**

2014 behandelte das Kantonsgericht 25 (7) Beschwerden gegen Entscheide der RUBD über die Raumplanung oder über Bauten ausserhalb der Bauzone: 3 (2) Beschwerde wurden gutgeheissen, 22 (5) wurden abgewiesen oder für unzulässig erklärt.

Darin nicht enthalten sind weitere Beschwerden, die zusammengefasst und in einem einzigen Entscheid behandelt wurden.

#### **3.10.4 Beschwerden von Gemeinden und vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) an das Kantonsgericht gegen Entscheide der RUBD zu Genehmigungen von OP**

4 (3) Gemeinden reichten beim Kantonsgericht Beschwerde gegen einen Entscheid der RUBD ein.

Das ARE reichte beim Kantonsgericht 1 Beschwerde gegen einen Entscheid der RUBD ein.

#### **3.10.5 Entscheide der RUBD zu rechtswidrigen Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone**

Am 31. Dezember 2014 waren bei der RUBD 91 (55) Dossiers wegen widerrechtlicher Arbeiten ausserhalb der Bauzone hängig.

Im Verlauf des Berichtjahres erlies die Direktion in diesem Rahmen 12 (12) Verfügungen.

---

## 3.11 Kommissionen

### 3.11.1 Naturgefahrenkommission (KNG)

Die KNG nahm die neuen Hochwassergefahrenkarten für das Freiburger Mittelland zur Kenntnis, die von der Sektion Gewässer des Tiefbauamts (TBA) erstellt wurden. Diese Daten dienen nun als Grundlage für die Raumplanung.

Die Kommission beteiligt sich am Pilotprogramm «Anpassung an den Klimawandel» des Bundes mit dem Projekt «Risikobasierte Planung – eine Antwort auf den Klimawandel und die intensivierete Raumnutzung».

Die KNG hielt vier Plenarsitzungen ab. Sein Büro kam einmal pro Monat zusammen, um die Koordination der operationellen Tätigkeiten sicherzustellen. Das Büro beteiligte sich auch aktiv am Projekt zur Revision des Gesetzes betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden (Projekt «ECALex»).

Die Kommission hat durch ihr Sekretariat insgesamt 308 (284) Dossiers zu Baubewilligungsgesuchen (im ordentlichen und vereinfachten Verfahren) geprüft. Insgesamt hat die Kommission 85 (40) Ortplanungsdossiers (Revisionsprogramme, Vor- und Schlussprüfungen) unter dem Gesichtspunkt der Naturgefahren geprüft.

### 3.11.2 Beratende Raumplanungskommission (BRPK)

2014 hielt die beratende Raumplanungskommission 3 (3) Sitzung ab. Sie wurde in breiten Zügen über die Arbeiten zur Umsetzung des teilrevidierten RPG informiert. Sie nahm im Rahmen der internen Vernehmlassung zum Gesetzesvorentwurf zur Änderung des RPBG (Instrumente für die Verwaltung der Bauzone und Einführung der Mehrwertabgabe) Stellung. Ausserdem wurde ihr eine vom BRPA in Auftrag gegebene Studie über die Siedlungsverdichtung vorgestellt.

### 3.11.3 Kommission für behindertengerechtes Bauen

Die Kommission für behindertengerechtes Bauen wurde eingesetzt, um die allgemeinen Probleme im Zusammenhang mit der Zugänglichkeit von Bauten und Anlagen für behinderte Personen zu prüfen, in diesem Bereich Empfehlungen abzugeben und Projekte, die in den Anwendungsbereich von Artikel 129 RPBG fallen, zu begutachten.

2014 hielt die Kommission 4 (4) Plenarsitzungen ab und prüfte 591 (527) Baubewilligungsdossiers.

### 3.11.4 Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung (KAS)

2014 trat die Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung zu 2 (3) Sitzungen zusammen. Dabei nahm sie namentlich Stellung zu einem Bauprojekt in Riaz und zum Bau von 3 Gebäuden in Enney.

## 4 Amt für Mobilität (MobA)

---

Das Amt für Mobilität wurde bis am 10. September 2014 von Martin Tinguely geleitet. Danach übernahm Grégoire Cantin das Amt als Vorsteher ad interim bis am 31. November 2014, bevor er am 1. Dezember 2014 zum Dienstchef ernannt wurde.

### 4.1 Tätigkeit

#### 4.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Amt hat folgende Aufgaben:

- > die kantonale Mobilitätsstrategie ausarbeiten
- > die notwendigen Anpassungen der Verkehrsgesetzgebung vorbereiten und leiten
- > die Verkehrsnetze und -infrastrukturen planen sowie deren Erneuerung sicherstellen
- > das öffentliche Verkehrsangebot planen und die entsprechenden Leistungsaufträge festlegen
- > den Langsamverkehr und die nachhaltige Mobilität fördern
- > statistische Daten zur Mobilität erheben und analysieren

- 
- > die Konformität der regionalen Richtpläne, Ortspläne, Detailbebauungspläne, Detailerschliessungspläne und Baubewilligungsgesuche prüfen

#### 4.1.2 Kommissionen und Arbeitsgruppen

Das Amt arbeitet in den folgenden Kommissionen mit:

- > beratende Kommission für Verkehrsfragen
- > Kommission für Verkehrserziehung
- > kantonale Energiewirtschaftskommission
- > Pedibus-Koordination Freiburg
- > beratende Kommission für die Revision der Planung des kantonalen Radwegnetzes
- > Fahrplangruppe

Das Amt nahm ausserdem an den Arbeiten der kantonalen, interkantonalen und nationalen Arbeitsgruppen, Konferenzen und Kommissionen teil, die in seinem Kompetenzbereich tätig sind. Dies gilt namentlich für die Arbeitsgruppe Broye-Seeland, die Koordinationsgruppe Waadt-Freiburg, die Arbeitsgruppen Autobahnanschluss A12 Freiburg Süd, Revision des kantonalen Strassengesetzes und Umzug der Forschungsanstalt Agroscope Liebefeld-Posieux auf das Gelände Posieux/Grangeneuve sowie für die VSS-Unterkommission Langsamverkehr.

## 4.2 Statistiken und Prognosen

### 4.2.1 Verkehrszählungen

2014 führte das Amt über 280 (200) Verkehrszählungen mithilfe von mobilen Zählposten durch. Es nahm daneben 17 Zählstellen mit Induktionsschleife in Betrieb. 6 dieser Zählstellen sind fixe Zählstellen, dank denen das Amt Referenzkurven für die Entwicklung des Verkehrsaufkommens auf den Kantonsstrassen erstellen kann. Es führte zudem den Betrieb von 6 fixen Zählstellen für das Bundesamt für Strassen weiter.

Das MobA begann die fünfjährige Kampagne 2014/2015 zur Verkehrserhebung im Frühjahr 2014. Auf dieser Grundlage wird der Verkehrsbelastungsplan 2015 und zum ersten Mal auch eine Karte mit dem Lastwagenverkehrsaufkommen erstellt werden. Der Plan gilt für 5 Jahre. Diese Daten sind wichtig für die Strassenplanung. Die Verkehrszählungen finden an 228 Orten statt, mit denen das gesamte Kantonsgebiet abgedeckt wird. Dabei kommen zwei Systeme zum Einsatz, bei denen sich die Sensoren entweder auf oder in der Fahrbahn befinden und mit Erfassungsgeräten verbunden sind.

### 4.2.2 Unfallstatistiken

Das MobA hat rund 25 (50) Unfallstatistiken erstellt und ausgewertet. Diese Statistiken dienen als Entscheidungsgrundlage für die Planung und Realisierung von Verkehrs- bzw. Signalisationsmassnahmen.

### 4.2.3 Verkehrsmodell

Um die Qualität des kantonalen Verkehrsmodells zu verbessern, wurde das Modell auf der Grundlage der Verkehrszählungen, die mit den 300 Zählstellen des Amtes durchgeführt wurden, neu kalibriert. Mit dem Verkehrsmodell können namentlich Auswirkungen von Infrastrukturprojekten (neue Strassen, neue Haltestellen des ÖV usw.) oder von anderen Entwicklungen (z. B. neue Verkehrserzeuger) auf den Verkehr analysiert werden. So wurden verschiedene Simulationen für 2030 durchgeführt, etwa für die Umfahrungsstrasse von Romont oder die Tiguellet-Brücke in Givisiez.

### 4.2.4 Geografische Informationssysteme

Das MobA hat auf kantonaler Ebene die MISTRA-Fachapplikation Langsamverkehr eingeführt. Damit sollen ein einheitliches Geobasisdaten zum Langsamverkehr (Velo, Mountainbike, Wandern etc.) für die ganze Schweiz zur Verfügung gestellt sowie die Vollzugsbehörden und Fachorganisationen bei ihren Aufgaben unterstützt werden. Ausserdem wird so der Austausch der Daten zwischen Bund, Kantonen und SchweizMobil erleichtert.

Das Amt verwaltet verschiedene Geodaten zum Langsam-, Strassen- und öffentlichen Verkehr.

---

## 4.3 Öffentlicher Verkehr und Güterverkehr

### 4.3.1 Eisenbahninfrastrukturen

Das MobA leitet die strategische Eisenbahnplanung in Zusammenarbeit mit den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs, die auf dem Freiburger Kantonsgebiet tätig sind (SBB, TPF, BLS), dem Bundesamt für Verkehr (BAV) und den Nachbarkantonen. In diesem Rahmen wurden die Bahnhöfe von Grolley und Cheyres renoviert sowie die neue Bahnhaltestelle Fribourg/Freiburg Poya verwirklicht.

Diese Planung war eine Grundlage für die 2. Etappe der RER Fribourg | Freiburg, die am 14. Dezember 2014 in Betrieb genommen wurde. Ausserdem konnten so die für die kommenden Etappen (namentlich für die RER Süd) benötigten Infrastrukturen bestimmt werden. Diese Arbeiten haben es auch erlaubt, die Angebotskonzepte des Kantons auszuarbeiten, die am 28. November 2014 im Rahmen des Ausbaus schritt 2030 des strategischen Entwicklungsprogramms (STEP AS 2030) dem Bund übermittelt wurden.

### 4.3.2 Konzepte und Fahrpläne

Das MobA hat die Arbeiten für die Planung der künftigen Fahrpläne des öffentlichen Regionalverkehrs fortgeführt. Es schloss die Neugestaltung des Busangebots in der Broye ab, das mit dem Fahrplanwechsel vom 14. Dezember 2014 in Betrieb genommen wurde. Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Fahrplanentwurf 2015 hat das Amt 414 (606) Eingaben analysiert.

Zusammen mit den betroffenen Gemeinden und öffentlichen Transportunternehmen hat das Amt in Arbeitsgruppen die Studien zum Busangebot für den Seebezirk, für Gibloux und für den westlichen Saanebezirk mit Blick auf den Fahrplan 2016 fortgeführt. Mit einer vergleichbaren Arbeitsorganisation hat es eine Studie für die drei Bezirke im südlichen Teil des Kantons lanciert.

### 4.3.3 Subventionen und Controlling

Für den Betrieb im regionalen Personenverkehr (SBB, TPF, PostAuto, MOB, VMCV, STB, LNM) wurden 10 (10) Vereinbarungen abgeschlossen und Kantonssubventionen von 39 013 946 (37 882 441) Franken ausbezahlt.

Das MobA überwies in Form von Kantonsbeiträgen 13 310 000 (13 088 000) Franken zur Deckung des budgetierten Defizits für die von den Regionalverbänden (Agglomeration Freiburg und Mobul) bestellten Linien.

Es wurden 4 Vereinbarungen abgeschlossen. Der Kanton beteiligte sich mit 6 817 358 (7 146 697) Franken an der Finanzierung der Investitionsbeiträge für Privatbahnen (TPF, BLS, MOB, STB).

Ausserdem überwies der Kanton den SBB 14 598 521 (7 261 055) Franken zur Deckung des Kantonsanteils am Investitionsbedarf für die Infrastrukturen der RER Fribourg | Freiburg.

Gemäss den Beschlüssen der RUBD hat das MobA 2014 für die Aufhebung oder Sicherung von gefährlichen Bahnübergängen Kantonssubventionen von 390 000 (156 000) Franken ausbezahlt.

### 4.3.4 Technische Verbesserungen an den Bahnanlagen

Gemäss dem eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren bat das BAV das MobA um Stellungnahme zu 4 (7) Projekten der SBB, zu 8 (7) Projekten der TPF und zu 3 (0) Projekten der MOB.

### 4.3.5 Güterverkehr

Angesichts der Entwicklung der Gemeinde Sévaz im Bereich von Industrie und Handel prüft das Amt zusammen mit den SBB die Erschliessung für den Warentransport.

### 4.3.6 Konzessionen und Bewilligungen zur Personenbeförderung

2014 begutachtete das Amt 1 (0) Gesuch um Verlängerung, 2 (0) Gesuche um Änderung der Konzession sowie 6 (2) Bewilligungsgesuche für grenzüberschreitende Linien. Ausserdem wurden 8 (13) kantonale Bewilligungen für die Personenbeförderung ausgestellt.

---

#### 4.3.7 Seilbahnen und Skilifte

2014 wurden 8 (3) Bewilligungen für den Betrieb von Seilbahnen und Skilifte ohne Bundeskonzession und 3 (3) Bewilligungen für den Betrieb eines Mini-Skilifts erteilt.

#### 4.3.8 Luftfahrt

2014 hat das Amt 23 (15) Meldungen über Anlagen, die die Luftfahrt behindern, 1 Plangenehmigungsgesuch und 1 Gesuch für eine Änderung des Betriebsreglements begutachtet.

### 4.4 Mobilität und Raum

#### 4.4.1 Kantonale, regionale und kommunale Planung

Die öffentliche Vernehmlassung des Sachplans Velo endete am 21. Februar 2014. In diesem Rahmen wurden rund hundert Bemerkungen und Vorschläge eingereicht. Der Vernehmlassungsbericht ist in Ausarbeitung.

Im Zusammenhang mit dem neuen RPBG schloss das MobA nach einer öffentlichen Vernehmlassung das Verfahren für die Anpassung des kantonalen Verkehrsplans (KantVP) und der Themen des kantonalen Richtplans, die den Verkehr zum Gegenstand haben, ab und veröffentlichte im Februar die neue Ausgabe des KantVP.

Es begutachtete folgende Dossiers zur regionalen und kommunalen Planung unter dem Gesichtspunkt der Mobilität:

- > 5 (2) regionale Richtpläne
- > 105 (88) Ortspläne
- > 41 (25) Detailbebauungspläne
- > 3 (1) Parkplatzkonzepte
- > 35 (10) Beschwerden

Das Amt begleitete die Arbeiten der Agglomeration Freiburg und des Gemeindeverbands Mobul (Agglomeration Bulle), insbesondere in den Bereichen Ausbau des städtischen öffentlichen Verkehrs, Agglomerationsprogramme und geplante Entwicklungen.

#### 4.4.2 Pilotprojekte für Mobilitätspläne

Die Studien und Analysen, die seit 2011 im Rahmen des Mobilitätsplan-Pilotprojekts für den Standort der Kantonsverwaltung in Givisiez (Gebäude EVA) unter der Leitung des Amts durchgeführt wurden, werden 2015 in einen begrenzten Mobilitätsplan münden.

Ende 2014 wurde in Zusammenarbeit mit dem Bund ein weiteres Pilotprojekt für den Standort in Grangeneuve lanciert. Dies geschieht im Rahmen der Zusammenlegung der Forschungsanstalt Agroscope Liebefeld-Posieux in Posieux, die ab 2018 wirksam sein wird und auch das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg in Grangeneuve betrifft.

Als Folge eines Auftrags, den mehrere Grossrätinnen und Grossräte im Dezember 2013 einreichten, ist ein weiterer Mobilitätsplan für den erweiterten Perimeter des Burgquartiers der Stadt Freiburg vorgesehen.

#### 4.4.3 Strasseninfrastrukturen

Das MobA hat die Planungsstudien für die fünf Umfahrungsstrassenprojekte, die in der Gesamtstudie für deren Evaluation und Priorisierung in die Kategorie I eingeteilt wurden, in Auftrag gegeben und verfolgt.

Gestützt auf das geltende Recht und die einschlägigen Normen hat das MobA über externe Mandate sechs Studien zu kantonalen Strassenprojekten (Verkehrsstudien, technische Studien, Umweltstudien) von der Planung bis zum Vorprojekt durch- bzw. weitergeführt. Es hat des Weiteren 80 (75) städtebauliche Projekte für kommunale Einrichtungen auf Kantons- und Gemeindestrassen und 9 (23) kantonale Strassenprojekte begutachtet.

Für die Umsetzung von Artikel 54a des Strassengesetzes, der den Bau von Radwegen und -streifen im Rahmen des Baus, der Instandstellung oder der Korrektur einer Kantonsstrasse für obligatorisch erklärt, wurden 15 (8) Strassenprojekte analysiert und 8 (3) Ausbauprojekte erstellt.



#### 4.4.4 Langsamverkehr

Das Amt hat rund 80 (80) km markierte Routen kontrolliert.

Ausserdem hat es der Stiftung SchweizMobil mehr als 50 (100) Berichte für den Unterhalt, den Ersatz oder die Versetzung einer Signalisation für Radrouten übermittelt.

#### 4.4.5 Baubewilligungen

2014 hat das Amt 2797 (2580) Baubewilligungsgesuche und Baugesuche für die Detailerschliessung geprüft. Bei 396 (334) Dossiers handelte es sich um Vorprüfungen. 1301 (2143) Dossiers wurden positiv, 861 positiv mit Bedingungen und 575 (437) negativ begutachtet. Bei 60 Dossiers gab es kein Gutachten.

Darüber hinaus hat das Amt ein Gutachten für 12 (14) Baubewilligungsgesuche für Gasinstallationen ausgestellt.

## 5 Tiefbauamt (TBA)

Amtsvorsteher: André Magnin, Kantonsingenieur.

### 5.1 Tätigkeit

Neben der ordentlichen Tätigkeit, die sich aus dem Grundauftrag des TBA ergibt, war das Amt insbesondere für die folgenden ausserordentlichen Projekte zuständig:

#### 5.1.1 Poyaprojekt

Die Begleitung des Projekts erfolgt in erster Linie über die vierteljährlichen Kosten-Status-Berichte, die von der Projektsteuerung (PS) validiert und zur Kenntnisnahme den Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK), dem Bundesamt für Strassen (ASTRA), dem Finanzinspektorat und dem Präsidenten der parlamentarischen Untersuchungskommission PUK (hat seine Arbeit im Juni 2014 beendet) vorgelegt werden. Für das Poyaprojekt wurde unter der Adresse [www.poya-bruecke.ch](http://www.poya-bruecke.ch) eigens eine Website aufgeschaltet.

##### 5.1.1.1 Prägende Ereignisse im Jahr 2014

- > 28. Januar: Das Kantonsgericht weist die Beschwerden gegen die Schliessung der Zähringerbrücke ab.
- > 26. Februar: Die Frist zur Einreichung einer Beschwerde an das Bundesgericht gegen die Begleitmassnahmen verstreicht unbenützt.
- > 11. Juni: Der Staatsrat publiziert eine Medienmitteilung infolge der Medienkonferenz der parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK Poya).
- > 24. Juni: Der Grosse Rat berät den Schlussbericht der PUK Poya.
- > 10. Oktober: Die Poyabrücke wird offiziell im



---

Beisein von Bundesrätin Doris Leuthard eingeweiht.

- > 11. Oktober: Die Bevölkerung kann die Poyabrücke sowie die unterirdischen Bauwerke anlässlich des Tages der offenen Baustelle aus nächster Nähe entdecken.
- > 12. Oktober: Die Poyabrücke wird dem Verkehr übergeben und die Zähringerbrücke wird geschlossen.

## 5.1.2 Arbeiten unter der Führung des Bundesamts für Strassen (ASTRA) mit Beteiligung des Kantons (TBA)

### 5.1.2.1 Multifunktionaler Rastplatz La Joux-des-Ponts bei Vaulruz (N12)

Der Staat Freiburg und das ASTRA unterzeichneten im November 2013 eine Vereinbarung für die Verwirklichung des multifunktionalen Rastplatzes La Joux-des-Ponts bei Sâles, auf der Autobahn N12. Dieser neue Rastplatz wird an den bestehenden Rastplatz auf der Alpen-Seite angebaut. Der multifunktionale Rastplatz wird von März bis Oktober für die Fahrenden reserviert sein. Von November bis Februar wird er von den Lastwagenführern benutzt werden können. Das ASTRA legte das Projekt im Herbst 2014 öffentlich auf. Die Bauarbeiten sollen 2016 beginnen, sodass der multifunktionale Rastplatz Ende 2016 in Betrieb genommen werden kann.

### 5.1.2.2 Überdeckung des Autobahnabschnitts von Chamblieux in Givisiez (N12)

Das ASTRA hat als Vertreter des Eigentümers der Anlage (der Bund ist seit 2008 Eigentümer der Nationalstrassen) die Pflicht, gemäss Grundsätzen der Lärmschutz-Verordnung des Bundes (LSV) die Anwohnerinnen und Anwohner vor den Lärmemissionen der Nationalstrassen zu schützen.

Im Herbst 2009 unterbreitete das Autobahnamt (ABA) dem ASTRA das Bauprojekt für die Überdeckung des betroffenen Autobahnabschnitts, da die Lärmimmissionen damit stärker gesenkt werden können als mit Lärmschutzwänden, und veranschlagte die Arbeiten mit 49,5 Millionen Franken inkl. MWST.

Am 28. Januar 2010 übernahm das ASTRA die Projektleitung vom ABA infolge der Übertragung der Nationalstrassen ins Eigentum des Bundes.

In seinem Schreiben vom 14. August 2012 informierte das ASTRA den Kanton, dass der Kostenvoranschlag für das Projekt (ohne Möglichkeit von Wohnungen auf der Überdeckung) überarbeitet wurde und neu 61,95 Millionen Franken inkl. MWST beträgt. Weiter verlangte das Bundesamt, dass sich Dritte mit 42,37 Millionen Franken beteiligen, weil mit dem Bau von Lärmschutzwänden eine wirtschaftlich günstigere Möglichkeit für die Lärmsanierung vorhanden sei.

Am 28. August 2012 wandte sich der Staatsrat an die drei betroffenen Gemeinden, um deren Standpunkt zu kennen. Am 8. Oktober 2013 gaben die drei Gemeinden bekannt, dass sie 9 der 42,37 Millionen Franken zulasten Dritter übernehmen könnten.

Am 9. Dezember 2013 schlug der Staatsrat dem ASTRA eine Kostenübernahme von 6,2 Millionen Franken durch den Staat und von 9 Millionen Franken durch die Gemeinden vor (15,2 von den 42,37 Mio. Franken zulasten Dritter), sofern der Grosse Rat und die betroffenen kommunalen Legislativen zustimmen.

Am 12. Februar 2014 gab das ASTRA dem Staatsrat in seiner Antwort Folgendes bekannt: Unter diesen Bedingungen (27,17 Mio. Franken bleiben gemäss Vorschlag des Staatsrats ungedeckt) und aus Gründen der Gleichbehandlung aller Gesuche aus der ganzen Schweiz, verzichtet das ASTRA auf die Verwirklichung einer Überdeckung. Stattdessen würden die Studien für die Lärmschutzwände fortgeführt, um sie zum Schutz der Anrainer so schnell wie möglich (zulasten des Bundes) zu verwirklichen.

Am 12. September 2014 wurde ein parlamentarischer Auftrag (2014-GC-145) eingereicht, der vom Staat einen grösseren Einsatz in dieser Sache verlangt. Der Staatsrat wird Anfang 2015 seine Antwort auf den Auftrag verfassen.

### 5.1.2.3 Verbindungsstrasse Birch–Luggiwil in Düdingen (N12)

Der Autobahnanschluss Düdingen, der in den 1970er-Jahren für die N12 gebaut wurde, wurde bis heute nicht fertiggestellt. Mit der Einführung der NFA und der Übernahme der Nationalstrassen durch den Bund übernahm das ASTRA das Projekt für eine neue Strassenverbindung zwischen dem Autobahnanschluss und der Strasse Düdingen–Murten bei Luggiwil, das 2005 vom ABA in die Wege geleitet wurde.



---

Mit dem Bau dieser Strassenverbindung kann zum einen beim Autobahnanschluss Düdingen die Verkehrssicherheit verbessert und das Problem des Rückstaus auf der Autobahn entschärft werden. Zum anderen ist sie eine Voraussetzung für die Verwirklichung der Umfahrungsstrasse von Düdingen. Sie wird auch den einzigen Zugang zum strategischen Sektor Birch (Arbeitszone von kantonaler Bedeutung) bilden. Die Gemeinde Düdingen ist ebenfalls an gewissen Ausbauarbeiten und neuen Zugängen interessiert. Im April 2013 verpflichteten sich der Staatsrat und die Gemeinde Düdingen, sich finanziell an dieser Verbindungsstrasse zu beteiligen. Die Kosten für die Strasse wurden mit 31 Millionen Franken veranschlagt. Davon werden der Kanton und die Gemeinde Düdingen 3,6 bzw. 4,14 Millionen Franken übernehmen.

Das Projekt wurde im März 2014 öffentlich aufgelegt. Das ASTRA empfahl jedoch dem UVEK infolge der 18 Einsprachen, in denen namentlich der Standort des neuen Kreisels kritisiert wurde, das Genehmigungsverfahren abzubrechen. Das ASTRA muss die Tiefbauingenieurleistungen für die Änderung des Projekts mit Blick auf die neue öffentliche Auflage neu ausschreiben.

Der Staatsrat beantwortete am 10. Dezember 2014 die parlamentarische Anfrage 2014-CE-228 zu diesem Strassenprojekt.

#### 5.1.2.4 Übrige wichtige Ereignisse

Auch dieses Jahr wurden auf mehreren Kantonsstrassenabschnitten lärmarme Strassenbeläge eingebaut, um die vom Strassenverkehr erzeugten Lärmimmissionen eleganter als mit dem Bau von Lärmschutzwänden zu senken.

#### 5.1.3 Kommissionen und Arbeitsgruppen

Das TBA wirkte in folgenden Kommissionen und Arbeitsgruppen mit:

- > Schweizerischer Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS), technische Kommission und Nationalkomitee
- > Konferenz der Kantonsingenieure (KIK)
- > Konferenz der Westschweizer und Tessiner Kantonsingenieure (CISOTI)
- > Kommission Organisation für den Katastrophenfall im Kanton Freiburg (ORKAF)
- > Kommission Kantonaler Führungsstab der Gesamtverteidigung (KFS)
- > Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen
- > Kommission Schweizer Sicherheitsfunknetz (Polycom)
- > Arbeitsgruppe Strassenlärmsanierung (GTABR)
- > Groupe romand de l'assainissement du bruit routier (GRAB)
- > Arbeitsgruppe für die Unterstützung und Koordination der Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung
- > Büro und Arbeitsgruppe für die Aufwertung des Strassenraums (VALTRALOC)
- > Arbeitsgruppe Strassenverkehrssicherheit
- > ASTRA, Projekt MISTRA, Strategischer Ausschuss
- > Arbeitsgruppe für die Migration der Zeiterfassungssoftware
- > verschiedene Arbeitsgruppen auf nationaler Ebene im Bereich der lärmarmen Strassenbeläge (Forschung und Einbau) im Hinblick auf eine elegante Strassenlärmsanierung

#### 5.1.4 Einige Zahlen (Stand: 31. Dezember 2014)

Länge des Kantonsstrassennetzes: 636,2 km (nach Anpassung infolge der Eröffnung der Poyabrücke).

Radverkehrsanlagen (ohne Zweiradinfrastrukturen entlang der Kantonsstrassen in der Stadt Freiburg):

- > Radwege (in beide Richtungen): 1,15 (1,15) km
- > Radstreifen (kumulierte Länge, in beide Richtungen): 58,54 (56,20) km
- > gemeinsame Rad- und Fusswege (kumulierte Länge, in beide Richtungen): 3,23 (1,73) km

---

## 5.2 Sektion Finanzverwaltung

### 5.2.1 Tätigkeit

Die Sektion Finanzverwaltung ist zuständig für die Buchhaltung des TBA und die Ausbildung von kaufmännischen Lernenden.

### 5.2.2 Statistik über die Verwendung der Kredite

Die Verwendung der Strassenkredite erfolgte auf der Grundlage verschiedener Dekrete des Grossen Rats. Die Bruttogesamtausgaben betragen 46 332 926 (51 089 448) Franken. Die am 31. Dezember 2014 verfügbaren Verpflichtungskredite betragen einschliesslich Beiträge des Bundes und Dritter 131 675 009 (139 121 881) Franken.

### 5.2.3 Statistik über die erteilten Bewilligungen

- > 124 (212) Gesuche zur Benützung der öffentlichen Strassen und Gewässer wurden geprüft und bewilligt.
- > Es wurden 12 (18) Vereinbarungen zwischen dem TBA und verschiedenen Gemeinden, gemeinnützigen Verbänden und Privaten ausgearbeitet und unterzeichnet.

### 5.2.4 Kaufmännische Lehre

Im August 2011 begann beim TBA die erste KV-Lernende ihre Ausbildung, die sie im Juni 2014 mit dem Erwerb des Fähigkeitsausweises erfolgreich abschliessen konnte. Im August des Berichtjahres wurde ein neuer KV-Lernender eingestellt, dessen Ausbildung bis 2017 dauern wird.

## 5.3 Sektion Verwaltung

### 5.3.1 Personal

#### 5.3.1.1 Änderungen beim Personal

2014 haben 11 (12) Angestellte das TBA verlassen. Im selben Zeitraum sind 18 (15) Angestellte zum TBA gestossen und 3 (5) Angestellte haben intern die Stelle gewechselt.

### 5.3.2 GIS und Informatik

#### 5.3.2.1 Informatik

Der Sektor hat vor allem folgende Aufgaben wahrgenommen:

- > Nachführung der Liste mit den Anwendungen, die nicht zur Standardinstallation gehören (ArcGIS, Microstation, AutoCAD, MS-Visio, Acrobat Pro)
- > Eingliederung der Netzwerklauferwerke der Sektion Gewässer und des Sektors Nationalstrassen für Bilder in das entsprechende Laufwerk des TBA
- > Test der Webapplikationen mit Blick auf die Migration zu Internet Explorer 11 im Februar 2015
- > gestaffelte Einführung von iExtranet (Oodrive): Lösung des ITA für das Teilen von Dateien

#### 5.3.2.2 GIS-Projekte

Es ging hauptsächlich darum, die bestehenden Anwendungen zu konsolidieren, zu aktualisieren und zu dokumentieren.

**MISTRA:** Das Management-Informationssystem Strasse und Strassenverkehr ist ein strategisches Entwicklungskonzept des ASTRA, das den Kantonen zur Verfügung gestellt wird. Es besteht aus mehreren Modulen:

- > BS (Basissystem): Die STRADA-Migration ist abgeschlossen; das BS ist seit August 2014 in Betrieb.
- > TRA (Trassee): Die STRADA-Migration ist abgeschlossen; die Fachapplikation ist seit Ende Dezember 2014 in Betrieb.
- > VU (Erfassung der Verkehrsunfälle): Diese Fachapplikation ist bei der Polizei in Betrieb. Es wurde ein Verfahren für den Export der «kleinen Unfälle» eingerichtet.
- > VUGIS (Auswertung der Verkehrsunfälle): Diese Fachapplikation ist beim MobA in Betrieb. Die Unfälle können vollständig exportiert werden.
- > LV (Langsamverkehr): Kick-off für das MobA im September 2014.

---

Alle Daten wurden erfasst. Im November 2014 besuchten die Strassenkontrolleure einen Kurs über die Abfrage des BS. Support, Betrieb (Aktualisierung) und Finanzierung der Usergroups stehen noch aus. Daneben ist die Teilnahme an 4 Sitzungen des externen Westschweizer Ausschusses und an 2 Usergroups (VUGIS, BS/TRA) zu vermelden, die vom ASTRA organisiert wurden.

**SI-BienFonds:** Dieses Informationssystem gibt Auskunft über alle Grundstücke im Eigentum des Staats (vom TBA vertreten) und erlaubt eine einheitliche Verwaltung. Für den Saanebezirk ist die Erfassung abgeschlossen. Daten (ArcSDE) und Formulare wurden konsolidiert. Die Harmonisierung der Titulaturen in den Grundbüchern wurde neu lanciert; zusammen mit dem Sektor Grundstückerwerb wurde eine neue Analyse in Angriff genommen.

**SI-Signalisation:** Im Kataster der vertikalen Signalisation wurden bis heute rund 13 000 Signale erfasst. Es gab erste Überlegungen für eine halbautomatische Erfassung der Signale per Video oder Bild; nun wird ein Prototyp erwartet, das sich auf die Daten der fünfjährlichen Zustandserhebung der Kantonsstrassen stützt.

### 5.3.3 Archive und Digitalisierung

Die Digitalisierung der Archive des TBA begann 2010. Mittelfristig sollen alle Archive in elektronischer Form vorliegen. Am 31. Dezember 2014 hatte das TBA 25 160 (16 660) Dokumente im System, wovon 8500 (4230) im Jahr 2014 eingescannt worden waren. Es handelt sich hauptsächlich um die folgenden Dokumente:

- > die Dossiers zur H189 und zum Poyaprojekt, die vorrangig archiviert und digitalisiert wurden
- > die Dossiers des Sektors Signalisation
- > die Beschlüsse und Verfügungen des Staatsrats, die das TBA betreffen
- > die Verträge und Nachträge
- > die Dienstbarkeitsverträge

Parallel zur Archivierung wurden folgende Dokumente digitalisiert:

- > 4103 (4083) Briefe vom und an das Amt
- > diverse Dossiers und Pläne (auf Anfrage)

### 5.3.4 Sektor Grundstückerwerb

Für 19 (19) Ausbau- und Unterhaltsbaustellen wurden Verhandlungen mit den Grundeigentümern geführt. Den von den Arbeiten betroffenen Grundeigentümern wurden 1 005 313 (1 234 688) Franken ausbezahlt.

Es wurden 15 (14) Strassenverbale für kantonale und städtebauliche Bauarbeiten unterzeichnet.

Das Amt hat 7 (8) Verhandlungen für den Erwerb und/oder den Verkauf von Gebäuden und Grundstücken geführt. Es hat 6 (10) Dienstbarkeitsverträge zugunsten des Staats (Durchgang von Kanalisationen, Bau von Lärmschutzwänden, Wegrecht usw.) mit Dritten ausgehandelt.

Die Verwaltung der Privatgrundstücke des TBA brachte Mieteinnahmen von insgesamt 150 773.05 (151 431.55) Franken ein. In Zusammenarbeit mit den Grundbuchämtern und dem Amt für Vermessung und Geomatik wurde im Herbst 2012 eine Datenbank errichtet. Die Integration der Daten wurde 2014 fortgeführt und wird auch 2015 weitergehen.

10 (10) Neuvermessungs- und 16 (24) Güterzusammenlegungsdossiers betreffend die Grundstücke der öffentlichen Strassen oder die privaten Grundstücke des TBA wurden regelmässig verfolgt (Verfahren, Arbeiten, Zahlungen).

4 (4) Dereliktionsdossiers waren Gegenstand von Gesprächen mit Gemeinden und/oder Dritten; die Gespräche sind noch im Gang.

### 5.3.5 Qualitätssystem

2014 waren 4 (3) Arbeitsprozesse Gegenstand von internen Audits. Betroffen waren die Sektionen Gewässer, Strassenprojekte, Verwaltung sowie Finanzverwaltung. Die externe Zertifizierungsstelle SQS hat 9 (8) Kontrollaudits durchgeführt. Die Audits für die Rezertifizierung ISO-9001 waren 2012 an der Reihe und werden im November 2015 wiederholt. 2014 wurden infolge der Audits 46 (22) Verbesserungsvorschläge unterbreitet und es wurden 0 (2)

Punkte, bei denen die Vorgaben nicht erfüllt waren, behandelt bzw. sind in Behandlung. Dies erfolgte nach dem Grundsatz der kontinuierlichen Verbesserung des Qualitätsmanagementsystems.

### 5.3.6 Sicherheit

Der Hygiene- und Sicherheitsausschuss des TBA nimmt verschiedene Aufgaben im Bereich der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz wahr. 2014 lauteten die wichtigsten Tätigkeiten wie folgt:

- > Es wurden 9 EX-Container für die Lagerung von Benzin und Verdünnungsmitteln (1 Container je Werkhof) in Betrieb genommen.
- > 2014 besuchten 12 Angestellte den Erste-Hilfe-Kurs Nr. 4 der Hochschule für Gesundheit. Dieser Kurs wurde an die spezifischen Bedürfnisse des Amtes angepasst.
- > 7 Angestellte besuchten den Kurs über die Akrobatikarbeiten, das Vermeiden von Stürzen und das Rettungskonzept.
- > Das TBA beteiligte sich an der nationalen Kampagne «*Wir arbeiten für Sie. Achten Sie auf unsere Sicherheit.*», mit der die Fahrzeuglenkerinnen und -lenker für die Sicherheit der Strassenwärter auf den Baustellen sensibilisiert wurden. Zwischen April und November 2014 wurden in diesem Rahmen 80 Plakate bei den Strassenbaustellen aufgestellt.

## 5.4 Sektion Strassenprojekte

### 5.4.1 Ausserordentliche Tätigkeit

#### 5.4.1.1 Vergabe von Aufträgen gemäss Reglement über das öffentliche Beschaffungswesen

Der Staatsrat, die RUBD und das TBA (die Vergabestelle ist vom Auftragswert abhängig) haben insgesamt 364 (147) Aufträge vergeben. Des Weiteren wurden 9 (14) Ausschreibungen auf SIMAP veröffentlicht.

#### 5.4.1.2 Aufwertung des Strassenraums von Ortsdurchfahrten (VALTRALOC)

Die VALTRALOC-Projekte tragen durch eine situationsgerechte Anpassung dazu bei, die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner einerseits und die Mobilitäts- und Sicherheitsbedürfnisse in städtischen Gebieten andererseits optimal in Einklang zu bringen. Unter der Leitung des Amtes beraten die VALTRALOC-Untergruppe und das VALTRALOC-Büro als Experten die Gemeindebehörden und Verfasser von VALTRALOC-Projekten. Dieses Jahr wurden dem VALTRALOC-Büro 9 (3) Bewerbungsdossiers unterbreitet:

Achse	Messpunkte	Gemeinde; Projekt
1300	2250-2200	Marsens; Ortsdurchfahrt Vuippens
1310 / 1320	1000-1175	Farvagny; Ortsdurchfahrt Farvagny-le-Grand
3400	5100-5225	Domdidier; Ortsdurchfahrt (Verlängerung der bestehenden Einrichtungen)
Gemeindestrasse		Rueyres-les-Prés; Ortsdurchfahrt
Gemeindestrasse		Misery–Courtion; Ortsdurchfahrt Misery
Gemeindestrasse		Misery–Courtion; Ortsdurchfahrt Cournillens
Gemeindestrasse		Sorens; Ortsdurchfahrt
Gemeindestrasse		Farvagny; Ortsdurchfahrt Farvagny-le-Petit
Gemeindestrasse		Farvagny; Ortsdurchfahrt Posat

#### 5.4.1.3 Bundesverordnung über den Schutz gegen Störfälle (StFV)

Zweck der StFV ist, die Bevölkerung und die Umwelt vor schweren Schädigungen infolge von Störfällen bei der Beförderung gefährlicher Güter zu schützen. Als Besitzer der Kommunikationswege ist das TBA in Absprache mit dem Amt für Umwelt (AfU) als Vollzugsbehörde der StFV für die Anwendung der StFV auf den Hauptachsen des Kantonsstrassennetzes verantwortlich. Die Studien, die im Rahmen der Strassenprojekte verwirklicht werden, geben Auskunft über das Risiko eines Störfalles und die allenfalls notwendigen baulichen Massnahmen zur Verminderung der Auftretenswahrscheinlichkeit und der Folgen. 2014 wurde ein Entwurf zur Änderung der StFV in Vernehmlassung gegeben, was dem Amt die Gelegenheit bot, Stellung zu nehmen.

#### 5.4.1.4 Bewertung der Rückhaltevorrichtungen aus Sicht der Motorradsicherheit

Gewisse Leitschranken auf dem Kantonsstrassennetz können sich für Motorradfahrer im Falle eines Sturzes als tödlich erweisen. Um die Sicherheit für diese Verkehrsteilnehmerkategorie zu verbessern, wurde eine Gesamtstudie gestartet, bei der verschiedene Interessengruppen (IG Motorrad und TCS) mitwirken. Die Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) stellt die Bauherrenunterstützung (BHU) sicher:

- > Die Methodik für die Analyse wurde 2013 definiert und in der Arbeitsgruppe validiert (1. Etappe).
- > Ein Testabschnitt (Crottes de Cheyres) wurde von der BHU analysiert und die empfohlenen Massnahmen wurden 2013 umgesetzt (2. Etappe).
- > Die von den Motorradfahrern als gefährlich eingestuften Leitschranken wurden 2014 von einem externen Büro analysiert; die Arbeiten sind nun im Gang (3. Etappe).
- > Die Analyse wird auf alle Leitschranken des Kantonsstrassennetzes ausgedehnt (4. Etappe, 2015).

#### 5.4.2 Sektor Lärmschutz

Von den 636 km, die das Kantonsstrassennetz zählt, müssen rund 100 km lärmsaniert werden. Bei rund 50 km werden neben dem lärmarmen Strassenbelag Lärmschutzwände als zusätzliche Lärmsanierungsmassnahme nötig sein. In diesem Jahr hat der Sektor Lärmschutz zahlreiche Strassenlärmsanierungsstudien bei externen Büros in Auftrag gegeben und begleitet. Ausserdem begleitete und prüfte er zahlreiche, bereits laufende Studien. Ziel ist, das Kantonsstrassennetz bis 2018 (vom Bund vorgegebene und in den Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kanton festgehaltene Frist) vollständig zu sanieren.

- > Studien auf mehr als 283 km des Kantonsstrassennetzes
- > über 80 Lärmsanierungsprojekte im Zusammenhang mit den im Lärmbelastungskataster definierten Prioritäten
- > 24 Studien für die Einhaltung der LSV bei Strassenausbauprojekten

#### 5.4.3 Sektor Signalisation

##### 5.4.3.1 Strassensignalisation und Reklamen

Der Sektor hat insgesamt 531 (549) Gesuche in folgenden Bereichen geprüft:

- > 79 (60) Beschlüsse über definitive Verkehrsbeschränkungen
- > 18 (17) Beschlüsse über zeitlich befristete Verkehrsbeschränkungen
- > 1 (7) Beschwerde
- > 116 (102) diverse Bewilligungen
- > 202 (230) Prüfungen und Gutachten für technische Dossiers
- > 95 (105) Gesuche für das Aufstellen von Werbeträgern an Strassen
- > 20 (28) Markierungspläne für Baustellen des baulichen Unterhalts (Prüfung und Validierung)

Der Sektor nahm an 12 (10) Koordinationssitzungen mit der Strassenpolizei teil, an denen 59 (48) Gesuche um Anpassung der Höchstgeschwindigkeit geprüft wurden.

#### 5.4.4 Sektor Gemeindestrassen

Der Sektor hat gestützt auf das einschlägige Recht und auf Anfrage der interessierten Gemeinden Vorschläge und Projekte für Gemeindestrassen begutachtet und dann der RUBD vorgelegt. Der Sektor hat 98 (101) Dossiers behandelt:

- > 42 (59) Vorprüfungsdossiers
- > 56 (42) von der RUBD genehmigte Schlussprüfungsdossiers

## 5.4.5 Studien und Projekte auf dem Kantonsstrassennetz

### 5.4.5.1 Gutachten zu Baubewilligungsgesuchen, Bebauungsplänen, GEP, Güterzusammenlegungen

- > Die Sektion Strassenprojekte hat 221 (199) Baubewilligungsgesuche für Arbeiten entlang der Kantonsstrassen sowie Detailbebauungs- und Ortspläne vorgeprüft.
- > Als Eigentümer der Systeme für die Ableitung und Reinigung der Abwässer, die teilweise von den Gemeinden mitbenutzt werden, nimmt das Amt Stellung zu den generellen Entwässerungsplänen (GEP) der Gemeinden; dieses Jahr prüfte es 8 (32) Dossiers.

### 5.4.5.2 Öffentliche Auflage

Vor der öffentlichen Auflage werden die Strassenpläne den betroffenen Dienststellen und Organen zur Vorprüfung und Begutachtung vorgelegt. 10 (6) Dossiers wurden in die Vernehmlassung gegeben:

Achse	Sektor Nr.	Gemeinde
1030	1	Gruyères: Abbruch und Neubau der Brücke über die Trême inklusive Strassenanschlüsse sowie Einrichtung eines Rad-/Fusswegs
1060	1	Vaulruz: Dorfeingang Les Ouches
1210	1	Hauterive: Neubau der Route des Grands-Bois und des Sammelkanals sowie Sanierung der Tuffière-Brücke
1420	4	Saint-Martin: Ausbau des Knotens der Route de Grattavache in Fiaugères einschliesslich Bau von Trottoirs und von zwei Bushaldebuchten
1500	2-4	Attalens: Ausbau der Ortsdurchfahrt gemäss VALTRALOC-Konzept

Achse	Sektor Nr.	Gemeinde
2000	12	Romont: Bau des Kreisels Chavannes
2310	2	Cheiry: Ausbau der Ortsdurchfahrt
3160	1-2	Marly: Bau von Radstreifen und Sanierung der Kantonsstrasse Montivert–Le Claruz
3220	3-5	Bösingen: Ausbau der Kantonsstrasse Riederberg–Bösingen
3410	4-6	Bas-Vully: Projekt für die Aufwertung der Ortsdurchfahrt im Sektor Schule (Nant)

### 5.4.5.3 Genehmigung von Plänen für Strassen und Kunstbauten

Im Rahmen der öffentlichen Auflagen für die weiter oben genannten Projekte wurden 25 (10) Einsprachen eingereicht. 6 (7) Einsprachen konnten in Einigungsverhandlungen erledigt werden; 19 (3) sind in Bearbeitung; der RUDB wurde keine Einsprache zur Entscheidfällung vorgelegt. Vor der Genehmigung und nach Berücksichtigung des Ergebnisses der Vorprüfung sowie der öffentlichen Auflage wurden die Pläne den zuständigen Dienststellen und Organen zur Schlussprüfung vorgelegt. 10 (5) Dossiers wurden in die Vernehmlassung gegeben. Folgende Projekte wurden geprüft und der zuständigen Behörde zum Entscheid vorgelegt:

Kantonale Objekte:

Achse	Sektor Nr.	Gemeinde
1400	9	Mézières: Verbesserung der Strassenverbindung Romont–Vaulruz, Los 10 Romont–Mézières
1500	9-10	Rue–Montet: Sanierung der Kantonsstrasse
2200	5	Grolley: Radstreifen Kreisell Rosière–Chemin de la fusion
2310	2	Cheiry: Ausbau der Ortsdurchfahrt
3410	4-6	Bas-Vully: Projekt für die Aufwertung der Ortsdurchfahrt im Sektor Schule (Nant)

Städtebauliche Objekte:

Achse	Sektor Nr.	Gemeinde
3450	1	Murten: Knoten Grande Ferme
3450	6	Kerzers: Ausbau des Sektors Murtenstrasse gemäss VALTRALOC-Konzept

#### 5.4.5.4 Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen

Aus der nachfolgenden Tabelle ist der Stand der Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen und Kunstbauwerke per Ende 2014 ersichtlich:

Achse	Sekt.	Bezeichnung	Länge in m	Breite in m	Ø in m	Vorprojekt	Ausfüh- rungspro.	%
1000	12	Vaulruz, Kreisel Sâles			22.00		x	100
1000	21-22	La Tour de Trême–Epagny, Einrichtung von Radstreifen	1000	2x1.50			x	30
1030	1	Gruyères, Abbruch und Neubau der Brücke über die Trême und Strassenausbau	600	6.00 + 1x2.50			x	90
1100	5	Broc, Sanierung der Felswand «En Bataille»	500	6.00 + 1x1.50		x		95
1100	7	Crésuz, Bushaltestelle und Trottoir	200	6.00, 1.65			x	80
1100	8	Crésuz/Charmey, Javrozbrücke, Abklärung der Gründe, die zu Rissen in bestimmten Pfeilern führten	169.10	11.60		x		100
1100	19–20	Jaun, Ortsdurchfahrt	1700	6.00, 1.65			x	70



Achse	Sekt.	Bezeichnung	Länge in m	Breite in m	Ø in m	Vorprojekt	Ausfüh- rungspro.	%
1200	1	Freiburg, Abbruch und Wiederaufbau der SBB-Überführung La Fonderie	23.70	15.15		x		100
1200	3	Freiburg, Einrichtung eines Busstreifens und Sanierung der Route de Marly	250	9.75 + 2.25			x	50
1200		Marly, Ausbau der Kantonsstrasse zwischen Pérolles-Brücke und Kreisel Les Rittes	900	9.75 + 2.25			x	50
1200	8-9	La Crausaz–Le Mouret, Einrichtung eines Radwegs	1200	2.50			x	80
1200	10	Ferpicloz–Le Mouret, Einrichtung einer Bushaltestelle	100	9.0			x	80
1200	21	Corbières–Villarvolard, Einrichtung eines Radwegs	1200	2.50			x	30
1210	1–2	Arconciel / Corpataux-Magnedens, Wiederherstellung der Strasse und des Sammelkanals sowie Sanierung der Tuffière-Brücke	1500	Strasse 8.70 Brücke 10.30			x	60
1210	7	St. Sylvester; Neumatt, Bushaltestelle und Trottoir	340	3.00, 1.65		x		50
1300	24	Riaz, Sanierung der Brücke über die Sionge	15.50	11.70		x		50
1310	4	La Brillaz, gemeinsamer Rad- und Fussweg Lentigny–Chénens	600	2.50			x	80
1310	8	Autigny, Neubau der Brücke über die Glane	24.00	10.00			x	100
1400	9	Romont, Bau des Kreisels Belle-Croix			24.00		x	50
1400	9	Romont, Instandsetzung Sammelkanal, Route de la Parqueterie	400	6.00 + 1x1.50			x	30
1400	9–17	Romont–Vaulruz, Projektierung für die Verbesserung der Strassenverbindung	6680	7.0/9.0			x	90
1420	4	Saint-Martin, Ausbau des Knotens der Route de Grattavache in Fiaugères	200	6.0 + 2x3.0			x	30
1500	2-4	Attalens, Ortsdurchfahrt	1700	4.80 + 2X1.20			x	70
1500	9–10	Montet (Glanebezirk), Sanierung der Kantonsstrasse Rue–Montet	1180	6.00			x	90
2000	12	Romont, Knoten von Chavannes			32.00		x	80
2100	9	Avry, Ortsdurchfahrt von Rosé	800	7.00			x	40
2200	1	Givisiez, Tiguelet-Brücke	700	6.00 + 2x1.50			x	10
2200	3	Belfaux, Ortsdurchfahrt Sektor West	400	6.00			x	20
2200	5	Grolley, Radstreifen Rosière–Fusion	220	1.50		x		100
2200	14	Cousset, Einrichtung einer Bushaltestelle	100	6.00		x		90
2310	2	Cheiry, Ortsdurchfahrt	865	6.00			x	95
3000		Umfahrungsstrasse von Düdingen	3700	7.00		x		100
3000	3	Salvenach, Einrichtung einer Bushaltestelle	100	6.00			x	50
3000	5	Cressier/Gurmels, Brücke über die Bibera	12.2	11.30		x		10
3000	6	Gurmels, Kanalisation und Sammelbecken Peitschmatte					x	90
3100	8	Schmitten, Kreisel Oberstockerli	250		32.00		x	50
3100	10	Schmitten, Radstreifen Berg–Ried	750	1.50			x	50
3100	13-14	Düdingen, Radstreifen Chastels	1000	2 x 1.20		x		70
3160	1-2	Marly, Radstreifen und Sanierung der Kantonsstrasse	850	6.00 + 2x1.50			x	90
3170	1	St. Sylvester (Aebnet), Bushaltestellen und Trottoirs	120	3.00, 1.65		x		50
3220	1	Düdingen, Radstreifen Luggiwil–Bundtels	450	1.50		x		90
3220	3-5	Bösingen, Ausbau Kantonsstrasse Riederberg–Bösingen	1225	6.00		x		100
3300		Freiburg, Poyaprojekt (Brücke und Tunnel)	–	–			x	100
3300		Freiburg, St.-Leonhard-Unterführung	800	14	36		x	100
3410	2–3	Haut-Vully, Ortsdurchfahrt Môtier	1400	5.00 bis 6.00			x	100
3410	4-6	Bas-Vully, Durchfahrt von Nant	1400	5.00 bis 6.00			x	100

### 5.4.5.5 Kontrolle und Unterhalt der Kunstbauten des Kantonsstrassennetzes

Anzahl kontrollierter Bauten	
Brücken	64 (86) Inspektionen: 34 Haupt-, 26 Zwischen- und 4 Jahresinspektionen
Wasserleitungen	65 (68) Inspektionen: 51 Haupt- und 14 Zwischeninspektionen
Mauern	45 (78) Inspektionen: 31 Haupt- und 14 Zwischeninspektionen
Spezialbauwerke	23 (38) Inspektionen: 15 Haupt- und 8 Zwischeninspektionen

#### Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten (Reinigungs- und kleineren Reparaturarbeiten durch den Werkhof Tour-Rouge)

69 (42) Bauwerke insgesamt	9 (11) Brücken
	15 (1) Spezialbauwerke
	41 (25) Aquädukte
	4 (5) Mauern

### 5.4.6 Sektor Ausführung

Die Gesamtlänge des Kantonsstrassennetzes beträgt zurzeit 636,2 km (zuzüglich der vom TBA bewirtschafteten 5,568 km der Strasse Montbovon–Allières).

Das Vorankommen der Bauarbeiten in Prozenten per Ende 2013 und per Ende 2014 ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

- Achse** Nummer der Kantonsstrasse (Achse)  
**B** Nominale Fahrbahnbreite in m  
**L** Streckenlänge in m  
**F** Fläche in m<sup>2</sup>  
**SRB** Datum der Vergabe der Arbeiten durch Staatsratsbeschluss  
**INFRA** Infrastrukturen, d. h. Erdarbeiten, Kanalisationen, Fahrbahnfundamente einschliesslich Asphalt-Tragschicht, Strassenschultern, Randabschlüsse und Pflastersteine  
**BELAG** Belag (Deckschicht)

#### 5.4.6.1 Vor dem 1. Januar 2014 begonnene Arbeiten (im Gang)

##### Strassen

Achse	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2013	2014	2013	2014
1000	Dekret vom 6. Oktober 2010 Kreisel Sâles in Vaulruz	∅ 20.50	85.00	900	23.06.13	10	90	5	95
1100	Dekret vom 20. Juni 2013 Ortsdurchfahrt von Jaun, Los 1	6.00	650.00	3900	25.06.13	20	80	5	95
2000	Dekret vom 2. September 2008 SBB-Überführung in Cottens	6.00	85.00	510	07.05.13	90	10	70	30
3000	Dekret vom 2. Oktober 2006 Kreisel in Cressier			2900	18.09.12	30	70	-	100

### Kunstbauten

Achse	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2013	2014	2013	2014
3300	<i>Dekret vom 23. Juni 2006</i> Poyaprojekt, Los G, Definitiver Zugang Palatinatseite		200			20	80	–	100
3300	<i>Dekret vom 23. Juni 2006</i> Poyaprojekt, Los E, Brücke	19.25	852	16400	30.06.09	90	10	–	100
3300	<i>Dekret vom 23. Juni 2006</i> Poyaprojekt, Los D, Tunnel	14.80	272	4025	29.06.10	95	5	90	10
3300	<i>Dekret vom 23. Juni 2006</i> Poyaprojekt, Los C, Tagbautunnel	20.00	700			80	20	50	50

### 5.4.6.2 2014 durchgeführte Arbeiten

#### Strassen

	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2013	2014	2013	2014
1100	<i>Laufende Rechnung 2014</i> Knoten in Cerniat – Textomur		25		28.11.14		100		
1100	<i>Laufende Rechnung 2014</i> Galerie Zur Eich in Jaun		360		20.05.14		100		
1310	<i>Laufende Rechnung 2014</i> Staumauer von Rossens – Wände, 1. und 2. Etappe		600		18.08.14		100		100
1500	Rue – Montet	6.0	1200	7200	14.10.14		20		
2100	<i>Dekret vom 9. September 2011</i> Villars-sur-Glâne, lärmarmen Strassenbelag	11.50	217	2500	17.06.14		100		100
2200	<i>Laufende Rechnung 2014</i> Grolley Radstreifen	1.5	250	375	1.05.14		100		100
3100	<i>Dekret vom 2. November 2006</i> Schmitten provisorischer Kreisel Oberstockerli	R=7.00		1500	19.08.14		100		100
3100	<i>Laufende Rechnung 2014</i> Plasselb Sanierung Felswände und Trottoir		40	80	27.10.14		100		100
3200	<i>Laufende Rechnung 2014</i> Felswand Sodbach in Heitenried		150		23.04.14		100		100
3410	<i>Dekret vom 6. Oktober 2010</i> Ortsdurchfahrt von Môtier	5	1200	6000	19.08.14		10		5

### Kunstbauten

Achse	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2013	2014	2013	2014
1310	<i>Dekret vom 3. März 2006</i> Autigny – Brücke über die Glane	6.00	18	108	28.06.13		100		100

## 5.5 Sektion Strassenunterhalt

### 5.5.1 Sektor Unterhalt der Kantonsstrassen (3 Kreise und 1 kantonales Zentrum)

Die Kosten für den Unterhalt der rund 640 km Kantonsstrassen (inkl. Route d'Allières) beliefen sich im Jahr 2014 auf 25,4 (25,5) Millionen Franken. Sie lassen sich wie folgt aufgliedern:



	Fr. (in Mio.)	%
Unterhalt durch die Strassenwärter (121 000 Std. bei 99 VZÄ), Signalisation und Beleuchtung, Fahrzeuge und allgemeine Auslagen	10.9	43
Baulicher Unterhalt im Allgemeinen (an private Unternehmen vergeben)	9.7	38
Winterdienst inkl. Einsatz der Strassenwärter (34 000 Std.) und Salzverbrauch (3200 t)	4.8	19
<b>Total</b>	<b>25.4</b>	<b>100</b>

Die 9,7 (9,3) Millionen Franken, die für diesen Posten aufgewendet wurden, umfassen einzig die von externen Unternehmen ausgeführten Arbeiten und lassen sich wie folgt aufschlüsseln:

	Fr. (in Mio.)	%
Unterhalt von Kunstbauwerken (unter der Verantwortung der Sektion StrP, Sektor Überwachung und Planung von Bauwerken)	1.2	12
Unterhalt Route d'Allières	0.1	1
Baulicher Unterhalt, Komplettsanierung von Fahrbahnen durch den Sektor Kantonsstrassen, Beteiligung und örtlich begrenzte Sanierungen	8.4	87
<b>Total</b>	<b>9.7</b>	<b>100</b>

Auf einer Länge von 28,0 (21,1) km wurde die Fahrbahn von Kantonsstrassen runderneuert (32 Baustellen mit einer Gesamtfläche von 176 000 m<sup>2</sup>). Somit beträgt die Erneuerungsrate 4,4 (3,3) % (28 km / 640 km).

Im Rahmen dieser Sanierungsarbeiten wurden auf 10,5 (1,6) km ein lärmarmere Strassenbelag eingebaut (16 Baustellen mit einer Gesamtfläche von 69 400 m<sup>2</sup>); die Mehrkosten betragen 3,6 Millionen Franken, die über einen Verpflichtungskredit für den Lärmschutz (Investitionsrechnung LSV) finanziert und vom Bund subventioniert wurden.

### 5.5.2 Unterhalt der Nationalstrassen (3 Werkhöfe)

Die Einnahmen für den Unterhalt der Nationalstrassen betragen 14,9 (14,2) Millionen Franken, während sich die entsprechenden Ausgaben auf 13,9 (13,3) Millionen Franken beliefen.

	Fr. (in Mio.)	%	Arbeit in Stunden	%
Basisauftrag ASTRA für den Unterhalt der Nationalstrassen A12 und A1	8.3	56	49 934	75
Andere Leistungen für das ASTRA auf den Nationalstrassen A12 und A1 (UPlaNS, Einzelmassnahmen, diverse Reparaturarbeiten usw.)	4.6	31	11 200	17
Dienstleistungen infolge von Unfällen	0.8	5	2 049	3
Dienstleistungen auf den Kantonsstrassen (H189, T10, Autostrasse in Givisiez)	0.6	4	2 423	3
Arbeiten für Dritte und Unterhalt der Autobahn-Raststätte-Plätze	0.3	2	1 187	2
Verkauf von Treibstoff an die Gendarmerie, andere Einnahmen	0.3	2	–	–
<b>Total</b>	<b>14.9</b>	<b>100</b>	<b>66 793</b>	<b>100</b>

Personalbestand Strassenunterhalt (Strassenwärter/Fahrer und Elektriker)	35 (36) VZÄ
Zeitaufwand für den Winterdienst	8 008 (14 046) Std.
<b>Für den Winterdienst eingesetzte Salzmenge</b>	<b>1 988 (3680) t</b>

## 5.6 Sektion Gewässer

### 5.6.1 Studien und Projektplanung

#### 5.6.1.1 Gewährleistung der Niederwassermengen und Datenerhebung

Die Sektion setzte den Betrieb eines hydrologischen Messnetzes fort und führte monatliche Wasserstandsmessungen durch, um die natürlichen Restwassermengen der Wasserläufe bei Niederwasser zu ermitteln. 2012 wurde ein Konzept zur Erneuerung des Beobachtungsnetzes für Hoch- und Niedrigwassermessungen erstellt. Zwischen 2012 und 2014 wurden vier neue hydrometrische Stationen in Betrieb genommen. Somit besteht das Netz gegenwärtig aus sieben Stationen. Mit diesen wird der Wasserstand bei folgenden Fliessgewässern gemessen: Kleine Glane, Glane, Trême, Vivisbach, Ärgera und Bibera (in Gurmels und in Kerzers). Diese Messstellen ergänzen die des Bundes für die Saane, die Broye, den Broyekanal, die Sense, die Sionge, den Parimbot, den Murtensee und den Neuenburgersee. Im Moment ist eine Internet-Plattform in Ausarbeitung. Diese wird öffentlich zugänglich sein und in Echtzeit über die Abflüsse und Wasserstände informieren sowie Voraussagen für die nächsten Stunden (oder Tage) bereitstellen.

#### 5.6.1.2 Bewertung der Gefahren – Kartografierung

2011 wurden drei Ingenieurbüros beauftragt, die detaillierten Gewässergefahrenkarten für die Region des Freiburger Mittellands zu erstellen. Die Sektion Gewässer hat die Daten kontrolliert und Ende 2014 alle Gefahrenkarten validiert. Am 3. Dezember 2014 bestätigte die Naturgefahrenkommission, dass das Projekt mit grosser Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen Regeln und Gepflogenheiten durchgeführt wurde. Sie schlug vor, dass diese Karten als Grundlage für die Raumplanung sowie für die Planung und Verwirklichung von Hochwasserschutzmassnahmen verwendet werden. Diese Gefahrenkarten ergänzen die Karten, die 2005 für das Voralpengebiet des Kantons erstellt wurden. Somit stehen nun die Grundlagen zu den Hochwassergefahren für das gesamte Kantonsgebiet zur Verfügung.

#### 5.6.1.3 Gewässerraum

Bis 2013 war der Gewässerraum der Fliessgewässer in 73 Freiburger Gemeinden ermittelt worden. Für 61 dieser Gemeinden hat die Sektion Gewässer die Definition des Gewässerraums validiert. 12 Gemeinden haben die Gewässerräume bereits in ihren OP übertragen. 2014 wurden die Gewässerräume für die verbleibenden Gemeinden mit der Planung der Gewässerrevitalisierung skizziert. Diese provisorische Definition der Gewässerräume erlaubt es, die Vorgaben im Zusammenhang mit der Revitalisierung der Fliessgewässer und die Einschränkungen für die Bewirtschaftung der Flächen im Gewässerraum abzuschätzen. Die Arbeiten für die Bestimmung des Gewässerraums wurden 2012 ausdrücklich ausgesetzt; denn zuerst muss der Bund nach den politischen Debatten klare Anweisungen zur Umsetzung und Definition des Gewässerraums geben – namentlich bei Landwirtschaftsland. Die Abgrenzung des Gewässerraums war nämlich Gegenstand von mehreren parlamentarischen Vorstössen.

#### 5.6.1.4 Ökomorphologische Erhebungen

Mit den ökomorphologischen Erhebungen wird der Zustand eines Fliessgewässers bestimmt. Diese Erhebungen wurden 2014 von der Sektion Gewässer validiert. Von den rund 3250 km, die das kantonale Gewässernetz umfasst, sind mit den Erhebungen 2289 km abgedeckt. Das Ergebnis der Erhebungen lautet wie folgt:

- > 873 km (38 %) sind natürlich/naturnah.
- > 614 km (27 %) sind wenig beeinträchtigt.
- > 238 km (10 %) sind stark beeinträchtigt.
- > 49 km (2 %) sind künstlich bzw. naturfremd.
- > 515 km (23 %) sind eingedolt.

### 5.6.1.5 Revitalisierung der Fliessgewässer

Am 11. Oktober 2009 haben die eidgenössischen Räte mehrere Bestimmungen im Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG) und in dessen Ausführungsverordnung (GSchV) geändert. Diese 2011 in Kraft getretenen Änderungen verlangen von den Kantonen, dass diese bis Ende 2014 die Planung der Revitalisierungen definieren. Die RUBD und die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) genehmigten diese von der Sektion Gewässer vorgeschlagenen Planungen und übermittelten sie am 23. Dezember 2014 dem Bundesamt für Umwelt.

Mit dieser Planung werden die vorrangigen Fliessgewässer bestimmt. Auf diese Weise wird eine maximale Wirksamkeit (Nutzen-Kosten-Verhältnis) sichergestellt. Dabei wurden die ökologischen Aspekte und verschiedenen (strukturellen und landwirtschaftlichen) Einschränkungen berücksichtigt. Für die vorrangigen Abschnitte wurde dann ein Aktionsplan für 20 Jahre definiert. Dieser sieht die Revitalisierung von rund 60 km vor, was rund 7 % der stark betroffenen Fliessgewässer entspricht. Das Ergebnis dieser Planung wird in den Sachplan «Ausbau und Unterhalt der Fliessgewässer» integriert und dann im kantonalen Richtplan übernommen.

### 5.6.1.6 Umsetzung des kantonalen Gewässergesetzes – Gesamtheitliche Gewässerbewirtschaftung je Einzugsgebiet

Die gesamtheitliche Gewässerbewirtschaftung je Einzugsgebiet wird von der Sektion Gewässer und dem Amt für Umwelt geleitet (siehe Kapitel des AfU).

### 5.6.2 Ausbau und Unterhalt der Fliessgewässer

Die Sektion Gewässer hat die generellen Projekte ausgearbeitet und die Aufsicht über die Projekte von Gewässerverbauungen wahrgenommen. Daneben hat sie Gemeinden und Wasserbauunternehmen bei Unterhalts- und Ausbauarbeiten beraten. Sie behandelte die Kantonsbeitragsgesuche. Und schliesslich wirkte sie auch als Bindeglied zwischen der Bauherrschaft und dem Bund für die Gewährung von Bundesbeiträgen.

#### 5.6.2.1 Subventionen für den Wasserbau



2012 wurden die neuen Programmvereinbarungen für die Periode 2012–2015 unterzeichnet. In der Programmvereinbarung «Schutzbauten Wasser» sind für diese vier Jahre Bundesbeiträge von jährlich 1 935 000 Franken vorgesehen. 2014 beliefen sich die Kosten für die Hochwasserschutzmassnahmen auf 1 913 600.45 Franken. Die Beiträge des Bundes und des Kantons beliefen sich auf 663 283.35 bzw. 606 563.45 Franken.

Mit der Programmvereinbarung «Gewässerrevitalisierung» verpflichtet sich der Bund, in der Periode 2012–2015 jährlich einen pauschalen Beitrag von 631 500 Franken für die

Revitalisierungsarbeiten zu leisten. Für die Revitalisierung mussten 2014 lediglich 40 842.45 Franken aufgewendet werden. Die Beiträge des Bundes und des Kantons für die Revitalisierung beliefen sich auf 14 294.85 bzw. 18 379.10 Franken.

Hinzu kommen die eidgenössischen und kantonalen Beiträge, die ausserhalb der Programmvereinbarungen (für Projekte, die Gegenstand von projektspezifischen Subventionsverfügungen des Bundes sind) ausbezahlt wurden. Die eidgenössischen und kantonalen Beiträge betragen 239 570.20 bzw. 965 009.75 Franken für ein Arbeitsgesamtvolumen von 2 424 542.85 Franken.

#### 5.6.2.2 Subventionen für Erhaltungsarbeiten

2014 subventionierte der Kanton die Unterhaltsarbeiten mit 129 935.10 (100 657.60) Franken.



---

### 5.6.3 Gewässernutzung und -bewirtschaftung

#### 5.6.3.1 Gutachten und Wasserbaupolizei

Die Sektion Gewässer hat 599 (613) Baudossiers analysiert und kontrolliert. Für 95 % dieser Dossiers stellte die Sektion ihr Gutachten innerhalb von 30 Tagen aus. Parallel dazu analysierte sie 94 (131) Planungsdossiers (OP, DBP, ZNP usw.). Diese begutachtete sie in 73 % der Fälle innerhalb von 30 Tagen. Und schliesslich prüfte die Sektion 6 generelle Entwässerungspläne (GEP). Die Gebühren für die Gutachten brachten 115 100 Franken ein.

#### 5.6.3.2 Verwaltung der Schiffbarkeit und der Anlegeplätze

2014 wurde ein Inventar der illegalen Anlagen und Anlegeplätze entlang der Seeufer erstellt. Grundlage für dieses Inventar waren systematische Beobachtungen an den Ufern des Neuenburger-, Greyerzer- und Murteseesees. Die Eigentümerinnen und Eigentümer von illegal erstellten Bootsanlagen und -einrichtungen werden jeweils schriftlich aufgefordert, die Situation in einen rechtmässigen Zustand zu überführen. Ausserdem wurden 22 (30) Bewilligungen für bestehende individuelle Anlegeplätze an neue Begünstigte erteilt. 18 (16) Bewilligungen wurden direkt unter Nutzniessern ausgetauscht. Die Anlegegebühren brachten insgesamt 819 441.50 Franken ein.

#### 5.6.3.3 Bewilligungen und Konzessionen für die Benützung der öffentlichen Gewässer

Die Sektion Gewässer hat Bewilligungen und Genehmigungen für die Benützung öffentlicher Gewässer (Wasserkraft, Wasserpumpenanlagen, Ableitungen, Querungen von Fliessgewässern, Flächenbenützungen, Materialentnahmen usw.) ausgestellt. Insgesamt wurden 76 (95) neue Bewilligungen zur Benützung der öffentlichen Sachen erteilt. Die Gebühren für entsprechende Bewilligungen und Konzessionen betragen insgesamt 323 232 Franken.

#### 5.6.3.4 Konzessionen für die Nutzung der Wasserkraft

2014 wurden 7 (3) Vorprüfungsgesuche für neue Konzessionen geprüft. 2 dieser Gesuche wurden negativ und 1 wurde positiv begutachtet. Die 4 restlichen Gesuche müssen noch begutachtet werden. Die Abgaben für die Wasserkraftnutzung beliefen sich 2014 auf 1 118 528 Franken. Dazu kommen die Abgaben für die Wasserkraftnutzung, die Groupe E direkt der Finanzverwaltung schuldet und die sich im Jahr 2014 auf 6 931 385 Franken beliefen.

#### 5.6.3.5 Sanierung der Wasserentnahmen

Die grossen Anlagen an der Saane und dem Jaunbach wurden in Bezug auf die Restwassermenge nach Artikel 80 des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer von 1991 (GSchG) saniert. 12 (13) kleinere Anlagen müssen noch saniert werden. Die letzte grosse Anlage, bei der noch eine Restwassersanierung durchgeführt werden muss, ist die Staumauer von Lessoc. Die RUBD und ILFD genehmigten den Sanierungsbericht im Dezember 2014. Der Kanton Freiburg beteiligte sich darüber hinaus im Jahr 2014 an der Restwassersanierung der Werke Hongrin und Rossinière, für die der Kanton Waadt federführend ist.

Nachdem die eidgenössischen Räte mehrere Bestimmungen im Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG) und in dessen Ausführungsverordnung (GSchV) geändert haben und diese Änderungen 2011 in Kraft traten, müssen die Kantone bis Ende 2014 die strategische Planung für die Sanierung des Geschiebehaushalts und die Sanierung von Sunk und Schwall definieren. Die RUBD und ILFD genehmigten diese von der Sektion Gewässer vorgeschlagenen Planungen und übermittelten sie am 23. Dezember 2014 dem Bundesamt für Umwelt.

#### 5.6.3.6 Sicherheit der Stauanlagen

Die Sicherheit der Stauanlagen sowie die Haftung für Schäden, die auf das Austreten von Wassermassen aus einer Stauanlage zurückzuführen sind, sind im Bundesgesetz über die Stauanlagen (StAG) vom 1. Oktober 2010 geregelt, das am 1. Januar 2013 in Kraft trat. Diese Bestimmungen werden von der Stauanlagenverordnung des Bundes (StAV) vom 7. Dezember 1998 ergänzt, die am 17. Oktober 2012 geändert wurde (die revidierte Version gilt seit dem 1. Januar 2013).

Laut geltendem Recht ist der Bund für die Aufsicht über die grossen Stauanlagen zuständig. Die Aufsichtsbehörde des Bundes hat zudem die Aufgabe, Stauanlagen mit geringeren Ausmassen dem StAG zu unterstellen, wenn sie ein



besonderes Gefährdungspotenzial darstellen (Art. 2 Abs. 2 StAG). Die Kantone ihrerseits beaufsichtigen die Stauanlagen, die nicht der direkten Bundesaufsicht unterstehen (Art. 23 Abs. 1 StAG).

Zwischen 2013 und 2014 erstellte die Sektion Gewässer das Inventar aller kleinen Stauanlagen im Kanton. Für jede dieser Anlagen wurde das Gefährdungspotenzial im Falle eines Bruches beurteilt. Im Anschluss daran wurde dem Bundesamt für Energie die Liste mit sechs Anlagen unterbreitet, die möglicherweise dem StAG unterstehen. Der endgültige Entscheid liegt beim Bundesamt.

## 6 Amt für Umwelt (AfU)

Dienstchef: Marc Chardonnens.

### 6.1 Tätigkeit

#### 6.1.1 Aussenbeziehungen

Das AfU arbeitet in mehreren kantonalen, interkantonalen und nationalen Konferenzen, Kommissionen, Verbänden und Arbeitsgruppen, die im Kompetenzbereich des AfU tätig sind, aktiv mit. In den folgenden Arbeitsgruppen hat es den Vorsitz inne:

- > Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter der Schweiz (KVU)
- > Schweizerische Gesellschaft der Lufthygiene-Fachleute (Cercl'Air)
- > Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Tessins für die Umweltverträglichkeitsprüfungen (grEIE)
- > interkantonale Kommission für die Abfallbehandlung (CIRTD)
- > Koordinationsgruppe für den Bodenschutz (KGBö)
- > Koordinationsgruppe für Störfälle (KOST)
- > kantonaler Steuerungsausschuss für die Strassenlärmsanierung
- > kantonale technische Gruppe für den Unterhalt und die Begleitung der Ausgleichsmassnahmen für die A1

#### 6.1.2 Gesetzgebung



In seiner Sitzung vom 15. Dezember 2014 legte der Staatsrat mit einer Änderung des Gewässerreglements vom 21. Juni 2011 (GewR) die Einzugsgebiete fest. Damit die Gemeinden eines Einzugsgebiets ausreichend Zeit haben, um sich zusammenzuschliessen, wurde die Ordnungsfrist auf Ende 2016 erstreckt. Die Frist für die kantonale Planung wurde ebenfalls bis Ende 2016 verlängert.

#### 6.1.3 Präventive Analyse von Dossiers und Koordination

Das AfU behandelte folgende Dossiers:

- > 3016 (3227) Baubewilligungsgesuche im ordentlichen Verfahren
- > 826 (808) Bewilligungen (Gemeinden, Strassen, andere)
- > 355 (128) OP und DBP

Die bedeutende Koordinationsaufgabe besteht darin, die Dossiers zu analysieren, zu sortieren und an die zuständigen Stellen zu verteilen, sowie die Gutachten zusammenzufassen. In den meisten Fällen sind in einem Dossier mehrere Bereiche betroffen (Gewässer, Lärm, Abfall usw.). 2014 verfasste das Amt beispielsweise 5584 (5887) bereichsspezifische Gutachten für die 3016 Baubewilligungsgesuche im ordentlichen Verfahren.

#### 6.1.4 Vernehmlassungen

Das AfU verfasste Stellungnahmen zu Erlassentwürfen auf Bundes- und Kantonsebene (21 bzw. 30 Entwürfe) oder zu Entwürfen anderer Instanzen (6).

### 6.1.5 Parlamentarische Vorstösse

Das Amt bereitete die Antwort des Staatsrats auf die Anfrage 2014-CE-190 (Behandlung der Mikroverunreinigungen auf dem Kantonsgebiet) vor.

### 6.1.6 Information

Infolge des Inkrafttretens des Gesetzes über die Information und den Zugang zu Dokumenten (InfoG) behandelte das AfU im Berichtsjahr 10 (3) Gesuche um Zugang zu einem amtlichen Dokument. Ein Schlichtungsantrag wurde annulliert, weil der Antragsteller sein Gesuch um Zugang zurückzog.

2014 veröffentlichte das AfU 2 Merkblätter, 3 Umsetzungshilfen sowie den Bericht 2013 über die Stickstoffdioxidmessungen.

Das Amt verwaltet 4 Websites (<http://www.fr.ch/afu/>, [www.fr.ch/boden/](http://www.fr.ch/boden/), [www.fr.ch/wasser/](http://www.fr.ch/wasser/), [www.fr.ch/pila/](http://www.fr.ch/pila/)). Es beteiligt sich an folgende Plattformen: [www.die3seen.ch](http://www.die3seen.ch), [www.energie-umwelt.ch](http://www.energie-umwelt.ch) und [www.saubere-veranstaltung.ch](http://www.saubere-veranstaltung.ch).

Es organisierte 1 (3) Medienorientierung und publizierte 5 (5) Medienmitteilungen.

Es führte die Ausstellung des Schmetterlingsorakels (blueFACTORY) im Rahmen von «Eco-Mobil on Tour» durch (bis Ende Dezember).



Das Amt wirkte bei der Aktion Frühjahrsputz mit (Reinigung und Aufwertung der öffentlichen Räume sowie Sensibilisierung bezüglich Abfallverwertung und Umgang mit Rohstoffen), die in 38 (32) Freiburger Gemeinden durchgeführt wurde.

Es organisierte die Kampagne für einen günstigen und umweltfreundlichen Unterhalt der Strassen und Grünflächen (Weiterbildung für die Gemeinden, Kommunikationsmaterial).

### 6.1.7 Schulung

2014 führte das Amt über die Umweltkommission des Club Environnement, Energie et Sécurité (CEES) Weiterbildungen, Kurse und Animationen durch für Inspektoren der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz (KBWK), Polizeiasspirantinnen und -aspiranten, künftige Ingenieure und Architekten sowie für Unternehmen im Kanton Freiburg. Daneben wurden 2 Seminare für Fachpersonen im Bereich Gewässerschutz organisiert.

### 6.1.8 Unterstützungsdienst bei Verschmutzungen (UDV)

Bei Umweltverschmutzungen unterstützt und berät das AfU die Einsatzdienste sowohl im Ereignisfall als auch bei drohenden bzw. sich abzeichnenden Gewässer- und Bodenverschmutzungen. Dieser Dienst wird von 21 Personen, 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr, sichergestellt. Im Jahr 2014 intervenierte das Amt bei 59 (66) Verschmutzungen.

## 6.2 Gewässerschutz

### 6.2.1 Kantonale Planung

Der Staatsrat hat den Perimeter der Einzugsgebiete festgelegt, innerhalb derer die Gemeinden zusammenarbeiten müssen. Das Kantonsgebiet wurde dabei in fünfzehn Einzugsgebiete unterteilt: Untere Sense, Broye, Chandon, Ärgera, Glâne-Neirigue, Obere Broye, Obere Saane, Obere Sense, Jaunbach, Greyerzersee, Murtensee, Neuenburgersee, Saane, Sonnaz-Crausaz und Vivisbach.

Im zweiten Halbjahr 2014 begannen in Anwendung des GSchG die meisten Mandate für die Verwirklichung der Sachpläne zu Ableitung und Reinigung des Abwassers sowie zum Grundwasser.

### 6.2.2 Ableitung und Reinigung von Abwasser

#### 6.2.2.1 Grundlagen

2014 wurden mehrere regionale Studien zur Abwasserreinigung fortgeführt, einige davon in enger Zusammenarbeit mit der Direction générale de l'environnement des Kantons Waadt. Parallel dazu wurde 2014 eine Studie für die Planung der Mikroverunreinigungsbehandlung auf kantonaler Ebene verwirklicht.

### 6.2.2.2 Gemeindeplanungen und -reglemente

Das Amt prüfte rund zwanzig Gesuche für die Änderung von Reglementen über die Ableitung und Reinigung des Abwassers. Ende 2014 verfügten 100 (87) Gemeinden über Reglemente und Gebühren, die dem GSchG entsprechen. 2014 übermittelte das Amt den Gemeinden, Gemeindeverbänden und betroffenen Ingenieurbüros Stellungnahmen zu 6 (45) GEP-Dossiers. 3 (4) Dossiers wurden von der RUBD genehmigt. Ende 2014 waren 6 GEP in Ausarbeitung sowie 10 Vorprüfungen, 145 Anpassungen und 5 Genehmigungen durch die RUBD im Gang.

### 6.2.2.3 Abwasserreinigung

2014 inspizierte das Amt 11 ARA (vollständige oder partielle Begehungen) und nahm an 25 Sitzungen teil, die Vergrößerungen, Sanierungen oder Betriebsstörungen zum Gegenstand hatten.

Um seinem Überwachungsauftrag gemäss Gewässerschutzverordnung des Bundes (GSchV) gerecht zu werden, prüft es in regelmässigen Abständen die Qualität des Abwassers und des Klärschlammes. Die Analyseergebnisse wurden den Betreibern und übergeordneten Instanzen übermittelt; zusammenfassend kann Folgendes festgehalten werden:

Um die Kontrolle der ARA bzw. deren Betrieb sowie die Beratung der Betreiber zu verbessern, kaufte das Amt eine neue Software namens «Clarius». Die Übertragung der Daten vom alten System auf das neue erfolgte 2014. Dadurch konnte insbesondere eine Bilanz über die Qualität des Wassers nach der Behandlung durch die ARA erstellt werden.

Mehrere ARA müssen kurz- oder mittelfristig Lösungen finden, um angesichts der Entwicklung in ihrem jeweiligen Einzugsgebiet und der Unzulänglichkeiten gewisser Einrichtungen eine ausreichende Behandlungskapazität sicherstellen zu können. In diesem Zusammenhang arbeitete das Amt bei verschiedenen Projekten und Studien mit, darunter etwa:

- > Anpassung der ARA von Autigny (am 13. Juni 2014 in Betrieb genommen)
- > Vergrößerung und Anpassung der ARA von Vuippens, für die die Arbeiten 2013 begannen und bis 2016 dauern werden
- > definitives Projekt für die Vergrößerung und Anpassung der ARA von Ecublens
- > Vorstudie für die Vergrößerung der ARA von Broc
- > Projekte für die Vergrößerung und Anpassung der ARA von Romont
- > Projekt für den Anschluss der ARA von Corpataux-Magnedens an die ARA von Autigny
- > Projekt für die Vergrößerung der ARA von Murten, um die Abwasser der ARA von Kerzers übernehmen zu können
- > Fortführung der Analyse der Möglichkeiten für eine Abwasserreinigung auf regionaler Ebene für das Seeland (in Zusammenarbeit mit den Kantonen Bern und Neuenburg), für die Mittlere und Obere Broye (in Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt) sowie für die Untere Saane und Haute Gruyère

Das Amt hat zudem eine Datenbank für Kleinkläranlagen (kARA), die die Abwässer von Gebäuden ausserhalb des Bereichs der öffentlichen Kanalisationen reinigen, geschaffen. Damit kann der Betrieb der 130 erfassten kARA verfolgt werden.

### 6.2.2.4 Industrie und Gewerbe

Im Rahmen seiner Kontroll- und Sanierungstätigkeit kontrollierte das Amt 17 (23) neue Anlagen von Unternehmen aus Sicht des Gewässerschutzes.

Für 14 (7) Anlagen wurde ein Sanierungsverfahren in die Wege geleitet, weil sie nicht konform waren oder weil sich eine Gewässerverschmutzung ereignet hatte.

Gestützt auf den Konformitätsbericht, den das ASS für den Erhalt von Berufsschildern voraussetzt, inspizierte das Amt 26 (13) Betriebe der Automobilbranche. Dafür waren 27 Ortsbegehungen nötig.

Für die Industrieabwasser-Kataster beteiligte sich das AfU an der Kontrolle von 284 (112) Unternehmen. An diesen Kontrollen beteiligten sich auch 64 Gemeinden und 9 interkommunale Abwasserverbänden. Der prioritäre Kataster der AIPG (ARA von Bussy) wurde weitergeführt und derjenige der AESC (ARA von Pensier) finalisiert. Den Besitzern von nicht konformen Anlagen wurden entsprechende Sanierungsmassnahmen bedeutet.

---

Im Zusammenhang mit der Überwachung der industriellen Abwässer überprüfte das AfU die Analyseergebnisse und evaluierte die Berichte über die für die ARA massgebliche Schadstoffbelastung von 14 (12) Unternehmen, die einen Einfluss auf die ARA haben.

Das Amt erhielt Prüfberichte für 4 (3) neue Chemietanks, mit denen bestätigt wird, dass die Anlagen den Regeln der Technik entsprechen.

Es verfolgte 6 (6) bedeutende Baustellen aus Sicht der Baustellenentwässerung. Dafür waren 24 Ortsbegehungen nötig.

Bis heute wurden 2494 (2492) Betriebe in die Datenbank für Industrie, Gewerbe und Autobranchen eingegeben, mit der die Anlagen unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung der Gewässerschutzvorschriften verfolgt werden können.

#### 6.2.2.5 Landwirtschaft

Die ILFD und RUBD setzten ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Hofdünger und Gewässerschutz fort. Das Landwirtschaftliche Institut Grangeneuve (LIG) veröffentlicht in Zusammenarbeit mit dem AfU News auf seiner Website, um die Landwirtinnen und Landwirte bei der Gülle-Bewirtschaftung zu unterstützen und so namentlich das Risiko von Gewässerverschmutzungen zu verringern.

#### 6.2.2.6 Schadstoffe

Am 31. Dezember 2014 waren 48 684 (49 401) Tankanlagen mit einer Gesamtkapazität von 512 760 214 (518 397 603) Litern im Register eingetragen. Um die Einhaltung des geltenden Rechts sicherzustellen, hat das Amt:

- > 2350 (2295) Dossiers mit Kontrollaufforderungen vorbereitet, behandelt und den Gemeinden für die Weiterleitung an die Eigentümer übermittelt
- > 1730 (1674) Tankanlagen revidiert und registriert (32 Grundeigentümer wurden informiert, dass ihre jeweilige Anlage saniert werden muss)
- > 422 (280) Tanks ausser Betrieb gesetzt, weil sie undicht waren, weil ein neues Heizsystem eingebaut wurde oder weil die Anlagen andere Mängel besaßen
- > 620 (579) Dossiers behandelt, damit die Gemeinden Eigentümern Mahnungen verschicken konnten; derzeit sind 165 (187) Mahnungen in Bearbeitung beim AfU; insgesamt waren 29 Ortsbegehungen nötig;
- > 1275 (1221) Kontrollberichte über Leckerkennungsgeräte behandelt; für 122 (549) Geräte wurden den Eigentümern eine Mahnung verschickt; 28 (61) Eigentümer haben nicht reagiert
- > 16 (23) Besitzern die Revision von Tankanlagen in einer Grundwasserschutzzone S3 angeordnet und 5 (8) Mahnungen für Tankanlagen verschickt, die 2013 nicht kontrolliert worden waren
- > 1 (2) Tankrevisionsunternehmen geprüft (2 Ortsbegehungen)
- > 387 (152) einwandige erdverlegte Tanks saniert (Ausserbetriebnahme oder Einbau einer zweiten Wand). Es bleiben noch 470 einwandige Tanks, die nicht dem Bundesrecht entsprechen. Den Besitzern dieser Anlagen wurden die notwendigen Verfügungen zugestellt. Für die durchgeführten Sanierungen waren 30 Ortsbegehungen nötig;
- > 15 (42) Anlagen infolge einer Anfechtung der Sanierungsmassnahmen, die von den Revisionsunternehmen vorgeschlagen worden waren, begutachtet.

#### 6.2.3 Grundwasser

Die Arbeiten für die allgemeine Nachführung der Gewässerschutzbereich-Karten konnten 2014 beendet werden.

Die Situation für die Grundwasserschutzzonen (Zonen S) kann wie folgt zusammengefasst werden:

- > Die Zonen S wurden für 135 (130) Wasserfassungen genehmigt, davon 5 (6) im Jahr 2014.
- > 147 (152) müssen noch genehmigt werden.

In Bezug auf die Zuströmbereiche (Sektoren Zu) kann festgehalten werden, dass ein Geologiebüro eine hydrogeologische Studie für den Zuströmbereich des Grundwasserpumpwerks La Bourille, das der IB-Murten gehört, durchführte. Der Studienauftrag für das Pumpwerk Nussilier in Ursy kam 2014 zum Abschluss. Die Wasserqualität von 17 Zuströmbereichen und deren Entwicklung wurden wie bis anhin jeden Monat analysiert.

Um das Baubewilligungsverfahren für geothermische Sonden zu vereinfachen, wurde 2014 eine Karte erstellt, in der angegeben ist, in welchen Zonen solche Sonden grundsätzlich erlaubt oder verboten sind bzw. speziellen Bedingungen unterstehen. Sie wird 2015 online gehen.

Das Messnetz der Grundwasserbeobachtung, das zusammen mit dem BAFU ausgearbeitet wurde und seit 2002 in Betrieb ist, hat seine Tätigkeit fortgeführt, indem insbesondere gezielte Studien über bestimmte Mikroverschmutzer (Pestizide) in das Projekt aufgenommen wurden. Es handelt sich dabei um ein Projekt auf nationaler Ebene namens NAQUA, für das jährlich 4 Messkampagnen in 15 Freiburger Messstationen durchgeführt werden, die auf dem Kantonsgebiet gemäss den hydrogeologischen Besonderheiten der Trinkwasserreserven verteilt sind. Die Arbeiten werden vom Bund subventioniert.

Die Überwachung der Grundwasserqualität ist eine Aufgabe des Kantons. Dafür wurde im Jahr 2005 ein Konzept für ein Netz zur Überwachung der Grundwasserqualität auf regionaler Ebene mit 47 Standorten definiert. 2014 wurden 2 Messkampagnen durchgeführt.

Die Auswertung dieser Überwachungsbefunde wurde fortgesetzt. Sämtliche betroffenen Gemeinden wurden über die Qualität der unterirdischen Gewässer, die auf ihrem Gebiet analysiert wurden, in Kenntnis gesetzt.

Seit 1972 wurden 28 Konzessionen für die Nutzung öffentlicher Gewässer zwecks Trinkwassergewinnung ausgestellt. 9 Konzessionsgesuche sind in Prüfung. Die Arbeiten für die Legalisierung der 77 Wasserentnahmen aus öffentlichen Gewässern, die noch ohne Konzession erfolgen, sind geplant.

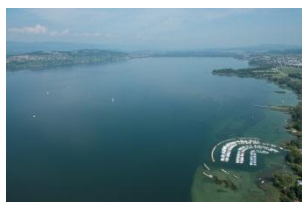
#### 6.2.4 Oberflächengewässer

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Bern, Neuenburg und Freiburg nahm das AfU für die Studie und Analyse der Wasserqualität in den Seen des Mittellands 12 Proben (1 pro Monat) aus dem Murtensee. Das Amt beteiligte sich auch an den Probenahmen aus dem Neuenburger- und Bielersee. Ferner führte das Amt die Kontrolle der Wasserqualität im Greyerzer- und Schiftenensee durch eine jährliche Probenahme weiter.

Die jährliche Analyse der Wasserqualität in den Zuflüssen des Murtensees (Arbogne, Broye, Chandon, Kleine Glane) und des Neuenburgersees (Broyekanal) wurde mit 4 Probenahmen weitergeführt. Dabei wurden auch die Ableitungen der ARA von Murten, die sich im betroffenen Einzugsgebiet befindet, einer Qualitätskontrolle unterzogen.

Das Amt führte zudem sein neues Konzept für das Monitoring der Fliessgewässer fort, das eine fachübergreifende und einzugsgebietspezifische Herangehensweise erlaubt. In diesem Rahmen wurden chemische, biologische und morphologische Untersuchungen der Fliessgewässer Obere Broye, Vivisbach und Bibera durchgeführt. Die Ergebnisse sollten im Laufe des Jahres 2015 vorliegen.

Das AfU nahm die Änderungen der GSchV vorweg und schuf 2014 ein Netz zur Beobachtung von Mikroverunreinigungen bei den Ausflüssen der ARA und den aufnehmenden Wasserläufen. 4 Analysekampagnen (Februar-Mai-August-Oktober) wurden in 10 ARA des Kantons und in den Vorflutern durchgeführt. Die Analyse der ersten Ergebnisse wird für Frühling 2015 erwartet. Es ist geplant, 2015 ähnliche Kampagnen für weitere ARA durchzuführen.



In Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt und den Landwirtschaftsämtern Waadts und Freiburgs beteiligt sich das Amt über die Suche nach den Phosphorquellen im Einzugsgebiet und nach möglichen Lösungen für eine Reduzierung des Phosphoreintrags aktiv an der Sanierung des Murtensees.

### 6.3 Labor

Das AfU nimmt am Netzwerk der Gruppierung der Gewässer- und Umweltschutzlaboratorien der Westschweiz (Lab'Eaux) teil. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit bearbeitete das Amt 260 (157) Proben. Im Gegenzug gab es den Partnerlaboratorien 223 (244) Proben für spezifische Analysen, für die es nicht über die notwendigen Instrumente verfügte.



Es führte 30 192 (21 394) Analysen auf 2278 (1907) Proben durch (unter- und oberirdische Gewässer, Wasser beim Zulauf und beim Auslauf von ARA, Klärschlamm, Schmutzabwasser von Industrie und Gewerbe, Grundwasser und Eluate bei Deponien, Verschmutzungen usw.).

## 6.4 Stoffe

Die kantonalen Bestimmungen über den Vollzug des neuen Chemikalienrechts fehlen weiterhin. In Ermangelung einer Verordnung, die die Aufteilung der im ChemG vorgesehenen Aufgaben festlegt, nahm das Amt innerhalb seiner Kompetenzen an den Aktivitäten der Chemsuisse (Zusammenschluss von Vertretern der kantonalen Fachstellen für Chemikalien, die für die kantonalen Vollzugaufgaben des Chemikalienrechts zuständig sind) teil. Dabei geht es um Kältemittel und um die Verwendung von Bahnschwellen. Im Zusammenhang mit dem Einsatz von Kältemitteln begutachtete das Amt 59 (48) Gesuche für neue Anlagen.

## 6.5 Luftreinhaltung

### 6.5.1 Emissionskontrolle

Das Amt überwacht die Einhaltung der Emissionsbegrenzungen nach der Luftreinhalte-Verordnung des Bundes (LRV). Hierfür müssen die betroffenen stationären Anlagen kontrolliert werden; diese Kontrollen wurden von privaten Laboratorien durchgeführt. Das AfU mass die Emissionen bei 36 (39) Holzfeuerungsanlagen und Industriefeuerungen, Motoren (Wärme-Kraft-Kopplung) und anderen Anlagen. 21 (18) Ergebnisse waren konform, 15 (21) hielten die einschlägigen Normen nicht ein.

Die Kaminfeger ihrerseits haben 16 100 (17 200) Öl- und Gashausfeuerungen kontrolliert. Im Verlauf des Jahres 2014 musste in 82 (121) Fällen eine Frist zur Sanierung der Feuerung angeordnet werden. Damit gab es Ende des Berichtjahres insgesamt 4256 (5557) sanierungsbedürftige Anlagen. 1383 (844) Heizungsanlagen wurden saniert oder ausser Betrieb genommen.

Das Amt nahm 9 (5) Klagen über Geruchs- oder Rauchemissionen entgegen, wovon einige noch in Behandlung sind. Es handelt sich dabei um Fälle, die von den Gemeindebehörden nicht geregelt werden konnten.

Das AfU beriet die von der Bundesverordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) betroffenen Unternehmen des Kantons. Infolge der Änderung der VOCV hat das Amt die Massnahmenpläne zur Verminderung der Emissionen beurteilt, die 1 (2) Unternehmen für eine Abgabebefreiung ausgearbeitet hat. Die Bilanz der flüchtigen organischen Verbindungen von 14 (14) Unternehmen wurde überprüft und nach Ausführung der nötigen Anpassungen und Korrekturen der Eidgenössischen Oberzolldirektion zwecks Entschädigung oder Verrechnung zugestellt.

### 6.5.2 Immissionsüberwachung



Am Rand des Pérolles-Parks in Freiburg wurde eine neue Messstation eingerichtet.

2014 wurden ausserdem 2 mobile Messstationen in Chamblieux in Freiburg und an der Rue de Vevey in Bulle aufgestellt.

Das Netz der Stickstoffdioxid-Passivsammler umfasste im Jahr 2014 folgende Gemeinden: Bulle (6 Standorte, davon 1 bei der Messstation, um Vergleiche anstellen zu können), Châtel-Saint-Denis (1), Misery Courtion (1), Düdingen (1), Estavayer-le-Lac (1), Freiburg (7 Standorte, davon 2 bei den Messstationen, um Vergleiche anstellen zu können), Givisiez (2), Granges-Paccot (1), Kerzers (1), Murten (1), Romont (1), Villars-sur-Glâne (2) und Vuisternens-en-Ogoz (1), was ein Total von 26 Messstandorten ergibt.

Die Ammoniakmessungen (NH<sub>3</sub>) erfolgten an den beiden oben erwähnten Standorten sowie auf einer Waldbeobachtungsfläche (vom Amt für Wald, Wild und Fischerei finanziert). Die Messresultate stehen auch auf der Website des AfU zur Verfügung.

Die kritischen Schadstoffe sind weiterhin Stickstoffdioxid, Ozon und der Feinstaub. Für diese Stoffe werden die Grenzwerte nach LRV regelmässig überschritten. Zur Ammoniakkonzentration, die seit 2006 gemessen wird, ist zu

---

sagen, dass die Höchstwerte für den Schutz der empfindlichen Vegetation vor direkten und chronischen Auswirkungen ebenfalls überschritten wurden.

## 6.6 Lärmschutz

Am 31. März 2018 läuft die Frist für die Strassenlärmsanierung aus. Die entsprechenden Arbeiten, die 2008 begannen, werden in den letzten Jahren, in denen der Bund noch Beiträge entrichtet wird, verstärkt werden. Im Rahmen der LSV bzw. der zweiten Programmvereinbarung (2012–2015), die Massnahmen für rund 26 Millionen Franken vorsieht, wird der Bund Beiträge von insgesamt 8 Millionen Franken auszahlen.

Die 28 Gemeinden, die Gemeindestrassen lärmsanieren müssen, waren Ende 2014 unterschiedlich weit fortgeschritten: 4 befinden sich in der Ausführungsphase, 7 sind an der Ausarbeitung des Sanierungsplans, 16 sind an der Ausarbeitung des Lärmbelastungskatasters, 1 hat noch nicht mit der Behandlung des Dossiers begonnen.

Zur Sanierung der vom Schienenverkehr erzeugten Lärmbelastung ist zu sagen, dass der Bund vor dem Abschluss der Errichtung von Lärmschutzwänden steht. Das Amt verwaltet im Auftrag des Bundes den Ersatz der Fenster auf den Häuserfassaden, bei denen die Immissionen zu hoch sind. Diese Arbeiten werden 2015 fertig sein.

Das Amt bearbeitete 50 Beschwerden wegen Lärmbelastungen.

Das Problem des Lärms, der durch Wärmepumpen erzeugt wird, hat sich weiter verschärft (neue Anlagen, Sanierung, Beschwerden).

## 6.7 Nichtionisierende Strahlung (NIS)

Der Grossteil der Arbeit in diesem Bereich betrifft die Mobiltelefonie (Ausbau von bestehenden Anlagen für die LTE-Norm). Gegen die Projekte für neue Antennen oder für die Anpassung bestehender Anlagen werden oft Einsprachen oder Beschwerden eingereicht; in diesen Zusammenhang wird das Amt jeweils um Stellungnahme ersucht.

2014 wurden 4 (8) Gesuche für eine Kontrollmessung behandelt. Die gemessenen Werte lagen in allen Fällen deutlich unter den geltenden Grenzwerten.

## 6.8 Umweltverträglichkeitsprüfungen

Das AfU engagierte sich in folgenden Bereichen:

- > Begleitung bei der Ausarbeitung von Berichten zur Umweltverträglichkeit (Teilnahme an Sitzungen, Ausarbeitung von Richtlinien, Auswertung von Zwischenberichten usw.)
- > Auswertung und Stellungnahme des Amtes im Zusammenhang mit Voruntersuchungen, Berichten und Kurzberichten zur Umweltverträglichkeit, einschliesslich Koordinationsmassnahmen mit anderen Behörden auf Kantons- und Bundesebene: 7 (8) Umweltverträglichkeitsberichte, 4 (6) Berichte zu Voruntersuchungen mit Pflichtenheft für die Hauptstudie oder Voruntersuchung zum Umweltverträglichkeitsbericht
- > Koordination der Baustellenbegleitung und ökologische Abnahme der Umweltschutzmassnahmen für das Poyaprojekt, die Lehmgrube Wallenried sowie für die Baustellen UCB Farchim (Bulle), Nespresso (Romont) und Lidl (Sévaz)
- > Verwaltung der Ausgleichsmassnahmen für die Nationalstrasse A1

## 6.9 Bodenschutz

Das AfU engagierte sich in folgenden Bereichen:

- > Verwaltung des kantonalen Bodenschutzkonzepts, allgemeine Koordination und Leitung der Bodenschutzmassnahmen im Kanton: Organisation von 4 Sitzungen der kantonalen Koordinationsgruppe für den Bodenschutz; Mitwirkung am interkantonalen Austausch mit dem BAFU
- > Begleitung der Analysen von städtischen Böden (Fortsetzung des 3. Probenahme- und Analysezyklus an den Standorten des kantonalen Bodenbeobachtungsnetzes FRIBO)
- > Fortsetzung der Bodenanalysekampagne in der Stadt Freiburg mit Probenahmen an 19 neuen Standorten (Gemüsegärten, Spielplätze, öffentliche Plätze); die Ergebnisse wurden auf der Website des AfU veröffentlicht



- > Digitalisierung aller Daten der 640 Bodenprofile im Kanton Freiburg
- > Bodenkundliche Begleitung der bedeutenden Baustellen



Bodenprobenahme in der Stadt Freiburg

## 6.10 Biologische Sicherheit

Das AfU bearbeitete die Zustellungs- und Genehmigungsgesuche im Bereich der biologischen Sicherheit. Es äusserte sich zu 2 (2) Projekten mit Verwendung von Organismen in geschlossenen Systemen der Klasse 1 und 2. Damit gibt es insgesamt 58 (56) solche Projekte an 15 (14) Standorten.

## 6.11 Schutz vor Störfällen

Im Rahmen der Störfallverordnung nahm das AfU eine Bewertung von 4 (6) Objekten im Bereich der stationären Anlagen vor. Der Risikokataster wird regelmässig in Form von Tabellen nachgeführt und auf der Website des AfU publiziert. 2014 inspizierte das Amt 14 stationäre Anlagen.

## 6.12 Abfall

### 6.12.1 Abfallstatistiken

Die Siedlungsabfälle umfassen die aus Haushalten stammenden Abfälle sowie andere Abfälle vergleichbarer Zusammensetzung. Laut Erhebungen von 2014 haben die Freiburger Gemeinden im Jahr 2013 insgesamt 116 429 t Siedlungsabfälle eingesammelt (2012 waren es 116 869 t gewesen).

In den dafür eingerichteten 10 Sammelzentren wurden 2014 insgesamt 51 110 (57 877) kg Sonderabfälle aus Haushalten gesammelt. Diese Sammelzentren decken nicht das gesamte Kantonsgebiet ab. Diese Lücke soll demnächst geschlossen werden.

Die vierteljährlichen Statistiken über die von den Freiburger Entsorgungsunternehmen akzeptierten Sonderabfälle und anderen kontrollpflichtigen Abfälle wurden gemäss der Bundesverordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) nachgeführt. Dasselbe gilt für die Jahresstatistik der kontrollpflichtigen Abfälle.

Die RUBD schloss am 6. Januar 2014 mit der KBWK eine Vereinbarung ab, mit der die Kontrollen auf andere Bereiche als die Abfallbewirtschaftung ausgedehnt wird. So kontrollieren die Inspektoren des Freiburgerischen Kontrollverband, an den die KBWK diese Aufgabe delegiert hat, seit April 2014 auch die Aspekte der Bewirtschaftung der Baustellenentwässerung sowie des Luftschutzes (Partikelfilter und Abgaswartung der Baumaschinen). Insgesamt gab es 709 (613) Baustellenkontrollen (536 zur Abfallbewirtschaftung, 74 zur Entwässerung und 99 zum Luftschutz).

### 6.12.2 Abfallanlagen

- > Die Anlagen der SAIDEF wurden 2 allgemeinen Betriebskontrollen unterzogen. Daneben fanden für spezifische Fragen (Schlackenaufbereitung, Abfallstatistiken etc.) Sitzungen oder Ortsbegehungen statt.
- > Das AfU kontrollierte einmal den Betrieb der Reaktordeponie in Hauterive und führte verschiedene Ortsbegehungen zur Analyse spezifischer Probleme durch.
- > 8 Inertstoffdeponien (ID) sind in Betrieb und wurden kontrolliert: in Alterswil, Granges-de-Vesin, Hauterive, La Roche, Montagny, Montet (Glâne), Wallenried und Le Glèbe. Das Amt führte 2 Kampagnen für die Analyse der Wasserqualität rund um die ID durch. Dabei wurden insbesondere die Eluate der Deponien sowie die Grundwasser ober- und unterhalb der ID kontrolliert. Diese Kontrollen entsprechen den Vorgaben der TVA.

- > Mit Blick auf der Erneuerung der Betriebsbewilligung kontrollierte das AfU das Unternehmen Ecosor in Châtel-Saint-Denis, das in der Behandlung von belastetem Erd- und Aushubmaterial spezialisiert ist.
- > Sämtliche Kompostieranlagen wurden von externen Organen – d. h. vom Inspektorat der Kompostier- und Vergärbranche der Schweiz sowie von der IG Qualitätskompost Bern-Freiburg – kontrolliert.
- > Eine Bestandsaufnahme zur Verwertung von Inertstoffen im Kanton ergab, dass von den zahlreichen betroffenen Anlagen (über 40) lediglich ein kleiner Teil sämtliche Vorgaben bezüglich Umweltschutz und Raumplanung erfüllt. Mit dem Ziel, die Situation in den nächsten zwei Jahren zu verbessern, wurde mit der Ausarbeitung einer kantonalen Umsetzungshilfe begonnen.

Alle Abfallanlagen sind bewilligungspflichtig. Das AfU hat die Aufgabe, diese Anlagen zu kontrollieren und die Bewilligungen, die für höchstens fünf Jahre gültig sind, vorzubereiten. Insgesamt führte das Amt über 60 Ortsbegehungen bei Abfallanlagen durch. Dazu kommen die Kontrollen vor Ort der Anlagen für die Verwertung von Inertstoffen. 2014 wurden 23 (31) Betriebsbewilligungen erteilt.

### 6.12.3 Diagnose vor Bauarbeiten

Seit April 2013 wird vor jedem Umbau-, Renovations- oder Rückbauvorhaben eine Diagnose verlangt, mit der abgeklärt wird, ob die von den Arbeiten betroffenen Elemente gefährliche Stoffe (Asbest, PCB, PAK und Schwermetalle) enthalten. Damit soll einerseits die Gesundheit der Arbeiter geschützt und andererseits sichergestellt werden, dass die entsprechenden Elemente richtig entsorgt werden. 2014 nahm das Amt 571 Diagnosen entgegen.

### 6.12.4 Abfallreglemente der Gemeinden

Die RUBD hat die neuen Abfallreglemente von 10 (11) Gemeinden genehmigt.

### 6.12.5 Informatikprojekt

Unter der Leitung des BRPA und in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Topomat Technologies SA wurde die Anwendung InfomatDesktop zur Verwaltung der Deponien und Materialabbaustellen verwirklicht. Damit können auch die Daten der Unternehmen verwaltet werden. Ausserdem ist eine Web-Schnittstelle (InfomatWeb) in Entwicklung.

## 6.13 Belastete Standorte

### 6.13.1 Verwaltung des Katasters

Ende 2014 waren 1132 (1136) belastete Standorte (472 Deponien, 527 Betriebsstandorte, 132 Schiessanlagen und 1 Unfallstandort) im Kataster der belasteten Standorte des Kantons Freiburg eingetragen.

Seit der Veröffentlichung des Katasters im Jahr 2008 wurden im Zusammenhang mit einem belasteten Standort 250 vollständige Grundwasseranalysen durchgeführt. 2014 wurden die Resultate in einer Datenbank vereint, die als Referenz für die künftigen Untersuchungen und die Überwachung (auch der in Betrieb stehenden Deponien) dienen wird.

Seit dem Inkrafttreten von Artikel 32d<sup>bis</sup> USG am 1. Juli 2014 wurden über 2000 Nichteintragungsbescheinigungen vor der Veräusserung oder Teilung einer Parzelle ausgestellt. Daneben wurden 42 Bewilligungen für die Veräusserung oder Teilung eines Grundstücks, das im Kataster eingetragen ist, erteilt. Seit Anfang November 2014 steht den Geometer- und Notariatsbüros die Anwendung CertifSipo zur Verfügung, mit der für Parzellen, die nicht im Kataster der belasteten Standorte eingetragen sind, eine entsprechende Bescheinigung generiert werden kann.

Das Amt bereitete zuhanden der RUBD 4 Verfügung über die Kostenverteilung und 6 Sanierungsverfügungen für 4 Schiessanlagen, 1 Deponie und 1 Betriebsstandort vor.

2014 hat das Amt in Zusammenarbeit mit dem ITA ein Programm für die Verwaltung des Katasters der belasteten Standorte gekauft. Diese wird gegenwärtig angepasst und sollte Anfang 2015 in Betrieb gehen.

### 6.13.2 Subventionierung

2014 haben Gemeinden 17 (13) Gesuche für Kantonsbeiträge nach dem Gesetz über belastete Standorte (AltlastG) eingereicht: 12 (10) für Ablagerungsstandorte und 5 (3) für Schiessanlagen. Bei diesen Gesuchen geht es um

Untersuchungs-, Überwachungs- oder Sanierungsmassnahmen. Bei 2 belasteten Standorten muss der Staat den Kostenanteil von zahlungsunfähigen Verursachern übernehmen. Für 3 belastete Standorte hat er die Kosten der Voruntersuchungen vorgeschossen.

Daneben wurden dem BAFU 22 (17) Gesuche für Bundesbeiträge gemäss der Bundesverordnung über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten (VASA) übergeben: 11 für ehemalige Deponien, 9 für Schiessanlagen und 2 für Betriebsstandorte.

### 6.13.3 Deponie La Pila

Die vorbereitenden Massnahmen für die Sanierung der Deponie wurden 2014 abgeschlossen. Die vorbereitenden Massnahmen treten in die Umsetzungsphase, die bis zur eigentlichen Sanierung der Deponie andauern wird. Im Sommer 2014 wurde ein Entwurf des Aktionsplans für die noch erforderlichen Zusatzuntersuchungen bei der Deponie und in der Saane ausgearbeitet und den interessierten Personen unterbreitet. Gegenwärtig werden die in diesem Rahmen eingereichten Bemerkungen und Vorschläge evaluiert. Der Info-Pavillon zum Poyaprojekt wurde 2014 auf das Gelände der Deponie La Pila gebracht und neu eingerichtet.

Der detaillierte Tätigkeitsbericht des AfU ist unter der Adresse [www.fr.ch/afu](http://www.fr.ch/afu) erhältlich.

## 7 Hochbauamt (HBA)

Das Hochbauamt wurde bis am 30. Juni 2014 von Charles-Henri Lang geleitet. Seit dem 1. Juli ist Thierry Bruttin Kantonsarchitekt.

### 7.1 Tätigkeit

Heute ist das HBA in eine technische Abteilung sowie eine Sektion Verwaltung mit den Sektoren Gebäudeunterhalt, Gebäudeverwaltung und Subventionierte Gebäude unterteilt.

#### 7.1.1 Ordentliche Tätigkeit

##### 7.1.1.1 Technische Abteilung

Im Rahmen der Beratertätigkeit für den Bau und die Nutzung von Gebäuden haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der technischen Abteilung bei folgenden Vorhaben in Arbeitsgruppen mitgewirkt:

- > Kollegium Heilig Kreuz
- > Kantons- und Universitätsbibliothek
- > Hochschulen für Gesundheit und für Soziale Arbeit
- > Universität, Thierryturm
- > Universität, Pérolles
- > Polizeigebäude in Granges-Paccot
- > Anstalten von Bellechasse
- > Landwirtschaftliches Institut Grangeneuve
- > BlueFACTORY
- > Verwaltungsgebäude an der Rue de l'Europe in Bulle
- > St.-Leonhard-Sportanlagen
- > Lager Schwarzsee



Im Rahmen der Interessenvertretung des Staats bei Bauten, Umbauten und Renovationen von Gebäuden durch Privatunternehmungen hat das HBA die Ausführungspläne sowie die Masse und Abrechnungen stichprobenweise kontrolliert. Das Amt nahm ausserdem bei folgenden Vorhaben an den Bau- und Baustellenkommissionen teil:

- > Kollegium Gambach
- > Sekundarstufe 2
- > Adolphe-Merkle-Institut
- > Universität
- > Kantonsgericht
- > Kollegium des Südens
- > Anstalten von Bellechasse
- > Gebäude EVA, ehemals ABA-Gebäude



Die Mitarbeitenden des Amtes haben regelmässig an den Sitzungen folgender Organe teilgenommen:

- > Kommission für die Bauten des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye
- > Kulturgüterkommission
- > kantonale Energiewirtschaftskommission
- > Kommission für Schulbauten
- > Pensionskasse des Staatspersonals und weitere davon betroffene Kommissionen
- > Kommission des Universitätsstadions St. Leonhard
- > kantonale Unterkommission LoRo-Sport (Loterie Romande Sport)
- > Stiftungsrat des Schweizerischen Zentrums für Forschung und Information zur Glasmalerei, Vitrocentre
- > Stiftungsrat des Schlosses Greyerz und dessen Erhaltungskommission
- > Stiftungsrat Pro Vallon
- > Stiftungsrat und Gesamtkommission der St.-Niklaus-Kathedrale
- > Kommission für die Bewertung grosser Immobilien- und Mietvorhaben

Ferner wirkten sie bei Studien oder Verwirklichungen von Bauten für die folgenden Körperschaften mit: Apartis, Stiftung für studentisches Wohnen.

Die Mitarbeitenden haben ferner technische Gutachten zu Beitragsgesuchen für Um- oder Ausbauten von Spitälern und Pflegeheimen erstellt.

Das HBA begutachtete Schulbauprojekte und Bauvorhaben von Sportanlagen für LoRo-Sport entsprechend den Gesuchen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD).

Das Amt beriet regelmässig Auftraggeber, Auftragnehmer sowie berufliche Organisationen im Zusammenhang mit der Gesetzgebung im öffentlichen Beschaffungswesen.

#### 7.1.1.2 Sektion Verwaltung – Sektor Gebäudeunterhalt

Der Sektor Gebäudeunterhalt verwaltet das Immobilienbudget aller staatlichen Dienststellen. Die Gesamtausgaben der Dienststellen betragen 650 344 (1 068 549) Franken. Ausserdem wurden 689 (678) Gebäudeversicherungsprämien (KGV) und 744 (729) Unterhaltsabonnemente überprüft und wo nötig korrigiert. Die Handwerker leisteten 1180 (1243) Einsätze.

Die Vermietung der gedeckten und ungedeckten Parkplätze brachte 1 106 211 (1 187 555) Franken ein. Es wurden 355 (354) Übertragungen vorgenommen. Das Unternehmen Securitas ist mit der Überwachung der Parkierungsanlagen beauftragt. Dieses hat beim Oberamt des Saanebezirks über 1175 (1000) Anzeigen eingereicht.

Es wurden 750 572 (1 024 083) Liter Heizöl bei 3 (4) Lieferanten bestellt und in 54 (71) Lieferungen an 42 (51) Gebäude verteilt.

Ferner werden 30 (32) Gebäude mit Gas und 29 per Fernheizung beheizt.

Der Wartungsdienst zählt für den technischen Bereich 30 (28) Hauswarte und Handwerker sowie 211 (211) Raumpflegerinnen (219 Stellen), die die Reinigung der Verwaltungs- und Schulräume sicherstellen.

Der Sektor Gebäudeunterhalt übernahm die Aufstellung der Salärabrechnungen und die Ausarbeitung der Arbeitsverträge.

Für die Raumpflege wurden insgesamt 290 (272) Bestellungen, insbesondere für Putzmittel, aufgegeben.

---

Der Sektor Gebäudeunterhalt führt die Inventare der Dienststellen nach und verwaltet die Schadensfälle. Bei der Sachversicherung ist der Staat gegen Brand an Gebäuden (KGV) und Mobiliar, Wasserschäden an Gebäuden und Mobiliar, Einbruch und Diebstahl sowie Schäden an Computern versichert.

#### 7.1.1.3 Sektion Verwaltung – Sektor Gebäudeverwaltung

Der Sektor Gebäudeverwaltung schloss mehr als 30 Mietverträge, Nachträge zu Verträgen, Kauf-/Verkaufsverträge und Vereinbarungen ab.

#### 7.1.1.4 Sektion Verwaltung – Sektor Subventionierte Gebäude

Die Kommission für Schulbauten hat drei Sitzungen abgehalten und dabei gut 30 Dossiers behandelt.

Die staatlichen Beiträge an Schulbauten für die Primarstufe beliefen sich auf 1 793 687.50 (1 299 927.25) Franken. Für die Sekundarstufe leistete der Staat Beiträge von 2 695 405.50 (2 799 800) Franken an die Investitionen und 92 016 (89 280) Franken an die Mieten.

#### 7.1.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

Im Bereich Unterhalts- und Renovationsarbeiten von Gebäuden und Installationen des Staats hat die technische Abteilung des Hochbauamts die Leitung der Arbeiten bei folgenden Gebäuden übernommen:

##### 7.1.2.1 Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD)

- > Kantons- und Universitätsbibliothek
- > Johanniterkomturei
- > Pädagogische Hochschule
- > Kollegium St. Michael
- > Güter des Kollegiums St. Michael
- > Kollegium des Südens
- > Kollegium Heilig Kreuz
- > Fachmittelschule Freiburg
- > Naturhistorisches Museum
- > Museum für Kunst und Geschichte
- > Hochschule für Gesundheit Freiburg
- > Konservatorium von Granges-Paccot
- > Musikschule in Bulle



##### 7.1.2.2 Für die Sicherheits- und Justizdirektion (SJD)

- > Gebäude der Direktion
- > Betreibungsamt des Seebezirks
- > Zentralgefängnis
- > Polizeiposten in Charmey
- > Fourier in Avenches
- > Hunderverschlag in Châtillon
- > Polizeiposten in Düdingen
- > CIG Granges-Paccot
- > Garage für die Polizeifahrzeuge in Granges-Paccot
- > CIG in Vaulruz
- > CIG in Domdidier
- > Polizeiposten Les Pilettes in Freiburg
- > Waffenplatz Freiburg – Poya-Kaserne
- > ehemaliges Zeughaus, Gebäude der Lager
- > Amt für Bevölkerung und Migration in Granges-Paccot

---

### 7.1.2.3 Für die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD)

- > Gebäude der Direktion
- > Oberamt des Saanebezirks
- > Oberamt des Sensebezirks
- > Fischzucht Estavayer-le-Lac

### 7.1.2.4 Für die Volkswirtschaftsdirektion (VWD)

- > Gebäude der Direktion
- > Hochschule für Technik und Architektur Freiburg
- > Berufsfachschule | Technik und Kunst | Freiburg (EMF)

### 7.1.2.5 Für die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD)

- > Gebäude der Direktion
- > Asylunterkunft in Freiburg
- > Asylunterkunft in Estavayer-le-Lac

### 7.1.2.6 Für die Finanzdirektion (FIND)

- > Gebäude der Direktion

### 7.1.2.7 Für die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD)

- > Verwaltungsgebäude an der Route des Daillettes 6 und 6a
- > Werkhof Tour Rouge
- > Werkhof Stadtberg
- > Werkhof Romont

### 7.1.2.8 Für die Zentralverwaltung

- > Staatskanzlei
- > Rathaus
- > Oberamt Bulle
- > Oberamt Châtel-Saint-Denis
- > Oberamt Romont
- > Oberamt Estavayer-le-Lac
- > Oberamt Murten

### 7.1.2.9 Für die Kirchen, Kapellen und Kunstdenkmäler

- > St.-Niklaus-Kathedrale
- > Schloss Greyerz
- > Kapelle Lorette
- > Türme und Tore
- > Pfarrkirche St. Moritz

### 7.1.3 Fernüberwachung

Folgende Arbeiten wurden im Zusammenhang mit der Fernüberwachung ausgeführt:

- > Anschluss der neu erworbenen bzw. neu gebauten Gebäude an das Informatiksystem des Staats
- > Einführung des neuen Systems für Brand-, Einbruch- und Überfallmeldung in den Gebäuden
- > Änderung des Alarmierungssystems in den Liften
- > Analyse der Offerten von Energielieferanten für die neuen Gebäude
- > Energieberechnungen für den Werkhof Romont, Begleitung der Baustelle während der Arbeiten sowie Abnahme der technischen Einrichtungen
- > Studien, Ausschreibung und Ausführungsplan für die neue Energieproduktion im Bauernhof in Pépins de Sorens
- > Einrichtung eines Testsystems EcoBITS in fünf Gebäuden, um den Energieverbrauch zu optimieren



- > Einrichtung eines Testsystems EcoWizz in allen Gebäuden des Kollegiums St. Michael, um den Energieverbrauch der Apparate zu senken
- > Analyse, Fortsetzung der Machbarkeitsstudie für die Wärmeerzeugung im Zusammenhang mit dem KGV-Projekt in Châtillon

#### 7.1.4 Nachhaltige Entwicklung

Im Rahmen der Massnahmen für eine nachhaltige Entwicklung hat das Amt:

- > die Ausschreibungen für die staatlichen Gebäude, die grosse Stromverbraucher sind, kontrolliert und analysiert;
- > ein Dokument vorbereitet, um die entsprechenden Werte zu erfassen und eine erste Analyse durchzuführen;
- > den Bericht zur Energiestudie Phase 1 ausgearbeitet;
- > die Gebäude bestimmt, die besonders viel Energie verbrauchen (und bei denen der Energieverbrauch um über 50 % gesenkt werden kann);
- > die Kosten nach BKP für die die betroffenen zwölf Gebäude geschätzt, um die Gesamtkosten zu kennen.

## 7.2 Zusammenfassung der Ausgaben

Die Kosten der vom Hochbauamt durchgeführten Arbeiten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Ausgaben	Fr.*	Fr.**
Gebäudeunterhalt	4 813 160 (4 484 960)	4 782 650 (5 239 410)
Unterhalt und Reparatur von Kirchen, Kapellen und Kunstdenkmälern	1 676 000 (1 770 170)	149 930 (79 990)
Bau, Erweiterung, Ausbau sowie ausserordentliche Arbeiten, Kauf von Gebäuden	33 854 560 (15 299 980)	28 873 060 (32 982 000)

\* zulasten des HBA

\*\* zulasten der anderen Direktionen

## 8 Personalbestand

Behörden – Direktionen Finanzstellen	Rechnung 2014 VZÄ	Rechnung 2013 VZÄ	Differenz VZÄ
Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion	395.95	388.23	7.72
Zentralverwaltung	395.95	388.23	7.72
3800/TPSE      Generalsekretariat	10.08	13.24	-3.16
3801/SNP      Amt für Natur und Landschaft	3.59		3.59
3805/OCAT      Bau- und Raumplanungsamt	32.52	31.26	1.26
3808/SMOB      Amt für Mobilität	15.42	14.71	0.71
3811/SPCH      Tiefbauamt	158.78	156.94	1.84
3830/PCRN      Nationalstrassen – Unterhalt	42.29	41.86	0.43
3845/OPEN      Amt für Umwelt	40.77	40.73	0.04
3850/BATI      Hochbauamt	92.50	89.49	3.01



# Tätigkeitsbericht

Staatskanzlei

—

2014



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

**Chancellerie d'Etat CHA**  
**Staatskanzlei SK**

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>1</b>	<b>Sekretariat des Staatsrats</b>	<b>5</b>
<b>1.1</b>	<b>Stab- und Unterstützungsfunktionen</b>	<b>5</b>
1.1.1	Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats	5
1.1.2	Konferenz der Generalsekretäre	5
1.1.3	Beziehungen zum Grossen Rat	5
1.1.4	Schweizerische Staatsschreiberkonferenz und lateinische Konferenz der Staatskanzlerinnen und -kanzler	5
<b>1.2</b>	<b>Elektronische Dokumentenverwaltung (GED)</b>	<b>5</b>
<b>1.3</b>	<b>Telefonverzeichnis des Staates Freiburg</b>	<b>6</b>
<b>1.4</b>	<b>Büro für Information (Bfi)</b>	<b>6</b>
1.4.1	Weiterbildung im Bereich der Information	6
1.4.2	Medienmitteilungen, -konferenzen und -orientierungen	6
1.4.3	Internet und Intranet	6
1.4.4	Strategie zur Nutzung der sozialen Medien (Social Media)	6
1.4.5	Corporate Design und kantonales Führungsorgan (KFO)	7
<b>1.5</b>	<b>Aussenbeziehungen</b>	<b>7</b>
1.5.1	Interkantonale Zusammenarbeit	7
1.5.2	Europäische Integration und internationale Beziehungen	7
<b>1.6</b>	<b>Imagewerbung für den Kanton Freiburg</b>	<b>8</b>
<b>1.7</b>	<b>Sektor Übersetzung</b>	<b>8</b>
1.7.1	Übersetzung	8
1.7.2	Terminologie	8
1.7.3	Dienstleistungen für die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates	8
<b>1.8</b>	<b>Sektor Amtliche Veröffentlichungen</b>	<b>9</b>
1.8.1	Veröffentlichungen	9
1.8.2	Einbürgerungen	9
1.8.3	Teilnahme an mehreren Projekten	9
<b>1.9</b>	<b>Sektor Interne Dienste und politische Rechte</b>	<b>10</b>
1.9.1	System zur Verwaltung der Wahlen und Abstimmungen	10
1.9.2	Abstimmungen	10
1.9.3	Wahlen	11
1.9.4	Initiativen – Referenden – Petitionen	11
1.9.5	E-Voting der Auslandschweizer/innen	12
<b>1.10</b>	<b>Informatikprojekte</b>	<b>12</b>

---

<b>1.11</b>	<b>Rechtliche Angelegenheiten</b>	<b>12</b>
<b>1.12</b>	<b>Archivierung bei der Staatskanzlei</b>	<b>13</b>
<b>2</b>	<b>Amt für Gesetzgebung (GeGA)</b>	<b>13</b>
<hr/>		
<b>2.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>13</b>
2.1.1	Unterstützung bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung	13
2.1.2	Verbreitung der Gesetzgebung	14
2.1.3	Ausarbeitung von Entwürfen der allgemeinen Gesetzgebung	14
2.1.4	Rechtsdienst und Verschiedenes	14
<b>2.2</b>	<b>Besondere Ereignisse</b>	<b>15</b>
2.2.1	Ausarbeitung von Entwürfen im Auftrag	15
2.2.2	Planung der Rechtsetzungsvorhaben 2012-2016	15
<b>3</b>	<b>Amt für Drucksachen und Material (DMA)</b>	<b>15</b>
<hr/>		
<b>3.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>15</b>
<b>3.2</b>	<b>Sektor Einkauf</b>	<b>15</b>
<b>3.3</b>	<b>Aufgaben vor dem Drucken</b>	<b>16</b>
<b>3.4</b>	<b>Intern ausgeführte Druckarbeit</b>	<b>16</b>
<b>3.5</b>	<b>Binde- und Digitalisierungsarbeiten</b>	<b>16</b>
<b>3.6</b>	<b>Beschaffung von Büromaterial und Logistik</b>	<b>17</b>
<b>3.7</b>	<b>Schlüsselzahlen 2014</b>	<b>17</b>
<b>4</b>	<b>Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz</b>	<b>18</b>
<hr/>		
<b>4.1</b>	<b>Tätigkeit</b>	<b>18</b>
<b>5</b>	<b>Personalbestand</b>	<b>18</b>
<hr/>		

---

# 1 Sekretariat des Staatsrats

---

Staatskanzlerin: Danielle Gagnaux-Morel

Vizekanzler: Olivier Curty

## 1.1 Stab- und Unterstützungsfunktionen

### 1.1.1 Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats

Die Staatskanzlei organisiert die Sitzungen und die Veranstaltungen. Die Einzelheiten dieser Tätigkeit finden Sie in Kapitel 4 des Berichts des Staatsrats.

### 1.1.2 Konferenz der Generalsekretäre

Die Konferenz der Generalsekretäre, die von der Staatskanzlerin präsiert wird, trat 2014 zu 6 Sitzungen zusammen. Neben dem fruchtbaren Erfahrungsaustausch zwischen den Direktionen begleitete die Konferenz die Umsetzung der elektronischen Verwaltung der Geschäfte des Staatsrats und in den Direktionen (Gever-Projekt / Konsul). Sie hat zuhanden des Staatsrats einen Entwurf zur Schaffung der Funktion stellvertretende Generalsekretärin / stellvertretender Generalsekretär, als Assistentin oder Assistent der Generalsekretärin oder des Generalsekretärs in ihrer oder seiner Funktion als Stabsverantwortliche oder Stabsverantwortlicher der Direktion, ausgearbeitet. Sie hat ebenfalls für die Regierung den Auftrag, das Gesetz über die Kommissionen des Staates zu überarbeiten, namentlich um die Amtsdauer der Kommissionen der kantonalen Legislaturperiode anzupassen, ausgeführt.

### 1.1.3 Beziehungen zum Grossen Rat

Die Staatskanzlerin nahm an den Sitzungen des Büros des Grossen Rates teil, an denen die Traktandenlisten der Sessionen vorbereitet wurden.

### 1.1.4 Schweizerische Staatsschreiberkonferenz und lateinische Konferenz der Staatskanzlerinnen und -kanzler

Die Staatskanzlerin hat an den beiden jährlichen Sitzungen der Staatsschreiberkonferenz teilgenommen. Die wichtigsten Themen, die 2014 behandelt wurden, waren:

- > Papierlose Regierung;
- > Ausschreibung der Dienstleistungen der Post;
- > Politische Rechte: Vorbereitung der Wahlen 2015, Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte, Revision des Gesetzes über die Auslandschweizerinnen und –schweizer, elektronische Abstimmung;
- > E-Government.

Die lateinische Konferenz der Staatskanzlerinnen und –kanzler ist einmal zusammengetreten und hat folgende Themen behandelt:

- > Interkantonaler Vergleich der Entlöhnung und der Vorsorge der Mitglieder des Staatsrats;
- > Zentrale Einkäufe;
- > Austausch über die Sparprogramme/Massnahmenpläne.

## 1.2 Elektronische Dokumentenverwaltung (GED)

Die Kantonsverwaltung hat Ende 2013 eine neue Anwendung zur elektronischen Verwaltung der Dokumente für die Sitzungen des Staatsrats und des Grossen Rates angeschafft: KONSUL. 2014 wurde diese Anwendung, zusätzlich zur Staatskanzlei, zum Sekretariat des Grossen Rates und zu den 7 Generalsekretariaten, in den meisten Ämtern des Staates Freiburg mit je 2 bis 3 Lizenzen eingeführt, so dass nun mehr als 230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates die Geschäfte des Staatsrats elektronisch verwalten können. Die Mitglieder des Regierungskollegiums bereiten die Sitzungen auf ihren Laptop-Computern vor und verfolgen sie, indem sie sich an eine elektronische Traktandenliste halten, in der alle Sitzungsdokumente und die dazugehörigen persönlichen Notizen gespeichert sind.

---

Die Tätigkeit des Staatsrats wie auch die der Verwaltung allgemein ist effizienter und besser nachverfolgbar geworden. Dieses Projekt wird 2015 durch die Inbetriebnahme der neuen Website des Grossen Rates, « ParInfo », die mit Dokumenten, die in KONSUL bearbeitet wurden, gespeist wird, abgeschlossen.

### 1.3 Telefonverzeichnis des Staates Freiburg

Dieses Projekt, das die bisherige Informatikanwendung für das Telefonverzeichnis des Staates Freiburg (externes Telefonverzeichnis ETV und internes Telefonverzeichnis ITV) ablösen sollte, wurde 2014 abgeschlossen. Die neue Anwendung wird eingeführt, sobald die letzten Tests erfolgreich durchgeführt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für die Leitung der Anwendung verantwortlich sind, dafür ausgebildet worden sind. Der Sektor Amtliche Veröffentlichungen als Business-Manager und der Sektor Übersetzung haben wesentlich zur Entwicklung dieses Informatikprojekts beigetragen.

### 1.4 Büro für Information (Bfi)

Das Bfi unterstützt die Staatskanzlei bei der Informationstätigkeit über die Angelegenheiten des Staatsrats. Es stellt die allgemeine Koordination der Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiet der Information der Öffentlichkeit sicher. Es unterstützt und berät die Direktionen und ihre Verwaltungseinheiten bei diesen Tätigkeiten und sorgt für gute Beziehungen zu den Medien.

#### 1.4.1 Weiterbildung im Bereich der Information

Das Bfi hat seine Kontakte mit den Mitgliedern der kantonalen Verwaltung und mit den Journalistinnen und Journalisten fortgeführt und gepflegt. Es hat namentlich erneut einen Weiterbildungstag in Kommunikation für die Kader des Staates organisiert. An diesem Tag traten vor allem Medienfachleute auf, und das Bfi konnte seine Rolle als «Bindeglied» wahrnehmen. Es lud zudem die Medienvertreterinnen und -vertreter zu einer zweiten Gesprächssitzung mit den Ansprechpersonen für die Information in den Direktionen des Staates ein. Schliesslich gab das Bfi eine Überarbeitung der Regeln für die Information über die Tätigkeit des Staatsrats und der Verwaltung des Kantons Freiburg sowie Richtlinien über die Websites in die Vernehmlassung. Diese Regeln und Richtlinien werden Anfang 2015 veröffentlicht.

#### 1.4.2 Medienmitteilungen, -konferenzen und -orientierungen

Im Jahr 2014 wurden den Medien rund 350 Mitteilungen zugestellt, und 68 Medienkonferenzen, an denen mindestens ein Mitglied des Staatsrats teilnahm, wurden organisiert. Im Bestreben, die Koordination der Kommunikation weiter zu verbessern, organisierte das Bfi mehrere Sitzungen mit der Konferenz der Ansprechpersonen für die Information der Öffentlichkeit in den Direktionen.

#### 1.4.3 Internet und Intranet

2014 fuhr das Bfi mit der Erweiterung und der Entwicklung des Inhalts der Websites des Staates fort (Durchlesen und Hilfe bei der Schaffung von 6 neuen Sites). Um die Ergonomie und die Inhalte der Websites des Staates zu verbessern, liest es weiterhin Websites, die bereits online sind, durch und beantragt Korrekturen.

Das Projekt in Zusammenarbeit mit dem ITA zur Erneuerung des Intranets wurde abgeschlossen und das neue Intranetportal des Staates Freiburg am 1. Oktober 2014 in Betrieb genommen. Es ist für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates folgender Bereiche zugänglich: Verwaltung, Schulen, freiburger spital, Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit sowie Kantonspolizei. Damit wird die interne Kommunikation wesentlich erleichtert.

#### 1.4.4 Strategie zur Nutzung der sozialen Medien (Social Media)

Das Bfi hat eine allgemeine Bilanz und einen Leitfaden zur Nutzung der Social Media für die Verwaltungseinheiten und das Personal des Staates vorgestellt. Die Regierung wird den Leitfaden Anfang 2015 verabschieden.

Das Büro für Information als Teil der Staatskanzlei wird als Kompetenzzentrum fungieren. Im ersten Teil des Leitfadens wird die Nutzung der Social Media für die Verwaltungseinheiten des Staates, die diesen Kommunikationskanal freiwillig nutzen, geregelt. Mit dem zweiten Teil möchte man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staates helfen, die Social Media in ihrem privaten und ihrem beruflichen Umfeld besser zu

---

verstehen und zu nutzen. Zudem werden die Grundlagen für verantwortungsbewussten Umgang mit diesen Medien festgelegt.

#### 1.4.5 Corporate Design und kantonales Führungsorgan (KFO)

Nach der Umsetzung des Corporate Design achtet das BfI mit der Unterstützung der Konferenz der Generalsekretäre weiterhin darauf, dass die Grafikcharta in allen Verwaltungseinheiten, die es anwenden müssen, beachtet und richtig ausgeführt wird.

Der Verantwortliche des BfI und seine Adjunktin arbeiteten im KFO mit, namentlich in Gruppen, die Überlegungen zur Problematik von Katastrophen anstellten. Sie haben ausserdem einen wichtigen Beitrag geleistet zur Organisation von verschiedenen Vorbereitungsübungen, sei es im Rahmen der Übungsleitung oder als Beübte.

### 1.5 Aussenbeziehungen

Der Sektor Aussenbeziehungen bei der Staatskanzlei unterstützt den Staatsrat, damit eine Verbindung zwischen dem Kanton Freiburg und seiner Umgebung, namentlich den übrigen Kantonen, dem Bundesparlament, dem Bund und der Europäischen Union, gewährleistet ist. Die vom Sektor begleiteten Dossiers werden im Tätigkeitsbericht des Staatsrats im Kapitel «Aussenbeziehungen» vorgestellt. Im Folgenden werden nur einige besondere Tätigkeiten vorgestellt. Die Vorbereitung der Dossiers, die intra- und interkantonale Koordination und das Mitverfolgen der eidgenössischen, interkantonalen und internationalen Geschäfte bilden die Haupttätigkeit des Sektors.

#### 1.5.1 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Sektor Aussenbeziehungen koordiniert die Durchführung des Projekts Hauptstadtregion Schweiz (HRS) beim Staat Freiburg.

2014 wurden mit der Mitwirkung des Staates Freiburg und teilweise auch mit der Mitwirkung von anderen Freiburger Partnern, die Mitglieder der Hauptstadtregion sind (Regionen See, Broye, Sense, Agglo Freiburg und Städte Murten und Estavayer-le-Lac), folgende Projekte geschaffen oder weitergeführt:

- > Ketten zur Wertschöpfung im Umfeld von Institutionen des Bundes. Zwei teilweise vom Bund (SECO) finanzierte Pilotprojekte wurden lanciert:
  - > das Projekt Cluster Food & Nutrition (das Projekt wurde vom Kanton Freiburg mit Unterstützung durch die HRS geschaffen);
  - > das Projekt «Netz von Infrastrukturen – hin zu einer Smart-Capital-Region». Für prioritäre Themenbereiche definierte Schlüsselprojekte (z. B. Smart Building, Smart Mobility, Smart Grid) werden von Unternehmen realisiert (das Projekt wurde vom Kanton Bern mit Unterstützung durch die HRS geschaffen).
- > Weiterführung des Projekts für prioritäre Websites der wirtschaftlichen Entwicklung.
- > Forum 2014 der HRS, das ihrer Bestimmung als Gesundheitspol gewidmet war. Die rund 200 Teilnehmenden entdeckten dabei zahlreiche Aspekte des Gesundheitssektors in unserer Region. Die Vortragenden haben klar dargelegt, über welches Potenzial die HRS verfügt, und gezeigt, dass die verschiedenen Akteure dieses Sektors bereits heute eng zusammenarbeiten.
- > Zweisprachigkeit: Eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, zu untersuchen, wie die Zweisprachigkeit in der HRS gefördert werden kann. Die beiden laufenden Projekte in diesem Bereich («Partnerschaften zwischen Gemeinden für den Sprachaustausch» und «Sprachaustausch für Lernende») leisten dabei einen bedeutenden Beitrag.

#### 1.5.2 Europäische Integration und internationale Beziehungen

Die Begleitung der Umsetzung der Bilateralen Abkommen I und II auf Kantonsebene und das ganze Dossier der europäischen Integration bilden ständige Aufgaben des Sektors Aussenbeziehungen. Seit der Annahme der Initiative «Gegen die Masseneinwanderung» am 9. Februar 2014 ist die Europapolitik der Schweiz vor allem damit beschäftigt, eine Möglichkeit der Umsetzung zu suchen, welche die Aufrechterhaltung der bilateralen Verträge mit der Europäischen Union gestattet. In der Versammlung der Regionen Europas (VRE) hat der Volkswirtschaftsdirektor mit Unterstützung des Sektors Aussenbeziehungen die Vertretung des Kantons und der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) in der Schweizer Delegation in verschiedenen Treffen dieser Versammlung

---

sichergestellt. Die Mitwirkung des Kantons an gewissen Projekten der VRE, namentlich bei der zweiten Etappe des von privaten Sponsoren finanzierten Programms IDEal Index und beim Programm Eurodyssée, das zum Austausch von rund 10 jungen Berufsleuten zwischen dem Kanton Freiburg und den europäischen Regionen führte, wurde ebenfalls bestätigt. Schliesslich verbindet eine Zusammenarbeitsvereinbarung im Bereich Wirtschaft und Innovation seit dem 1. Januar 2014 die Region Elsass mit dem Kanton Freiburg. Das erste konkrete Ergebnis dieser Vereinbarung war die Teilnahme des Elsass als Ehrengast an der Freiburger Messe 2013.

## 1.6 Imagewerbung für den Kanton Freiburg

Die Staatskanzlei stellt das Sekretariat des Vereins «Fribourgissima Image Freiburg» sicher, der auf Anregung des Staatsrats in Zusammenarbeit mit 12 Partnern des Kantons ins Leben gerufen wurde. Das Sekretariat leistet die organisatorische Unterstützung, die für den Erfolg des Projekts unentbehrlich ist: Organisation der Sitzungen, Koordination der Arbeit, Umsetzung der Entscheide, Buchhaltung und Finanzhaushalt. Mit dem Auftrag, das Bild Freiburgs ausserhalb des Kantons zu verbessern, legt der Verein eine Strategie fest und setzt Massnahmen um, welche die Präsenz eines dynamischen Kantons vermitteln, der auf neue Technologie setzt und sich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzt. Der Staat Freiburg finanziert dieses Projekt zur Hälfte. 2014 wurde der Beitrag des Staates mit einer Kreditübertragung aus dem Jahr 2013 bezahlt und erscheint deshalb in der Rechnung 2014 nicht. Weitere Einzelheiten zur Tätigkeit finden Sie im Tätigkeitsbericht des Staatsrats, Punkt 3.6.2, und im Tätigkeitsbericht des Vereins.

## 1.7 Sektor Übersetzung

Seit dem 1. Februar 2014 bildet die Übersetzung einen eigenen Sektor. Verantwortlicher ist Andreas Schor.

Der Sektor Übersetzung prüft die deutschen Fassungen der Erlassentwürfe und der amtlichen Texte, die von den Direktionen und weiteren Behörden vorgelegt werden, auf ihre inhaltliche und sprachliche Richtigkeit. Er fertigt ausserdem Übersetzungen für die Staatskanzlei, für das Sekretariat des Grossen Rates und wenn nötig für das Staatsratspräsidium und die Direktionen an und koordiniert Fragen im Zusammenhang mit der Übersetzung Französisch-Deutsch und Deutsch-Französisch in der Kantonsverwaltung. Seit dem 18. August beschäftigt der Sektor eine Praktikantin. Sie leistet wertvolle Mithilfe beim Übersetzen und macht daneben Terminologiearbeit.

### 1.7.1 Übersetzung

2014 übersetzten die Mitarbeiter des Sektors neben den üblichen Arten von Texten einige sehr umfangreiche Dokumente: das Handbuch für Webapplikationen im Rahmen der Grafikcharta, das Handbuch für Social Media, die Vernehmlassungsunterlagen zur Richtlinie über die Information und die E-Government-Strategie. Daneben half der Sektor auch gelegentlich den Direktionen aus, wenn deren Übersetzerinnen und Übersetzer abwesend waren. Die Möglichkeit, Texte extern vom Französischen ins Deutsche übersetzen zu lassen, wurde rege genutzt.

### 1.7.2 Terminologie

Der Verantwortliche des Sektors führte die Terminologie aus der Freiburger Gesetzgebung für die interne Terminologiedatenbank nach. Auch die Titel der neuen Erlasse wurden in die Datenbank aufgenommen. Die Praktikantin erfasste die Terminologie des Einsatzplans Stromversorgung. Der Sektor hat an den Arbeiten des Interkantonalen Organs für terminologische Zusammenarbeit im öffentlichen Bereich (CoTerm) aktiv mitgewirkt. Das Organ hielt 2014 zwei Sitzungen ab.

### 1.7.3 Dienstleistungen für die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates

Die Konferenz der Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates Freiburg, in der die Übersetzerinnen und Übersetzer der Kantonsverwaltung sowie des freiburger spitals und des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit vereint sind, hielt 2014 drei Sitzungen ab. Dieses Organ, das 2011 geschaffen wurde, wird vom Verantwortlichen des Sektors geleitet und behandelt Fragen der Übersetzung und der Terminologie beim Staat. 2014 behandelte die Konferenz namentlich folgende zwei Themen: Die Schreibregeln für die deutsche Sprache (Corporate Language) und die zentrale Installation der Übersetzungssoftware. Der Sektor organisierte für alle Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates eine Weiterbildung zum Thema Redaktion.



---

## 1.8 Sektor Amtliche Veröffentlichungen

In diesem Jahr wurde der Sektor Sprachen und Veröffentlichungen zweigeteilt: in den Sektor Übersetzung (siehe 1.7) und den Sektor Amtliche Veröffentlichungen.

Der Sektor Amtliche Veröffentlichungen stellt die formale und inhaltliche Kontrolle der französischen und der deutschen Fassungen der Erlassentwürfe sowie der amtlichen Texte der Direktionen des Staatsrats oder anderer Behörden sicher. Er besorgt die sprachliche Kontrolle der französischen Fassung und überträgt die Kontrolle der deutschen Fassung dem Sektor Übersetzung. Er sorgt dafür, dass die amtlichen Erlasse, die vom Grossen Rat, vom Staatsrat oder von weiteren Behörden verabschiedet wurden, im Amtsblatt (ABI), in der Amtlichen Sammlung (ASF) und im Internet veröffentlicht werden. Er bereitet die Botschaften zu den Gesetzes- und Dekretentwürfen für den Druck und die Antworten des Staatsrats auf die parlamentarischen Vorstösse für den Versand vor.

### 1.8.1 Veröffentlichungen

In der **Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF)** wurden veröffentlicht:

- > Grosser Rat: 13 Gesetze (2013: 25), 12 Dekrete (2013: 18) und 1 Parlamentsverordnung (2013: 0)
- > Staatsrat: 72 Verordnungen (2013: 77), 1 Richtlinie (2013: 0) und 3 Reglemente (2013: 2)
- > Direktionen und weitere Behörden: 13 Erlasse (2013: 10).

Der Sektor veröffentlichte zudem:

- > Promulgierungsverfügungen zu 22 Erlassen (2013: 26)
- > Verfügungen über Genehmigungen von 2 Erlassen durch den Bund (2013: 2)
- > Mitteilung zu kantonalem und interkantonaem Recht für 9 Erlasse (2013: 11).

Insgesamt wurden in jeder Sprache rund 611 Seiten ASF (2013: 520) gedruckt.

Im **Amtsblatt (ABI)** wurden veröffentlicht:

- > Grosser Rat: 4 Einbürgerungsdekrete (2013: 4)
- > Staatsrat: 16 Beschlüsse (2013: 24).

Der Sektor stellte ausserdem die Veröffentlichungen von Anzeigen und amtlichen Texten über Angelegenheiten der Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten, interkantonale und ausserkantonale Angelegenheiten sicher.

### 1.8.2 Einbürgerungen

Für die eingebürgerten Personen wurden offizielle Feiern organisiert, an denen ihnen die Einbürgerungsurkunde und ein Diplom übergeben wurden. Der Sektor ist beauftragt, die Korrektheit der Dokumente unter formellen und materiellen Kriterien zu gewährleisten. Im Jahr 2014 betreute der Sektor die Kontrolle und den Druck von 482 Einbürgerungsdokumenten (2013: 374).

### 1.8.3 Teilnahme an mehreren Projekten

Der Sektor war am Projekt **SyGEV (System für das Management von Wahlen und Abstimmungen)** beteiligt, um für die Veröffentlichung im Amtsblatt des Ergebnisses bei der Wahl der Freiburger Vertretung im Nationalrat und bei der Wahl der Mitglieder des Grossen Rates gewappnet zu sein. Das Ergebnis jeder dieser Wahlen wird in Form einer Tabelle dargestellt, welche die Anwendung SyGEV automatisch erzeugen können muss und deren Parametrisierungen die Vorschriften der Graphikcharta gemäss Corporate Design des Staates Freiburg erfüllen müssen.

**Die gesetzestechnischen Richtlinien (GTR)**, die vom Amt für Gesetzgebung (GeGA) und von der Staatskanzlei ausgearbeitet wurden, um das Redigieren und Erfassen von Gesetzes- und Verwaltungstexten zu erleichtern, bilden die redaktionelle Identität des Staates und gewährleisten Einheitlichkeit und Harmonie in der Sprache des Staates. Mehrere Richtlinien hätten angepasst, andere neu geschaffen werden müssen; so wurden die gesamten Richtlinien überarbeitet. Zu diesem Zweck wurde der Sektor vom GeGA zu mehreren Arbeitssitzungen eingeladen und gebeten, die Fichen in den Richtlinien kritisch durchzulesen.

---

Schliesslich hat der Sektor bei der Ausgestaltung des Berichts **Vorstudie BDLF\_ASF XML** mitgewirkt, in dem es darum geht, die gegenwärtige Anwendung der Verwaltung der Gesetzgebung durch eine Anwendung mit dem Redaktionssystem XML zu ersetzen. Das Format XML stellt die Aufbewahrung und die Nutzung der Gesetzgebungsdaten langfristig sicher – wie es in Artikel 8 Abs. 2 des Gesetzes vom 16. Oktober 2001 über die Veröffentlichung der Erlasse vorgeschrieben wird – und bietet ausreichende Garantien mit Blick auf einen Übergang zum Primat der elektronischen Fassung der Amtlichen Veröffentlichungen.

## 1.9 Sektor Interne Dienste und politische Rechte

### 1.9.1 System zur Verwaltung der Wahlen und Abstimmungen

Das gegenwärtige System zur Verwaltung der Wahlen und Abstimmungen (VOTEL) ist technisch überholt und muss ersetzt werden. Nach einer öffentlichen Ausschreibung Ende 2013 wurde der Auftrag für ein neues System dem Unternehmen Unisys vergeben. Das neue System heisst SyGEV (Système de gestion des élections et votations). Der Arbeits-Zeitplan sieht vor, dass das neue System für die eidgenössische Abstimmung vom 14. Juni 2015 zur Verfügung stehen sollte. An den detaillierten Vorschriften, den Zwischentests und den Evaluationen sind auch die Oberämter und Gemeindevertreter beteiligt. Die Erfahrung und die praktischen Bedürfnisse dieser Akteure sind für den Erfolg des Systems unerlässlich. Die Verwaltung der Zugänge und die Authentifizierung werden dem ITA anvertraut; damit wird erreicht, dass die Benützung der gegenwärtigen Zugänge für die Gemeinden, die am Netz Communet und am RZGD (Rechenzentrum der Gemeinden Deutschfreiburg) angeschlossen sind, und die Benützung von SyGEV übereinstimmen. Das Projekt SyGEV, das 2013 lanciert wurde, soll 2016 abgeschlossen sein, nämlich wenn alle Module getestet und bei verschiedenen Gelegenheiten (Abstimmungen und Wahlen) benützt worden sind.

### 1.9.2 Abstimmungen

Es fanden 4 eidgenössische Abstimmungen statt:

Am 9. Februar 2014 stimmte das Freiburger Volk über 3 Vorlagen ab:

- > Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI) (60 764 Ja / 42 996 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 55,71 %.
- > Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung» (24 877 Ja / 80 127 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 55,90 %.
- > Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» (51 172 Ja / 54 383 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 56,03 %.

Am 18. Mai 2014 stimmte das Freiburger Volk über 4 Vorlagen ab:

- > Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin», die zurückgezogen wurde) (95 235 Ja / 9604 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 56,78 %.
- > Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen.» (73 522 Ja / 33 305 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 56,98 %.
- > Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)» (26 867 Ja / 80 931 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 57,07 %.
- > Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (43 741 Ja / 63 993 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 57,12 %.

Am 28. September 2014 stimmte das Freiburger Volk über 2 Vorlagen ab:

- > Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!» (29 395 Ja / 65 142 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 50,20 %.
- > Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» (47 895 Ja / 48 449 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 50,42 %.

Am 30. November 2014 stimmte das Freiburger Volk über 3 Vorlagen ab:

- > Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» (32 790 Ja / 58 182 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 47,62 %.

- > Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop) (23 293 Ja / 68 124 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 47,64 %.
- > Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)» (18 816 Ja / 70 544 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 47,50 %.

Es fand eine kantonale Abstimmung statt:

Am 9. Februar 2014 stimmte das Freiburger Volk über 2 Vorlagen ab:

- > Bau eines neuen Gebäudes für die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit und die Hochschule für Gesundheit Freiburg (73 226 Ja / 28 085 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 54,17 %.
- > Bau eines Polizeigebäudes (61 359 Ja / 39 109 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 54,14 %.

### 1.9.3 Wahlen

Es fand keine Wahl statt.

### 1.9.4 Initiativen – Referenden – Petitionen

#### Initiativen

Es wurde kein Volksinitiativbegehren eingereicht.

#### Referenden

Am 24. Oktober 2014 wurde bei der Staatskanzlei ein Referendumsbegehren eingereicht, mit dem verlangt wurde, dass das Gesetz über die obligatorische Schule (Schulgesetz, SchG) wegen der Artikel 50 und 51 dem Volk zur Abstimmung unterbreitet wird. Das Begehren wurde von 55 Mitbürgerinnen und Mitbürgern unterzeichnet. Die Frist für die Einreichung der 6000 Unterschriften läuft am 5. Januar 2015 ab.

#### Petitionen

- > 27. Februar 2014: Petition, mit der gefordert wird, dass der Staat «sich im Bereich der Mobilität vorbildlich verhalte und aufhöre, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Stadt Freiburg und in der Agglomeration Parkplätze zur Verfügung zu stellen, ausser wenn ein nachgewiesener Bedarf besteht (Arbeitszeiten, zu denen keine öffentlichen Verkehrsmittel benützt werden können, Benützung des Privatfahrzeugs für berufliche Fahrten, gesundheitliche Gründe); dadurch sollen der Verkehr verflüssigt, die Umwelt geschont, die Volksgesundheit verbessert und Kosten gespart werden». Diese Petition entstand aus einer privaten Initiative. Sie wird vom VCS Sektion Freiburg, von den Grünen der Stadt Freiburg, von Pro Fribourg, vom WWF Freiburg, von der SP der Stadt Freiburg und von Pro Natura Freiburg unterstützt. Sie ist mit 264 Unterschriften versehen.
- > 3. April 2014: Petition gegen «die neuen Sparmassnahmen zur Eindämmung des Stellenanstiegs im Bildungswesen». Diese Petition stammt von Studierenden, die in nächster Zeit ihr Diplom für den Unterricht an Maturitätsschulen erlangen. Sie ist mit 48 Unterschriften versehen.
- > 1. Mai 2014: Petition gegen die Sparmassnahmen im Unterrichtsbereich, wie sie in die Vernehmlassung gegeben wurden. Diese Petition stammt vom Dachverband der Freiburger Lehrerschaft (DFL) und von der Föderation der Personalverbände der Staatsangestellten des Kantons Freiburg (FEDE). Sie ist mit 7210 Unterschriften versehen.
- > 26. September 2014: Petition gegen «völlig ungerechtfertigte Lohnkürzungen! »; sie stammt vom Verband des Personals Öffentlicher Dienste (VPOD). Mit ihr wird verlangt, dass dem Staatspersonal die jährliche Lohnerhöhung bereits ab 1. Januar 2015 ausbezahlt wird und dass vom sogenannten «Solidaritätsbeitrag» abgesehen wird. Sie ist mit 3630 Unterschriften versehen.
- > 2. Oktober 2014: Petition des Verbands der Fachpersonen Gesundheit, FVFaGe-VPOD. Sie verlangt vom Staatsrat, dass er eine Pauschale pro Lernende(n) einführt, dass er die Arbeitgeber dazu bewegt, die Arbeit der Betriebsausbilderinnen und Betriebsausbilder (BBA) besser zu planen, indem er genaue Weisungen erlässt, und dass er das Budget für die Personaldotierung der Einrichtungen, die BBA beschäftigen, aufstockt. Sie ist mit 552 Unterschriften versehen.

- > 15. Dezember 2014: Petition der Bewohnerinnen und Bewohner der Quartiere Jura/Torry/Miséricorde nach der Eröffnung der Poyabrücke an den Staatsrat (und an den Gemeinderat der Stadt Freiburg); die Petition stammt vom Komitee JurAction und vom französischsprachigen Elternverein der Stadt Freiburg, die verlangen, dass einerseits die detaillierten Resultate der Verkehrszählungen, die vor Eröffnung der Poyabrücke in den Jahren 2013 und 2014 durchgeführt worden sind, öffentlich zugänglich gemacht werden und andererseits die Behörden je nach den Ergebnissen der Zählung reagieren. Sie ist mit 803 Unterschriften versehen.

### 1.9.5 E-Voting der Auslandschweizer/innen

Sämtliche Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, die im Kanton Freiburg eingetragen sind, konnten E-Voting benützen. Seit September 2012 werden sie aus Gründen der Abstimmungssicherheit und der vereinfachten Verwaltung in einer «virtuellen» Gemeinde der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer zusammengefasst. Die Staatskanzlei verwaltet in Zusammenarbeit mit den Gemeinden das kantonale Register der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer und koordiniert den Versand des Stimmmaterials mit der Materialzentrale der Steuerverwaltung. Die Möglichkeit des E-Votings wird stark beansprucht, denn mehr als die Hälfte der Stimmenden in der Kategorie Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer haben bei den verschiedenen Urnengängen im Jahr 2014 davon Gebrauch gemacht.

## 1.10 Informatikprojekte

Am 31. Dezember 2014 zählte die CMS-Plattform des Staates 111 Websites. 2014 wurden nicht weniger als 8 neue Websites veröffentlicht. Die neue Intranet-Website für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates verlangte vom Sektor Informatikprojekte (IPS) vollen Einsatz. Seit 2014 stellt der IPS den allgemeinen Unterhalt der Anwendung CMIKonsul und die Unterstützung der 200 Nutzerinnen und Nutzer dieser Anwendung sicher. Im Rahmen des Projekts SyGev beteiligt sich der IPS an der Umsetzung, einerseits als Unterstützer der Nutzerinnen und Nutzer und andererseits als stellvertretender Systemadministrator des Kantons.

Bei der Erneuerung der Infrastrukturen in den Bereichen Audio und Video sowie für die Abstimmungen im Grossratssaal hat der IPS als Projektleiter das Pflichtenheft erstellt und die öffentliche Ausschreibung begleitet. Er war anschliessend stark in der Realisierungsphase involviert. Die Inbetriebnahme dieser neuen Infrastrukturen ist Anfang 2015 vorgesehen.

## 1.11 Rechtliche Angelegenheiten

In Artikel 87 Abs. 1 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege wird bestimmt, dass Beschwerden an den Staatsrat von einer Direktion oder der Staatskanzlei instruiert werden. Der Staatsrat beschloss im Herbst 2010, dass die Beschwerden, namentlich in Personalangelegenheiten, die an ihn gerichtet werden, zentral von der Staatskanzlei instruiert werden.

Die Situation bei den Beschwerden präsentiert sich 2014 wie folgt:

Laufende Fälle am 01.01.2014	71	davon wurden 40 in zwei Verfahren zusammengefasst
2014 eingereichte Beschwerden	16	
2014 behandelte Beschwerden	22	
davon >1 gutgeheissen		
>2 gegenstandslos oder zurückgezogen:		
> 18 abgewiesen		
> 1 unzulässig		
Laufende Fälle am 31.12.2014	65	davon wurden 40 in zwei Verfahren zusammengefasst

---

Die Staatskanzlei hat bei Personalangelegenheiten, die an das Kantonsgericht weitergezogen wurden, auch die angeforderten Bemerkungen vorbereitet. Am 31. Dezember 2014 sind beim Kantonsgericht noch 8 Beschwerden gegen Entscheide des Staatsrats hängig (3 Beschwerden wurden vor dem 1. Januar 2014 eingereicht, 5 im Jahre 2014). Das Kantonsgericht hat eine einzige Beschwerde, die im Jahr 2013 eingereicht wurde, behandelt; sie wurde abgewiesen.

## 1.12 Archivierung bei der Staatskanzlei

Die Sicherstellung des Sekretariats des Staatsrats verlangt klare und vielfältige Kompetenzen, namentlich bei der Behandlung, der Verwaltung und der Aufbewahrung von Dokumenten. Im Archivbereich hat die Staatskanzlei mit dem Staatsarchiv zusammengearbeitet, damit gemeinsam Überlegungen zur Archivierung angestellt werden konnten. Im Lauf der verschiedenen Arbeiten wurde das Hauptgewicht auf die Notwendigkeit gelegt, eine qualitative und quantitative Sicht auf den Berufszweig der Dokumentation und der Archivverwaltung zu gewinnen. Während der Einführung des Systems Konsul zur elektronischen Verwaltung der Dokumente für die Sitzungen des Staatsrats wurde die Dokumentationsfunktion verstärkt, indem eine Zusammenarbeit mit anderen Kompetenzzentren wie etwa dem Sektor Informatik entwickelt wurde. Das Verfahren zur Festlegung und Aktualisierung der in Konsul verwendeten Dokumentenkategorien veranschaulicht gut, wie Kenntnisse der Informatik und der Archivierung miteinander verbunden werden. In dieser immer digitaleren Umgebung hat die Staatskanzlei die Verwaltung der Archive laufend optimiert, insbesondere das Sortieren und die anschliessende Entsorgung oder die Weitergabe an das Staatsarchiv. Bei diesen Arbeiten wurden der Wert der Dokumente, ihre Aufbewahrungsfrist sowie die von den kantonalen Archiven validierte Endbestimmung beachtet. Von den wichtigsten Dokumenten, die zur definitiven Aufbewahrung beim Archiv bereit sind, seien 3 Kategorien erwähnt:

- > Protokolle der Staatsratssitzungen von 1932 bis 2000 (Archiv wurde vom Sekretariat des Staatsrats erstellt).
- > Treffen zwischen den Mitgliedern des Staatsrats und den Freiburger Mitgliedern der Eidgenössischen Räte von 1973 bis 2003 (Archiv wurde vom Sektor Aussenbeziehungen des Kantons erstellt).
- > Medienmitteilungen des Staatsrats von 2002 bis 2013 (Archiv wurde vom Büro für Information erstellt).

Das Volumen dieser weitergeleiteten Dokumente entspricht 100 Archivschachteln, d. h. 10 Meter.

## 2 Amt für Gesetzgebung (GeGA)

---

Vorsteher: André Schoenenweid

### 2.1 Tätigkeit

#### 2.1.1 Unterstützung bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung

Zur Förderung der Einheitlichkeit und der Qualität der freiburgischen Gesetzgebung hat das GeGA:

- > über 50 Erlassentwürfe geprüft und seine Bemerkungen sowie gegebenenfalls ausgearbeitete Vorschläge den zuständigen Direktionen mitgeteilt;
- > in mehreren Arbeitsgruppen an der Ausarbeitung von Erlassen mitgewirkt;
- > den Direktionen und Dienststellen regelmässig Auskünfte zu gesetzestechnischen Aspekten ihrer Entwürfe gegeben.

Es hat die französische Version der gesetzestechnischen Richtlinien aktualisiert und reorganisiert; diese Richtlinien werden nur noch in elektronischer Form veröffentlicht.

### 2.1.2 Verbreitung der Gesetzgebung

Das GeGA hat die Nachführungen Nr. 51 und 52 der Systematischen Gesetzessammlung des Kantons Freiburg (SGF) vorgenommen; 106 bzw. 83 Texte waren betroffen. Sie geben den Stand der Gesetzgebung am 1. Januar bzw. am 1. Juli 2014 wieder. Es gab ausserdem das Register 2014 der SGF heraus. Ferner veröffentlichte es jede Woche eine aktualisierte Ergänzung zu den SGF-Inhaltsverzeichnissen.

Das GeGA hat die Datenbank der freiburgischen Gesetzgebung (BDLF) 12 Mal in beiden Amtssprachen nachgeführt. Zudem ist die französische Version der BDLF viermal auf einer DVD und einer Website der Genfer Staatskanzlei erschienen, die insbesondere das Bundesrecht auf Französisch und die Gesetzgebungen der französischsprachigen Kantone und des Tessins enthalten.

Das GeGA hat eine Studie darüber durchgeführt, ob es zweckmässig sei, bei den amtlichen Sammlungen der elektronischen Version den rechtlichen Vorrang zu geben. Es hat zudem einen Vorstudien-Bericht im Hinblick auf die Anschaffung der für eine elektronische Veröffentlichung der Gesetzgebung benötigten Informatikhilfsmittel verfasst. Diese Arbeiten bildeten die Grundlage für einen Artikel seines stellvertretenden Vorstehers in der FZR (Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung) mit dem Titel «Publication de la législation fribourgeoise – Vers la primauté de la version électronique». Das GeGA macht ausserdem in einer interkantonalen Gruppe mit, die sich mit der elektronischen Veröffentlichung der Gesetzgebung in der Schweiz befasst. In diesem Zusammenhang hat es einen Fragebogen der «Chancellerie vaudoise sur la mutualisation intercantonale de l'édition et de la publication législatives» beantwortet.

Es gab regelmässig Auskunft über die freiburgische Gesetzgebung und über die Art, wie diese Gesetzgebung effizient genutzt werden kann und wie die Vorbereitungsarbeiten im Internet verfolgt werden können. In diesem Zusammenhang seien ein Kurs für Anwaltspraktikantinnen und -praktikanten sowie eine Vorführung für juristische Beraterinnen und Berater erwähnt.

### 2.1.3 Ausarbeitung von Entwürfen der allgemeinen Gesetzgebung

Das GeGA hat weiter an der Vorbereitung eines Gesetzes über die Aufhebung der vorgängigen Beschwerde an den Staatsrat in Personalangelegenheiten mitgearbeitet.

Es wirkte an der Umsetzung des Gesetzes über die Information und den Zugang zu Dokumenten (InfoG) mit, indem es insbesondere in Arbeitsgruppen mitarbeitete (Anpassung des InfoG an die Aarhus-Konvention, Revision der Informationsrichtlinien) und Gutachten zu diesem Problemkreis erstattete.

Es beteiligte sich weitgehend an den Arbeiten für die Verordnung über die Staatsratssitzungen.

Es nahm zudem an Diskussionssitzungen für den Entwurf des Gesetzes über die Archivierung teil, der von der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport ausgearbeitet wird.

Es untersuchte, welche Anpassungen, namentlich im Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege, für die Einführung des E-Government nötig sind.

### 2.1.4 Rechtsdienst und Verschiedenes

Das GeGA verfasste verschiedene Studien und Gutachten zuhanden des Sekretariats des Grossen Rates, des Staatsrats und der Kantonsverwaltung.

Das GeGA hat die Entwürfe für Antworten auf mehrere Vernehmlassungen des Bundes und der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) sowie für Antworten auf kantonale parlamentarische Vorstösse vorbereitet.

Es wird von seinem stellvertretenden Vorsteher im Redaktionskomitee der FZR vertreten. Es leistet fachliche Unterstützung bei der Herausgabe der einzelnen Hefte der Zeitschrift und erstellt deren Jahresverzeichnis. Es erstellt ausserdem verschiedene nachgeführte Mehrjahresregister, die im Internet veröffentlicht werden.



---

Am Tag «Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes», der vom Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen organisiert wurde, hielt der Vorsteher des GeGA einen Vortrag, der anschliessend in der FZR unter dem Titel «Egalité entre hommes et femmes – Réflexions sur la procédure au sein de l'administration cantonale» veröffentlicht wurde.

Das GeGA hat weiterhin an der Vorbereitung seiner Dossiers seit 1958 für eine erste Überweisung ans Archiv gearbeitet.

## 2.2 Besondere Ereignisse

### 2.2.1 Ausarbeitung von Entwürfen im Auftrag

Das GeGA war stark involviert bei der Ausarbeitung der Ausführungsregelung des Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz.

Zudem realisierte es verschiedene Studien und verfasste einen Gesetzesvorentwurf für den Rechtsausschuss des Informatikprojekts «HarmBat».

Es verfasste für das Büro des Grossen Rates Entwürfe von Parlamentsverordnungen über die Vertretung in den Kommissionen des Grossen Rates.

### 2.2.2 Planung der Rechtsetzungsvorhaben 2012-2016

Das GeGA hat den Stand der Verwirklichung der im Regierungsprogramm der Legislaturperiode aufgeführten Gesetzgebungsentwürfe für die Aufnahme in den Tätigkeitsbericht des Staatsrats festgehalten.

## 3 Amt für Drucksachen und Material (DMA)

---

Vorsteher: Gilbert Fasel

### 3.1 Tätigkeit

Das DMA stellt für alle Einheiten des Staates die Logistik beim administrativen und technischen Büromaterial und dessen Einkauf sicher, indem es das Lager verwaltet und das Material für den laufenden Verbrauch verteilt oder liefert. Es hat die Layout-, Druck- und Bindearbeiten für alle Veröffentlichungen des Staates realisiert (bei sich gedruckt oder extern vergeben). Das Amt hat auch die Digitalisierung der Dokumente der Grundbuchämter und des Archivs weitergeführt.

### 3.2 Sektor Einkauf

Bei den «Multifunktionsprint (MFP)»-Geräten wurde die enge Zusammenarbeit mit dem ITA beibehalten oder noch verstärkt. Der MFP-Gerätepark (Staat Freiburg ohne HFR und die Universität) umfasst ungefähr 350 Apparate. Damit den Benutzern grösstmögliche Flexibilität garantiert werden kann, werden diese Geräte bei drei verschiedenen Lieferanten für 48 Monate gemietet. Nach dieser Frist können sie durch eine Ausrüstung, die der Entwicklung der Bedürfnisse der Benutzer angemessen ist, ersetzt werden. Dank diesem Umschlag bleibt der Gerätepark auf dem neusten Stand und bedarfsgerecht. Die Standardisierung hat im vergangenen Jahr zugenommen. Das gilt insbesondere für die Standorte, an denen das ITA besondere Fachanwendungen anbietet und verwaltet. Beispielsweise werden alle Geräte, die für die Verwendung der Anwendung TRIBUNA/Infinity programmiert sind, vereinheitlicht. Das DMA ersetzte auch alle Multifunktionsgeräte der Kantons- und Universitätsbibliothek. Die finanziellen Konditionen für die wichtigsten Produkte, nämlich Papier, Couverts, Ordner, Verbrauchsmaterial usw. sind stabil geblieben. Zu den geltenden Rahmenverträgen wurden deshalb keine neuen Anhänge ausgehandelt. Verschiedene Frankiermaschinen wurden endlich ersetzt. Vor den Festtagen hat das Amt Scanner für die KSTV angeschafft (Einladungsverfahren); sie sind für das Projekt der papierlosen Dokumente bestimmt. Im Juli kontrollierte das Finanzinspektorat die Rechnung



---

des Amtes und die dazugehörigen Belege. Im Bericht, der bei dieser Gelegenheit verfasst wurde, ist nicht auf zu ergreifende Massnahmen hingewiesen worden, noch wurden besondere Empfehlungen abgegeben.

### 3.3 Aufgaben vor dem Drucken

Das Amt hat in seinen Räumlichkeiten verschiedene Arbeiten vor dem Drucken ausgeführt. Die meisten dieser Unterlagen sind regelmässige Veröffentlichungen, die für die breite Öffentlichkeit bestimmt sind, wie beispielsweise Informationsbulletins, Berichte, Broschüren usw. Andere sind dazu bestimmt, besondere Ereignisse wie der zwanzigste Geburtstag des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen, zu markieren. Normalerweise beginnt das Jahr mit dem Layout der traditionellen Staatsratsbroschüre. Es schliesst mit den Glückwunschkarten der verschiedenen Ämter. Alle Visitenkarten werden je nach Bedarf intern hergestellt. Dieses Produkt wird stark nachgefragt, namentlich beim freiburger spital, für welches das DMA auch die Terminkärtchen für die Patienten herstellt: So wurden im Verlauf des Jahres nicht weniger als 500 Arten realisiert. Dieser Sektor wird auch stark beansprucht für Ratschläge zur Grafik und für die Bereitstellung von Vorlagen oder Logos. Für umfangreiche Texte können die Gestalter mit einem Raster ihre Dokumente auf Wordbasis erfassen und dabei die Vorschriften des Corporate Design beachten. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen erlauben nicht, dass alle Herstellungsarbeiten intern ausgeführt werden. Mit einer Druckerei am Ort wurde ein neuer Rahmenvertrag über zwei Jahre abgeschlossen, um die Arbeiten vor dem Druck für das Sekretariat des Grossen Rates dauerhaft sicherzustellen. Die finanziellen Konditionen konnten auf derselben Höhe gehalten werden.

### 3.4 Intern ausgeführte Druckarbeit

Die Menge der Schwarzweiss- und der Farbdrucke ging im vergangenen Jahr leicht zurück. Die ausführliche Untersuchung der Zahlen zeigt, dass der Rückgang bei den Schwarzweissdrucken ausgeprägter ist als bei den Farbdrucken. Bei den Farbdrucken sind die Auflagen stabil geblieben, dafür hat die Zahl der intern ausgeführten Bestellungen zugenommen (1276 gegenüber 1153 im Jahr 2013). Die Papierqualität, die von allen Dienststellen des Staates verwendet wird, schwankte nicht. 2014 bestellte der Sektor Einkauf 470 Paletten Papier im Format A4. Das bedeutet im Vergleich mit dem Jahr 2013 eine Zunahme um 1 %. Künftig wird der Sektor die Entwicklung der Nachfrage weiterhin aufmerksam verfolgen, damit er die nötigen Massnahmen vorwegnehmen kann. Der Schwerpunkt des Jahres 2014 bildete die Erneuerung der Druckausrüstungen. Der Produktionsunterbruch wegen des Demontierens und anschliessend die Betriebsaufnahme der neuen Maschinen dauerten sieben Arbeitstage. Das DMA benützte die Gelegenheit, um mit Unterstützung des Hochbauamts die Räumlichkeiten aufzufrischen. Was das Finanzielle angeht, betragen die neuen Mietkosten (Maschinen, Software und angefertigte Kopien) 281 000 Franken anstatt 348 000 Franken im Jahr. Ausserdem konnte dank der neuen Konfiguration der Maschinenpark um eine Einrichtung vermindert werden. Beide Faktoren zusammen führen zu einer jährlichen Einsparung von 95 000 Franken. Die neuen Produktionswerkzeuge werden für 48 Monate gemietet. Sie bleiben im Eigentum des Lieferanten und werden von ihm nach Vertragsablauf zurückgenommen. Das Amt hat die kürzeste Vertragsdauer gewählt, damit der Maschinenpark bei schwankender Nachfrage angepasst werden kann. Im September schlug es dem Sekretariat des Grossen Rates vor, seine wichtigsten Veröffentlichungen (Tagblatt der Sitzungen des Grossen Rates, Rednerliste usw.) für das Jahr 2015 zu drucken. Dieser Vorschlag wurde angenommen und die Einzelheiten dieses künftigen Auftrags konnten vor dem Jahresende geregelt werden. Dieser regelmässige Auftrag läuft, bis das papierlose Parlament verwirklicht wird. Da der Sektor weiterhin die Ausbildung Jugendlicher unterstützen will, hat er für vier Jahre eine Drucktechnologin-Lernende aufgenommen.

### 3.5 Binde- und Digitalisierungsarbeiten

Naturgemäss sind diese Arbeiten, bei denen das Handwerk eine wichtige Rolle spielt, keinen bedeutenden Schwankungen unterworfen. Die Budgets für diese Dienstleistungen verändern sich kaum. Der Wert dieser Aufgaben liegt mehr im Know-how als in der Zahl der angefertigten Exemplare oder den Beträgen, die für die Ausführung der Arbeit bezahlt werden. Der Sektor bindet unter anderem die verschiedenen Bände der Protokolle des Staatsrats und des Grossen Rates. Das Staatsarchiv, die Grundbuchämter, das Amt für Archäologie und die FH-Bibliotheken sind die wichtigsten Partner dieser beiden Sektoren. Sie arbeiten auch mit dem Staatsarchiv und der Stadt Freiburg zusammen. Die laufende Restaurierung von Werken, die für die Erhaltung der Dokumente unbedingt nötig sind, macht einen

Drittel der Bindearbeiten aus. Die Notariatspraxen nahmen gemäss ihrer Gewohnheit diese Abteilung ebenfalls in Anspruch und vertrauten ihr das Binden der Minutenbände an.

Die Aufgaben bei der Digitalisierung und den Mikrofilmaufnahmen wurden weiterhin erfüllt. Beim Scanning hat sich die Abteilung auf die Behandlung der Werke aus den Grundbuchämtern des Sense- und des Seebezirks konzentriert. Bei den Mikrofilmen wurden im Wesentlichen Bestellungen im Auftrag des Staatsarchivs ausgeführt. Die Kamera für die Aufnahmen musste im Verlauf des Jahres ersetzt werden. Nach 25-jährigem Gebrauch war es nicht mehr möglich, rationell zu produzieren. Für diese Anschaffung musste ein Zusatzkredit beantragt werden; für den Betrag von 20 000 Franken wurde eine Occasion-Kamera angeschafft. Die alte Ausrüstung wurde demontiert, um dem Archiv der Stadt Freiburg, das eine identische Ausrüstung besitzt, Ersatzteile zur Verfügung zu stellen. Anders als in den Vorjahren hat die Mitarbeiterin der Digitalisierungsabteilung nur eine Fotoreportage realisiert, da der Staatsrat in den meisten Fällen entschied, dass bei Veranstaltungen auf Fotoaufnahmen verzichtet wird.

### 3.6 Beschaffung von Büromaterial und Logistik

Der Endverbraucher vergisst häufig, woher das Material, das er täglich verwendet, kommt. Fehlt aber ein Artikel, so hofft der Benutzer, dass diese Unannehmlichkeit sofort behoben wird. Das DMA verfügt über ein Grundsoriment von ungefähr 750 Artikeln, die je nach Bedarf periodisch geliefert werden. Das bedeutet, dass jährlich mehr als 150 Materialbestellungen bearbeitet werden. Der Kanton und die Stadt Freiburg sind Aktivmitglieder des Verbands GRECO «Groupe romand des économats cantonaux et communaux». Dank dem Mitwirken in diesem Verband können die Mitglieder ihre Anschaffungen bündeln (Verbrauchs-, Ablage-, Verpackungsmaterial usw.) und ihre Erfahrungen austauschen. Die Abteilung Einkauf arbeitet ebenfalls mit der Kantonalen Lehrmittelverwaltung zusammen, namentlich in den Bereichen des Drucks, der Logistik und des Einkaufs (z. B. Papier, Couverts, Schreibmaterial usw.). Das nötige Material für den guten Ablauf der zahlreichen Urnengänge wurde von unseren Logistikern an den richtigen Ort geliefert. Das Inventar der Produkte am Lager wurde im Dezember durchgeführt. Veraltetes Ablagematerial musste entsorgt werden (Wert ungefähr 15 000 Franken). Das Lager, das vom DMA verwaltet wird, hat einen Wert von 370 830 Franken. Um eine annehmbare Umschlagshäufigkeit beizubehalten, liegt der mittlere Versorgungsrhythmus zwischen sechs und acht Bestellungen im Jahr. Die Abteilung bildet einen Logistikerlehrling im zweiten Lehrjahr aus.

### 3.7 Schlüsselzahlen 2014

	2014	2013	Unterschied
Zahl der Bestellungen SAP-MM	1563	1643	- 80
Zahl der Rechnungen von Lieferanten	2031	2094	- 63
Betrag der Aufträge, die den Unternehmen vergeben wurden	5 464 000 Franken	5 762 000	- 298 000
Umsatz (Druck, Beschaffungen, Ausrüstungen)			
Beschaffte und verteilte Produkte	750 Artikel	750	0

#### Interne Produktion

	2014	2013	Unterschied
> Digitaldruck (Format A4 und A3)	6 651 000 Seiten	7 240 000	- 589 000
> Bindearbeiten	1061 Exemplare:	1052	+ 9
> Auf Mikrofilm aufgenommene und digitalisierte Dokumente	86 000 Stück	85 000	+ 1000

---

## 4 Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz

---

Präsident der Kommission: Laurent Schneuwly

Beauftragte für Öffentlichkeit und Transparenz: Annette Zunzer Raemy

Kantonale Datenschutzbeauftragte: Alice Reichmuth Pfammatter

### 4.1 Tätigkeit

Die Tätigkeit der Behörde umfasst die für die Transparenz und den Datenschutz typischen Aufgaben. Diese werden im Gesetz vom 9. September 2009 über die Information und den Zugang zu den Dokumenten (InfoG) und im Gesetz vom 25. November 1994 über den Datenschutz (DSchG) geregelt.

Der Tätigkeitsbericht der Behörde wird im Mai herausgegeben. Er kann bei der Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz, Chorherrengasse 2, 1700 Freiburg, bestellt werden. Er kann ausserdem zu demselben Zeitpunkt auf der Website <http://www.fr.ch/atprd/de/pub/publikationen/oeffentlichkeit/taetigkeitsberichte.htm> eingesehen werden.

## 5 Personalbestand

---

Gewalten - Direktionen Kostenstellen	Rechnung 2014 VZÄ	Rechnung 2013 VZÄ	Unterschied e VZÄ
<b>Ausführende Gewalt – Staatskanzlei</b>	<b>45.44</b>	<b>46,49</b>	<b>-1.05</b>
ZENTRALVERWALTUNG	45.44	46,49	-1.05
3100 / CETA    Staatsrat	7,00	6,97	0.03
3105 / CHAN    Staatskanzlei	20,18	21,33	-1.15
3110 / ECON    Amt für Drucksachen und Material	10.85	11,02	-0.17
3115 / OLEG    Amt für Gesetzgebung	5,15	4,79	0.36
3120 / ATPD    Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz	2,26	2.38	-0.12